

Andrzej Chwalba

# Der Krieg der anderen

Die Polen und der Erste Weltkrieg 1914–1918



Preisträger des 2. Wettbewerbs  
um den **Janusz-Kurtyka-Preis**



PETER LANG

Andrzej Chwalba

## Der Krieg der anderen

Eine große Synthese der Geschichte Polens im Ersten Weltkrieg, die einhundert Jahre historischer Forschung zusammenfasst und neue Forschungswege beschreitet. Eine eingehende Darstellung der russischen, deutschen und österreich-ungarischen Gebiete des geteilten Polen, die in die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit und die Neupositionierung des Landes in Europa nach 1918 mündet. Das Buch verwendet Ansätze der Sozial- und Kulturgeschichte, der Anthropologie und Umweltgeschichte, um das Alltagsleben im Krieg ebenso zu zeigen wie die militärische und diplomatische Entwicklung. Es analysiert, wie sich die von den Teilungs- und Besatzungsmächten verfolgte Politik und die Aktivitäten der polnischen Unabhängigkeitsbewegung und der Legionen Piłsudskis überlagerten und wechselseitig beeinflussten.

### Der Autor

Andrzej Chwalba ist Professor am Historischen Institut der Jagiellonen-Universität Krakau mit Schwerpunkten in der polnischen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er hat zahlreiche Bücher in Polen, den USA, Deutschland, Tschechien, Bulgarien und Kroatien veröffentlicht und ist für seine akademischen Leistungen vielfach ausgezeichnet worden.

Der Autor möchte sich bei dem Mitherausgeber, der Janusz Kurtyka Stiftung, für die Unterstützung bei der Veröffentlichung des Buches und für die Mühe, die Qualität der Publikation zu gewährleisten, herzlich bedanken.



FUNDACJA IM.  
JANUSZA KURTYKI



Ministry of Science  
and Higher Education  
Republic of Poland



Der Krieg der anderen

**GESCHICHTE – ERINNERUNG – POLITIK**  
**STUDIES IN HISTORY, MEMORY AND POLITICS**

Herausgegeben von Anna Wolff-Powęska & Piotr Forecki

**Band 43**



**PETER LANG**

Andrzej Chwalba

# Der Krieg der anderen

Die Polen und der Erste Weltkrieg 1914–1918

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann  
im Auftrag der Janusz Kurtyka Stiftung



**PETER LANG**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im  
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Diese Publikation wurde im Rahmen des „DIALOG“ Programms  
vom Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen in Polen [2019-2021]  
finanziell gefördert.



FUNDACJA IM.  
JANUSZA KURTYKI



Ministry of Science  
and Higher Education  
Republic of Poland



Umschlagabbildung: Mit freundlicher Genehmigung von Piotr Perzyna  
Preisträger des 2. Wettbewerbs um den Janusz-Kurtyka-Preis  
Ursprünglich veröffentlicht als *Wielka Wojna Polaków 1914-1918*,  
Warschau: WN PWN, 2018.

Copyright für die polnische Ausgabe bei Wydawnictwo Naukowe PWN S.A.,  
Warschau, 2018, ISBN 978-83-01-19782-7

Diese Publikation wurde von Peter Lang und  
der Janusz Kurtyka Stiftung veröffentlicht.  
Janusz Kurtyka Stiftung, ul. Wysłouchów 4/20, 30-551 Krakau, Polen,  
[www.fundacjakurtyki.pl](http://www.fundacjakurtyki.pl), E-Mail: [nauka@fundacjakurtyki.pl](mailto:nauka@fundacjakurtyki.pl)

ISSN 2191-3528 · ISBN 978-3-631-83128-1 (Print)  
E-ISBN 978-3-631-84547-9 (E-PDF) · E-ISBN 978-3-631-84548-6 (EPUB)  
E-ISBN 978-3-631-84549-3 (MOBI) · DOI 10.3726/b17964

© Andrzej Chwalba, 2021

Peter Lang – Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Warszawa · Wien



Open Access: Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons  
Lizenz Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0  
International (CC BY-NC-ND 4.0). Den vollständigen Lizenztext finden  
Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Publikation wurde begutachtet.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)

# Vorwort zur deutschen Ausgabe

Das Jahr 1795 sah mit der dritten Teilung Polens das dramatischste Ereignis in der Geschichte des Landes. Die Annexion eines ganzen Staates war ein europaweit beispielloser Vorgang. Die Republik beider Nationen hatte seit 1569 bestanden, ihre Verfassung war ein gemischtes System aus Wahlmonarchie und Adelsrepublik, ihre historischen Wurzeln reichten bis auf das zehnte Jahrhundert zurück. Die dritte und endgültige Teilung war für die Nation ein schockierender Einschnitt. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass sich die Polen bis heute nicht ganz vom Trauma des Untergangs ihres Staats erholt haben.

Der Große Sejm hatte in den Jahren 1788 bis 1792 den Versuch unternommen, den Staat zu reformieren; wichtigstes Ergebnis war die am 3. Mai 1791 verabschiedete Konstitution, die europaweit erste und nach der US-amerikanischen zweite geschriebene, moderne Verfassung. Zu ihrer Verteidigung musste Polen 1792 einen Krieg gegen Russland führen, den es verlor, und auch der 1794 unter Tadeusz Kościuszko geführte Aufstand in Reaktion auf die zweite Teilung von 1793 scheiterte. Die vom Russländischen Kaiserreich geführte Mächtekoalition machte die endgültige Teilung des einst mächtigen Polens in drei Teile zu einer vorab entschiedenen Angelegenheit, mit Preußen und der Habsburgermonarchie als den beiden anderen Teilungsmächten. Polen verschwand 1795 für 123 Jahre von der Landkarte. Dies führte den spektakulären Niedergang eines Landes zum Abschluss, das einst von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gereicht hatte.

Anfang des 17. Jahrhunderts hatte die Adelsrepublik ihre größte Ausdehnung erreicht – sie schloss Smolensk ein und reichte zeitweilig bis an Moskau heran. In den Jahren 1610 bis 1612 hatte der Moskauer Kreml eine polnische Besatzung. Die Rzeczpospolita war das einzige Land, dem es gelang, sich für längere Zeit Gebiete des moskowitzischen Zartums zu unterwerfen, mit wesentlicher Beteiligung durch Teile von dessen Bevölkerung. Die im 15. und 16. Jahrhundert von der Rzeczpospolita betriebene Großmachtspolitik wurzelte in republikanischen Traditionen der Adelsdemokratie und basierte auf einem Kompromiss. Polen war Heimat zahlreicher nationaler Minderheiten, darunter der Juden, die in vielen anderen europäischen Ländern nicht geduldet wurden. In einer Zeit, da Westeuropa von Religionskriegen erschüttert war, von absoluten Monarchen beherrscht wurde und keinen Platz für Bekenntnisse ließ, die von dem des Landesherrn abwichen, bot die Rzeczpospolita Raum für eine freiheitliche Lebensweise und religiöse Toleranz. Auf der Flucht vor Pogromen begaben sich die Juden unter den Schutz der polnischen Könige. Die aus dem Königreich Polen und

dem Großfürstentum Litauen gebildete Republik war Heimat für eine vielsprachige Bevölkerung, die sich des Polnischen, Litauischen, Ostslawischen, Deutschen und Jiddischen bediente. Dort waren zahlreiche Religionen und Konfessionen beheimatet: Katholizismus, Orthodoxie, Protestantismus, Judentum und Islam. Sie war ein Phänomen eigener Art, denn sie betrieb ihre Expansion weniger durch militärische Aggression als vielmehr durch Kooptation. Dies war möglich, weil die Last der Regierung auf einer ganzen sozialen Schicht beruhte, dem Adel, der *szlachta*, die bis zu etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Der Adelsstand war offen und pflegte überwiegend die polnische Kultur. Der polnische Adel war wegen seiner unveräußerlichen Rechte attraktiv für Angehörige der Führungsschichten der anderen Nationalitäten, die sich ihm anzuschließen suchten und sich dabei polonisierten.

Von ihrem Erfolg berauscht, versäumte es die Rzeczpospolita, mit der Entwicklung der Zeit Schritt zu halten. Der Adel verfiel in Selbstzufriedenheit und hatte keinen Sinn für die eigenen Schwächen und die Probleme, die er selbst verursachte. Dies war der Grund für den Untergang Polens. Die Rzeczpospolita litt an einer Vielzahl von Missständen. Die mangelnde Entwicklung der Städte; die einseitige Abhängigkeit von der Landwirtschaft; die mangelnde politische Partizipation der Stände unterhalb des Adels, dessen Untertanen gelegentlich rebellierten, am notorischsten im Aufstand der ukrainischen Kosaken unter der Führung von Bohdan Chmel'nyč'kyj 1648 bis 1651; die politische und soziale Korruption der *szlachta*; der Aufstieg einer Oligarchie großgrundbesitzender Magnaten und der Niedergang des mittleren Adels; schließlich der allmähliche Schwund an konfessioneller, weltanschaulicher und nationaler Toleranz zählen allesamt zu den Ursachen der Krise. Hinzu traten zahlreiche Kriege mit den Nachbarstaaten, so der Einfall der Schweden Mitte des 17. Jahrhunderts, mit dem die Blütezeit der Rzeczpospolita endgültig zu Ende ging und der Niedergang seinen Anfang nahm.

Polen hätte zu keinem schlechteren Zeitpunkt seine Eigenstaatlichkeit verlieren können, da doch die übrige Welt mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts den größten Entwicklungssprung machte und die Voraussetzungen für den Eintritt in die technische, soziokulturelle und politische Moderne schuf. Die Polen waren bei dieser Entwicklung weitgehend an den Rand gedrängt. Die Teilungsmächte betrieben, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlicher Intensität, eine polenfeindliche Politik. Besonders im ausgehenden 19. Jahrhundert hinderten sie die von Polen bewohnten Gebiete an ihrer wirtschaftlichen Entfaltung. Wichtige Investitionen wurden allein auf den eigenen nationalen Gebieten getätigt und der vormaligen Rzeczpospolita vorenthalten. Diese Politik provozierte die Polen zur Rebellion; doch ihre wiederholten nationalen Aufstände im 19. Jahrhundert (1830/31, 1863/64) scheiterten.



Mit dem Zusammenbruch der großen Imperien und den Folgen des Ersten Weltkriegs ergab sich für die Polen eine einmalige historische Chance. Ausschlaggebend war dabei insbesondere die innere Entwicklung Russlands, das 1917/18 von der bolschewistischen Revolution überrannt wurde und ganz mit sich selbst befasst war. Die multinationale österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel in zahlreiche Nationalstaaten, während das Deutsche Kaiserreich zwar an der Ostfront gewann, aber an der Westfront den Krieg endgültig verlor.

Die Polen nutzten die Gelegenheit zur Rückgewinnung ihrer Unabhängigkeit, die auch für die politischen Parteien bei allen ideologischen Unterschieden ein unbestrittener Wert war. Die gemeinsame Anstrengung resultierte in der Ausrufung des polnischen Staates am 11. November 1918. Polen war anschließend in der Lage, im Lauf von zwei Jahren zwei Kriege zu eigenen Gunsten zu entscheiden: gegen die Ukraine um die Zugehörigkeit Ostgaliziens und gegen Sowjetrussland, dessen Invasion 1920 in der Schlacht bei Warschau abgewehrt wurde. Nach Auffassung des britischen Diplomaten Edgar D'Abernon war dies die 18. Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte.

Aber die Geschichte der Wiederentstehung Polens besteht nicht nur aus großen Schlachten und wegweisenden Konferenzen. Es geht dabei auch um die Menschen selbst. Diesem Aspekt des Kriegs widmet Andrzej Chwalba große Teile seines Buchs. Sein Fokus liegt nicht allein auf den militärischen und politischen Angelegenheiten. Es geht ihm auch um den Menschen und seine alltäglichen Erfahrungen. Sorgfältig rekonstruiert er die Atmosphäre, wie sie damals in den unterschiedlichen Regionen Polens und in verschiedenen Stadien des Weltkriegs herrschte. Er schreibt davon, was den Alltag der Menschen im Krieg prägte: das Gerücht, die Spionomanie, die zunehmende Dysfunktionalität staatlicher Institutionen, die Beschneidung der Handlungsmöglichkeiten sozialer Organisationen, die materiellen Verluste und die trotz allem weiterbestehende Loyalität der Polen gegenüber den Monarchen der Teilungsmächte und ihr Glaube an die polnische Sache. Chwalba schöpft seine Kenntnisse aus Presse, Erinnerungen, Chroniken und Berichten von Zeitzeugen. Er wirft einen Blick auf das Verhältnis zwischen den Menschen, auf Gewerbe und Handel und die allgemeine Stimmung in Stadt und Land.

In Polen ist heute nur noch wenig bekannt, welche katastrophale Entwicklung die polnischen Gebiete während des Ersten Weltkriegs durchmachten. Zwischen die damalige Zeit und die Generationen der Gegenwart ist die heute aktuellere und stärker nachwirkende Geschichte des Zweiten Weltkriegs getreten. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass ein großer Teil der Kampfhandlungen der Ostfront des Ersten Weltkriegs auf polnischem Gebiet stattfand. Viele der Verbrechen, die aus dem Zweiten

Weltkrieg bekannt sind, kamen auch schon während des Ersten Weltkriegs vor. Als Beispiel seien genannt die antisemitischen Schikanen und Pogrome, die in erheblichem Umfang von russländischen Truppen nach der Einnahme Galiziens im August 1914 verübt wurden, um die galizischen Juden auf den rechtlichen Status der diskriminierten jüdischen Bevölkerung des Zarenreiches herabzudrücken.

Beraubung und materielle Deprivation der Gesellschaft durch Konfiskationen, Plünderung, Brandschatzung und Zerstörungen im Gefolge von Kampfhandlungen, Aufwiegelung der Nationalitäten gegeneinander und Deportationen summierten sich zu einer traumatischen Erfahrung für die Zivilbevölkerung. Besonders destruktiv war die Strategie der verbrannten Erde, welche die russländische Armee bei ihrem Rückzug während der Offensive der Mittelmächte im Sommer 1915 anwandte. Bestellte Felder, Häuser und Städte standen in Flammen, während die fliehenden Truppen die Bevölkerung mit nach Osten trieben.

Die Schadensbilanz des Ersten Weltkriegs in den polnischen Gebieten war erheblich und ging insbesondere auf die Ausplünderung des Lands durch Deutsche, Österreicher und Russen zurück. Ganz besonders hatte die Industrie zu leiden, für die das Lodzer Industriegebiet ein gutes Beispiel ist. Dadurch büßte Polen seine nach dem Bruttoinlandsprodukt gleich nach Frankreich, Japan und Italien zehnte Position ein, die es am Vorabend des Kriegs unter den industriell entwickelten Ländern besessen hatte, und verschlechterten sich seine infrastrukturellen Bedingungen für den Wiederaufbau nach dem Krieg beträchtlich. Erst im Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erreichte die polnische Industrieproduktion erneut das Niveau, das sie vor 1914 besessen hatte.

Wie erwähnt, fanden sich die polnischen Parteien und Organisationen damals zu einer zuvor nicht gekannten Zusammenarbeit zusammen; Ziel war die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit. Auch zu diesem Vorgang rekonstruiert der Autor sorgfältig die Lage in jedem der Teilungsgebiete und stellt die Politik von Nationaldemokraten, Konservativen, Liberalen und Sozialisten dar. Darüber hinaus räumt er den sozialen Organisationen wie den Pfadfindervereinen, den Sokół-Turnvereinen und den paramilitärischen patriotischen Organisationen gebührenden Platz ein. Er zeigt, wie Józef Piłsudski durch den Aufbau der Polnischen Legionen in Politik und Gesellschaft eine Kette von Reaktionen auslöste, die schließlich in die Aufstellung einer polnischen Armee mündete und durch militärische Einsätze die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung förderte. All dies mündete in die Wiedergründung der Republik Polen.

Das hiermit dem Leser außerhalb Polens von der Janusz-Kurtyka-Stiftung übergebene Buch ist ein Beitrag zur internationalen Forschung und Debatte zum Verständnis der Lage in den polnischen Gebieten während des

Ersten Weltkriegs unter anderem aus der Sicht der historischen Anthropologie. Seine Brandbreite an thematischen Aspekten entspricht in besonderer Weise dem Grundgedanken des Janusz-Kurtyka-Preises. Dieser verfolgt die Absicht, polnische Geschichte und Geschichtsschreibung außerhalb Polens zu fördern, indem er besonders wichtige wissenschaftliche Publikationen in Übersetzung erscheinen lässt. Der Preis wird seit 2017 im Jahresrhythmus vergeben. Er umfasst die Übersetzung und Bewerbung des ausgezeichneten Buches. Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs, aus dem Andrzej Chwalbas Buch als Sieger hervorgegangen ist, lautete „Der Raum der polnischen Unabhängigkeit“.

Möge das Buch den Leser durch diesen Ausschnitt aus der Vergangenheit der Region geleiten. Einer Vergangenheit, deren Auswirkungen wir bis heute spüren.

*Paweł Kurtyka*

Vorsitzender der Janusz-Kurtyka-Stiftung, im Juni 2020



# Vorwort

„Wer sich als Historiker die Aufgabe stellt, Ideen und Taten der Polen während des Kriegs darzustellen, wird einige Probleme haben“, schrieb Ignacy Daszyński am 2. Juni 1916 an Władysław Leopold Jaworski. Tatsächlich haben Historiker damit auch noch einhundert Jahre später keine leichte Aufgabe, zumal die polnischen Gebiete im Ersten Weltkrieg ein besonders komplexer Untersuchungsgegenstand sind. Dies ist eine der Ursachen dafür, dass es nur wenige Überblicksdarstellungen zum Thema gibt. Handbücher und Gesamtdarstellungen liefern bestenfalls Ansätze dazu; sie sind jedoch zwangsläufig allgemein gehalten und beschränken sich auf Politik und Kriegsverlauf.

Der einhundertste Jahrestag der Wiedergründung der Republik Polen bot den Anlass für dieses Buch, das die Geschichte der Einwohner der alten Rzeczpospolita im Zeitraum von 1914 bis 1918 im Überblick darstellen möchte, ob dies nun Polen oder Angehörige anderer Nationalitäten waren. Dazu gehört selbstverständlich, die Abläufe in den drei Teilungsgebieten ebenso wie in den besetzten Gebieten zu behandeln, die Politik der wichtigsten Akteure der polnischen Nationalbewegung und der Militärs, aber auch die Geschichte der unbekannteren, des Kriegs überdrüssigen Zeitgenossen. Ein besonderes Anliegen war es mir, diejenigen Praktiken der Besatzungsmächte vorzustellen, die im Zweiten Weltkrieg in ganz neuem Maßstab und in viel brutalerer Weise wieder aufgegriffen werden sollten. Die Okkupanten behandelten die polnischen Gebiete als Versuchsfeld für ihre Arbeitskräfte-, Wirtschafts- und Versorgungspolitik. In das Buch gehörten weiters die politischen und militärischen Anstrengungen, die in den „polnischen November“ von 1918 mündeten, ebenso wie die Kriegshandlungen der Armeen der Teilungsmächte. Denn diese fanden auf polnischem Gebiet statt, sie entschieden darüber, wie das Leben der einfachen Menschen im Krieg verlief, und nicht zuletzt taten polnische Soldaten in diesen Armeen Dienst. Der Militärgeschichte wird nur soviel Platz wie nötig eingeräumt, um den für das Verständnis notwendigen historischen Kontext zu umreißen.

Das Quellenmaterial zum Thema ist reichhaltig. Die Forschung hat auf dieser Grundlage beeindruckende Ergebnisse vorgelegt; es mangelt nicht an einschlägigen Arbeiten und Quelleneditionen. Diese Literatur bildete eine ausreichende Basis für die vorliegende Synthese. Dabei bestand jedoch eine erhebliche Schwierigkeit darin, diese so aufzubauen, dass die komplexen Geschehnisse im Kontext politischer Konstellationen und Konzeptionen nachvollziehbar und verständlich werden. Ich habe mich daher für

eine Mischung aus chronologischer und problemorientierter Kapitelnfolge entschieden.

Einfacher war es, die Betrachtungszeit festzulegen. So reicht die Darstellung vom Tod des österreichischen Thronfolgerpaares, der den Weltkrieg auslöste, bis zu dem gerade in Polen besonders traditions- und symbolbegrachteten 11. November 1918, an dem an der Westfront der Waffenstillstand geschlossen und der Krieg faktisch beendet wurde, während in Warschau der Regenschaftsrat die militärische Gewalt an Józef Piłsudski übergab.

Jan Jacek Bruski, Tadeusz Czekalski und Piotr Mikietyński, meine Kollegen von der Jagiellonenuniversität Krakau, waren so freundlich, Einsicht in eine frühe Fassung dieses Buches zu nehmen und mir ihre Vorbehalte mitzuteilen, mich auf Fehler aufmerksam zu machen und Änderungen vorzuschlagen. Dafür bin ich ihnen umso dankbarer, als das Typoskript nicht gerade kurz war.

Mein besonderer Dank gilt den beiden Gutachtern des Buches, Professor Tomasz Nałęcz von der Universität Warschau und Professor Marek Przeniosło von der Jan Kochanowski-Universität Kielce. Ich danke ihnen für ihre großartige und sorgfältige Arbeit, für ihren Bedacht auf das Ganze und alle Anmerkungen und Vorschläge. Ebenso danke ich der Leitung und den Mitarbeitern der Bibliothek des Historischen Instituts der Jagiellonenuniversität für ihr freundliches Entgegenkommen und ihre fachliche Unterstützung.

## Vorbemerkung des Übersetzers

Bei der Übertragung dieses Buches ins Deutsche waren Entscheidungen zum Gebrauch von Personen- und Ortsnamen zu treffen, die gleichermaßen Lesbarkeit, Identifizierbarkeit und zeitgenössische Quellsprache berücksichtigen.

Personennamen aus nicht im lateinischen Alphabet geschriebenen Sprachen werden nach der internationalen bibliographischen Transliteration wiedergegeben. Das gilt auch für Personen, die zwar nach 1918 die polnische Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber selbst als Angehörige einer ostslawischen (der russischen, belarussischen oder ukrainischen) Nationalität identifizierten. Der griechisch-unierte Bischof von Lemberg wird daher in dieser Fassung des Buchs nach der Transliteration aus dem Ukrainischen Andrej Šeptyc'kyj geschrieben, nicht in der polnischen Schreibweise Andrzej Szeptycki. Bei russländischen Personen deutscher Herkunft wird die deutsche Schreibweise verwendet; demnach Paul von Rennenkampff, nicht Pavel fon Rennenkampf.

Bei Toponymen werden, so vorhanden, die deutschsprachigen Namen verwendet; das gilt insbesondere für Orte innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs von 1913. Außerhalb dieses Gebiets wird bei im deutschsprachigen Gebiet wenig bekannten kleinen und mittleren Orten die in dem Staat übliche Namensform gebraucht, in dem der Ort sich heute befindet, gegebenenfalls in der lateinisch transliterierten Form. Bei den größeren und allgemein bekannten Orten wird dagegen diejenige Namensform bevorzugt, die in den zeitgenössischen deutschen und österreichischen Quellen verwendet wurde, beispielsweise Wilna anstelle von litauisch Vilnius oder polnisch Wilno, Kowno anstelle von litauisch Kaunas oder russisch Kovno, Lemberg anstelle von ukrainisch L'viv, russisch L'vov oder polnisch Lwów. Im Ortsnamensverzeichnis ist zusätzlich die heutige landessprachliche Namensform angeführt.





# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	18
<b>I Vorspiel</b> .....	21
1 Krieg in Sicht .....	21
2 Mobilmachung .....	25
3 An die Front .....	32
<b>II Der Kriegsverlauf im Osten</b> .....	35
1 Tannenberg und die masurischen Seen .....	35
2 Kraśnik und Komarów .....	37
3 Zweimal Lemberg .....	39
4 Warschau-Dęblin und Lodz .....	42
5 Krakau und Limanowa .....	45
6 „Hölle der Höllen“: Przemyśl .....	49
7 Winterkrieg in den Karpaten .....	54
8 Gorlice .....	57
9 Sochaczew – das Ypern des Ostens .....	61
10 Nach Gorlice .....	64
<b>III Das Militär übernimmt die Macht</b> .....	71
1 Letzte Friedenstage und erste Kriegswochen .....	71
2 Gerüchteküche .....	77
3 Spionomanie .....	81
<b>IV Im preußischen Teilungsgebiet</b> .....	85
1 Berlin und die Polen .....	85
2 Kriegswirtschaft .....	90
3 Die russländische Armee in Ostpreußen .....	92

<b>V Russisch-Galizien</b> .....	95
1 Eroberung .....	95
2 Die neue Obrigkeit .....	98
3 Rückzug .....	106
<b>VI Österreichisch-Galizien</b> .....	109
1 Verrat .....	109
2 Evakuierung .....	113
3 Rückeroberung .....	125
4 Kaltgestellt .....	130
5 Zerstörung und Wiederaufbau .....	132
6 Zivilgesellschaft .....	139
7 Polnische und ukrainische Politik .....	142
8 Krieg um Polen .....	153
<b>VII Russisch-Kongresspolen</b> .....	175
1 Polen und Russen .....	175
2 Die Bürgerkomitees .....	188
3 Verbrannte Erde .....	196
4 Die <i>bieżeńcy</i> .....	201
<b>VIII Königreich Polen von deutschen und österreichischen Gnaden</b> .....	215
1 Okkupation .....	215
2 Hilfsorganisationen im In- und Ausland .....	223
3 Die katholische Kirche .....	232
4 Die Besatzungsverwaltung .....	233
5 Symbolpolitische Polonisierung .....	238
6 Die Polen und die Okkupation .....	246
7 Der Akt des 5. November .....	255
8 Provisorischer Staatsrat – Regenschaftsrat – Ministerrat .....	268

9 Heimkehr .....	285
10 Wirtschaft .....	290
<b>IX Letzte Entscheidungen .....</b>	<b>303</b>
1 Ober Ost .....	303
2 Brest-Litovsk .....	308
3 Die Grenzlandpogrome .....	317
4 Die Polen in Russland und die polnischen Korps im Osten .....	322
5 Widerstand .....	332
6 Die polnische Frage .....	339
7 Die Haller-Armee .....	348
<b>X Alltag im Krieg .....</b>	<b>355</b>
1 Demographische Veränderungen .....	355
2 Gesundheit und Hygiene .....	357
3 Speiseplan und Versorgung .....	364
4 Heizung und Beleuchtung .....	371
5 Schwarzmarkt .....	373
6 Demoralisierung .....	378
7 Kommunikation und Verkehr .....	380
8 Mobilisierung der Frauen in Arbeitswelt und Politik .....	383
<b>XI Polnisches Finale .....</b>	<b>387</b>
<b>Glossar .....</b>	<b>403</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>407</b>
<b>Personenverzeichnis .....</b>	<b>419</b>
<b>Verzeichnis geographischer Namen .....</b>	<b>431</b>

# Abkürzungsverzeichnis

A.d.Ü.	Anmerkung des Übersetzers
AOK	Armeeoberkommando
Bund	<i>algemeyner yidisher arbeter-bund in lite, poyln un rusland</i> (Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland)
CKN	<i>Centralny Komitet Narodowy</i> (Zentrales Nationalkomitee)
CKO	<i>Centralny Komitet Obywatelski</i> (Zentrales Bürgerkomitee)
COG	<i>Centrala Krajowa dla Gospodarczej Odbudowy Galicji</i> (Landeszentrale für den Wirtschaftlichen Wiederaufbau Galiziens)
CTR	<i>Centralne Towarzystwo Rolnicze</i> (Zentrale Landwirtschaftsgesellschaft)
Endecja	<i>Narodowa Demokracja</i> (Nationale Demokratie)
GGL	Generalgouvernement Lublin
GGW	Generalgouvernement Warschau
GKO	<i>Główny Komitet Obywatelski</i> (Hauptbürgerkomitee)
GKR	<i>Główny Komitet Ratowniczy</i> (Hauptfürsorgekomitee)
GUS	<i>Główny Urząd Statystyczny</i> (Hauptamt für Statistik)
HUR	<i>Holovna ukraïns'ka rada</i> (Ukrainische Hauptrada)
KBK	<i>Księżęco-Biskupi Komitet</i> (Fürstbischöfliches Komitee)
KNP	<i>Komitet Narodowy Polski</i> (Polnisches Nationalkomitee)
KO	<i>Komitet Obywatelski</i> (Bürgerkomitee)
KON	<i>Komitet Obrony Narodowej</i> (Komitee für Nationale Verteidigung)
KRG	<i>Krajowa Rada Gospodarcza</i> (Landeswirtschaftsrat)
KSSN	<i>Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych</i> (Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien)
k.u.k.	kaiserlich und königlich
LPP	<i>Liga Państwowości Polskiej</i> (Liga der Polnischen Staatlichkeit)
MKN	<i>Miejski Komitet Narodowy</i> (Stadtnationalkomitee)
MKP	<i>Międzypartyjny Komitet Polityczny</i> (Überparteiliches Politisches Komitee)
Naczpol	<i>Naczelnny Polski Komitet Wojskowy</i> (Oberstes Polnisches Militärkomitee)

NKN	<i>Naczelny Komitet Narodowy</i> (Oberstes Nationalkomitee)
NKVD	<i>Narodnyj komissariat vnutrennich del</i> (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NZCh	<i>Narodowy Związek Chłopski</i> (Nationaler Bauernverband)
NZR	<i>Narodowy Związek Robotniczy</i> (Nationaler Arbeiterverband)
PB	<i>Pogotowie Bojowe</i> (Kampfbereitschaft)
PCRC	<i>Polish Central Relief Committee</i>
PDS	<i>Polskie Drużyny Strzeleckie</i> (Polnische Schützenstaffeln)
Pepepe	<i>Polska Partia Postępowa</i> (Polnische Fortschrittspartei)
PKKP	<i>Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa</i> (Polnische Landeskreditkasse)
PKL	<i>Polska Komisja Likwidacyjna</i> (Polnische Liquidierungskommission)
PKN	<i>Powiatowy Komitet Narodowy</i> (Bezirksnationalkomitee)
PKP	<i>Polski Korpus Posiłkowy</i> (Polnisches Hilfskorps)
PLKR	<i>Polski Lwowski Komitet Ratunkowy</i> (Polnisches Lemberger Rettungskomitee)
PON	<i>Polska Organizacja Narodowa</i> (Polnische Nationalorganisation)
POW	<i>Polska Organizacja Wojskowa</i> (Polnische Militärorganisation)
PPS	<i>Polska Partia Socjalistyczna</i> (Polnische Sozialistische Partei)
PPSD	<i>Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska</i> (Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens)
PPS-L	<i>Polska Partia Socjalistyczna-Lewica</i> (Polnische Sozialistische Partei-Linke)
PSL	<i>Polskie Stronnictwo Ludowe</i> (Polnische Volkspartei)
PSW	<i>Polski Skarb Wojskowy</i> (Polnischer Militärfonds)
PSZ	<i>Polska Siła Zbrojna</i> (Polnische Wehrmacht)
PTPOW	<i>Polskie Towarzystwo Pomocy Ofiarom Wojny</i> (Polnische Gesellschaft für Kriegsoferhilfe)
RGO	<i>Rada Główna Opiekuńcza</i> (Fürsorgehaupttrat)
RN	<i>Rząd Narodowy</i> (Nationale Regierung)
SDKPiL	<i>Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy</i> (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens)
SDN	<i>Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe</i> (Demokratisch-Nationale Partei)
Sovnarkom	<i>Sovet Narodnyh Komissarov</i> (Rat der Volkskommissare)

Stavka	<i>Stavka Verchovnogo Glavnokomandueščego</i> (Hauptquartier des Obersten Befehlshabers)
SVU	<i>Sojuz Vyzvolennja Ukraïny</i> (Bund zur Befreiung der Ukraine)
TRS	<i>Tymczasowy Rada Stanu</i> (Provisorischer Staatsrat)
UNR	<i>Ukraïns'ka nacional'na rada</i> (Ukrainischer Nationalrat)
USA	<i>United States of America</i>
USS	<i>Ukraïns'ki sičovi stril'ci</i> (Ukrainische Sičer Schützen)
ZON	<i>Zjednoczone Organizacje Niepodległościowe</i> (Vereinigte Unabhängigkeitsorganisationen)
ZUR	<i>Zahal'na ukraïns'ka rada</i> (Allgemeine Ukrainische Rada)
ZWC	<i>Związek Walki Czynnej</i> (Bund des Aktiven Kampfes)

# I Vorspiel

## 1 Krieg in Sicht

Am 28. Juni 1914 wurden im bosnischen Sarajevo Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau erschossen. Einen Monat darauf erklärte Kaiser Franz Joseph I. dem Königreich Serbien oder vielmehr dem serbischen König den Krieg. „Ich habe alles geprüft und erwogen. Mit ruhigem Gewissen betrete Ich den Weg, den die Pflicht Mir weist. Ich vertraue auf Meine Völker, die sich in allen Stürmen stets in Einigkeit und Treue um Meinen Thron geschart haben und für die Ehre, Größe und Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern immer bereit waren“, so lauteten die zentralen Sätze des kaiserlichen Manifests „An meine Völker!“ vom 28. Juli 1914.

Wie die österreichischen strategischen Planungen vorsahen, sollte der Krieg gegen Serbien nicht mehr als eine kurze Strafexpedition sein. Doch der Krieg griff auf ganz Europa und viele außereuropäische Länder über. Russland meinte, nicht untätig der Vernichtung Serbiens und dem Triumph der verfeindeten Donaumonarchie zusehen zu können. Daher unterzeichnete Kaiser Nikolaus II. am 30. Juli den Ukas zur allgemeinen Mobilmachung. Einen Tag darauf wandte sich der deutsche Kaiser Wilhelm II. an die Berliner Bevölkerung: „Enorme Opfer an Gut und Blut“ werde „ein Krieg vom deutschen Volke erfordern“, den Gegnern aber werde man zeigen, „was es heißt, Deutschland anzugreifen.“ Am 1. August erklärte das Deutsche Reich Russland den Krieg, am 3. August Frankreich. In der Nacht vom 4. auf den 5. August befand sich Großbritannien im Kriegszustand mit Deutschland, am 6. August Österreich-Ungarn mit Russland. Die Bündnissysteme zeigten Wirkung, obwohl Skeptiker gemeint hatten, sie würden sich nicht bewähren. Einzig Italien stand nicht zu seinen Verpflichtungen im Dreibund mit Deutschland und Österreich und erklärte sich neutral. Innerhalb von zehn Tagen befanden sich die fünf europäischen Großmächte sowie Belgien, Luxemburg, Serbien und an dessen Seite Montenegro im Krieg. So begann der Krieg des Zweibundes (des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns) mit der Entente (Russland, Frankreich und Großbritannien). In den nächsten Monaten stießen noch weitere Länder zu den kriegführenden Staaten hinzu. Damit bestätigte sich der Kommentar des *Dziennik Poznański* (Posener Tageblatt) von Ende Juni 1914, „wenn sich auf dem Balkan der Nebel zuzieht, geht ein Schauer durch Europa“.

Die Mittelmächte und die Ententestaaten holten nun ihre detaillierten Kriegspläne aus den Stahlschränken. Nach den deutschen Planungen sollten sich sieben Achtel des Reichsheeres gegen Belgien, Luxemburg und Frankreich wenden, während das verbliebene Achtel in Ostpreußen die russische

Offensive aufzuhalten hatte. Plangemäß waren binnen vierzig Tagen Frankreich zu schlagen, Paris zu besetzen und dann alle Kräfte nach Osten gegen Russland zu wenden. Die Deutschen waren sicher, Russland werde wegen seiner schwerfälligen Mobilmachung, seiner großen Entfernungen und seines unzulänglichen Eisenbahnnetzes keine wirkliche Gefahr für Deutschland und Österreich-Ungarn darstellen. Für die Strategie der Mittelmächte war der Faktor Zeit essentiell, denn von der Geschwindigkeit der Truppenbewegungen hing der Kriegsausgang an drei Fronten ab, im Westen, im Osten und auf dem Balkan. Die Verbündeten sahen vor, die österreich-ungarischen Armeen die Offensive an Ost- und Balkanfront übernehmen zu lassen; an letzterer sollten die Österreicher die Serben schlagen. An der Nordostfront würden sie die Russen mit deutscher Unterstützung zum Rückzug zwingen. Soweit der Plan.

Der russländische Generalstab beabsichtigte, die Hauptmasse seiner Truppen gegen Österreich-Ungarn zu konzentrieren und in wenigen Monaten bis nach Budapest und Wien vorzustoßen, während zwei weitere russländische Armeen Ostpreußen angreifen und die Ebenen am Unterlauf der Weichsel besetzen würden. Auf Drängen Frankreichs sicherte Russland zu, die Kampfbereitschaft der eigenen Truppen früher herzustellen als von den Mittelmächten erwartet, nämlich innerhalb von vierzehn Tagen.

Alle Planungen gingen von einem Bewegungskrieg aus. Zu diesem Zweck erweiterten Deutschland und Österreich-Ungarn ihre Eisenbahnlinien, um Truppen schneller von einem Frontabschnitt an den anderen verlegen zu können. Sie befestigten die Straßen und richteten Ausweichrouten ein. Die Russen verstärkten ihrerseits in der Erwartung ihre Kavallerie, diese werde im Bewegungskrieg eine zentrale Rolle spielen.

Erst einmal mobilisiert, verfügte das Russländische Reich mit seinem anscheinend unerschöpflichen Menschenreservoir über die zahlenmäßig stärkste Armee. Bereits die Friedensstärke der russländischen Armee betrug 1,4 Millionen Soldaten, doch ließ die Qualität von Bewaffnung und Ausbildung zu wünschen übrig. Analphabetismus, Korruption, Unterschlagung und geringe Kampfmoral beeinträchtigten die Einsatzfähigkeit. Etwa 180.000 Polen dienten in der russländischen Armee, davon 130.000 aus dem Königreich Polen (Kongresspolen). Da der polnische Adel, die *szlachta*, seit der Zeit der Teilungen gern die militärische Laufbahn eingeschlagen hatte, waren im Offizierskorps der russländischen Armee Polen besonders zahlreich vertreten. Ihre Zahl war bedeutend höher als in der preußischen und der österreich-ungarischen Armee zusammengenommen, doch gab es nur wenige Polen in höheren Dienstgraden, weil Katholiken es schwerer hatten, in der militärischen Hierarchie aufzusteigen. Nach den Dienstlisten von 1893 waren von 1164 Generälen der russländischen Armee 63 Katholiken mit polnischen Namen, daneben einige weitere Polen evangelischer



Konfession. Diese Zahlenverhältnisse änderten sich in späteren Jahren nur wenig. 1912 gab es 42 katholische Generäle im aktiven Dienst, die sich als Polen verstanden, daneben einige wenige evangelische. Bis 1917 stieg die Zahl polnischer Generäle durch Beförderungen und Armeeerweiterungen auf 119. Vor dem Krieg waren polnische Generäle Chefs von Divisionen und Brigaden, dienten in Armeestäben sowie als Adjutanten des Kaisers, während des Kriegs stellten sie auch einige Korps- und Armeekommandeure.

Für die Rekrutierung im Königreich Polen waren die in 28 Militärkreisen tätigen Aushebungskommissionen zuständig. Die meisten Rekruten wurden in Militärbezirke jenseits der vormaligen Ostgrenzen der alten Rzeczpospolita geschickt, etwa in den Petersburger oder Moskauer Militärbezirk. Nach Kriegsausbruch wurden sie dagegen hauptsächlich in Kongresspolen garnisonierten Regimentern zugeteilt.

Die deutsche Armee hatte eine Friedensstärke von 820.000 Mann. Sie war also deutlich kleiner als die russländische, dafür aber besser ausgebildet, bewaffnet und ausgerüstet. „Die deutschen Truppen sind ausgezeichnet ausgestattet, alles blitzt, ist aus bestem Leder und Metall, solide bis zum kleinsten Detail [...]. Alle sind beeindruckt von der hervorragenden Organisation, der Haltung, dem Mut und der Zuversicht der deutschen Armee“, hielt Matylda Sapięha, Schwägerin des Krakauer Bischofs Adam Stefan Sapięha, im Mai 1915 fest. Der litauische Jurist und Verfassungsrechtler Mikolas Römeris (Michał Römer) notierte zum selben Thema: „unvergleichliche Organisation, ausgezeichnete Zielstrebigkeit, Geschlossenheit von Aktion und Führungswillen, Standhaftigkeit im Kampf“. Selbst die Kriegsgegner ließen sich von der perfekten Organisation der deutschen Armee beeindrucken. „Wie durchorganisiert doch diese Deutschen waren. An den Straßenecken wurden in großen Lettern beschriftete Schilder angebracht: Richtung Kozenice, Richtung Warschau, zur Apotheke, zur Kantine, zur Post!“, erinnerte sich ein kongresspolnischer Memoirenschreiber. Auch der Vergleich mit der k.u.k. Armee fiel zugunsten der deutschen Armee aus: „Gegen meinen Willen muss ich die Deutschen bewundern. Was für eine ausgezeichnete Armee!“, schrieb Zofia Kirkor-Kiedroniowa aus dem Teschener Schlesien, Schwester der nationaldemokratischen Politiker Stanisław und Władysław Grabski, der schwerlich eine deutschfreundliche Gesinnung nachgesagt werden kann. Solche Meinungen bezogen sich auf die reguläre Armee, im Vergleich zu der die Reserveeinheiten der Landwehr und – mehr noch – des Landsturms abfielen, deren Aufgabe in der Territorialverteidigung bestand.

Die Polen waren über die Regimenter des Reichsheeres verstreut, weil die Wehersatzbehörden dafür sorgten, dass polnische Soldaten in der Regel weit von ihren Heimatorten garnisoniert wurden. Erst nach der Mobilmachung setzten sich einige großpolnische, schlesische und pommersche Regimenter mehrheitlich aus Polen zusammen, weil dazu ortsnahe Reservisten

verwendet wurden. Vor dem Krieg dienten in der deutschen Armee etwa 40.000 Polen und gut zehntausend Masuren, Ermländer und Schlesier, die kein entwickeltes Nationalbewusstsein besaßen. Im Offizierskorps hatten die Polen einen verschwindend geringen Anteil, weil die militärische Laufbahn nicht populär war. In der deutschen Armee gab es auch keinen einzigen aktiven polnischen General.

Die Friedensstärke der österreich-ungarischen Armee betrug 436.000 Mann. Über die größte Einsatzbereitschaft verfügten die regulären Truppen, die der gesamten Donaumonarchie gemeinsam waren, die sogenannte Gemeinsame Armee, eine geringere die landeseigenen Truppen, die Honvéd („Vaterlandsverteidiger“) in Ungarn und die Landwehr in Cisleithanien, die geringste der Landsturm. Das Königreich Ungarn trug weniger zur Gemeinsamen Armee bei, dafür umso mehr zu den Honvéd, die dort als eigene Nationalarmee galten. Die k.u.k. Armee war schlechter ausgebildet und bewaffnet als die deutsche, doch ihre Infanterie bewährte sich im Einsatz besser als die russländische. In der Infanterie dienten Soldaten aus zehn verschiedenen Nationen. Deutschsprachige stellten in Staat und Armee etwa 26 Prozent, dagegen im Offizierskorps beim Heer 76 Prozent, bei der Kriegsmarine 51,2 Prozent. 1907 wurde der Anteil der Polen im Offizierskorps auf nur 2,3 Prozent geschätzt, nach den neusten Untersuchungen von Michał Baczkowski lag er bei 2,9 Prozent. Unter den polnischen Offizieren befanden sich zwar Generäle, jedoch kein einziger Korpskommandeur. Die deutschsprachigen Offiziere galten als Garanten für Zusammenhalt und Funktionsfähigkeit der Armee. Deutsch war Kommandosprache. Die Honvéd bedienten sich des Ungarischen, die kroatische Heimwehr (*Hrvatsko domobranstvo*) des Kroatischen. Nicht jeder Soldat war mit dem Deutschen vertraut, was die Truppenführung erschwerte. Jedem Infanterieregiment war ein permanenter Aushebungsbezirk zugewiesen. Wenn ein Regiment Krakau als Garnisonsort hatte, wurden seine Mannschaften in der Stadt und ihrer Umgebung rekrutiert, gleiches galt für Lemberg. Die Soldaten durften die sogenannte Regimentssprache gebrauchen, wenn die jeweilige Nationalität im Regiment mindestens zwanzig Prozent ausmachte. Die in den böhmischen Ländern rekrutierten Regimenter hatten, abgesehen von den westlichen Landesteilen, meist eine tschechische Mehrheit, die in Westgalizien (Kleinpolen) eine polnische. So konnte in der Einheit eher ein Gefühl der Zusammengehörigkeit aufkommen.

Heutige historische Enthusiasten, die Weltkrieg-Reenactment betreiben, stellen sich in die Tradition der österreichischen Regimenter, die einst in ihrer Heimat rekrutiert wurden. So gibt es Reenactment-Gruppen für die Regimenter von Nowy Sącz, Tarnów, Jarosław, Krakau, Lemberg, die diese Einheiten als polnische Regimenter betrachten, obwohl sie dies gar nicht waren. Vor Kriegsausbruch dienten in der Gemeinsamen Armee etwa

51–52.000 Polen, mit der Reserve zusammengenommen etwa 118.000. In elf Infanterie-, fünf Landwehr- und zwei Kavallerieregimentern bildeten polnische Soldaten die Mehrheit. Bei den technischen Truppen und der Artillerie galt das Prinzip der Territorialzugehörigkeit nicht.

Die Infanterie der Armeen der drei Teilungsmächte trug bei Kriegsausbruch Uniformen in gedeckten Farben, mit einer Mütze als Kopfbedeckung. Der deutsche Helm war aus Leder und hatte eine metallene Spitze, weshalb er „Pickelhaube“ genannt wurde. Erst im weiteren Verlauf des Kriegs begannen zunächst Deutschland, dann Österreich und schließlich auch Russland, ihre Soldaten mit Stahlhelmen zu versehen. Zumindest in der k.u.k. Armee trug die Kavallerie bei Kriegsausbruch noch farbige Uniformen.

Ein Rittmeister der k.u.k. Armee erhielt in Friedenszeiten einen Sold von 140 Kronen monatlich, im Krieg zusätzlich 150. Ein Feldwebel bekam nur 70 Kronen plus zwanzig im Krieg. Die Offiziere der russländischen Armee hatten keinen Grund zur Beschwerde, denn ihr Sold war relativ stattlich. Gemessen am russländischen Lebensstandard war selbst der Sold der Mannschaften nicht schlecht. Die Offiziere der Reichsarmee erhielten einen hohen Sold, ein Leutnant 300 Mark im Monat, ein einfacher Soldat dagegen nur fünfzehn Mark. Alle Armeen zahlten Renten an Kriegerwitwen und -waisen, ebenso gab es Kriegsinvalidenrenten und Unterstützungsleistungen für Familien von Rekruten. Im Deutschen Reich waren diese finanziellen Leistungen im Verhältnis zum allgemeinen Lebensstandard sehr bescheiden, in Russland vergleichsweise höher.

## 2 Mobilmachung

„Wir waren alle von der Mobilmachungsmeldung zutiefst betroffen“, notierte der k.u.k. Offizier August Krasicki in seinem Tagebuch. Eine nachvollziehbare Gemütsregung, war doch die Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg. Im Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Russland erschienen überall Plakate mit der Bekanntgabe der Mobilmachung. „Die Leute schauen sich das rote Plakat ganz genau an und lesen die Aufschrift ganz langsam, die nur in der Staatssprache [d.h. Russisch; A.d.Ü.] abgedruckt ist, und sie gehen ihres Wegs wie vom Donner gerührt, ohne sich ganz im klaren darüber zu sein, was vor sich geht“, notierte ein Warschauer Zeitzeuge. „Endlich [...] Mobilmachung! Marktschreierische Plakate verkünden es in allen Landen: Mobilmachung! Die jüngsten Reservistenjahrgänge augenblicklich zu den Regimentern, die Landwehr zur Bewachung von Brücken, Gebäuden usw. [...] Eine wahre Völkerwanderung“, notierte ein Zeitzeuge in Großpolen. Auf Anordnung der Militärkommandanturen wurden die Kirchenglocken geläutet, um zu verkünden, dass etwas ganz Außergewöhnliches in der Luft lag. Zäune und öffentliche Gebäude wurden mit

Aufrufen beklebt, Widerstand gegen den Eindringling zu leisten. Auch die Zeitungen brachten dergleichen Verlautbarungen. Die Bürger müssten zur Verteidigung von Kaiser und Vaterland schreiten, denn man sei von einem heimtückischen Gegner überfallen worden. Jede beteiligte Macht behauptete, einen Verteidigungskrieg zu führen; keiner wollte der Aggressor sein.

Offiziere erhielten ihre Einberufungen telegrafisch, Reservisten und beurlaubte Soldaten auf dem Postweg. Briefträger oder Ortsvorsteher übergaben den Einberufungsbescheid und belehrten bei der Gelegenheit den Reservisten oder Rekruten über seine nächsten Pflichten. Um dem Vorgang mehr Gewicht zu verleihen, ließ sich mancher Ortsvorsteher von einem Gendarmen begleiten. Der Gestellungsbefehl nannte die Adresse, an der der Reservist sich einzufinden hatte. Weil im österreichischen und mehr noch im russländischen Teilungsgebiet der Reservist oft gar nicht lesen konnte, bekam er vom Überbringer den Inhalt des Einberufungsbescheids mitgeteilt und erklärt, wo sich die Kaserne befand und wie er dorthin gelangte.

Die Familien der Einberufenen waren in heller Aufregung. „Im Dorf war überall Schluchzen zu hören, selbst die Hunde heulten, als ob es nächstens brannte. Es herrschte solch eine Niedergeschlagenheit“, erinnerte sich Stanisław Sikoń, ein Bauer aus Galizien. „Am 31. Juli kam der Briefträger auf dem Fahrrad mit lautem Rufen ins Dorf: *Mobilisation! Mobilisation!* [dt. im Original] Das Frauensvolk kam auf die unheilvollen Rufe des Briefträgers hin auf die Straße gestürzt, [...] alle waren tränenüberströmt. Die Kinder liefen, um ihre Väter und Brüder von der Ernte nach Hause zu holen“, erinnerte sich Karol Małek aus Masuren. „Weinen, Jammergeschrei [...]. Frauen fielen ihren Männern um den Hals, Kinder hängten sich an ihre Väter, Mütter wollten die Söhne nicht loslassen. Trauer und Verzweiflung waren so groß, als hätte allen das letzte Stündlein geschlagen, als stünde der Weltuntergang bevor“, erinnerte sich Sebastian Flizak aus Nowy Sącz. Einige Eltern versuchten, den Amtmann zu bereden, der Sohn sei von schwacher Gesundheit, sei bei der Arbeit unabhkömmlich oder der einzige Ernährer der Familie. Der Ortsvorsteher konnte natürlich niemanden vor der Einberufung bewahren und höchstens mitteilen, ein einziger Ernährer könne seine Freistellung vom Militärdienst beantragen. Dazu sei ein Widerspruch oder „Rekurs“ bei der Militärkommission einzureichen, um die Rechtmäßigkeit der Einziehung von Sohn oder Ehemann anzuzweifeln.

Den Vorschriften nach mussten sich die Reservisten binnen ein bis zwei Tagen beim Wehersatzkommando einfinden. Das erwies sich jedoch als ziemlich unrealistisch. Einige hatten es nicht besonders eilig, obwohl die Einberufungsbescheide ausdrücklich Geldstrafen und mehrtägigen Arrest für Verspätung androhten. Doch wer trödelte, konnte Glück haben, denn sobald ein Bataillon Kriegsstärke erreicht hatte, schickte es die Überzähligen nach Hause.

Wie immer in Zeiten der Not, entdeckten die Menschen die Religion für sich oder fanden Gott aufs Neue. Sie strömten in die Kirchen, um „Bewahre uns vor Sturm, Feuer und Krieg, o Herr“ zu singen. Da der Krieg aber schon einmal ausgebrochen war, hegten die Soldatenfamilien zumindest noch die Hoffnung, ihre Angehörigen würden dank göttlicher Hilfe unversehrt heimkehren. Um die Vorsehung günstig zu stimmen, stellten sie brennende Kerzen ins Fenster und errichteten an den Weggabeln im Namen der Einberufenen Kreuze; in Polen sind bis heute viele solche Kreuze zu besichtigen. Die Familien gaben den Einberufenen Heiligenbilder mit auf den Weg, wobei solche der Jungfrau Maria am beliebtesten waren, oder auch kleine Kruzifixe, die gleichsam magischen Amuletten vor Versehrung und Tod bewahren sollten.

Viele sorgten sich noch dazu, dass im Krieg ein Pole den anderen töten würde, wenn er in einer feindlichen Armee diene. Das wurde auch in den Zeitungen kommentiert; so schrieb etwa der *Dziennik Bydgoski* (Bromberger Tageblatt): „[...] wir können das Gefühl nicht loswerden, was immer auch geschehen mag, es wird ein brudermörderischer Krieg sein. Die Polen aus den verschiedenen Teilungsgebieten werden aufeinander schießen.“ In ähnlichem Tonfall schrieb der *Świat* (Welt): „Die größte Tragödie unserer Nation ist aber, dass polnisches Blut unter gegnerischen Fahnen vergossen werden wird.“

Die Mobilisierten teilten die Sorgen ihrer Familien nicht unbedingt. Manche zogen geradezu freudig in den Krieg, zumal wenn sie um sich herum Freiwillige sahen, die es eilig hatten, an die Front zu kommen. Am zahlreichsten waren polnische Freiwilligenmeldungen zur russländischen Armee, etwas weniger zur k.u.k. Armee, die wenigsten zur deutschen. „Alles schloss sich freudig dem Militär an, als ob es auf eine Hochzeit ginge. Es meldeten sich viele, die von der Mobilmachung gar nicht erfasst waren“, schrieb Wincenty Witos, wenn auch mit einiger Übertreibung. „Die Mobilisierten treibt es voller Eifer zu ihren Einheiten, wie in einen heiligen Krieg“, bemerkte Krasicki. So war es in Galizien, in Kongresspolen wie auch in den annektierten Gebieten. „Die Freiwilligen marschieren flotten Schrittes, aber sie lassen ihre Frauen verzweifelt zurück, und die Jüdinnen stoßen biblische Schreckensrufe aus“, schrieb Maria Lubomirska, die Frau Stanisław Lubomirskis. Lediglich im preußischen Teilungsgebiet fiel der Enthusiasmus der Polen gedämpfter aus, und so war es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich dort kaum Freiwillige meldeten.

Meist führte der erste Weg von Einberufenen und Freiwilligen auf den Bahnhof. „Eine riesige Menge begleitete ihre Angehörigen, die Bahnhöfe strömten über von Menschen“, beschrieb ein Zeitgenosse die Szenerie. Auch die Züge waren überfüllt. Der Einberufungsbefehl diente als Fahrkarte. Vielleicht um die Laune zu heben, ließen die Reisenden an manchen

Waggons die Türen offen. Die städtischen Obrigkeiten sorgten für den offiziellen Teil der Verabschiedung auf den Bahnhöfen, und so machten sich die Einberufenen in gehobener Stimmung auf den Weg. In den Abteilen ließen Verbrüderung, Schnaps und Gesang die Zukunft weniger betrüblich aussehen. Beim Warten auf den Anschlusszug lümmelten sich die Einberufenen in Gruppen und vertrieben sich die Zeit mit Spiel und Besäufnis. In Krakau „treiben sich die Soldaten umher. Sie wissen nicht, wo sie sind, irren herum, bleiben bei den Militärkapellen stehen; die Zeitungsjungen jagen durch die Straßen und preisen mit lautem Geschrei ihre Extrablätter an. [...] dann legen sie sich auf die *Planty* [baumbeständenes Krakauer Korso längs der alten Stadtbefestigung; A.d.Ü.], auf die Wiesen und an die Hauswände. Mit wildem Spiel, Gesang und Geschrei bringen sie sich vollends in Stimmung. Die Feldküchen werden belagert, von denen die meisten in den großen Städten aufgestellt werden mussten, wo sich die Führungsstäbe befinden. Zum Teil fahren sie weiter zu den Kasernen.“ In den Unterkunftsstuben herrschten stickige Luft und Gestank. Selbst im preußischen Teilungsgebiet waren die Zustände kaum besser, dort wurde der Gestellungspflichtige ermahnt, er habe sich sauber und in frischer Kleidung einzufinden. Weil die Kapazitäten der Kasernen begrenzt waren, wurden Lagerhallen, Schulen und öffentliche Gebäude vom Militär übernommen. Im Bedarfsfall wurden auch Zelte aufgestellt.

Nach Abgabe ihres Dienstbuchs wurden die Einberufenen gemustert. 15 bis 25 Prozent wurden als dienstuntauglich eingestuft und wieder nach Hause entlassen. Die übrigen schickte man erst zum Frisör, dann in die Magazine zum Empfang von Uniform, Weißwäsche, Stiefel, Tornister und Erkennungsmarken. Dann wurde der Sold ausgezahlt. Die Soldaten „versuchen, irgendwie in die Uniform zu passen und die Uniform passend zu machen. Erst einmal in Reih und Glied, verhält sich jeder wie ein Automat“, erinnerte sich ein Zeitzeuge.

Offiziere genossen Privilegien und bildeten einen eigenen Stand, für den es ausgeschlossen war, sich mit den Mannschaften gemeinzu machen. Höhere Chargen fuhren im Abteil erster Klasse, Subalternoffiziere zweiter Klasse, während sich Mannschaften mit der dritten Klasse oder mit Viehwaggons mit Sitzbänken zufriedengeben mussten. An den Haltepunkten waren für Offiziere gesonderte Quartiere vorbereitet. Offizieren stand ein Bursche zu, die höheren Ränge hatten überdies zusätzliche Bedienstete. Der Ordonanzbursche war seinem Offizier stets zu Diensten, reinigte seine Uniform und Stiefel, sorgte für Wohlbefinden und Ordnung in der Unterkunft und war auch für private Erledigungen zuständig. Kavallerieoffiziere bekamen Stallburschen zugeteilt. Offiziere hatten eigene Kantinen, wurden besser gepflegt und erhielten größere Tabak- und Alkohorrationen. Hohe Offiziere der russländischen Armee fuhren mit Koch, Bett, Stühlen, Teppichen,

Tafelgeschirr und selbstredend Samowar an die Front. Die Ordonnanz musste selbstverständlich wissen, wie ein guter Tee zuzubereiten war.

Die Mobilmachung verlief nach Plan. Es meldeten sich alle oder doch fast alle Gestellungspflichtigen. Nur in Ausnahmefällen hatten polnische Soldaten ernste Bedenken, in den Krieg zu ziehen. Offenbar erwarteten polnische Soldaten aus dem russländischen und dem österreichischen Teilungsgebiet auch einen Sieg; Staatsmacht, Schule, Presse und Kirche hatten gründlich darauf hingearbeitet. Die für die polnische Unabhängigkeit eintretenden Parteien im russländischen Teilungsgebiet riefen völlig vergeblich zum Boykott der Mobilmachung auf („Niemand melde sich zur Aushebung und lasse sich einziehen! Jeder verstecke sich und wehre sich zur Not mit der Axt!“). Ebenso wirkungslos blieben die Verweigerungsaufrufe der linksrevolutionären Parteien, der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) und der Polnischen Sozialistischen Partei-Linke (PPS-L), die ausführten, es handle sich um einen den Interessen der Werktätigen entgegengesetzten Krieg der Imperialisten und Kapitalisten. Selbstverständlich folgten viele dem Einberufungsbefehl weniger aus Loyalität gegenüber der Staatsmacht als aus Angst vor den Konsequenzen der Gestellungsflucht.

Die österreichische und die deutsche Militärführung erwarteten in ihren Teilungsgebieten eine problemlose Mobilmachung. Sie setzten auf die Effizienz der Einberufungsbehörden und die Wirkung der chauvinistischen Indoktrination durch die Schule. Dagegen gab es in den russischen Stäben ernste Zweifel, wie die Mobilmachung in Kongresspolen und den annektierten Gebieten aufgenommen würde. Die Befürchtung war, bis zu einem Fünftel der Gestellungspflichtigen könnten sich nicht melden; tatsächlich waren es dann aber nur zwei Prozent. Die Männer begaben sich in dem Bewusstsein in die Kasernen, keine andere Wahl zu haben, weil andernfalls schwere Strafen drohten. Von den Bauern hieß es, sie gingen „schicksalsergeben und des Gehorsams gegen die Obrigkeit gewohnt“ zur Armee. Die polnischen Patrioten waren überrascht und empört, was nur zeigte, wie sehr sie die Mentalität des einfachen Volkes und seine Loyalität gegenüber dem Zarenstaat und seiner Armee verkannten. Andererseits hatten sich in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch die Möglichkeiten verbessert, in polnischen Organisationen und Vereinen für die nationale Sache tätig zu werden, was in Warschau und Wilna prorussische Stimmungen hatte aufkommen lassen. „Von Russland zu Sklaven dressiert, waren die sehr zahlreichen Polen, für die die russische Armee die ihrige war, nicht würdig, eine Nation zu sein [...]. Der unerwartet reibungslose Ablauf der Mobilmachung sorgte in Petersburg für eine angenehme Überraschung und ließ so etwas wie Dankbarkeit für die guten und treuen Polen aufkommen“, schrieb Marian Zdziechowski, Historiker und nach dem Krieg Rektor der Universität Wilna.



Besonders im russländischen und österreichischen Teilungsgebiet war eine loyale Haltung gegenüber der Teilungsmacht verbreitet, denn dort identifizierten sich die Menschen mehr oder minder mit der jeweiligen Armee. Aufrichtige Loyalität, ja Begeisterung zeigten sich in Galizien und dem Teschener Schlesien, wo die Leute hofften, die k.u.k. Armee werde irgendwie die Lage der Polen verbessern, vielleicht sogar der polnische Staat in irgendeiner Form wiedererstehen. „Die Zustimmung der Menge zu Österreich war groß. Die Soldaten in den österreichischen Uniformen galten als eigene Soldaten und wurden auch so behandelt“, war eine Einschätzung, die gleichermaßen in polnischen, jüdischen und ukrainischen Familien verbreitet war.

Dagegen suchte man bei den Polen des preußischen Teilungsgebiets eher vergeblich nach Begeisterung für das Deutsche Reich, weil dort antipolnische Maßnahmen und Germanisierungspolitik für entschiedene Ablehnung gesorgt hatten. Doch auch hier überwog die Haltung, die Gestellungspflichtigen hätten praktisch keine andere Wahl, als der Einberufung Folge zu leisten. „Geben wir uns keiner Täuschung hin! Bewahren wir die Ruhe, seien wir vorsichtig, wir müssen unserer Pflicht nachkommen, davon gibt es kein Entrinnen“, lautete ein Appell der *Gazeta Toruńska* (Thorner Zeitung). Ähnlich war die Stimmung überall in Pommern, Ermland, Großpolen und Oberschlesien. „Der Verstand ergibt sich der Gewalt, die der polnischen Seele angetan wird [...]. Wieso sollen wir uns für sie schlagen? Für eine Sache, die nicht die unsere ist. Es gibt keine Rettung“, schrieb ein Pole aus dem preußischen Teilungsgebiet. Die Militärführung setzte ganz auf die Eidespflicht, deshalb wurde die Vereidigung gleich nach Formierung der Einheiten und kurzer Ausbildung vorgenommen. Der Rahmen war möglichst feierlich, und hochrangige Militärs und Vertreter der lokalen Obrigkeit nahmen teil.

Die Armeen requirierten gegen Barzahlung Unmengen von Pferden und Fuhrwerken, die für Kavallerie und Transport gebraucht wurden. Im Reichsheer wurden die Pferde von Veterinären gemustert, weniger regelmäßig in der k.u.k. Armee und nur sporadisch in der russländischen. Die Pferde wurden beschlagen und an Militärgeschirre gewöhnt. Besonders schwer waren geeignete Offizierspferde zu finden, die zumeist auf den Landgütern und Gestüten requiriert wurden. Eingezogene Handwerker nähten Hemden, ergänzten die Ausrüstung, reparierten Stiefel und Koppel und montierten Klappspaten. Die Armee kauften Vorräte an Fleisch, Getreide, Milch, Grütze, Konserven und Pferdefutter auf. Nicht immer reichte die Zeit, um die Etappenmagazine zu befüllen, was selbst in Preußen viele nervös machte, weil die Vorbereitungen jedes bekannte Maß überstiegen und viele Vorkriegspläne überholt erscheinen ließen.



Auf dem polnischen Gebiet innerhalb der Grenzen von 1923 wurden nach Schätzungen 1914 insgesamt 1,548 Millionen Soldaten mobilisiert, davon 725.000 im Russländischen Reich, 571.000 in Galizien und 252.000 im preußischen Teilungsgebiet. Die Zahlenangaben in der Literatur schwanken allerdings erheblich. Im Verlauf des Kriegs beriefen die Armeen weitere Jahrgänge ein, doch nahm die Zahl der Einberufenen von Jahr zu Jahr ab, obwohl die Standards für Gesundheitszustand und Körpergröße immer weiter gesenkt wurden. Den größten Rückgang gab es im russländischen Teilungsgebiet, weil sich die Front nach Osten verschob und die Bevölkerung teilweise evakuiert wurde. Auch die Österreicher hatten Probleme, neue Rekruten auszuheben, solange Teile Galiziens von russländischen Truppen besetzt waren. Gleiches galt für Deutschland, weil viele Gestellungspflichtige unabhkömmlich in der Kriegswirtschaft beschäftigt waren. Wer Gefahr lief, einberufen zu werden, heiratete möglichst schnell und verschaffte sich eine Bescheinigung, wegen Kinderreichtums unabhkömmlich zu sein. Etliche schreckten schließlich auch vor Selbstverstümmelung nicht zurück. 1917 wurden im russländischen Teilungsgebiet nur noch 36.000 Mann ausgehoben, im preußischen 73.000 und im österreichischen 154.000; diese Zahlen sanken 1918 auf 91.000 im österreichischen und 47.000 im preußischen Teilungsgebiet. Insgesamt sollten während des Kriegs 3,376 Millionen Personen ausgehoben werden, davon 1,401 Millionen im österreichischen, 1,196 Millionen im russländischen und 779.000 im preußischen Teilungsgebiet. Auch hierzu finden sich unterschiedliche Angaben in der Literatur; die genannten Zahlen vermitteln bestenfalls eine ungefähre Vorstellung. Wie viele von den Einberufenen Polen waren, lässt sich kaum feststellen, weil die Zahlenangaben und Quellen unvollständig sind und die nationale Identität oft unklar war. Nicht alle in der Literatur als Polen gezählten Personen besaßen ein polnisches Nationalbewusstsein, sodass die Angaben zwischen zwei und 2,2 Millionen schwanken. Von diesen fielen 4–500.000 oder wurden als vermisst gezählt, etwa eine Million wurde verwundet. Von den militärischen Opfern des Großen Krieges waren etwa fünf Prozent Polen.

So wie der Krieg sich in die Länge zog, versuchten immer mehr, dem Frontdienst zu entgehen. Von Begeisterung und Hoffnungen des August 1914 blieb wenig übrig. Die Rekruten wurden nicht mehr von einer Menschenmenge zu den Bahnhöfen geleitet, keine Militärkapellen spielten noch auf. Lediglich die für die Soldaten abgehaltenen Messen zogen unverändert die Gläubigen an. In der russländischen Armee gab es bereits 1916 eine beträchtliche Desertionsrate; 1917 wurde die Fahnenflucht allgemein. Auch in der österreichischen Armee nahm seit 1917 die Zahl der Desertionen immer mehr zu, bevor diese 1918 um sich griffen. Selbst in der bis dahin

sehr disziplinierten deutschen Armee wurde Fahnenflucht in der zweiten Jahreshälfte 1918 zum Problem.

Indes ist nur die erste Mobilmachung des Kriegs im historischen Gedächtnis haften geblieben. Sie regte die Phantasie an und wurde in Gelegenheitsdichtungen besungen. Ein anonymes Dichters aus dem russländischen Teilungsgebiet reimte:

<i>Bracie nasz w potrzebie,</i>	Russland, unser Bruder in der Not,
<i>Pomocną dłoń swą Rosja da,</i>	Die Hand uns bietet hilfreich dar,
<i>I przychodzili poborowi,</i>	Und so kamen die Soldaten,
<i>I zgodnie brzmiało ich „Ura“.</i>	Und einig tönte ihr „Hurra“.
<i>Było jak ongiś, gdy przed bitwą,</i>	Es war wie einst, wenn vor der
	Schlacht
<i>Święty wzniesiono w sercach żar,</i>	In den Herzen heil'ges Feuer war,
<i>Wsparwszy majestat swój modlitwą,</i>	Seiner Hoheit im Gebet bedacht,
<i>Do ludu cicho wyszedł car.</i>	Zum Volke stille trat der Zar.

### 3 An die Front

Von der Verkündung der Mobilmachung bis zum Ausmarsch verflossen normalerweise einige Tage bis zu wenigen Wochen. Die Ausbildung für die vor dem Krieg Ungedienten wurde beschleunigt vorgenommen, anschließend wurden die Soldaten in Marschbataillonen an die Front geschickt. Es war obligatorisch, dass die Soldaten auf dem Weg an die Front durch die Städte marschierten. „Alle Leute sind aus den Häusern gekommen, um ihre jungen Soldaten zum Bahnhof zu bringen. Schon hatten sie die schweren Tornister auf den Schultern, die mit allerlei Leckereien vollgestopft waren. Gruppenweise rechtsum marsch! Und die lange Kolonne setzt sich Richtung Bahnhof in Bewegung. Auf beiden Seiten gehen Frauen, Kinder, Verlobte, Eltern, Verwandte, Bekannte mit. Ein letzter Blick auf das Rathaus, den Kirchturm und das blaue Band der Warthe. Der Zug steht mit der Lok unter Dampf. Die Soldaten steigen in die Viehwaggons, in denen Holzbänke aufgestellt sind“, erinnerte sich ein Soldat aus dem großpolnischen Śrem. In Großpolen, Pommern, Schlesien, Ermland und Masuren waren die Schaulustigen auf den Straßen versammelt, Deutsche wie Polen, und riefen: „Schlagt den Russen!“, „Nieder mit Russland!“, „Ein Hoch auf den Krieg!“ Dasselbe geschah in Galizien und im Teschener Schlesien. In Kongresspolen und den annektierten Gebieten dagegen hieß es: „Nieder mit Deutschland!“, „Es lebe die Armee!“

In Galizien spielten die Militärkapellen die polnische Hymne „Noch ist Polen nicht verloren“, und die Städte hissten der Würde des historischen Augenblicks entsprechend die Staatsfahne. Die sogenannten polnischen Regimenter wurden herzlich verabschiedet. Besonders feierlich ging es dabei in Krakau zu, weil dort das 13. Infanterieregiment, genannt „Kinder Krakaus“, zu 82 Prozent aus Polen bestand. Die Einheit wurde auf dem Hauptmarkt empfangen und verabschiedet. Die Krakauerinnen steckten den Soldaten Blumen in die Mündung der Gewehre, und an den Mützen trugen sie wie alle österreichischen Truppen als Feldzeichen Eichen- oder Lindenweige. Die Offiziere trugen Schärpen in den Krakauer Farben Blau und Weiß und zusätzlich über der Schulter eine rot-weiße Schärpe. Nachdem der *hejnał*, das halbstündlich vom Turm der Marienkirche geblasene Trompetensignal, verklungen war, setzte sich das Regiment zum Bahnhof in Bewegung. „Die polnischen Regimenter marschierten aus Krakau mit Blumen geschmückt ab, unter Fahnen in den Nationalfarben, mit einem Bild der Muttergottes von Tschenstochau, verabschiedet vom Stadtpräsidenten [Juliusz Leo] und von der Menge geleitet [...]. Alle glauben, Russland müsse geschlagen werden.“ Auf ähnliche Weise verabschiedete Lemberg sein Regiment. Die Soldaten sangen das Lied von den Kindern, die „davonziehen, sich in der Welt herumzutreiben“; der Refrain lautete: „Vielleicht kehren sie gesund zurück und sehen Lemberg noch einmal wieder“.

Auch im russländischen Teilungsgebiet spielten die Militärkapellen bekannte polnische Lieder, die Transparente waren aber meist nur auf russisch, seltener zweisprachig polnisch und russisch. Im preußischen Teilungsgebiet wurden hauptsächlich preußische Märsche gespielt und deutsche patriotische Lieder gesungen. Polen nahmen selten an solchen amtlich verordneten Festlichkeiten teil, doch kam es vor, dass in Städten mit polnischen Bevölkerungsmehrheiten auch polnische Stücke gespielt wurden.

Die Frontzüge waren mit grünen Zweigen und Blumen geschmückt. Die mit Kreide auf die Waggons geschriebenen Parolen sprachen für sich: „Jeder Schuß ein Ruß“, „Gegen die Moskowiter“ schrieben die einen, „Die Deutschen schlagen“, „Dem Germanen eine Abreibung verpassen“ die anderen. Daneben gab es Karikaturen des Zaren oder der beiden Kaiser. In ihrer Seelenpein spendeten sich die Soldaten wechselseitig Trost. Im Zug des 13. Infanterieregiments reisten gemeinsam Bauernsöhne, junge Arbeiter und Kadetten. „Ich hab keine Angst, Herr Kadett!“ ließ sich Antek aus der Ecke in seinem lokalen Dialekt vernehmen, ein Maurer aus dem Krakauer Stadtteil Krowodrza. [...] „Hahn Se nur keine Angst, Herr Kadett. Ich reiß dem Zaren seine Beine mit Stumpf und Stiel aus und geb se ihm, damit er sich damit vergnügen kann! Und von uns hier gibt’s mehr, die Kelle und Wasserwaage schwingen. Was denken Se denn, Herr Kadett, andere Lümmel können sich schlagen, aber die Maurer aus Krowodrza nicht?“

Am Zielort angelangt, begaben sich die Soldaten in ihre Sammelgebiete. Oft mussten sie etliche Dutzend Kilometer und mehr zurücklegen. Sie marschierten in Hitze und Staub, denn der Sommer 1914 war heiß und trocken. Sie schleppten Gewehr und Tornister, eine Ausrüstung von 25 bis 30 Kilo. Manchmal ging das Trinkwasser aus, dann waren die Soldaten dehydriert, oder sie tranken verschmutztes Wasser und bekamen Durchfall und andere Krankheiten. Manchmal leisteten dem Soldaten auf den langen Märschen neue Stiefel gute Dienste. Manchmal wurden sie auch zum Fluch, weil sie noch nicht eingetragen waren und blutige Blasen verursachten, mit denen sich der Soldat zur Ambulanz begeben musste. Das wiederum drückte das Marschtempo, die Marschkolonnen zogen sich in die Länge, und die Zahl der Soldaten nahm ab, die schließlich die Front erreichten.

In Galizien, Kongresspolen und Litauen fuhren, von Bauern oder Juden gelenkt, langsame zweispännige Fuhrwerke den Marschkolonnen Proviant, Ausrüstung und Munition nach. Noch langsamer waren die Artilleriegespanne, weil Geschütze und Munitionswagen in den sandigen oder vom Regen aufgeweichten Wegen stecken blieben. Die Soldaten mussten warten, bis die Artillerie nachkam. Auf den gepflasterten Straßen in Großpolen, Pommern und Ostpreußen war das Marschtempo höher.

## II Der Kriegsverlauf im Osten

### 1 Tannenberg und die masurischen Seen

Sehr zur Zufriedenheit ihrer Alliierten eröffnete die russische Armee ihre Offensive zuerst und drang in Ostpreußen ein. Von Norden rückte die 1. (Wilnaer) Armee vor, geführt von General Paul von Rennenkampff, von Süden her die 2. (Warschauer) Armee unter General Aleksandr Samsonov. Die 1. Armee stieß aus der Region von Wilna und Kowno nach Westen vor und traf am 17. August auf die deutsche 8. Armee unter Generaloberst Maximilian von Prittwitz, doch ließ Rennenkampff seine Truppen vorsichtig vorrücken, weil er eine Falle befürchtete. Er wies an, helle Pferde mit grüner Tarnfarbe zu streichen und untersagte laute Gespräche und offene Lagerfeuer. Am 18. und 19. August gingen Rennenkampffs Truppen bei Gumbinnen gegen isolierte deutsche Abteilungen vor und schlugen sie. Die Russen versäumten jedoch, den Gegner zu verfolgen, sodass dieser sich wieder formieren und neue Verteidigungsstellungen beziehen konnte. Inmäßigem Tempo rückte die 1. Armee bis Marggrabowa (Oletzko) und Goldap vor, erreichte Lötzen, konnte aber die strategisch wichtige Feste Boyen nicht einnehmen. Das langsame Vormarschtempo war dadurch erzwungen, dass die 1. Armee auf eine fortgesetzte Offensive nicht wirklich vorbereitet war; denn es fehlte an Waffen, Munition und Proviant. Man wartete auf Nachschub und Nachricht von der 2. Armee, die zu diesem Zeitpunkt durch den Nordosten Kongresspolens vorrückte und ihre noch nicht auf Kriegsstärke gebrachten Einheiten mit polnischen Reservisten auffüllte. Dann überschritt sie die preußische Grenze. Die beiden russischen Armeen operierten in unbekannter und schwieriger Umgebung inmitten einer feindseligen Bevölkerung. Diese setzte Heuschuber in Brand, um die Marschrichtung der Russen zu markieren, oder errichtete auf Anhöhen Ausgucke und gab an die deutsche Führung weiter, wohin sich die Russen bewegten.

Obwohl seine Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen waren, entschloss sich Samsonov weisungsgemäß zum Angriff und besetzte nach einigen Tagen schwerer Kämpfe Allenstein. Am 22. August wurde General Paul von Hindenburg aus dem Ruhestand geholt und zum Befehlshaber der deutschen Streitkräfte in Ostpreußen ernannt; General Erich Ludendorff wurde sein Stabschef. Hindenburg zog die der 1. Armee gegenüberstehenden Divisionen ab und warf sie der 2. Armee entgegen. Am 28. August kam Samsonovs Marsch auf Osterode zum Stillstand, die 8. Armee ging zum Gegenangriff über, kesselte die russischen Truppen ein und zerschlug sie. Die 1. Armee konnte nicht mehr rechtzeitig eingreifen, hatte es damit allerdings auch nicht sehr eilig. Rennenkampff soll zu seinen Offizieren

gesagt haben: „Samsonov hat ziemlich viel Lorbeer angehäuft, soll er sich doch selbst herausbeißen.“ Doch Samsonov biss sich nicht heraus, er nahm sich das Leben oder starb an einer Herzattacke. Die 2. Armee bestand nicht mehr. Nur wenigen gelang es, aus der Umklammerung zu entkommen. Die Deutschen nannten die Kämpfe mit der russischen 1. und 2. Armee „Schlacht bei Tannenberg“, und dieser Name blieb haften. Die Schlacht hatte Zehntausenden das Leben gekostet. Die Gräberinschriften zeigen, wie viele Polen darunter waren.

Im Anschluss an diesen Sieg wurde die 8. Armee Richtung Nordosten zur Masurischen Seenplatte verlegt. In dieser Armee taten viele ermländische Polen und Masuren Dienst. Die 8. Armee erhielt Unterstützung von zwei Korps, die von der Westfront verlegt worden waren und nach und nach in die Kämpfe eingriffen, sowie von einer Kavalleriedivision. Am 8. September eröffneten die deutschen Streitkräfte ihren Angriff auf die 1. Armee. Die 8. Armee verfügte über mehr Artillerie und Maschinengewehre. Effiziente Führung und erfolgreiche Konzentration sorgten dafür, Rennenkamps Armee innerhalb von wenigen Tagen zu schlagen. Das Kampfgebiet erstreckte sich über eine weitläufige Landschaft aus Wäldern und Seen, die Schlacht zerfiel daher in viele kleinere Gefechte. Sie endete am 15. September. Kurz darauf erreichten die deutschen Truppen die Memellinie und überschritten an einigen Stellen den Fluss. Die russische Armee erlitt zwar schwere Verluste, entging aber der Einkreisung und Vernichtung. Einigen Einheiten gelang es, sich weiter in Ostpreußen festzusetzen, da die 8. Armee neue Befehle erhielt und von der Verfolgung der Russen absah. Die 1. Armee nutzte die Gunst des Augenblicks und ersetzte ihre Verluste, zumal die russische Führung das strategische Ziel nicht aufgegeben hatte, die deutschen Truppen zu schlagen und Ostpreußen zu besetzen. Zu den Befürwortern einer Gegenoffensive bis zur Weichsel gehörte General Jurij Danilov, der Generalquartiermeister, der darin von General Nikolaj Ruzskij unterstützt wurde, dem neuen Befehlshaber der Nordwestfront. Zur Umsetzung dieser Pläne formierten die Russen die 10. Armee unter Führung von Vasilij Flug. Die Deutschen planten ihrerseits eine Offensive und formierten dazu im nördlichen Ostpreußen eine Armee unter General Hermann von Eichhorn, die wie die russische die Nummer 10 trug. Die russische Führung ahnte nichts von den deutschen Absichten und bemerkte die Truppenkonzentration nicht rechtzeitig. Am 7. Februar 1915 eröffneten die Deutschen ihre Offensive. Am 13. nahmen sie Sejny ein, zwei Tage darauf Suwalken, am 22. Februar ergaben sich die letzten Einheiten der russischen 10. Armee. Daraufhin stellte Hindenburg die weiteren Operationen ein. Die sogenannte Winterschlacht hatte dafür gesorgt, die russischen Truppen aus Ostpreußen zu vertreiben, und verschaffte den Deutschen eine gute Ausgangsposition für ihre nächste Offensive.

Unterdessen war in Russland eine heftige Debatte über die Verantwortung für die Niederlagen entbrannt. Als Schuldiger bot sich vor allem General Jakov Žilinskij an, der abberufene Befehlshaber der Nordwestfront. Auch über Rennenkampffs Haupt zogen sich dunkle Wolken zusammen, doch erhielt er eine zweite Chance bei Lodz. Eine Anzahl weiterer unfähiger Generale wurde abberufen, allerdings bewährten sich auch ihre Nachfolger nicht besser, anders als das Duo Hindenburg-Ludendorff. Diese personifizierten schließlich den Mythos vom deutschen Genie und sollten im Laufe des Krieges stetig größeren politischen Einfluss gewinnen.

## 2 Kraśnik und Komarów

Wie zwischen den Mittelmächten verabredet, sollten österreich-ungarische Truppen die strategische Initiative ergreifen und auf Kongresspolen und Wolhynien vorstoßen. Dieser Offensivplan war sehr riskant, weil die Österreicher gegen überlegene russländische Kräfte antreten sollten. Die Offensive gegen Wolhynien wurde von der 4. Armee unter General Moritz Auffenberg eröffnet; diese Armee bestand aus vier Korps und einer Kavalleriedivision. Sie hatte die Aufgabe, die zwischen Bug und Weichsel dislozierten russischen Truppen von ihren rückwärtigen Verbindungen abzuschneiden. Von Westen wurde sie von der 1. Armee unter General Viktor Dankl gesichert, die sich Richtung Lublin bewegte, von Osten durch die 3. Armee unter General Rudolf von Brudermann. Die Zbruč-Linie wurde von einem schwachen Verband unter General Hermann Kövess von Kövessháza abgeschirmt, der zur 2. Armee gehörte. In Westgalizien sammelte sich die Armeegruppe des Generals Heinrich Kummer von Falkenfeld, die sich aus zwei Infanteriedivisionen und einer Brigade Landwehrinfanterie sowie einer Kavalleriedivision zusammensetzte; ihr Auftrag war, die Offensive von Dankls Armee zu sichern. Zu diesem Verband gehörte das 1. Regiment der Polnischen Legionen unter Führung von Józef Piłsudski, kurz darauf umgebildet zur 1. Brigade. Von deutscher Seite wurden die österreich-ungarischen Truppen durch die Operationsgruppe des Generals Remus von Woyrsch gesichert, die aus Landwehreinheiten bestand und formell zur 8. Armee gehörte. Helmuth von Moltke, Chef des deutschen Generalstabs, hatte sich entgegen dem Drängen des österreichischen Stabschefs Franz Conrad von Hötzendorf nicht zur Abstellung umfangreicherer deutscher Verbände an diesen Frontabschnitt bereiterklärt.

Vier russländische Armeen standen den k.u.k. Truppen gegenüber: General Nikolaj Ruzskijs 3., General Anton von Saltzas 4., General Pavel von Plehwes 5. und General Aleksej Brusilovs 8. Diese bildeten die Südwestfront unter dem Oberbefehl von General Nikolaj Ivanov. Das k.u.k. Armeeoberkommando (AOK) befand sich in der Festung Przemysł. Am 16. August

verließ um zwei Uhr morgens ein Zug mit Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich, Thronfolger Erzherzog Karl, Generalstabschef Conrad von Hötzendorf und Stäben den Wiener Bahnhof.

Zur Feindaufklärung musste die Kavallerie die vordersten Linien des Gegners durchdringen. Die österreichische Kavallerie überquerte an mehreren Stellen die Grenze von Podolien und Wolhynien und besetzte für kurze Zeit Kamenetz-Podolsk. Am 21. August kam es bei Jaroslavyči unweit Zoločiv in Ostgalizien zu einem Gefecht zwischen österreich-ungarischen und russländischen Kavallerieregimentern, ausgeführt in loser Ordnung und mit blanker Waffe. Die österreichische Kavallerie hatte bei der Gelegenheit das Nachsehen, die Gegenseite war besser geführt und ausgebildet. Die Natur spielte als dritte Partei eine Rolle, denn während des Gefechts trat eine Sonnenfinsternis ein, die Reiter und Pferde in Verwirrung stürzte. Solche Naturerscheinungen sollten noch mehrfach den Verlauf von Kampfhandlungen mitbestimmen. Galizische Polen wie Ukrainer behaupteten, der Papst habe die Eklipse heraufbeschworen, um die Truppen des Zaren aufzuhalten.

Doch Jaroslavyči war eine vergleichsweise unbedeutende Episode. Wichtigere Ereignisse spielten sich in dem Gebiet ab, in das seit dem 21. August Dankls Armee einrückte. Diese hatte zunächst vielversprechende Erfolge. Am 25. August erzielte die Armee einen Blitzsieg bei Kraśnik, an dem die zahlenmäßig überlegene österreichische Infanterie und die Honvéd-Husaren wesentlichen Anteil hatten. Saltza, der inkompetente Chef der 4. Armee, machte es den k.u.k. Truppen leicht; er wurde noch am selben Tag durch den sehr viel befähigteren General Aleksej Everth ersetzt. Dankl erhielt für diesen Sieg den Titel eines Grafen von Krasnik. Der einen Tag später auf Cholm und den Bug vorstoßende Auffenberg erzielte bei dem Dorf Komarów einen Sieg über Plehwe, der allerdings mit schweren Verlusten erkauft war. Hier zeichneten sich besonders die Tiroler aus Brudermanns Armee aus, die mit Auffenberg zusammenwirkten. Einige Monate später erhielt dieser zum Dank den Titel eines Freiherrn Auffenberg von Komarów. Die Österreicher drangen weiter nach Norden vor, allerdings behutsam und vorsichtig. Plehwe war zwar besiegt, konnte aber die zersprengten Einheiten der 5. Armee wieder sammeln.

Die aus dem Gebiet von Lublin und aus Podlachien stammenden polnischen Soldaten der Kaiserlich Russischen Armee kämpften bei Kraśnik und Komarów ohne Motivation und ergaben sich bereitwillig. Den Österreichern erklärten sie, Kaiser Franz Joseph sei gut, doch gegen die Preußen hätten sie gekämpft. Ihre mangelnde Bereitschaft, für den Zaren zu sterben, war nachvollziehbar, denn die russische Herrschaft war in unguter Erinnerung. Die griechisch-unierten Kirchen waren in orthodoxe umgewandelt worden, wer sich zur Wehr setzte, war in die Verbannung geschickt worden.



Das war allerdings nicht typisch für Polen in russischer Uniform aus anderen Regionen Kongresspolens, denn diese kämpften überwiegend loyal.

Die Verlautbarungen des AOK über Kraśnik und Komarów ließen in Österreich den falschen Eindruck aufkommen, die russländischen Armeen seien bereits geschlagen. In katholischen und uniert-orthodoxen Kirchen Galiziens wurden Dankgottesdienste gefeiert, Vereine und Stadtverwaltungen richteten Ergebenheitsadressen an den Kaiser.

### 3 Zweimal Lemberg

Während die k.u.k. Armee auf den Bug und Lublin vorrückte, überschritten russische Armeen den Zbruč und wandten sich nach Westen, um Lemberg zu besetzen und die österreichischen Truppen einzukreisen, die im Lubliner Gebiet operierten. Am 21. August setzte sich Brusilovs Armee in Bewegung, am folgenden Tag Rudzskijs. Sie gingen schnell und entschlossen vor und überrumpelten die schwachen österreich-ungarischen Kräfte, die in Panik gerieten. Die Generäle Bruderemann und Kövess von Kövessháza versagten völlig. Ersterer erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde von seinem Kommando abberufen. Sein Nachfolger wurde der fähige kroatische General Svetozar Borojević von Bojna. Das vom Verlauf der Operationen beunruhigte AOK beschloss, den an der serbischen Front eingesetzten Teil der 2. Armee nach Galizien zu verlegen. Doch noch bevor diese Truppen den Kriegsschauplatz erreichten, nahmen die Russen am 3. September Lemberg ein. Das AOK-Kommuniqué über die Kämpfe bei Lemberg endet mit einer nonchalanten Floskel zum warmen und sonnigen Wetter. Als sich die Serie der Niederlagen nicht länger verleugnen ließ, behauptete das AOK, der Rückzug sei eine planmäßige Operation, doch die Galizier ließen sich keinen Sand in die Augen streuen und machten sich über derartige Propaganda lustig:

*Najjaśniejszy Panie*

*Jak to było w planie*

*Dostaliśmy znowu lanie.*

Eure Erlauchtigste Majestät,

Über uns erneut ergeht

Prügel, wie im Plane steht.

Ein jüdischer Lemberger kommentierte: „Wie ich mich doch über die Siege freue, nur wundert mich schon etwas, dass sie immer näher an Lemberg errungen werden.“

Die galizischen Polen beobachteten die zarischen Truppen aufmerksam und zogen den Vergleich zu den Soldaten der Doppelmonarchie: „Es war nicht leicht, sich an den Anblick dieser bis auf die Fußknöchel herabreichenden grauen Mäntel zu gewöhnen, an die runden Mützen, die endlosen [...] Gesänge“, schrieb Roman Longchamp de Berier aus Lemberg. Die

kaiserlich-russischen Soldaten waren schlecht ausgerüstet, ihre Uniformen bunt zusammengewürfelt, ihre Gewehre trugen sie an Schnüren statt an Riemen, und sie marschierten nicht im Gleichschritt, wie Zeitgenossen in Galizien festhielten. Man war schockiert vom nachlässigen Äußeren, von der schmutzigen Kleidung, von mangelnder Hygiene und Gestank. „Wenn sie eine Wohnung besetzt haben, muss man diese anschließend mindestens einen Monat lang lüften [...] sie sind immer schon von weitem zu riechen, und dieser Geruch ist für an andere Verhältnisse gewöhnte Menschen geradezu mörderisch“, hielt ein Bürger von Tarnów fest. Gleich zu Beginn des Kriegs war in Russland ein völliges Verbot verhängt worden, Alkohol zu produzieren und zu konsumieren, gleichwohl brannten die russländischen Soldaten entweder ihren eigenen Fusel oder beschlagnahmten Schnaps von der einheimischen Bevölkerung. Auch ihre Essgewohnheiten und die Einfachheit ihrer Küche entgingen nicht der Aufmerksamkeit der Beobachter: Sie seien bereits glücklich, wenn sie nur ausreichend Kohl, Brot, Speck, Grütze und Tee hätten. Inwieweit solche Auffassungen den Tatsachen entsprachen oder sie doch nur das verbreitete Russenstereotyp bestätigten, lässt sich rückblickend kaum überprüfen. Im Vergleich zu den russländischen Truppen präsentierten sich die österreich-ungarischen Soldaten bedeutend besser, noch vorteilhafter jedoch die verbündeten Deutschen. Ihre höherwertige Ausrüstung und Ausbildung gaben allerdings noch längst nicht den Ausschlag für den Erfolg.

Unterdessen hatten die zwischen Bug und Weichsel operierenden russländischen Armeen Verstärkungen erhalten, griffen die k.u.k. 1. und 4. Armee mit Elan an und zwangen sie zum Rückzug. Die russländischen Offiziere trieben ihre Soldaten zu größeren Anstrengungen an und warnten sie davor, sich zu ergeben, da die Österreicher angeblich Gefangene misshandelten, ihnen die Ohren abschnitten und die Augen austachen. Am 9. September drangen die Russen bis zum San vor. Ihr rascher Vormarsch wurde allein von ergiebigem Regen aufgehalten, der Geschütze und Nachschubwagen bis zu den Achsen im Morast versinken ließ. Durch die Regenfälle trat auch der San stark über die Ufer.

Die Österreicher machten Anstrengungen, das Blatt zu wenden. Die 4. Armee erhielt Befehl, sich von Plehwes Armee zu lösen und aus der Region Rava-Rus'ka Richtung Lemberg den überdehnten russischen Truppen in die Flanke zu stoßen. Zugleich bewegten sich die 2. Armee General Eduard von Böhm-Ermollis und die Überreste der 3. Armee aus südöstlicher Richtung auf Lemberg zu. Sie stießen bis vierzehn Kilometer vor der Stadt vor, mussten dann aber aus völliger Erschöpfung den weiteren Vormarsch einstellen und sich wieder zurückziehen, um nicht eingekesselt zu werden. Die Schlacht dauerte vom 6. bis 12. September und erhielt den Namen Zweite Schlacht von Lemberg. In der Schlacht fiel Herbert Conrad,

Sohn des Generalstabschefs und Leutnant im 5. Dragonerregiment. Ungeachtet dieses persönlichen Unglücks leitete Conrad von Hötzendorf die Operationen weiter. Er befahl, das AOK aus Przemyśl nach Nowy Sącz zu verlegen sowie die 2., 3. und 4. Armee vom Feind zu lösen und hinter den San zurückzuziehen.

Die Kämpfe des August und September waren schwer und verlustreich. Sie dauerten Tag und Nacht an. Einer der Teilnehmer war General Tadeusz Jordan Rozwadowski, einer der besten Artilleriekommandeure der k.u.k. Armee. Vom 5. auf den 6. September war er in den nächtlichen Gefechten bei Borowo südlich Lublin im Einsatz: „Wie schrecklich ist doch so ein Nachtangriff, besonders wenn im dichten Wald mit der blanken Waffe zu kämpfen ist! Das Herz krampft sich zusammen, die Hände umklammern das Gewehr, im allgemeinen Tumult ist nicht zu unterscheiden, ob Moskowiter oder Unsriger! Es wird auf jeden Schatten geschossen, der sich bewegt, und einem Bajonettkampf ausgewichen. Fünf Stunden lang saß ich in dieser Hölle, bewegte mich mal vor, dann wieder zurück.“

Der Rückzug der österreich-ungarischen Armee wurde den Leuten euphemistisch als „großer Sprung“ vermittelt. Conrad rettete die Armee zwar vor der Vernichtung, nicht aber vor einer militärischen Katastrophe. Die Truppen erlitten im ersten Kriegsmonat ungeheure Verluste an Menschen und Material. Divisionen schrumpften zur Größe von Regimentern, Regimenter zu Bataillonen, Kompanien zu Zügen. Mancher Zug und manche Kompanie wurden überhaupt ausgelöscht. Die sogenannten polnischen Regimenter hatten sehr hohe Verluste. „Zusammen mit Trainsoldaten, Ärzten und Schreibstubensoldaten waren nach nicht ganz einem Monat noch 108 von dreitausend Soldaten im Krieg [...]! Ich sah, wie Oberst [Stanisław] Puchalski beiseitetrat [...] und sich mit dem Taschentuch ausgiebig die Augen trocknete“, erinnerte sich Stanisław Kawczak, Soldat im 20. Infanterieregiment.

900.000 Soldaten der k.u.k. Armee waren gegen Russland ins Feld gezogen. Beim Rückzug auf die Sanlinie wenige Wochen später waren davon noch 600.000 übrig, beim Erreichen der Nida-Dunajec-Linie noch 400.000, nicht eingerechnet die Besatzungen der Festungen Przemyśl und Krakau. Wegen hoher Verluste, Erschöpfung und Materialverschleiß waren die k.u.k. Truppen nicht mehr in der Lage, die vorrückenden Russen aufzuhalten, auch wenn sie noch mehrmals angriffen und vorübergehend sogar verlorenes Gebiet zurückgewannen. Doch konnten sie die strategische Initiative nicht zurückgewinnen. Die Niederlagen in Galizien bedeuteten auch für die Offensive in Kongresspolen ein Fiasko, denn diese beiden Fronten waren eng miteinander verzahnt. Im Lubliner Gebiet schlug Plehwes Armee gegen die bescheidenen Bedeckungskräfte unter Erzherzog Joseph Ferdinand los, der Auffenberg ersetzt hatte. Am 7. September besetzte Plehwe Zamość. Dankls Armee wurde von Everths Armee angegriffen, verstärkt

von der neu gebildeten 9. Armee unter General Platon Lečickij. Die russischen Truppen waren zahlenmäßig fast zweifach überlegen und zwangen die Österreicher zum Rückzug hinter den unteren San.

Wie üblich wurde nach Gründen für die Niederlagen gesucht. Die einen sahen sie im Mangel an Artillerie und Maschinengewehren, die anderen in schlechter Kommunikation und mangelhafter Koordination zwischen Artillerie und Infanterie, wieder andere in den mangelnden Führungsqualitäten der Kommandeure oder der zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners. Auch die noch ganz in den taktischen Doktrinen des 19. Jahrhunderts stecken gebliebene Kavallerie wurde kritisch bewertet; ihre Kampfweise war überholt, entsprach aber genau der Ausbildung. Ihre von Weitem sichtbaren farbigen Uniformen waren auch nicht gerade felddiensttauglich und ließen den Kampfwert sinken. Conrads Gegner sahen ihre Stunde gekommen: Sie führten aus, wie die 2. Armee ganze Wochen in Eisenbahnwaggons zugebracht habe, mal auf dem Weg nach Serbien, mal nach Galizien, sodass sie weder an der einen noch der anderen Front zum Einsatz gekommen sei. Auch Kommandeure wie Brudermann waren der Kritik ausgesetzt. Das AOK fand Auffenbergs Leistung ebensowenig überzeugend; er hatte zwar gut gekämpft, ließ aber seiner scharfen Zunge freien Lauf und wagte, den Führungsstil der Erzherzöge zu kritisieren. Das verzieh ihm das Erzhaus nicht und veranlasste seine Abberufung. Als weitere Ursache der militärischen Fehlschläge galt die Haltung der Bevölkerung Galiziens. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

In der zweiten Septemberhälfte 1914 lag die Mannschaftsstärke der Kaiserlich Russischen Armee bereits 200.000 über derjenigen der Doppelmonarchie. Daher gingen die Russen in die Offensive und besetzten große Teile Galiziens, doch waren ihre Bewegungen bereits nicht mehr so entschlossen und zügig wie zuvor, weil auch sie hohe Verluste an Menschen und Material erlitten hatten.

#### **4 Warschau-Dęblin und Lodz**

Die Deutschen hatten kein Interesse, der Zerschlagung ihres österreichischen Bündnisgenossen tatenlos zuzuschauen, auch wenn ihr Vertrauen in dessen militärische Fähigkeiten stark ins Wanken geraten war und sie keinerlei Achtung mehr vor dem k.u.k. Offizierskorps besaßen. Der deutsche General Max Hoffmann nannte die k.u.k. Armee einen Mund voller fauler Zähne, die schon von einem leichten Luftzug zum Schmerzen gebracht würden. In der Obersten Heeresleitung (OHL) war heftig umstritten, inwieweit man sich auf dem östlichen Kriegsschauplatz engagieren sollte. Stabschef Erich von Falkenhayn riet zur Vorsicht, dagegen befürwortete Hindenburg einen stärkeren Einsatz. Er konnte zwar nicht durchsetzen, die einmal gewählte

Strategie zu revidieren, doch erreichte er immerhin, dass noch im September eine neue – die neunte – Armee aufgestellt wurde, die aus zwölf Divisionen bestand und nördlich von Tschenschow disloziert wurde. Dazu gehörte das bereits seit sechs Jahren von August von Mackensen geführte XVII. Korps. Die 8. Armee verblieb im Norden. Beide Armeen waren Hindenburg unterstellt, mit Ludendorff als Stabschef. Beide Generale drängten zur Gegenoffensive. Zu diesem Zweck begab sich Ludendorff am 18. September nach Nowy Sącz, um die anstehenden Operationen mit den österreichischen Verbündeten abzusprechen. Nach ihren Siegen in Ostpreußen waren sich die Deutschen sicher, den Russen materiell überlegen zu sein, andererseits wussten sie, zahlenmäßig auf sich gestellt den vier russländischen Armeen mit ihren über vierzig Infanterie- und fünfzehn Kavalleriedivisionen nicht gewachsen zu sein, die ihnen an der Ostfront gegenüberstanden. Zum Ausgleich sollten die Deutschen von Dankls Armee unterstützt werden.

Die 9. Armee setzte sich am 28. September in Richtung auf die mittlere Weichsel und Warschau in Bewegung. Damit begann die Operation, die als Schlacht bei Warschau und Dęblin in die Geschichte eingehen sollte. Zu Anfang kam die 9. Armee schnell voran, ihre vorderen Einheiten befanden sich am 7. Oktober bereits dreißig Kilometer vor Warschau und führten schwere Kämpfe bei Grójec. Am 12. Oktober erreichte die Armee den Weichselllauf und begann, die Festung Dęblin zu beschießen. Damit war ihre Erfolgsserie aber schon beendet, denn russische Truppen setzten in großer Stärke auf das linke Weichselufer über, darunter aus Galizien verlegte Einheiten der 4., 5. und 9. Armee, von Norden gedeckt durch die Divisionen der wieder aufgestellten 2. Armee von General Sergej Scheidemann. Insgesamt verfügten die Russen über 520.000 Mann und 2400 Geschütze, während die deutsche 9. Armee 145.000 und Dankls Armee 165.000 Mann stark waren. Die Russen nutzten ihre zahlenmäßige Überlegenheit für eine erfolgreiche Gegenoffensive. Hindenburg befahl den Rückzug; am 8. November ordnete er an, die Offensive einzustellen und zur Verteidigung überzugehen. Die Russen eroberten Lodz zurück; im Norden Kongresspolens näherten sie sich Włocławek, im Süden Tschenschow.

Am 16. November begann der nächste russische Angriff, der der entscheidende sein und den Weg nach Schlesien und Berlin öffnen sollte. Doch hatten die Deutschen am 3. November das entsprechende russische Radiogramm aufgefangen und entziffert. Der zum Oberbefehlshaber an der Ostfront ernannte Hindenburg entschloss sich zu einer präventiven Gegenoffensive. Die Hauptaufgabe fiel der 9. Armee zu, zu deren Befehlshaber Mackensen ernannt wurde, obwohl er die Armee de facto schon seit einigen Wochen führte, weil Hindenburg von Posen aus die ganze Ostfront im Blick behalten musste. Hindenburgs Wahl hätte nicht besser ausfallen können, weil Mackensen einer der fähigsten deutschen Generäle war, vielleicht sogar

der fähigste des gesamten Weltkriegs, unübertroffen sowohl in der strategischen Planung als auch in der operativen Durchführung. Am 11. November verließ die 9. Armee ihr Aufstellungsgebiet südlich Thorn in östlicher Richtung. Sie sollte Keile zwischen Scheidemanns 2. Armee und Plehwes 5. Armee sowie zwischen die 2. Armee und Rennenkampffs 1. Armee treiben. Die drei russischen Armeen zählten zusammen 367.000 Mann und 1260 Geschütze, Mackensens 9. Armee 155.000 Mann und 980 Geschütze. Die 9. Armee sollte also wieder in starker Unterzahl angreifen; allerdings wurde sie von Südwesten von Woyrschs Operationsgruppe und einem Reservekorps abgeschirmt, die zusammen 124.000 Mann stark waren, von Süden her durch die k.u.k. 2. Armee.

Plangemäß ging die 9. Armee Richtung Kutno und Lodz vor. Vom 17. bis 24. November fanden zahlreiche Gefechte unter anderem bei Stara Gadka statt, die später unter dem Namen Schlacht von Lodz zusammengefasst wurden. In der ersten Phase versuchten die Deutschen, die russländischen Truppen einzukesseln, was sie bis zum 22. November partiell erreichten. Doch handelte es sich um einen Pyrrhussieg, und jener Tag ging als „Totensonntag“ in die Kriegsgeschichte ein. Umgekehrt versuchten sich auch die Russen an der Einschließung des Gegners, blieben aber ohne Erfolg.

Auf ihrer Seite schlugen sich die sibirischen Divisionen besonders gut, darunter das 24. sibirische Regiment, dessen Mannschaften hauptsächlich aus polnischen Gestellungspflichtigen aus Masowien ergänzt worden waren. Auch auf der anderen Seite der Front, im Posener Korps, dienten in der Hauptsache Polen. Auf russischer Seite kämpften der spätere Sowjetmarschall Semën Budënyj und der russische Dichter Nikolaj Gumilëv.

Die Kämpfe bei Lodz wurden besonders verbissen und verlustreich und unter extremen Bedingungen bei plötzlich einsetzendem Starkfrost geführt. Die russländischen Soldaten unternahmen doktringemäß häufige Bajonettangriffe. Am 6. Dezember gelang es den Deutschen, Lodz einzunehmen. Dabei spielte General Karl Litzmann, Chef der 3. Gardedivision, die entscheidende Rolle; der von ihm geführte Angriff zerschlug die in Überzahl befindlichen russländischen Truppen. In der deutschen Historiographie heißt dieses Gefecht „Schlacht bei Brzeziny“, Litzmann erhielt den Beinamen „Löwe von Brzeziny“. Im Zweiten Weltkrieg benannten die Nazis zu seinen Ehren Lodz in „Litzmannstadt“, Brzeziny in „Löwenstadt“ um. Bei den 26 Tage dauernden Kämpfen fielen, starben an ihren Verwundungen oder wurden als vermisst gemeldet insgesamt 200.000 Soldaten, davon 120.000 auf russländischer Seite.

Wer gesiegt hatte, lässt sich nicht so leicht beantworten, denn keine Seite erreichte ihre operativen Ziele, auch wenn die Deutschen größere Vorteile erlangten als die Russen. Mit Blick auf das Tempo der Operationen, immer wieder überraschende Gefechtslagen und den Einsatz von gepanzerten

Fahrzeugen gilt die Schlacht bei Lodz als größte, die im Ersten Weltkrieg in der Phase des Bewegungskriegs an der Ostfront geschlagen wurde.

Die russländischen Truppen kämpften bei Lodz zufriedenstellend, jedenfalls sehr viel besser als im Jahr darauf, zumal sie noch hinreichend ausgerüstet waren. Gleichwohl war die Einschätzung vieler Divisions- und Regimentskommandeure durch das Hauptquartier des Obersten Befehlshabers (Stavka) kritisch. Ähnlich äußerte sich der polnische General Józef Dowbor-Muśnicki, der an der Schlacht teilgenommen hatte: „Die meisten russischen Kommandeure zeigten bereits keine Motivation mehr, gegen die Deutschen zu kämpfen.“ Während des Lodzer Feldzugs erwies sich Rennenkampff einmal mehr als unfähig, sodass ihn die Stavka seines Kommandos entthob. Er wurde des Hochverrats, der Begünstigung des Deutschen Reichs und der Unterschlagung öffentlicher Mittel bezichtigt. Allein der russische Kaiser bewahrte ihn vor der Verhaftung. Auch Plehwes Führung war nicht viel besser.

## 5 Krakau und Limanowa

Die Verlegung eines Teils der russländischen Truppen aus Galizien nach Kongresspolen ermutigte das AOK, eine Gegenoffensive vom Dunajec in Richtung San zu planen. Die k.u.k. 2., 3. und 4. Armee kamen jedoch nur langsam voran, weil im nassen Herbstwetter Geschütze und Fuhrwerke förmlich im Schlamm versanken. Noch dazu fehlte es an Proviant. Die geschwächten Truppen waren besonders krankheitsanfällig, jeden Tag mussten viele Soldaten in die Feldspitäler gebracht werden, die Armeen schwanden dahin. Allerdings erging es dem Gegner nicht besser, denn die Cholera wütete und kostete Hunderten Soldaten das Leben. Am 9. Oktober stellten die k.u.k. Truppen die direkte Verbindung zur Festung Przemyśl her, trotzdem verlegte das AOK seine Hauptquartier von Nowy Sącz nach Teschen, weil es sich offenbar in Frontnähe immer noch nicht sicher fühlte. Conrad befahl am 10. Oktober der 3. und 4. Armee den Angriff auf Lemberg, um hinter dem San die gegnerischen Truppen einzukesseln. Die k.u.k. Armeen versuchten, das rechte Ufer des San und die Hügel rings um Przemyśl einzunehmen. Diese Offensivpläne wurden von Einheiten der 3. Armee unter General Radko Dimitriev durchkreuzt, die am 18. Oktober das linke Sanufer besetzten. Nur im Süden, bei Turka und Chyriv, wo Einheiten der 2. Armee unter Böhm-Ermolli beherzt kämpften, gelang es, vom 23. Oktober bis zum 2. November angreifende russländische Truppen aufzuhalten. Die 2. Armee schaffte jedoch den Durchbruch nicht. In Anbetracht der bescheidenen Erfolge und der Erschöpfung der Truppen befahl Conrad den erneuten Rückzug auf die Sanlinie.



Da deutsche Unterstützung ausblieb, setzten sich die österreich-ungarischen Truppen auch aus dieser Stellung ab und bewegten sich auf die Festung Krakau zurück. Dankls 1. Armee zog sich ihrerseits nördlich auf der linken Seite der Weichsel zum Krakau-Tschenstochauer Jura zurück. Die Festung Krakau wurde zum wichtigsten militärischen Rückhalt der Donaumonarchie. Gegenüber der Festung befand sich die 4. Armee, südlich die 3. Armee. Um die Verbindung zur deutschen 9. Armee zu halten, wurde die 2. Armee nach Norden verlegt. In diesem Gebiet gab es ein ziemlich dichtes Eisenbahnnetz, was die Bewegungen vereinfachte und wesentlich zum Sieg der Mittelmächte beitragen sollte.

Bis Ende November 1914 hielten russländische Truppen 77 von 82 galizischen Bezirken besetzt; dies waren gut neun Zehntel der Fläche mit knapp 88 Prozent der Bevölkerung. Auf der Gesamtlänge der Front in Galizien, Kongresspolen und Litauen verfügte Russland über 95 Divisionen, die Mittelmächte über 65, eingerechnet die Besatzung der Festung Przemyśl. Auf beiden Seiten gab es viele stark geschwächte Divisionen. Großfürst Nikolaj Nikolaevič, der russische Oberbefehlshaber, wollte die zahlenmäßige Überlegenheit nutzen, um die k.u.k. Armee zu zerschlagen, bevor deutsche Verstärkungen zur Stelle sein konnten. Er war überzeugt, die Festung Krakau einnehmen und auf Schlesien, Budapest und Wien marschieren zu können, um den Krieg vor Jahresende zu beenden. Die Stimmung war ausgezeichnet; bei den russländischen Soldaten hieß es, sie wollten zur „Hochzeitsfeier nach Krakau“ spazieren. Sie stellten Wegweiser mit den Entfernungen nach Budapest, Wien und Berlin auf, und die Offiziere baten, ihre besten Uniformen zu schicken, die sie für die Siegesparade brauchen würden. Die Armeeführung versicherte, man gewähre ihren Wunsch, sobald erst die feindlichen Hauptstädte eingenommen seien.

Im Gegensatz dazu war die Moral auf österreich-ungarischer Seite stark angeschlagen. Die Niederlagen und der Verlust eines Großteils von Galizien taten ihre Wirkung. Nach verbreiteter Meinung sah die k.u.k. Armee aus, „als ob sie vom Kriegführen schon genug“ habe. „Banden von Marodeuren ziehen durch die Wälder, betteln, stehlen, rauben und warten darauf, gefangengenommen zu werden. Die Nachschubsoldaten verkaufen alles um einen Schleuderpreis. Pferdedecken, Gewehre, Munition.“ Viele Pferde waren verletzt, wund und lahm. Das alles war kaum geeignet, die Stimmung zu heben.

In der zweiten Novemberhälfte näherten sich die Russen der Festung Krakau, wo sich vom 16. bis 25. November die Erste Schlacht bei Krakau abspielte. Die Festungsanlagen reichten von der Stadtmitte bis zu den äußersten Forts in einer Entfernung von gut zehn Kilometern. Festungskommandant war General Karl Kuk, Stabschef Major Stanisław Haller. Ein großer Teil der Besatzung bestand aus Polen. Am 14. November eröffneten die



Russen ihren Vorstoß auf die Forts. Conrad ließ die schwachen k.u.k. Kräfte durch die bestens motivierte Festungsbesatzung verstärken. Das ermöglichte eine stellenweise erfolgreiche Offensive gegen Lečickijs 9. Armee. Sie wurde jedoch nicht fortgesetzt, da Conrad am 25. die Truppen gegen Dimitrievs Armee umlenkte. Deren vorderste Einheiten befanden sich nur noch gut zehn Kilometer vom Krakauer Hauptmarkt entfernt. Die Kämpfe waren verbissen, aber den Russen gelang es nicht, Festung und Stadt einzunehmen. Dimitriev gab jedoch nicht auf und nahm einen erneuten Anlauf. So begann die Zweite Schlacht bei Krakau. Am 6. Dezember näherten sich seine Einheiten dem Krakauer Zentrum bis auf zwölf Kilometer. Wieder griff die Festungsbesatzung ein. Die Russen wurden aufgehalten und von der Hügelkette zwischen Krakau und Wieliczka vertrieben. Am 11. Dezember begannen sie den Rückzug in östlicher Richtung. So endete die Zweite Schlacht von Krakau.

Während sich die russländischen Armeen auf Krakau zubewegten, plante Conrad eine Operation, die unter dem Namen Limanowa-Łapanów bekannt werden sollte. Die Österreicher griffen die Russen aus südlicher Richtung an der Nahtstelle zwischen Dimitrievs 3. und Brusilovs 8. Armee an. Dabei kam auch das XIV. Korps unter General Josef Roth zum Einsatz. Er sollte einen Verband unter General Gyula Nagy decken, zu dem die I. Brigade der Polnischen Legionen unter Piłsudski gehörte. An dieser Operation nahm ebenfalls die preußische 47. Reserve-Infanteriedivision aus Großpolen teil, in der viele Polen dienten. Bei Krakau tauschten die Deutschen ihre für die schlechten galizischen Straßen ungeeigneten schweren Nachschubwagen gegen kleinere und leichtere Bauernfuhrwerke aus, die sich gut bewährten.

Am 2. Dezember griffen die Truppen der Mittelmächte überraschend aus der Region Mszana Dolna, Jordanów und Chabówka an. Vom 7. bis 10. Dezember verlief die Schlacht besonders heftig und verlustreich, weil Dimitrievs Armee von Einheiten der Brusilov-Armee unterstützt wurde. Der Sieg schien mal der einen, mal der anderen Seite zuzufallen. Die Kämpfe dauerten bis zum 12. Dezember an. Die Ungarn zeichneten sich besonders aus, zumal sie dem Gegner den Zugang zum ungarischen Kernland verwehrten; der an die Schlacht gemahnende Soldatenfriedhof ist ein nationaler Erinnerungsort der Ungarn. Die Kämpfe um die Jabłoniec-Höhe führten in der Limanowa-Łapanów-Operation die Entscheidung herbei und zwangen die Russen schließlich zum Rückzug. Doch die völlig erschöpften k.u.k. Truppen konnten nicht mehr weiter. Die Front stabilisierte sich auf längere Zeit bei den Vororten von Tarnów. Auch Borojevič' 3. Armee war erfolgreich und zog in den Karpatenort Dukla ein.

Die Bilanz der Herbstoperationen in Galizien fiel gemischt aus. Im November 1914 erreichten die russländischen Truppen ihre größte Vormarschweite, doch gelang es ihnen nicht, den Weg ins österreichische

Schlesien, geschweige denn nach Wien und Budapest zu öffnen. Um den Erfolg zu erzwingen, warf die Stavka immer neue Divisionen an die Front. Diese fügten dem Gegner zwar schwere Verluste zu, erlitten aber ebenso schwere eigene. Bis Mitte Dezember waren ihre Reserven an Menschen und Material aufgebraucht. Russland war eine militärische Großmacht, verfügte aber nicht über das Potential für einen längeren Krieg. Die bei Kriegsausbruch scheinbar unerschöpflichen Reserven waren sehr viel schneller aufgebraucht als vorgesehen. Schon zeigten sich erste Anzeichen von Kriegsmüdigkeit. Die Kaiserlich Russische Armee des Dezember unterschied sich bereits sehr von derjenigen der großen Anfangserfolge. Nach Krakau und Limanowa begann ihr die strategische Initiative zu entgleiten, während die Mittelmächte den Gegner allmählich aus Westgalizien und dem westlichen Kongresspolen zurückzudrängen begannen. Der schlussendlich errungene Sieg sorgte für die Wiederherstellung der Kampfmoral der k.u.k. Armee und für den Optimismus, der Krieg könne doch noch gewonnen werden.

Nach der Schlacht von Limanowa ließen die Kampfhandlungen nach. An vielen Stellen der Front kam der Bewegungskrieg zum Stillstand, die Soldaten gruben sich ein. Kurz vor Heiligabend wandten sich österreichische und deutsche Frontsoldaten an den Gegner mit der Bitte um einen Waffenstillstand über die Feiertage. Genau wie bei dem besser erforschten *Christmas truce* an der Westfront, verständigten sich die Soldaten aus den Schützengräben heraus per Zuruf oder Zettel, verfasst an die „russischen Kameraden“, und baten um Achtung der Feiertage. Dies geschah an vielen Abschnitten der Ostfront wohl sehr viel häufiger, als allgemein bekannt. Vielfach ließen sich die Russen in der Hoffnung darauf ein, dass dreizehn Tage später der Gegner auch das orthodoxe Weihnachten achten würde. Diese Initiativen waren spontan, doch hätten gemeinsame Feiern kaum ohne Einverständnis der Offiziere stattfinden können, die sich ebenso nach feiertäglicher Ruhe sehnten.

Zum Zeichen der feiertäglichen Fraternisierung ließen die Soldaten der Mittelmächte zwischen den Schützengräben Körbe mit Schinken, Brot und Obst mit der Aufforderung stehen, sich zu bedienen, um die Tradition zu pflegen. Sie mussten nicht lange bitten, weil der russische Nachschub im Argen lag und viele Soldaten hungerten. In den zarischen Armeen in Galizien und Kongresspolen waren häufig mehr als ein Zehntel der Soldaten Katholiken, vor allem Polen und Litauer, wodurch es leichter war, sich auf einen Waffenstillstand während der Feiertage zu verständigen. Auch deshalb wurden an vielen Abschnitten der Front Geschenke ausgetauscht. Die polnischen Legionäre begingen die Feiertage an ihren Einsatzorten bei Nowy Sącz und in den Ostkarpaten. Auch sie konnten einen zeitweiligen Waffenstillstand schließen. Anfang 1915 feierten die Orthodoxen ihrerseits das Weihnachtsfest. Wieder wurden Geschenke über die

Frontlinie hinweg ausgetauscht, sogar gemeinsam Weihnachtslieder gesungen, dies unter Anleitung der Griechisch-Katholischen aus Ostgalizien und der Karpatenukraine.

Die Armeeführungen waren von diesen Vorgängen überrumpelt und erließen Befehl, dergleichen dürfe sich nicht wiederholen. Dennoch wurde auch Ostern 1915 noch gemeinsam begangen. Janina Kudelska notierte in ihrem Tagebuch, während der Osterfeiertage habe „eine solch angenehme Stimmung zwischen Deutschen und Russen in den Schützengräben geherrscht [...]. Die Russen schickten den Deutschen Körbchen mit bunten Eiern [...] und machten den Vorschlag, gemeinsam Ostern zu feiern und nicht zu schießen, woran sich auch alle streng hielten. Irgendwo fiel ein Schuss, aber das wurde sofort als Versehen aufgeklärt.“

## 6 „Hölle der Höllen“: Przemyśl

Unterdessen hielt sich in Ostgalizien tapfer die Festung Przemyśl, die in den Ruf einer „Hölle der Höllen“ geriet. Die Kämpfe um Przemyśl sollen etwas ausführlicher behandelt werden, weil sie starken Einfluss auf den weiteren Verlauf der Feldzüge in Galizien und den Karpaten hatten. Przemyśl wurde auch außerhalb Polens notorisch. Der britische Außenminister Edward Grey sagte, die Schwierigkeiten, die Festung einzunehmen, würden nur noch davon übertroffen, den Namen des Orts auszusprechen.

Die Festung Przemyśl war die größte der Donaumonarchie und in Europa die drittgrößte nach Verdun und Antwerpen. Sie erstreckte sich über mehr als sechzig Quadratkilometer. Der innere Befestigungsring bildete eine Ellipse mit einer Achse von fünf bis sechs Kilometern. Die Peripherie war fünfzehn Kilometer lang und von einem hohen Erdwall umgeben. Der äußere Befestigungsring reichte weit über die Stadtgrenzen hinaus und war 45 Kilometer lang. Auf dieser Linie befanden sich 42 Forts, von denen die meisten mit eigener Stromversorgung, Munitionsaufzügen, Wasserpumpen und Scheinwerfern ausgestattet waren. Die Stadt selbst bildete den Festungskern mit Magazinen, Mannschaftsunterkünften und Kommandantur.

Zu Friedenszeiten hatte die Besatzung 25.000 Mann; sie wurde mit der Mobilisierung auf 80.000 und durch weitere Ergänzungen auf 131.000 Mann gebracht. Den größten Teil stellten Landwehr und Landsturm; bei den Nationalitäten überwogen die Magyaren. Die Festung verfügte über mehr als 1000 Geschütze, von denen allerdings 776 völlig veraltete Museumsstücke waren. Lediglich fünf Prozent hatten eine Reichweite von acht Kilometern. Zu den modernsten Geschützen gehörten schwere Mörser, die jedoch in den ersten Wochen aus Munitionsmangel nicht zum Einsatz kamen. 21.500 Pferde waren als Zugtiere im Einsatz.

Festungskommandant war seit Mai 1914 Hermann Kusmanek. Er begann Ende Juni mit den Vorbereitungen auf eine Belagerung. Dazu gehörten Wegereparatur, Anlegung von Gräben, Pontonbrücken über den San und Feuerstellungen für Maschinengewehre. Um der Artillerie freies Schussfeld zu verschaffen, ließ Kusmanek Wälder abholzen, ganze Stadtteile und umliegende Dörfer evakuieren und Häuser niederbrennen. Insgesamt wurden 21 Dörfer und 23 Weiler dem Erdboden gleichgemacht und eintausend Hektar Wald gefällt. Dies geschah wenig planvoll und überhastet; die Maßnahmen gingen einher mit Betrügereien und Verschwendung an Material und Geldmitteln. „Die Umgebung war in Flammen und Rauchwolken getaucht [...].“ „Auf vielen Seiten [...] hob sich die blutige Kulisse brennender Dörfer vor schwarzen Häuserruinen und abgebrannten Baumalleen ab [...].“ „Die Stimmung war niedergeschlagen und verzweifelt“, erinnerten sich polnische Zeitzeugen. Für die Ortsbevölkerung gab es kein Erbarmen, die Armee machte sich verhasst und provozierte Widerstand. So kamen Verdächtigungen auf, die griechisch-katholischen Bauern aus der Gegend seien mit den anrückenden Russen im Bunde und leisteten für sie Spionagedienste.

Als sich im September die österreich-ungarischen Truppen hinter den San zurückzogen, wurde die Festung zur einsamen Insel. Ein Befehl des AOK an Kusmanek vom 16. September bestätigte, die Festung sei vorübergehend auf sich allein gestellt und bis zum äußersten zu verteidigen. Am selben Tag zeigten sich in der Nähe die ersten Kosakenvorhuten. Die Russen begannen ab dem 27. September, die Festung mit stärkeren Kräften einzuschließen. Dies waren anfänglich Einheiten von Dimitrievs 3. Armee, die jedoch nach Westen weiterzogen und von der sehr viel schwächeren 11. Armee unter General Dmitrij Ščerbačëv abgelöst wurden. Er kommandierte gut 90.000 Mann und 500 Geschütze, zu wenig zur Einnahme der Festung. Dennoch befahl Ščerbačëv am 5. Oktober den Sturm. Neunzig Bataillone nahmen an der Attacke teil, nicht gerechnet weitere Reserven. Am 7. Oktober folgte der Generalangriff. Die Offiziere gingen hinter den Soldaten und schlugen jeden mit der Knute, der zu langsam vorging, im Bedarfsfall schossen sie auch auf Nachzügler. Auf die Angreifer wartete ein Hagel aus Artilleriegeschossen und Gewehrfeuer. Vor den österreichischen Schützengräben bildeten sich bis zu zwei Meter hohe Leichenwälle, über die die nächsten Angriffswellen hinwegstiegen. An vielen Stellen kam es zum Handgemenge mit Bajonett, Spaten und Gewehrkolben. „Niemand ergab sich, niemand bat um sein Leben. Es wurde bis aufs Messer gekämpft, die Männer erwürgten sich mit bloßen Händen“, erinnerte sich ein Soldat. Die Angreifer erlitten ungeheure Verluste, um ein Vielfaches höher als die der Verteidiger. Dennoch schlug der Angriff fehl. Ein ungarischer Offizier beschrieb die Folgen der Kämpfe: „Als es hell wird, ist zu sehen, wie das Vorfeld des langen und breiten mit den Leichen der Russen bestreut ist. [...] Hunderte Russen,

die sich in einer Linie eingegraben hatten – tot. Einige bewegen sich noch und werden von den Sanitätern eingesammelt. Einzelne Soldaten haben Drahtschneider dabei. [...] Alle tot! Ein schrecklicher Anblick. Direkt am Drahtverhau liegen hunderte, weiter hinten – tausende Leichen. Wir haben gründliche Arbeit geleistet. Diesen Anblick werde ich niemals vergessen.“ Nach dieser Niederlage zogen die Russen ab, die k.u.k. Truppen rückten nach. Die Festungsbesatzung konnte sich gratulieren, zumal Großfürst Nikolaj Nikolaevič befohlen hatte, Przemyśl binnen dreier Tage einzunehmen. Nunmehr wurden Ersatzmannschaften in die Festung gebracht. Insgesamt trafen 153 Eisenbahntransporte ein, der letzte davon mit Munition für die vier 305-mm-Mörser. Kusmanek war mit dem Materialersatz zufrieden, doch ihn sorgte der Mangel an Proviant und mehr noch an Medikamenten. Denn die Festung hatte für einige Wochen Verwundete und Kranke aus den k.u.k. Divisionen aufzunehmen, die bei Przemyśl kämpften und für die Besatzung vorgesehene Medikamente und Verbandmaterial verbrauchten.

Am 2. November ordnete Conrad erneut den Rückzug der k.u.k. Armeen an, sodass die Festung wieder als habsburgische Exklave zurückblieb. Die russische Avantgarde erreichte Przemyśl am 5. November, am 9. begann die Belagerung. Dazu wurde eine eigene Belagerungsarmee unter der Führung von General Andrej Selivanov gebildet, die über 210- und 240-mm-Geschütze verfügte. Selivanov begnügte sich mit Artilleriebeschuss, Scheinangriffen und Abwehr der Ausfälle der Besatzung, um die Festung auszuhungern. Die Russen sahen darauf, dass niemand entweichen konnte. Sie errichteten eine um den äußeren Befestigungsring gelegene Parallele (Circumvallation) aus Holz und Erde, welche die Verteidiger auch daran hinderte, bei Ausfällen tief in die russischen Linien vorzustoßen.

Kusmanek ordnete häufige Ausfälle an, um so starke Kräfte des Feindes zu binden wie möglich. Tatsächlich wurden viele russländische Divisionen nicht weiter nach Westen verlagert, sondern bei Przemyśl zurückgehalten. Im Dezember gingen österreichische Einheiten nach Osten vor, um die Festung zu entsetzen. Sie nahmen Sanok ein und gelangten bis wenige Kilometer vor Przemyśl. Kusmanek befahl am 15. Dezember einen Ausfall, um den Entsatztruppen entgegenzugehen, doch diese Unternehmung misslang. Auf den Überraschungseffekt setzend, versuchte er es am 28. Dezember noch einmal, aber auch dieser Ausfall schlug fehl. Den österreichischen Entsatztruppen gelang es ebenso wenig, bis Przemyśl vorzudringen.

Die Festung hielt den Kontakt mit der Außenwelt per drahtlosem Funk und Luftpost. Dazu wurden Feldflugplätze angelegt. So kam die historisch erste reguläre Flugpostlinie zustande. Die Flugzeuge waren überwiegend vom Typ Albatros-Militärdoppeldecker und flogen bis Krakau, Wien, Kaschau, Teschen und Jasło. Korrespondiert wurde auf von der Festung ausgegebenen Flugpostkarten, die 50 Heller kosteten und zweimal die

Zensur durchliefen. Auf jeden Flug konnten 35 bis 40 kg Briefe mitgenommen werden, was etwa 5000 Stück entsprach.

Die ersten Flüge fanden im September statt. Die Flugzeuge flogen mit einer Geschwindigkeit von 100 bis 130 km/h. Der Flug nach Krakau dauerte drei bis vier, nach Kaschau fünf Stunden. Wegen widriger Wind- und Niederschlagsverhältnisse mussten etliche Flüge ausfallen. Die schwierigsten Bedingungen traten im Winter ein. Die Flugzeugmotoren waren unzuverlässig, eine Landung auf tief verschneiten Flächen kaum denkbar. Auch wenn die Piloten Schutzkleidung aus Pelzen und warmer Unterwäsche trugen, konnten sie den niedrigsten Temperaturen nicht standhalten. Trotzdem gab es zwischen dem 7. November 1914 und dem 22. März 1915 33 Flüge von und nach Przemyśl.

Anfang 1915 lag die Moral der Festungsbesatzung wegen des Winterwetters und schrumpfender Rationen darnieder. Mehl wurde ein Fünftel des Gewichts und mehr an Knochen- und Sägemehl beigemischt. Ab Februar wurden Futterrüben in den Speiseplan aufgenommen. Die Festungskommandantur ließ eine Broschüre drucken, wie Futterrüben zuzubereiten seien, damit sie keinen Durchfall auslösten. Kusmanek pries bei Gelegenheit die kulinarischen Vorzüge der Rübe: Er habe selbst dieses Gemüse nicht nur gekostet, sondern auch tatsächlich gegessen, und er gebe ihm den Vorzug über andere verfügbare Gemüse. Die Abfälle der Rüben seien mit heißem Wasser zu übergießen und an die Pferde zu verfüttern. Doch solche Lobpreisungen konnten nicht über die Monotonie des Speiseplans hinwegtäuschen; zudem waren die Rüben oft verrottet. Der tschechische Offizier Jan Vít notierte, Unterernährung schwäche die Soldaten, sie könnten sich kaum noch auf den Beinen halten und seien nur noch ein Schatten ihrer selbst. Im Dienst häuften sich Schwäche- und Ohnmachtsanfälle durch Mangelernährung und Entkräftung. „Sie verfallen allmählich in Agonie, das Herz schlägt immer schwächer, sie sterben. Ich kann mir diese Quälerei nicht länger anschauen“, notierte ein anderer Offizier. Krankheiten wie Typhus, Cholera und Ruhr grassierten, Lungenentzündung und Erfrierungen waren an der Tagesordnung. Nur an Rum und Schnaps fehlte es nicht, denn man hatte in der Festung eine Brennerei eingerichtet. Die Zivilbevölkerung von Przemyśl hungerte gemeinsam mit den Soldaten. Das Gerücht kam auf, aus den Leichen verstorbener russischer Gefangener werde Gulasch gekocht.

Die Besatzung war auf den Winter nicht vorbereitet, zumal er 1914/15 besonders lang und kalt ausfiel. Es gab keine ausreichende Menge an Winterkleidung und warmer Unterwäsche. In einer Werkstatt wurden Schuhe mit Holzsohlen gemacht. Nicht mehr brauchbare Rucksäcke wurden zu warmen Westen oder Felddecken umgearbeitet. Aus eigener Herstellung kamen auch Seife, Öllampen und Streichhölzer. Den Pferden bekamen die Sägespäne

nicht, die man dem Hafer beimischte; sie magerten ab und verendeten. Als Hafer und Getreide endgültig zur Neige gingen, wurden sie geschlachtet. Nach wenigen Wochen waren von 23.000 Pferden nur noch 5000 übrig geblieben. Die Militärküchen servierten regelmäßig Pferdefleisch.

Im Wissen um den schlechten Zustand der Besatzung befahl Conrad einen weiteren Entsatzversuch, der am 27. Februar begann. Aber auch diese Verzweiflungsaktion war zum Scheitern verurteilt, zumal am 10. März starke Schneeverwehungen die Straßen blockierten und Frost von bis zu minus zwanzig Grad herrschte. Die Versorgung war unzureichend. Die Soldaten hungerten, froren, erkrankten und starben. So blieb nur noch, den Angriff abubrechen.

Die Festung war für die k.u.k. Armee strategisch wichtig. 1913 war Przemyśl von einer reinen Verteidigungseinrichtung zu einer Offensivbasis umgewandelt worden, doch nach den Niederlagen von 1914 wurde sie zum Rückfallpunkt. Ihre Funktion verkehrte sich dadurch in das Gegenteil: Statt die Offensive des Gegners zu erschweren, machte sie die eigenen Truppen weniger beweglich.

Im Februar und März 1915 nahmen die Desertionen zu. Die russophilen Ukrainer erwogen, einen Aufstand anzuzetteln, den Kommandanten zu verhaften und zum Feind überzugehen. Doch nichts davon war wirklich durchdacht. Der k.u.k. Nachrichtendienst war trotzdem überzeugt, in der Festung sei ein ganzer Agentenring tätig. „Die Russen unterhalten ein ausgezeichnetes Spionagenetz“, notierte am 21. Februar ein ungarischer Zeitzeuge. Solche Auffassungen wurden von russischen Quellen bestätigt. Eine Kapitulation erschien immer wahrscheinlicher. „Ohne Zweifel sind unsere Tage gezählt. Es lässt sich nicht verhehlen, das Ende ist nahe. Die Leute haben keine Kraft mehr, und wenn man sich unter sie mischt, blicken sie einen derartig stumpf an, dass man denken könnte, man sei in einem Irrenhaus“, schrieb ein ungarischer Offizier am 6. März in sein Tagebuch. Ein anderer hielt fest: „[...] das sind keine Menschen, sondern Geister, menschliche Schatten.“

Hunger und Demoralisierung machten Leute zu Dieben. „Die Moral lässt stark nach, es vergeht kein Tag ohne Meldung, Offiziere hätten sich Betrübereien und Diebstähle erlaubt. Selbst die Stabsfeldwebel sind demoralisiert, weil alle spüren – das Ende ist nahe!“, schrieb ein Offizier. Nur noch ein Drittel der Festungsbesatzung war einsatzfähig. „Zweifellos sind unsere Tage gezählt. Wer überlebt, weiß allein Gott, aber wer das übersteht, wird sagen können, großes Glück gehabt zu haben. Schon seit mehreren Tagen laufe ich wie angetrunken herum oder besser gesagt, wie ein zum Tode Verurteilter. [...] Ich finde keine Freunde, bin apathisch, ganz wie der Generalstab“, trug ein Offizier unter dem 6. März in sein Tagebuch ein. Am 19. März unternahm Kusmanek einen letzten fehlgeschlagenen Ausbruchversuch. Es war



praktisch unmöglich, die Soldaten nochmals anzuspornen. Der Ausblick auf Kriegsgefangenschaft war nicht länger abschreckend, sondern ließ hoffen, wenigstens Nahrung und warme Kleidung zu bekommen.

Am 18. März begannen Vorbereitungen zur Zerstörung der Festung. Es wurde alles vernichtet, was dem Gegner hätte nutzen können. Die Gräben wurden mit Öl, Terpentin oder Brennspritus gefüllt, um sie anzuzünden. Die verbliebenen 5000 Pferde wurden geschlachtet. Leutnant Stanisław Gayczak hielt fest: „Sie sprengen die Geschütze. Die Splitter flogen uns um die Ohren [...]. Eine schreckliche Detonation, schrecklich, furchtbar, dass einem die Ohren schmerzen, ein Vorwerk aus dem 14. Jahrhundert flog in die Luft, gleich danach das nächste. Etwas Furchtbareres werde ich nie wieder zu Augen bekommen. Rauch bis in 1000 Meter Höhe, dichte weiße Schwaden. Das Vorwerk VI fliegt in die Luft, danach die 30-cm-Kanonen, dann die Pulvermagazine usw. Das ist der Weltuntergang [...] Apokalypse.“ Ein anderer polnischer Offizier schrieb: „Geruch von Feuer und Rauch lag in der Luft. Stücke von Ton, Gebäude- und Befestigungsteile flogen umher und bildeten Staubwolken.“ Augenzeugen zogen Vergleiche zu Pompeji und Herculaneum.

Die zweite Belagerung dauerte 137 Tage. Während der ersten und zweiten Belagerung starben 70.000 Soldaten, die meisten davon auf Seiten der Belagerer.

Am 22. März reichten Parlamentäre der Festung die Kapitulationsurkunde beim russländischen Stab ein. Neun Generäle, 93 Stabsoffiziere, 2500 Subalternoffiziere und Militärbeamte sowie 117.000 Unteroffiziere und Mannschaften gingen in die Gefangenschaft, davon 30.000 verwundet oder krank. Die ungarischen Offiziere übergaben ihre Regimentsfahnen nicht, sondern zerschnitten sie in kleine Stücke und teilten sie untereinander auf. Noch am selben Tag zogen die russländischen Truppen in die Stadt ein und versorgten die Einwohnerschaft mit Lebensmitteln und Brennmaterial, was die Stimmung deutlich verbesserte.

Von den 200 Festungen in Europa spielten im Weltkrieg nur ein gutes Dutzend eine größere Rolle, darunter Krakau und Przemyśl. Letztere verteidigte sich am längsten. Viele Festungen in Belgien, Frankreich und im russländischen Teilungsgebiet kapitulierten schneller, manchmal nur nach einer Belagerung von wenigen Tagen, denn anders als die Kaiserlich Russische Armee verfügte das Reichsheer über Belagerungsartillerie, welche die modernsten Befestigungsanlagen zerschlagen konnte.

## 7 Winterkrieg in den Karpaten

Die Blockade der Festung Przemyśl veranlasste die Stavka, den Karpatenbogen zu forcieren, um in die Pannonische Tiefebene einzudringen. In der



Region Sanok verteidigte die 3. Armee unter Boroewić die Gebirgspässe, im Grenzgebiet zwischen der Karpatenukraine und Galizien die Armeegruppe des Generals Karl von Pflanzer-Baltin, zu der diejenigen Regimenter der Polnischen Legionen gehörten, die später die II. Brigade bildeten. Ende November, Anfang Dezember überquerten russländische Truppen den Łupków-Pass und drangen etwa vierzig Kilometer tief in Oberungarn (Slowakei) ein. Am 1. Dezember besetzten sie das ostslowakische Bardejov. Auch an einigen weiteren Stellen überquerten sie die Karpaten. In der Silvesternacht überschritten Einheiten von Brusilovs 3. Armee den Użok-Pass, mussten sich aber kurz darauf wieder zurückziehen. Auch weiter südlich hatten die Russen keine größeren Erfolge, wo der Gegenangriff von Pflanzer-Baltins Armeegruppe erfolgreich war. Die II. Brigade der Polnischen Legionen hatte daran wesentlichen Anteil. Trotzdem befahl die Stavka, die Angriffe mit Kräften der 3. und 8. Armee fortzusetzen. Zugleich eröffneten die Mittelmächte eine eigene Offensive mit mehr als 350.000 Soldaten aus Boroewić' 3. Armee, Pflanzer-Baltins Gruppe und der neuen, sogenannten Südarmee aus sieben deutschen und österreich-ungarischen Divisionen unter Führung des deutschen Generals Alexander von Linsingen. Ende Januar 1915 gewannen die Truppen der Mittelmächte den Użok- und den Duklapass zurück, rückten jedoch nicht weiter vor, weil der Gegner seine eigene Offensive begonnen hatte. Die Nachschubtrains blieben im Schnee stecken, die Geschütze wurden zerlegt und wieder zusammengesetzt, die Pferde gingen ein, Menschen erfroren, Verwundete erhielten keine Hilfe, Nachschub blieb aus. Schneestürme und Lawinen machten Kampfhandlungen unmöglich. Gegen Mitte Februar kamen die Operationen in den Niederen Beskiden und den Bieszczady zum Stillstand. Nur in den Ostkarpaten und in der Bukowina kämpfte Pflanzer-Baltins Gruppe erfolgreich weiter.

Nach der ersten Karpatenschlacht suchten beide Seiten weiter ihre strategischen Vorteile. Lećickijs 9. Armee wurde mit der Eisenbahn aus Kongresspolen verlegt, während Conrad Böhm-Ermollis 2. Armee verstärkte, um sie offensivfähig zu machen. Am 27. Februar 1915 begann sie ihren Vormarsch. Häufige Wetterwechsel mit Tauwetter, Schneestürmen und Frost bis minus zwanzig Grad behinderten die Operationen oder brachten sie ganz zum Erliegen. Die k.u.k. Armee wusste gegen die Wettergewalten kein Mittel, was der Gegner für eine erfolgreiche Defensive nutzen konnte, zumal die Österreicher nur in geringer Überzahl waren. Mitte März kamen die Kämpfe zum Stillstand. Keine Seite war als eindeutiger Sieger aus den beiden Winterschlachten hervorgegangen, beide hatten ungeheure Verluste davongetragen. Die Zahl der Simulanten und Fahnenflüchtigen stieg. Nichts deutete auf eine Entscheidung in den nächsten Kriegsmonaten hin.

Die Einnahme von Przemyśl verbesserte für kurze Zeit die Moral in der russländischen Armee. Auch die Anzahl der an der Front eingesetzten

Soldaten änderte sich zum Nachteil der k.u.k. Armee, weil die Festungsbesatzung in Gefangenschaft geriet und die Belagerer frei für andere Einsätze wurden. Großfürst Nikolaj Nikolaevič beschloss, dies für eine Offensive zu nutzen, zumal er überzeugt war, der k.u.k. Armee habe nach Erschöpfung ihrer Reserven das letzte Stündlein geschlagen.

Wie zuvor, bestimmte die Stavka die Karpatenpässe zum operativen Ziel. Am 20. März eröffneten die 3. und die 8. Armee die Offensive gegen Borojevič' und Böhm-Ermollis 2. und 3. Armee. Doch die Rollen kehrten sich um, weil der Winter erneut die Defensive begünstigte. In der Nacht fielen die Temperaturen auf minus 25 Grad. Loser Schnee lag bis zu mehreren Metern hoch und hinderte jedes Fortkommen, auch wenn die Russen Ortsbevölkerung und Kriegsgefangene zum Ausheben von Schneetunneln heranzogen. Beide Seiten setzten Ski und Schlitten ein. Doch eingefrorene Geschütze und Gewehrschlösser verhinderten eine effektive Offensive. Russen wie Österreicher verkürzten die Wachzeiten von zwei Stunden auf eine, trotzdem gab es zahlreiche Erfrierungen.

Die zweite Phase der Schlacht begann in der Osterwoche am 1. April und ging daher als Osterschlacht in die Geschichte ein. In beiden Armeen kämpften und starben Polen. Der Angriff von Brusilovs 8. Armee zwang Borojevič' 3. Armee zum Rückzug aus dem Karpatenbogen. Im Süden dagegen kamen die russländischen Truppen gegen die Südarmee und Pflanzer-Baltins Gruppe nicht voran; ein Gegenangriff erreichte den Dnestr. Die Osterschlacht blieb unentschieden.

Mitte April befand sich Russland im Besitz des östlichen und mittleren Galizien, während die k.u.k. Armee die Westgebiete Kongresspolens kontrollierte, wo sie auf Tuchfühlung mit den deutschen Truppen blieb. Vom 1. Januar bis zum 20. April 1915 verlor die k.u.k. Armee in den Karpatenschlachten 700.000 Soldaten an Gefallenen, Verwundeten, Kranken, Vermissten und Gefangenen; die Verluste der Kaiserlich Russischen Armee lagen bei über einer Million.

Seit Kriegsbeginn überschritten die Verluste der k.u.k. Armee anderthalb Millionen Soldaten. Die russländischen Verluste waren höher, doch die Schätzungen schwanken stark. Mancher russländische Soldat hatte kein Gewehr mehr, weil er es mit erfrorenen Händen während der Karpatenschlachten nicht mehr halten konnte, und die russische Artillerie verfügte nur noch über schwache Munitionsreserven.

Daher sah die deutsche Militärführung die Gelegenheit gekommen, den Kriegsverlauf im Osten umzudrehen. Zu diesem Zweck sollten starke und gut gerüstete Kräfte zum Einsatz kommen, wobei die Deutschen allerdings auch die operative Leitung beanspruchten. Dieser Strategiewechsel folgte daraus, dass sich Hindenburg und Ludendorff gegen Falkenhayn durchgesetzt hatten. Abgefangene russische Depeschen zeigten, so Hindenburg, den

schlechten Versorgungszustand der russischen Truppen, daher auch ihre schlechte Moral. Dies sei unbedingt auszunutzen. Kaiser Wilhelm II. schloss sich dieser Auffassung an. Die Operationen waren nur noch mit den Österreichern abzustimmen. Der Angriff sollte aus dem Gebiet von Gorlice und Tarnów heraus erfolgen.

## 8 Gorlice

Um einen Erfolg absolut sicherzustellen, überließen die deutschen Offensivvorbereitungen nichts dem Zufall. Am 14. April konferierten in Berlin die Stabschefs der verbündeten Armeen, um den Umfang der deutschen Beteiligung festzulegen und die Operationen zu koordinieren. Der Hauptangriff sollte von der deutschen 11. Armee unter Mackensen in Richtung Gorlice ausgeführt werden, unterstützt von der 4. Armee unter Erzherzog Joseph Ferdinand mit der k.u.k. 3. Armee in Reserve. Conrad gab sein Einverständnis, die k.u.k. Armeen Mackensen zu unterstellen, während die Gesamtleitung beim AOK liegen würde. Insgesamt nahmen an der Gorlice-Offensive acht deutsche und zehn k.u.k. Divisionen teil, darunter die sogenannte Krakauer 12. Division, die zum VI. Korps unter General Arthur Arz von Straußenburg gehörte, sowie das Teschener 100. Regiment unter Oberst Franciszek Latinik, das mehrheitlich aus Polen bestand. Polen dienten auch in der deutschen 11. Armee und in den schlesischen und großpolnischen Regimentern.

Stabschef dieser Armee war Oberst Hans von Seeckt, einer der fähigsten deutschen Stabsoffiziere. Seine Zusammenarbeit mit Mackensen war mustergültig. Beide kooperierten hervorragend mit den österreichischen Verbündeten. Der deutsche Stab plante einen Angriff der 129.000 Mann der 11. Armee auf einem Frontabschnitt von 32,5 km Länge. Die Infanterie wurde von 606 modernen Geschützen unterstützt, davon 158 schwere Geschütze und siebzig Mörser. Dazu kamen 260 Maschinengewehre und die österreich-ungarische Artillerie. Insgesamt waren an der Operation 217.000 Soldaten mit 1045 Geschützen beteiligt.

Es war ungemein wichtig, den Truppentransport aus Deutschland in die Region Gorlice geheim zu halten. Den Soldaten wurde das Briefschreiben untersagt, sie wurden nicht über das Ziel informiert, und die Züge fuhrten auf einem Umweg über Ungarn und die Slowakei. Zwar verlief alles reibungslos, doch konnte eine solche massive Truppenkonzentration Dimitrievs 3. Armee nicht verborgen bleiben. Diese Armee war von den kürzlichen Einsätzen noch erschöpft, und Ersatz an Mannschaften und Ausrüstung langte zu langsam an. Dimitriev erkannte die Gefahr und mahnte bei Ivanov rasche Unterstützung, neue Geschütze, Gewehre und Artilleriemunition an. Ivanov teilte seine Befürchtungen jedoch nicht, zumal er in Gedanken

ganz bei der geplanten Karpatenoffensive war. So stieg die Unruhe bei den Soldaten, was auch die Polen in Gorlice spürten; einer schrieb Ende April in sein Tagebuch: „Die Russen winden sich wie in kochendem Wasser und tragen Trauermienen zur Schau. Ein Gerücht sagt, der ganz große Krieg stehe bevor.“

In Angriffsrichtung der 11. Armee befand sich ein einziges russländisches Korps. Der Angreifer besaß ein fast dreifaches Übergewicht an Truppen und ein sechsfaches an Artillerie. Am 22. April traf Mackensen bei Gorlice ein, hatte also nicht viel Zeit zur Änderung der Dispositionen. Doch sein Stab arbeitete intensiv. Am 2. Mai 1915 schrieb Seeckt an seine Frau, er hoffe auf einen großen Erfolg, der seine Wirkung bei den Massen nicht verfehlen werde. Im Gebiet waren auch Stabschef Conrad, Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich und Thronfolger Karl zugegen. Diese Prominentenschau machte klar, welche Bedeutung das AOK der Operation zuschrieb.

Am 2. Mai begann um sechs Uhr früh ein präziser Artilleriebeschuss der russländischen Stellungen. „Es donnerten 700 Geschützrohre, die Stahl und Eisen auswarfen [...]. Die Geschosse durchschneiden zischend und rauschend, jaulend und pfeifend die Luft, und wenn sie auf die Positionen des Gegners niedergehen, werfen sie mit höllischem Getöse Erde, Steine, Fässer, Bretter, Gewehre und menschliche Körper meterweit in die Höhe. Erstickende Rauchwolken legen sich immer weiter über die Landschaft“, notierte Oberst Latinik. Andere zogen den Vergleich zu einem aktiven Vulkan.

Die Deutschen setzten ihre schwersten Mörser vom Kaliber 420 mm ein. „Die Soldaten sprechen von dem Mörser wie von einer Gottheit. Wenn er aufgestellt war, stiegen die Soldaten vor Freude in das Rohr“, schrieb ein polnischer Soldat. Für den Transport wurde eigens ein Eisenbahnabschnitt gebaut, auf dem der Zug sich mit dem zerlegten und auf zwölf Waggons verteilten, 235 Tonnen schweren Mörser langsam vorwärtsbewegte. Die Granate war 165 cm lang und wog 800 kg. Der Einschlag hatte einen Radius von vierzig Metern und konnte Dutzende Soldaten zerreißen. Wer überlebte, war um den Verstand gebracht. Manche ertaubten, andere erblindeten. „Die schwere Artillerie zerreißt zuerst die Nerven des Soldaten, dann erst ihn selbst“, notierte der ungarische Schriftsteller Ferenc Molnár, damals Kriegskorrespondent. Die deutschen und österreichischen Soldaten lauschten gespannt auf die Mörsergranaten. Einer schrieb: „Sie hören sich ganz anders an als der starke und unerträgliche Donner der anderen Geschütze.“ Die gleichen Mörser wurden auch in Tarnów eingesetzt. „Zuerst erfüllte die Luft ein langgezogenes, schrilles Pfeifen, so ohrenzerreißend, dass es die Einwohner aufweckte. Dieses Pfeifen dauerte gewöhnlich zwanzig Sekunden, und jedem kam es so vor, als fliege ihm die Granate direkt über den Kopf und müsse gleich im nächsten Haus einschlagen“, hielt ein Einwohner der Stadt fest. Selbst wer keinen physischen Schaden davontrug, war nach

einem solchen Beschuss wie von Sinnen. Manche verfielen in Angststarre. Erstmals an der Ostfront wurde der schweren Artillerie die Aufgabe zugewiesen, ein Ziel vollständig dem Erdboden gleichzumachen.

Im Stab wurden die Ergebnisse des morgendlichen Artilleriebeschusses bewertet. Um Punkt zehn ließen die Offiziere ihre Pfeifen schrillen, die Infanterie ging gegen die erste Verteidigungslinie vor. An manchen Stellen war der russische Widerstand schwächer, an anderen stärker, doch wurde er überall gebrochen, da die Artillerie gründliche Vorarbeit geleistet hatte. Der Angriff wurde, bislang eine Seltenheit, von Artillerie direkt unterstützt, indem diese eine Feuerwalze vor die vorrückende Infanterie legte; diese Taktik soll unter anderem von General Rozwadowski entwickelt worden sein. Die Feuerwalze war allerdings so wenig präzise, dass unvermeidlich eigene Soldaten hineingerieten.

Besonders heftig wurde am ersten Tag um die bewaldete Pustki-Anhöhe gekämpft, auf der Hunderte Artilleriegranaten niedergingen. „Der ganze Berg schien zu schwanken, die Bäume krümmten sich und brachen, im nächsten Augenblick wurden Felsbrocken herausgebrochen und rollten ins Tal hinab, hinein in die untenliegenden Schützengräben der Russen“, notierte ein polnischer Soldat. Die 12. Division griff an. „Der ganzen Linie entlang standen Offiziere zwischen den Soldaten, mit der Uhr in der Hand. Plötzlich hoben sie die Köpfe und fast gleichzeitig die Hände. [...] endlich fiel das Angriffssignal, vorwärts!, gleich danach kochten die Schützengräben für einen Augenblick über und stießen eine Welle menschlicher Körper aus. Aus kleinen Erdverhauen, aus Straßengräben, aus Flussbecken, hinter Friedhofsmauern, hinter den Wänden von Bauernkaten hervor wälzte sich plötzlich eine graue Masse, immer größer, immer dichter, immer konzentrischer auf die moskowitzischen Schützengräben zu. [...] Eine halbe Stunde später war, trotz hartnäckiger Verteidigung an einigen Abschnitten, die erste Position bereits in unserer Hand“, erinnerte sich Marian Łodyński, damals Soldat in der 12. Division, später Arzt und höherer Offizier. Nach einigen Stunden war die Anhöhe eingenommen und auf dem Gipfel die k.u.k. Fahne gehisst. Der 2. Mai brachte die Wende. Der Erfolg wurde durch die gute Koordination der Waffen erzielt: Artillerie, Infanterie, Pioniere, Fliegerkorps und Funktruppe. Die Flieger sorgten für stets aktuelle Feindaufklärung, sodass das Artilleriefeuer mit nahezu chirurgischer Präzision geleitet werden konnte. „Die vorgeschickten Einheiten zerstörten die Stacheldrahtverhaue und Minenfelder [...]. Die anschließend angreifenden Kolonnen überrannten im Sturm die vorderen Schützengräben des Feindes. Stellenweise kam es zu verbissenem Nahkampf mit Kolben und Bajonett. Die überraschten Russen ergaben sich gräbenweise, in anderen Gräben häuften sich ihre Leichen“, berichtete am 6. Mai die Krakauer Zeitung *Czas* (Zeit).

Auf Befehl des Großfürsten Nikolaj Nikolaevič begann Dimitrievs 3. Armee die Gegenoffensive, doch der Frontalangriff auf Maschinengewehrnester und Artilleriestellungen war zum Scheitern verurteilt. So musste Dimitriev schwere Verluste hinnehmen, was wiederum den Verbündeten die Einnahme der zweiten Verteidigungslinie erleichterte. Dimitriev wollte den unverzüglichen Rückzug, doch der Großfürst befahl einen zweiten Gegenangriff, als habe er aus der Erfahrung nichts gelernt. Die Gorlice-Tarnów-Operation war von strategischer Bedeutung, denn sie wendete den Kriegsverlauf an der Ostfront. Daher war Gorlice-Tarnów gleichrangig mit Marne, Verdun und Somme eine der wichtigsten Schlachten des Weltkriegs.

Am 5. Mai überschritten die Truppen der Mittelmächte die Wisłoka, tags darauf marschierten sie in Tarnów, Jasło und Dukla ein. Falkenhayn stellte zufrieden fest, wie motiviert die Armee den Gegner verfolge, nachdem sie von den Fesseln des Stellungskriegs befreit war. Bis zum 6. Mai gaben die Russen sämtliche Verteidigungsstellungen auf. Mackensen gönnte ihnen keine Verschnaufpause. Die Panik vervielfachte die Verluste der russländischen Truppen; die Schätzungen lagen zwischen 100.000 und 150.000 Toten und Verwundeten. An der Generaloffensive nahmen die k.u.k. Divisionen im Südosten der Ostkarpaten sowie Linsingens Armee teil.

Gorlice ließ die Moral der k.u.k. Streitkräfte deutlich steigen. Die Soldaten fühlten sich nicht länger gedemütigt, der Erfolg ließ die alptraumhaften Erfahrungen der frühen Kriegsmonate vergessen. Die deutsche 11. Armee und die k.u.k. Truppen setzten ihre Offensive fort. Das III. Kaukasus-Armeekorps erlitt schwere Verluste und war nicht in der Lage, die Krakauer 12. Division aufzuhalten. Am 8. Mai wurde das Flüsschen Wisłok überschritten, und die Truppen setzten ihren Vormarsch in hohem Tempo fort. Der Widerstand des Gegners brach zusammen, Kampfgeist und Siegesgewissheit waren geschwunden, viele Soldaten warfen ihre Waffen fort. Auch die Fahnenflucht nahm zu, besonders die Polen desertierten in solcher Zahl, dass die russische Militärführung die Regimenter mit hohen Anteilen an Polen an andere Frontabschnitte verlegte, etwa an die Kaukasusfront gegen die osmanischen Truppen.

Die Russen unternahmen einige vergebliche Versuche zu einer Gegenoffensive. Bereits nach zehn Tagen erreichten die Verbündeten die Linie von San und Dnestr. Der Stellungskrieg hatte sich wieder zum Bewegungskrieg gewandelt. „Ganze Massen von Infanterie, Munition, mit Laub getarnten Geschützen marschieren durch [...], darüber, davor und dahinter Wolken von Staub“, schrieb Karol Zaleski aus Zanok. Falkenhayn wollte den Vorstoß anhalten, doch setzten Hindenburg, Mackensen und Conrad die Fortsetzung der Offensive durch. Das gefiel auch Wilhelm II., der am 17. Mai bei Jarosław an der Front eintraf. Die OHL beschloss die Fortsetzung der Offensive in Galizien, Kongresspolen und im Grenzgebiet zwischen

Ostpreußen und Litauen. Dazu wurden die Streitkräfte umgruppiert. Ähnlich hielten es die Russen. In Galizien war das wichtigste operative Ziel, Przemyśl zurückzuerobern. Der erste Angriff auf die Stadt und die zerstörte Festung erfolgte am 16. Mai. Der Generalsturm begann am 30. Mai, und am Morgen des 3. Juni befanden sich Stadt und Festung in den Händen der Verbündeten. Die k.u.k. 3. Armee wurde aufgelöst, ihre Einheiten und ihr Kommandeur Boroewić wurden an die neu eröffnete italienische Front geschickt.

Als Nächstes stand die Rückeroberung von Lemberg an, was schneller gelang als erwartet. Die Deutschen verhielten sich ritterlich und überließen den k.u.k. Divisionen den Vortritt beim Einmarsch in die Stadt. Diese wurden von Böhm-Ermolli kommandiert, den die Lemberger als Kriegshelden begrüßten. Die Pańska-Straße wurde zu seinen Ehren umbenannt. Wilhelm II. überreichte Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich den Marschallsstab. Zwar schätzten die Deutschen die österreichischen Kameraden gering, doch bei offiziellen Anlässen wahrten sie die Form und ließen der k.u.k. Armee gebührende Anerkennung zukommen, weil sie verständlicherweise kein Interesse daran hatten, sie öffentlich zu demütigen.

In den folgenden Wochen gingen die Verbündeten weiter in Richtung Zbruč und Wolhynien vor, verlangsamten aber ihr Tempo merklich. Östlich Lemberg operierte Böhm-Ermollis 2. Armee, südlich davon die Südarmee, am Pruth Pflanzler-Baltins 7. Armee. Ihnen gegenüber standen drei russländische Armeen: an Styr und Dnestr Lečickijs 9. Armee, in Gebiet von Tarnopol Ščerbačëvs 11. Armee, in Wolhynien Brusilovs 8. Armee. Von der langen Offensive erschöpft, stellten die österreich-ungarischen und deutschen Truppen im Herbst 1915 ihren Vormarsch ein. Sie hatten weder Tarnopol eingenommen noch die Zbruč-Linie erreicht. Der Krieg in und um Galizien war noch nicht zu Ende.

## 9 Sochaczew – das Ypern des Ostens

Die Gorlice-Schlacht löste eine Kettenreaktion aus, die auch Kongresspolen erreichte. Dort hatten seit Dezember 1914 keine größeren Operationen mehr stattgefunden. In Winter und Frühjahr 1915 bauten beide Seiten ihre Stellungen aus und wogen ihre Optionen. Die Deutschen stellten hinter den Schützengräben Sammelkörbe auf: solche für Konservendosen, für Flaschen, für gebrauchte Kleidung und für den restlichen Abfall. Der Krieg erzwang eine pedantische Rohstoffbewirtschaftung, Verschwendung war eine Todsünde. Im Winter 1915 versuchten die Deutschen an mehreren Stellen, die russische Verteidigung zu durchbrechen, um ihre Versorgungslinien zu kappen, so etwa vom 18. bis 26. Februar bei Przasnysz und nochmals im März in derselben Region. Die Kämpfe waren so heftig, dass sie als „Marne



des Ostens“ bezeichnet wurden. Auf beiden Seiten fielen insgesamt 50.000 Mann. Die deutschen Truppen unter General Max von Gallwitz blieben erfolglos. Die russländischen Truppen schlugen sich gut, und der wirkungsvolle Angriff mehrerer ihrer Panzerfahrzeuge ging in die Geschichte ein. Der fähige Kommandeur des 14. Regiments sibirischer Schützen, Oberst Józef Dowbor-Muśnicki, wurde bei Przasnysz schwer verwundet.

Im Frühjahr 1915 gingen die Deutschen als Erste in die Offensive, allerdings vorsichtig und mit geringen Kräften. Die russländischen Truppen leisteten heftigen Widerstand und führten zahlreiche Gegenangriffe aus. Im Mai 1915 fiel der Sohn von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in einem Gefecht bei Piotrków. Die schwersten und blutigsten Kämpfe spielten sich bei den Flüssen Rawka, Bzura und der Stadt Sochaczew ab, wo die angreifende deutsche 9. Armee unter Leopold Prinz von Bayern die 2. Armee unter Vladimir Smirnov aufhielt. Um ihren Sieg zu beschleunigen und die neue Waffe zu erproben, setzten die Deutschen Kampfgas ein, und zwar am 31. Mai bei Wola Szydłowiecka, Bolimów und Sochaczew. 264 Tonnen Flüssigchlor in 12.000 Druckflaschen waren die doppelte Menge dessen, was kurz zuvor an der Westfront bei Ypern eingesetzt worden war. Die Flaschen gaben einen gelben und grünlichen Nebel ab, der vom Wind auf die nahe gelegenen russischen Laufgräben zugetrieben wurde, was man einen Blasangriff nannte. „Im Graben sitzend hörte ich ein Geräusch, als ob jemand Dampf aus einem Kessel abließ, und einen Augenblick später waren von der Seite des Gegners her dichte Rauchschwaden zu sehen, dieser Rauch wurde immer dichter, stieg auf, formte einen langen Vorhang von mehreren Metern Höhe von schmutziggelber Farbe; ein leichter Wind blies in unsere Richtung und schob langsam die Nebelwand heran“, erinnerte sich Eugeniusz de Henning Michaelis, ein polnischer General in russländischen Diensten. Die Folgen des Gaseinsatzes waren erschreckend und lähmend, physisch wie psychisch. Viele Soldaten rannten blindlings davon, andere starben unter schrecklichen Leiden in- und außerhalb der Schützengräben. Einige erblindeten, wobei ihre Augäpfel gespenstig durchsichtig wurden, andere erstickten. „Die Nebelwolken, das süßlich-saure Gas lähmte die Atmung in der Kehle, löste bei den Männern Erstickung aus, im Mund entstand ein saurer metallischer Geschmack, die Schleimhäute der Atemwege entzündeten sich, alle inneren Verdauungsorgane brannten schmerzhaft [...]. Die Gesichter wurden blau und schwellen an oder verfärbten sich schwarz, wie verkohlt. Bei manchen schoss Blut aus Hals, Nase und Ohren, aus dem Mund trat blutiger Schaum. Zugleich rannen die Tränen [...] schmerzten die Augen, es zeigten sich Brechreiz und Erbrechen, anschließend schmerzhafter Husten, Blutspeien“, notierte ein Offizier. Auch die Natur litt unter dem Gasangriff, Bäume, Vögel, Haustiere. Die Angreifer töteten mit dem Gas mehr als eintausend Soldaten und verletzten über



3000 weitere. Die Deutschen erwarteten, die Russen würden sich anschließend ergeben. Das geschah jedoch nicht, der Angriff auf die Schützengräben kam zum Stillstand.

Nach der Schlacht herrschte in der russländischen Armee eine Gaspsychose. Der Erfinder des Kampfgases, der deutsche Chemiker und zukünftige Nobelpreisträger Fritz Haber war mit den Ergebnissen hochzufrieden. Doch wurde auch in Deutschland von vielen sein Enthusiasmus nicht geteilt, die die neue Waffe barbarisch fanden und meinten, es komme Soldaten nicht an, auf diese Weise zu kämpfen, denn dies sei kein Kampf, sondern Mord. Überlebende meinten, die Deutschen hätten ihre Gegner „abgeschlachtet wie die Ratten [...] sie machten Nebel, der uns davonjagte.“ „An Kugeln waren wir gewöhnt, aber nicht an Gift, das für Ratten gedacht war.“ Etliche Gasopfer kamen in Warschauer Spitäler. „Beim Anblick der Qual der Menschen, die verröcheln, mit blutenden Augen und verbrannten Lungen, kommen den Ärzten die Tränen, und jeder, der das sieht, zittert vor Empörung. Das ist eine von der Wissenschaft unterstützte Barbarei. Wie gewöhnlich ist von den russischen Soldaten kein Laut der Klage zu hören, keine Empörung, sie sind voll ruhiger Würde, ihre Geduld ist endlos“, schrieb Maria Lubomirska. Die polnischen und russischen Ärzte wussten keine Hilfe. Sie entschieden, den Vergifteten eine Salzlösung zu geben, was den Tod nur noch beschleunigte. Dagegen milderte Kampferöl die Hautbeschwerden tatsächlich ein wenig.

An der Rawka setzten die Deutschen noch zweimal Gas ein; am 12. Juni, jedoch ohne besonderen Effekt, und in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli. Bei dieser Gelegenheit wurden sie selbst zum Opfer, weil der Wind plötzlich drehte und die Gaswolke mit vernichtender Wirkung auf sie trieb. Dieser peinliche Fehlschlag wurde lange geheim gehalten. Der Angriff vom 31. Mai war nicht der erste Gaseinsatz an der Ostfront. Dieser war bereits im Januar 1915 erfolgt, ebenfalls in der Nähe von Bolimów, doch waren die Temperaturen so niedrig gewesen, dass das Gas nicht verdampft war und daher keinen Schaden angerichtet hatte.

Wie reagierte der Gegner? Die Soldaten fühlten sich dem Kampfgas hilflos ausgeliefert, denn es half weder, auf einen Baum zu steigen, sich auf den Grabenboden zu legen (wo es noch schlimmer war), noch Zuflucht im Unterstand zu suchen. Das mörderische Gas drang überall ein. Auf spätere Angriffe waren die Soldaten bereits vorbereitet. Sie bedeckten die Gesichter mit Decken, Mänteln, feuchten Lumpen oder Wattebündeln. Wenn sie kein Wasser hatten, nahmen sie Urin, der wegen seines Ammoniakgehalts das Gas gut band. Ende 1915 gab es einen Durchbruch bei den Gegenmitteln, als der russische Chemiker Nikolaj Zelinskij nachwies, dass aktive Holzkohle ideal zur Aufnahme des Gases war. Der Ingenieur Michał Kummant entwickelte eine verbesserte Gasmaske. So wurden die Gasmasken immer wirkungsvoller.

Die russischen Truppen waren vor allem wegen unzureichender Bewaffnung im Nachteil, nicht wegen des Kampfgases. Die russländische Industrie konnte kaum die Hälfte des Armeebedarfs produzieren, und der Import war bescheiden. „Die Russen schickten Leute ohne Gewehre in die Feuerlinie, bewaffnet nur mit dem Bajonett in der einen und einer Granate in der anderen Hand [...]. Die Russen mussten um jeden Preis bis auf Granatwurfentfernung herankommen, und dann führten sie den Angriff mit der blanken Waffe aus. Das war eine wahnsinnige Art der Kriegführung, sprach allen modernen Prinzipien hohn, eine Rückkehr zur Kampfweise der Primitiven“, beschrieb ein polnischer Zeitzeuge, was seit Frühjahr 1915 durchaus typisch war.

## 10 Nach Gorlice

Die Niederlagen in Galizien und Kongresspolen wurden in der Stavka heftig diskutiert, während ihr Zug unter Dampf in Baranoviči stand. Der Konsens war, eine aktive Verteidigung sei ohne gut ausgebildete und bewaffnete Soldaten nicht möglich; genau daran mangelte es. Auch die Offiziere waren gerade einmal durch einen Schnellkurs von wenigen Wochen gegangen. Artilleriemunition war ein noch größeres Problem. „Wir haben keine andere Waffe als die Körper der Soldaten. Das ist kein Krieg, das ist ein Abschlachten“, kommentierte ein russischer Offizier. Ein anderer meinte, die Russen beherrschten zwar meisterhaft den Umgang mit dem Spaten, doch entscheide diese Fähigkeit leider nicht über den Kriegsausgang. Manche Offiziere empfahlen ihren Leuten, sich mit Keulen zu versehen, weil das immerhin besser sei als leere Hände. Sie unternahmen es auch, Gewehre und andere Ausrüstung von Zivilisten zu kaufen, weil die Leute aus der Umgebung nach Gefechten die Waffen aufsammelten, um sie später der besser bezahlenden Armee zu verkaufen. Findige Bauern verdienten daran eine hübsche Summe Geldes. Solche Waffenkäufe wurden nicht nur von der russländischen Armee getätigt, sondern waren auch auf der anderen Seite üblich.

Bei einer Stabsbesprechung mit dem Oberbefehlshaber in Siedlce fiel am 19. Juli 1915 die Entscheidung, hinter die Buglinie zurückzugehen, um den Widerstand in den Polesischen Sumpfgebieten fortzusetzen. So schien erreichbar, die Offensive der Mittelmächte zu verzögern.

Auf der Gegenseite wurde am 2. Juli bei einer von Wilhelm II. geleiteten Besprechung in Posen beschlossen, von der Ostsee bis zu den Karpaten die deutschen Truppen in die Offensive gehen zu lassen. Im Norden Kongresspolens sollten die deutsche 8. und 12. Armee in Richtung des unteren Narwalaufs vorrücken. Nördlich davon fiel der 10. Armee die Aufgabe zu, die Memellinie zu durchschneiden und Grodno, Kowno und Wilna

einzunehmen. An der Spitze drängte die 9. Armee Leopolds von Bayern nach Osten. Nachdem sie ihre Stellungen an Bzura und Rawka verlassen hatten, gelangten die deutschen Truppen in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli an die zweite Verteidigungslinie der Russen, die sich zwischen Grójec und Blonie befand. Südlich davon kämpfte Dankls 1. Armee. Vom 27. bis 29. Juli überschritten die deutschen Truppen die Weichsel und bildeten Brückenköpfe auf dem rechten Ufer. Von Süden her begann die 11. Armee unter Mackensen eine Einkreisungsbewegung, unterstützt von Alexander von Linsingens neugebildeter Bugarmee und der k.u.k. 4. Armee. Das operative Ziel dieses Angriffs war Lublin, danach die mächtige Festung Brest-Litovsk, die hastig von den Russen verstärkt wurde. Brest verfügte über fast 2000 Geschütze, die meisten davon allerdings veralteten Modells. Noch Anfang August war die Stavka sicher, dass sich die Festung acht Monate lang würde halten können. Nachdem die nahegelegenen Festungen jedoch gefallen waren, wurde am 25. August die Besatzung von Brest nach Osten evakuiert. Dieser Rückzug geschah so übereilt, dass den Deutschen eine Unmenge an Ausrüstung, Artillerie, Gewehren und Munition in die Hände fiel.

Unterdessen zwang die nördlich Warschaus operierende 12. Armee die Russen zum Rückzug. Der deutsche Vormarsch verlief rasch, und manchmal boten Wasserläufe, Sümpfe oder unbefestigte Wege größeren Widerstand als der Gegner. An einzelnen Frontabschnitten verteidigten sich die Russen hartnäckig, an anderen gerieten sie in Panik und ließen sich widerstandslos gefangennehmen. Am 19. Juli erreichten die Deutschen den Narew, am 24. nahmen sie die Brückenköpfe von Pułtusk und Rózan ein. Nach dem Übergang über den unteren Narewlauf gingen sie weiter in Richtung Warschau vor, um die Stadt von Norden zu umgehen und die eingekesselten russländischen Divisionen zu vernichten.

Einen ähnlichen Auftrag hatten die von Süden her angreifenden deutschen und österreichischen Truppen. Am 30. Juli besetzte Mackensens Armee Lublin, die Festung Dęblin am 4. August. Die Festung hatte keine strategische Bedeutung, deshalb wurde die Besatzung abgezogen, um sie vor der Gefangenschaft zu bewahren. Unter den Verteidigern befanden sich viele Polen, aber ihre Bereitschaft, sich für den Zaren zu schlagen, hatte im zurückliegenden Halbjahr erheblich gelitten. Auch auf Seiten der Angreifer waren zahlreiche Polen, die aus den gegnerischen Schützengräben unerwartet den Ruf vernahmen: „Verschonen Sie mich. Ich bin Pole!“

Nicht zum ersten Mal zeigte sich Brusilovs 8. Armee von ihrer besseren Seite, indem sie sich in voller Ordnung auf das von den wolhynischen Festungen gebildete Dreieck zurückzog: Luc'k, Rivne, Dubno. Aber selbst Brusilov klagte über die schlechte Moral seiner Soldaten: „Ausdruckslos marschierten ungezählte Regimenter in den Tod. Sie waren keine Russen, keine Soldaten mehr, die für das Vaterland zu sterben bereit waren [...].“

Die ausgezeichnete Moral von 1914 gehörte der Vergangenheit an [...]. Die reguläre Armee bestand nicht mehr.“

Die Ehre des Angriffs auf Warschau fiel Ludwigs von Bayern 9. Armee zu. Die russländische 2. Armee zog sich auf den rechts der Weichsel gelegenen Stadtteil Praga zurück. Am 5. August 1915 marschierten die Deutschen in Warschau ein. Noch am selben Tag brachten europaweit die Nachmittagsausgaben der Zeitungen die Meldung auf Seite eins. Naturgemäß ließen sich die deutschen und österreichischen Blätter am ausführlichsten darüber aus. Der Verlust Warschaus war für die Russen eine Niederlage von unheilswangerer Symbolik. Die russischen Truppen hatten beim Rückzug die Weichselbrücken gesprengt, doch die Deutschen ersetzten sie umgehend durch Pontonbrücken, und am 22. September stellten sie eine Holzbrücke fertig, die auch von der Zivilbevölkerung genutzt werden durfte.

Auch im Norden waren die Deutschen erfolgreich. Die in russischer Hand befindlichen Festungen fielen der Reihe nach. Am längsten hielt sich die nicht sonderlich große Festung Osowiec am Bober, deren Besatzung als Einzige nicht versagte. Die Verteidigung wurde durch die umliegenden Sümpfe erleichtert. Zum ersten Mal waren deutsche Truppen im September 1914 vor die Festung gelangt, aber vergeblich gegen sie angerannt. Es folgten noch weitere fehlgeschlagene Versuche. Schließlich wurde die Besatzung vom 18. bis 23. August 1915 evakuiert. Die Besatzungen der übrigen Festungen erfüllten ihren Auftrag jedoch nicht. Bei Annäherung der deutschen Truppen hängten sie Bettlaken aus. So fiel die Festung Modlin am 20. August, Kowno ergab sich am 23. August, während der Kommandant entkam. Das zur Verteidigung eingerichtete Wilna wurde von den Deutschen am 18. September eingenommen. Die defätistische Stimmung war sicher auch von der Anweisung der Stavka befördert worden, sich zurückzuziehen, um neue Verteidigungspositionen zu beziehen. So lag der Serie von Niederlagen mangelnder Widerstandswille zugrunde. Ein gutes Beispiel dafür ist die Festung Modlin, die eine der stärksten war, 19 Forts hatte, eine starke Besatzung und 1000 Geschütze. Sie wurde von General Hans von Beseler eingenommen, der in Unterzahl angriff, dafür aber über schwere und schwerste Artillerie verfügte. Mikolas Römeris bemerkte nicht ohne Sarkasmus: „Jetzt wünschten wir uns, dass jeden Tag irgendwo eine Festung kapitulierte. Die österreichischen und deutschen Erfolge haben uns ganz verwöhnt gemacht. Wenn jetzt keine Meldung über den Fall einer Festung eintrifft, ist das, als sei ein Unglück geschehen.“

Hindenburg befahl die Fortsetzung der Offensive im nördlichen Samogitien. Nachdem das Gebiet unter Kontrolle gebracht war, drangen die Deutschen weiter nach Kurland vor. Von den monatelangen Kämpfen erschöpft, stellten sie den Vormarsch ein, aber auch die Russen hatten keine Kraft mehr zu einer Gegenoffensive. Die Armeen der Verbündeten hatten nicht ihr

operatives Ziel erreicht, die gegnerischen Truppen einzukesseln und zu zerschlagen. Noch waren diese in der Lage, sich vom Gegner zu lösen und auf die nächste Defensivlinie zurückzuziehen. Auch hatten sich die Hoffnungen der Mittelmächte nicht erfüllt, Russland werde aufgrund seiner Niederlagen um einen Separatfrieden ersuchen.

Unterdessen wurde auf russischer Seite nach Schuldigen gesucht. Am 12. Juni 1915 wurde Kriegsminister Vladimir Suchomlinov entlassen und kurz darauf wegen Unterschlagung, Bestechlichkeit und Hochverrat angeklagt. Am 23. August erteilte Kaiser Nikolaus II. Großfürst Nikolaj Nikolaevič die Demission. Zwei Tage darauf übernahm er selbst den Oberbefehl, was die Entente als Fehler erachtete und die Mittelmächte mit Freude zur Kenntnis nahmen. Beide Seiten wussten, dass Nikolaus keine besondere strategische Begabung besaß. Nach dem mediokren Nikolaj Nikolaevič stand nunmehr ein Militäramateur an der Spitze der Kaiserlich Russischen Armee, auch wenn er den erfahrenen Stabschef Michail Alekseev zur Seite hatte. Mit der letztgültigen Entscheidungsgewalt übernahm der Zar auch die Verantwortung für die Niederlagen. Zudem konnte er nicht mehr kontrollieren, was am Hof und in der Regierung vor sich ging.

Am Wechsel von Sommer zu Herbst 1915 rückten die Armeen der Mittelmächte weiter vor, doch in immer langsamerem Tempo. Die Nachschubprobleme im Osten wurden umso größer, je löchriger das Eisenbahnnetz war und desto mehr die Straßenverbindungen nur noch aus unbefestigten Feldwegen bestanden. Im Herbst 1915 kam die Ostfront zum Stillstand. Die heftigsten Gefechte gab es östlich des Eisenbahnknotenpunkts Kovel' längs der Flüsse Stochid und Styr. Keiner Seite gelang der Durchbruch. Hindenburg ordnete Wintervorbereitungen an, obwohl noch im November 1915 ein russischer Gegenangriff erfolgte, um einen Teil des verlorenen Gebiets zurückzuerobern.

Seit Ende November 1915 wurden auf beiden Seiten der Front auf einer Länge von etwa 1000 Kilometern fast von Riga bis zur Bukowina und den Ostkarpaten Verteidigungsanlagen gebaut. Beide Seiten bereiteten sich auf die Wiederaufnahme der Kämpfe im Frühjahr vor. Auch die Zivilbevölkerung Galiziens und Kongresspolens ließ sich von der deutschen Militärmacht beeindrucken, was durchaus ihre politischen Ansichten mitbestimmte: „Galizien durchziehen in östlicher Richtung die preußischen Heerscharen. Diese preußische Heeresmacht hinterlässt niemanden unbeeindruckt. Das betäubende Dröhnen der schweren und leichten Artillerie, gezogen von Gespannen riesiger Pferde, war ringsum kilometerweit zu hören“, hieß es in einem Brief.

Die Entente sah 1916 als Jahr der Entscheidung. Sie stimmte ab, im Frühjahr im Westen, Osten und an der italienischen Front gleichzeitig in die Offensive zu gehen. Die Offensive an der Ostfront wurde vom Stab der

Südwestfront unter Brusilov vorbereitet. Er sorgte dafür, dass die russländische Armee über Winter und Frühling 1916 ihre Ausstattung erheblich verbesserte. Am 4. Juni 1916 griff Brusilov auf weiter Front vom Pripjat bis zur Bukowina an und überraschte die Truppen der Mittelmächte. Ihre Siege von 1915 hatten sie leichtsinnig und behäbig gemacht; die militärische Aufklärung hatte versagt. Die Planungen gingen von der falschen Annahme aus, der Gegner werde keine Kraft mehr für eine neue Offensive aufbringen. Erzherzog Joseph Ferdinand, Chef der k.u.k. 4. Armee, musste seine Geburtstagsfeier in Teschen abbrechen und an die Front zurückkehren.

Bereits am 7. Juni waren die russländischen Verbände bis Luc'k vorgestoßen, am 13. erreichten sie das rechte Ufer des Stochid. Im Süden nahmen die Russen am 18. Juni Czernowitz ein. Erneut war das operative Ziel, die Karpatenlinie zu durchstoßen und in die Pannonische Tiefebene einzudringen. Am 28. Juli nahmen die Russen Brody und Stanislaw ein. Doch ihr Elan ließ bereits nach, auch wenn sie noch im September und Oktober die Offensive fortzusetzen versuchten. Der Widerstand des Gegners verhärtete sich, weil Deutsche und Österreicher von anderen Fronten Truppen in den Südosten verlegten. Nicht zuletzt machten sich beim Angreifer zunehmende Erschöpfung und Nachschubmängel bemerkbar. Brusilov hatte ausreichende Mengen an Material und Munition für eine kurze Offensive, nicht jedoch für monatelange Operationen. Der Vormarsch wurde im Herbst zusätzlich durch Regengüsse, Schlamm und Kälteeinbrüche aufgehalten.

Die Brusilov-Offensive war die letzte russische Großoffensive des Kriegs. In Russland wiesen alle Zeichen auf Revolution, Streiks griffen um sich, Desertionen mehrten sich, die Gesellschaft kehrte sich vom Zaren ab. Die Zivilbevölkerung war kriegsmüde, ganz wie die Soldaten. So beschleunigte Brusilovs Offensive nur noch den revolutionären Umbruch im Russländischen Reich.

Während der Kämpfe des Sommers 1916 erlitten die Mittelmächte ungeheure Verluste, insbesondere die k.u.k. Armee. Allein bis Ende August verlor diese 600.000 Mann; davon gerieten 300.000 in Gefangenschaft, was kennzeichnend für die nachlassende Moral war. Ohne die deutsche Unterstützung hätte Brusilov einen vollständigen Sieg davontragen können. Um die Effizienz der österreich-ungarischen Truppen zu verbessern, entsandten die Deutschen eigene Offiziere in die österreichischen Stäbe.

Der Winter 1916/17 erschwerte die Kriegführung. Dennoch versuchten die Russen im nördlichen Frontabschnitt anzugreifen, erzielten aber keine Erfolge und erlitten schwere Verluste. Es wurde immer schwieriger, die Soldaten noch zum Kampf zu motivieren. Dies war die Stimmung, als in Russland die Februarrevolution ausbrach, die den Kaiser und die Romanovdynastie entmachtete und die Republik einführte. Die Provisorische Regierung bekannte sich zu ihren Bündnisverpflichtungen in der Entente, doch

die Revolution beschleunigte den Zerfall der Armee. Die Bolschewiki hatten immer stärkeren Einfluss; sie riefen zur Ermordung der Offiziere und Massendesertion auf. Unter dem Eindruck dieser Propaganda verweigerten Soldaten den Befehl und die militärische Ehrenbezeugung. So brach im Juli 1917 die sogenannte Freiheitsoffensive von Regierungschef Aleksandr Kerenskij in sich zusammen. Zum Sterben war niemand mehr bereit. Soldaten versammelten sich zu Kundgebungen, fraternisierten mit dem Feind und bildeten Revolutionssowjets. Ende Oktober (nach gregorianischem Kalender Anfang November) kam die Nachricht von der bolschewistischen Revolution in Petrograd. Die Bolschewiki wollten den Krieg nicht fortsetzen, sondern nahmen in Brest-Litovsk Verhandlungen auf. Am 3. März 1918 unterzeichneten sie den Frieden mit den Mittelmächten. Russland musste sich mit einem sehr ungünstigen Grenzverlauf zu Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich abfinden. Seine Westgrenze verlief von Narwa am Finnischen Golf über Pskov, das östliche Belarus bis zur Grenze der neu gebildeten unabhängigen Ukraine. Die Mittelmächte ließen Einheiten von minderer Kampfkraft im Osten, welche die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete gewährleisten sollten.

Der Frieden von Brest-Litovsk beendete den Krieg an der Ostfront, womit wir in der Chronologie an seinen Beginn zurückkehren können. Fortan werden wir den Krieg vorwiegend aus polnischer Sicht betrachten.





# III Das Militär übernimmt die Macht

## 1 Letzte Friedenstage und erste Kriegswochen

Nach dem 28. Juni 1914 hielten viele Zeitungskommentare ein kriegerisches Nachspiel für möglich. „Es ist natürlich schwer, heute vorauszusehen, welche Folgen die Tragödie von Sarajevo nach sich ziehen wird. Es besteht jedoch nicht der geringste Zweifel, dass die Folgen schwerwiegend sein werden“, schrieb etwa das Krakauer Blatt *Nowa Reforma* (Neue Reform). Ähnliche Auffassungen kursierten unter polnischen Politikern, auch wenn nur wenige im Attentat von Sarajevo ein Kriegsomen sahen, wie etwa der Krakauer Konservative Stanisław Koźmian. In Polen wie im europäischen Ausland überwog die Meinung, die Stimmung würde sich wieder beruhigen. Die Zeitungen hatten ständig über fast schon alltäglich gewordene Attentate zu berichten, ohne dass sie je einen Krieg ausgelöst hätten. Tatsächlich schien sich die Stimmung zu beruhigen, und nach einiger Zeit kehrte alles zur Tagesordnung zurück. Die Warschauer Presse vertrat die Meinung, ein Krieg sei nicht zu erwarten, und diese Auffassung wurde von den Lesern geteilt: „In Warschau glaubt niemand an einen Krieg.“ Auch in den Städten von Galizien und Teschen war der Krieg kein Thema; vielmehr standen Jahrmärkte, Straßennamen, öffentliche Sicherheit, Straßenbeleuchtung, Schulwesen, städtische Schlachthäuser, Gas- und Stromversorgung, Wasserwerke und Kanalisation auf der Tagesordnung.

Die bessere Gesellschaft setzte in aller Ruhe ihre Vorbereitungen für die Sommerfrische fort. „Trotz dieses schrecklichen Ereignisses widmeten wir uns doch weiter unseren Plänen für den Sommer, und wir wandten keinen Gedanken daran, der Krieg könne ausbrechen und wir täten besser daran, zu packen oder gewisse Dinge in Sicherheit zu bringen“, erinnerte sich Matylda Sapieha, Tochter der Magnatenfamilie. Die Sapiehas fuhren gleich allen Aristokraten und dem gehobenen Bürgertum wie jedes Jahr in die Ferien. „Ohne Gedanken an eine allgemeine Konflagration fuhr ich nach Italien zur Kur“, notierte der Warschauer Erzbischof Aleksander Kakowski. „Die Ermordung des Thronfolgers und seiner Frau hinterließ in Lemberg kaum einen nachhaltigen Eindruck [...]. Niemanden hielt das davon ab, in die Sommerfrische zu fahren. Wie gewohnt, mottete man die Pelze und Winterkleidung ein, stellte die Einmachgläser mit der Konfitüre in die Öfen, hüllte die Parademöbel in Laken und packte seine Sachen. Endlose Reihen von Droschken fuhren mit Koffern, Bündeln, Kinderwagen, Matratzen und Familien bepackt vom frühen Morgen an zum Bahnhof. [...] Bis zum letzten Augenblick wollte niemand an einen Kriegsausbruch glauben,

schon gar nicht an einen Krieg in ganz Europa“, schrieb der Journalist Jerzy Bandrowski.

Die einen fuhren auf ihre Landsitze, andere suchten die angesagten Kurorte im In- und Ausland auf. An diesen wurde im Juli und August kein Rückgang der Kurgäste bemerkt; die Leute schienen ganz sorglos zu sein. Dass die Zeitungen wie üblich über die Reisen der gekrönten Häupter und Minister berichteten, beruhigte die angespannten Nerven. Nirgends wurden besondere Vorbereitungen für den Kriegsausbruch getroffen. Wer sich keine Ferien leisten konnte, arbeitete unbekümmert weiter. Nur die Bauern waren wie üblich besorgt, ob das Wetter auch der Ernte förderlich sein werde. Als jedoch am letzten Sonnabend des Juli die Sonne „blutig“ unterging, war dies für die Landbevölkerung ein untrügliches Zeichen für Krieg.

Unruhe breitete sich erst aus, als die Teilmächte begannen, Urlaubssperren für Beamte und Offiziere zu verhängen. Die Nervosität griff seit dem 25. Juli weiter um sich, als Staatsbeamte aus dem Urlaub zurückgerufen wurden, was mit der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum in Verbindung gebracht wurde. „Die Nachricht traf uns wie ein Schlag – die Hoffnung auf Erhalt des Friedens war zerstoßen“, hieß es im *Kurier Lwowski* (Lemberger Kurier) vom 25. Juli. Die Beamten erhielten kryptische Telegramme etwa dieses Wortlauts: „Katastrophale Überschwemmung, unverzügliche Rückkehr erforderlich“, auch wenn niemand etwas von einer Überschwemmung gehört hatte. Das Schlimmste stand zu befürchten. „Die Lage ist ernst, aber noch sind wir zuversichtlich“, schrieb Maria Lubomirska am 26. Juli. Die *Gazeta Warszawska* (Warschauer Zeitung) schlug bereits einen anderen Ton an: „[Es] lässt sich mit aller Bestimmtheit feststellen, dass nicht allein in der Geschichte der Großmächte, sondern auch derjenigen der polnischen Nation eine Zeit gekommen ist, die über ihr weiteres Schicksal entscheidet.“ Bis zum 30. Juli hatte sich Maria Lubomirska diese Auffassung zueigen gemacht. Allerdings lag ein Weltkrieg noch weit außerhalb des Vorstellungsvermögens: „Warschau glaubte nicht an einen Krieg, und selbst, als uns die Telegramme mit der offiziellen Kriegserklärung Österreichs an Serbien erreichten, trösteten wir uns gegenseitig: das ist nur eine örtliche Auseinandersetzung.“ Piłsudski soll die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Kriegs auf 35 Prozent geschätzt haben, wenn Michał Sokolnickis Aufzeichnung eines Gesprächs vom 28. Juli zu glauben ist.

Die Nachricht von der Kriegserklärung an Serbien schlug ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Anschein von Normalität war kaum noch aufrechtzuerhalten, zumal ständig neue Regulierungen das Leben erschwerten. „Der Krieg traf mich unvorbereitet. Er war so viele Male beinahe ausgebrochen, dass man darauf nicht länger gefasst war, ich rechnete nicht damit und war überhaupt nicht vorbereitet“, schrieb Jan Edward Romer, damals Oberst der k.u.k. Armee. Damit stand er keineswegs allein. Der

Kriegsausbruch lähmte Alltag und Gewerbe. Die Leute rannten zu den Banken und versetzten sie in den Belagerungszustand. Manche hoben ihr Erspartes ab, andere versuchten, Papiergeld in Gold- und Silbermünzen umzutauschen. Doch die Banken stellten aus Angst vor Zahlungsunfähigkeit sehr bald die Auszahlungen ein. Die Russische Staatsbank setzte den Austausch von Papier- gegen Goldrubel aus, was das Leben erschwerte und sich negativ auf das Gewerbe auswirkte. Am 1. August hoben die deutschen Banken die Austauschbarkeit der Mark in Gold auf. Berlin appellierte mit der patriotischen Parole von 1813 „Gold gab ich für Eisen“ an die Bevölkerung, ihr Gold zu spenden. Strikte Buntmetallbewirtschaftung und Papiergeld oder Assignaten mit einer Rückkaufgarantie für die Zeit nach dem Krieg wurden eingeführt. Münzen aus Zinn, Aluminium oder Eisen wurden in Umlauf gebracht. Das vergrößerte nur den allgemeinen Wirrwarr. Die Staatsbanken retteten die Privatbanken durch Baranweisungen vor dem Bankrott.

Der Krieg brachte den Handel zum Erliegen. Geschäfte wurden gestürmt. Kaufleute schlossen ihre Läden vorübergehend, denn die Leute begannen, Waren zu horten. Auch einige Behörden schlossen, nachdem sie mit Unmengen von Petitionen überhäuft worden waren. Die Teilungsmächte zahlten ins Landesinnere verziehenden Beamten drei Monatsgehälter aus; auch pensionierte Beamte erhielten drei Monatspensionen.

Die Armee übernahm für die Dauer des Kriegs die Macht. Anfang August wurden Ausnahmegesetze erlassen, die Dutzende von Verordnungen, Ver- und Geboten legitimierten. Militärkommandanten durften Beamte ohne Begründung entlassen. Die Zivilbehörden hatten sich ganz auf die Zwecke des Militärs einzurichten. Interessen der Zivilbevölkerung waren allen anderem untergeordnet. Die Zahl der Abgeordneten sank, die Parlamente wurden seltener und unregelmäßiger und vorwiegend zur Absegnung der Kriegshaushalte einberufen. Ähnliches galt für die zivile Gerichtsbarkeit; beispielsweise wurden die galizischen Geschworenengerichte ganz aufgehoben. An ihre Stelle traten Militärgerichte. Ebenso gewannen Polizei und Geheimdienste an Macht. Strafandrohungen wurden verschärft, Ausgehverbote eingeführt. In der k.u.k. Monarchie durfte die Polizei einen Verdächtigen acht Tage festhalten, nicht wie bislang nur 48 Stunden. Auch durfte die Polizei fortan Durchsuchungen ohne richterlichen Beschluss durchführen.

Die Grenzen wurden geschlossen und Angehörige von Feindstaaten zu feindlichen Ausländern erklärt. Zu diesem Zweck hatten die Staaten Listen von Verdächtigen vorbereitet. Kein Ausländer war gegen Repressionen gefeit. Nur in Ausnahmefällen wurden Aufenthaltsgenehmigungen erteilt, in Abhängigkeit entweder von der Wichtigkeit einer Person für die Kriegswirtschaft oder aber aufgrund von Protektion. Doch auch privilegierte Ausländer wurden polizeilich überwacht. Angehörige der Feindstaaten wurden

normalerweise zur sofortigen Ausreise gezwungen, jedoch meist noch verhört, was eine durchaus traumatische Erfahrung sein konnte. Meist ging die Reise über neutrale Staaten wie Schweden, Italien oder die Schweiz und dauerte eine Woche oder länger. Wer keine Ausreisegenehmigung erhielt, wurde an einen grenzfernen Ort deportiert. Während der Fahrt in verplombten Waggons wurden die Deportierten nicht immer mit Essen und Trinken versorgt, und bei Aufhalten an Eisenbahnstationen wurden sie mit Steinwürfen und Beschimpfungen bedacht, denn überall brachen chauvinistische Stimmungen hervor. Am Zielort wurden die Deportierten in Internierungslager verbracht und mussten meist für die Kriegswirtschaft arbeiten.

Andere Maßnahmen galten für die 250.000 polnischen Saisonarbeiter aus Kongresspolen und Litauen, die sich bei Kriegsausbruch im Reich befanden. Man ließ sie nicht zurückkehren, wie sie es wünschten, und Beschwerden blieben zwecklos. Viele polnische Landarbeiter wurden in der Industrie oder im Bergbau eingesetzt, während die übrigen weiter auf den Gütern arbeiten mussten und streng von der Polizei überwacht wurden. Ihre Freizügigkeit war eingeschränkt, sie wurden schlecht bezahlt und waren unter deutschen Standards hohnsprechenden Verhältnissen untergebracht. Polnische Organisationen wurden durch Mobilisierung und Krieg entweder suspendiert oder geschwächt. Erst mit der Zeit setzten sich die polnischen Abgeordneten im Reichstag und im preußischen Landtag für sie ein.

Besser erging es den russländischen Untertanen polnischer Nationalität in der österreich-ungarischen Monarchie. Sie wurden von ihren polnischen Konationalen juristisch, materiell und medizinisch unterstützt. Besonders der Abgeordnete Zygmunt Lasocki machte sich hierbei verdient, einer der während des Kriegs aktivsten polnischen Politiker. Ihm stand Leon Biliński zur Seite, Vorsitzender des „Komitees zur Rettung der Internierten Polen aus dem Königreich Polen“. Diesen Politikern gelang es, die österreichischen Behörden zu einer nachsichtigeren Haltung gegenüber den in eine verzweifelte Lage gebrachten ausländischen Polen zu bewegen.

Die Sozialisten unterstützten ihrerseits die in der Doppelmonarchie untergeschlüpften russischen Revolutionäre. Als Vladimir Lenin im kleinpolnischen Poronin verhaftet worden war, intervenierten die sozialistischen Reichsratsabgeordneten, Victor Adler aus Wien und Herman Diamand aus Galizien, beim Wiener Innenministerium mit dem Argument, Lenin werde als unversöhnlicher Gegner Nikolaus' II. sicherlich nichts für die Sache des zarischen Russland unternehmen und könne den Mittelmächten noch von Nutzen sein. Lenin wurde freigelassen und begab sich in die Schweiz. Auf Veranlassung Ludendorffs kam er 1917 nach Deutschland, wurde mit Valuta und Instruktionen versehen und in einen plombierten Zug gesetzt, um die Revolution in Russland zu betreiben.

Auf den in Russland erstellten Ausländerlisten befanden sich auch Polen aus Deutschland und Österreich-Ungarn. Als der Krieg ausbrach, wurden einige ausgewiesen, andere interniert und in das Landesinnere deportiert, weitere verhaftet und von Militärgerichten abgeurteilt. Unter den unter Spionageverdacht Verhafteten befanden sich kongresspolnische Aristokraten mit österreichischer Staatsangehörigkeit wie etwa Franciszek Xawery Pusłowski, der vor der standrechtlichen Hinrichtung allein durch seine polnischen Cousins bewahrt wurde, indem sie bei höchsten Stellen intervenierten. So wurde er lediglich interniert und ins Landesinnere deportiert. Solche Deportationen fanden noch im Frühjahr 1915 statt.

Die Behörden beschnitten die Tätigkeit von Vereinen, einige wurden auch aufgelöst. In dieser Hinsicht war Russland am zurückhaltendsten, wo man die Vereine nur unter Polizeiaufsicht stellte. Die galizische Statthalterschaft ging besonders unnachsichtig vor. Die russophilen Organisationen, die Rückhalt bei einem Teil der griechisch-katholischen Geistlichkeit hatten, wurden eng überwacht. Am 4. August 1914 beauftragte der galizische Statthalter Witold Korytowski die Polizeidirektion in Lemberg, die russophilen Organisationen in Galizien aufzulösen, zum Beispiel den Kačkovs'kyj-Verein und die Gesellschaft des Russischen Rates. Die Russophilen vertraten die Auffassung, Russen und Ruthenen (also Ukrainer) seien eine Familie. Sie betrieben unter den Unierten Propaganda für die Orthodoxie und Russland. Korytowskis Anweisung wurde von denjenigen Ukrainern begrüßt, denen die Russophilen (Alruthenen) als Renegaten und Verräter galten.

Auch die preußischen Behörden ergriffen repressive Maßnahmen und unterbanden die Aktivitäten polnischer Organisationen; Versammlungen in polnischer Sprache waren verboten. Doch nach kurzer Zeit wurden diese Verbote wieder aufgehoben, nachdem die Polen ihre Loyalität gegenüber Armee und Kaiser unter Beweis gestellt hatten. Doch polnische Organisationen mussten weiterhin Versammlungen von der Polizei genehmigen lassen. Einige Organisationen mussten ihre Tätigkeit für kurze Zeit aussetzen, beispielsweise die Pfadfinderverbände. In Preußen wurden mangelnder Loyalität Verdächtige arretiert. Bereits am 1. August wurden Funktionäre polnischer Nationalorganisationen verhaftet, 56 davon in Pommern, 40 in Oberschlesien, weitere in Großpolen. Allerdings kamen sie nach kurzer Zeit wieder frei, weil sich der Vorwurf der Spionage nicht halten ließ. Derartige Verdächtigungen reichten aus, um in der deutschen Öffentlichkeit antipolnische Hysterie auszulösen. Deutsche Chauvinisten waren ohnehin davon überzeugt, die Polen seien Verräter. Nur Polizeibewachung konnte verhindern, dass die Verhafteten gelyncht wurden. „Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was hier vor sich geht. Gleich nach Deiner Verhaftung kam in Umlauf, Du werdest erschossen und in ein Grab gelegt, das Du vorher noch selbst ausheben musst“, schrieb Franciszka Koraszewska an ihren Mann

Bronisław Koraszewski, Herausgeber der *Gazeta Opolska* (Oppelner Zeitung). Funktionäre anderer nationaler Minderheiten und führende SPD-Politiker wurden ebenfalls in Gewahrsam genommen.

In grenznahen Gemeinden war es verboten, sich weiter der Grenze zu nähern. Vieh durfte nicht mehr auf Weiden an der Grenze gebracht, noch konnten dort Felder bestellt werden. Es durften nahe der Grenze keine Fensterläden geöffnet oder Kirchenglocken geläutet werden. Munitions- und Brennstofflager, Getreidesilos und Lebensmittelmagazine standen unter militärischer Bewachung. Das Militär besetzte die wichtigsten Verwaltungsgebäude und kontrollierte Bahnlinien und Wasserwege. Auch die Flussschiffe wurden dem Militär unterstellt. Passagierschiffe wurden umgerüstet und an die Kriegsmarine übergeben. Die Straßen waren von Militär- und Gendarmerieposten gesäumt. Dokumenten- und Gepäckkontrollen wurden peinlich genau und besonders häufig durchgeführt. In Warschau und anderen Städten war das Autofahren untersagt. Zur Fortbewegung blieben nur die Droschken.

Nach den ersten Wochen begannen die Leute, sich auf die Restriktionen einzurichten. Auch wurden einige Verordnungen mit der Zeit wieder aufgehoben, für andere fanden die Leute Wege, sie zu umgehen. Scheinbar ging das Leben wieder seinen gewohnten Gang, doch das Militär machte sich überall bemerkbar. Die Einschränkungen brachten die Menschen näher zusammen, weil sie aufeinander angewiesen waren. „Brüderlichkeit im Unglück spüren“, wie Maria Lubomirska notierte.

Nach Überzeugung vieler würde der Krieg nicht lang dauern, denn schließlich gebe es „eine ganz andere Bewaffnung, es gibt Maschinengewehre, da bringen sich die Armeen in einem Monat gegenseitig um“, meinte ein Bauer aus der Gegend von Rzeszów. Einschlägige Äußerungen von Militärs und Politikern bekräftigten den Glauben an eine kurze Kriegsdauer. Veteranen besaßen besondere Autorität. „Mein Vater, der drei Kriege überstanden hat, meinte beruhigend, länger als zwei oder drei Monate könne der jetzige Krieg nicht dauern“, schrieb Maria Małgorzata Potocka. So sah es auch die Familie Tyszkiewicz aus dem litauischen Lentvaris. „Wir gaben uns alle der Täuschung hin, der Krieg werde höchstens einen Monat dauern“, schrieb Zofia Tyszkiewicz. Doch die Schlacht an der Marne und die Erstarrung der Westfront stellten diesen Anfangsoptimismus auf eine harte Probe. „Es besteht keine Hoffnung, der Krieg könne sich rasch entscheiden“, meinte jemand im Schloss der Radziwiłłs im belarussischen Njasviž, was Konstanty Potocki zu der bestürzten Äußerung veranlasste: „Wie denn, dann kann ich also nicht vor Weihnachten zurück nach Paris?“ Solchen Illusionen gaben sich viele hin. Ein Tagebucheintrag lautete bereits Ende September: „[...] dass damit doch endlich Schluss wäre. Man beginnt, vom Friedensschluss zu schreiben.“ Dieser sollte das Dauerthema schlechthin

bleiben. Es lag in der Natur des Menschen zu glauben, der Krieg müsse doch bald ein Ende haben. „Die Masse der Menschen ist erschöpft, wünscht sich Frieden und hofft darauf gegen Weihnachten [...]. Wieso eigentlich. Das Jahresende ließ stets den Gedanken an Frieden und Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende wachsen [...]. Die Menschen sehnten sich nach Trost im Unglück“, schrieb Ignacy Daszyński.

## 2 Gerüchteküche

Bürgerliche Rechte waren ausgesetzt, das Briefgeheimnis aufgehoben, Briefe wurden geöffnet, Telegramme verdächtigen Inhalts gleich vernichtet. Briefe wurden ohne Poststempel verschickt, um den Absendeort nicht preiszugeben, ähnlich hielt man es mit Telegrammen. Der Zugang zu Telefon und Telegraf war erschwert. Für ein Ferngespräch war die Genehmigung des Militärs erforderlich. Im preußischen Teilungsgebiet war untersagt, sich in Telegrammen und Auslandsgesprächen des Polnischen zu bedienen, weil es von den deutschen Überwachern nicht verstanden wurde. Die Zensur wurde verschärft, Zeitungsseiten waren voller weißer Flecken. Vielfach wurde die postalische Auslieferung polnischer Presse eingestellt. Solche Erschwernisse dauerten bis zum Kriegsende, wenn auch nicht immer ganz so streng wie am Anfang. In der Oberschicht gehörte die tägliche Zeitungslektüre zu den Selbstverständlichkeiten und wurde schmerzlich vermisst. „Ganz schlechtes Gefühl, von allen Nachrichten abgeschnitten zu sein“, notierte Henryk Dembiński. „Es gibt fast keine Zeitungen, und was es gibt, ist nichts wert.“ Dies war eine Stimme aus Galizien, galt aber auch für die anderen Teilungsgebiete.

Bei Kriegsausbruch wurden die meisten polnischen Zeitungen im preußischen Teilungsgebiet verboten, die Redaktionsbüros plombiert, allerdings nur für kurze Zeit, weil sie mit Ausnahme der Zeitschrift *Lech* am 14. August ihre Tätigkeit wieder aufnehmen durften. Doch blieben für die gesamte Dauer des Krieges polnische Blätter besonderer Aufsicht unterstellt. Ganz wie bei den deutschen Sozialdemokraten wurde bei der polnischen Presse verschärft auf loyale Haltung geachtet. Meist bemängelten die Zensoren fehlenden Patriotismus, und wenn Beiträge aus der k.u.k. Presse übernommen wurden, schien das eine Abneigung gegen Deutschland zu belegen. Einige Titel wie etwa der *Dziennik Bydgoski* (Bromberger Tageszeitung) galten als besonders unpatriotisch und bekamen immer wieder Publikationsverbote von fünf bis zehn Tagen. In den beiden anderen Teilungsgebieten wurden keine Redaktionen geschlossen und bis auf Einzelfälle keine Redakteure verhaftet, doch stand auch hier die Presse unter polizeilicher Aufsicht, und es gab eine doppelte zivile und militärische Zensur.



Der Informationsfluss geriet ins Stocken. Was in Krakau oder Lemberg passierte, wurde in Warschau erst eine oder zwei Wochen später bekannt, und bis Danzig, Wilna und Posen brauchten die Nachrichten noch länger. Die Ursachen dafür lagen bei Kriegereignissen und Frontverlauf, Zensur und Reisehemmnissen. Andererseits ließ Informations hunger die Auflagen steigen, Zeitungsmacher sahen goldene Zeiten anbrechen. Der *Piast*, Organ der Polnischen Volkspartei (des PSL), hatte bei Kriegsbeginn eine Auflage von 28.000, bei Kriegsende von 80.000. Die Presse druckte Vermisstenlisten und Gefallenenanzeigen ab und schrieb über Probleme des Kriegsalltags. Gesundheitsratschläge, Wundermittel und sparsame Kriegsküche waren beliebte Themen. Auch für allerlei Zukunftsdeutungen war sich die Presse nicht zu schade, etwa die Prophezeiung des Vernyhora, des volkstümlichen ukrainischen Sehers aus dem 18. Jahrhundert, über die Wiedergeburt Polens.

Mannigfaltige Gerüchte kamen in Umlauf. Sie nährten sich von Halbwahrheiten, materiellem Mangel, moralischer und intellektueller Unbedarftheit, Existenzangst und Niedertracht, sie mehrten das Chaos der Desinformation. „Die Gerüchtemacherei ist einfach unerträglich. Die Leute erzählen sich die unglaublichsten Geschichten“, kommentierte Jan Dąbrowski am 5. September 1914. Jan Stanisław Cywiński schrieb von den „maßlosen Gerüchten“ und Klemens Bąkowski von den „sich durch Mundpropaganda verbreitenden Ammenmärchen“. Gerüchte traten in vielerlei Gestalt auf und waren oft in sich widersprüchlich. Aus ungestillter Neugier nahmen die Menschen Zuflucht zum Gerücht. Es wurde zum Ersatz für Tatsachen und Wahrheit. Es füllte die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt der Informationen.

Doch war gerade im Krieg der Bedarf an vertrauenswürdigen Nachrichten besonders groß. Alle wollten wissen, was an der Front vor sich ging, denn der Krieg prägte den Alltag und brachte Lebenspläne aus dem Gleis. Auch die Ungebildeten und Analphabeten wollten wissen, was in der Welt vor sich ging. Daher fanden Lese- und Schreibkurse Zulauf. Ehefrauen und Mütter wollten wissen, was aus ihren Männern und Söhnen an der Front geworden war. Weil Briefe geöffnet und manchmal vernichtet wurden, waren Postkarten beliebt, da sie zuverlässiger an den Adressaten gelangten.

Das Vertrauen in die Presse war rasch verflogen. „Man sagt uns rein gar nichts. Man verheimlicht, schreibt nicht die Wahrheit, es heißt, der Presse ist nicht zu glauben“, trug Stanisława Serafińska, Nichte des Historienmalers Jan Matejko, am 3. September 1914 in ihr Tagebuch ein. Die Pressemitteilungen wurden tatsächlich immer unglaubwürdiger. „Es lügen die Zeitungen, es lügen die Menschen, selbst die Augenzeugen, ganze Lügengebäude werden von den Regierungen errichtet“, hieß es in einem Kommentar. Die



Wahrheit war das erste Opfer des Kriegs, und mit der Zeit griff die Lüge immer mehr um sich.

Das Gerücht vermittelte das Gefühl, an einem weltbewegenden Geschehen teilzuhaben. „Alle hungern nach Nachrichten und gieren nach Sensationen“, bemerkte Maria Eustachia Borowska. Sensationsmeldungen fanden umso begierigere Abnahme, je länger der Krieg dauerte. Ein überall gleich nach Kriegsausbruch verbreitetes Gerücht sagte, mit Gold und siebzig Millionen Francs beladene Lastkraftwagen würden von französischen Offizieren in deutschen Uniformen oder Frauenkleidern nach Russland gefahren. Die Presse verlieh der Meldung eine gewisse Glaubwürdigkeit: „Einige Automobile mit Frauen und Geld für die russische Regierung sind nach Russland abgefahren. Die Automobile müssen angehalten und den nächsten Behörden übergeben werden. Die Zeitungen sind verpflichtet, diese Meldung umgehend zu verbreiten“, schrieb der *Dziennik Poznański* am 5. August. Eine Geschichte von verkleideten Agenten und Goldtransporten beflügelte die Phantasie und versetzte die Leute in helle Aufregung. Denn wer die wertvolle Ladung fände, dem stünde ein Finderlohn zu. Die Franzosen wurden mal in Ostpreußen, dann aber auch in Pommern oder Galizien gesichtet. Deutsche und österreichische Feuerwehrleute, Polizisten und Gendarmen kontrollierten jedes Auto penibel, ob nicht etwa darin das Gold geschmuggelt werde. Überall wurde danach gesucht, sogar in Tanks und Reifen oder in Paketen, die Radfahrer mit sich führten, denn die nächste Meldung hatte behauptet, Geld und Gold seien auf Fahrräder umgeladen worden. Im preußischen wie österreichischen Teilungsgebiet verfielen die Leute in Hysterie. „Die Folge war, dass in jedem Dorf, in jedem Landstädtchen [...], an jeder Wegkreuzung über Nacht Sperren aufgestellt wurden, bewacht von mit Gewehren bewaffneten preußischen Veteranen“, schrieb ein Memoirenautor. Die Goldsucher demolierten so manchen Wagen, ja sie erschlugen gar einige Reisende; daher ordnete das Militär an, die Straßensperren abzuräumen und nach Hause zu gehen. Damit war die Sache jedoch nicht beendet. Plötzlich galten jüdische Kaufleute als die Schmuggler. Möglicherweise sorgten die Behörden selbst für die Wiederbelebung des Gerüchts, damit die Leute nicht in Wachsamkeit und patriotischem Überschwang nachließen.

Hätte das Gerücht nicht existiert, hätte man es zur Hebung der Moral erfinden müssen. Die Obrigkeit selbst beteiligte sich daran, gezielt Gerüchte in Umlauf zu setzen. Seien wir guter Dinge, unterstützen wir unsere Seite, erwarten wir das glückliche Ende des Kriegs, dies waren die Botschaften solcher Gerüchte. Wenn Erfolge an der Front ausblieben, sollten sie Erfolge im Reich der Phantasie wettmachen, und das Gerücht eignete sich bestens zu diesem Zweck. Heute ist nur noch schwer zu rekonstruieren, ob ein Gerücht sich spontan verbreitete oder gezielt in Umlauf gebracht wurde. Unter unseren Beispielen war sicher beides zu finden.

Ende August 1914 verbreitete sich in den nördlichen Kreisen Kongresspolens das Gerücht, Königsberg sei gefallen; im September waren die Leute ebenso fest davon überzeugt, die Kaiserlich Russische Armee befinde sich bereits auf dem Vormarsch auf Berlin. In Kongresspolen erzählte man sich, in Wien und Budapest seien Unruhen ausgebrochen und die Donaumonarchie und ihre Armee stünden vor dem Zerfall, sodass der Krieg jeden Tag zu Ende sein werde. Andere hatten vom Ausbruch einer Revolution in Berlin gehört, der Kaiser sei vor dem Arbeitermob geflohen. Auf der anderen Seite der Front ging die Behauptung um, die Rumänen würden gegen Russland kämpfen. Russische Agenten hätten einen Anschlag auf den Thronfolger in Berlin verübt. In Galizien verkaufte Leckereien seien mit Choleraerregern versetzt. Im preußischen Teilungsgebiet galt als gewiss, russische Agenten seien mit einer mit Bomben gefüllten Truhe gesichtet worden, die sie an einem öffentlichen Ort zur Explosion bringen sollten, als Frauen verkleidete russische Offiziere würden Militärdepots anzünden, und die deutsche Flotte habe Kronstadt angegriffen und alles in Brand gesetzt. In Krakau würden russische Agenten die Pumpstationen in die Luft jagen wollen, während deutsche Agenten in Warschau sich mit demselben Plan trügen.

Das Gerücht verlachte und demütigte den Gegner, kanalisierte Ressentiments und Aggressionen. Der Feind war im Gerücht stets schlimmer als in Wirklichkeit, denn es schrieb ihm besonders niederträchtige Eigenschaften zu. Am Gerücht ist gut nachzuvollziehen, wie sich im Laufe des Kriegs die Vorstellungswelt der Menschen entwickelte. In den Teilungsgebieten der Mittelmächte war der Russe stets der grausame, rachsüchtige und rücksichtslose Besatzer. Auf der russischen Seite war das Bild des Deutschen ganz ähnlich. In Kongresspolen ging das Gerücht, die Preußen ließen sich zu dem Zweck gefangen nehmen, um ihre Gegner mit Krankheiten zu infizieren, gegen die sie selbst geimpft waren, sie leiteten die Flüsse um, um die Russen zu ersäufen, oder sie transportierten Schweinefleisch in Särgen mit der Aufschrift „sterbliche Überreste von Helden“. Solche Gerüchte waren an Absurdität kaum zu überbieten, erzielten aber ihre destruktive Wirkung. Die Leute erzählten sich, die Franzosen würden den Soldaten die Augen auskratzen und die Russen Kugeln verwenden, welche die Extremitäten deformierten, alle Brunnen, Seen und Flüsse vergiften, männlichen Zivilisten Arme und Beine abschneiden und den Frauen die Brüste. Letzterer Topos wanderte von der Westfront nach Polen. Das Gerücht machte Juden zu Brunnen- und Nahrungsvergiftern. Starb ein Soldat an Verdauungskomplikationen, waren sie als Schuldige ausgemacht. Solche Behauptungen verbreiteten Panik, Ungewissheit wurde zum beherrschenden Gefühl. Die ständige Nervenanspannung machte die Leute hysterisch und brachte Unruhe in die Etappe. Daher suchten Behörden Propagandaapparate und Presse zu beruhigen. „Ruhe und Besonnenheit sind das Gebot der Stunde,

Geschwätz und Gerüchtemacherei behaltet euch für später vor“, mahnte die *Gazeta Toruńska* (Thorner Zeitung); die *Gazeta Gdańska* (Danziger Zeitung) schrieb: „Über alles, was wir sehen und hören, ist zu schweigen.“ Ähnliche Ermahnungen brachten die Zeitungen in allen Teilungsgebieten.

Die meisten Gerüchte kamen in den ersten Kriegswochen in Umlauf. Die Gerüchteküche kochte später etwas weniger heiß, weil die Leute allmählich die schwierige Kunst erlernten, Geschwätz von sicheren Nachrichten zu unterscheiden. „Die umlaufenden Gerüchte ändern sich derartig, dass sie völlig unglaubwürdig sind“, schrieb ein Zeitzeuge 1917. Dennoch verfehlte auch weiterhin das Gerücht besonders bei den Ungebildeten nicht seine Wirkung, und diese waren in der Mehrheit. Ein Gerücht behauptete, die Russen hätten 20.000 deutsche Soldaten in den Polesischen Sümpfen ertränkt; ein anderes, die Deutschen hätten im lettischen Libau einige Hundert Frauen entführt, vergewaltigt und ertränkt; oder die Russen hätten massenhaft Insassen von Spitälern vergiftet; oder die Österreicher hätten Sandomierz und Lublin vermint und plantent, beide Städte in die Luft zu sprengen. Gerüchteweise kamen immer wieder die Monarchen zu Tode: Nikolaus II. starb an der Front, Franz Joseph I. starb Ende 1914, Wilhelm II. fiel einem Attentat zum Opfer, der Sultan wurde von Istanbul Revolutionären ermordet. Auch Kaiser Karl ließ das Gerücht nicht lange am Leben: Einmal verunglückte er tödlich, indem er in betrunkenem Zustand aus dem Auto fiel, ein andermal ertrank er in einem Gebirgsbach in Italien.

In Kongresspolen ging das Gerücht um, die Japaner seien an Russlands Seite in den Krieg eingetreten. Diese Mär wusste selbst Details der japanischen Ausrüstung und Uniformierung zu beschreiben, die insofern realitätsnah waren, als sie sich an Erinnerungen aus dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 anlehnten. Solche Meldungen beflügelten die Phantasie und stimmten optimistisch. Den ganzen Krieg hielt sich andererseits das abstoßende Gerücht, aus Leichen werde Fett gewonnen. Das war Gesprächsgegenstand in den Kneipen ebenso wie in den vornehmen Salons. „Man erzählt sich im Flüsterton, die Deutschen machten Fett aus Leichen, und irgendwo in Belgien gebe es eine geheime Fabrik, beim Gedanken an die einem das Blut in den Adern gefriert“, schrieb Maria Lubomirska im Juni 1916. Höchstwahrscheinlich war diese Greuelpropaganda vom britischen Geheimdienst in Umlauf gesetzt worden, aber sie war derart furchterregend, dass sie nach Polen gelangte. In gewandelter Form kam das Gerücht im Zweiten Weltkrieg erneut in Umlauf.

### 3 Spionomanie

Viele Gerüchte rankten sich um ausländische Geheimagenten. Bei der um sich greifenden Spionomanie spielte sicher eine Rolle, dass die Tätigkeit der

Nachrichtendienste, die Kontrolle von Eisenbahnen und Korrespondenzen und die Zensur sich immer deutlicher bemerkbar machten. So verbreitete sich die Auffassung, es wimmle überall von Spionen, die alle erdenklichen Verkleidungen annehmen konnten: als Friedhofswärter, vornehme Dame, Aristokrat, Reisender. Schließlich hatten die Regierungen schon immer vor Spionage gewarnt. Seit dem Sommer war in den drei Teilungsmächten davon die Rede, wie Spione ins Land gelangten und wie man sie erkennen und unschädlich machen könne. Bei Kriegsbeginn nahm die Agentenobsession groteske und hysterische Züge an. Auf Mord ausgehende Spione waren plötzlich allgegenwärtig, man fand sie an jeder Straßenecke, im Laden, auf dem Amt und in der Kirche.

Die Spionomanie kam teils spontan auf, teils wurde sie von den kriegführenden Mächten gelenkt. Die gezielt verbreiteten Gerüchte sollten Zusammenhaltsgefühl, Wachsamkeit und Kriegsanstrengung fördern. Im Krieg musste jeder Farbe bekennen. Wer dies nicht tat, geriet in Verdacht, Spion oder Verräter zu sein. Jeder Bürger hatte sich für die Armee einzusetzen, wollte er sich nicht verdächtig machen. Das provozierte allgemeine Hysterie, gegen die Regierung und Verwaltung nicht immun waren. Gerade in den obrigkeitlichen Institutionen herrschte außerordentlicher Zwang zu Gruppenkonformität und demonstrativem Patriotismus.

Bevölkerung und Militär wurden gewarnt, Spione hätten sich Zugang zu den bestgehüteten Staatsgeheimnissen verschafft. Die Soldaten sollten Augen und Ohren offenhalten. Polizei und Militär wurden zum Kampf gegen Diversion und Sabotage herangezogen, was die Größe der Gefahr nur noch unterstrich. Indem Armee und Gendarmerie Wache an Depots, Wegkreuzungen, Brücken und Flussufern bezogen, schufen sie Zonen des Verdachts und Misstrauens. „Überall gehen Berichte über Spione um; praktisch unter jeder Brücke ist schon ein solcher ergriffen worden. Diesen Unsinn erzählt man sich doch allein, weil an jede Brücke usw. ein Wachtposten gestellt worden ist [...]. Vor allem russische Offiziere sind als Spione entlarvt worden, verkleidet als Frauen, Priester usw. Eine Nonne erzählte in vollem Ernst, es sei ein Spion entdeckt worden, der in den Festungsgraben Typhusbakterien geworfen habe“, schrieb die *Gazeta Gdańska*.

Die Strafen für Spionage waren drakonisch. Es galt das Prinzip, eher einen Unschuldigen zu bestrafen als einen Schuldigen entkommen zu lassen. Das zog zwangsläufig Willkür, Machtmissbrauch und viele unschuldige Opfer von Rechtsbeugung und Lynchjustiz nach sich. Leon Sapieha schrieb dazu voller Bitterkeit und Sarkasmus: „[...] ein Greis, der eine gescheckte Kuh über das Feld treibt, ganz sicher ein mit den Russen verabredetes Zeichen, an den Haken mit ihm [...]. Hirtenjungen machen sich im Herbst ein Feuer, der Rauch hängt über der Erde, wie oft bei Regenwetter; das sind doch Verräter, Absprache mit dem Feind, erschießen, dieses Gesindel!“ Die meisten

Urteile wegen Spionage fällten Feldgerichte der k.u.k. Armee, und zwar in beschleunigtem und vereinfachtem Verfahren. Das österreichische Militär geriet unter dem Eindruck seiner Niederlagen förmlich außer Kontrolle und führte im großen Stil Repressionen durch. Es spielte mit dem „Irrsinn der Spionomanie“, wie es zeitgenössisch hieß, um Emotionen und Phantasie der Leute zu manipulieren. Es behauptete, Erfolg werde sich erst dann einstellen, wenn der innere, unsichtbare, verborgene Feind, der Maulwurf vernichtet sei. Galizien lieferte für das anschließende Vernichtungswerk das drastischste Beispiel. Die Spionomanie machte Tausenden das Leben zur Hölle. „Es reicht ein Ackerfeuer, ein Topf oder ein Stück am Zaunpfahl aufgehängte Wäsche, ein Bauer, der unverhofft befragt, den Weg falsch statt nach links statt nach rechts weist“, schon wurde er „der Verschwörung mit dem Feind“ geziehen, erinnerte sich Matylda Sapieżyna. In den der Russophilie verdächtigten ruthenischen Dörfern wurde kurzerhand die kollektive Verantwortung angewendet. Es gab Schnellgerichte und Massenexekutionen. Selbst der loyalistische Krakauer *Czas* warnte vor den „Standgerichten auf der Straße“.

Die Dinge gerieten außer Kontrolle. Polnische und ukrainische Politiker machten Eingaben bei den militärischen Befehlsstellen in Teschen und Wien, hatten damit aber wenig Erfolg, auch wenn das AOK mahnte, bei den Feldgerichten Sorgfalt walten zu lassen. Das Ausmaß der Repressionen beunruhigte Regierung und den Kaiser persönlich, der zusehen musste, wie die Soldaten seine eigenen Untertanen wie Feinde behandelten. Die Auffassung musste ihn schockieren, die russische Besatzung Galiziens sei für die Bevölkerung eine geringere Last als die österreichische Herrschaft. Doch Militär und militärischer Nachrichtendienst überzeugten den Kaiser von der Berechtigung der Maßnahmen, denn schließlich seien in Galizien Feinde der Monarchie ansässig.

In der Phantasie trug der Spion vielerlei Gesichter zur Schau. Jeder konnte Spion sein, Pole, Ruthene, Jude, insbesondere natürlich die Russophilen. Das schienen die galizischen Nationen noch zu bestätigen, indem sie sich gegenseitig denunzierten. Polen und Ukrainer waren überzeugt, die Russophilen seien alle Spione. Die Polen behaupteten, diese seien nicht allein Denunzianten, sondern sie würden auch noch Höfe, römische Kirchen und Schulen zerstören und verdienten die schwersten Strafen. Es gab solche Vorkommnisse, doch das Gerücht ließ sie zu Dimensionen anwachsen, als sei in ganz Ostgalizien die Erde mit polnischem Blut getränkt. Selbst die Einwohnerschaft im Westteil des Kronlandes vertrat solche Auffassungen, obwohl sie kaum je einen russophilen Ukrainer zu Gesicht bekam.

Im russländischen Teilungsgebiet erblickte die Obrigkeit vor allem in den Juden und Deutschen Spione, weniger in den Polen. Es reichte für eine Verhaftung, mit Patronenhülsen in den Taschen angetroffen oder der Sabotage

einer Telegrafentelefonleitung oder der Kontaktaufnahme mit dem Feind verdächtigt zu werden. Die russischen Felddienstreglements nannten ausdrücklich das Telefon als Mittel des Geheimnisverrats. Im November 1914 machte die Stavka durch einen Befehl die Juden pauschal für sämtliche Schäden am Telefon- und Telegrafennetz verantwortlich. Aus Angst vor Repressionen stellten daraufhin die jüdischen Gemeinden Tag und Nacht Wachen bei den Telegrafentelefonmasten auf.

Die russländische Armee bezichtigte die Juden, dem Feind Zeichen mittels Leuchtfuern oder in Brand gesetzten Bäumen zu geben. Salomon An-Ski (eigentlich Šlomo Zajnvel Rapoport), der russisch-jüdische Schriftsteller und Autor des *Dibbuk*, zitiert den Brief eines russischen Soldaten an seine Familie: „Die Juden verraten uns. Sie haben Gänse genommen, sie ausgeweidet, acht Millionen in Gold hineingesteckt und sie an die Deutschen geschickt. Nach dem Krieg werden wir uns an ihnen rächen.“ In einer anderen Variante desselben Sujets versuchten jüdische Spione, den Deutschen einen Sarg zu schicken, in dem sich statt einer Leiche anderthalb Millionen Rubel in Gold befanden. Müßig zu sagen, dass solche Narrative den latenten Antisemitismus bei Russen und Polen aktivierten; bei Letzteren hießen die Juden nur noch „Wilusi“, das heißt Agenten im Dienste Wilhelms II. Der Spionageverdacht fügte sich gut in das polnische und mehr noch russische Judenstereotyp vom falschen, eigensüchtigen und opportunistischen Menschen ein. Als Maßnahme gegen Spionage untersagten die russländischen Behörden Briefwechsel in jiddischer Sprache, weil die russischen Zensoren diese nicht beherrschten. Als man im Juli 1915 nach Schuldigen für die schweren Rückschläge suchte, wurden alle jiddischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften verboten, offiziell wegen „geheimer Verständigung der Juden mit dem Feind“. Da allein der Spionageverdacht ausreichte, um schwerste Strafen zu verhängen, konnten ganze Gemeinschaften terrorisiert und erpresst werden, indem man ihnen Kontributionen auferlegte oder sie zur Zwangsarbeit für das russische Militär einsetzte.

Auch die deutsche Armee führte Spionagetribunale ein, wenn auch in geringerem Umfang als Russen und Österreicher. Die üblichen Verdächtigen waren auf deutscher Seite Polen, Sozialisten oder Anarchisten. Viele Polen wurden unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet, etwa Jakub Kania, ein Nationalaktivist aus dem oberschlesischen Oppeln. „Die Leute in Oppeln waren einfach in Idiotie verfallen, denn ‚Spione‘ hatten sie nie gesehen, trotzdem schrien sie aus vollem Hals ‚Spione, Spione‘. Es zogen soviele mit uns mit wie bei der Kirchweihprozession.“ Kurz darauf wurden die Vorwürfe zurückgezogen und die Polen wieder freigelassen. Gegen den Spionageverdacht waren selbst Brieftauben nicht gefeit, weshalb angeordnet wurde, diese zu beobachten und zu melden, wenn verdächtige Flüge in und aus Feindrichtung stattfanden.

## IV Im preußischen Teilungsgebiet

### 1 Berlin und die Polen

Das preußische Teilungsgebiet bestand aus den drei historischen Regionen der alten Rzeczpospolita Großpolen, Pommerellen und Ermland. Die Polen bildeten in Großpolen und im mittleren Pommerellen die Mehrheit. Dagegen überwog die deutsche Bevölkerung in Danzig, Elbing, Marienburg und Umgebung. Polnische oder polnischsprachige Bevölkerungen waren auch in Gebieten anzutreffen, die vor der Ersten Teilung von 1772 nicht zur Rzeczpospolita gehört hatten, etwa in Oberschlesien, im nördlichen Niederschlesien und in Masuren. In verschieden hohen Anteilen lebten dort Polen und Deutschen einvernehmlich als Nachbarn, oft aber auch in einer konfliktreichen Wechselbeziehung. In Schlesien gab es daneben Einwohner, die sich weder als Polen noch als Deutsche verstanden, sondern eben als Schlesier, ebenso wie die Masuren sich als eigenständige Gruppe betrachteten. Die polnischen Einwohner des preußischen Teilungsgebiets hatten einerseits ein klares Bewusstsein für ihre Benachteiligung durch die deutsche Germanisierungspolitik, andererseits aber auch für die Chancen, die ihnen ein wohlorganisiertes und wohlhabendes Staatswesen bot. Die Bedingungen für Handel und Gewerbe waren gut, doch konnte sich erhebliche Probleme einhandeln, wer versuchte, sich für polnische nationale und kulturelle Interessen einzusetzen. Die polnischen Untertanen des deutschen Kaisers wurden rechtlich diskriminiert, und die antipolnische Ausrichtung der deutschen Politik und des Deutschen Ostmarkenvereins (DOV), der Hakatisten, beunruhigten die polnische Nationalbewegung.

Nach Kriegsausbruch gab es zunächst keine grundsätzliche Änderung der Berliner Polenpolitik und deren Ziels, das Deutschtum in den preußischen Ostprovinzen zu stärken. Die Königlich Preußische Ansiedlungskommission wurde nicht aufgelöst, der DOV blieb weiter tätig. Polen erhielten keine Unterstützung seitens deutscher karitativer Einrichtungen, und polnische Nationalaktivisten befanden sich nächst Sozialisten und Anarchisten auf der Liste der zu überwachenden Personen. Unter dem Vorwand, Waffen versteckt zu haben, wurden bei einigen die Wohnungen durchsucht. Doch lag ein scharf antipolnischer Kurs nicht im Interesse Berlins, daher führte die Regierung gewisse Erleichterungen ein. Ab Oktober 1914 wurde das Ansiedlungsgesetz von 1904 so angewendet, dass Polen und insbesondere polnische Kriegsinvaliden nicht mehr benachteiligt wurden. Im März 1917 wurde der berüchtigte „Maulkorbparagraph“ des Vereinsgesetzes von 1908 aufgehoben, der den öffentlichen Gebrauch der polnischen Sprache nur dort erlaubt hatte, wo die Polen mehr als sechzig Prozent der Einwohnerschaft



stellten. Auch war seit 1917 der polnischsprachige Religionsunterricht in den unteren Volksschulklassen erlaubt. In Oberschlesien wurde zumindest an einigen Schulen ebenfalls der Religionsunterricht in polnischer Muttersprache wieder zugelassen. Diese Verordnung wurde allerdings aufgrund des Widerstands der deutschen Schulverwaltungen nicht überall in die Praxis umgesetzt.

Bei Kriegsausbruch standen den polnischen nationalen Aktivisten zwei Möglichkeiten zu Gebote: Entweder Unterstützung für die deutschen Kriegsziele zu bekunden oder zu schweigen. Eine dritte Möglichkeit, nämlich Widerstand gegen die behördlichen Anordnungen, bestand nur in der Theorie. Die Obrigkeit war zu stark, als dass dies möglich oder politisch vorteilhaft hätte sein können.

Die vor allem unter Gutsbesitzern, Adel und Geistlichkeit zu findenden Konservativen und Reichsloyalen entschieden sich für erstere Option. Exponenten dieser Richtung waren Ferdynand Radziwiłł, Vorsitzender des Polnischen Klubs (*Koło Polskie*) im Reichstag, der sich allerdings bis 1916 außerhalb Preußens aufhielt, Franciszek Kwilecki, Olgierd Czarторыski, Józef Żychliński, Zygmunt Pomian-Dziembowski, Adam Żółtowski und der sich besonders für eine loyalistische Haltung einsetzende Ksawery Drucki-Lubecki, Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

Der greise Edward Likowski, mit deutscher Approbation Erzbischof von Gnesen und Posen, betrieb eine als „Realpolitik“ bezeichnete loyalistische Kirchenpolitik. Sein Hirtenbrief vom 9. August 1914 rief die katholischen Polen zur Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengung auf. Die Gläubigen sollten an Sonn- und Feiertagen ihre Bittgesänge singen, an allen anderen Tagen den Rosenkranz beten und Gott um Unterstützung für die „gerechte Sache“ anflehen. Damit erfüllte Likowski alle Erwartungen der Obrigkeit; seine Auffassung war, leere Gesten der Widersetzlichkeit würden den Polen nichts einbringen, während demonstrative Loyalität gewisse Erleichterungen bewirken könne. Nach Likowskis Tod folgte am 30. Juni 1915 Edmund Dalbor, der sich weniger regierungstreu zeigte. In einem Hirtenbrief schrieb er: „[...] Dinge, die gestern noch unmöglich erschienen, sind heute schon Realität [...]. Es verschwindet, was nach Gottes Willen verschwinden soll, es entsteht und überdauert, was Gott ins Leben rufen will.“

Auch die Inhaber der beiden polnischen Pressekonzerne standen für Staatsloyalität: Wiktor Kulerski, Herausgeber der *Gazeta Grudziądzka* (Graudenzener Zeitung), der mit über 100.000 Exemplaren auflagenstärksten polnischen Tageszeitung, und Adam Napieralski, Herausgeber des schlesischen *Katolik* (Der Katholik), einer ebenfalls sehr beliebten polnischen Zeitung, die im August 1914 nicht verboten wurde. Trotzdem war Kulerski von Restriktionen betroffen, wie für andere Verlage auch wurden nämlich seine Papierzuteilungen eingeschränkt, sodass die *Gazeta Grudziądzka* häufig



als Einblattausgabe erschien. Mit der Zeit ging Kulerski zu den loyalistischen Polen auf Distanz. Er hielt die Kooperation mit Berlin für notwendig, weil Deutschland bestimmte, wie das aus den russländischen Territorien zu bildende Königreich Polen beschaffen sein würde. Die beiden genannten Organe betrieben also Kriegspropaganda, doch seitenfüllende Todesanzeigen mit Eisernen Kreuzen zeigten die Kehrseite. Kulerski und Napieralski unterstützten die im Dezember 1916 gegründete loyalistische „Partei der Nationalen Rechten“ (das *Stronnictwo Prawicy Narodowej*), die von Adam Żółtowski und Franciszek Kwilecki geführt wurde.

Selbst ein abgeklärter Politiker wie der Chef der Christdemokraten Wojciech Korfanty ließ sich bei Kriegsbeginn zu bellizistischen, antirussischen Texten hinreißen. Doch bereits im Herbst änderte er seine Position. „Ich glaube nicht mehr, es werde im Falle eines deutschen Siegs in Preußen für uns irgendwelche Erleichterungen geben, eher steht zu befürchten, dass der Chauvinismus auch in der Innenpolitik auf der ganzen Linie siegt“, schrieb er im November an Zygmunt Celichowski in Kórnik.

Dagegen ergriffen die Nationaldemokraten für die Entente Partei und waren über die Anfangssiege der deutschen Heere nicht erfreut. Sie argumentierten, wenn schon Polen sich auf deutscher Seite so gut schlägen, wie die Deutschen selbst, sollten sie auch gut behandelt werden, die Restriktionen sollten also aufgehoben werden. Noch klarere Worte waren in Anbetracht möglicher Repressionen kaum möglich. Die Nationaldemokraten ließen Vorsicht walten und blieben 1914/15 weitgehend passiv. Die Staatsmacht war übermächtig, das Gesetz streng, die Kriegspropaganda laut und die Rufe nach Burgfrieden so allgegenwärtig, dass offene Kritik praktisch ausgeschlossen war. Nur im engsten Kreis äußerten die Nationaldemokraten ihre Abneigung gegen Berlin und die Hoffnung, eine deutsche Niederlage werde der polnischen Sache neuen Auftrieb geben.

Polnischen Politikern blieb allenfalls der Versuch, Erleichterungen für ihre Landsleute zu erwirken. Zu diesem Zweck knüpften sie enge Kontakte mit der deutschen Opposition. Korfanty etwa pflegte gute Kontakte zu Matthias Erzberger, dem Vorsitzenden der katholischen Zentrumspartei. Diese Bemühungen blieben jedoch weitgehend vergeblich. Die Regierung beharrte auf dem Standpunkt, Kriegszeiten seien nicht geeignet für Veränderungen, und wenn die Polen sich gegenüber Deutschland artig erwiesen, dann könnten sie auf eine entgegenkommendere Nationalitätenpolitik nach dem Krieg rechnen. So kritisierte der Polnische Klub im Reichstag zwar die Germanisierungspolitik, stimmte aber dennoch für die Kriegskredite. Ein anderes Stimmverhalten hätte das Abstimmungsergebnis nicht verändert und den Polen nur zusätzliche Repressionen eingehandelt. Für eine oppositionelle Symbolpolitik waren die Polen zu schwach, zumal die Deutschen ihren geringen Beitrag zu den Kriegsanleihen bemängelten, ihren nur

symbolischen Einsatz für karitative Organisationen und ihre Absenz bei staatsoffiziellen Kriegskundgebungen.

1914/15 waren die beiden polnischen politischen Lager wenig aktiv. Als sich jedoch der Krieg in die Länge zog, sich die Opfer mehrten und die deutsche Seite radikaler wurde, schlug das auch auf Haltungen und Stimmungen in der polnischen Minderheit durch. Seit 1916 begannen polnische Politiker, verstärkt die Öffentlichkeit zu suchen, und 1918 veranstalteten sie zahlreiche Debatten und Massenkundgebungen. Sie gründeten neue Vereine und belebten inaktive Vereine wieder, was sich auch auf Gebiete erstreckte, die vor den Teilungen nicht mehr zu Polen gehört hatten, wie etwa Masuren, Schlesien, sogar Breslau, wo 1917 der örtliche „Sokół“, der polnisch-patriotische Turnverein, seine Tätigkeit wieder aufnahm. Volksbanken und Volksschulgeseellschaften erlebten eine Renaissance, Kulturvereine veranstalteten Theateraufführungen, Konzerte und Ausflüge in die Landschaft, Lesungen, Sammlungen für nationalpolitische Zwecke und für die Unterstützung von Polen aus dem russländischen Teilungsgebiet. Das Interesse für das Erlernen der polnischen Sprache oder die Verbesserung vorhandener Sprachkenntnisse wuchs. Dabei spielten katholische Kirche und polnische Geistliche eine wesentliche Rolle. Das Gebet wurde sehr beliebt: „Mögest du unserem Vaterland die Freiheit geben, so bitten wir dich, oh Herr. Mögest du die Stolzen und Hochfahrenden demütigen, erhöre uns, Herr.“ Aufführungen des Polnischen Theaters aus Posen in der Provinz fanden starken Applaus. „Endlich habe ich echtes polnisches Theater in Graudenz gesehen“, äußerte sich ein polnischer Besucher. Viel Zulauf fanden die Gedenkveranstaltungen zu den 100. Todestagen des polnischen Nationalhelden Tadeusz Kościuszko 1917 und des Generals Jan Henryk Dąbrowski 1918, auch wenn die Polizei derartige Aktivitäten zu behindern oder gar zu unterbinden suchte.

Regelmäßiger wurde an kirchlichen Feiertagen das Kirchenlied „Boże, coś Polskę“ (Herrgott, der Du Polen...) abgesungen, mit dem Vers: „Gib uns unser Vaterland zurück, oh Herr!“ Beim Kongress des II. Sokół-Bezirks erklang die „Rota“, das wohl bekannteste polnisch-patriotische Lied, mit dem Vers: „Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spucken“. 1918 wurden die Polen in dem Maße aktiver, in dem der deutsche Staat an Handlungsspielraum verlor. So konnten die Polen erneut auf eine günstige Wendung nach Kriegsende hoffen. Unterdessen gelangen nicht alle polnischen Unternehmungen. 1917 verhinderten die deutschen Behörden einen Kongress des Sokół, und im Mai 1918 lösten sie die bekannten polnischen Pfadfinderorganisationen auf, denn sie hatten das patriotische Mobilisierungspotential der Sokół- und Pfadfinderverbände erkannt. Die Posener Polizei meldete nach Berlin, den Polen habe es die Köpfe verrückt und es seien Gegenmaßnahmen geboten. So wurde den Polen erschwert, sich zu organisieren oder

nationale Abzeichen und Uniformen zu tragen, und die Zensur war besonders wachsam.

Auch die Gründung der Nationalen Arbeiterpartei (des *Narodowe Stronnictwo Robotników*) unter der Führung von Jan Brejski am 20. Januar 1918 trug zur Konsolidierung der polnischen Nationalbewegung bei. Die neue Partei war zunächst eine Sammlungsbewegung für polnische Arbeiter in den Industrieregionen des Reichs wie dem Ruhrgebiet, erfasste dann aber auch das preußische Teilungsgebiet. Im Herbst 1918 zählte die Partei bereits 14.000 Mitglieder. Sie verortete sich politisch zwischen der für die Unabhängigkeit eintretenden Linken und den Nationaldemokraten.

Auf Initiative der Nationaldemokraten entstand im Januar 1916 in Posen im Untergrund das Überparteiliche Komitee, das auch unter der Bezeichnung Überparteiliches Bürgerkomitee (*Międzypartyjny Komitet Obywatelski*, MKO) bekannt wurde. Dieses plante in Erwartung eines Siegs der Entente. Es sah seine vordringliche Aufgabe in der Konsolidierung der polnischen Nationalbewegung im preußischen Teilungsgebiet und dem Aufbau enger Kontakte mit den Ententemächten. Marian Seyda fungierte quasi als Emissär des MKO; er reiste unter dem Vorwand einer Genesungskur in die Schweiz aus, um dort die Arbeit unter den ententenenahen Teilen des polnischen Exils aufzunehmen. Im Juli 1918 änderte das Komitee seinen Namen in Zentrales Bürgerkomitee (*Centralny Komitet Obywatelski*, CKO); den Vorsitz des siebenköpfigen Exekutivkomitees übernahm Stanisław Adamski. Der CKO organisierte lokale und regionale Filialen, die sich auf die Machtübernahme nach der deutschen Niederlage vorbereiteten, wobei er allerdings einen bewaffneten Aufstand ausschloss. Für alle Leitungspositionen in öffentlicher Verwaltung und Ordnungsdiensten wurden geeignete Kandidaten ausgesucht. In den Kreisen wurden Kreisräte sowie Milizkader zusammengestellt, letztere als Keimzellen einer polnischen Armee. Die Bildung einer polnischen Verwaltungsinfrastruktur stützte sich auf die katholischen Gemeinden, die den organisatorischen Rahmen lieferten. Es funktionierte bereits eine von Kirchgemeinde zu Kirchgemeinde liefernde polnische Post.

Die Zeichen der Zeit waren an den Reden der polnischen Abgeordneten abzulesen, die immer kritischer gegenüber der deutschen Regierung wurden. „Wir Polen, die wir trotz staatlicher Trennung das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren, die wir stets den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vertreten haben, wir erheben Widerspruch dagegen, daß etwa bei Beendigung des Krieges ganze Völker oder Volksteile gegen ihren Willen durch Annexionen einem anderen Staate zugeteilt werden“, erklärte Władysław Seyda am 1. März 1917 im Reichstag. Dieser Vortrag löste Widerspruch bei den deutschen Abgeordneten aus

und bei den polnischen Abgeordneten eine Debatte, wie in polnischen Angelegenheiten weiter vorzugehen sei. Wie zuvor prallten konservative und nationaldemokratische Optionen aufeinander. Seit Mitte 1917 verloren die Konservativen zusehends an Einfluss, zumal ihnen die Argumente ausgingen. Im Juni 1918 legte Ferdynand Radziwiłł sein Amt als Vorsitzender des Polnischen Klubs im Reichstag nieder, womit er de facto den Bankrott der loyalistischen Position erklärte. An seine Stelle trat der militante, aber umsichtige Seyda, der die Funktion in Abwesenheit Radziwiłłs bereits 1914–1916 ausgeübt hatte. Am 5. Juli 1918 kritisierten die polnischen Reichstagsabgeordneten erstmals den Haushaltsentwurf und enthielten sich der Stimme; dies war zwar nicht gerade eine Manifestation gegen den Krieg, ließ aber doch erkennen, dass im preußischen Teilungsgebiet inzwischen die Nationaldemokraten das Sagen hatten. Trotz der Niederlagen an der Front war die Reichsregierung im Innern immer noch Herrin der Lage, sodass die Nationaldemokraten ihre Orientierung auf die Entente nicht öffentlich zur Schau stellen konnten. Sie traten für eine legalistische Vorgehensweise ein, schreckten vor radikalen Schritten zurück und empfahlen Mäßigung und Pragmatismus.

Auch die Irredentisten wurden 1918 aktiv, die linken Gruppierungen in Galizien und Kongresspolen nahestanden. Allerdings waren sie deutlich schwächer als die Nationaldemokraten, zumal sie bis Ende 1917 durch Verhaftungen in ihren Aktivitäten beeinträchtigt wurden. Im Herbst 1917 entstanden in Großpolen die ersten konspirativen Zellen der Polnischen Militärorganisation (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW), und am 15. Februar 1918 wurde in Posen die erste ständige Einrichtung der POW unter Leitung von Wincenty Wierzejewski geschaffen. Die POW knüpfte an paramilitärische Gruppierungen an, die von Wierzejewski gemeinsam mit Karol Rzepecki organisiert worden und 1914 für die Unabhängigkeit eingetreten waren. Sie forderten polnische Soldaten zur Fahnenflucht auf, unterzogen sich einer Ausbildung, horteten Waffen und forderten die Freilassung Piłsudskis. Diese Gruppierungen machten sich öffentlich in Aufrufen und Flugblättern bemerkbar, verfügten aber nicht über sehr viele Mitglieder.

## 2 Kriegswirtschaft

Die Wirtschaftsentwicklung in den polnischen Gebieten verbesserte sich bei Kriegsbeginn. Denn der militärische Bedarf ließ die Nachfrage nach den Erzeugnissen auch der Industrien von Großpolen, Pommern, Ober- und Niederschlesien wachsen. Die Produktivität stieg infolge von durch Arbeitskräftemangel erzwungenen organisatorischen Verbesserungen. Auch polnische Betriebe konnten von der Kriegskonjunktur profitieren, etwa die

Posener Cegielski-Werke, die während des Kriegs stark expandierten. Wie andere Unternehmen setzte auch Cegielski Kriegsgefangene als Arbeiter ein; diese machten bei Kriegsende vierzehn Prozent der Belegschaft aus. Im oberschlesischen Steinkohlenbergbau war der Anteil der Kriegsgefangenen 1916 mit etwa 25 Prozent noch höher. In der Montanindustrie und anderen Branchen stellten zudem kongresspolnische Arbeiter große Teile der Belegschaften.

Etliche Industriebetriebe wurden während des Kriegs überhaupt erst aufgebaut, etwa eine Flugzeugmanufaktur in Schneidemühl, eine Fabrik für Explosivstoffe und Düngemittel in Königshütte sowie die Rüstungsbetriebe von Danzig und Bromberg. Nicht direkt für die Kriegswirtschaft arbeitende Unternehmen erlebten jedoch eine Zeit der Stagnation, etwa solche der Textil-, Kleidungs- und Lebensmittelindustrie. Den von Regierungsaufträgen profitierenden Industriegiganten erging es besser, nicht so den kleinen, für den zivilen Markt produzierenden Familienbetrieben. In der zweiten Kriegsphase gab es in Niederschlesien Arbeitssuchende, während sich die oberschlesische Montanindustrie stark erweitert hatte und nach Arbeitskräften suchte. Die Danziger Werften hatten volle Auftragsbücher. Die dortige Kaiserliche Werft war auf den Bau von U-Booten spezialisiert und ließ 1916 acht vom Stapel, 1917 elf und 1918 gar 33, um mit der U-Boot-Flotte doch noch eine Wende zum Sieg zu erzwingen. Die Werftarbeiter waren hauptsächlich Deutsche, doch ein Teil der Belegschaft bestand aus Polen, darunter solche, die eigens aus „Russischpolen“ hergebracht worden waren. Der Danziger Hafen verlor an Bedeutung, weil die Ausfuhr von Landwirtschaftserzeugnissen eingestellt wurde. Stattdessen wurde Steinkohle nach Schweden exportiert, im Gegenzug von dort Eisenerz eingeführt. Um den Industriebedarf zu decken, schritt der Staat zu Konfiskationen. Im Februar 1917 blieben selbst Zinndeckel von Bierseideln nicht verschont. Zuvor hatte es bereits Sammlungen von Kupfer, Messing und Stahl gegeben.

Baufirmen erlebten einen starken Niedergang, denn man ließ renovierungsbedürftige Gebäude verfallen. Die Städte froren bereits geplante Investitionen ein und realisierten kaum neue Bauvorhaben. Wegen Mangels an Material wurde hauptsächlich nur noch für militärische Zwecke gebaut.

Der Landwirtschaft erging es besonders schlecht. Pferde und Bauern wurden eingezogen, viele kehrten nicht zurück. Zur Feldbestellung fehlten die Arbeitskräfte, trotz Ferieneinsätzen der Schuljugend und Landarbeitern aus „Russischpolen“. Lediglich die hohen Preise für Agrarprodukte boten einen Lichtblick für die Bauern. Zudem war die Landbevölkerung hart von Requisitionen für das Militär betroffen und hatte unter ständigen Haussuchungen nach Getreide, Kartoffeln und Vieh zu leiden.

### 3 Die russländische Armee in Ostpreußen

Im Sommer und Herbst 1914 besetzten russländische Truppen den Süden und Osten der Provinz Ostpreußen sowie die administrativ dazugehörigen Kreise Brodnica und Löbau. Teile der Zivilbevölkerung wurden planmäßig evakuiert. Einige gelangten nach Westdeutschland, von wo manche nach Kriegsende nicht zurückkehrten. 38.000 Evakuierte kamen nach Königsberg, 12.000 nach Danzig, wo sie Nachtlager und Beköstigung erhielten und medizinisch versorgt wurden. Die Stavka befahl den russländischen Truppen, sich korrekt zu verhalten und Zivilisten keinen Schaden zuzufügen, was sehr unterschiedlich befolgt wurde. Es kam nicht selten vor, dass Soldaten für requirierte Dinge bei einem Kurs von zwei Mark auf den Rubel den ortsüblichen Preis bezahlten. Ebenso kam vor, dass sie Brot oder Tabak erbaten. Doch genauso häufig geschah es, dass sie mit Gewalt nahmen, ohne erst lange zu fragen. Besonders erpicht waren sie auf Taschenuhren, Halsketten und Fahrräder. Im August 1914 gab es im masurischen Lyck nach Flucht der Deutschen Gewalttaten und Ausschreitungen, von denen Kazimierz Omiljanowicz berichtet, ein polnischer Offizier in russischen Diensten: „[...] wir zerschlagen die Läden, füllen Tornister und Taschen mit begehrten Dingen. Wir dringen in Wohnungen ein, zerstören alles, schlitzen mit dem Bajonett die Federbetten auf, zerschlagen sinnlos Glas und Porzellan. Es hallt von Geschrei, die Luft hängt voller Daunen. Die Straßen sind bedeckt mit zerschlagenen Spiegeln, zerrissenen Büchern und beschmutzten Bildern. Betrunkene Soldaten singen und zerschlagen, was ihnen unter den Kolben kommt. Aus Übermut schießen sie in die Luft [...]. Und habt ihr gesehen, wie unsere *molojci* [russ. „Milchbärte“] eine in einem Keller kauende Deutsche vergewaltigt haben? Sei's drum! Das war ein erbaulicher Anblick. Der ganze Zug stand Schlange, reckte die Hälse und hielt die aufgeknapften Hosen mit der Hand oben.“

Auf dem Rückzug wurde das Verhalten der russländischen Truppen noch schlimmer. Was immer sie nicht mitnehmen konnten, zerschlugen sie. Damit standen sie allerdings nicht allein, denn deutsche und österreichische Truppen taten es ihnen vielfach gleich. Ein zarischer Offizier erinnerte sich an eine bezeichnende Szene. Während des Osterfastens 1915 fragte der Pope eines der in Ostpreußen kämpfenden Regimenter bei der Generalbeichte: „Habt ihr getötet?“ ‚Ja,‘ antwortete das Regiment im Chor. ‚Habt ihr gestohlen?‘ – ‚Ja,‘ antworteten fast alle.“

Die russländischen Truppen marschierten am 27. August 1914 in Allenstein ein, dem Verwaltungssitz des Regierungsbezirks. Sie mussten sich jedoch nach zwei Tagen wieder zurückziehen und konnten nicht einmal die tausenden Brote mitnehmen, die sie bei den Bäckern der Stadt bestellt hatten. Zum ersten Jahrestag der russischen Besetzung setzte die

Stadtverwaltung patriotische Kirchenfeiern zum „Tag der Befreiung Allensteins“ an. Die Beamten sollten ihre Kriegserlebnisse aufzeichnen, und die Einwohnerschaft spendete für einen Obelisk, der zur Erinnerung an die Besatzungszeit vor dem Rathaus aufgestellt wurde. Die Generäle der deutschen 8. Armee erhielten Auszeichnungen für ihre Verdienste um die Befreiung Allensteins. Lediglich die Polen vom Ort zogen sich Unmut zu, weil sie den Enthusiasmus der deutschen Nachbarn nicht teilten und sich fernhielten.

Auch in vom Krieg verschonten Regionen wie Großpolen und Schlesien griff Unruhe um sich, zumal wenn die Bevölkerung Scharen von Flüchtlingen aus den frontnahen Gebieten zu Gesicht und Schauer Geschichten zu hören bekam. „Es kamen die Flüchtlinge aus Ostpreußen, mit allem Habe auf den Fuhrwerken. Sie erzählten, die Russen würden alles in Brand stecken, was sie auf dem Wege anträfen, die ganze Bevölkerung ermorden und Alte und Kinder nicht verschonen [...]. Zur Bestätigung dieser Greuel zeigte man einander gelbe Stoffstreifen, mit denen sie angeblich die Brände schürten.“ Solche Erzählungen waren stark übertrieben und malten aus, was die Propaganda vorgab. Das Bild vom russischen Unmenschen, der Bestie in Menschengestalt, sollte den Willen zur Vergeltung und zum Kampf bis zum Äußersten wecken. Die Rede von vergewaltigten Frauen, niedergebrannten Dörfern, erwürgten Kindern, wilden Kosaken und „asiatischen Horden“ ging in Stereotype der Deutschen vom russischen Kriegsgegner ein. Diesem wurden nicht weniger als 100.000 Ziviltote angelastet. In Wirklichkeit gab es nur wenige Morde an Zivilisten, auch die Zahl der zerstörten Häuser hielt sich in Grenzen. Häufig wurden Zerstörungen und Diebstähle von der Ortsbevölkerung begangen und den Russen zugeschrieben. Doch im ostpreußischen Mythos blieben die Plünderer und Diebe vom Ort unsichtbar.

Die slawische Bevölkerung wurde von den russländischen Truppen besser als die Deutschen behandelt, also Polen und polnischsprachige Ermländer und Masuren, nicht zuletzt wohl wegen der zahlreichen Polen in den beiden russländischen Armeen in Ostpreußen. „Der Russ' geht blindlings drauf los, obwohl er doch weiß, dass er dann wieder zurück muss. Wenn ein Hof nicht im Besitz eines Polen ist, sondern eines Deutschen, setzen die gegnerischen Soldaten ihn in Brand und vergewaltigen die Frauen“, schrieb die in der Region lebende polnische Schriftstellerin Anna Łajming, geborene Trzebiatowska. Die russischen Soldaten behandelten die Katholiken als Slawen besser, die Evangelischen als Deutsche schlechter, also die katholischen Ermländer besser als die evangelischen Masuren. Die russländischen Offiziere unterzogen die Ortsansässigen manchmal heiterkeitserregenden, manchmal weniger lustigen Tests; wer polnische Gebete beherrschte, konnte eventuell seinen Besitz vor Brand und Plünderung retten. Daher lernten die Evangelischen katholische Gebete auswendig und hängten Marienbilder,



Medaillons und Rosenkränze in die Fenster, die sie Katholiken abgekauft hatten.

Es gab beträchtliche Unterschiede im Verhalten von Front- und Etappen-truppen. Während die Fronttruppen ganz auf den Kampf eingestellt waren, waren die aus der Etappe auf Plünderung und Selbstbereicherung aus, aber so verhielt es sich in beinahe jeder Armee. Die Disziplin war bei den regulären Truppen viel besser als zum Beispiel bei den Kosaken. Die Angst der Zivilbevölkerung war begründet, zumal sie zum Bau von Unterständen und Befestigungsanlagen im frontnahen Gebiet herangezogen wurde. Vielerorts, so in Posen, Bromberg und sogar in Breslau wurden Vorkehrungen zur Evakuierung der wehrfähigen Männer und der Produktionsbetriebe getroffen. Das brachte die Leute noch stärker in Aufruhr.

Auf dem Rückzug setzten die russländischen Soldaten öffentliche Gebäude in Brand, Schulen, Brücken, Post- und Telegrafeneinrichtungen. An Lebensmittelvorräten vernichteten sie, was sie nicht mitnehmen konnten. Die deutschen Behörden schätzten diese Zerstörungen als sehr erheblich ein. Während der Besatzung wurden 34.000 Wohn- und mehrere Zehntausend Wirtschaftsgebäude zerstört. Die Besatzung war jedoch zu kurz, um eine Infrastruktur zur Ausbeutung der okkupierten Gebiete aufbauen zu können. Nur am Ostrand von Ostpreußen konnten sich die Russen mehrere Monate lang halten und richteten eine Besatzungsverwaltung ein.

Die deutschen Behörden machten sich schnell an den Wiederaufbau und stellten Geldmittel bereit. Bis 1916 wurden 12.000 Wohngebäude wieder aufgebaut, doch ließ das Tempo in den beiden letzten Kriegsjahren nach, weil andere Aufgaben Priorität erhielten. So konnten bis Kriegsende nicht alle Häuser wieder hergerichtet werden. Trotzdem war der Umfang des Wiederaufbaus beeindruckend. Die staatliche Hilfe für die Masuren und gemeinsame Kriegserfahrungen bestärkten ihre Identifikation mit dem Deutschen Reich und vergrößerten ihre Distanz zu den Polen.



# V Russisch-Galizien

## 1 Eroberung

Konfessionell bestand die galizische Bevölkerung 1914 aus einer knappen Hälfte Römisch-Katholischen, über 40 Prozent Griechisch-Katholischen (Angehörigen der Unierten Kirche) und zehn Prozent Juden. In Westgalizien stellten die Katholiken beinahe 90 Prozent, in Ostgalizien dagegen nur 26 Prozent, die Griechisch-Katholischen 61 Prozent und die Juden zwölf Prozent. In Ostgalizien lebten darüber hinaus in geringer Zahl evangelische Deutsche sowie Polen, die der armenisch-katholischen Kirche angehörten. In zehn von fünfzig Bezirken Ostgaliziens überwogen polnischsprachige Polen und Juden. Die Katholiken verstanden sich fast ausschließlich als Polen, selbst wenn sie nicht gut polnisch sprachen, die meisten Uniaten als Ukrainer, ein kleinerer Teil als Ruthenen. Ein Teil der Letztgenannten identifizierte sich als Bestandteil der russischen Nationalität, ein anderer Teil als eine eigenständige, weder russische noch ukrainische Nationalität, eben eine ruthenische, die manchmal altruthenische genannt und der auch die Lemken zugerechnet wurden. Es gab in Galizien auch Uniaten, die sich als Polen betrachteten. 1914 war die Nationsbildung in Galizien noch nicht abgeschlossen, daher lebten in den Grenzgebieten viele Menschen, die sich selbst nicht klar ethnokulturell identifizierten.

Russland betrachtete die Griechisch-Katholischen als „russischen Stamm“ oder als „galizisch-russische Nation“ und erklärte die Vereinigung der russischen Länder zu einem Kriegsziel, mit anderen Worten die Annexion Ostgaliziens, des Lemkengebiets, der Bukowina und der zum Königreich Ungarn gehörenden Karpatenukraine. Schon vor Kriegsausbruch sparte Russland nicht an Mitteln, um in Galizien eine intensive Propaganda zu betreiben. Diese warb bei den unierten Priestern zum Übertritt zur Orthodoxie, doch blieben diese ihrer Konfession treu und standen überwiegend loyal zum Hause Habsburg. Nur eine Minderheit der Griechisch-Katholischen, nämlich die ruthenischen Russophilen, identifizierte sich mit den russischen Kriegszielen. Die Wien gegenüber unversöhnlichsten russophilen Organisationen waren auf russländischem Staatsgebiet tätig, darunter das Karpatorussische Befreiungskomitee, das die *rusyni* (Galizier) zum Kampf um die Befreiung der *Halyčyna* (Galiziens) von der Habsburgerherrschaft aufrief.

Im August 1914 verkündete die russische Führung, die Heere Kaiser Nikolaus' II. begönnen nunmehr den Feldzug zur Befreiung Galiziens, das sich seit 600 Jahren unter deutschem und polnischem Joch befunden habe. So wurden Brandschatzung und Gewalttaten gegen die griechisch-katholische

Bevölkerung untersagt, und repressiert werden sollte nur, wer den Habsburgern die Treue hielt. Polnische Adelshöfe und die polnisch-jüdischen Landstädte wurden nicht verschont. „Die Soldaten hängten sich Tassen und Töpfe an das Koppel und einfach alles, was einen Henkel hatte. Sie bedeckten die Pferde mit Stücken von Teppichen [...], zerrissen die Pelze, [...] einen Teil ihrer Beute luden die Offiziere auf Fuhrwerke und Automobile“, erinnerte sich Matylda Sapiaha aus Stawisko. Doch lässt sich über das Verhalten der russländischen Soldaten schwer ein Pauschalurteil abgeben. Manche Befehlshaber verschlossen vor Gewalttaten und Plünderungen die Augen, andere versuchten, dem durch harte Strafen zu steuern. Daher finden sich in den Aufzeichnungen von Zeitgenossen nebeneinander Berichte von hemmungslosen Beutezügen der *Moskale* (Moskowiter) ebenso wie Bewunderung für ihr anständiges Auftreten: „Die *Moskale*, selbst die wilden Kosaken verhielten sich menschlich und fügten niemandem ein Leid zu.“ Die Schulchronik von Ptaszkowa hielt fest, die Russen benähmen sich „im allgemeinen erträglich“. Ähnlich verzeichnete die Chronik der kleinpolnischen Gemeinde Tęgorozce, die Russen hätten „der Bevölkerung keinen Schaden zugefügt“. Vom Kommandanten von Gorlice hieß es, er gehe mit harter Hand gegen Plünderer vor und lasse schuldige Soldaten auspeitschen. Selbst im Bericht des Obersten Nationalkomitees (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) hieß es, die Russen verhielten sich „so anständig wie sonst niemand. Sie bezahlten bar und nicht mit Schuldzetteln.“ Tatsächlich bezahlten Soldaten vielfach ohne Umschweife und erwarben sich den Ruf, nicht zu feilschen, andere Zeitzeugen hielten jedoch fest, dass sie gar nicht erst nach dem Preis fragten, sondern sich einfach nahmen, was ihnen gefiel. In besonders schlechter Erinnerung blieben die sogenannten wilden Kaukasusregimenter, die angeblich auf ihren grünen Standarten das Motto führten: „Für Ruhm und Rubel“; sie waren als Brandschatzer und Plünderer berüchtigt. Es kam vor, dass russische Befehlshaber Geschädigte zwangen, Beglaubigungen zu unterschreiben, ihnen sei kein Schaden entstanden. Auf die Meldung, russländische Truppen seien im Anmarsch, flohen die Leute mit dem Vieh in die Wälder, nachdem sie ihr Habe in Erdgruben versteckt hatten. Die Etappensoldaten, die sogenannten *taboryci* (Trosssoldaten), ergingen sich besonders in Diebereien. Besonders begehrt waren Taschenuhren, die körbewise an jüdische Hehler verkauft wurden, und Klaviere, die auf Fuhrwerke geladen und nach Russland geschafft wurden, was die Beraubten sarkastisch kommentierten: „Wie es sich für ein musikalisches Volk gehört, exportierten die *Moskale* die Klaviere.“ Doch wussten Zeitzeugen auch zu berichten, dass so manches Mal die Nachbarn größeren Schaden anrichteten als die Soldaten. Im Tumult der Durchmärsche begingen auch die Leute vom Ort Diebstähle und Vandalismus und bezichtigten anschließend den Feind.

Aufgrund von Religion, Sitten und Aussehen hatten die Juden den schwersten Stand und waren die wehrloseste Bevölkerungsgruppe. „In Tarnów wurden die Juden in Angst und Schrecken versetzt. Die Leute durften sich nichtmals ans Fenster stellen, denn man warf mit Steinen nach ihnen, und so wild gebärdeten sich nicht allein die Kosaken, sondern auch die Infanterie“, hielt jemand Anfang November fest. Die Stadtkommandanten befahlen, die Juden zum Ausheben von Schützengräben zu treiben, die Kosaken zwangen sie mit der Nagajka, die Straße zu fegen, Latrinen zu leeren und Leichen zu bergen, bei welcher Gelegenheit sie ihnen am Kaftan zertrten und ihnen die Schläfenlocken ausrissen. Die Polen und Ukrainer standen untätig dabei; ob sie sich darüber empörten, war kaum zu sagen. Die höheren russischen Offiziere gaben die Richtung vor. Wie jemand kommentierte, brachte einer „seine Schäfchen ins Trockene, indem er die Händler drangsalierte, vor allem die jüdischen.“ „Die *Moskale* verfolgten die Juden in jeder Weise, und besonders die Frauen hatten zu leiden“, hieß es in einem anderen Bericht. Auf die Nachricht, russländische Truppen seien im Anmarsch, ergriffen die Juden die Flucht, um wenigstens „Leben und Tugend“ in Sicherheit zu bringen. In geringerem Grad waren aber auch christliche Frauen in Gefahr. Bei Vergewaltigungen jüdischer Frauen blieben die Kommandanten meist untätig, anders als bei Christinnen. Kosaken und reguläre Soldaten plünderten die großen Landgüter im Besitz von Juden; mehr als ein Fünftel des Großgrundbesitzes war jüdisches Eigentum. Die Gutsherren wurden drangsaliert, ihre Landsitze geplündert und zerstört. Den russischen Soldaten war völlig unverständlich, wieso Juden Landgüter besitzen konnten. Sie empörten sich, wenn die polnischen Landarbeiter, wie es die Tradition verlangte, dem jüdischen Herrn die Hand küssten; sie schlugen die Arbeiter, weil dies in ihren Augen eine Schande war.

Juden wurden bei der Zuteilung von Lebensmitteln benachteiligt. Der Kommandant von Gorlice befahl, ihnen kein Brot auszuteilen, denn dieses sei den Christen vorbehalten. „Trotzdem gaben wir den Juden Brot. Die Wache meldete das dem Kommandanten, der mich daraufhin zu sich bestellte und verkündete, wenn wir weiter den Juden Brot gäben, würde er die Brotausgabe einstellen und befehlen, den Polizeimeister zu erschießen. Danach schickten wir den Juden Brot nur noch im Geheimen“, schrieb Władysław Kijowski, Polizeiinspektor in Gorlice.

Einige wenige Offiziere und Stadtkommandanten ließen sich bestechen, die Juden zu schützen und Plünderungen zu verhindern. Die Juden hatten ihre Verordneten in den Stadträten, stellten an vielen Orten den stellvertretenden Bürgermeister und hatten damit gewisse Möglichkeiten, bei der Besatzungsmacht zu intervenieren. Auch etliche polnische Bürgermeister, Stadtpräsidenten und Geistliche verwandten sich für die Juden, etwa der Lemberger Erzbischof Józef Bilczewski. Sie versuchte die jüdischen Hilfsorganisationen

zu schützen, darunter das von Petrograd aus tätige Jüdische Komitee für Kriegsoferhilfe und das jüdische Rettungskomitee, das vom Leiter der Lemberger jüdischen Gemeinde, Rabbiner Bernard Hausner, gegründet worden war. Exzesse und Judenpogrome geschahen aufgrund der Disziplinlosigkeit der russländischen Truppen oder des Antisemitismus, aber auch, weil die zarische Politik auf die Gleichbehandlung der Juden Galiziens und der Bukowina mit den Juden in Russland abzielte; denn die Juden der Habsburgermonarchie genossen bestimmte Freiheitsrechte, während sie in Russland immer noch rechtlich und politisch diskriminiert waren.

Synagogen und Tempel wurden ebenfalls geplündert, denn die Besatzer erkannten sie nicht als Gotteshäuser an. Dagegen wurden Kirchengestaltungen und Wegkapellen in Ruhe gelassen. Auch wurden Häuser meist verschont, wenn in Fenstern oder Türen Heiligenbilder hingen, weil Aberglaube die Soldaten davon abhielt, gegen die heiligen Bilder die Hand zu erheben.

## 2 Die neue Obrigkeit

Die russische Armee brachte einen fertigen Verwaltungsplan für Ostgalizien mit, das auf westgalizische Bezirke bis einschließlich Leżajsk, Przeworsk und Łańcut ausgedehnt werden sollte. In den Städten übernahmen Militärkommandanten die Amtsgeschäfte. In Lemberg fiel diese Funktion Oberst Sergej Šeremetev zu, der aus dem russischen Bojarengeschlecht stammte. Er galt als kultiviert, besonnen und war „von untadeligen Manieren“. Die Lemberger behielten eine positive Erinnerung an seine Amtszeit: „Die russische Armee behandelte die Stadt mit Glacéhandschuhen“, schrieb ein Kommentator. Šeremetev ließ dem Roten Kreuz Geldmittel zukommen, organisierte die Armenhilfe, ließ Mehl austeilen, führte Preisbegrenzungen ein und machte Räubereien ein Ende. Diese Politik suggerierte, dass die Russen die neugewonnenen Gebiete auf Dauer in Besitz zu nehmen beabsichtigten. Am 5. September hielt Šeremetev auf Französisch eine Ansprache vor dem Stadtrat. Der den Stadtpräsidenten vertretende Vizepräsident Tadeusz Rutowski nannte ihn einen Menschen „von großem Herzen und edler Gesinnung, der die harten Aufgaben eines Militärgouverneurs nach Kräften in humanitärem Geiste auszuüben suchte.“ In Anbetracht der Umstände war das mehr als zu erwarten. Doch währte Šeremetevs Amtszeit nur kurz; seine Nachfolger blieben nicht so vorteilhaft in Erinnerung.

Am 25. September hob die Besatzungsmacht die Autonomieinstitutionen des Kronlandes Galizien auf, also den Landesesejm, den Landesschulrat und die unteren Schulräte. Zugleich machte sich die Besatzungsmacht daran, die k.u.k. Staatsverwaltung zu demontieren. Sie erwog, die Hauptstadt nach Halyč zu verlegen, das einst Sitz der Fürsten von Halyč gewesen war, von

denen Russland geschichtspolitisch seinen Anspruch auf Galizien ableitete. Eine Ortsbegehung machte jedoch klar, dass Halyč als kleine und mittellose Stadt mit den Aufgaben eines großen Verwaltungszentrums überfordert gewesen wäre. Deshalb wurde Lemberg zum Sitz eines neuen russländischen Generalgouvernements bestimmt, das Ostgalizien, die Bukowina und das östliche Westgalizien umfassen sollte. Es wurde in vier Gouvernements mit Verwaltungssitz in Tarnopol, Lemberg, Przemyśl und Czernowitz unterteilt. Die von der Besatzungsmacht in Erwartung der Einnahme von Krakau geplante Bildung der Gouvernements Tarnów und Krakau kam nicht zustande. Der größere Teil Westgaliziens sollte vom Ostteil des Kronlandes abgetrennt und Kongresspolen als selbstverwaltetes polnisches Gebiet innerhalb des Russländischen Reiches zugeschlagen werden.

Am 5. September 1914 ernannte Nikolaus II. Georgij Graf Bobrinskij zum Generalgouverneur von Lemberg-Galizien. Die Polen waren überrascht, denn ein Gerücht hatte Michał Bobrzyński in dieser Position gesehen; doch war es offenbar nur aufgrund der Namensähnlichkeit aufgekommen. Am 18. September erreichte Bobrinskij Lemberg und nahm Quartier im Statthalterpalais. Er machte den Eindruck eines kultivierten, wohlmeinenden und verständnisvollen Menschen. „Ein großer Herr von ausgesuchtem, angenehmen Äußeren und sehr liebenswürdigem Umgang“, schrieb Konstanty Skirmunt, ein polnischer Gutsbesitzer aus Belarus, der als Vertreter des russländischen Roten Kreuzes nach Lemberg gekommen war. Bobrinskij erwies sich jedoch als gewissenhafter Sachwalter einer raschen Russifizierung Galiziens und der Bukowina.

Die neue Regierung führte Russisch als Amtssprache und den Rubel als Landeswährung ein. Der offizielle Wechselkurs war eine Krone zu 33 Kopeken. Die Uhren wurden auf Petrograder Zeit um eine Stunde vorgestellt, und für 1915 wurden Kalender mit der Genealogie der Romanovs ausgegeben. Die größeren Städte wurden in Polizeireviere aufgeteilt, in denen russische Beamte das Sagen hatten. Auch wurde eine Prohibition verhängt. Diesen Krieg mit der Herstellung und dem Genuss von Alkohol führte die neue Obrigkeit hartnäckig und entschieden, was den Kommentar provozierte, Russland wolle offenbar nüchtern in den Krieg ziehen. Das Militär entleerte Wodka- und Spiritusfässer auf die Straße. Das konnte so mancher Beobachter kaum verwinden, einige warfen sich auf die Straße, um den durch den Rinnstein fließenden Branntwein zu schlürfen, aber sie wurden von den Soldaten mit dem Gewehrkolben daran gehindert.

Die neue Verwaltung war bei der Rekrutierung ihres Personals in Russland nicht wählerisch. Manchmal wurden selbst wegen Unterschlagung und Korruption Vorbestrafte angeworben. Russophile wurden nur in niederen Positionen angestellt, weil nur wenige über die nötigen Kompetenzen verfügten. Wegen Personalmangels forderte die neue Obrigkeit die polnischen

Beamten auf, auf ihren Posten zu bleiben und schon einmal die russische Sprache zu erlernen. In Lemberg und andernorts wurden eigens Sprachkurse für Beamte abgehalten. Die Obrigkeit war es zufrieden, weil sich die Polen offenkundig auf eine längere russische Herrschaft einrichteten.

Bobrinskij schärfte ein, russische Beamte hätten sich Petenten gegenüber höflich und entgegenkommend zu benehmen. Wie sich der Lemberger Bogusław Longchamp de Berier erinnerte, gab die russische Verwaltung „im allgemeinen keinen Anlass zur Klage. Höhere Beamte und Militärs waren im Publikumsverkehr wohlwollend, bei den niederen half ein Schmiergeld nach. Wenn der Beamte annahm, konnte man für wenige Rubel sicherstellen, dass er sein Wort hielt und die Angelegenheit wie versprochen erledigen würde.“ Dafür sorgte das in Russland übliche Prinzip des „Schmiergeldethos“.

In den Dörfern und Städten ließen die Russen die Lokalverwaltung unangetastet. Faktisch blieb ihnen nichts anderes übrig, denn innerhalb eines noch nicht reibungslos arbeitenden Verwaltungsapparats funktionierten die lokalen Selbstverwaltungen noch am besten. So wurden polnische Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Ortsvorsteher zum Rückhalt für die Bevölkerung. Die Lokalverwaltungen konnten ihre Zuständigkeiten erfolgreich gegen Ingerenzen von oben verteidigen. Dies taten sie nicht allein im Interesse der Einwohnerschaft, sondern auch mit Blick auf eine mögliche Rückkehr der k.u.k. Regierung.

Der Lemberger Stadtrat unter Vizepräsident Rutowski legte eine muster-gültige polnisch-patriotische Haltung an den Tag. Während einer Audienz der Stadtverordneten bei Bobrinskij am 23. September betonte Rutowski, Lemberg sei eine „sehr alte, slawische, polnische Königsstadt“. Der Stadtrat missachtete die Anordnung, die Häuser anlässlich des Namenstags Nikolaus' II. am 19. Dezember mit Fahnen zu schmücken; ebensowenig wurden Straßen- und Platznamen russifiziert. In einem ausführlichen Schreiben legte Rutowski dar, dies sei nicht auszuführen, weil es an Schilderblech fehle. Schließlich musste die Besatzungsmacht die Maßnahme selbst umsetzen. Als befohlen wurde, die k.u.k. Adler vom Rathaus zu entfernen, erklärte Rutowski, es habe sich kein Wagemutiger für die Aufgabe gefunden, also mussten die Russen es selbst tun. Als die Besatzungsmacht anordnete, im Großen Theater Stücke russischer Autoren zu proben, war der Einwand, das sei nicht möglich, weil es kein Heizmaterial gebe und der Einbau einer Zentralheizung nur langsam vorankomme. Als die warmen Frühlingstage anbrachen, ließ die Theaterdirektion statt russischer Werke Moniuszkos polnische Nationaloper „Halka“ aufführen, was vom Lemberger Publikum mit frenetischem Applaus aufgenommen wurde. In den kleineren Städten fiel der Widerstand gegen Anordnungen der Besatzungsmacht manchmal schwerer, doch wurde zur Regel, dass nicht die Lokalverwaltung, sondern

die russische Verwaltung selbst die Schilder an der frisch umbenannten Puškin-, Turgenev-, Gogol'- und Lermontov-Straße anbringen musste. Ob sich darin polnischer oder aber k.u.k. Reichspatriotismus zeigte, ist eine andere Frage.

Die Besatzungsmacht griff auch in das Schulwesen ein. Am 25. September 1914 verordnete Bobrinskij die Schließung der Schuleinrichtungen, Internate und Kurse. Anstelle der Lemberger polnischen Universität plante er, eine russische pädagogische Hochschule aufzubauen, die das Personal für die russischen Gymnasien auszubilden hätte, während die alte Universität nach Warschau verlagert werden sollte. Diese Idee wurde nicht umgesetzt. Etwa 2000 Volksschulen und einhundert Mittelschulen wurden geschlossen. In den Gebäuden der Mittelschulen wurden Werkstätten zur Ausbildung in praktischen Fertigkeiten eingerichtet. Im Dezember 1914 eröffneten die ersten Mittelschulen mit russischer Unterrichtssprache und russischen Schulbüchern.

Die Russifizierung Ostgaliziens stieß bei den meisten Ukrainern, Polen und Juden auf Widerstand. Diese Politik war Diskussionsgegenstand im europäischen Ausland einschließlich der neutralen Länder, da die Haager Landkriegsordnung verbot, in besetzten Gebieten grundlegende Änderungen der öffentlichen Ordnung einzuführen. Das war Wasser auf die Mühlen der Mittelmächte. Auch auf russischer Seite waren keineswegs alle von Bobrinskij's Politik begeistert. So äußerten etwa Großfürst Nikolaj Nikolaevič, Stabschef Nikolaj Januškevič und Außenminister Sergej Sazonov Bedenken. Sie traten zwar für dieselben Ziele ein, wollten aber auf behutsamere Weise vorgehen, um die Bevölkerung an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen, die Überlegenheit der russischen über die österreichische Herrschaft zu beweisen und der gegnerischen Propaganda keine Argumente zu liefern. Doch Bobrinskij drosselte das Tempo nicht, zumal er sich der Unterstützung der Nationalisten und des Zaren persönlich erfreute. Er blieb bis Oktober 1916 im Amt, als er durch Fëdor Trepov ersetzt wurde.

Die von der katholischen Kirche geleiteten Schulen wurden entweder aufgelöst oder enger Kontrolle unterstellt. Die Besatzungsmacht enthielt sich allerdings der Einmischung in innere Angelegenheiten der Kirche; lediglich die von den Bischöfen ernannten Gemeindepriester mussten vom Generalgouverneur bestätigt werden. Erzbischof Bilczewski befürchtete, interniert zu werden, blieb aber trotzdem in seiner Lemberger Gemeinde, und die Bischöfe taten es ihm gleich. Für alle Fälle hielt Bilczewski immer einen gepackten Koffer bereit. Bis auf Ausnahmen gab es keine Repressionen von Weltgeistlichen; anders verhielt es sich bei Ordensangehörigen und insbesondere den Jesuiten. Das Jesuitenkloster von Chyryv wurde für militärische Zwecke beschlagnahmt, die dortige Mittelschule geschlossen und die Ordensbrüder samt Rektor Jan Rostworowski nach Tula deportiert. Am



12. Dezember 1914 wurden das Jesuitenkollegium und -kloster von Tarnopol geschlossen, die Ordensbrüder der Spionage für Österreich-Ungarn bezichtigt und nach Russland verbracht. Erst durch die Februarrevolution 1917 kamen sie wieder frei. Die Angehörigen des Höheren Geistlichen Seminars von Lemberg wurden unter dem Vorwurf interniert, Sanitätsdienste in Spitälern des österreichischen Roten Kreuzes ausgeübt zu haben.

Für Westgalizien sah die Besatzungsmacht keine tiefgreifenden Veränderungen vor. So gab es lediglich eine militärische Aufsicht, während die k.u.k. Verwaltung fortbestand. Polnische Beamte konnten im Allgemeinen ungehindert bei den Militärkommandanten vorsprechen, doch ihr Erfolg hing von deren gutem Willen ab. Einer der Kommandanten von Tarnów machte öffentlich bekannt, sein Haus und Amtszimmer stünden jedem offen, und bei einer keinen Aufschub duldenden Angelegenheit sei er zu jeder Tages- und Nachtzeit ansprechbar. Dieser Kommandant war tatsächlich bemüht, den Leuten zuzuhören und Lösungen zu finden, stand aber damit in der Militärverwaltung ziemlich allein da. In Westgalizien bestanden polnische Schulen und Gerichte weiter, doch konnten nicht alle ihre Tätigkeit fortsetzen, weil viele Richter und Lehrer evakuiert worden waren. In den Elementarschulen wurden russischer Sprachunterricht und die in Kongresspolen benutzten Schulbücher obligatorisch.

Ebenso wie die Staatsbediensteten verließen proösterreichische Politiker Galizien aus Angst vor Repressalien. Die Nationaldemokraten und die sogenannten Podolaken blieben, das heißt die für die galizische Autonomie Eintretenden ostgalizischen Konservativen, aber sie sprachen nicht mit einer Stimme. Stanisław Grabski stand an der Spitze der prorussischen Gruppierungen Ostgaliziens. Er setzte alle Hoffnungen auf den Sieg der Entente, denn: „Wir dürfen uns keine Illusionen für den Fall machen, dass der Krieg zugunsten Österreichs ausgeht. Übrigens entspricht eine Kehrtwende zu Russland die meisten Polen gefühlsmäßig an“, sagte er in einer Rede vor der Duma. Ähnliche Auffassungen vertraten Leon Poniński, Podolak und vormaliger Statthalter, oder auch Józef Mikołaj Potocki aus dem ukrainischen Antoniny, der nach Lemberg gekommen war. In einem Manifest rief Grabski die Polen zu den russischen Fahnen. Zu diesem Zweck wollte er einhundert polnische Pro-Entente-Aktivisten in Lemberg versammeln, erhielt aber von den Militärbehörden keine Genehmigung. Grabski nahm daran keinen Anstoß und bemühte sich weiterhin um gute Beziehungen zu Politik und Militär der Besatzungsmacht. Seiner Auffassung nach sollten die Polen in Ostgalizien umfassende nationale Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, während Westgalizien polnisch bleiben solle. Aber weder Grabskis Gruppierung noch auch andere politischen Richtungen erreichten irgendetwas von Bedeutung. Das bestätigte sich beim Besuch Nikolaus' II. in Lemberg im April 1915, der jeden prorussischen Polen einsehen lassen musste, dass



der Kaiser Lemberg bereits als integralen Besitz Russlands betrachtete. Die Lemberger selbst verstanden das und blieben dem Umzug des Zaren durch die Straßen ihrer Stadt fern. Weder Rutowski noch die Stadtverordneten traten zum Empfang an.

Eine konsequent prussische Linie vertrat das *Stowo Polskie* (Polnisches Wort), eine Zeitung der Endecja. Das Blatt provozierte mit Meinungen wie der, es sei „nationale Pflicht, im Rahmen unserer Möglichkeiten alles dafür zu tun, dass sich Krakau ohne einen Schuss“ ergebe. Doch diese Haltung schwächte die Endecja, und die Auflage des *Stowo Polskie* fiel von 3000 auf 1000. Nach einigen Monaten Besatzungsherrschaft war klar, dass die prussische Orientierung wenig Anklang fand und Grabski isoliert war. Die zweite Lemberger Zeitung mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung, die *Gazeta Narodowa* (Nationale Zeitung), das Organ der Podolaken, kommentierte zurückhaltender, doch auch sie brachte kühne Meinungen, etwa einen Leitartikel Bolesław Bators, eines vormaligen Sekretärs des Obersten Gerichtshofs in Wien, unter dem Titel „Wieso es erforderlich ist, Österreich zu teilen“. Auch Ludwik Świeżawski griff Wien wegen der seiner Meinung nach antipolnischen Politik Österreichs an.

Der einzige greifbare Erfolg der prussischen Orientierung war die Gründung des Polnischen Lemberger Rettungskomitees (*Polski Lwowski Komitet Ratunkowy*, PLKR). Der PLKR entstand am 10. Februar 1915 unter dem Vorsitz von Jan Gwalbert Pawlikowski. Der Bedarf an Kriegsofferhilfe war groß. „Hunger und Krankheit sind ein nicht minder gefährlicher Gegner als ein mit Kanonen und Maschinengewehren bewaffneter Feind“, hieß es in einem Aufruf des PLKR. In Westgalizien wurden 19 Bezirksfilialen eingerichtet. In Ostgalizien verhinderte Bobrinskij dies, weil er meinte, dort dürften nur russische Organisationen tätig sein. Der PLKR finanzierte sich aus Privatspenden, staatlichen Zuwendungen und solchen von Hilfsorganisationen in Russland. Zu Anfang erhielt das Komitee eine bescheidene Regierungssubvention von 12.000 Rubel. Die finanzielle Lage besserte sich, als der Endecja-Politiker Zygmunt Wasilewski 67.000 Rubel aus Warschau mitbrachte. Anfangs wurde registriert, wer auf Unterstützungsleistungen angewiesen war. Mit Stand vom 1. Mai 1915 wurden in den 17 Bezirken Westgaliziens 40.585 Obdachlose gezählt, 192.730 Personen waren mittellos. Doch nur wenige sollten in den Genuss finanzieller Leistungen kommen, weil die Russen nach der Schlacht von Gorlice Galizien zu räumen begannen.

Die Besatzungspolitik stand sich durch die durchgehende Aufteilung der Bevölkerung nach ethnischen und religiösen Kriterien selbst im Wege. Sie privilegierte die Ruthenen gegenüber den Ukrainern. Am 19. September 1914 wurde der unierte Erzbischof von Lemberg, Andrej Šeptyc'kyj (poln. Andrzej Szeptycki) interniert und nach Kiew deportiert, später

nach Nižnij Novgorod und Kursk, wo er bis 1917 bleiben musste. Als Opfer russischer Repression wurde er zum ukrainischen Helden, andererseits sicherte ihm seine Herkunft aus einer polnischen Aristokratenfamilie auch bei den Polen viele Freunde. Šeptyc'kyj war für den Besatzer ein Sachwalter der „papistischen Orthodoxie“. Auch Aktivisten der ukrainischen Nationalbewegung wurden interniert, ukrainische Klubs, Wohltätigkeits-, Kultur- und Bildungsvereine sowie Presseorgane geschlossen. Andererseits warb die Besatzungsmacht um die griechisch-katholischen Gläubigen, um sie für Russland und die Orthodoxie zu gewinnen. Der Umgang mit der katholischen Landbevölkerung und der Stadtarmut war korrekt, weil auch diese Bevölkerungsgruppen gewonnen werden sollten. Sie erhielten Kohlenzuteilungen, und wer mit der Miete nicht nachkam, hatte keine Exmittierung zu befürchten. Schulen, Spitäler und Kinderheime erhielten Heizungs- und Lebensmittelzuteilungen, Militärkantinen gaben warme Mahlzeiten aus, die Stiftung der Großfürstin Tat'jana Nikolaevna bezahlte Schulspeisungen für bedürftige Kinder, Eisenbahnbillets wurden um die Hälfte verbilligt. Die Militärkommandanten unterstützten die Lokalverwaltungen bei der Versorgung des Einzelhandels mit Lebensmitteln und Heizmaterial. Umgekehrt provozierten sie aber auch zur Plünderung jüdischer Geschäfte, Gutshöfe und Adelspalais. Als die Sapiehas nach Siedliska zurückkehrten, „verhielten sich die Leute zum Hof nicht so wie erhofft. Jetzt ist zu spüren, dass das Dorf sich uns gegenüber dafür schämt, den Hof gemeinsam mit den Russen ausgeraubt zu haben; die Leute bleiben vorerst auf Distanz“, hielt Matylda Sapieha in ihren Erinnerungen fest. Solche Raubzüge sollten die Bevölkerung zu Komplizen der Besatzungsmacht machen.

Diese rief die Landbevölkerung dazu auf, von den Gutsherren die Aufteilung des Großgrundbesitzes zu verlangen. Sie verkündete, nach dem Krieg würden die Bauern vom guten Zaren Land erhalten. Auf den Ländereien durften ohne Bezahlung Holz geschlagen und Ackerfrüchte geerntet werden. Verstöße gegen das Eigentumsrecht wurden legalisiert, ja nachgerade provoziert. Die Besatzungsmacht säte Klassen-, Rassen- und Religionshass. Um jedoch ihre politischen Zwecke zu erreichen, fehlte ihr die Zeit, weil die Schlacht bei Gorlice alle Pläne auf den Kopf stellte. So konnten sich die Leute auch nicht an die neuen Machtverhältnisse gewöhnen. Selbst wenn die Landbevölkerung die russische Verwaltung in guter Erinnerung behielt, betrachtete sie doch weiterhin die k.u.k. Verwaltung und Armee als die eigene Obrigkeit. Auch wenn das russische Militär den Polen gegenüber behauptete, sie von deutscher und jüdischer Herrschaft zu befreien, vermochte sie es nicht, sich in den Ruf eines Befreiers zu setzen.

Auch die Stadtbevölkerung wusste zu schätzen, dass sich die Militärverwaltung um die Sicherung ihres Auskommens bemühte, obwohl es an Brenn- und Heizmaterial mangelte und die Preise in die Höhe schnellten.

Die russischen Offiziere mochten Frauen gegenüber galant sein, Kinder mit Süßigkeiten beschenken, ganzen Schulklassen Freikarten für den Cinematographen zukommen lassen oder Wohltätigkeitskonzerte zugunsten der Armenfürsorge mit großartigen russischen Solisten veranstalten, so etwa in Rzeszów und Tarnów. Solche Propagandaaktionen blieben nicht ohne Wirkung; einige pflegten ein enges Verhältnis zu Angehörigen der Besatzungsmacht. Władysław Kijowski aus Gorlice schrieb: „[...] zu meinem Leidwesen muss ich sagen, dass ich sowohl während der ersten als auch der zweiten Invasion Menschen aus den besseren Kreisen, Polen, Patrioten, sah, die den Russen in einer die persönliche und nationale Würde sehr herabsetzenden Weise schmeichelten. Ich verneine nicht, dass es angebracht und ein in vielen Fällen geeignetes Mittel war, Leib und Leben zu schützen, aber mit dem Russen Arm in Arm zu gehen und ihn vertraulich als ‚Freund‘ anzusprechen, halte ich für ganz überflüssig [...]. Die Österreicher und Preußen zogen ab, es kamen die *Moskale* – so musste man sich eben auch diesen beliebt machen.“ Andere erinnerten sich, „wer mit dem *Moskal* auf vertrautem Fuße lebte, dem erging es gut und der hatte alles, vom Zucker bis zu schönen Dingen und Kleidern.“

Um aus Ostgalizien ein russisches Land zu machen, folgten den Beamten russische Handwerker und Kaufleute auf dem Fuß und eröffneten Werkstätten und Ladengeschäfte. Der Warenaustausch mit dem Innern des Reiches wurde reger. Aus Russland wurden begehrte Artikel wie Tabak, Kaviar, Fisch, Mehl und Speck eingeführt. Die Umsätze stiegen, es gab mehr Waren und Käufer. In Lemberg „schäumte überall das Leben. Auf den Straßen herrschte reger Betrieb, im Stadtzentrum waren alle Läden geöffnet [...]. Die Lemberger Kaufleute waren des Handels mit den Russen zufrieden und verdienten an ihnen viel Geld“, erinnert sich ein Memoirenschreiber. Russische Banken eröffneten Filialen. Nach wenigen Monaten machte Lemberg zumindest äußerlich einen völlig veränderten Eindruck. Das war jedoch nur dem Anschein nach so, denn im Wesentlichen blieb alles unverändert.

Auch Popen kamen in Scharen nach Galizien, um für die Orthodoxie zu missionieren. Initiator und Unterstützer der Mission war der vormalige Bischof von Chełm und Lublin und spätere Erzbischof Evlogij, der zum Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Galizien gemacht wurde. Er residierte seit März 1915 in Lemberg und sah sich als Vorreiter der russischen Politik. Auf seine Initiative ging die Bildung orthodoxer Gemeinden zurück, während unierte Priester zum Übertritt zur Orthodoxie ermuntert, teils auch genötigt wurden. Dabei war Evlogij in den Mitteln nicht wählerisch. Mit dieser seiner Kirchenpolitik wurde er in ganz Europa notorisch. Selbst Großfürst Nikolaj Nikolaevič kritisierte die kirchliche Invasion: „Ich warte auf einen Munitionszug, stattdessen schicken sie mir Züge mit Popen“, beschwerte er sich gegenüber seinem Stab. Pavel Miljukov, Oppositionsführer in der

Staatsduma, bezeichnete diese Politik als „europäischen Skandal“. Aber Evlogij besaß die unverbrüchliche Unterstützung des Zaren. Während Nikolaus' II. Lembergvisite feierte er eine Messe für das Gedeihen Russlands.

Trotz des Drucks gingen nur 81 griechisch-katholische Gemeinden zur Orthodoxie über. Von 2483 unierten Geistlichen konvertierten nur einige Dutzend. In der Eparchie von Przemyśl beispielsweise konvertierten 25.000 Gläubige oder zwei Prozent, was zeigt, wie fest die unierte Kirche bei den Ukrainern verwurzelt war. Kein griechisch-katholischer Bischof trat zum orthodoxen Glauben über.

Die Behörden richteten auch neue Gemeinden für die aus Russland anlangenden Orthodoxen ein, bis Ende Mai 1915 152 an der Zahl. Diese Politik wurde 1916 in den östlichen Randgebieten Galiziens fortgeführt, die noch unter russländischer Kontrolle standen. Die Gesamtzahl der neuen Gemeinden wird auf 200 geschätzt. Es kam vor, dass Mittellose wegen der finanziellen Beihilfen zur Orthodoxie übertraten, und notleidende Mütter gaben ihre Neugeborenen als Kinder russischer Soldaten aus, um Sozialhilfe zu bekommen.

### 3 Rückzug

Beim Rückzug der russländischen Truppen nach der Schlacht von Gorlice war ihr Verhalten gründlich verändert. „Sie plünderten alles, was ihnen in die Hände fiel, ob sie es brauchen konnten oder nicht“, erinnerte sich ein Zeitzeuge. Gewalttaten, Raub, Requisitionen, Brandschatzung waren an der Tagesordnung. Die Soldaten trieben Vieh und Pferde vor sich her. Kosaken und Marodeure, aber auch Frontsoldaten nahmen Kirchenglocken mit, und die Schuljugend wurde gezwungen, Schrott zu sammeln. Es wurden Kontributionen wie die sogenannten Lebensmittelkontingente auferlegt, doch in Wahrheit bedeutete das Raub und Ausschreitungen. Diese Plünderungen geschahen nicht zuletzt auch deshalb, weil das Nachschubwesen versagte und die Soldaten darauf angewiesen waren, um zu überleben.

Vor allem Juden wurden zu Opfern der Ausschreitungen. „Die Erfahrung dieses Krieges zeigte offen den Hass, welchen die Juden Polens, Galiziens und der Bukowina gegen uns hegen [...]. Daher verbietet der Oberste Befehlshaber den Juden den Aufenthalt an Einquartierungsorten des Militärs und die Einfahrt in das Gebiet westlich der Stadt Jaroslaw. Es ergeht Befehl, eine jüdische Geisel für jeden Einwohner zu nehmen, der als Feind angezeigt wird, und für jeden entdeckten jüdischen Spion. Zwei Geiseln werden durch Erhängen bestraft“, verlautbarte das Militär. Juden wurden bezichtigt, Brunnen vergiftet zu haben und vergiftete Nahrung an die Soldaten zu verkaufen, oder auch, Soldaten „bis zur Besinnungslosigkeit“ betrunken gemacht zu haben. Die „brutale Illoyalität der Juden“, so die

Besatzungsmacht, rechtfertigte ihre Repression und ihre Deportation nach Osten. Am 20. Juni 1915 wurde Jakob Izaak Diamand, Vorsitzender der israelitischen Gemeinde von Lemberg, interniert und erst nach Kiew, dann nach Nižnij Novgorod deportiert; Diamand war bekannt dafür, in polnischer Sprache zu predigen. Die Juden wurden auch dann bestraft, wenn sie angeblich die Nachricht von deutschen oder österreichischen Siegen freudig aufgenommen hatten. Florence Farmborough, eine in Russland lebende Engländerin, Krankenschwester und Fotoreporterin, schrieb im März 1916 aus Čortkiv, die Russen behandelten die Juden „mit rachsüchtiger Feindseligkeit. [...] unter der neuen Herrschaft sind ihre Rechte und Freiheit aufgehoben, es ist deswegen kaum verwunderlich, dass sie die Veränderungen von Herzen verabscheuen [...]. Bei Schnee [...] muss jede jüdische Familie jemanden zum Räumen auf die Straße schicken, was unter Aufsicht russischer Soldaten geschieht, die gern von den stets bereitgehaltenen Knuten Gebrauch machen.“ Die russländischen Truppen waren verständlicherweise bei den Juden verhasst, was sie zum Ausdruck brachten, indem sie etwa auf dem Schlachtfeld bei Lemberg „den toten, schon mit Fliegen besetzten russischen Soldaten ins Gesicht spuckten und sie mit Flüchen in ihrem Jargon<sup>1</sup> überhäuften. Weder vorher noch nachher war ich im Leben jemals derart versucht, diesen Schreihälsen eins auf den Schädel zu geben“, schrieb Roman Longchamp de Berier.

Das russländische Militär machte Pläne, sämtliche Männer im Alter von 18 bis 50 nach Russland zu evakuieren, damit sie nicht von der k.u.k. Armee eingezogen werden konnten. Dazu kam es jedoch nicht mehr, sodass nur politische Aktivisten und Angehörige der Lokalverwaltungen interniert wurden. Unter anderem wurden auf persönlichen Befehl Bobrinskijs der kommissarische Stadtpräsident Tadeusz Rutowski und seine Stellvertreter Leonard Stahl und Filip Schleicher sowie 37 prominente Lemberger Bürger nach Kiew deportiert. Durch ein Bankabkommen konnten sie Kredit erhalten und ein standesgemäßes Leben führen. Rutowski und seine Stellvertreter blieben neunzehn Monate lang in Russland. Zunächst standen sie unter Bewachung, konnten sich später aber frei bewegen. Am 1. Februar 1917 kehrte Rutowski auf dem Umweg über Stockholm nach Lemberg zurück.

Etwa einhundert Pro-Entente-Politiker machten freiwillig den Rückzug der russischen Truppen mit, um Repressionen zu entkommen. Stanisław Grabski bemühte sich um Ausreisepapiere. Er konnte ohne weitere Probleme die Tätigkeit des PLKR in Russland fortführen, die dieses dort am 12./25. September 1915 wieder aufnahm. Ihm standen neben dem aus

---

1 D.h. in jiddischer Sprache; A.d.Ü.

Lemberg mitgeführten Kapital auch erhebliche Zuwendungen der russischen Regierung zur Verfügung.

Dem Zug nach Osten schlossen sich die russischen Beamten, Polizisten, Kaufleute, Handwerker, Popen, zur Orthodoxie konvertierten unierten Priester und etwa 100.000 orthodoxe Dorfbewohner an. Auch wurden einige Zehntausend Griechisch-Katholische nach Russland deportiert. Die russophile Zeitschrift *Prikarpats'ka Rus'* (Karpatorus) warnte in einem Aufruf die Orthodoxen: „Wer den sich nahenden Gefahren entgehen will, wer den blutdürstigen und erbarmungslosen Deutschen und Magyaren nicht in die Fänge geraten will, wem die Freiheit lieber ist als die Gefangenschaft und das Leben lieber als unausweichlicher Tod und Qualen, der muss sich eilen, sich zu retten.“ Mit anderen Worten, auswandern. Wer dies tat, erhielt, allerdings nur für kurze Zeit, zum Lohn einen Hof in Wolhynien oder Podolien, der deutschen Siedlern abgenommen worden war.

Manchmal verhielt sich das russländische Militär korrekt, so etwa in Lemberg, das nach 293 Tagen der Besatzung geräumt wurde. Dies ging nicht zuletzt auf die Eingaben von Erzbischof Bilczewski zurück. Der Stadtkommandant hatte ihm zugesichert, die Einwohner würden in Frieden gelassen und es werde kein Judenpogrom geben. So kamen Plünderungen und Brandschatzungen nur in Einzelfällen vor. Der Kommandant wies die Offiziere an, Gewalttaten zu verhindern, mancher Plünderer wurde erschossen und erhielt eine Tafel mit der Aufschrift „Erschossen wegen Plünderung“ an die Brust geheftet. Die russischen Soldaten ließen die Kuppel zur Erinnerung an die Union von Lublin, durch die Polen und Litauen im Jahr 1563 zur alten Adelsrepublik vereinigt worden waren, in Ruhe und setzten auch den Bahnhof nicht in Brand, wozu durchaus Zeit gewesen wäre, wenn der Kommandant es nicht verhindert hätte. Andere Städte wie Jaroslaw und Przemysł kamen weniger glimpflich davon, dort gab es zahlreiche Plünderungen jüdischer und nichtjüdischer Läden. Besonders schlimm war es für die Juden, am Sabbat zur Arbeit beordert zu werden und den Schabbes am Sonntag feiern zu sollen. Die Soldaten unterstellten den Juden, Geld, Gold und Schmuck in ihrer abgetragenen Kleidung eingenäht zu haben, daher befahlen sie ihnen, in die Mikwe zu gehen, gaben neue Kleidung aus und durchsuchten die abgelegten Kleider, manchmal mit Erfolg. Die Soldaten verschleppten einige Zehntausend Juden nach Osten und plünderten ihre Wohnungen.

# VI Österreichisch-Galizien

## 1 Verrat

Vor Kriegsausbruch waren sowohl Generalität als auch Bürger gleichermaßen überzeugt, die Armee würde leichtes Spiel mit den Russen haben. Die ersten Kriegswochen stellten diesen Optimismus unter ein großes Fragezeichen, und die Niederlagen lösten eine landesweite Debatte über die Ursachen aus. Das heftiger Kritik ausgesetzte Armeeoberkommando wies die Vorwürfe von sich und zog es vor, die Menschen in Galizien und der Bukowina des Verrats zu bezichtigen. In den ersten Septembertagen 1914 ließen die galizischen Bezirkshauptleute auf Anordnung der Militärführung an die Einwohner Rundschreiben ergehen; eines davon, datiert auf den 10. September, verkündete, aufgrund der von der örtlichen Bevölkerung „durch Zerschneiden von Telefondrähten, Vergiftung von Brunnen, Signalgebung an den Feind durch Entzünden von Feuern“ begangenen Verratsfälle hätten „die Militärkommandanturen Befehl erhalten, folgende Gegenmittel anzuwenden: 1. Erschießung des Täters an Ort und Stelle ohne Verfahren, 2.ahme von Geiseln aus der Gemeinde, die im Falle, dass sich in der Gemeinde verräterische Taten wiederholen, den Tod erleiden, sowie Erschießung jedes zehnten Einwohners, schließlich Niederbrennung des Dorfes.“ Dergleichen Rundschreiben zeugten nicht so sehr vom Ausmaß des Verrats als vielmehr von der Geistesverfassung der k.u.k. Obrigkeit. Im selben Geiste war das Schreiben des Landesgendarmieriekommandos in Lemberg vom 20. August 1914 gehalten, das anwies, des Verrats verdächtige Gendarmen seien nicht den Feldgerichten zu überantworten, sondern nach kurzem Verhör und nach Aufsetzung eines knappen Protokolls „kurzerhand von dieser Welt zu tilgen“. Diese Anweisung blieb bis zum 7. Januar 1916 in Kraft.

Tatsächlich kamen Verratsfälle vor, doch waren diese keineswegs so verbreitet, wie das AOK suggerierte, und sie hatten auch keinen erkennbaren Einfluss auf das Kriegsgeschehen. Aber sie lieferten eine billige Erklärung für die militärischen Schlappen. Die Behauptung der Generalität, die Niederlagen seien nicht auf mangelhafte Vorbereitung oder schlechte operative Führung zurückzuführen, wurde von der österreichischen Presse begierig aufgegriffen, die sich in Vorschlägen zur Bestrafung der Schuldigen wie zur Verhinderung weiteren Verrats überschlug. Im Gleichklang mit nationalistischen Kreisen lancierte sie die Idee, nach dem Krieg in Galizien Land aufzukaufen, um nach dem Vorbild der Königlich Preussischen Ansiedlungskommission in großer Zahl loyale Deutschösterreicher anzusiedeln.



Die Verräter mussten selbstverständlich bestraft werden. So begann eine Hexenjagd. Die Opfer der Repressionen gingen in die Tausende, große Teile der Bevölkerung standen unter Beobachtung. Mindestens 10.000 Griechisch-Katholische – Ruthenen, Lemken, Ukrainer – wurden verhaftet. Allein in Lemberg wurden zweitausend Angehörige der Unierten Kirche in Gewahrsam genommen. Von den für ihre russophile Haltung bekannten Lemken wurden fünftausend interniert, darunter fast die Hälfte ihrer Priester. Im September 1914 wurden sämtliche Priester des Dekanats Krosno gefangengesetzt, im Dekanat Dukla 13 von 16. In der Eparchie Przemyśl wurden 873 griechisch-katholische Priester, das heißt jeder Dritte, interniert oder zwangsevakuert. Die Einheimischen lebten in Angst und konnten keinen Gottesdienst feiern. Die Geistlichen durften nur allmählich wieder in ihre Gemeinden zurückkehren. Die Mitglieder des russophilen Mychajl-Kačkovs'kyj-Vereins wurden verhaftet, ebenso die der Lemkenorganisation Ruska Bursa in Gorlice. Am 6. September 1914 wurde dort ohne Gerichtsverfahren der zur Orthodoxie übergetretene Priester Maksym Sandovyč erschossen, am 28. September Petr Sandovyč, Dekan von Muszyna, und sein Sohn Antoni.

In Galizien waren die Repressionen in aller Munde: „Hinrichtung folgt auf Hinrichtung. Sie hängen sie zu Dutzenden.“ In der Wahrnehmung der Einwohner gingen die Opfer in die Tausende. Es wurden Gerüchte verbreitet, an Hunderten von Bäumen seien Menschen aufgehängt worden. Auch Soldaten berichteten von Gehängten, „die an den Bäumen und Wegsäulen baumelten und um den Hals das Schild trugen: Spion.“ Bis heute hat sich nicht ermitteln lassen, wie hoch die Opferzahlen wirklich waren, sie waren jedoch gewiss sehr viel niedriger als in der Zeit im Umlauf. Genauere Feststellungen fallen schwer, weil die Behörden nicht alle Urteilsvollstreckungen dokumentierten und exekutierte „Verräter“ teilweise dem Feind zurechneten. Noch brutaler wurden nur die Serben in Bosnien-Herzegovina behandelt.

Vom Osmanischen Reich abgesehen, fanden in keinem anderen kriegführenden Staat des Ersten Weltkriegs derart massive Repressionen der eigenen Bürger statt. Von den Soldaten hieß es: „Die Menschen werden zu wilden Bestien. Das sind Zöglinge des Krieges.“ Auch die Offiziere verhielten sich alles andere als vorbildlich. „Die österreichischen Offiziere meinten, sie hätten das Recht, die unglücklichen Menschen zu quälen, und sie taten dies manchmal mit sichtlichem Vergnügen“, hielt ein Memoirenschreiber fest. Tschechische und slowenische Soldaten der k.u.k. Armee äußerten sich ähnlich. Ein Slowene schrieb: „[...] drei Frauen wurden dem Major vorgeführt, der sie erbarmungslos zum Strick verurteilte. Sie baten ihn auf den Knien um Gnade, sie erklärten, sie hätten das Geld vergessen und seien deshalb zurückgekommen, aber die Kommandeure glaubten ihnen nicht. Sie waren



unschuldig, aber der Major und die übrigen Offiziere behaupteten, in Galizien sei ein jeder ein Verräter, und die Patrouille knüpfte sie auf [...]. Die ganze Nacht durch bringen sie die armen Leute vom Ort um wie das Vieh.“

Das an Österreichs Seite kämpfende Reichsheer bekam von der polnischen Bevölkerung noch schlechtere Noten ausgestellt: „Alle beschwerten sich, wie schrecklich die Preußen vorgingen. Im Vergleich zu ihnen sind die Russen die reinsten Engel.“ Die deutsche Militärjustiz strafte augenblicklich und drakonisch. Ohne viel Federlesens wurden Zwangsumsiedlungen angeordnet. Allenfalls noch die Ungarn standen den Preußen an Brutalität nicht nach, zumindest wie die Galizier es sahen. Die bekannte Spruchweisheit „Ungar und Pole sind zwei Vettern“ klang hohl, die Realität kündete vom Gegenteil: „Die Räubereien der ungarischen Honvéd, alles, was sie in den Dörfern und Gutshöfen anstellten, wo sie aus bloßem Übermut und Freude an der Zerstörung plünderten und alles zerschlugen, lässt sich nur mit der Kosakenbarbarei vergleichen [...] es ist [an ihnen] ein Zug der barbarischen Wildheit, aber ohne die Beimischung slawischer Weichheit wie beim *Moskal*“, schrieb Emanuel Władysław Pusłowski. In der Chronik der Gemeinde Grybów findet sich unter dem 16. November 1914 der Eintrag: „Die Ungarn machten nicht einmal vor den Altaren Halt, von denen sie die Kerzen stahlen, was selbst die *Moskale* nicht taten. [...] Zur Bevölkerung verhielten sie sich so feindselig, als wären sie in Feindesland.“ Ungarn ermordeten am 14. September 1914 in Przemyśl 44 Ruthenen, darunter einen griechisch-katholischen Priester. „Die Soldateska stürzte sich wie rasende Stiere auf ihre Opfer. Es begann ein schreckliches Massaker. Die Verhafteten fielen reihenweise zu Boden, und die Soldateska hieb links und rechts so lange ein, bis eine formlose Masse zerschlagener Körper vor aller Augen lag [...]. Unweit verlief eine Schmalspurbahn. Die Soldateska machte sich daran, die Schwellen aus dem Boden zu reißen, mit denen sie dann ohne Pardon Lebenden wie Toten die Schädel zerschmetterte“, berichtete Stanisław Łańcucki. Die Obrigkeit verbot, die Opfer auf dem Friedhof zu bestatten. Das war umso erschütternder, als sie eigene Leute waren, unbewaffnete Zivilisten. „Die schreckliche Selbstjustiz hatte gesprochen. In der engen, geschlossenen Gasse lag ein Haufen blutiger Leichen, aufgestapelt bis zum ersten Stock“, schrieb Zygmunt Zieliński, ein Offizier der Polnischen Legionen.

Das Verhalten der Ungarn war nicht zuletzt eine Folge anerzogener Ressentiments. In Schule und Armee war ihnen beigebracht worden, Ostgalizien sei von russlandfreundlichen Ruthenen bewohnt, daher sei mit diesen schonungslos umzugehen. Noch dazu war die „slawische Gefahr“ seit Langem eine Obsession der ungarischen Nationalisten, zumal die Magyaren im eigenen Königreich in der Minderheit waren. Aus ihrem konfliktreichen Verhältnis zur slawischen Landbevölkerung zogen sie den

Schluss, die Länder der Stephanskronen allein mit Gewalt national integrieren zu können. Mit diesem ideologischen Ballast zogen sie in Galizien in den Krieg.

Auch die polnischen Beamten blieben nicht in guter Erinnerung. Sie begegneten den Galiziern mit Härte, wie es die Armee verlangte. Das AOK drängte Statthalter Korytowski, die Beamtenschaft zu disziplinieren, da sie nicht mit der gehörigen Effizienz agiere. „Die österreichische Bürokratie verhielt sich hemmungslos idiotisch und bewies nicht gerade Stärke darin, es der geplagten und hilflosen Bevölkerung leichter zu machen, vielmehr bedrückte und plagte sie diese noch mehr und ersparte ihr wirklich keine Demütigung. Niedere Beamte und Polizei krankten an Eifer, sich in Loyalität zu überbieten“, schrieb Franciszek Rawita-Gawroński.

Die Einwohner der Festungsstädte Przemyśl und Krakau hatten besondere Beschwerden zu erdulden. Während die feindliche Armee näher rückte, verschlimmerten sich die Umstände in jeder Hinsicht. „Gewalttaten in der Stadt, Durcheinander, die Läden geschlossen [...]. Die Unglückseligen in Not, in Lumpen, verirrt, ausgehungert, sie haben vier oder fünf Tage nicht gegessen, versteckt in den Wäldern“, notierte jemand am 12. September 1914 in Przemyśl. Eigene Soldaten galten nur noch als „Räuber“ und „Einbrecherbanden“: „Sie gehen durch die von den Bewohnern zurückgelassenen Wohnungen und nehmen alles mit, was Wert für die Festung und für sie selbst hat.“ Die Straßen waren nach 19 Uhr wie leergefegt, weil die Haustore verschlossen wurden. In Krakau wurden um 20 oder 21 Uhr der Straßenbahnverkehr eingestellt und die Laternen gelöscht; seit dem 12. November mussten abends alle Läden und Gaststätten schließen. Fast alle Wohnungen erhielten Einquartierungen; die Besitzer sollten dafür zwei Kronen pro Tag und Zimmer bekommen, doch die Armee blieb die Entschädigung schuldig. In Krakau beliefen sich die Forderungen der Stadt auf drei Millionen Kronen. Erst Monate später beglich die Armee ihre Schulden bei Stadt und Bürgern.

Nach Abzug des Feindes machten sich die Krakauer sofort daran, die Folgen des Bombardements zu inspizieren; der *Czas* sprach vom „Kriegstheater“. Die russländischen Kriegsgefangenen wurden neugierig beäugt. Überall roch es nach dem Teer, mit dem sie ihre Stiefel wuschten. „Sie trugen tonfarbene Mäntel mit roten Aufschlägen, ziemlich niedrige Mützen, fast ohne Schirme, einige hatten lange Bärte, Schlitzaugen wie Räuber, den Hals mit Schals umwickelt, auf dem Rücken Taschen wie Brotbeutel, keine Gewehre“, erinnerte sich die Krakauerin Pająkówna. Wenn sie an Ständen vorbeimarschierten, gaben die Marktfrauen ihnen Äpfel, Wecken und Zigaretten, wofür sie höflich dankten.

## 2 Evakuierung

Nachdem der Kaiser dem König von Serbien den Krieg erklärt hatte, gab es in allen Städten der Monarchie öffentliche Loyalitätsbekundungen. Exaltierte Volksmengen zogen mit Fahnen und Gesang durch die Straßen. Was sich die Menschen vom Krieg erwarteten, schrieben sie auf ihre Transparente oder skandierten sie: „Mit Österreich und durch Österreich nach Polen!“ An der Aufrichtigkeit dieser Loyalitätsbekundungen besteht kein Zweifel. Dasselbe galt für die Verlautbarungen von Vereinsvorständen: Die gewissenhafte Befolgung der kaiserlichen Befehle sei nunmehr erste Untertanenpflicht. Bei Festsitzungen hörten sich die Stadtverordneten im Stehen und in den Frack gewandet die Ansprachen ihrer Stadtpräsidenten und Bürgermeister an. In der Tradition des galizischen Loyalismus verabschiedeten die Stadträte Ergebenheitsadressen und brachen in Vivatrufe auf den Kaiser aus. Der Stadtrat schließe sich „in seinen untertänigsten Gefühlen für die Dynastie allen Völkern der Monarchie an“ und werde „seine Untertanenpflichten aufgrund des gegenwärtigen Krieges bereitwillig und gewissenhaft erfüllen“, lautete eine Resolution. Die öffentlichen Auftritte der Stadtoberhäupter glichen einander zum Verwechseln; sie waren voller schwarzgold-patriotischer Phrasen und untertänigster Treuebeschwörungen. Das war eine in Inhalt und Form lang eingeübte Routine, sodass im Moment des Kriegsausbruchs die altbekannten Klischees fertig zur Hand waren. Weitere Festsitzungen wurden nach dem 6. August abgehalten, als die Monarchie Russland den Krieg erklärt hatte. Am 18. August versammelten sich die Untertanen erneut anlässlich des Geburtstags ihres Monarchen zum Gebet.

Doch bereits eine Woche nach den Geburtstagsfeiern verbreiteten sich in Galizien beunruhigende Nachrichten von der Front. Aus den grenznahen Gebieten machten sich Ströme von Flüchtlingen auf den Weg nach Westen, von denen kurz darauf viele nach Lemberg gelangten. „Der Flüchtlingsstrom wuchs von Tag zu Tag“, erinnerte sich Matylda Sapięha. Im September, Oktober und November 1914 erlebte Galizien die größte Massenwanderung seiner Geschichte. Sie begann mit der Evakuierung ganzer Behörden, weil die Beamten Repressionen durch die Besatzungsarmee ausgesetzt waren. Sollte sich das Kriegsglück wenden, konnten die Beamten umgehend zurückgebracht werden. So geschah es nach der Schlacht von Gorlice. Ein weiterer Grund war, die Beamten am Evakuierungsort zumindest einige Verwaltungsaufgaben übernehmen zu lassen.

Optimisten warteten auf gute Nachrichten von der Front, Pessimisten gingen davon aus, man werde seine Flucht in den Westen fortsetzen müssen. Die Pessimisten überwogen, sodass Lemberg zur Relaisstation wurde. Innerhalb von drei Wochen langten 100.000 Flüchtlinge an. Lemberger Bürger organisierten auf dem Bahnhof Essenausgabe, Teeküche, Sanitätsstation

und Informationsstelle, doch war das ein Tropfen auf den heißen Stein. Geflüchtete Beamte, Richter und Eisenbahner wurden angewiesen, nach Westen weiterzufahren. Dasselbe galt für die Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen in Lemberg selbst. Das AOK musste sich den Vorwurf gefallen lassen, die Evakuierung erst beschlossen zu haben, als sich die feindliche Armee schon in unmittelbarer Nähe befand. Am 29. und 30. August erhielten die Beamten telefonisch oder per Boten gleichlautende Befehle: „[...] aufgrund der sich verschlechternden Lage an der Front und der Bedrohung Lembergs müssen alle staatlichen Behörden die Stadt am 31. August zwischen drei und fünf Uhr morgens verlassen.“ Den Befehlen waren Evakuierungsbescheinigungen beigelegt. Es herrschte großes Gejammer, weil die Menschen ihr Eigentum zurücklassen mussten, manchmal alten Familienbesitz. „Beim Verlassen der Wohnung standen uns die Tränen in den Augen, wir konnten vor Bewegung nicht sprechen“, erinnerte sich Zygmunt Jasiński, ein Eisenbahningenieur, der nach dem Krieg Eisenbahnminister der Republik Polen wurde.

In der Nacht vom 30. auf den 31. August verließen Statthalter Witold Korytowski mit seiner Familie und die Beamten der galizischen Statthalterschaft Lemberg. Das Amtsarchiv wurde nach Biała evakuiert. Die Beamten blieben zum Teil in Biała oder Krakau, andere fuhren nach Wien. Am 2. September verließ der für seine patriotischen und antirussischen Ansichten bekannte Bischof Władysław Bandurski Lemberg, ebenso die Professoren der Gymnasien, der Universität, des Polytechnikums und der Veterinärakademie.

Auch Tausende andere Einwohner machten sich auf den Weg zum Lemberger Hauptbahnhof, sei es zu Fuß oder mit schwerem Gepäck in Fuhrwerken und Droschken. Die Straßen sahen aus „wie zu Zeiten der großen Völkerwanderung“. Das Gepäck stapelte sich stockwerkhoch auf den Bahnsteigen und in den Wartesälen. Nur die notwendigsten Dinge wurden mitgenommen: Bett- und Weißwäsche, Kleidung, Küchengeschirr, Silber, Porzellan und Erinnerungsstücke. Auf dem Lemberger Bahnhof wurden die Züge rangiert, doch die Menge der Abreisewilligen überstieg die Kapazitäten um ein Vielfaches. Nur wer Glück hatte, konnte die Stadt verlassen, „zusammengepfercht wie die Heringe im Fass“, wie ein Zeitzeuge notierte. Die ersten drei Züge hatten die Mitarbeiter der Statthalterei, der Landesfinanzdirektion, der Polizeidirektion, des Präsidiums des Appellationsgerichts, der Oberstaatsanwaltschaft und der Eisenbahndirektion aufzunehmen. Soldaten kontrollierten den Zugang mit Kolbenstößen. Ein Zeitzeuge beschrieb die Situation auf dem Bahnhof als „fiebrhaftes Getriebe, Kindergeschrei, Chaos und Tumult auf der ganzen Linie“, ein anderer hielt fest: „Geschrei, Gekeife, Gemeckere, Gefluhe und Geheul der Evakuierten mischten sich mit Befehlen des Militärs, die kaum zu hören waren und selten ausgeführt

wurden.“ Wegen des Tohuwabohus waren die ersten drei Züge überladen, denn es gelangten auch Personen hinein, deren Namen nicht auf den amtlichen Listen standen.

Auf die Staatsbeamten folgten Mitarbeiter und Angehörige der galizischen Landesinstitutionen, Abgeordnete des Galizischen Sejm, Mitglieder des Landesschulrats. Bis Ende August verließen 40.000 Lemberger oder sechzehn Prozent der Gesamtbevölkerung die Stadt. Die letzten Züge gingen Richtung Przemyśl, weil andere Strecken bereits vom Feind kontrolliert wurden, und bei der Ortschaft Zimna Woda wurde gar der Zug des Statthalters von Kosaken beschossen.

Manchen spielte das Chaos bei der Evakuierung geradewegs in die Hände. Nachdem die Obrigkeit Lemberg verlassen hatte, „machten sich Banden von Spitzbuben und Halsabschneidern daran, Wohnungen, [...] Kasernen und Eisenbahndepots zu plündern, während hier und da Brände ausbrachen.“ „Angehörige der besseren Stände, sogar Mitglieder der ‚Bürgergarde‘, welche die willkommene Gelegenheit nutzten“, mischten sich unter die Kriminellen, wie sich Józef Białynia Chołodecki erinnerte. Aufgrund der Evakuierung setzten viele ihre Hunde aus. Diesen schlossen sich verwilderte, manchmal tollwütige Hunde aus der Umgebung an. In solchen Rudeln gab es wilde Beißereien um Essenreste oder Pferdekadaver. Gelegentlich griffen sie auch Menschen an, was naturgemäß Eingang in Tagebücher und Memoiren fand.

Stadtverordnete und Magistrate waren von Panik befallen. In Lemberg und Krakau verließen viele ihre Posten. Der Lemberger Stadtpräsident Józef Neumann floh aus der Stadt, Vizepräsident Tadeusz Rutowski übernahm seine Aufgaben und berief eine Eilsitzung des Stadtrates ein. „Es gibt keine Statthalterschaft, es gibt keine Autonomieregierung, es gibt keine Polizei. Der Stadtpräsident ist abgereist, daher appelliere ich an meine Mitbürger: Erfüllt eure Pflicht“, sagte Rutowski bei dieser Gelegenheit, und die Stadtverordneten folgten dem. Dank Rutowskis Entschlossenheit funktionierte der Lemberger Stadtrat, wenn auch nicht in voller Besetzung, anders als der Krakauer Stadtrat, der von dem nach Wien abgereisten Stadtpräsidenten Juliusz Leo und den meisten Stadtverordneten im Stich gelassen worden war und nicht mehr das Quorum erreichte. Mit Reskript vom 9. November 1914 ernannte die Statthalterschaft Universitätsprofessor Julian Nowak zum Regierungskommissar, einer seiner Stellvertreter war Kazimierz Kostanecki, Rektor der Jagiellonenuniversität und namhafter Arzt. Krakau blieb bis zum Juli 1916 ohne Stadtregierung. Die Krakauer waren über das Verhalten ihres eigentlich sehr verdienten Stadtpräsidenten empört. Vielleicht Gewissensbisse, vielleicht auch gutes Zureden bewegten ihn schließlich zur Rückkehr; am 22. November 1914 nahm er sein Amt wieder auf. Dabei waren ihm seine guten Wiener Beziehungen behilflich.

Nowak und Kostanecki wurden seine Stellvertreter und bildeten das Präsidium des Stadtrats. So begann die Herrschaft des Triumvirats, wie es damals in Krakau hieß. Obwohl er den Vorsitz der polnischen Fraktion im Reichsrat aufgab und sich fortan für das Wohl seiner Stadt einsetzte, konnte Leo seinen Ansehensverlust in der Stadt nicht mehr wettmachen.

Vorübergehend wurde für die Spitzen von Politik und Verwaltung in Galizien Krakau zum Anlaufpunkt. Als jedoch die Schließung der Festung angekündigt wurde, sahen sie sich zur Weiterfahrt nach Wien gezwungen. Mancher besaß an der Donau ein Häuschen. Viele hatten polnische oder österreichische Bekannte, bei denen sie unterschlüpfen konnten, und fast ein jeder verfügte über ausreichende finanzielle Mittel, um sich auch in der Fremde ein bequemes Leben einrichten zu können. Vor dem Krieg hatten dreißig- bis vierzigtausend Polen in Wien gelebt, 1915 waren es 100.000. Die polnische Presse rief zur Solidarität mit den Landsleuten auf, so am 19. Januar 1916 der *Wiedeński Kurier Polski* (Wiener Polnischer Kurier): „Zählen wir durch und schließen die Reihen.“ Auch aufgrund solcher Initiativen wurden polnische Schulen und Organisationen gegründet, Essenausgaben und Küchen für Bedürftige, und in Wiener Kirchen wurde häufiger in polnischer Sprache gepredigt.

Viele weitere Galizier flüchteten ebenfalls in westlicher Richtung, allen voran deutsche Kolonisten und Juden, wodurch ganz Shtetls unbewohnt zurückblieben: „Die Juden fliehen und lassen alles zurück.“ Die Behörden forderten zur Flucht auf, damit der Feind nur noch leere Ortschaften mit vernagelten Türen und Fenstern anträfe und ihm Ressourcen an Arbeitskräften und Material entzogen würden. Häufig wurde auch Zwang angewendet. Beim Durchmarsch verbreiteten Offiziere Schreckenspropaganda und forderten die Menschen zum Aufbruch auf. Auch Verwaltung und Polizei beteiligten sich an dieser Propaganda. Sie streuten Gerüchte über die Besatzungstruppen, nach denen diesen alles zuzutrauen war. Sie schufen ein Klima der Angst, das die Menschen aus ihren Heimatorten trieb. Es reichte manches Mal schon der Schrei: „Die *Moskale* sind im Anmarsch!“, um eine panische Flucht auszulösen. Niemand wollte sich der Willkür der Barbaren aus dem Osten aussetzen; denn längst vor dem Krieg hatten Propaganda und Schule das Schreckensbild des trunksüchtigen, verbrecherischen und sadistischen Russen gezeichnet. Diese Stereotype taten ihre Wirkung. „Die Massen machten sich auf den Weg, ohne zu wissen, wohin, nur so weit wie möglich weg vom Feind und der Front“, schrieb der Abgeordnete Zygmunt Lasocki.

So machten sich Jung und Alt auf den Weg. „Tausende beladener Fuhrwerke, Mengen von Fußgängern mit dem Bündel auf dem Rücken, Frauen und Kinder, Bauern mit ihrem Vieh, alle gingen ohne jedes Ziel, sie gingen einfach auf's Geratewohl [...]. Der Anblick dieser Unglücklichen war

schrecklich“, erinnerte sich ein Einwohner von Jarosław. Die Leute wollten so weit wie möglich weg von den gefährdeten Orten. Sie waren auf der Suche nach Fuhrleuten, die sie gegen reiche Entlohnung wenigstens zum nächsten Bahnhof bringen würden. Weil kaum jemand zu finden war, zumal auch die Pferde requiriert waren, schnellten die Fuhrpreise in die Höhe. „Eine Welle fliehender Einwohner. Auf Fuhrwerken, zu Fuß und zu Pferd. Die Leute tun, was sie können, um sich zu retten [...]. Auf allen Gesichtern zeichnet sich die Erschöpfung ab, Staub, Schweiß und Panik, schreckliche Verzweiflung, Qual, Leiden. Angst im Blick, sie bewegen sich furchtsam, sie sind von drückender Angst gebeugt. So als ob die von ihnen aufgewirbelte Staubwolke an ihnen haften bliebe und sie ihr nicht mehr entkommen können“, schrieb ein ungarischer Husar.

Größere Entfernungen wurden mit dem Zug zurückgelegt, wenn man denn einen Platz ergattern konnte. Am besten ging das durch das Abteilfenster. „Der Bahnhof bietet einen traurigen Anblick. Die wenigen Züge sind derart überfüllt, dass nur wenige Evakuierte hineingelangen. Sie sitzen auf hoch aufgestapelten Federbetten, essen die Reste ihres Knoblauchbrots, die schmutzigen Kinder spielen, weinen und singen [...]. Andere sind völlig niedergeschlagen [...], ein Bild stummer Verzweiflung“, erinnerte sich einer der Reisenden. Der Zugfahrt dauerte lange, aber nicht so lange wie mit dem Fuhrwerk, und sie war sicherer. Für die Strecke von Lemberg bis Krakau brauchten die Züge dreißig, von Lemberg bis Tarnów fünfzehn Stunden. Die Bedingungen waren unerträglich: „Die Waggons waren in unmöglicher Weise überfüllt [...], und an den Bahnstationen war nirgends heißes Wasser zu bekommen, während der Tee zu ungeheuerlichen Preisen verkauft wurde [...]. So musste ich zum Beispiel am Buffet in Auschwitz für zwei Gläser eine Krone bezahlen.“

Manche zogen es vor, nahe bei ihren Heimatorten zu bleiben und bei Familie oder Bekannten unterzukommen, etwa im Karpatenvorland, in Rabka oder Zakopane. Das war zwar gestattet, doch wurden sie an diesen Orten eng von der Polizei überwacht. Nicht einmal wegen einer zahnärztlichen Behandlung durften sie nach Krakau fahren.

Eine dritte Gruppe Evakuierter bestand aus den Einwohnern der Festungsstädte Krakau und Przemyśl und ihrer Vororte. Fast zehntausend Einwohner mussten Przemyśl verlassen, Krakau 25.000, das war jeder Sechste. Die Militärkommandanturen gestatteten nur Personen mit festem Wohnsitz zu bleiben, die über Lebensmittelvorräte für drei Monate verfügten. Approvisationskommissionen kontrollierten die Vorräte. Wer das Kriterium nicht erfüllte, musste abreisen. In Krakau geschah dies anfangs noch freiwillig, doch als am 3. November 1914 der erste Evakuierungszug bereitgestellt wurde, meldeten sich lediglich neun Personen, und der Zug fuhr nicht ab. Daher verkündete am 7. November die Kommandantur die



Zwangsevakuierung der „unzureichend Verproviantierten“ aus dem Krakauer Festungsbereich. „Evakuierung unter vorgehaltenem Bajonett [...], überwiegend Kinder und Frauen mit Säuglingen. In den Gesichtern Niedergeschlagenheit, Verzweiflung, Tränen. [...] sie wissen nicht, wann sie zurückkommen werden, was aus ihren Habseligkeiten wird, die zwar jämmerlich sind, aber doch ihren ganzen Besitz darstellen [...]. Das harte Kriegsrecht kennt kein Erbarmen“, schrieb am 12. November die *Nowa Reforma* (Neue Reform). Weitere Aussiedlungen waren geplant, die auch die Dörfer um Krakau einbeziehen sollten, doch Bischof Adam Stefan Sapieha protestierte mit Erfolg dagegen. Ordensleute und Weltgeistliche konnte Sapieha gleichfalls vor der Evakuierung bewahren. Wer jedoch als Flüchtling aus den galizischen Ostgebieten da war, konnte sich der weiteren Evakuierung meist nicht entziehen, zumal solche Personen nicht über ausreichende Mittel verfügten, um sich in Krakau zu versorgen.

Bis Ende 1914 trafen in den böhmischen Ländern, Österreich und Ungarn fast eine Million Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ein, ein Neuntel der Gesamtbevölkerung. Die meisten Flüchtlinge waren Juden, die wenigsten Ukrainer und Ruthenen. Fast ein Drittel der jüdischen Bevölkerung des Kronlandes hatte die Flucht ergriffen. Die Behörden waren auf diese Bevölkerungsbewegung nicht vorbereitet, obwohl sie selbst dazu beigetragen hatten. Weder mental, materiell noch organisatorisch waren die Zielgebiete der Aufnahme der Flüchtlinge gewachsen, die damit Hunger, Leiden und Tod ausgesetzt waren. Die Behörden verfuhrten planlos, überstürzt und chaotisch. Weder gab es Unterkünfte, noch war der Rechtsstatus der Evakuierten geklärt.

Am härtesten traf es die Evakuierten aus Przemysł und Krakau. Ihre Fahrtkosten wurden zwar vom Staat übernommen, und auf den Bahnhöfen erhielten sie Tee und eine Mahlzeit, doch sie durften nur maximal 25 Kilo Gepäck mitnehmen. Die Evakuierung fand häufig in Gepäck- und Viehwaggons statt, die Infektionsherde waren, zumal die Züge im Schnecken-tempo fuhren und die Fahrten sich in die Länge zogen. Manchmal hielten die Züge für mehr als eine Woche auf freiem Feld, weil Reiseroute und -ziel unbekannt waren. Der Rekord lag bei sieben Wochen für eine Fahrt von Przemysł nach Niederösterreich. Im November setzte der erste Frost ein. Die Evakuierten baten auf den Bahnhöfen um warmes Wasser, und sei es aus den Lokomotiven, um sich und ihre Kinder etwas aufzuwärmen. Glücklicherweise bildeten sich spontan Hilfskomitees.

Die Züge aus Krakau und Przemysł wurden zu einem Lager in dem mährischen Städtchen Chotzen geleitet, wo entstand, was man damals die „polnische Barackenstadt“ nannte. Mitte Dezember 1914 waren in 37 Baracken 22.000 Menschen untergebracht. Außer den Krakauern befanden sich dort polnische Internierte aus Kongresspolen, darunter aus Dänemark und



Preußen zurückgekehrte Saisonarbeiter. Beim Ausladen der Flüchtlinge ging es chaotisch zu; es kam vor, dass Eltern und Kinder einander aus den Augen verloren. Das Ganze fand unter den Augen bewaffneter Wachen statt, die die Evakuierten wie Gefangene behandelten, sie daran hinderten, in die Stadt zu gehen und noch dazu zu unbezahlter Arbeit zwangen.

Die Lebensbedingungen sprachen jeder Menschenwürde Hohn. Überfüllte, kalte und dunkle Baracken, Not und Schmutz. Die Menschen schliefen auf losem Stroh und ohne Decken. Zwei Monate konnten sie weder sich noch ihre Wäsche waschen. Kranke und gesunde Kinder lebten zusammen auf engstem Raum. Es brachen Typhus-, Ruhr- und Choleraepidemien aus. „Die Barackenstadt stand auf Sumpfwiesen. Daneben entstand geschwind eine zweite Stadt – ein großer Friedhof, auf dem bereits mehrere tausend unserer Menschen ruhten, überwiegend Kinder“, schrieb Pater Ludwik Kasprzyk, ein Beauftragter des Krakauer Bischofs Sapieha. Erst mit der Zeit wurden die Bedingungen dank polnischer Interventionen etwas besser; besonders setzten sich der Abgeordnete Zygmunt Lasocki und Sapiehas Mitarbeiter ein. 1917 feierte der Lemberger Erzbischof Józef Bilczewski eine Messe in der von Missionaren aus Krakau geleiteten Lagerkirche. Außerdem firmte er und nahm den Insassen die Beichte ab. Bis Ende 1917 durchliefen das Lager 80.122 Personen. Davon starben 4047, darunter 2203 Kinder. Die größte Zahl von Insassen hatte das Lager mit 16.353 im April 1915. Am 8. August 1918 machten sich die letzten Bewohner auf den Rückweg nach Galizien. In Lagern wie diesen waren mittellose Menschen interniert, die weder die Verhältnisse am Ort noch die Landessprache kannten.

Weitere Tausende von Evakuierten und Flüchtlingen waren in anderen Lagern untergebracht, etwa in Wagna bei Leibnitz in der Steiermark, das gleichfalls einen sehr schlechten Ruf hatte. „Was in diesen Lagern vor sich ging, übersteigt in seiner Ungeheuerlichkeit alles, was die Phantasie sich ausmalen kann“, schrieb Wincenty Witos. In Wagna galt ein striktes Gefängnisregime. Die Mahlzeiten waren frugal, da mit der Zubereitung Privatfirmen beauftragt waren, für die der Gewinn wichtiger war als die Versorgung der Insassen. Das Lager war mit Stacheldraht umzäunt und wurde von 160 Gendarmen bewacht; die Internierten kamen sich wie in einer Strafkolonie vor. Lausbefall war allgemein, mit der unvermeidlichen Folge von Typhusausbrüchen. An der Jahreswende 1914/15 wurden aus Wagna 4000 Männer im Alter von 16 bis 65 Jahren nach Serbien verbracht, um dort bei Befestigungs-, Eisenbahn- und Wegebau eingesetzt zu werden. Von diesen kehrten nur 1500 zurück. Die Übrigen starben an Erschöpfung, Krankheiten oder serbischen Kugeln. Nach Interventionen der Priester wurde das Lagerregime etwas gelockert, Spitäler eröffnet und Ärzte hinzugezogen, wodurch es gelang, die Infektionen einzudämmen. Trotzdem gab es auch bei diesem Lager einen Friedhof mit 693 polnischen Gräbern. Die

Zivilinternierten wurden nach und nach durch italienische Kriegsgefangene ersetzt. Das Lager wurde endgültig am 8. August 1918 aufgelöst, ebenso ein weiteres in der Nähe von Graz.

Die polnischen Reichsratsabgeordneten forderten 1917 die Entschädigung der Internierten, der widerrechtlich Inhaftierten und der Angehörigen von Hingerichteten sowie die harte Bestrafung der Verantwortlichen. Das geschah nicht, doch wurde zumindest einem Teil der Betroffenen eine bescheidene Entschädigung zuerkannt.

Polen mit guten Beziehungen und ausreichender Barschaft durften außerhalb der Lager wohnen und behielten den Aufenthalt in der Fremde in guter Erinnerung. „Halb Galizien fand hier Unterschlupf, und wem es die Mittel erlaubten, der genoss alle Bequemlichkeiten und konnte sich recht frei bewegen. Auf der Straße, in den Gaststätten und Cafés war die polnische Sprache zu hören.“ Ruhe und Wohlstand der österreichischen Städte kontrastierten stark mit Armut und Zerstörung in Galizien. „Nachdem ich erst der galizischen Hölle und meinen schrecklichen Kriegserlebnissen entkommen war, kam ich mir vor wie im Paradies“, schrieb Zygmunt Jasiński. Die Vermögenden und Gebildeten gingen in Oper und Theater, verkehrten in österreichischen und polnischen Salons und hatten kaum Verständnis für die Lage derer, die in den Lagern saßen oder ohne jeden Lebensunterhalt in einem Kellerwinkel oder Dachboden hausten.

Die Österreicher waren vom Ausmaß der Fluchtbewegung überrascht. Allein in Wien wurde im Frühjahr 1915 die Anzahl der Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina auf 200.000 geschätzt, was etwa zehn Prozent der Stadtbevölkerung ausmachte. Diese Präsenz bestärkte das etablierte Negativstereotyp des „Galizianers“. Aus der Masse der Flüchtlinge stachen die orthodoxen Juden und die polnische und ukrainische Landbevölkerung heraus. Nicht alle Wiener waren orientiert, wieso und woher diese Leute kamen oder wo überhaupt Galizien lag. Daher gingen bei den Zeitungen Leserfragen ein, wo sich denn wohl eine Stadt namens „Karpaten“ befinde, aus der vermeintlich etliche der Fremden stammten. Die Fremden verstörten die Einheimischen mit ihrer Sprache, ihrer fremden Kultur und ihrer Armut. Sprachen die Leute aus Galizien auf der Straße jiddisch oder ihren polnischen Dialekt, wurden sie beleidigt und beschimpft. Es gab Schlägereien zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Die Ankömmlinge waren stigmatisiert und verachtet. Die Wiener Presse verstieg sich zu der Behauptung, man hätte die Flüchtlinge gleich in Konzentrationslager stecken sollen, anstatt sie in leer stehende Wohnungen zu pferchen, um solche Folgen zu vermeiden. An anderen Orten reagierten die Eingesessenen ähnlich. Die Flüchtlinge wurden zum Sündenbock für alles und jedes gestempelt, für die Verbreitung von Krankheiten, Versorgungsprobleme, Lebensmittelmangel und Inflation. Die Flüchtlinge wurden schlechter behandelt als die

Kriegsgefangenen. Schon Zeitgenossen stellten fest, man beraube sie ihrer Menschenwürde; Gefühle der Ungerechtigkeit und Benachteiligung konnten nicht ausbleiben. Andererseits richtete die Presse Appelle an die Öffentlichkeit, die Kriegsevakuierten nicht als Herumtreiber und Gassenjungen zu bezeichnen, sondern sie als „Soldaten ohne Waffen“ zu sehen.

Wegen der wachsenden Abneigung gegen die Flüchtlinge erklärte sich Wien am 10. Dezember 1914 zur geschlossenen Stadt. Diesem Beispiel folgten in schneller Folge weitere Orte. Daher wurden Flüchtlinge fortan unter anderem nach Böhmen und Mähren geschickt, wo sie zumindest in der Anfangszeit ein wenig besser aufgenommen wurden: „Überall herrscht große Bereitschaft, Hilfe zu leisten [...]. Die Leute gingen um die Häuser, um warme Kleidung zu sammeln, und boten Hilfe bei der Kartoffelernte an.“ Im Frühjahr 1915 wurden in Böhmen 18.000 polnische und 82.000 jüdische Kriegsflüchtlinge gezählt. Als sie in der Folgezeit jedoch wenig Neigung zeigten, an ihre Heimatorte zurückzukehren, kam auch hier die Behauptung auf, sie verbreiteten Krankheiten und verursachten Preissteigerungen. In Anbetracht der kriegsbedingten Versorgungsprobleme waren das vielleicht nachvollziehbare Reaktionen. Anfang 1917 wurde Kriegsflüchtlingen in Prag untersagt, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, weil sie Typhus verbreiten könnten.

Die Abneigung gegen die Galizier rührte auch aus der Auffassung, sie seien an den Niederlagen schuld. „Die Einwohner, die Soldaten, die Eisenbahner behandelten uns wie Verräter, das war ihre Gesinnung uns gegenüber. Man spuckte uns ins Gesicht, bewarf uns mit Steinen und drohte, uns zu verprügeln“, vermerkte ein polnischer Erinnerungsbericht. Die Gassenjungen riefen ihnen „Russen! Russen!“ hinterher, und die österreichische Presse schrieb von den „russophilen Polen“.

Mitte 1916 gelangte eine weitere, wenn auch weniger umfangreiche Welle von Flüchtlingen aus Galizien nach Österreich und Böhmen, nämlich auf der Flucht vor der Brusilov-Offensive. Es handelte sich in der Mehrheit um Juden, die in Österreich schlecht aufgenommen wurden. Gebräuchliche Schimpfnamen waren „polnische Juden“ oder „Schweinejuden“. „Die Wiener sahen in ihnen keine Landsleute aus der Monarchie, sondern Fremde, die durch merkwürdige Kleidung, Sprache und Verhalten auffielen. Sie waren Ziel von Angriffen und Sündenböcke.“

Regierungseinrichtungen boten ohne Ansehen von Herkunft oder Religion Flüchtlingshilfe an. Dazu gehörte die „Zentralstelle der Fürsorge für die Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina“, gegründet am 10. September 1914 (nach dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 umbenannt in „Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge“). Diese Einrichtung verfügte über genügend finanzielle Ressourcen, um Konkurrenz zwischen Juden, Polen und Ukrainern auszulösen. Polen und Ukrainer

warfen den Juden vor, ihre Glaubensgenossen zu favorisieren, zumal 37 der 38 Sektionen der Zentralstelle von jüdischen Persönlichkeiten geleitet wurden und die 300 Mitarbeiter fast ausschließlich jüdisch waren. Überhaupt trieben Verteilungsfragen einen tiefen Spalt zwischen die verschiedenen Nationalitäten. Der Vorwurf von Polen und Ukrainern lautete, die Juden würden durch Schmiergelder und Beziehungen verhindern, in die berüchtigten „Lagerstädte“ geschickt zu werden, um in Schulsälen, Hotels, Depots oder Wirtschaftsgebäuden unterzukommen. Tatsächlich kam dies vor, doch wurden viele Juden auch in ausschließlich für sie bestimmten, nicht allgemein bekannten Lagern untergebracht. Die Wiener Regierung ließ sich dabei von dem Prinzip leiten, nach Nationalitäten und Glaubenszugehörigkeit getrennte Lager einzurichten, um die zerstrittenen Gruppen auf Distanz zu halten.

Das Galizien-Ministerium sah ein Tagegeld von 70 Hellern pro Person für die Galizienflüchtlinge vor, das wegen der Inflation später auf 90 Heller erhöht wurde. Das war ein eher symbolischer Betrag, weil eine warme Mahlzeit in der Volksküche bereits 30 bis 50 Heller kostete und ein bescheidenes Zimmer 15 bis 20 Kronen Monatsmiete. Die Monarchie verausgabte dafür von Oktober 1914 bis Mai 1915 88 Millionen Kronen. Besser erging es evakuierten Beamten, Richtern, Lehrern und Eisenbahnern, da sie ihre Löhne und Gehälter weiterbezogen.

Anfang November 1914 erhielten 82.000 Juden, 44.000 Polen und 17.000 Ukrainer und Ruthenen finanzielle Beihilfen. Im Juni 1915 waren es insgesamt bereits 507.493 Personen, davon 169.666 Polen, 71.690 Ukrainer und Ruthenen sowie 266.136 Juden. Am 1. Mai 1917 waren es 22.251 Polen, 61.308 Ukrainer und Ruthenen und 173.265 Juden. Daraus ist zu schließen, dass die Polen eher rückkehrbereit waren als die Juden; diese bemühten sich häufiger um dauerhaften Aufenthalt in Österreich oder die Emigration nach Übersee. Außerdem fanden mehr als 40.000 Juden und einige Tausend Polen und Ukrainer im transleithanischen Reichsteil Unterschlupf.

In der Flüchtlingshilfe wurden auch Bürgerkomitees der einzelnen Nationalitäten aktiv; diese Leistungen waren nationalistisch motiviert und national exklusiv. An Orten mit größeren nationalen Kolonien bildeten sich an den christlichen und jüdischen Gemeinden in Böhmen und seltener in Österreich weitere Hilfskomitees, an denen sich Polen oder galizische Juden beteiligten.

Finanzminister Leon Biliński leitete ein weiteres Komitee zur Unterstützung der polnischen Flüchtlinge, dessen laufende Arbeit von Julian Twardowski koordiniert wurde. Dieses Komitee stand unter Aufsicht des Galizien-Ministeriums und sammelte zwei Millionen Kronen, mit denen unter anderem das Polnische Haus in Wien eröffnet werden konnte. Am erfolgreichsten war Bischof Sapieha in seinem Einsatz für die polnischen

Flüchtlinge. „Polen hat einen mit einem phänomenalen Organisationstalent begabten Kirchenfürsten“, schrieb Karolina Lanckorońska. Sapieha fuhr viele Male nach Wien, um sich für die Flüchtlinge zu verwenden. Er erlangte die Erlaubnis, Geistliche zur Betreuung der Flüchtlinge zu entsenden. Zur polnischen Gemeinde von Chotzen wurden fünfzehn Priester und Ordensschwwestern abgestellt, und im Januar 1915 wurde in Wien unter Sapiehas Schirmherrschaft das Zentralkomitee zur Moralischen Fürsorge für die Flüchtlinge in Galizien gegründet, das sich unter anderem einiger Tausend Waisen annahm. Auf Sapiehas Initiative wurde auf dem Wiener Nordbahnhof eine Informationsstelle eingerichtet. Sapieha versuchte, Abgeordnete für diese Aktivitäten zu gewinnen, doch mit geringem Erfolg, auch wenn beim polnischen Reichsratsklub eine Flüchtlingskommission unter Leitung von Ludomir German und dessen Stellvertreter Andrzej Kędzior gebildet wurde. Diese sollte Interventionen zugunsten von Kriegsgeschädigten koordinieren. Die polnischen Abgeordneten waren jedoch mehr an polnischer Nationalpolitik als an der Bevölkerung interessiert. „Daher gab es in Galizien häufige und heftige Angriffe gegen den Polnischen Klub, so auch in der Presse. [...] überhaupt war die Gleichgültigkeit unserer Führer für die großen Massen der Bevölkerung, die damals besonders auf Fürsorge und Unterstützung angewiesen waren, ganz erstaunlich und nicht nachzuvollziehen“, erinnerte sich ein Kriegsevakuiertes. Während die meisten seiner Kollegen untätig blieben, tat sich Zygmunt Lasocki umso mehr hervor, der nach Meinung eines Journalisten „ein wahrer Beschützer dieser unglücklichen Opfer des Krieges“ war. Insgesamt brachte die Unterstützung durch Regierung oder private Initiativen Erleichterung, konnte jedoch den gewaltigen Bedarf der Flüchtlinge nicht decken. Ein Bürgermeister in Böhmen sagte dazu: „[...] trotz Anspannung all unserer Kräfte und Erschöpfung all unserer Mittel sind wir nicht in der Lage, ihre Not auch nur zum Teil zu lindern.“

Die polnischen Bürgerkomitees kümmerten sich um Menschen in- und außerhalb der Lager. Sie leisteten materielle, moralische und medizinische Hilfe, kümmerten sich um Arbeitsvermittlung, gründeten polnische Vereine, Küchen, Kinderheime und Schulen und beriefen ein Schulkomitee für das galizische Schulwesen. Anfangs bereitete es keine besonderen Schwierigkeiten, Volksschulen für Flüchtlingskinder zu gründen. Mit der Zeit stellten sich dem jedoch in Österreich und Böhmen bürokratische Hürden entgegen. „Die galizische Jugend hat sich das Tschechische bzw. das Deutsche so gut angeeignet, dass sie an den Schulen am Ort gehörige Fortschritte im Unterricht macht; eine polnische Schule ist daher nicht notwendig“, lautete die Auskunft eines böhmischen Bezirkshauptmanns an die polnischen Vereine. Wer sich für die polnische Sache engagierte, konnte solche Auffassungen nicht teilen. Auch die Schulinspektoren erschwerten die Gründung polnischer Schulen. Wie einer von ihnen meinte, müssten die Polen dankbar

dafür sein, dass ihre Jugend an der örtlichen Schule in den Genuss der deutschen Kultur komme, welche die polnische übertreffe. Im Allgemeinen wurden jedoch pragmatische Vorwände aufgebracht. Die größten Probleme mit der Gründung neuer Volksschulen traten in den Jahren 1917/18 auf, als die wachsenden Probleme des Alltags den Flüchtlingen angelastet wurden und Fremdenfeindlichkeit um sich griff. „Kein einziges Bezirksamt hat es für nötig befunden, einen Inspektor zu schicken, um die Fürsorge für die Schulkinder zu besprechen, keines hat einen Antrag auf die Gründung einer polnischen Schule übersandt“, schrieb der polnische Inspektor Jan Rąb. Auch war kein Bezirksamt bereit, polnische Lehrer einzustellen. Im Dezember 1916 wurden unter den polnischen Evakuierten und Flüchtlingen 622 Lehrer gezählt, doch nur sehr wenigen wurden Stellen angeboten. Auch vom Landesschulrat und den polnischen Reichsratsabgeordneten erhielten sie kaum Unterstützung. Lediglich der Abgeordnete Rudolf Gall aus Stanislaw bemühte sich in der Sache. Auf noch größere Schwierigkeiten stießen Versuche, polnische Mittelschulen zu gründen. Allenfalls gelang es, einzelne polnische Klassen in bestehenden Schulen einzurichten oder praktische Kurse abzuhalten, die übrigens einen wertvollen Beitrag leisteten. Polnische Organisationen konnten lediglich Privatgymnasien einrichten, aber bis zum 2. Juli 1917 wurden deren Zeugnisse nicht anerkannt, was sie nicht gerade attraktiv machte.

Dagegen waren jüdische Institutionen recht erfolgreich, zumal sie finanzielle Hilfe aus den Vereinigten Staaten und von der Baron Hirsch-Stiftung erhielten. So kam es zur Gründung eines Netzes von Schulen der Bernard Goldmann-Gesellschaft für Volksschulen. Die Unterrichtssprache war Polnisch, da diese Schulen von Kindern aus assimilierten Familien besucht wurden. Die jüdischen Abgeordneten blieben auf diesem Feld wenig aktiv. In einem Interview mit einer Wiener Zeitung bekannte Natan Loewenstein: „Wir taten nicht soviel, wie wir gewünscht hätten, doch wir arbeiteten viel und aufrichtig. In den ersten Tagen des September 1914 hielten sich in Wien nur wenige Abgeordnete auf.“ Loewenstein und andere besuchten mehrfach das Lager Nikolsburg, in dem sich jüdische Flüchtlinge befanden.

Die Rückkehr nach Galizien begann im Sommer 1915. Viele Flüchtlinge hatten es damit nicht eilig, weil die Eisenbahnen überlastet und etliche krank waren, anderen konnten nicht heimkehren, weil ihre Häuser zerstört waren. Einige wollten auch gar nicht zurück, verloren dann aber jeden Unterstützungsanspruch. Die Krakauer gehörten zu den ersten Rückkehrern und waren bis Dezember 1915 praktisch alle zurück. Die Stadt ließ ihnen über das Komitee für Soforthilfe für die Evakuierten bescheidene Subventionen zukommen. Deutlich später traten die Lemberger die Heimreise an. Die Zurückgebliebenen waren von den Rückkehrern keineswegs begeistert, weil sie fürchteten, diese würden ansteckende Krankheiten mitbringen oder

die ohnehin geringen Lebensmittelrationen noch weiter schrumpfen lassen. In Lemberg wurde gar diskutiert, die Rückkehrer mehrere Wochen in eigens einzurichtenden Lagern unter Quarantäne zu stellen. Solche Reaktionen begneteten den Rückkehrern auch in anderen Städten.

### 3 Rückeroberung

Nach der Schlacht von Gorlice hielt die k.u.k. Administration wieder Einzug in die zurückeroberten Gebiete Galiziens, was volkstümlich „Mamas Rückkehr“ hieß. Die Befreier wurden von der Bevölkerung herzlich, oft gar enthusiastisch begrüßt. „Schau, Kind, das sind die Unsrigen. Die *Moskale* sind geflohen, sie sind nicht mehr da“, erklärte ein Vater dem Sohn. „Ein Freudentaumel ergriff unsere Bevölkerung. Der Begrüßungsjubel wollte nicht enden [...]. Die Juden konnten sich vor Freude kaum halten, dass wieder bessere Zeiten kamen“, vermerkte ein Bericht aus Tarnów vom Mai 1915. Die galizischen Untertanen lieferten zahlreiche Beweise für die Sehnsucht nach „Mamas Rückkehr“, für ihre Liebe zur österreichischen Obrigkeit. Die Nationalitäten suchten einander darin zu übertreffen, Beweise ihrer Loyalität zu liefern. In den Kirchen und Synagogen wurden Dankgottesdienste für die militärischen Erfolge der Doppelmonarchie gefeiert. Am 26. Februar 1916 verlieh die Lemberger Universität Erzherzog Friedrich den Ehrendokortitel. Was Rang und Namen hatte, überschlug sich auch in Loyalitätsbekundungen für den deutschen Kaiser. An dessen Geburtstagen, dem 27. Januar, wurde sowohl im Jahre 1916 als auch 1917 in Kirchen und Synagogen für die Gesundheit Kaiser Wilhelms II. und den Erfolg der deutschen Armee gebetet. In Lemberg nahmen an diesen Gottesdiensten polnische Politiker, Geistliche und Professoren einschließlich der Rektoren von Universität und Polytechnikum teil. Straßen wurden zu Ehren der Sieger umbenannt. Im Juni 1916 wurde in Lemberg ein Komitee zur Begehung des Jahrestags der Befreiung der Stadt gebildet. Polen, Ukrainer und Juden erwiesen ihren schwarzgoldenen Patriotismus, indem sie Staatsobligationen zur Unterstützung der Kriegsanstrengung erwarben. Wie überall in der Monarchie wurden Spenden für die Verwundeten, Kriegerwitwen und Kriegswaisen gesammelt. Ende Februar 1916 begann eine Spendenaktion unter dem Motto „Ostern für die Soldaten“. Am 2. April wurde in Lemberg das hölzerne Standbild des „eisernen Ritters der Stadt Lemberg“ enthüllt, und den ersten Nagel schlug Erzherzog Joseph Ferdinand ein. Für jeden Nagel war eine Spende für die Armee und die Familien gefallener Soldaten zu leisten. Ähnliche Säulen und Schilde wurden auch in den kleineren Städten aufgestellt.

Solche Unternehmungen hatten den Zweck, das beschädigte Ansehen der galizischen Untertanen zu reparieren und den Nachweis zu erbringen, wie



ungerechtfertigt die Vorwürfe von Illoyalität und Verrat seien. Doch trotz aller Bemühungen wollte sich der Erfolg nicht so recht einstellen, weil die Militärs es besser zu wissen meinten und nur auf Gelegenheit zur Revanche harrten. So begann eine Zeit der harten Herrschaft. Was als Befreiung gefeiert worden war, offenbarte sich als Okkupation des eigenen Gebiets. Die Repressionen waren 1915/16 noch deutlich umfassender als im Herbst 1914. „Die Militärherrschaft versteigt sich ins Absurde“, vermerkte ein Zeitgenosse. Die Militärs waren überzeugt, die Knute gebrauchen zu müssen, um loyales Verhalten zu erzwingen und ihre Herrschaft zu sichern. Einer zu großen Nähe zur Besatzungsmacht verdächtige Beamte bekamen ihr Gehalt nicht ausgezahlt oder wurden arretiert. Besonders scharfer Invigilation unterlagen die Mitarbeiter von Post und Telegrafien. Eigens einberufene Rehabilitierungskommissionen untersuchten die Loyalität der Beamten; meist wurden sie von Deutschösterreichern ohne Polnischkenntnisse geleitet, die voller Vorurteile und vom allgegenwärtigen Verrat überzeugt waren. Offiziere leiteten die Untersuchungen, und mit der Bestrafung von Verdächtigen bis hin zur Exekution war man schnell bei der Hand. Unter den Exekutierten waren polnische Lehrer, so etwa Bolesław Franciszek Łazarski, ein Mathematiklehrer am Lyzeum von Tarnów, der zum Tode verurteilt wurde, weil er während der Okkupation mehrfach seinen Schwiegersohn bei sich zu Gast gehabt hatte, einen polnischen Offizier in russländischen Diensten, dessen Regiment in Tarnów garnisoniert gewesen war. Selbst Frauen, die russischen Offizieren die Wäsche gewaschen hatten, wurden der Kollaboration bezichtigt. Zu den Verdächtigten gehörten katholische Geistliche wie Erzbischof Bilczewski und der armenisch-katholische Erzbischof Józef Teodorowicz, die Abgeordneten Wincenty Witos und Tadeusz Tertil, der vormalige Statthalter Leon Piniński und Ordensschwwestern und Priester, die Spitäler leiteten, in denen russländische Soldaten behandelt wurden.

Die schlimmsten Repressalien bekamen die Ruthenen zu spüren. Manchmal reichte das Bekenntnis, Ruthene zu sein, um augenblicklich gelyncht zu werden. Selbst Friedensgebete unierter Priester galten als Kollaboration. Mehr als zehntausend Ruthenen, Lemken und Ukrainer wurden in Lagern in Österreich wie in dem besonders berüchtigten Lager Talerhof südlich von Graz interniert. Die ersten Insassen trafen ohne Untersuchungsverfahren und Urteil 1914 ein, weitere kamen im Jahr darauf hinzu. Im März 1915 brach eine Typhusepidemie aus. Von September 1914 bis zur Auflösung des Lagers Talerhof im September 1917 starben 1767 Insassen. Zu ihrem Gedenken wurden die „Talerhofer Kreuze“ errichtet. Auch in anderen Lagern waren Ukrainer und Ruthenen interniert, beispielsweise im niederösterreichischen Gmund.

Unter den Deportierten waren russophile griechisch-katholische Priester aus dem Lemkengebiet, Ostgalizien und der Bukowina. Bis Anfang



1916 wurden insgesamt 125 Priester interniert, 128 erhielten Reiseverbot, gegen 25 wurde ermittelt, in 22 dieser Fälle ein Strafverfahren eröffnet. Der Prozess fand vom 4. September 1916 bis zum 17. Februar 1917 vor einem Militärgericht in Wien statt und endete mit 16 Todesurteilen und sechs Freisprüchen. Die Urteile wurden nicht vollstreckt, die Verurteilten im August 1917 von Kaiser Karl I. amnestiert.

Unterdessen begann in Galizien und der Bukowina eine blutige Herrschaft von Armee und Polizei, denen Denunziationen ständig neue Opfer zutrug. Überall wurde nach Beweisen für Verrat gesucht. Selbst Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh sprach vom „großen Verrat“. Es begann eine Hexenjagd, die an die dunkelsten Tage Metternichs im Vormärz gemahnte. Beobachter erkannten bei den Menschen „sadistische Instinkte“, und die Österreicher hätten nichts ausgelassen, um sich in den schlechtesten Ruf zu setzen. Die Militärbehörden verfielen in Paranoia. Die Feld- und Standgerichte arbeiteten rund um die Uhr, die Verfahren wurden auf deutsch geführt. Des Deutschen Unkundige erhielten einen Dolmetscher beigelegt. Sie wurden der Kollaboration, des Russophilentums, der Desertion, des Versteckens russischer Kriegsgefangener, der Majestätsbeleidigung, des Aufbewahrens russischer Zeitungen bezichtigt. Auf Grundlage einer kaiserlichen Verordnung vom 9. Juni 1915 wurde das Eigentum von sogenannten „Verratshandlungen“ Verdächtigen konfisziert. Minderjährige wurden vor Gericht gestellt, die denunziert worden waren, auf der Straße nach der Melodie des Krakowiak gesungen zu haben: „[...] besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, besser der Rubel als die Krone.“ Personenkontrollen wurden verschärft und neue Pässe ausgegeben. Besonders berüchtigt war Erzherzog Joseph Ferdinand, Chef der 4. Armee, der sich den Beinamen *vešatel'* (russ. „Henker“) erwarb und seinen Mangel an Talent und seine militärischen Fehlschläge durch Massenverhaftungen wettzumachen suchte. Nach Bilińskis Bericht „ließ er in jedem Dorf in Westgalizien wahllos polnische Bauern an Galgen aufhängen, die vor den Kirchen aufgestellt waren.“ Die österreichischen Truppen wüteten in Galizien „schlimmer als die Kosaken“, wie General Tadeusz Rozwadowski dem Kaiser mitteilte. Besonders das ungarische Militär zeigte sich von seiner schlechtesten Seite und schnitt im Vergleich mit den Kosaken schlecht ab. Der Militärkommandant von Lemberg, der tschechischstämmige Generaloberst Wojciech Letofsky, war für seine Grausamkeit berüchtigt. Wen er für schuldig hielt, der wurde erbarmungslos verfolgt und bestraft. Eine gemeinsame Intervention der Erzbischöfe Bilczewski und Teodorowicz, Rozwadowskis und polnischer Politiker in Wien erreichte im Februar 1916 Letofskys Abberufung. Sein Nachfolger wurde General Franz Riml.

Das Denunziantentum florierte, zumal es finanziell belohnt wurde, und war eine im Herbst 1914 eingeführte und nach der Rückeroberung

fortgesetzte Praxis. „Sobald jemand in den Besitz von Informationen über verdächtige Personen gelangt, sind diese an die nächste zivile oder militärische Behörde weiterzugeben. Die Anzeige einer Person, die der Spionage oder Betreibung russophiler Propaganda überführt wird, wird mit einem Betrag von 50 bis 500 Kronen belohnt“, verkündete die Militärkommandantur von Sambir. Ähnliche Verlautbarungen ließen auch andere Kommandanturen ergehen. So wurden Hunderte von Aussagen gemacht, Tausende von Denunziationsschreiben gingen bei Militär und Polizei ein. Jeder denunzierte jeden: Die Juden die Polen und umgekehrt, die Ukrainer die russophilen Ruthenen und die Polen, die Polen denunzierten die Ukrainer. Auch innerhalb einer Nationalität wurde Denunziation zur politischen Waffe: Die polnischen Sozialisten etwa denunzierten die prorussischen Nationaldemokraten. Einen besonders schlechten Ruf erwarb sich Fanny Dittner, Eigentümerin einer Mädchenschule in Lemberg, Informantin des k.u.k. Nachrichtendienstes und Mitarbeiterin Letofskys, die selbst den Beichtvater der eigenen Schule wegen unpatriotischen Verhaltens anzeigte. Manches Mal reichte üble Nachrede, um einen verdächtigen Ruthenen oder Polen für viele Jahre ins Gefängnis oder vor das Erschießungspeloton zu bringen. „Menschen werden in großer Zahl wahllos ermordet, ohne Bedenken, ohne jeden Unterschied“, schrieb der Abgeordnete Władysław Długosz im Dezember 1917 an die Militärkommission des Reichsrats. Exekutionen waren an der Tagesordnung. Von Bäumen und Telegrafmasten hingen die Gehenkten, den Befehl gaben Frontoffiziere oder Etappenkommandeure. Das Militär ließ Bilder von Hingerichteten verbreiten. Die genaue Zahl der Opfer lässt sich nicht mehr feststellen, doch lag sie sicher nicht bei den bis zu 60.000, von denen die historische Literatur spricht, was nach neuerer Forschung als überhöht gelten muss. Eine exakte Verifizierung der Opferzahlen ist unmöglich, weil die österreichische Dokumentation lückenhaft ist.

Die Repressionen ließen erst nach, als die Obrigkeit einsah, dass Hunderte unrechtmäßige Urteile ergangen waren und die Militärgerichtsbarkeit dem Ruf von Staat und Dynastie sehr schadete. Der Alltag kehrte zurück. Kaiser Karl setzte den Repressionen endgültig ein Ende, als er 1917 eine Amnestie für des Verrats, des Aufruhrs oder der Majestätsbeleidigung Beschuldigte erließ. Auch die Stadt Lemberg profitierte von diesem Kurswechsel. Als am 31. Januar 1917 Stadtpräsident Rutowski aus Russland zurückkehrte, bot sich die Gelegenheit, die im Juni 1915 aufgehobene autonome Lokalverwaltung wiederherzustellen. Der Statthalter richtete eine neue Körperschaft unter der Bezeichnung Provisorischer Stadtrat ein, bestehend aus 100 Personen, von denen 58 frühere Verordnete und 42 Kooptierte waren. Die Ukrainer waren durch fünf Verordnete repräsentiert. Rutowski berief als kommissarischer Stadtpräsident die Sitzungen ein.

„Mamas Rückkehr“ ging mit Requisitionen einher, wie sie im übrigen in allen kriegführenden Staaten üblich waren. Der Krieg brachte die normale Wirtschaftsführung zum Erliegen und steigerte den Bedarf an Rohstoffen und Halbfertigprodukten um ein Vielfaches. Requisitionen in Landwirtschaftsbetrieben und Wirtschaftsunternehmen sollten dem Mangel abhelfen. Neben den regulären, von den Quartiermeisterstäben angeordneten Beschlagnahmen gab es natürlich auch den gewöhnlichen Raub durch Soldaten auf dem Durchmarsch. Solche Taten deckten nicht allein den Bedarf des Augenblicks, sondern entsprangen auch einem Gefühl der Straflosigkeit und einer bestimmten, kriegsbedingten Geisteshaltung. Der an der Front angestaute schwere Stress verschaffte sich in der Gewalt ein Ventil. Soldaten plünderten, was ihnen unter die Hand kam. Sie zerschlugen Möbel, schlugen Kacheln von den Öfen, warfen Menschen aus ihren Wohnungen, rissen Zäune nieder und sammelten alles Brennbares, um Feuer zu machen. Sie rissen Bohlen aus den Böden oder brachen Scheunen und Holzhütten ab, um mit dem Material Schützengräben zu verschalen, Unterkünfte zu bauen oder Plankenwege zu legen.

Mit Kriegsbeginn wurden Pflichtleistungen eingeführt, welche die Zivilbevölkerung zu erbringen hatte. Die Armee konnte Grundstücke und Gebäude beschlagnahmen, Lebensmittel, Schlachtvieh und Viehfutter requirieren und Soldaten einquartieren. Dazu zählte die Gestellung von bespannten Fuhrwerken samt Fuhrdiensten. Manchmal verdienten die Fuhrleute so eine schnelle Krone, doch konnte es gefährlich werden, wenn lange Strecken in die Ukraine oder nach Serbien zu fahren waren. Nicht alle kehrten zurück, denn manche erlagen unterwegs Epidemien oder wurden von feindlichen Kugeln niedergestreckt. Das machte die Fuhrten so berüchtigt, dass die Fuhrleute ihre Pferde vorsorglich im Wald versteckten, die Fuhrwerke auseinanderbauten und die Einzelteile verbargen. Es mussten in behördlichen Listen aufgeführte Industrieprodukte, Baumaterial und Werkzeuge geliefert werden. Solche Regelungen galten in allen kriegführenden Staaten. Allerdings war bei den Ententemächten der Mangel an Material und Rohstoffen weniger spürbar, nicht zuletzt weil sie Zugang zur Produktion ihrer Kolonien hatten. Die Mittelmächte dagegen waren von der durch die Royal Navy vollstreckten Blockade stark beeinträchtigt. Daher waren gerade für die Kriegsanstrengung der k.u.k. Monarchie Requisitionen besonders wichtig.

Im Verlauf des Kriegs wurden die Requisitionsmaßnahmen immer verzweifelter und bezogen schließlich auch blecherne Haus- und Kirchendächer sowie Kirchenglocken ein. Viele dieser Glocken waren von historischem Wert, was sie aber nicht vor der Beschlagnahme rettete. Auch Haushaltsgegenstände aus Bronze oder Messing wurden requiriert, etwa Schlösser und Türklinken, ferner eiserne Boden- und Herdplatten, Töpfe, Pfannen,

Küchenmörser, Zinngeschirr, selbst Blitzableiter. Die Kommissionen hielten gewissenhaft fest, was bei wem in welchem Wert beschlagnahmt wurde. Barzahlung blieb die Ausnahme. Stattdessen berief man sich auf das Kriegsleistungsrecht und stellte Quittungen aus, die allerdings von den Finanzbehörden nicht immer anerkannt wurden. Erst 1918 gingen die Behörden verstärkt dazu über, Entschädigungen auszuzahlen und Geldunterstützungen zu leisten. Dies geschah auf Interventionen polnischer Beamter und Reichsratsabgeordneter in Wien hin. Doch wurden die Entschädigungen oft verweigert, weil die Quittungsangaben erst überprüft werden sollten. Da in Galizien viele Menschen nicht lesen konnten, machten sich Soldaten gelegentlich einen Scherz daraus, statt eines sachgemäßen Eintrags einen sarkastischen Vers auf die Quittung zu schreiben, die damit wertlos war. Für die von den Russen durchgeführten Requisitionen wurde überhaupt jede Entschädigung verweigert, selbst wenn diese nicht abtransportiert, sondern von k.u.k. Truppen übernommen worden waren; die Begründung lautete, es handle sich um Kriegsbeute.

Institutionen wie Schulen oder Hochschulen, deren Gebäude zur Einrichtung von Spitälern beschlagnahmt worden waren, bemühten sich ebenfalls um Entschädigungen. Es brauchte jedoch viel Zeit, um die entstandenen Schäden und verbrauchten Materialien zu dokumentieren, die Angaben zu überprüfen und schließlich zu einer Auszahlungsentscheidung zu gelangen. Die Jagiellonische Universität beispielsweise erhielt eine Auszahlung für die mehrmonatige Nutzung von Räumlichkeiten durch das Militär erst 1918, wenige Monate vor dem Untergang der Monarchie. Andere hatten weder das Glück noch die Entschlossenheit, um ihre Ansprüche durchzusetzen, bevor die Doppelmonarchie Geschichte geworden war.

#### 4 Kaltgestellt

Nach Auffassung Wiens hatten sich die Polen als in Galizien autonom waltende Hausherren nicht bewährt. Daher hielt die Regierung einen Personalwechsel und eine Neuorganisation des Verwaltungssystems für geboten. Im Oktober 1914 forderten Conrad und Erzherzog Friedrich die Ablösung von Statthalter Korytowski und die Ernennung eines Generals mit der Begründung, es müsse ein energischer Kampf gegen die „staatsfeindlichen Elemente“ geführt werden. Darin pflichteten ihnen die Ukrainer bei, die einen „unparteiischen Menschen“ als neuen Statthalter wünschten, der sie als „treuste Söhne der Monarchie“ zu schätzen wisse. Doch fiel zu dieser Zeit noch keine Entscheidung.

Die Sache kam im Sommer 1915 erneut auf die Tagesordnung, als Conrad und Erzherzog Friedrich sich dafür aussprachen, die Autonomie der frontnahen Kronländer aufzuheben, das heißt Galiziens und der Bukowina.

Sie schlugen vor, ein von einem Generalgouverneur geleitetes Militärgouvernement einzuführen. Am 15. Juni 1915 legte Conrad seine Gründe dem Kaiser dar: Zum einen seien die Polen inkompetent; zum andern brächten sie die Ruthenen gegen die Monarchie auf; drittens seien sie illoyal. Der Kaiser nahm dies zur Kenntnis, traf aber keine Entscheidung, zumal sich die Polen in Regierung und Reichsrat gegen diese Vorschläge stellten. Doch Ministerpräsident Stürgkh erkannte die eigene Machtlosigkeit gegenüber einer siegreichen Armee. Daher ließen sich Militär und Regierung schließlich auf einen Kompromiss ein: Das Amt des Statthalters sollte fortbestehen, aber von einem Militär als Generalgouverneur ausgeübt werden. In diese Position wurde im August 1915 General Hermann von Colard berufen, ein aus Stanislau gebürtiger, polnisch und ukrainisch sprechender Österreicher. Diese Regelung der Statthaltschaft wurde von den Juden positiv aufgenommen und fand die besondere Zustimmung der Ukrainer, weil sich in ihren Augen darin das Ende der „Polenherrschaft“ ankündigte. Dagegen machte polnische Politiker wie Biliński gute Miene zum bösen Spiel. Sie trösteten sich, dass auch die neue Regierung polenfreundlich sein werde. Biliński meinte zu Agenor Gołuchowski, Colard sei eine so gute Personalentscheidung wie dieser, woraufhin Gołuchowski entgegnete: „Vielleicht so gut wie Sie, aber nicht wie ich.“ Es erwies sich bald, dass Gołuchowski recht behalten sollte, denn Colard befürwortete, ja initiierte die Politik der gewaltsamen Repressionen. Die Ernennung Colards anstelle eines polnischen Generals war nicht zuletzt eine Folge der im polnischen Lager zwischen Loyalisten und Podolaken geführten Auseinandersetzung. So wurden weder Michał Bobrzyński noch General Rozwadowski ernannt, deren Namen zuvor gehandelt worden waren. Letzterer hatte sich selbst bereits im Juli 1915 in Verhandlungen mit Regierung und dem Kaiser persönlich ins Gespräch gebracht, aber das Nachsehen gehabt. Das Nachsehen hatten die Polen insgesamt. Das zeigte ihren schwindenden Einfluss in Wien, während diejenigen österreichischen Kräfte sich im Auftrieb befanden, die eine Rückkehr zum Zentralismus wollten. Auch war Wien überzeugt, die Position könne im Interesse der Monarchie nur ein Österreicher bekleiden, der für Polen wie Ukrainer gleichermaßen akzeptabel sei, was den für die Ukrainer unannehmbaren Rozwadowski ausschloss.

Das Nachsehen hatten die Polen auch insofern, als deutschösterreichische Stabsoffiziere in einigen Fällen zu Bezirkshauptleuten gemacht wurden. Das kam wiederum den Ukrainern entgegen. Diese verbreiteten das Gerücht, die polnischen Starosten hätten in den Kellern Telefonapparate versteckt, über die sie Kontakt mit den Russen unterhielten, und sie würden polnische Eisenbahner zur Sabotage der Gleise anstiften. Ein gut ausgebildeter Trupp der Wiener Polizei wurde nach Lemberg entsandt, offenkundig, weil sich Statthalter und Militärkommandant der Stadt der polnischen

Ortspolizei nicht über den Weg trauten. Die Ernennung Colards und der deutschen Bezirkshauptleute begann an den Vormärz zu erinnern, als solche Stellen gleichfalls auf Weisung Wiens mit österreichischen Beamten besetzt wurden. Doch zeigte sich darin auch eine Führungskrise der Monarchie. Weder Polizei noch Militär waren den Aufgaben gewachsen, vor die sie der Krieg stellte. Der Krieg fiel in eine Zeit, in der die Monarchie von mediokren Männern ohne politische Vision oder administrative Begabung geleitet wurde. Es gab keine wirklichen Staatsmänner. Die kurzsichtige Politik Wiens ließ die Identifikation der Nationen mit Staat und Dynastie noch weiter schwinden. Matylda Sapieha schrieb, die Regierung ruhe „in den Händen Unfähiger und wenig Wohlgesonnener, was alles nicht geeignet ist, das Vertrauen der Allgemeinheit zu gewinnen und ihre Verbundenheit mit dem Staat zu stärken. Die Lage in Österreich ist tragisch, weil in schwerer Kriegszeit die begabten Leute fehlen, die Armee zu führen, und die Beamten für die Verwaltung.“

Umgekehrt gewannen zunehmend die Ukrainer das Vertrauen des Militärs. Sie bekämpften die russophile Bewegung ohne Nachsicht, zum Dank wurden ihnen Beamtenstellen bei Eisenbahn, Polizei, Gendarmerie und Lokalverwaltung überlassen. Die Ernennung des ukrainischen Juristen Volodymyr Decykevyč, zuvor Beamter im Innenministerium, zum stellvertretenden Statthalter machte 1916 Sensation. Im Oktober 1917 versprach Ministerpräsident Ernst Seidler den Ukrainern weitere Leitungspositionen in der galizischen Statthaltschaft und im Landesschulrat. Trotz solcher Ankündigungen, begleitet von einer Ukrainisierung von unten und einer Germanisierung von oben, blieben die meisten Beamtenstellen in Ostgalizien aber in polnischen Händen.

Hermann von Colard starb am 8. April 1916. Sein Nachfolger als Generalgouverneur in der Funktion des galizischen Statthalters wurde General Erich von Diller, zuvor Generalgouverneur von Lublin, der zu den Polen ein wesentlich besseres Verhältnis hatte als sein Vorgänger. Er war kein Anhänger der Ukrainisierung noch der Germanisierung der Zivilverwaltung. Doch bereits kein ganzes Jahr darauf wurde er durch General Karl Georg Huyn ersetzt, der die Polen nicht zuletzt durch auf seine auf deutsch verlesenen Ansprachen in Rage brachte.

## 5 Zerstörung und Wiederaufbau

„Inmitten von Ruinen und Hunger“, schrieb der Krakauer *Czas* über Galizien. Tatsächlich war das Kronland eine der am stärksten kriegszerstörten und ausgehungerten Regionen Europas. Über Teile des Gebiets ging die Front gleich zweimal oder öfter hinweg. Bis Dezember 1915 wurden 64.040 Häuser und 113.314 Wirtschaftsgebäude in 59 (von den insgesamt

82) Bezirken zerstört. Bei der Brusilov-Offensive kam es 1916 zu weiteren Zerstörungen. Insgesamt wurden bis Ende 1917 400.000 Häuser und Wirtschaftsbauten zerstört oder beschädigt. Dies sind nur Orientierungsdaten, denn die Angaben in den Quellen schwanken.

Der Großgrundbesitz erlitt die relativ größten Verluste. Tadeusz Cieński besaß 23 Dörfer, von denen sechzehn zerstört wurden. Das Majoratsgut von Potorycja-Zaričča (Poturzyca-Zarzecze) der Magnatenfamilie Dzeduszycki hatte 1913 noch 6375 Kronen Einnahmen, dagegen 1915 13.875 Kronen Verluste. Vor dem Krieg entfielen auf einen Gutsbereich statistisch 30 Pferde, 69 Stück Hornvieh, 23 Schweine. 1917 waren die Zahlen auf zehn Pferde, vierzehn Stück Vieh und fünf Schweine gesunken. Die Zuchtstationen verloren neun Zehntel ihrer Bullen. Insgesamt wurden die Verluste der Viehzucht auf 50 Prozent bei den Bauernhöfen und 80 Prozent bei den Landgütern geschätzt. 1916 lagen etwa 30 bis 40 Prozent des Ackerlandes des Großgrundbesitzes und zwölf Prozent des Bauernlandes brach. Im Herbst sank der Anteil des bestellten Landes in den östlichen Bezirken Galiziens im Verhältnis zur Vorkriegszeit auf 35 Prozent bei den Bauernwirtschaften und etwa 20 Prozent beim Großgrundbesitz. Das Ackerland war von Schützengräben durchzogen, mit Stacheldraht bedeckt und von Granattrichtern durchwühlt. Der Grundbesitzer Kornel Krzeczunowicz musste 600 km mit tiefen Unterständen und dreifachen Reihen von Stacheldraht versehene Gräben zuschütten, um seine Landwirtschaft wieder in Betrieb nehmen zu können. Dass der Großgrundbesitz stärker litt als der bäuerliche, war kein Zufall. Zum einen bestand in der russländischen Armee die Anweisung, Bauernbesitz möglichst zu verschonen, dagegen den Großgrundbesitz zu plündern. Außerdem waren auf den großen Gütern einfach mehr Pferde und Vieh zu erbeuten und in großen Scheunen mehr Getreide zu finden als in kleinen. Nicht zuletzt flohen die Großgrundbesitzer eher als die Bauern; das gab die Güter schutzlos der Plünderung preis, die im Übrigen nicht allein von Soldaten, sondern auch von Bauern aus der Nachbarschaft betrieben wurde.

Bis Mitte 1916 verlor Ostgalizien 70 Prozent seines Bestands an Borsenvieh, 45 Prozent der Pferde und über 40 Prozent des Hornviehs. In den Folgemonaten nahmen die Verluste noch weiter zu. Schätzungen von 1917 beliefen sich auf verbliebene dreizehn Prozent Pferde, sechs Prozent Vieh und fünf Prozent Schweine. Auch der Ackerbau erlitt ungeheure Verluste. Bis Ende 1915 war die Weizenproduktion in Galizien um 65 Prozent gesunken, die Roggenproduktion um 47 Prozent, Gerste um 33 Prozent, Hafer um 31 Prozent, Kartoffeln um 36 Prozent. Schleusen, kleine Wasserkraftwerke und Bewässerungseinrichtungen waren zerstört. Diese Einbußen war nicht nur eine Folge der Kriegshandlungen, denn es gingen große Mengen an Lebensmittelvorräten auch durch Verschwendung oder gezielte



Zerstörung von Getreidelagern verloren, und Menschen und Pferde fehlten für die Feldarbeiten. „Bei uns wurden die Herbstkartoffeln nicht eingefahren, weil es keine Pferde gab“, hielt der Bauer Stanisław Sikoń fest. Drittens fehlte es an Werkzeug und Landwirtschaftsmaschinen, deren Produktion fast vollständig eingestellt war, während Metall- und Maschinenfabriken auf Kriegsproduktion umgestellt waren. Daher stand Galizien, vor dem Krieg noch ein Agrarexportland, vor einer Hungerkatastrophe.

Auch der Baumbestand war dezimiert. Soldaten und Bauern fällten Bäume für ihre Zwecke. Viele Hektar Waldes fielen unbeabsichtigten oder gezielt gelegten Bränden zum Opfer. Wegen dieser Verwüstungen und aus Mangel an Aufsicht verbreiteten sich Baumkrankheiten. Die Waldhüter waren entweder eingezogen oder gaben ihre gefährliche Arbeit auf. So mancher Waldhüter wurde von Bauern ermordet, wenn er versuchte, sie an Holzdiebstahl zu hindern. Die Lage besserte sich ein wenig, nachdem die Bezirkshauptleute Waldarbeiter bewaffnet und zu paramilitärischen Abteilungen zusammengestellt hatten.

Von den insgesamt 4847 Gemeinden in Galizien kamen aus 1329 Meldungen über erhebliche Zerstörungen und Plünderungen. 126 Dörfer waren praktisch der Erdoberfläche gleichgemacht, ebenso 112 Kleinstädte. In den Stadtgemeinden selbst hatten zwar keine Kämpfe stattgefunden, da sie sich jedoch in Frontnähe befanden, hatten sie schwere Schäden erlitten. Die Bebauung der Kleinstädte war in der Regel noch hölzern. Beschuss löste Brände aus, die nicht gelöscht werden konnten, weil die Einwohner dazu nicht die Mittel hatten und die Armee nur selten zur Hilfe kam. Die schwersten Verluste an Wohnbebauung erlitt die Stadt Gorlice, achtzig Prozent ihrer Bebauung war zerstört. „Fast kein Haus war übrig, in dem noch jemand hätte wohnen können. Im ganzen Ort habe ich kaum ein Dutzend heiler Fensterscheiben gesehen“, hielt ein Beobachter fest. Bis zum November 1918 kam der Wiederaufbau nicht voran. Auch Tarnopol, Tarnobrzeg, Brody, Husjatyn und Dębica erlitten schwere Schäden. Kaluś wurde komplett zerstört. Ein sarkastischer Kommentar lautete, der Krieg habe die Stadt industrialisiert, weil dort nur noch Schornsteine zu sehen seien. Einhundert hölzerne Kirchen brannten ab, und von den übrigen 600 waren viele schwer beschädigt. Die Herrenhäuser von Krasieczyn, Lisko und Żovka erlitten schwere Schäden. Dagegen kamen Lemberg und Tarnów glimpflich davon, obwohl letztere Stadt von den Deutschen mit schweren Mörsern beschossen wurde. Viele Guts- und Adelshöfe wurden zerstört, nur wenige wurden nicht geplündert.

Die für ausländische Ohren exotischen Namen der niedergebrannten und zerbombten Orte erschienen in der europäischen und US-amerikanischen Presse. So wurde Galizien überhaupt zum ersten Mal der Weltöffentlichkeit bekannt, als Synonym für die Zerstörungen und Leiden des Kriegs.



Auch Industrie und Gewerbe litten schwer. 1913 hatten 2234 agroindustrielle Betriebe bestanden, von denen dreißig Prozent komplett zerstört wurden. Zerstört oder beschädigt wurden achtzig Prozent der Glashütten und Zuckerraffinerien, drei Viertel der Brauereien und der Erdölraffinerien. Von 1507 Mühlen wurden 1307 beschädigt oder zerstört. Von 439 Brennereien blieben nur 22 verschont. Aus Kapitalmangel konnten nur wenige dieser Betriebe die Arbeit wieder aufnehmen, und dann fehlten Rohstoffe, Halbfabrikate und Arbeitskräfte. Galizien hatte einen Anteil von schätzungsweise drei Prozent an allen Regierungsaufträgen; dies war nicht allein eine Folge der Zerstörungen und der geringen Industrialisierung, sondern auch der Abneigung Wiens, Aufträge an Betriebe in Frontnähe zu vergeben. Zudem verlangsamte die geographische Lage den Wiederaufbau. Etwas besser sah es für das für den lokalen Markt produzierende Gewerbe aus. So mancher Handwerker oder Kleinunternehmer täuschte Mittellosigkeit vor, um keine Steuern zahlen zu müssen.

Mietshausbesitzer befanden sich in einer schwierigen finanziellen Situation, weil der Krieg ihre Immobilien in Mitleidenschaft zog, Reparaturen wegen des Materialmangels kaum auszuführen waren und manche Mieter die Zahlungen einstellten. Hausbesitzer baten manchmal erfolgreich die städtischen Behörden um Steuerbefreiung, wenn ihre Mieter den Mietzins schuldig blieben. Der Staat erließ ein Schuldenmoratorium, darunter auch für Steuerschulden aus Wohneigentumsvermietung.

Für die Zeit des Kriegs war in der k.u.k. Monarchie eine zentrale Wirtschaftsplanung eingeführt. Rohstoffquellen und -preise, Arbeitskräfte, Produktion und Konsumption waren penibel reguliert. Zur Lenkung der Wirtschaft richtete die Regierung 90 Produktionsgenossenschaften und zentrale Wirtschaftsämter ein. Seit Februar 1915 waren die Produzenten verpflichtet, dem Handelsministerium monatlich ihre genauen Metallbestände mitzuteilen. Im Folgemonat wurde diese Vorschrift auf Häute, später auf weitere Rohstoffe ausgedehnt. Selbst bei Schlachtabfällen sollte es keinerlei Verschwendung geben. Auch die Bergwerke wurden strenger Kontrolle unterworfen. Die Zechen litten weniger stark unter den Kriegsschäden als der Rest der Industrie: Die Steinkohlenzechen des Krakauer Reviers wurden nicht von der russländischen Armee übernommen und blieben ohne Unterbrechung in Betrieb. Dasselbe galt für die Blei- und Zinkbergwerke des Reviers von Olkusz, ebenso die Salzbergwerke von Wieliczka und Bochnia. Die Bergbaugesellschaften machten gar keine schlechten Geschäfte, aber auch sie hatten wegen der Einberufung der Bergleute Probleme. In sehr viel schlechterem Zustand befand sich die Erdöl- und Wachsförderung in Ostgalizien (Boryslav) und bei Krosno, weil diese Gebiete heftig umkämpft waren. 1915 wurde die Erdölförderung teils durch Artilleriefeuer beschädigt, teils gezielt in Brand gesetzt. Der über Boryslav aufsteigende Brand

war kilometerweit zu sehen; noch monatelang hing ein schwer erträglicher Brandgeruch in der Luft. Der Wiederaufbau geschah schrittweise. 1913 wurden in Galizien 107.104 Waggons Rohöl gefördert (der Waggon zu 20 Tonnen), 1915 73.009, 1918 82.294. Die Wachsförderung betrug 1580 Tonnen im Jahr 1913, 1915 59 und 1916 246.

Bei einer Sitzung des Polnischen Klubs im Februar 1915 äußerte Długosz: „Die Rückschläge und Unglücke des Kriegs haben uns fünfzig Jahre zurückgeworfen. Die heutige Generation wird das Land nicht mehr in seinen früheren Zustand versetzen können, dennoch dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen.“ Doch erst nach der Gorlice-Schlacht begannen Ministerien und Behörden ernsthaft über Art und Umfang des Wiederaufbaus in Galizien nachzudenken. Die Vorarbeiten verliefen schwerfällig, obwohl Hunderte von drängenden Anfragen in Wien eingingen und die Telefonverbindungen zwischen Lemberg und der Hauptstadt heißliefen. Im Herbst 1915 veranschlagte die Regierung sieben Milliarden Kronen für den Wiederaufbau. Sofortige Hilfe war jedoch wegen des Kriegs ausgeschlossen. 1917 befand sich der Polnische Klub zwar in Opposition zur Regierung, stimmte aber für den Kriegshaushalt, weil davon die Freigabe der Galizienhilfe abhing. Allerdings blieben die Summen für die verwüsteten Provinzen mehr als bescheiden; 1915 bis 1918 machten sie gerade einmal 1,3 Prozent der Kriegsausgaben aus. Bis Juni 1918 erhielt Galizien lediglich 12,2 Prozent der veranschlagten Entschädigung. So wie der Wiederaufbau verlief auch die Auszahlung schwerfällig; 1917 wurde eine erneute Schätzung der Schäden vorgenommen, nachdem der Krieg weitere Verwüstungen verursacht hatte. Die letzte Expertise stammte vom Oktober 1918 und schätzte die Gesamthöhe der Kriegsschäden auf neun Milliarden Kronen.

1915 wurde in Galizien eine erste Schadensaufnahme durchgeführt. Im Herbst reisten der Galizienminister und der Innenminister durch das Kronland, um Möglichkeiten für die Revitalisierung zu eruieren. Im selben Jahr schickte der Krakauer Stadtpräsident Leo den Bauingenieur Jan Rakowski nach Ostpreußen, um zu studieren, wie die Deutschen dort den Wiederaufbau betrieben. Diese Sondierungen flossen in die endgültige Entscheidung ein.

1916 wurde in Lemberg die Landeszentrale für den Wirtschaftlichen Wiederaufbau Galiziens (*Centrala Krajowa dla Gospodarczej Odbudowy Galicji*, COG) eingerichtet, die 1918 in Landesamt für Wiederaufbau umbenannt wurde; es handelte sich um eine staatliche Einrichtung. In Krakau wurde die Kriegshandelszentrale gebildet; Gründer und Anteilseigner waren dreizehn Institutionen, die sich für den Wiederaufbau engagierten. Diese Einrichtung versorgte die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Baumaterial. Obwohl eine Non-Profit-Organisation, machte die Handelszentrale Gewinn und zog sich dadurch Kritik zu. Außerdem gab es eine Kriegskreditkasse

mit Sitz in Krakau und eine Landeskommission für Kriegsbescheinigungen, die Entschädigungen für Kriegsschäden und Kredite und Subventionen an die Bedürftigsten auszahlte.

Es ist strittig, inwieweit diese Einrichtungen ihre Aufgaben erfüllten. Gründe der Kritik waren ihre unzulängliche Finanzausstattung, die sehr bürokratische Antragstellung und die unklare Kompetenzabgrenzung. Die COG wurde besonders heftig kritisiert: Ihre Leitung sei inkompetent, ihr Budget werde von Unterkommissionen und überflüssigen Debatten aufgezehrt; überhaupt handle es sich um ein Budget des „administrativen Chaos“. Im Rückblick ist schwierig einzuschätzen, wie viel Verantwortung dafür Wien hatte und wie viel die galizischen Behörden selbst. Auch das Galizienministerium erfreute sich keiner guten Meinung, da es von Cliquen beherrscht werde, die Favoritenwirtschaft betrieben. Der *Ilustrowany Kurier Codzienny* (Illustrierte Tageskurier) bemerkte sarkastisch: „Vor dem Ministeriumsgebäude auf dem Rennweg ist ein Polizeiposten aufgestellt, der jedem den Zutritt verwehrt, der sich nicht mit einem Empfehlungsschreiben als Protegé einer wichtigen Persönlichkeit ausweisen kann. Also bedarf es auch hier [...] der Protektion.“

Bis zum Februar 1917 wurden in Galizien 16.788 Wohngebäude wieder aufgebaut und 8.537 Behelfsbaracken aufgestellt. Die meisten, die ihr Haus verloren hatten, blieben jedoch weiter ohne Obdach und mussten sich entweder mit einer Lehmhütte oder einem Bretterverschlag begnügen, in dem ganze Familien samt Nutztieren hausten. Nur wenige fanden Unterschlupf als Untermieter. Bis Ende August 1918 wurden 107.615 Gebäude wieder aufgebaut, davon 40.463 Wohnhäuser. Doch waren im Oktober 1918 immer noch mehr als 100.000 Personen ohne Unterkunft. Außerdem waren 44,3 Prozent der 1690 zerstörten Schulgebäude und 6,6 Prozent der Gebetsstätten und Kirchen wieder aufgebaut worden.

Auch Einrichtungen der Zivilgesellschaft leisteten Kriegsofferhilfe, etwa das im Mai 1917 gegründete Lemberger Komitee der ostgalizischen Grundbesitzer unter Vorsitz von Juliusz Bielski. Dieses befasste sich mit dem Wiederaufbau zerstörter Gutshöfe, Adelssitze und Wirtschaftsgebäude auf dem Großgrundbesitz. Im September 1917 fand in Lemberg ein Kongress der Grundbesitzerkomitees statt. Diese Selbstorganisation der Grundbesitzer schuf eine starke Lobby und setzte Wien und die Statthalterei politisch unter Druck.

Die Behörden in Wien und Lemberg stimmten darin überein, dass Wirtschafts- und Wohngebäude in Stadt und Land im Zuge des Wiederaufbaus modernisiert werden sollten. Bei einem Wettbewerb für moderne Dorfbebauung siegte ein Entwurf solide gemauerter Häuser mit Ziegeldach und Kamin. Die Pläne sahen tiefere Brunnen und Wasserleitungen vor. Dieser modernisierende Wiederaufbau sollte den Lebensstandard heben und

eine neue Zivilisationsstufe auf dem galizischen Land einläuten. Weiters waren Schulen, Kinderheime, Bibliotheken, Lesesäle, Klubs und Sportplätze geplant. Dies alles sollte aus dem Staatshaushalt finanziert werden, um einen Industrialisierungsschub freizusetzen. So sollten etwa Fabriken für Kunstdünger und Landwirtschaftsmaschinen errichtet werden. Der Bau einer Chemiefabrik in Jaworzno begann 1916.

Die galizische Landbevölkerung war von dergleichen Neuerungen wie gemauerten Häusern keineswegs begeistert. Hölzerne Wände und strohgedeckte Dächer waren Tradition, und auf Kamine hatte man bislang verzichten können. Auch in den kleinen Landstädten stießen die Innovatoren auf den Widerstand der Traditionalisten. Diesen lehnten beispielsweise ab, Straßenverläufe und Parzellen nach rationalen Kriterien neu zu regulieren. Doch blieben ihre Proteste ungehört, der Fortschritt nahm seinen Gang.

Dem Staat war besonders daran gelegen, die Produktivität der Landwirtschaft zu heben. „Wir brauchen Pferde, Getreide und Leute“, lautete ein Aufruf der Zeitschrift *Piast*. Die Bezirkshauptleute erhielten Landwirtschaftskommissare als Berater zugeteilt, und bei den Bezirkshauptmannschaften wurden Erntekommissionen eingerichtet, die nach unbeschäftigten Personen fahndeten, um sie in „Erntekompanien“ zur Feldarbeit zu schicken. Die Landwirtschaftskommissare registrierten die auf dem Land verbliebenen Pferde und verfügten über ihren Einsatz. Die Bezirksverwaltungen richteten Gerätemagazine ein, die Landwirtschaftskommissare ließen Maschinen reparieren. Die bereitgestellten Motorpflüge wurden vor allem auf den großen Gütern eingesetzt. Einige Großgrundbesitzer hatten das Glück, importierte Zuchtbullen der Rasse Rotes Dänisches Milchvieh zugeeilt zu bekommen. Doch wie so häufig bei zentraler Ressourcenzuteilung, gelangten diese nicht immer dorthin, wie sie am dringendsten gebraucht wurden, worüber allenthalben Beschwerden laut wurden. Die Pläne der Regierung nahmen sich auf dem Papier gut aus, ließen aber in der praktischen Umsetzung viel zu wünschen übrig.

Der Arbeitskräftemangel blieb ein ungelöstes Problem. „Auf dem Feld, der Straße, in der Kirche sind Männer eine Seltenheit [...]. Die übrigen sind in der Armee, jetzt nehmen sie sogar, wer vorher als untauglich galt“, schrieb ein Einwohner des Ortes Tyczyn bei Rzeszów. Auf den großen Gütern kamen oft Kriegsgefangene zum Einsatz, die jedoch wenig produktiv waren. Einige Gutsbesitzer konnten Soldaten für die Feldarbeit anmieten. Weil Bargeld knapp und Kredite schwer zu bekommen war, wurden sie mit Ernteanteilen entlohnt. Auf Initiative des Grundbesitzerverbands wurden Kreditkassen eröffnet, die niedrig verzinste Kredite anboten, um die Arbeiter bezahlen zu können. Wegen des Arbeitskräftemangels stiegen die Löhne, die Landarbeiter konnten sich die Stelle aussuchen. Das wiederum ließ die Stückkosten steigen. Die Zahl der Landarbeiter sank gegenüber der Vorkriegszeit. Auf

ihren Gütern in Dzikowiec (Karpatenvorland) beschäftigten die Tarnowskis 1913 282 Landarbeiter, im April 1917 waren es nur noch 155.

## 6 Zivilgesellschaft

Die Evakuierung der Behörden lähmte die Zivilverwaltung. Die verbleibenden Beamten konnten kaum auch noch kriegsbedingte Zusatzaufgaben übernehmen. „Jede Tatkraft ist aus den Ämtern gewichen, die Amtsmoral ist dahin, die Zahl der mit humanitären Aufgaben Befassten ist geschwunden, der Verwaltung fehlt die Anleitung von oben, dafür sind die kleinen Beamten verängstigt [...], fast untätig verharren [die Behörden], wo sie doch die größte Tatkraft entfalten sollten“, notierte am 25. September 1914 Klemens Bąkowski aus Krakau. Am 1. Oktober fügte er deprimiert die Beobachtung hinzu: „Die jetzige Verwaltung war unfähig, und als sich durch den Krieg unerwartet neue Verhältnisse einstellten, erwies sich kein Starost fähig, auch nur einen selbständigen, einfallsreichen, energischen Schritt zu unternehmen, stattdessen fehlen ihm die Handlungsvorschriften, so dass er ratlos zurückbleibt und seine Tätigkeit sich darauf beschränkt, Spione aufzuspüren und Ausweise zu unterschreiben. Die Statthalterei ist wie gehabt – weder erlässt sie selbst Vorschriften, noch versteht sie zu regieren, die Zivilbevölkerung bleibt ohne Rat und Hilfe und ist allein den Forderungen des Militärs ausgesetzt.“

In der Tat konfrontierte der Krieg die Verwaltung mit unzähligen Problemen, für die sie keine Lösung wusste. In Erwartung einer kurzen Kriegsdauer gab es keinerlei Vorbereitung. So blieb die Bevölkerung sich selbst überlassen. Auch die Militärverwaltung konnte und wollte die Zivilbevölkerung nicht unterstützen. Den Opfern des Kriegs blieb nur, sich selbst zu organisieren. Hilfsorganisationen wurden auf Initiative von Stadt- und Gemeinderäten, Stadtpräsidenten und Bürgermeistern, Wirtschaftsorganisationen, Hochschulen, Kirchen und karitativen Organisationen gebildet. Diese Selbstorganisation der Bürger lag im Interesse des Staates und wurde deshalb zugelassen.

Es gab in Galizien eine durch eine liberale Gesetzgebung geförderte Tradition sozialen Engagements. So fiel es leicht, die galizische Zivilgesellschaft für die Anforderungen des Kriegs zu mobilisieren. Die katholische Kirche besaß dabei eine traditionelle Führungsrolle, für die sie ihre moralische Autorität zur Geltung bringen konnte. In Gemeinden und kirchlichen Vereinen verfügte sie über eine bewährte Organisationsstruktur. Der noch junge Krakauer Bischof Adam Sapieha bewährte sich durch Zielbewusstsein, Effizienz und Gewissenhaftigkeit als besonders guter Organisator. Für die Zeitgenossen war er eine Persönlichkeit, die sich durch „ein goldenes Herz, Energie und Organisationsgabe“ auszeichne, die stets offene Türen

habe und bei der „alle Not Verständnis und tätige Hilfe“ finde. Er hatte gute Beziehungen in Krakau, nach Lemberg, Wien und Rom. Sapieha hatte stärker als die meisten seiner Amtsbrüder die in der Enzyklika „*Rerum Novarum*“ zusammengefasste kirchliche Soziallehre verinnerlicht. An Weihnachten 1914 rief er zur Hilfe für die Kriegsgesopfer auf, „denn allein gelingt es uns nicht, die Wunden dieser unerhörten Katastrophe zu schließen.“ Auch außerhalb Galiziens druckte die Presse seine Botschaft nach, und sie wurde von Papst Benedikt XV. moralisch und materiell unterstützt. Sapieha appellierte an die Priester, ihre Gemeinden nicht zu verlassen, sondern Kranken, Armen und Ausgesiedelten Hilfe zu leisten. Sapieha lud führende Akteure aus Gesellschaft und Politik sowie Professoren der Jagiellonenuniversität zu sich in das Bischofspalais an der Franziskanerstraße 3 in Krakau, um ein Konzept für ein Hilfskomitee zu entwerfen. Das Gremium erhielt die Bezeichnung Krakauer Bischöfliches Hilfskomitee für von der Kriegskatastrophe Betroffene, ging aber unter dem Namen Fürstbischöfliches Komitee (*Książęco-Biskupi Komitet*, KBK) in die Geschichte ein. Sapieha informierte das AOK über die Aufgaben des KBK und erhielt die Zustimmung von Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich. Statthalter Korytowski genehmigte am 19. Mai 1915 die Satzung des KBK.

Dieser sah seine vordringlichste Aufgabe darin, Geld aufzutreiben. Dazu führte er Spendenaktionen durch, ließ in den Kirchen Kollekten sammeln und Konzerte und Theateraufführungen veranstalten, deren Einnahmen an den KBK flossen. „Ich stellte fest, dass die weniger Begüterten in der Regel am spendenwilligsten waren“, erinnerte sich Matylda Sapieha. Das Komitee wurde von polnischen Hilfsorganisationen in der Schweiz, Frankreich, den USA und dem preußischen Teilungsgebiet unterstützt. Weitere Beträge gingen aus Spenden ein, zu denen katholische Blätter im europäischen Ausland aufriefen. Im Verlauf des Kriegs wurde der Bedarf immer größer, während die finanziellen Möglichkeiten im Inland aufgrund der Pauperisierung der Bevölkerung immer weiter zurückgingen. Das machte außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Vom 2. bis 10. Februar 1917 fand unter dem Titel „Woche des KBK“ eine kirchliche Kollekte statt, bei Jahresende wiederholt als „Zweite Woche des KBK“. Die Ergebnisse blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück, weshalb die Mittel umso wichtiger waren, die polnische Auslandsorganisationen bereitstellten.

Der KBK wurde für die Regierung zu einem wichtigen Kooperationspartner. In der Komiteeleitung setzte sich nach und nach durch, nicht nur auf akute Bedürfnisse zu reagieren, sondern langfristig auf eine veränderte Lage in einem unabhängigen Polen hinzuarbeiten. So wurden der KBK und andere Hilfsorganisationen zu einer Kadenschmiede für humanitäre, soziale und kulturelle Aufgaben. Sie schufen Organisationen, Netzwerke und zivilgesellschaftliche Infrastrukturen, die von der Zweiten Republik

übernommen werden konnten. Die im Krieg entwickelten Methoden der Sozialarbeit blieben auch im Frieden anwendbar. Später griffen die Polen immer wieder auf solche zivilgesellschaftlichen Erfahrungen zurück, sei es im Zweiten Weltkrieg oder in der *Solidarność*-Zeit der 1980er Jahre.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielte das Teschener Komitee für Kriegsofferhilfe, das im Februar 1915 gebildet und von Pater Józef Londzin geleitet wurde. Es sammelte in kurzer Zeit 50.000 Kronen, die an den KBK überwiesen wurden. Daneben entstand im Teschener Schlesien ein Kriegsofferkomitee für das Königreich Polen und Galizien, geleitet von dem Gymnasialprofessor Gustaw Szura. An diesen beiden Organisationen zeigte sich die Einheit des Teschener Gebiets mit Polen; sie wurden noch durch die engen Kontakte zwischen Teschen und Krakau unterstützt.

Auch die wohlhabende Krakauer Gelehrtenakademie (*Akademia Umiejętności*) unterstützte den KBK. Sie überwies am 30. Mai 1917 100.000 Kronen aus eigenen Rücklagen. Formal war dies ein Verstoß gegen die Statuten der Akademie, gegen den einige Mitglieder mit dem Argument Protest einlegten, eigene Mittel dürften lediglich für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden. Solche Einwände erschienen jedoch gegenüber Sapiéhas Autorität und der schieren Not wenig gewichtig; daher wurden die Mittel dennoch überwiesen.

Der KBK wurde zur effizientesten Hilfsorganisation aller polnischen Gebiete. Denn bei ihm stand konkrete Arbeit anstelle der allzu verbreiteten wortreichen Vortäuschung karitativen Einsatzes. Sapiéhas Bitten konnte so recht niemand abschlagen. Mit der Zeit erweiterte sich der KBK, richtete Ortsfilialen und Institutionen zur Betreuung bestimmter Zielgruppen ein. Bis Ende 1917 wurden in Galizien 82 Ortsdelegationen gebildet, in Kongresspolen acht, darunter eine auf dem Anwesen der Raczyński-Familie in Złoty Potok bei Tschenschow. Eine weitere Filiale entstand in Wien. Die wichtigste Filiale wurde am 5. August 1915 in Lemberg unter der Bezeichnung Lemberger Diözesandelegation für Ostgalizien eingerichtet; sie stand unter der Leitung der Erzbischöfe Bilczewski von der katholischen und Teodorowicz von der armenisch-katholischen Kirche. Außerdem gab es 262 Gemeindedelegationen, die nicht zuletzt von den Frauenklöstern unterstützt wurden.

Der KBK wurde von zahlreichen Hilfseinrichtungen unterstützt, etwa dem Verein Katholischer Frauen, den Samaritern oder dem galizischen Roten Kreuz. Das Verhältnis zwischen diesem und dem KBK war dank seines von der Statthalterei im Frühjahr 1914 ernannten Vorsitzenden Paweł Sapiéha aus Siedliska sehr gut. Er residierte in der Krakauer „Florianka“, was die Abstimmung mit seinem jüngeren Bruder, dem Bischof, erleichterte. Trotz der Bemühungen Paweł Sapiéhas genoss das Rote Kreuz nicht dieselbe Unterstützung aus der Gesellschaft wie der KBK, weil es von Wien aus



beaufsichtigt und finanziert wurde. Es fehlte dem Roten Kreuz an Freiwilligen, und als sich gegen Kriegsende die polnisch-österreichischen Beziehungen verschlechterten, wurde es als nichtpolnische Organisation geradezu boykottiert.

## 7 Polnische und ukrainische Politik

Als der Kriegausbruch immer wahrscheinlicher wurde, konnte das die Polen in Galizien oder im Teschener Schlesien nicht gleichgültig lassen. Die allermeisten politisch aktiven Polen in den beiden Kronländern betrachteten die Habsburgermonarchie als eigenes Land und Russland als gemeinsamen Feind. „Die Sympathien der polnischen Nation liegen bei Österreich. Wir wissen, eine Niederlage Österreichs wäre auch eine Niederlage der polnischen Nation, sie könnte die Bedingungen für unsere Nation verschlechtern“, schrieb Ende Juli 1914 der *Kurier Lwowski* (Lemberger Kurier); so war die Meinung der großen Mehrheit der Lemberger. „Alle sind gegen Russland, niemand begeistert sich für die Slawophilie“, meinte ein Krakauer. „Die galizische Gesellschaft glaubte in überwältigender Mehrheit unverbrüchlich an die Macht Deutschlands und die Gewissheit seines Sieges, und außerdem fühlte sie sich zur Loyalität gegenüber Österreich verpflichtet“, bekannte 1915 Stanisław Kasznica, einer der führenden Politiker der *Endecja*, der während des Kriegs in Österreich repressiert wurde.

Bei genauerem Hinsehen waren die Anschauungen der politischen Parteien natürlich differenzierter und die Erwartungen zum Kriegsausgang unterschiedlich. In Galizien und im Teschener Gebiet sind hierbei vor allem vier politische Lager in den Blick zu nehmen: 1. die Loyalisten, das heißt die Krakauer Konservativen und die mit ihnen verbündeten Demokraten; 2. die Irredentisten; 3. die *Endecja* und die Podolaken aus Ostgalizien; 4. die Polnische Volkspartei (das *Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) „Piast“.

Das loyalistische Lager scharte sich um die Krakauer Konservativen unter Führung von Władysław Leopold Jaworski, Leon Biliński und Michał Bobrzyński. Dazu gehörten auch die Demokraten unter Führung des Krakauer Stadtpräsidenten Juliusz Leo, der zugleich Vorsitzender des Polnischen Klubs im Reichsrat war. Konservative und Demokraten bekleideten einflussreiche Positionen in Ämtern, Ministerien und bei Hof und verfügten über direkten Zugang zum Kaiser. Sie stellten etliche Ministerpräsidenten und Minister der österreichischen Regierung und in den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Behörden. Bei Kriegsausbruch hatten die Polen 24,4 Prozent der Stellen im Justizministerium und in der Generalstaatsanwaltschaft inne, 20,8 Prozent im Präsidium des Ministerrates, 9,8 Prozent im Finanz- und 9,3 Prozent im Hofministerium. Dagegen war ihr Einfluss im AOK begrenzt, zumal sie nicht das Vertrauen der Generalität genossen.



Die Konservativen und Demokraten hatten sich ihre Stellung in der Hauptstadt über lange Jahre erarbeitet. Der Loyalismus hatte sich aus ihrer Sicht bewährt. Sie erwarteten von einem Sieg der Mittelmächte positive Auswirkungen für das nationale Interesse der Polen. So war Österreich-Ungarn ein strategischer Verbündeter, dagegen misstrauten sie den Ententemächten, und Russland war der Erzfeind. Sie hofften, Österreich werde Kongresspolen an Galizien anschließen, um Polen zum dritten Pfeiler der Habsburgermonarchie zu machen. Daher ihre Bezeichnung als Trialisten.

Der Einfluss der Podolaken war bescheidener, noch geringer derjenige der Nationaldemokraten. Da die Podolaken zumindest gelegentlich den Statthalter stellten, waren sie dennoch an einem guten Verhältnis zur Regierung interessiert. Dazu gehörten namhafte Politiker wie Leon Poniński, Tadeusz Cieński, Agenor Maria Gołuchowski, Andrzej Lubomirski, Witold Czartoryski und Aleksander Skarbek. Einige wie Lubomirski und Gołuchowski neigten zum Konservatismus Krakauer Spielart. Andere standen der *Endecja* näher, so Skarbek und Cieński, Mitglieder der Nationalen Liga. Die Podolaken bekannten sich zum Staatsloyalismus, doch waren sie von den proukrainischen Gesten der österreichischen Politik beunruhigt, und ihre Haltung zu Russland war nicht so feindlich wie diejenige der Krakauer Konservativen.

Auch die Nationaldemokraten versicherten der Dynastie ihre Loyalität, was sie jedoch nicht daran hinderte, mit den ostgalizischen Russophilen gegen die ukrainischen Nationalisten Zweckbündnisse einzugehen und grundsätzlich eine positive Haltung zu Russland und der Entente einzunehmen. Im Krieg bezogen sie eine kritische Position zur Politik der k.u.k. Monarchie, weil diese sich vom Deutschen Reich abhängig mache, aus ihrer Sicht dem größten Feind der Polen. Denn für sie war der *krzyżak* (Kreuzritter)<sup>2</sup> schlimmer als der *Moskal*. Gleichwohl mieden sie den offenen Bruch mit der Doppelmonarchie, weil dieser ihr politisches Kapital zunichtegemacht hätte.

Am 28. Juli 1914 beriefen die Nationaldemokraten, Podolaken und „Piast“-Leute in Lemberg das Zentrale Nationalkomitee (den *Centralny Komitet Narodowy*, CKN), in dem Galizien, das Teschen-Gebiet und die Bukowina vertreten waren. Am 5. August veröffentlichte der CKN einen der äußeren Form nach staatstreuen Aufruf, der allerdings die Forderung enthielt, Anstrengungen für die „nationale Unabhängigkeit“ zu unternehmen.

Das PSL „Piast“ war eine wichtige Partei in Galizien. Es vereinte ältere Funktionäre wie Jakub Bojko und jüngere unter Führung von Wincenty Witos. In der Parteileitung saßen ihrer sozialen Herkunft nach sehr

---

2 Gemeint ist der Deutschordensritter; A.d.Ü.

heterogene Politiker, etwa der Aristokrat Mikołaj Rey, die Industriellensöhne Władysław Długosz und Klaudiusz Angerman, der Künstler Włodzimierz Przerwa-Tetmajer sowie Andrzej Średniawski, der aus einer kleinbäuerlichen Familie stammte. Die Partei gab die Zeitschrift *Piast* heraus. Die wichtigste Zielgruppe des PSL war die Landbevölkerung, doch verfolgte es auch nationalpolitische Ziele wie die Weckung eines polnischen Nationalbewusstseins bei den Bauern. Das PSL verhielt sich zwar loyal zu Wien, erhoffte sich aber vom Krieg ein unabhängiges Polen. Zur Umsetzung dieses Programms unterhielt das PSL gute Beziehungen sowohl zu den Irredentisten als auch zur Endecja, und Witos war Mitglied in der Nationalen Liga.

Das irredentistische oder Unabhängigkeitslager bildete sich in Kongresspolen und den von Russland annektierten Gebieten. Nach der Niederlage der Revolution von 1905 siedelten seine führenden Akteure mit Einverständnis Wiens nach Galizien über und setzten ihre Tätigkeit von Krakau und Lemberg aus fort. Anfänglich versammelte die polnische Irredenta in Galizien Immigranten aus Warschau, Lodz und Wilna. Doch kamen die Irredentisten nach und nach mit ideologisch gleichgesinnten Kräften in Galizien und dem Teschener Gebiet überein, sodass sich das Lager immer stärker im österreichischen Teilungsgebiet heimisch machte. Dazu trugen auch wachsende patriotische Stimmungen in Galizien bei. Die Irredentisten erhielten Unterstützung seitens der Polnischen Sozialdemokratischen Partei (*Polska Partia Socjal-Demokratyczna*, PPSD) unter Führung von Ignacy Daszyński aus Krakau und Tadeusz Reger aus Teschen. Doch bis 1914 behielten die Immigranten aus dem russländischen Teilungsgebiet ihre Führungsposition. Sie waren ideologisch keineswegs homogen. Einige stammten aus der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS), andere aus dem nationalen Lager, eine Abspaltung, die nach der Revolution von 1905 in Kongresspolen stattgefunden hatte, als die Endecja unter Roman Dmowski antideutsche und prorussische Positionen annahm. Die Sezessionisten konnten und wollten sich mit dieser programmatischen Kehrtwende nicht abfinden, weil sie in Russland den Hauptfeind sahen.

Als Einzige von alle genannten Gruppen sahen die Irredentisten in einer freien und unabhängigen Republik Polen ihr strategisches Ziel. Wie dies erreicht werden sollte, ließen sie jedoch im Unklaren. Sie gingen davon aus, der Krieg werde die in Europa in Vergessenheit geratene polnische Frage erneut auf die Tagesordnung bringen. Nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ hielten sie sich und Österreich-Ungarn in der Feindschaft zu Russland für aufeinander angewiesen. Das schwache Österreich erschien den Irredentisten zum Bündnis geeigneter als das starke Deutschland. Das wiedererstandene Polen sollte Galizien, das Teschener Schlesien, Kongresspolen und die Westteile der annektierten Gebiete mit Grodno und Wilna umfassen. Wie den Trialisten war auch ihnen klar, dass

das Deutsche Reich sein Teilungsgebiet nicht abtreten würde. Vorerst gingen sie in Galizien ein Bündnis mit Konservativen und Demokraten ein.

Seit 1908 hatten die Irredentisten ihren organisatorischen Aufbau betrieben. Dazu gehörten zum einen Untergrundorganisationen wie der Bund des Aktiven Kampfes (*Związek Walki Czynnej*, ZWC), der in Lemberg auf Betreiben von Kazimierz Sosnkowski entstand, zum andern auch die legal tätigen Schützenverbände. Die Schützen sollten nach Vorstellung der Irredentisten Keimzelle einer polnischen Armee sein, die an der Seite der k.u.k. Armee gegen Russland kämpfen würde. Dagegen sah Wien darin eher für Diversion und Sabotage in Kongresspolen geeignete Einheiten. Diese konzeptionellen Unterschiede präfigurierten den späteren Konflikt zwischen Wien und den Irredentisten.

Im November 1912 entstand unter der Bezeichnung Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien (*Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych*, KSSN) eine gemeinsame Plattform der Gruppierungen, welche die nationale Unabhängigkeit anstrebten. Ihre Zusammensetzung änderte sich ständig, weil die zugehörigen Parteien nach Herkunft und Interessen differierten und ihre Vorsitzenden nach Temperament und Zielvorstellungen nicht harmonierten. Am 25. August 1912 wurde auf einem Kongress in Zakopane der Polnische Militärfonds (*Pol-ski Skarb Wojskowy*, PSW) eingerichtet; aus diesem sollten Ausbildung, Bewaffnung und Uniformierung der Schützen finanziert werden.

Die auf Betreiben des ZWC gebildeten Schützenorganisationen waren die wichtigste Stütze der irredentistischen Bewegung. 1910 entstand in Lemberg ein Schützenverband, in Krakau die Gesellschaft „Strzelec“ (Schütze). Beide standen den Sozialisten und linken Demokraten aus dem russländischen Teilungsgebiet nahe. Seit 1912 war Józef Piłsudski Kommandeur aller Schützenorganisationen, Stabschef war Kazimierz Sosnkowski. Dagegen organisierten Sezessionisten gemeinsam mit der Gruppe „Zarzewie“ (Fackel), dem Nationalen Arbeiterverband (*Narodowy Związek Robotniczy*, NZR) und dem Nationalen Bauernverband (*Narodowy Związek Chłopski*, NZCh) die Polnischen Schützenstaffeln (*Polskie Drużyny Strzeleckie*, PDS). Kommandeur wurde Marian Żegota-Januszajtis, der die Unterstützung von Mieczysław Norwid-Neugebauer und Stanisław Burhardt-Bukacki genoss. Feliks Młynarski und Wacław Tokarz hatten die Federführung bei den PDS. Ihr Organisations- und Schulungszentrum war Lemberg. Mit den PDS kooperierten die 1912 gebildeten Podhale-Staffeln. Am 10. Mai 1914 traten PDS, NZR und NZCh aus der KSSN aus, doch am 30. Juli, unmittelbar vor Kriegsausbruch, beschlossen die PDS-Schützen, sich mit Piłsudskis Schützen zu verbinden, und wurden am Folgetag dem Oberkommando unterstellt.

Das Panorama der polnischen Schützenbewegung wird vervollständigt von den Ständigen (oder Polnischen) Sokół-Staffeln, die auf der Turnvereinsbewegung „Sokół“ (Falke) aufbauten und von der Endecja organisiert wurden. Diese standen gemeinsam mit dem PSL auch hinter den Bartosz-Staffeln<sup>3</sup>, die seit 1908 vor allem in Ostgalizien aktiv waren. Letztere waren schlecht organisiert und befassten sich im Wesentlichen mit Bildungsarbeit.

Die dienstälteren und erfahreneren Schützen übernahmen die Aufgabe, die in die Schützenabteilungen eintretenden jungen Freiwilligen zu schulen. Diese erhielten eine Ausbildung in Taktik, Waffenbedienung und Erster Hilfe. Wer Offizier oder Unteroffizier werden wollte, durchlief Militärkurse und Sommerschulen, etwa in Stróža bei Dobra. Eine Anzahl an Handfeuerwaffen wurde aus eigenen Mitteln erworben.

Der Erste Balkankrieg von 1912 war für die Schützen ein unverkennbares Vorzeichen für einen gesamteuropäischen Konflikt. Die Zahl der galizischen Schützenorganisationen schnellte nach oben, ebenso bei polnischen Studenten an westeuropäischen Universitäten, etwa in Metz, Freiburg im Breisgau, Paris, Lüttich, Zürich, aber auch in Prag und Wien. Im Untergrund und zwangsläufig in geringerer Anzahl bildeten sich Schützenzirkel in Warschau, Sosnowitz, Kiew und St. Petersburg. Mit dem Attentat von Sarajevo wuchsen die Hoffnungen der Schützen auf einen baldigen Kriegsausbruch.

Piłsudski gewann mit der Zeit eine unbestrittene Führungsposition in der Schützenbewegung. Noch wenige Jahre zuvor war er lediglich einem kleinen Kreis von Gleichgesinnten aus der PPS bekannt gewesen. Dagegen genoss er innerhalb der politischen Milieus von Krakau und Lemberg keinerlei Prominenz. Dort war er nur einer von vielen politischen Immigranten und Verschwörern und verfügte über kein politisches Kapital. Vielmehr ging der Verdacht um, er sei ein Agent der Ochrana. In den galizischen Metropolen konnte man mit Piłsudskis konspirativen Gewohnheiten und den Leuten seines Umfeldes nicht viel anfangen. Es seien viele witzige Anekdoten über ihn im Umlauf gewesen, erinnerte sich der Pianist Artur Rubinstein, der damals in Galizien lebte. Diese Geringschätzung kam nicht zuletzt von der Ansicht, das Ziel vollständiger Unabhängigkeit entbehre jeden Realitätsinns und die paramilitärischen Auftritte der Schützen seien alberne Kriegsspiele. Die Schützen wurden verlacht, wenn sie unter Piłsudskis Kommando von ihren Übungen auf den Wiesen von Błonie außerhalb von Krakau

---

3 Der Name leitet sich her von Wojciech Bartos (Bartosz) Głowacki (1758–1794), der sich bei dem Angriff des mit Kriegssensen bewaffneten Bauernaufgebots auf eine russische Artilleriestellung in der Schlacht bei Raclawice (4.4.1794) einen Namen machte und als erster bäuerlicher Nationalheld der polnischen Geschichte mythisiert wurde; A.d.Ü.

zurückmarschierten. Allenfalls die jungen Männer interessierten sich für seine Pläne und Aktivitäten. Sie ließen sich von ihm zu Beifallsstürmen hinreißen, wenn er im Kopernikussaal des Collegium Novum der Jagiellonenuniversität seine Vorträge hielt.

Piłsudski sicherte sich schließlich eine praktisch unangreifbare Position in der irredentistischen Bewegung. Dank seiner vieljährigen Erfahrung in der Konspiration war er ein effizienter Organisator. Ohne sein Wissen und Einverständnis, meist auch ohne seine Initiative ging in der Bewegung nichts. Durch seine persönlichen Qualitäten versammelte er um sich einen kleinen, aber eng verschworenen Kreis loyaler Männer. Dieser Freundeskreis war sein größtes politisches Kapital. Auch bei Frauen, die wie er politisch links standen und national gesonnen waren, genoss er einigen Erfolg. Seit 1906 pflegte er ein enges persönliches Verhältnis zu Aleksandra Szczerbińska, einer der aktivsten und couragiertesten Frauen in der Bewegung und nach dem Krieg Piłsudskis zweite Ehefrau. Sie baute ein Netzwerk von Mitarbeiterinnen und Sympathisantinnen in Galizien und Kongresspolen auf.

Nach Kriegsausbruch intensivierten sich die Kontakte zwischen Piłsudski und den Dienststellen des militärischen Nachrichtendienstes, etwa mit Hauptmann Józef Rybak, Chef des Nachrichtendienstes (der sogenannten K-Stelle) des Stabs des I. Korps in Krakau. Diese Kontakte gingen bis auf das Jahr 1906 zurück. Allerdings verliefen die Gespräche zwischen Irredentisten und K-Stelle nicht reibungslos. „Alles war ein schreckliches Durcheinander, und wir traten auf der Stelle. Anfangs durften die Schützen nichtmals gruppenweise und unter Waffen durch die Stadt gehen“, erinnerte sich der Sozialist und Autor Waław Sieroszewski, ein Mitglied des Schützenverbandes. Gegenüber Rybak verpflichteten sich Piłsudski und Józef Ślawek, im russländischen Teilungsgebiet sofort nach Kriegsausbruch in den größeren Städten einen Boykott der Truppenaushebung zu organisieren, Telefon- und Telegrafleitungen zu kappen, die Garnisonen zu enervieren, Sabotageaktionen an Armeedepots und -werkstätten durchzuführen und in den Regionen Warschau, Wilna und Lublin Brücken in die Luft zu jagen. Diese Versprechungen gingen weit über das hinaus, was der kongresspolnische Untergrund zu leisten imstande war, sollten aber das AOK bewegen, die Schützen in Galizien zu bewaffnen und an die Front gehen zu lassen.

Am 2. August gab das AOK Piłsudski die Erlaubnis, die Schützen zu mobilisieren, um die russländische Grenze zu überschreiten und Erkundung, Sabotage und Diversion zu betreiben. Am 5. August übersandte Rybak Piłsudski die Ernennung zum Kommandeur der polnischen Schützenformationen. Piłsudskis Kommando war der 7. Kavalleriedivision des Generals Ignaz von Korda zugeteilt, die zur Operationsgruppe General Heinrich von Kammers gehörte. Das Oberkommando der Schützen richtete eine Aufklärungsabteilung unter dem PPS-Mann Rajmund Jaworowski ein.

Am 11. August begab sich Rybak zu Dankls 1. Armee. Oberstleutnant Jan Nowak, Chef der Informationsabteilung von Kummers Gruppe, wurde Verbindungsoffizier bei den polnischen Schützen.

Am Nachmittag des 2. August erließ Piłsudski die Befehle zur Mobilisierung der Schützenverbände und -staffeln. „Im Kommando wuchs die Aufregung, die Aktivität war fieberhaft“, erinnerte sich der künftige Minister Tadeusz Kasprzycki. Als Erste sollte die Kaderkompanie die Grenze überschreiten, in der Teilnehmer der Sommerkurse für Offiziere Dienst taten. Die Schützen sammelten sich in dem Viertel des Krakauer Stadtteils Błonia, der Oleandry (Oleander) genannt wurde, wo sich als Schützenunterkünfte umgenutzte Ausstellungspavillons befanden. Dort formierte sich die Erste Kaderkompanie, die bald als „Kadrówka“ bekannt wurde, die „vorderste Kolonne der Polnischen Armee, die in den Kampf zur Befreiung des Vaterlandes zog.“ Ihre Angehörigen stammten vorwiegend aus Kongresspolen, was Absicht war, damit es nicht hieß, sie seien Österreicher. Zu der gut einhundert Mann starken Kaderkompanie gehörten Mitglieder der Schützenverbände und der PDS, die zum Zeichen der Verbrüderung ihre Abzeichen austauschten. Am 3. August war die Kompanie bewaffnet, eingekleidet und abmarschbereit. Sie war die erste polnische Freiwilligeneinheit, die in den Kampf gegen die Teilungsmacht zog. „Ich werde nie im Leben den erhabenen Augenblick vergessen, in dem wir den Kordon überschritten. Die Soldaten riefen Vivat, und uns Älteren liefen vor Freude die Tränen [...]. Die Hoffnungen eines ganzen Lebens erfüllten sich“, schrieb der künftige Minister Ignacy Boerner an seine Frau.

In romantischer Verklärung schrieb Włodzimierz Przerwa-Tetmajer, der 6. August, das Datum des Übertritts über die Demarkationslinie, sei der „Tag der Auferstehung von Glaube und Kraft der Nation“ gewesen, das „Ende der Mutlosigkeit“. Die Kadrówka wurde in Liedern besungen und in Gedichten gerühmt, sie wurde in Fotografien festgehalten und in Beiträgen thematisiert, die die Fantasie anregten und den Grundstein zu einer machtvollen Mythenbildung legten. Zu dem Mythos gehört die Oleandry-Straße als Ort, an dem der Unabhängigkeitskrieg begann. Ferner gehört dazu der heutige Krakauer Stadtteil Błonia, damals ein weitläufiges Weideland für Rinder und Schafe, das für Sport- und Freizeitveranstaltungen genutzt wurde und wo sich ein Schießplatz befand. Dieser Ort eignete sich bestens für die militärische Ausbildung, dort verbanden sich die beiden Organisationen und präsentierte sich die Kadrówka den Krakauern. Drittens gehörte das Mannlicher-Gewehr zum Mythos, das die Schützen wie die regulären Truppen Österreich-Ungarns trugen, und bewies, dass sie eine wirkliche polnische Armee bildeten. Viertens ist zu nennen das vor Krakau gelegene Dorf Michałowice, wo am 6. August um 9.45 Uhr die Schützen die österreichisch-russländische Grenze überschritten und die Grenzsteine stürzten,

was in Fotografien festgehalten ist. Dieser Augenblick wird unvermeidlich in den Memoiren der Beteiligten erwähnt; er „löste in uns ungeheuren Enthusiasmus aus, wir waren bewegt, dass wir, die ‚freien Schützen‘, ohne Passierscheine den Kordon überquerten“, erinnerte sich einer der Beteiligten. Die Chefs der Kadrówka, anfangs Tadeusz Kasprzycki, später Kazimierz Jan Herwin-Piątek aus Krakau, trugen persönlich wesentlich zu dem Mythos bei. Die weitere Geschichte der Kaderkompanie lieferte kein Material für den Mythos mehr, denn kurz darauf wurden sie dem von Kazimierz Sosnkowski, dann Edward Rydz-Śmigły geführten Bataillon angegliedert, anschließend dem 1. Regiment. Ihre weitere Geschichte fiel mit dem Kriegseinsatz anderer Schützenformationen zusammen.

Das bis heute bekannteste Lied ist „Pierwsza Kadrowa“ (Die Erste Kaderkompanie) von Tadeusz Oster-Ostrowski:

<i>Raduje się serce,</i>	Es freut sich das Herz,
<i>Raduje się dusza,</i>	Es freut sich die Seele,
<i>Gdy Pierwsza Kadrowa</i>	Wie die Erste Kadrowa
<i>Na wojenkę (na Moskala) rusza</i>	In den Krieg (gegen den <i>Moskal</i> ) zieht
<i>Oj, da, oj, da, dana</i>	Nur drauf, nur immer drauf,
<i>Kompanio kochana</i>	Liebe Kompanie,
<i>Nie masz to jak Pierwsza, nie!</i>	So eine wie dich gab es nie!
[...]	[...]
<i>Kiedy pobijemy</i>	Haben wir unterwegs
<i>Po drodze Moskali</i>	Die Moskalen verhauen,
<i>Ładne Warszawianki</i>	Werden wir in Warschau
<i>Będziem całowali</i>	küssen die schönen Frauen
<i>Oj da, oj da, dana</i>	Nur drauf, nur immer drauf,
<i>A gdy się szczęśliwie</i>	Und wenn der Aufstand
<i>Zakończy powstanie</i>	glücklich zu Ende gebracht,
<i>To Pierwsza Kadrowa</i>	Wird die Erste Kadrowa
<i>Gwardyją zostanie.</i>	Zur Garde gemacht.

Unterdessen machten sich weitere freiwillige Schützen auf den Weg nach Krakau. Am 4. August waren im Podhale unter dem Kommando von Mariusz Zaruski, einem bekannten Bergsteiger und künftigen General, einhundert Góralen aufgebrochen. Meist wurden die Schützen zum Waffenempfang nach Krzeszowice geschickt. Aufgrund einer Anordnung des Ministers für Landesverteidigung Friedrich von Georgi vom 3. August erhielten sie



enttäuschenderweise veraltete österreichische Werndl-Gewehre, weil sie dem Landsturm zugeordnet worden waren; der Minister hielt das für die Sabotage- und Diversionsoaufträge der Schützen für ausreichend. Damit sie unter dem Schutz der Haager Landkriegsordnung standen, sollten irreguläre Einheiten schwarzgelbe Binden am linken Oberarm tragen. Das Oberkommando des Schützen hatte sich um den gesamten Rest der Ausrüstung zu kümmern. So ließ die polnische Armeintendantur im Eiltempo Werkstätten zur Herstellung von Uniformen, Koppeln, Stiefeln, Abzeichenadlern, Koppelschlössern, Magazintaschen und den später als *maciejówki* bekannt gewordenen Mützen einrichten; darüber hinaus wurden medizinische Ausstattung und Waschzeug gehortet.

Auch die Ukrainer waren politisch und militärisch aktiv. Die polnische und die ukrainische Frage waren in Ostgalizien eng miteinander verknüpft. Beide Nationen verfolgten einander ausschließende nationalpolitische Programme. Daher konnte Wien einmal mehr seine seit Generationen bewährte *divide et impera*-Strategie einsetzen, um die beiden Nationen gegeneinander auszuspielen.

Die ukrainische Nationalbewegung soll hier vor dem Hintergrund der polnischen skizziert werden. Bis 1914 hatten die Ukrainer zahlreiche Bildungseinrichtungen, Agrar-, Gartenbau- und Imkergenossenschaften, Gesangs-, Turn- und Schulungsvereine geschaffen. 1894 gründeten sie den ersten Ortsverband (genannt „Nest“) ihres „Sokil“ (Falke), 1914 gab es davon bereits 900. In den letzten Jahren vor dem Krieg entstanden darüber hinaus ukrainische Schützenvereine, die sich 1913 zur Gesellschaft der Ukrainischen Sičer Schützen (*Ukrains'ki sičovi stril'ci*, USS) zusammenschlossen. Diese Namengebung bezog sich auf den historischen Sitz der Zaporoger Kosaken, die Sič unterhalb der Dnepr-Stromschnellen. Den USS stand ein Ataman vor. Bis 1914 organisierten die Ukrainer einhundert Schützenzirkel nach polnischem Vorbild. Die Anregung dazu kam nämlich von Piłsudski, der darauf setzte, dass ukrainische und polnische Schützen kooperieren würden. Doch in der Realität gab es zwischen den beiden Schützenbewegungen keinerlei Berührungspunkte. Polen und Ukrainer hatten zwar in Russland einen gemeinsamen Feind, aber entgegengesetzte politische Ziele. Die USS wollten gemeinsam mit der k.u.k. Armee kämpfen und den Kriegsschauplatz an den ukrainischen Dneprlauf verlegen; sie hofften, dort ihren eigenen Staat mit der Hauptstadt Kiew zu gründen, der mit der k.u.k. Monarchie verbündet sein sollte. Sie gewannen die Unterstützung des Bunds zur Befreiung der Ukraine (*Sojuz Vyzvoleennja Ukraïny*, SVU), der im August 1914 entstand und aus der Dnepr-Ukraine stammende Akteure der ukrainischen Nationalbewegung versammelte. Dagegen planten die USS mit Unterstützung ukrainischer nationalistischer Politiker in



Ostgalizien die Bildung eines ukrainischen Kronlandes aus Ostgalizien und der Bukowina mit der Hauptstadt Lemberg.

Am 27. Juli 1914 schufen die Ukrainer in Lemberg ein politisches Repräsentationsorgan unter der Bezeichnung Ukrainische Hauptrada (*Holovna ukrains'ka rada*, HUR), die am 3. August ein Manifest mit einem Treuegelöbnis an Österreich-Ungarn und einem Aufruf zum Kampf gegen Russland, aber auch gegen die polnische Dominanz in Galizien publik machte: „Der Sieg der österreich-ungarischen Monarchie wird unser Sieg sein, und eine umso schwerere Niederlage Russland erleidet, desto näher wird die Stunde der Befreiung der Ukrainer sein.“ Die HUR entwickelte die Idee, aus den USS eine Legion zu bilden, wozu Wien die Erlaubnis gab. Die Bewaffnung der ukrainischen Legionäre war schlechter als die der polnischen, und die Mannschaftsstärke der USS-Legion war mit zweieinhalb Bataillonen, später drei selbständigen Gruppen, sehr viel geringer als die der Polnischen Legionen. Von 6000 ausgebildeten Schützen wurden 2000 in den aktiven Dienst übernommen, die übrigen Reserveeinheiten zugeteilt. Pläne zur Erweiterung der USS wurden von den polnischen Behörden und Statthalter Korytowski torpediert. Für die Polen waren die Ukrainer nicht vertrauenswürdig, weil unter ihnen Anhänger Russlands und der Orthodoxie zu finden seien, ein Auffassung, die von der österreichischen Generalität geteilt wurde. Am 25. Mai 1915 betrug die Stärke der Fronteinheiten der USS-Legion 1730 Mann, am 30. August 1915 1188 Mann. Die Ukrainer versuchten den Bruder des unierten Metropoliten, Stanisław Szeptycki (ukr. Stanislav Šeptyc'kyj), dazu zu bewegen, das Kommando der Legion zu übernehmen. Dieser war nicht prinzipiell abgeneigt, schlug aber gleichwohl als national überzeugter Pole das Angebot aus. Ende April, Anfang Mai 1915 waren die Ukrainer an dem erfolgreichen Scharmützel am Berg Makivka in den Ostkarpaten beteiligt, bei dem 42 Schützen fielen. Dieses Gefecht wurde zum Gründungsmythos der USS und einer freien Ukraine.

Bis Kriegsende durchliefen insgesamt acht- bis zehntausend Mann die ukrainische Legion. Ihre Kommandeure legten Wert darauf, sich als ukrainische Verbündete der Österreicher zu stilisieren. Daher wurden die Dienstgradbezeichnungen und Uniformen ukrainisiert und besondere Kopfbedeckungen eingeführt, genannt *mazepynky*<sup>4</sup>. Sie beabsichtigten, die Schützen später als Kernkader einer freien Ukraine einzusetzen. Sie wollten die USS bis zur Stärke mehrerer Brigaden ausbauen, analog zu den Polnischen Legionen, erhielten dazu aber nicht die Erlaubnis des AOK, weil dieses befürchtete, die Ukrainer könnten zu Russland überlaufen. Im Juni 1917 erwogen die ukrainischen Akteure, die USS-Legion selbst aufzulösen,

---

4 Benannt nach dem ukrainischen Kosakenhetman Ivan Mazepa (1639–1709); A.d.Ü.

weil es ihnen trotz aller Anstrengungen nicht gelungen war, die ukrainische Frage auf die politische Tagesordnung zu bringen. Schließlich bestand die USS-Legion lediglich als Kadereinheit fort, und im Februar 1918 marschierte diese von Żywiec aus in einer Abteilung unter dem jungen Erzherzog Wilhelm Franz in Richtung Kiew. Dieser hatte seit 1915 freundschaftliche Beziehungen zu den Ukrainern gepflegt, hatte Ukrainisch gelernt, und aus Vorliebe für die ukrainische Volkskultur pflegte er ein gesticktes Hemd zu tragen, was ihm den Spitznamen Bestickter Vasyl einbrachte. Er unterstützte die Anstrengungen der Ukrainer, ein eigenes Kronland und einen eigenen Staat zu bilden. Bis nach Wien gelangten Gerüchte, er wolle sich zum König-Hetman der Ukraine ausrufen lassen. Die Ukrainer besaßen eine nach dem Vorbild der POW gebildete Ukrainische Militärorganisation, die sich nach Kriegsende der polnischen Machtübernahme in Ostgalizien entgegensetzen sollte.

Im September 1914 verließen die wichtigsten Akteure der ukrainischen Nationalbewegung Galizien Richtung Wien, um sich dort für ihre Sache einzusetzen. Im Mai 1915 gründeten sie die Allgemeine Ukrainische Rada (*Zahal'na ukraïns'ka rada*, ZUR), in der Politiker aus Galizien und der Bukowina saßen, später auch aus der Karpatenukraine. Im November wurde die Rada in die Ukrainische Parlamentarische Repräsentation umgestaltet, den Vorsitz führte Julian Romančuk, den Jevhen Petruševyč vertrat. Die ukrainischen Aktivisten warben in der österreichischen Politik dafür, einen verbündeten ukrainischen Staat am Dnepr und ein ukrainisches Kronland zu schaffen; letzteres sollte Ostgalizien, das Lemkengebiet, die Bukowina und die Karpatenukraine umfassen. Das Motto der Radikalen war: „Die *ljachy* [d.h. Polen] hinter den San zurück!“ Ihren Souveränitätsanspruch begründeten sie mit der Stärke der ukrainischen Nation von 30 Millionen. Sie versuchten bis Kriegsende, einen Bruch mit Wien oder Berlin zu vermeiden. Der Metropolit Šeptyc'kyj betonte in einem Hirtenbrief vom 21. August 1914, die ukrainische Nation sei „durch Gottes Willen verbunden mit dem österreichischen Staat und der Dynastie der Habsburger“. Die Ukrainer strebten keine Loslösung von Österreich an, daher gewannen sie allmählich das Vertrauen der österreichischen Führung als ernstzunehmende und loyale Partner. Auch in Berlin waren sie aktiv, wo sie das Ukrainische Pressebüro gründeten. Sie gewannen die Unterstützung der ukrainischen Emigration in den USA und Kanada, wurden aber in den Ententestaaten nicht aktiv. Nur im schweizerischen Lausanne gab es ein Büro, das französische Texte veröffentlichte, um für die ukrainische Sache zu werben. Doch beeinträchtigte ihr fehlender Einsatz bei den Ententemächten ihre Aussichten auf einen eigenständigen Staat nach Kriegsende.

Der intensive Lobbyismus in Wien zeitigte Früchte. Im Oktober 1915 sagte Stürgkh zu, Galizien zu teilen und dem ukrainischen Kronland einen

Teil der Bukowina und das Russland abzunehmende Wolhynien zuzuschlagen, wo Ukrainer die niederen Verwaltungsränge würden besetzen können. Auch versprach er, die Verwaltung von Ostgalizien allmählich zu ukrainisieren, insbesondere die Bezirkshauptmannschaften, ebenso die Gerichte und die Polizei, was, wie wir uns erinnern, auch erfolgte; außerdem sollte eine ukrainische Universität in Lemberg gegründet werden.

Naturgemäß widersetzten sich die Polen solchen Plänen. Schließlich sei die Lemberger Universität bereits von König Johannes Kasimir als polnische Universität gegründet worden. Am 16. Februar 1916 versicherte Thronfolger Erzherzog Karl den Ukrainern, nach dem Krieg werde es ein autonomes ukrainisch-ruthenisches Kronland geben. Auch Conrad war den ukrainischen Aspirationen wohlgesonnen. Solche mündlichen Zusagen fanden jedoch zu keinem Zeitpunkt einen schriftlichen Niederschlag, ganz zu schweigen von konkreten Entscheidungen, denn Wien fürchtete den Widerstand der Polen und erst recht der Ungarn, die gleichfalls wenig von den ukrainischen Plänen hielten. Ganz besonders empörten sie sich über die Absicht, die Karpatenukraine dem ukrainischen Kronland anzugliedern, gehörte sie doch seit langer Zeit zu den Ländern der Stephanskrone. In diesem Sinne hatten Polen und Ungarn ein gemeinsames Interesse am Erhalt ihres jeweiligen Besitzstandes. Bis zum Kriegsende blieb also die ukrainische Frage ungelöst, zumal Wien kein Interesse daran haben konnte, die Monarchie durch den polnisch-ukrainischen Konflikt zusätzlich zu destabilisieren.

## 8 Krieg um Polen

„Die *Moskale* sind von der Grenze weg! Alle *Moskale* sind verschwunden“, war die freudige Auskunft eines Bauern aus der Gegend von Miechów, der seine Waren auf dem Krakauer Szczepański-Platz anbot. Tatsächlich waren zum Zeitpunkt der Mobilisierungsankündigung die russländischen Zöllner, Grenzsoldaten und Beamten bereits von der Grenze abkommandiert worden. Das wurde von der unter dem Kommando von Władysław Belina-Prażmowski als Spähtrupp vorgeschickten siebzigköpfigen Kavallerieabteilung der Schützen bestätigt. Auch Zofia Zawiszanka bestätigte die Nachricht, Dichterin und Mitglied des Untergrunds aus Goszyce unweit Krakau. Die Schützen konnten sich demnach ungehindert nach Norden aufmachen.

„In der Nacht vom 5. auf den 6. August marschierten wir ab und passierten beim Jordan-Park den Kommandeur, der uns salutierte. Uns war kurz darauf die Ungewissheit genommen, denn am Ende des Parks wandten wir uns nicht in Richtung Kościuszko-Kuppel, sondern schwenkten in Richtung Grenze ab. Wir marschierten ohne Geräusch um Krakau herum“, schrieb Waclaw Graba-Łącki, ein Soldat der Kaderkompanie. Geplant gewesen war

eigentlich, die Schützen Richtung Sławków und Dąbrowa marschieren zu lassen, dem Schlupfwinkel der PPS. Damit war jedoch das AOK nicht einverstanden, da das Dąbrowa-Revier operatives Ziel der Deutschen war, die sich dort keine anderen Truppen wünschten.

Hinter der Grenze besetzten die Schützen das Städtchen Słomniki, tags darauf Miechów. Sie sandten ein Telegramm an die polnische Presse, in dem sie von einem blutigen Gefecht bei dem Ort berichteten und behaupteten, 800 Russen getötet und viele Gefangene gemacht zu haben. „Die Abteilungen des Schützenverbands schlugen und vertrieben die *Moskale* aus Miechów, wo die Polnische Fahne weht“, trug August Krasicki am 10. August in sein Tagebuch ein. In Wahrheit hatte es keine Schlacht bei Miechów gegeben. Diese war eine Propagandaerfindung, stand aber am Beginn des Schützenmythos. Die Propaganda suggerierte, der Sieg sei die Revanche für die Niederschlagung des Aufstandes von 1863 und signalisiere, wie die Schützen den Aufständischen nacheiferten. Kurz darauf wurde in Galizien und illegal auch in Kongresspolen eine Postkarte mit der Überschrift „Einnahme von Miechów“ verbreitet, ebenso wie Flugblätter mit einer Beschreibung der fiktiven Schlacht. Das Bild zeigte die Flucht der Russen und half, die Freiwilligenmeldungen nach oben schnellen zu lassen. In der Phantasie junger Männer erhob sich bereits die Rzeczpospolita von den Toten. Auch die Eroberungen von Jędrzejów, Chęciny und Kielce wurden als große Erfolge der Schützen propagiert. Es ging das Gerücht um, sie würden in Kürze in Warschau Einzug halten. Die Propaganda der Schützen war also erfolgreich.

Am 12. August rückte eine vierhundertköpfige Schützenabteilung in die Gouvernementsstadt Kielce ein, musste sie aber bereits zwei Tage darauf wieder verlassen, als sich russländische Kavallerie unter General Aleksandr Novikov der Stadt näherte. Um die Führung der verstreuten Schützenformationen zu vereinfachen, fasste sie Piłsudski am 18. August zum 1. Regiment der polnischen Armee zusammen, ohne die Erlaubnis des AOK einzuholen. Dank der Erfolge der verbündeten Truppen konnten die Polen am 22. August Kielce erneut besetzen, das vorübergehend zum Zentrum der irredentistischen Bewegung in Kongresspolen wurde. Im Magistratsgebäude wurde ein Werbebüro eröffnet. Bis zum 1. September meldeten sich 567 Freiwillige, darunter 342 Arbeiter und Handwerker. Weitere stießen in den Folgewochen hinzu. Das war kein schlechtes Ergebnis in Anbetracht der Angst vor der Rückkehr von *tata* (Papa), wie die russische Obrigkeit genannt wurde.

Da sich jedoch die k.u.k. Truppen Richtung Galizien zurückzogen, mussten auch die polnischen Schützen den Rückmarsch antreten. Am 10. September verließen sie Kielce. Dort „herrschte schon seit einigen Tagen Chaos, das jetzt in Panik übergegangen ist. Die Läden sind mal geschlossen, mal

wieder offen. Die Waren werden versteckt, man kann nichts bekommen, man will nichtmals Kronen annehmen. Die Intelligenz ist kaum zu sehen. Wer sich für die Legionen einsetzt, sieht zu fortzukommen“, schrieb ein Zeitzeuge. Noch waren die polnischen Soldaten in Kielce, doch schon hängten die Händler wieder russischsprachige Schilder auf.

Der Empfang der Schützen in Kongresspolen war keineswegs enthusiastisch. Hinter der Grenze begegneten ihnen Gleichgültigkeit, Reserve, manchmal Feindseligkeit. „Kein einziger Gruß für uns auf dem Marsch; kein einziger neugieriger Blick, keine einzige Frage beim Halt [...]. Das Land bot einen zwiespältigen Eindruck, ein Bild der Niedergeschlagenheit und Armut, wir waren gekommen, es zu wecken, aber es wollte gar nicht geweckt werden“, erinnerte sich Michał Sokolnicki, Irredentist und künftiger Diplomat. Die Schützen trösteten sich damit, die Menschen auf dem Land besäßen anders als die Städter eben noch kein nationales und bürgerliches Bewusstsein. Doch sollten sie bald enttäuscht werden, denn auch in den Städten zeigten die Leute keine Begeisterung. „Diese Menschen auf den Straßen sind keine russischen Untertanen mehr, aber auch noch keine Polen, sie trauen sich noch nicht, Polen zu sein“, kommentierte ein Schütze. Nur in Kielce, wo viele Angehörige der Intelligenz und Arbeiter lebten, gab es erklärte Anhänger der polnischen Sache. Eine andere Reaktion wäre in Kongresspolen kaum zu erwarten gewesen, schließlich waren die Schützen für die Einheimischen Fremde, die an der Seite der feindlichen Heere standen. Für sie war Russisch-Kongresspolen die Heimat, die russländische Armee war ihre Armee. Auch die russländischen Soldaten sahen sie als die eigenen an, als ihre Beschützer.

Piłsudski und seine Kampfgefährten hatten lange in Galizien gelebt und konnten oder wollten nicht erkennen, dass die Polen in Kongresspolen nach der Revolution von 1905–1907 die russische Herrschaft akzeptiert hatten, die sich in mancher Hinsicht zu ihrem Vorteil wandelte. Es gab Wahlen zur Staatsduma, Grundrechte wie die Religionsfreiheit waren garantiert, in Kongresspolen und in begrenztem Umfang selbst in den annektierten Gebieten konnte sich die polnische Kultur entwickeln, die polnischen Mittelschulen und die weiterführenden Berufsschulen wurden nicht an ihrer Tätigkeit gehindert. Dasselbe galt für Vereine, Verlage, Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftseinrichtungen. Kam es dennoch einmal zu Misshelligkeiten zwischen Untertan und Obrigkeit, gab es kaum etwas, was nicht mit einem Schmiergeld zu lösen gewesen wäre. Korruption erleichterte das Leben. Das alles veränderte die politische Mentalität.

Einen besseren Spürsinn für diese Entwicklungen bewiesen die Nationaldemokraten, deren prorussische und antideutsche Propaganda in Kongresspolen nicht ihre Wirkung verfehlte. Gerade die Landbevölkerung stand der russischen Politik durchaus positiv gegenüber. Es war fester Bestandteil

ihrer kulturellen Erinnerung, wie der „Befreierzar“ Alexander II. 1864 die Leibeigenschaft abgeschafft und den Bauern das Herrenland gegeben hatte. Es war kein Zufall, dass das Standbild dieses Kaisers auf Jasna Góra in Tschenstochau zwar von der Obrigkeit veranlasst, aber mit bäuerlichen Spenden bezahlt worden war. Doch auch Intelligenz, Finanziere, Industrielle und Gutsbesitzer standen fest zu Russland, zumal sie von dessen Unbesiegbarkeit im Bündnis mit den Ententemächten überzeugt waren. In Kongresspolen zweifelte man nicht daran, der Rückzug der russländischen Truppen sei nur ein strategischer Schachzug, um den Gegner tiefer in das Land hineinzulocken. Selbst die katholische Kirche sah in den Schützen nichts weiter als gottlose Sozialisten und Terroristen. Der Klerus warf ihnen vor, Kontributionen zu erheben und russische Repressionen zu provozieren. Diese Haltung exemplifizierte der Bischof von Kielce, Augustyn Łosiński, als er Piłsudski einen kühlen Empfang bereitete und ihm keine Hoffnung machte, die Einstellung der Katholiken seiner Diözese zu den Schützen könne sich ändern. Daher war die Formulierung des Oberkommandeurs in einem Befehl, das Auftreten der Schützen sei „der Funke am Pulverfass“ gewesen, eine Anleihe auf die Zukunft. Funken hatte es zwar gegeben, doch waren sie augenblicklich wieder erloschen.

Die Schützen ließen sich davon nicht abschrecken, sondern begannen, eine von Österreich unabhängige Verwaltung in Kongresspolen aufzubauen. Dies geschah namens einer „Nationalen Regierung“ (des *Rząd Narodowy*, RN), die sich vermeintlich in Warschau konstituierte. Die Idee ging auf Piłsudski selbst zurück. Er hielt das Mandat der KSSN zur Bildung einer polnischen Verwaltung für zu schwach, zumal die Organisation in Galizien saß und sich ihre Kompetenzen nicht auf Kongresspolen erstreckten. Auch waren dem polnischen Oberkommando die Hände gebunden, wenn es nicht als selbständige Entität auftreten konnte. Mit der Idee der Nationalen Regierung versuchte Piłsudski, auf die Zeit der nationalen Aufstände zurückzugreifen, um eine selbständige Politik zu legitimieren und die Polen für den Befreiungskampf zu begeistern.

Die Idee einer Geheimregierung in Warschau war im engsten Kreis von Piłsudskis Vertrauten bereits mindestens seit dem Ersten Balkankrieg diskutiert worden, doch ohne konkreten Umsetzungsplan für den Kriegsfall geblieben. Bereits am 6. August informiert Piłsudski die KSSN, in Warschau sei eine Nationale Regierung entstanden, und verlangte deren sofortige Anerkennung. Er argumentierte, so die Schützen aus der Befehlsgewalt des AOK zu lösen. Die KSSN schloss sich dem an und machte Piłsudski zum galizischen Repräsentanten beim RN. Piłsudski veranlasste, einen Aufruf des RN „an die Gesamtheit der Bürger der polnischen Länder“ zu verfassen, was der spätere Minister Leon Wasilewski auf sich nahm. Der Aufruf wurde auf den 3. August zurückdatiert und in Krakau gedruckt, was

selbstverständlich geheimgehalten wurde. Der vermeintliche RN präsentierte sich darin als legitimes Machtzentrum: Aller mobile und immobile Besitz des russländischen Staates gehe in polnischen Nationalbesitz über; ferner sei eine polnische Armee zu bilden. Am 11. August wurden in allen Krakauer Cafés Flugblätter zur Ausrufung des RN verteilt. Doch Konservative und Nationaldemokraten blieben skeptisch und zweifelten an der Existenz dieser Regierung; sie sahen darin eine politisch verantwortungslose und großwahnsinnige Propagandaaktion, „einen Betrug und eine Lügengeschichte“. Im Gegensatz dazu hielt Piłsudski den RN für ein Symbol polnischer Staatlichkeit und Unabhängigkeit, eine weit über das rational Erfassbare hinausgehende Macht, einen romantischen Mythos und eine Wiederbelebung der Aufstandstradition. Doch selbst seine Verbündeten in der KSSN waren der Auffassung, man müsse wenigstens die Regierungsmitglieder namentlich präsentieren, damit die Idee eine Chance habe: „Die Firma muss in der Öffentlichkeit tätig sein, durch die Namen ihrer Mitarbeiter“, meinte Daszyński. Also entsandte Piłsudski am 12. August Emisäre mit dem Auftrag nach Warschau, bekannte Irredentisten ausfindig zu machen und dazu zu bewegen, die Ausrufung einer Nationalen Regierung vorzubereiten. Piłsudskis Beauftragte nahmen Kontakt mit Artur Śliwiński auf, der Sondierungen unternahm, doch nach kurzer Zeit wieder einstellte, weil er zu der Überzeugung gekommen war, das Unterfangen sei nicht auszuführen, da Mitglieder einer polnischen Regierung augenblicklich von der zarischen Polizei verhaftet werden würden.

Gleichwohl hielt Piłsudski den RN selbst als Fiktion für nützlich. Namens der Regierung konnte das Oberkommando der Schützen Flugblätter und Passierscheine mit offiziellem Siegel und polnischem Adler herausgeben. Unter Vorlage solcher imposanten Papiere wurden Versammlungen mit Gemeindevorsteher, Geistlichem, Gemeindegemeindefunktionär und Stadtverordneten einberufen, um ihnen die frohe Botschaft zu verkünden, in Warschau gebe es eine Nationale Regierung als höchste exekutive Autorität in Kongresspolen, der unbedingt Gehorsam zu leisten sei. An den Orten sollten jeweils Zivil- und Militärkommissariate mit Verwaltungsfunktionen gebildet werden. Die Kommissare wurden von Piłsudski oder Walery Sławek berufen. Sie sollten sich verhalten, als existiere überhaupt keine k.u.k. Besatzungsverwaltung. „Mit all dem sollten vollendete Tatsachen geschaffen und in den von uns eingenommenen Gebieten unsere Verwaltung ausgebaut werden“, erklärte Sławek. Als Kommissare waren prominente sozialistische und demokratische Funktionäre aus Galizien und Kongresspolen vorgesehen. Beispielsweise wurde Daszyński stellvertretender Militärkommissar für Stadt und Kreis Miechów.

Die Kommissare kommunizierten per Instruktion. Der Kommissar und PPSD-Politiker Emil Bobrowski teilte in einem Aufruf vom 8. August



mit: „Die Stadt Jędrzejów wurde auf Befehl der in Warschau gebildeten Nationalen Regierung von der Vorhut der Polnischen Armee eingenommen. Die russischen Behörden werden durch polnische Behörden ersetzt, die alle öffentlichen Aufgaben übernehmen. Patrouillen der Feuerwehr und der Bürgerwache werden über Ruhe und Sicherheit von Stadt und Bevölkerung wachen. Um die Versorgung der Bevölkerung und unserer Truppen sicherzustellen, ist es verboten, aus der Stadt Zucker, Salz, Öl und Kohle auszuführen. [...] Preiserhöhungen sind untersagt. Es ergeht der Aufruf, alle russischen Aufschriften auf Schildern, an Ämtern usw. zu entfernen.“ In der Tat wurden solche Beschriftungen hier und da übermalt, allerdings so, dass man bei Rückkehr der Russen den alten Zustand wieder herstellen konnte. Die Kreiskommissare waren für öffentliche Sicherheit und Hygiene zuständig, für die Einrichtung polnischer Schulen, Schutz vor Plünderung, Steuererhebung zum Unterhalt von Armee und Verwaltung, selbst für die Ausgabe von Rauchverbotschildern. Die Militärkommissariate präsentierten sich als Einrichtungen des polnischen Oberkommandos und erließen Aufrufe zum Eintritt in die als „polnische Armee“ bezeichneten Schützenabteilungen. In Kielce wurde ein Generalkommissariat zunächst unter Leitung von Ignacy Boerner, dann Michał Sokolnicki als provisorische Wojewodschaftsverwaltung und Aufsichtsbehörde der Kommissariate eingerichtet. Sein Amtsorgan war der *Dziennik Urzędowy* (Amtlicher Tagesanzeiger). Das unterstellte Gebiet hieß Polnische Republik Kielce. Eine Feldgendarmarie war für die öffentliche Sicherheit zuständig und sollte Verräter und „Moskauer Spione“ an Militär- und Feldgerichte übergeben. In einigen Fällen wurden Spionageverdächtige gehängt.

Nach Sławeks Erinnerung verhielten sich die Deutschen „anständig“ und unterhielten ständigen Kontakt mit Piłsudski. Sie kooperierten in militärischen Angelegenheiten mit dem polnischen Militär und tolerierten die polnische Verwaltung. Ganz anders die Österreicher, die die Auflösung der polnischen Verwaltung verlangten, worauf eine k.u.k. Verordnung vom 4. September bestand. Dies geschah, obwohl die Mittelmächte keine effektive eigene Militärverwaltung aufbauen konnten. Gegen die Proteste der Polen entfernten die Österreicher die Tafeln mit der Aufschrift „Einrichtung der Polnischen Armee“ von den öffentlichen Gebäuden.

Auch die polnischen Loyalisten sahen das Vorgehen der Irredentisten kritisch, weil diese sich unerwartet an die Spitze der polnischen Nationalbewegung gesetzt hatten und ihr politisches Monopol in Galizien infragestellten. Zudem sahen sie die erhoffte Übereinkunft mit Wien zum Aufbau einer trialistischen Monarchie gefährdet. „Die meisten [Loyalisten] fürchten die Unabhängigkeitsbewegung, weil diese ihre österreichische Orientierung untergräbt, ‚sozialistisch‘ ist und der k.u.k. Regierung größte Schwierigkeiten bereiten kann“, schrieb Daszyński am 17. September an Piłsudski.



Die Loyalisten fürchteten, die Maßnahmen der Irredentisten könnten anarchische Zustände herbeiführen. „Die Folgen dieser Komitees können nur schädlich und katastrophal sein, weil sie zu schweren Unruhen und inneren Kämpfen führen müssen, die erhebliche Ausmaße annehmen und sich zu einem Bürgerkrieg auswachsen können“, schrieb Jaworski, als er Außenminister Berchtold drängte, in den besetzten Gebieten schnellstmöglich eine Zivilverwaltung einzurichten.

Piłsudski erkannte die Ausweglosigkeit der Lage und befahl, die Kommissariate in eine „Polnische Nationalorganisation“ (*Polska Organizacja Narodowa*, PON) genannte Untergrundverwaltung umzuwandeln. Die PON wurde in der Nacht vom 4. auf den 5. September gebildet und sollte den Irredentisten einen Vorteil gegenüber Mittelmächten und Loyalisten verschaffen, zumal ihr auch Polen aus dem russländischen Teilungsgebiet angehörten. Aufgrund einer Geheimvereinbarung mit der deutschen Führung in Kongresspolen durfte die PON Werbung und Ausbildung durchführen; im Gegenzug verpflichtete sie sich, für die Deutschen militärische Aufklärung, Sabotage und Propaganda zu betreiben. Piłsudski bemühte sich außerdem, wenn auch vergeblich darum, als Erster mit seinem Regiment in Warschau einzumarschieren, sobald die Stadt befreit sein würde. Bei dieser Annäherung an die Deutschen ging es nicht zuletzt darum, ein Gegengewicht zum Bündnis mit Österreich zu finden und zu belegen, dass sich die Irredentisten nicht völlig von Wien abhängig machten. Die PON kam jedoch über erste Anfänge nicht hinaus, und die Absprache mit den Deutschen blieb ein toter Buchstabe.

Piłsudski riskierte die Bildung einer polnischen Verwaltung, weil er beabsichtigte, sie gegenüber der k.u.k. Führung als Verhandlungsargument einzusetzen und sie wenigstens in rudimentärer Form zu erhalten. Das erwies sich als unmöglich. Denn Österreich-Ungarn war nicht an Gesten für die polnische Sache interessiert. Es sah in den polnischen Schützen keinen gleichrangigen Verbündeten, sondern Söldner, die in seinem Auftrag Diversion und Sabotage betrieben. Doch waren die militärischen Erfolge der Schützen unbedeutend, sodass sie mehr Probleme bereiteten als Vorteile boten. Daher betrieb die österreichische Generalität die Auflösung der Verbände, die teils demobilisiert, teils in die reguläre Armee übernommen werden sollten. Aus der österreichischen Politik kam dagegen Widerspruch. Zwar war man auch hier von Piłsudskis Eigensinn beunruhigt, doch fürchtete man, durch die Auflösung der Schützenabteilungen werde noch größerer Schaden entstehen, denn sie würde einen Konflikt mit dem irredentistischen Lager heraufbeschwören und den Polen jede Motivation zum Dienst in Armee oder Verwaltung nehmen. Zudem würden diejenigen ostgalizischen Kräfte Zulauf gewinnen, die keinen Sieg Österreichs wünschten. Auch würde der Entente ein hervorragender Propagandavorwand geliefert. Die polnischen

Loyalisten sahen das ähnlich. So hielten es Österreicher und Polen im wechselseitigen Interesse für angebracht, die Schützenformationen beizubehalten und nur Piłsudskis politischen Spielraum zu beschneiden.

Zur Annäherung an die österreichischen Entscheidungsträger bat Leon Biliński Juliusz Leo nach Wien, der am 10. August eintraf. Auch Michał Bobrzyński und Galizienminister Zdzisław Dzierżykraj-Morawski nahmen an den Gesprächen teil. Bei der Gelegenheit kam die Idee auf, eine gemeinsame Repräsentation der politischen Parteien Galiziens und Teschen-Schlesiens zu schaffen, der die politische Aufsicht über die Schützenformationen anvertraut werden sollte. Zu diesem Zweck war allerdings eine Verständigung mit den Irredentisten aus der KSSN sowie den im CKN organisierten Nationaldemokraten und Podolaken zu erzielen. KSSN und CKN erklärten sich einverstanden, weil sich ihre Führungen im Klaren waren, dass sie eine Weigerung zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilen würde.

Ergebnis der Gespräche war das Oberste Nationalkomitee (der *Naczelny Komitet Narodowy*, NKN), angekündigt in einer Verlautbarung des Polnischen Klubs im Reichsrat. Die Inauguration des NKN fand am 16. August im Krakauer Magistratsgebäude statt. Bei Annäherung der russländischen Truppen im November 1914 wurde der NKN nach Wien evakuiert. Mitglieder waren Vertreter der vier wichtigsten politischen Lager, darunter Abgeordnete des Reichsrats und des Landessejm. CKN und KSSN lösten sich auf, der Polnische Militärfonds übertrug seine Aktiva an den NKN. Im November 1914 trat die PON dem NKN bei, während die Irredentisten sich nicht länger auf eine Nationale Regierung beriefen, gleichwohl sie die Konzeption nicht aufgaben, über eigene Geheimorganisationen in den Gebieten unter russischer Kontrolle zu verfügen.

Der NKN zählte anfangs vierzig, später fünfzig Mitglieder. Er wurde von den Konservativen beherrscht, allerdings fehlten k.u.k. Finanzminister Leon Biliński und der auf einen Kabinettsposten wartende Michał Bobrzyński ebenso wie die Skeptiker Agenor Maria Gołuchowski und Stanisław Koźmian. Das Komitee bestand aus zwei Sektionen: Jaworski leitete die West-, Cieński die Ostsektion. Ein Wiener Kommissariat sorgte für die Abstimmung mit der Regierung. Erster Vorsitzender war Leo, was eine personelle Brücke zwischen Polnischem Klub und NKN schuf. Nach Leos Rücktritt am 22. November folgte ihm sein bisheriger Stellvertreter nach, der ehrgeizige Jaworski. Seine Sentenz „der NKN bin ich“ sollte in die Geschichte eingehen. Allerdings wurde er einige Monate später von Biliński abgelöst, dem Vorsitzenden des Polnischen Klubs. Eine wichtige Rolle spielten die beiden Generalsekretäre Konstanty Srokowski und Michał Sokolnicki. Der NKN war in Departements aufgeteilt, davon das wichtigste das von Władysław Sikorski geleitete Militärdepartement. Die Galizier sahen

den NKN als eine Art polnischer Ersatzregierung mit den Departements als Ministerien.

Die galizische Zivilverwaltung reagierte irritiert auf die Bildung des NKN. Statthalter Korytowski lehnte eine solche „Nebenregierung“ ab. Dies galt seiner Auffassung nach umso mehr, als der NKN Bezirksnationalkomitees (*Powiatowe Komitety Narodowe*, PKN) als exekutive Organe einrichtete, die er mit einiger Berechtigung als Konkurrenz der eigentlichen Bezirkshauptmannschaften ansah. Außerdem entstanden Stadtnationalkomitees (*Miejskie Komitety Narodowe*, MKN), die meist von den Bürgermeistern geleitet wurden.

Der NKN wurde zu einem mächtigen Organ, das auch von seinen Gegnern nicht ignoriert werden konnte. Jedenfalls brachte er eine Belebung in die kongresspolnische Politik. Er verfügte über erhebliche Geldmittel aus der von den Stadt- und Bezirkskomitees eingezogenen sogenannten Nationalsteuer. Die Steuereinnahmer der MKNs trugen in bei den Magistraten geführten Listen ihre Einnahmen ein. Diese Steuer belastete die Bevölkerung erheblich, zumal sie hauptsächlich allein von den Polen, von den Juden nur sporadisch gezahlt wurde. Mit der Zeit gingen das bürgerschaftliche Engagement und damit auch die Einnahmen zurück. Obligatorische Zahlungen traten an die Stelle der freiwilligen; auch Schmuck und andere Wertgegenstände konnten eingezogen werden. Parallel zum NKN gewann Krakau als politisches Zentrum an Bedeutung. Dafür sorgte unter anderem seine relative Nähe zu Wien. Umgekehrt ging der Einfluss Lembergs zurück; die Stadt sollte bis Kriegsende im Schatten Krakaus stehen.

Vorrangig war die Aufgabe des NKN, die Polnischen Legionen als Ersatz der Schützenabteilungen zu formieren und zu beaufsichtigen. Es ist nicht bekannt, wer zuerst die Idee zur Bildung der Legionen aufbrachte. In der Verlautbarung des Polnischen Klubs hieß es dazu: „Um die polnische nationale Stärke in den bewaffneten Polnischen Legionen zusammenzufassen, haben der Polnische Klub und ausnahmslos alle polnischen Parteien beschlossen, eine einzige, offen tätige Organisation zu schaffen. [...] es ziehen die Polnischen Legionen in den Kampf, um [...] eine der polnischen Nation würdige Tat als Voraussetzung für und Anleihe auf ein besseres Los in die Waagschale zu werfen.“ Dieses Manifest erging sich in Vagheiten, doch auf Konkreteres konnten sich die polnischen Meinungsbildner noch nicht verständigen. Der Polnische Klub anerkannte in einem Beschluss den NKN „als höchste Instanz bei der militärischen, finanziellen und politischen Organisation der polnischen Streitkräfte“; er sollte die Gelder für den „polnischen Krieg“ sammeln, Propaganda für die Legionen betreiben, die Anwerbung organisieren und sich um Soldaten und Ausrüstung kümmern. Für die Loyalisten war die politische Aufsicht über die Legionen wichtig, weil sie das wichtigste Instrument zur Verwirklichung des nationalistischen

Konzepts sein sollten. „Ein unabhängiges Polen unter dem Zepter der Habsburgerdynastie, in Union mit der k.u.k. Monarchie, das ist das Programm der polnischen Nation, das Programm des NKN, das Kampfziel der polnischen Legionen“, erklärte Jaworski.

Die Formierung der Legionen beraubte Piłsudski seiner relativen Unabhängigkeit, ganz wie es der Absicht der Loyalisten und der österreichischen Führung entsprach. Auch die Loyalisten zielten darauf ab, Piłsudskis Autorität über die Schützen aufzuheben, deren Selbständigkeit zu beschneiden und die Irredentisten einzuhegen. Piłsudski sah die Entscheidung als persönliche Niederlage, denn dem AOK untergeordnete Legionen widersprachen seinen Absichten. Er hatte die Option, sich der Entscheidung zu verweigern, aber das AOK stellte ihm über Oberstleutnant Nowak am 13. August ein Ultimatum, das jeden Zweifel aufhob: Sollte er sich weigern, sich dem AOK zu unterstellen, würde er seines Kommandos enthoben und auf das politische Abstellgleis geschoben. Ihm blieb kein Spielraum, denn er konnte nicht demissionieren, ohne jeden weiteren Einfluss zu verlieren. Nach einer Beratung im Kreis der Vertrauten akzeptierte er daher das Ultimatum und verkündete die Eingliederung der Schützenformationen in die Legionen. Zugleich teilte er jedoch Nowak mit, dass damit seine Verpflichtungen zu Diversions- und Sabotageaktionen null und nichtig seien. Ihm blieb das Kommando über das 1. Legionsregiment. Piłsudski war nämlich das Gesamtkommando verwehrt, weil dieser Posten seit dem 27. August einem polnischsprachigen k.u.k. General vorbehalten blieb, der das Vertrauen des AOK besaß.

In der Folgezeit sah es Piłsudski als seine wichtigste Aufgabe, die Selbständigkeit der Legionen so beharrlich auszuweiten, dass sie faktisch schließlich wieder eine polnische Armee sein würden. Diese Konzeption lief unweigerlich auf einen Konflikt mit AOK und Loyalisten hinaus. Vorläufig konnte er es jedoch noch nicht auf einen offenen Bruch ankommen lassen. Daher konzentrierte er sich ganz darauf, den Legionen den bestmöglichen Ruf als kämpfender Formation zu verschaffen. In der Tat gelang es den Legionen, es im Einsatz den regulären österreichischen Truppen mindestens gleichzutun oder sie sogar zu übertreffen. Piłsudskis Regiment, später die I. Brigade konnte etliche militärische Erfolge erzielen. Dazu zählten die Gefechte auf dem linken Weichselufer, an der Nida, im Krakau-Tschenstochauer Jura, die Schlachten bei Laski und Anielin vom 22. bis 26. Oktober 1914, bei Krzywopłoty vom 16. bis 19. November 1914, die verlustreiche Schlacht bei Łowczówek unweit Tarnów vom 22. bis 25. Dezember 1914, bei Konary unweit Klimontów vom 16. bis 19. Mai 1915 und bei Jastków vom 31. Juli bis 3. August 1915. Was die Legionäre auszeichnete, waren Hartnäckigkeit, Entschlossenheit, Kampfgeist und Einfallsreichtum; damit errangen sie sich in Galizien und Kongresspolen ihren besonderen Ruf.

Piłsudski selbst wurde zu einer lebenden Legende. Man fürchtete um sein Leben, und einschlägige Geschichten wurden eifrig weitergegeben. Im Herbst 1914 ging das Gerücht um, er sei schwer verwundet worden, in russische Gefangenschaft geraten, oder die *Moskale* würden mit ihm einen Schauprozess veranstalten. Vermeintliche Augenzeugen wussten zu berichten, sie hätten bei Kielce das zerschossene Auto gesehen, mit dem er nach Krakau hatte zurückfahren wollen. Andere meinten zu wissen, er sei in einem Gefecht bei Szczucin gefallen. Offenkundig war er endgültig aus der Anonymität herausgetreten; kam er durch die Städte Galiziens, wurde er von der Öffentlichkeit gefeiert. Auch das AOK konnte ihn nicht mehr ignorieren. So wurde er am 15. November 1914 zum Brigadegeneral befördert; eine weitere Auszeichnung war die Umwandlung des 1. Regiments zur I. Brigade am 19. Dezember 1914. Am Vortag hatte sich Piłsudski zu Gesprächen nach Wien begeben. Auf dem Bahnhof wurde er von einer mehrtausendköpfigen Menge von Polen in Empfang genommen. Doch das alles konnte der polnischen Sache immer noch nicht viel Auftrieb verschaffen. Am 21. Dezember gaben Jaworski und das NKN-Präsidium ein Diner zu Piłsudskis Ehren. Man kommentierte: „Es geht eine gewisse Erschütterung um, weil Piłsudski sich zum Helden auswächst.“ Das NKN versuchte, aus seinen Verdiensten Vorteile für den Trialismus zu ziehen. An Heiligabend besuchte er der Reihe nach als Ehrengast die ausgesuchtesten polnischen Salons von Wien. Alle wollten von seinem Prestige profitieren. Selbst seine Gegner wagten nicht, offene Ablehnung zu bekunden wie noch kurz zuvor, als sie ihn als „Roten“, „Terroristen“ oder „Banditen von 1905“ denunziert hatten; jetzt hieß es, er sei „für alle eine kommende historische Persönlichkeit“.

Formal wurden die polnischen Legionen durch einen Befehl des Oberbefehlshabers Erzherzog Friedrich vom 27. August 1914 ins Leben gerufen. Dieser bestimmte die Art der Formation, Rekrutierung, Versorgung und Organisation. Friedrich kündigte an, aus dem AOK österreichische Offiziere zu detachieren, um die Kommandostellen der Legionen zu besetzen. Wie schon die Schützen erhielten die Legionen Landsturmstatus. Der Befehl sah zwei Legionen vor: eine Östliche in Lemberg und eine Westliche in Krakau, jede mit einem eigenen Kommandeur. Hinter der östlichen Legion standen die *Endecja* und die *Podolaken*, also Parteien, die nicht an einen Erfolg der Mittelmächte glaubten und ihrer Politik misstrauten. Daher waren sie der Meinung, es würde der polnischen Sache nicht helfen, das Blut der Legionäre zu vergießen. Auch fürchteten sie den Einfluss der Sozialisten und insbesondere Piłsudskis auf die Legionen. Trotz starker Vorbehalte gestanden die *Sokół*-Feldstaffeln, die *PDS* und die *Bartosz*-Staffeln zu, in Lemberg und Umgebung Werbebüros einzurichten.

Am 29. August 1914 rückten 3300 Legionäre in südöstlicher Richtung aus. Nach zwei oder drei Wochen zählten die Legionen bereits 6000 Mann.

In der zweiten Septemberhälfte gelangten sie nach Rabka und Mszana Dolna in den Inselbeskiden. Viel böses Blut löste der Umstand aus, dass die Österreicher in ihrer Geringschätzung für ihren militärischen Wert den Legionen den Eisenbahntransport verweigerten. Die Organisatoren der Ostlegion erwarteten, dass Wien sich positiv zur polnischen Frage stellen würde. Indessen schwieg sich die Regierung aus und verweigerte jede klare Aussage in dieser Richtung. Das bestärkte nur die Auffassung, es habe keinen Sinn, auf Österreich zu setzen, und es sei besser, die Legion aufzulösen, als für Österreich das Leben in die Bresche zu schlagen. Die meisten Legionäre folgten in der Tat dem Aufruf, das Gelöbnis auf den Kaiser zu verweigern. Schließlich löste sich die Ostlegion am 26. September 1914 auf. Etwa 2000 Legionäre wurden in den österreichischen Landsturm eingegliedert, eine geringere Zahl in die reguläre Armee, einige wurden als Deserteure verhaftet, weitere demobilisiert.

In der Folge sahen sich Endecja und Podolaken einem Sturm der Empörung ausgesetzt. Die Sozialisten gehörten zu den heftigsten Kritikern. Ignacy Daszyński bezichtigte sie des Verrats, und er hielt Aleksander Skarbek, der als Hauptverantwortlicher für die Entscheidung galt, für schlimmer als Ivan Paskevič.<sup>5</sup> Auch die Loyalisten waren kritisch; in der Broschüre „Vor Gericht“ forderten sie die Anklage der Verantwortlichen wegen Hochverrats. Für Sozialisten wie Loyalisten war der Vorgang eine willkommene Gelegenheit, die Konkurrenz in der Nationalbewegung zu schwächen und sich Wien als die „guten Polen“ anzudienen, die stets treu zu Kaiser und Österreich stünden.

Dies alles führte dazu, dass die Nationaldemokraten immer mehr auf Distanz zum NKN gingen. Ein weiterer Begleitumstand war die Russophilie in Galizien, die mit den Erfolgen der russländischen Truppen immer populärer wurde. Am 20. Oktober zogen die Nationaldemokraten samt Cieński aus dem NKN aus; die Ostsektion zerfiel, was ohnehin bevorstand, nachdem Lemberg in russische Hände geraten war. Das verursachte ein politisches Erdbeben. In den Worten Jaworskis brach ein „Tag tiefer Depression“ an, denn das Ansehen des NKN war schwer beschädigt. Allerdings wäre es über kurz oder lang auf jeden Fall zum Zerwürfnis zwischen Endecja und NKN gekommen, weil sich die nationaldemokratischen Konzeptionen immer weniger mit denen der übrigen Parteien vereinbaren ließen. Die Endecja sah im NKN nichts anderes als eine Außenstelle Wiens, zumal tatsächlich die Sitzungen regelmäßig mit einem untertänigen Hoch auf den „Kaiser und

---

5 Marschall Ivan Fëdorovič Paskevič (1782–1856) führte 1830/31 das Kommando über die russländischen Truppen bei der Niederschlagung des Novemberaufstands und betrieb anschließend die Russifizierung Kongresspolens; A.d.Ü.

König von Polen“ endeten. Auch waren die Nationaldemokraten unzufrieden mit der Zusammensetzung des Komitees, in dem ihrer Meinung nach zu viele Sozialisten saßen. Daher nannten sie es abschätzig „sozialistische“ oder „jüdisch-sozialistische Regierung“, „Anti-Regierung“, die im Ergebnis einer „geschickten Intrige der österreichischen Regierung“ entstanden sei, um alle Polen unter den schwarz-goldenen Schirm zu holen. Matylda Sapieha schrieb, der NKN werde von Sozialisten und Libertins beherrscht. An dieser Lage änderte auch die Rückkehr der Podolaken in den NKN am 2. März 1916 nicht viel, denn zu diesem Zeitpunkt war dessen Stern schon so gut wie erloschen.

Die Selbstauflösung der Ostlegion schadete auch dem Ansehen der Polen in Wien. Davon profitierten die Ukrainer, die sich als im Gegensatz zu den Polen loyale Untertanen positionieren konnten. Die Regierung repressierte die Unruhestifter. Cieński drohte man mit Kriegsgericht, doch wurde er in Budapest interniert und kam schließlich dank einer Intervention Korytowskis wieder frei. Am 29. November 1914 wurde Jan Zamorski inhaftiert, Nationaldemokrat und Vorsitzender der Christlichen Volkspartei (des *Stronnictwo Chrześcijańsko-Ludowe*); er blieb über ein Jahr in Haft. Auch die Festnahme von Aleksander und Fryderyk Skarbek war beabsichtigt, aber sie reisten in die Schweiz aus, gleichfalls mit Unterstützung ihres Freundes Korytowski, der ihnen Pässe verschaffte. Seit Auflösung der Legion unterstand die Endecja-Presse der Zensur, und ihre Organisationen wurden von der Polizei überwacht.

Nicht alle Angehörigen der Ostlegion verweigerten den Eid; etwa 800 wollten unbedingt kämpfen. Es war ein gewisser Hauptmann Józef Haller, der sie überzeugte, weiter an der Seite Österreichs zu stehen. Doch Haller und seine Legionäre konnten den Schaden nicht beheben, der durch die Auflösung der Legion entstanden war. Haller schlossen sich im Laufe weniger Tage weitere 560 Legionäre aus dem Podhale und 370 aus dem Teschener Schlesien an. Nach der Vereidigung wurde aus diesen Soldaten das 3. Legionsregiment gebildet. Sie erwarteten, nach Kongresspolen zum Kampf gegen Russland geschickt zu werden. Doch zu ihrer Überraschung wurden sie nach Oberungarn verlegt, an den Ort Chust (ung. Huszt), um die Länder der Stephanskrone gegen die russische Invasion zu verteidigen. Auch das 2. Regiment wurde dorthin gesandt. Die Ungarn wussten die polnische Hilfe zu schätzen; die Polen stiegen so in ihrer Achtung.

Mit der Zeit wurde die II. Brigade der Legionen gebildet. Fast ein Jahr lang kämpften die beiden Legionsregimenter in den Karpaten, sei es in Ostgalizien oder in der Bukowina. Die Zahl ihrer Erfolge war größer als die ihrer Niederlagen. Sie kämpften bei Nadvirna, Molotkiv und im Huzulengebiet. Sie kämpften in Schnee und Tauwetter, ohne große Aussichten, damit der polnischen Sache weiterzuhelfen. Am 13. Juni 1915 befahl die k.u.k.



Führung bei Rokitna eine wahnwitzige Attacke einer Schwadron Ulanen unter Rittmeister Zbigniew Dunin-Źasowicz, Teil der Legionskavallerie. Achtzehn Ulanen fielen, darunter der Kommandeur. Dieses eigentlich wenig bedeutende Gefecht wuchs sich zur Legende aus, und die Veteranen der Attacke wurden zur Personifizierung von Mut, Heldentum und Gehorsam. Trotzdem gab es auch in den Legionsregimentern Fälle von Desertion, weil die Soldaten keinen Grund sahen, weiterzukämpfen und sich ohne Garantie für die polnische Sache Krankheit, Kälte und Tod auszusetzen.

Der NKN konnte die militärischen Erfolge der Legionen als gewichtiges Argument in seine Verhandlungen mit Wien und dem AOK einbringen. Das allein reichte jedoch nicht aus. Die Ungeduld wuchs mit dem Ausbleiben konkreter Zusagen. Auf der anderen Seite gab es ein politisches Erwachen bei denen, die vor dem Krieg der polnischen Nationalbewegung noch gleichgültig gegenübergestanden hatten: „Mir wollte scheinen, dass mich die polnische Frage sehr wenig anging. Doch musste ich mich des Gegenteils besinnen. Jetzt brenne ich in heller Flamme“, schrieb im August 1914 Karol Hubert Rostworowski an Józef Mehoffer. Der NKN war angenehm überrascht, dass viele polnische Soldaten ihre Versetzung aus der k.u.k. Armee in die polnischen Legionen zu erlangen versuchten.

Dieser Optimismus motivierte die Aktivisten, sich energischer für die trialistische Konzeption einzusetzen. Der ansonsten eher zögerliche Jaworski bekannte Ende August 1914 gegenüber Jan Hupka, er habe in Anbetracht der hervorragenden Perspektiven für die polnische Sache „geweint wie ein Kind“. Doch die Freude war verfrüht. Alle Hoffnungen auf eine positive Entwicklung für die trialistische Option wurden stets aufs Neue enttäuscht. Selbst die Optimisten lasse das verzweifeln, lautete ein Krakauer Kommentar vom Mai 1915. Nach weiteren unverbindlichen Gesprächen mit der österreichischen Seite glaubten die Polen immer noch, die trialistische Konzeption stehe kurz vor der Verwirklichung. Warschau wäre die dritte Hauptstadt der Donaumonarchie geworden – aber das hieß, das Fell zu teilen, bevor der Bär erlegt war. Schon wurde das Personal der künftigen polnischen Regierung diskutiert. Die Rede war von fünfzehn Ministerien, von denen fünf an Galizier, die übrigen an Leute aus Kongresspolen und den annektierten Gebieten gehen sollten. Es schien beschlossene Sache, dass die Gouvernements Grodno und zum Teil Wilna gleichfalls dem Habsburgerstaat angeschlossen werden würden. Piłsudski, Bobrzyński und Jaworski wurden als Minister gehandelt. Doch die Zeit verfloss, und in Wien fiel keinerlei Entscheidung. Einige Monate darauf schrieb Jaworski: „Sollte das Königreich<sup>6</sup> tatsächlich Österreich zufallen, wäre das ein Wunder.“ Er

---

6 D.h. Kongresspolen; A.d.Ü.



machte sich also inzwischen keine Illusionen mehr darüber, dass über das weitere Schicksal Kongresspolens und der genannten Gouvernements nicht in Wien, sondern in Berlin entschieden würde.

Wie wurde die polnische Frage in Wiener Regierungskreisen tatsächlich eingeschätzt? Bei Kriegsbeginn galt den Loyalisten ein Aufruf des AOK an die Polen in Kongresspolen vom 9. August 1914, der die Befreiung vom „Moskauer Joch“ verkündete, als Wegweiser der österreichischen Politik. Die Loyalisten fassten ihn als positives Zeichen auf, allerdings blieb der Text vage und warb tatsächlich eher nur für die freundliche Aufnahme der Besatzungstruppen. Der Aufruf behauptete, im Namen des Kaisers erlassen zu sein, war aber nicht von diesem unterzeichnet und konnte daher kaum als klare Richtungsanweisung gelten. Auch geriet er schnell in Vergessenheit und wurde wenige Wochen später selbst von den Loyalisten nicht mehr erwähnt.

Die Frage des Trialismus blieb davon ganz unberührt. Aus Äußerungen des Kaisers vor und während des Kriegs ließ sich schließen, dass er den Anschluss Kongresspolens an Galizien erwog, um seine Länder zu erweitern und den Titel eines polnischen Königs anzunehmen. Doch solche Zukunftsfragen wurden nicht mehr von dem bereits mit einem Fuß im Grabe stehenden Kaiser entschieden. Dabei hatten die Generäle mitzureden, und diese waren gegen den Trialismus, denn dieser würde die Machtbalance innerhalb der Monarchie stören und nur die übrigen Nationalitäten unzufrieden machen. Daher erließ das AOK im August 1914 den Befehl, in offiziellen Dokumenten keinesfalls den Begriff „polnische Frage“ zu gebrauchen. Auch in der österreichischen Politik besaß der Trialismus nicht viele Freunde. Die einen fürchteten, die Annexion Kongresspolens würde einen Separatfrieden mit Russland unmöglich machen, Bevölkerungsanteil und Einfluss der Polen wachsen lassen und die Position der Deutschen schwächen. Andere blickten auf der Suche nach Expansionsmöglichkeiten zum Balkan. Allgemein scheute Wien vor Entscheidungen zur Gestalt des Staates zurück, solange der Krieg nicht beendet war. Es war nicht einmal bereit, dafür Konzeptionen zu entwickeln. Daher rührten die ständig schwankenden Auffassungen zur polnischen Frage. In einem Bericht zum NKN-Kongress hieß es: „Die Politik der k.u.k. Regierung zur Vorbereitung der Aufstellung der Polnischen Legionen wie überhaupt zur polnischen Frage ist insbesondere durch den Mangel einer einheitlichen Linie, eines Plans und einer umfassenden Auffassung des gesamten Problems gekennzeichnet. Die Folge ist ständiges Zögern, Unfähigkeit, prioritäre Angelegenheiten von untergeordneten zu trennen, ganz zu schweigen davon, dass in Abwesenheit eines Gesamtplans untergeordnete Organe, die sich überhaupt nicht auskennen, bürokratische Schwierigkeiten und Schikanen bereiten können.“ Hier war kaum ein Durchbruch zu erzielen, zumal die Wiener Politik sich nicht für den

Trialismus interessierte und mit ganz anderen Interessenkonflikten beschäftigt war. Eher schon schien eine Entscheidung in Richtung eines Subdualismus möglich, das heißt Galizien von Cisleithanien abzutrennen, allerdings ohne das Teschener Schlesien.

Aus ihren eigenen Gründen waren auch die Ungarn unter Ministerpräsident István Tisza gegen den Trialismus. Aus ihrer Sicht hätte dieser die magyarische Position als zweiten Pfeiler des Staats untergraben. Als Biliński im August 1914 einen Aufruf an die Polen in Kongresspolen ausarbeitete, der namens des Kaisers die Vereinigung Kongresspolens und Galiziens sowie die Bildung von Regierung und Sejm in Warschau ankündigen sollte, stieß der Entwurf auf Tizas entschiedenen Widerstand und landete im Papierkorb. Besser als die Polen hatte Tisza begriffen, dass das Deutsche Reich in Kongresspolen seine eigenen Interessen verfolgen würde. Am 24. August 1914 schrieb er an Leopold Graf Berchtold, Wien müsse sich darauf einrichten, dass die Deutschen Anspruch auf die westlichen Teile Kongresspolens erheben würden. Auch Außenminister István Burián war später bereit, Deutschland diese Gebiete einschließlich Lodz zu überlassen.

Den Polen blieben Tizas und Buriáns Aktivitäten verborgen. Auch rieten die Ungarn, die Polen sollten sich den Verstand nicht von irrealen Träumereien verwirren lassen. Die ungarische Opposition hingegen, darunter die Unabhängigkeitspartei unter Gyula Andrássy, kritisierte Tizas Haltung. Andrássy meinte, in einer trialistischen Monarchie würde ein ungarisch-polnisches Bündnis den Grundpfeiler bilden. Sollte allerdings die k.u.k. Monarchie nicht überleben, würden Ungarn und Polen als souveräne Staaten eine gemeinsame Politik in Mitteleuropa betreiben und über dessen politische Architektur bestimmen. In einer Rede vor dem ungarischen Parlament forderte Andrássy die „Rückkehr Polens mit einer nationalen Regierung, Verfassung und nationalen Streitkräften.“ In Reaktion auf Tizas Widerstand entsandten die Polen Ludomir German zu Gesprächen nach Budapest, die vom 11. bis 13. Dezember 1914 stattfanden, aber ohne Ergebnis blieben. German konnte sich nur weiter überzeugen, dass die ungarische Regierung kaum etwas so fürchtete wie ein gestärktes slawisches Element im Staat. Die Differenzen zwischen der Budapester Regierung und der Opposition in der polnischen Frage blieben in den folgenden Jahren sehr deutlich. Am 12. Juli 1917 entstand in Budapest der Ungarische Verband der Freunde Polens, der das politische Zusammengehen von Magyaren und Polen propagierte und die polnischen Ambitionen unterstützte.

Auch aus dem Deutschen Reich kam Widerstand gegen den Trialismus. Denn dieser hätte die Habsburgermonarchie gestärkt, was nicht im deutschen Interesse lag. Überdies wurden negative Auswirkungen auf das eigene Teilungsgebiet befürchtet. Im April 1916 lehnte Berlin die trialistische Lösung endgültig ab, was sich in Gesprächen bestätigte, die István Burián

am 11. und 12. August 1916 mit Reichskanzler Bethmann Hollweg führte. Es zeigte sich das wachsende Übergewicht des Reichs gegenüber der Doppelmonarchie.

In Anbetracht dieser Entwicklung flaute das Engagement für die tripartistische Lösung ab. Parallel dazu wurde die Position der Polen in Wien immer schwieriger, wo sie kaum mehr Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern erhielten. Den Polen fehlte zudem eine Persönlichkeit von unbezweifelnder politischer Autorität. „Wir haben niemanden, der den Namen eines Staatsmannes verdiente, mit Ausnahme Bobrzyńskis“, bekannte Jaworski. Aber auch dessen Stern verblasste. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen NKN und Polnischem Klub im Reichsrat taten das Ihre, um der polnischen Sache zu schaden. Das Komitee sah sich als weisungsberechtigt gegenüber allen anderen polnischen Institutionen an, während der Klub sich umgekehrt gern den NKN untergeordnet hätte. Letztlich schwächten sich beide Institutionen durch ihren Streit gegenseitig, der erst im März 1916 mit der Vereinbarung endete, Angelegenheiten von Finanzen, Propaganda und Legionen dem NKN zu übertragen, während die Politik dem Klub vorbehalten bleiben sollte.

Die polnische Politik versagte nicht zuletzt wegen ihrer Einfallslosigkeit. Statt origineller Ideen gab es ritualisiertes Verhalten nach immer gleichem Schema, bestimmt vom unerschütterlichen Credo einer längst bedeutungslos gewordenen Untertanengesinnung. Ehrenbezeugungen für den Kaiser wurden nicht allein namens der Galizier, sondern gleich der gesamten polnischen Nation abgegeben, so beispielsweise von Biliński bei der Huldigungsveranstaltung vom 1. Mai 1916. Dem Ritual entsprechend entgegnete der Kaiser schriftlich in warmen, mit der polnischen Sache sympathisierenden Worten, die allerdings von der Zensur nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurden, weil sie womöglich bei den Polen unbegründete Hoffnungen hätten aufkommen lassen. Bis Kriegsende gelang es den galizischen Polen nicht, ihren Politikstil zu ändern. Vorgehen, Argumente, Zögerlichkeit blieben ewig dieselben, um ja niemanden in Wien zu verärgern, und sie bewegten sich stets in den gewohnten Kreisen, von denen sie sich Unterstützung erhofften. Bis zum Ende vertrauten sie auf den guten Willen Wiens und des Kaisers. Sie vermochten nicht, die Zeichen der Zeit zu erkennen, die Veränderungen der außenpolitischen Konstellation und den wachsenden deutschen Einfluss. Sie setzten auf den schwächeren Partner, obwohl sich dessen Lage von Monat zu Monat verschlechterte.

Der Misserfolg der Loyalisten wirkte sich auch negativ auf die Stellung des NKN aus. Skeptiker und Pessimisten gewannen die Oberhand, die ohnehin keinen Sinn in der Politik des NKN sahen. So gingen die Irredentisten nach und nach zur antiloyalistischen Opposition über. Sie warfen den Loyalisten mangelnde Entschlossenheit und Feigheit vor. 1916 waren

die Krisensymptome im NKN nicht mehr zu übersehen. Dieser erging sich immer mehr in Scheinaktivitäten und verlor zusehends an Einfluss. Aus schierer Aussichtslosigkeit gingen Mitglieder auf Distanz. Desorganisation und Verschwendung hielten Einzug. Im Oktober 1917 verkündete die Kontrollkommission des NKN, sie könne das Fürsorgedepartement nicht entlasten, weil es schlampig gearbeitet und keine exakte Buchführung mit Monatsbudgets betrieben habe. Auch das Militärdepartement genoss nicht mehr seine alte Reputation, selbst wenn seine von Stanisław Kot geleitete Presseabteilung immer noch beachtliche Arbeit leistete. Im Januar 1917 wurde das Departement geschlossen. Wenige Monate darauf kündigten die Loyalisten die Auflösung des gesamten NKN an, die dann in Etappen erfolgte. Formell bestand der NKN bis August 1920 weiter. Er blieb für immer mit der Krise der polnischen Politik in Wien und dem Scheitern der loyalistischen Option assoziiert.

Seit Spätherbst 1916 widmeten die Loyalisten ihre Anstrengungen ganz der Option des Subdualismus, also der Abtrennung Galiziens und der Schaffung eines kleinpolnischen Staates innerhalb der Grenzen Cisleithaniens. Dies wurde am 4. November 1916 auch so vom Kaiser proklamiert. Die staatsrechtliche Umgestaltung sollte allerdings nicht aufgrund dieser Entscheidung vollzogen werden, sondern nach Wunsch des Ministerpräsidenten Ernst von Körber per Gesetzgebung des Reichsrates, das heißt mit einer Stimmenmehrheit von drei Vierteln. Das war jedoch nicht möglich, weil der Reichsrat bereits seit Monaten nicht mehr einberufen worden war. Nicht ohne Grund hatte Stürgkh einmal gesagt, jede Parlamentsdebatte schade Österreich mehr als eine verlorene Schlacht. Als der Reichsrat 1917 wieder einberufen wurde, gab es keinerlei Aussicht auf die benötigte Dreiviertelmehrheit. Zu den Gegnern gehörten die Tschechen, die auch für ihre Länder die Ausgliederung wünschten, und die Ukrainer, die die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes anstrebten. Noch konnten die Polen auf Unterstützung durch Außenminister Ottokar Graf Czernin rechnen, bei dem allerdings Worte und Taten ständig auseinanderfielen. Auch der neue Kaiser Karl I. ließ sich von den Polen nicht vom Subdualismus überzeugen. Sie hatten in Karls Umkreis keine Vertrauensperson, der er sein Ohr geliehen hätte; vielmehr fanden sich umgekehrt Ratgeber, die sich den polnischen Aspirationen widersetzen. Karl verfügte über keine große politische Erfahrung und verließ sich auf seine österreichischen und ungarischen Berater, die ihm oft genug einander widersprechende Optionen eröffneten. Der junge Kaiser hatte sich vor und während des Kriegs häufig in Galizien aufgehalten, war aber von dem Kronland nicht sonderlich angetan und pflegte kein gutes Verhältnis zu den polnischen Eliten. Das ist einer der Gründe dafür, wieso bis heute Franz Joseph I. in Galizien in ehrendem Angedenken gehalten wird, Karl I. dagegen der Vergessenheit anheimgefallen ist.

Die Loyalisten nahmen die Proklamation vom 4. November 1916 enthusiastisch auf; zur Feier des Tages läutete in Krakau die Sigismund-Glocke. Die anderen Parteien waren weniger begeistert und fanden, Galizien würde dadurch mehr verlieren als gewinnen und jedenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Auch Politiker aus dem Herzogtum Teschen äußerten sich kritisch, denn sie forderten, einen Großteil des Gebiets an Galizien anzuschließen.

Trotz solcher Zweifel machte sich die polnische Politik ans Werk. Es wurden vier Arbeitskommissionen eingerichtet, die im Dezember 1916 unter Aufsicht der Wiener Regierung die Arbeit aufnahmen. Zunächst ging es um eine Gesamtvorstellung von der staatsrechtlichen Stellung Galiziens; dieses sollte „Kleipolen“ genannt werden, die Rede war auch vom „kleinpolnischen Staat“. Nach Ablauf zweier weiterer Monate begannen die Arbeiten an einem Verfassungsentwurf. An der Spitze des kleinpolnischen Staates sollte ein Kanzler anstelle des bisherigen Statthalters stehen. Die exekutive Gewalt sollte bei einer Regierung unter Vorsitz eines Präsidenten liegen, die legislative bei einem zweikammerigen Sejm, die Judikative würde ebenso wie die Rechnungskammer unabhängig sein. Kleipolen sollte im Wiener Reichsrat einen Anteil von 18 Prozent der Sitze innehaben. Bei den Wahlen zum kleinpolnischen Sejm waren die nationalen Kurien beizubehalten. Der Entwurf sah vor, von den 228 Abgeordneten des Lemberger Sejm 62 der ukrainischen Kurie vorzubehalten. Amtssprache sollte Polnisch sein, in Gemeinden mit einem ukrainischen Bevölkerungsanteil von wenigstens zehn Prozent zudem Ukrainisch. Vorgesehen war die Einrichtung einer ukrainischen Universität; auch der Ausbau des ukrainischen Schulwesens wurde zugesagt. Das sollte die Ukrainer für den kleinpolnischen Staat gewinnen, die sich jedoch nicht überzeugen ließen. Der Verfassungsentwurf sah darüber hinaus die wirtschaftliche Annäherung an Kongresspolen durch Aufhebung der Zollgrenze und wechselseitige Anerkennung von Schulzeugnissen vor.

Wien hatte es allerdings nicht eilig mit der Vorbereitung zur Ausgliederung Galiziens, die daher in den Kommissionen steckenblieb. „Das Kabinett des Grafen Clam weiß bislang nicht, was es wie anfangen soll“, kommentierte Koźmian. Sobald die Polen auf das Tempo drückten, bremsten die Österreicher. So landeten zwangsläufig viele Entwürfe im Papierkorb. Das lag nicht zuletzt auch an der Marginalisierung der Doppelmonarchie durch das Deutsche Reich, das seit Ende 1916 in der Polenpolitik die Richtung vorgab. Gegen die Politik einer, wie es hieß, „Stańczyk-Regierung“<sup>7</sup> protestierten die galizischen Nationaldemokraten, die dazu selbst vor Straßendemonstrationen nicht zurückschreckten. Dabei wurde skandiert: „Fort mit

---

7 Stańczyk (ca. 1480–1560) diente am Krakauer Hof mehreren polnischen Königen als Hofnarr; A.d.Ü.

Bobrzyński, den Leos und Jaworski!“; „fort mit der Politik der ungepflasterten Straßen und gut gefüllten Taschen!“; „fort mit der Korruption der Regierung!“; „wir wollen ein freies und vereintes Polen!“ Die Nationaldemokraten machten den Loyalisten den Vorwurf, sie hätten nichts für das Land erreicht und nur sich selbst bereichert. Auch die Volkspartei unter Witos und die Sozialisten unter Daszyński äußerten scharfe Kritik. Dem schlossen sich in Galizien viele an, für die die Wiedergeburt Polens umso konkretere Formen annahm, je schwächer die Mittelmächte wurden, während die Erfolgsaussichten der Entente stiegen, zumal sich ihr die USA angeschlossen hatten. Solche Auffassungen wurden noch von einer alten Weissagung des Vernyhora bekräftigt, die man sich damals in Galizien erzählte: „Wenn der Türke sein Pferd an der Weichsel trinkt, dann wird Polen wiederentstehen.“ Tatsächlich waren Soldaten des XV. Korps der osmanischen Armee bis nach Galizien gelangt, um sich dem Kampf gegen die Entente anzuschließen. Fotografien waren beliebt, auf denen sie in Krakau und Umgebung an der Weichsel ihre Pferde tränkten.

Die veränderten Verhältnisse wurden auch daran ersichtlich, dass der Polnische Klub 1917 erstmals seit einem halben Jahrhundert in die Opposition ging. Darüber entschieden die Stimmen von Sozialisten, Volkspartei und Endecja gegen die Loyalisten, die das für einen unvernünftigen Schritt, eine leere Geste hielten, die der polnischen Sache nichts einbringe. Der Polnische Klub beschloss, die Arbeiten an der Ausgliederung Galiziens seien bloße Zeitverschwendung und einzustellen, und es sei unverblümt deutlich zu machen, dass die Polen ausschließlich an der Unabhängigkeit interessiert seien. Der PSL-Abgeordnete Włodzimierz Tetmajer brachte die gewagte Resolution bei der Sitzung des Klubs vom 16. Mai 1917 ein. Darin hielt er fest, einzige Aufgabe der polnischen Nation sei „die Wiedergewinnung eines unabhängigen Polen mit Zugang zum Meer [...]. Der Polnische Klub bringt die Hoffnung zum Ausdruck, der uns wohlgesonnene Kaiser Österreichs werde diese Sache selbst in die Hand nehmen. Die Wiedergeburt des polnischen Staates mithilfe Österreichs sichert diesem einen natürlichen und standhaften Verbündeten.“ Dieser Wortlaut wurde gegen die Proteste der Loyalisten verabschiedet.

Die später als „Umbruch zur Unabhängigkeit“ bezeichnete Mairesolution war eines der wichtigsten Dokumente des neuen Kurses, bedeutete aber immer noch nicht, dass die galizischen Polen mit der Habsburgerdynastie vollständig brechen wollten. Trotz aller Kritik an der Regierung versuchten sie weiterhin, ihre Loyalität zu Staat und Kaiser unter Beweis zu stellen. Diese Linie war jedoch nicht konsistent, denn wenn die Polen einerseits die völlige Unabhängigkeit forderten, verlangten sie andererseits immer noch mehr Mittel für den Wiederaufbau Galiziens. Das bot den Loyalisten ein Einfallstor: „Ihr wollt sie [die Doppelmonarchie] verlassen, verlangt aber

zugleich, sie möge euch nochmals die Wohnung herrichten.“ Wer sich nicht so ganz für die eine oder andere Seite entscheiden konnte, sagte: „Mit Österreich ist es schlecht, ohne noch schlechter.“

Erneut war die Resolution Diskussionsgegenstand im Krakauer Magistratsgebäude, dem Wielopolski-Palais. Dort kamen am 27. und 28. Mai 1917 die Abgeordneten des Reichsrats, die Mitglieder des Herrenhauses und die Abgeordneten des galizischen Sejm zusammen. Bischof Sapieha befand sich unter den Gästen im großen Beratungssaal. Die Stimmung war ausgesprochen revolutionär, das Palais war von Krakauern umlagert, die patriotische Parolen skandierten. Die Zeit verstrich, ohne dass die Abgeordneten sich auf einen verbindlichen Text hätten einigen können, weil die Loyalisten alle Forderungen nach Unabhängigkeit abzuschwächen versuchten. Die Menge wurde ungeduldig und verlangte eine Entscheidung für die Unabhängigkeit. Um sie zu beruhigen, traten Tetmajer, Witos, Głabiński, Daszyński und andere auf den Balkon. Schließlich nahm die von PSL, Sozialisten und Nationaldemokraten angeführte Mehrheit den unmissverständlichen Beschluss an, Ziel des polnischen Kampfes sei ein unabhängiges Polen. Galizienminister Bobrzyński legte zum Zeichen des Protests sein Amt nieder, und als Witos den Saal verließ, rief dieser ihm zu: „Unsere Wege trennen sich!“ Die Loyalisten hielten die Resolution für verrückt und kriminell, ihre Autoren für verantwortungslose Demagogen aus der „sozialistisch-nationaldemokratischen Genossenschaft“. Zudem sei die Legitimität des Textes fraglich, sei er doch unter dem Druck des Straßenmobs verabschiedet worden. Dagegen fand die Resolution die Zustimmung des nationalen Lagers in Kongresspolen, in den annektierten Gebieten und im Ausland sowie bei den kongresspolnischen Irredentisten, die am 11. August 1917 einen offenen Brief an die „galizischen Brüder“ richteten, in dem sie ihre Solidarität mit dem Krakauer Beschluss vom 28. Mai bekundeten.

In den folgenden Wochen versuchten die Loyalisten, den Wortlaut des Dokuments abzuschwächen. Um das zu verhindern, bildeten die drei galizischen Parteien PSL „Piast“, die Nationaldemokratie und die Nationale Vereinigung einen Überparteilichen Verbund. Unabhängig davon arbeiteten auch die galizischen Irredentisten daran, die Option eines unabhängigen Polen zu popularisieren, darunter die PPSD. Am 13. Juni 1917 präsentierte Stanisław Łazarski, Nachfolger Bilińskis als Vorsitzender des Polnischen Klubs, die Mairesolution im Reichsrat, gab ihr dabei allerdings einen milderen Ton, indem er unterstrich, die galizischen Polen seien weiterhin Kaiser und Monarchie verbunden. Dennoch wurde seine Rede kritisch von der Regierung und den deutschsprachigen Abgeordneten aufgenommen, und Kaiser Karl I. bekam einen Wutausbruch, wenn den Berichten zu glauben ist. Bis zum Frieden von Brest sollte sich das Verhältnis zwischen Wien und den polnischen politischen Eliten nicht mehr verbessern.





## VII Russisch-Kongresspolen

### 1 Polen und Russen

Kongresspolen besaß eine geschlossene polnische Bevölkerung. Nur der nördliche Teil des Gouvernements Suwalken war mehrheitlich von Litauern bewohnt, und in einigen Kreisen des Chełmer Gebiets lebten viele Ukrainer orthodoxen Glaubens, die aber nirgends in der Mehrheit waren. In den Städten um Lodz gab es eine deutsche Minderheit, in allen Städten Kongresspolens eine jüdische Bevölkerung ebenso wie eine geringe Anzahl von Russen. Insgesamt lebten bei Kriegsausbruch etwa zehn Millionen Polen in Kongresspolen, mehr als in jedem anderen polnischen Gebiet.

Bei Kriegsausbruch ordnete die russische Führung an, Truppen, Grenzposten und Behörden aus den Gebieten westlich der Weichsel abzuziehen, damit diese nicht von den Armeen der Mittelmächte abgeschnitten wurden. Nachdem große Teile Kongresspolens links der Weichsel zurückerobert waren, kehrten die Beamten im Herbst 1914 noch einmal zurück. Während der Offensive der Mittelmächte im Sommer 1915 wurde eine zweite Evakuierung der Verwaltung befohlen; sie sollte die endgültige sein. Ihr Verlauf war chaotisch: „Die *Moskale* haben den Kopf verloren.“ Die Befehlshaber „widerrufen heute, was sie gestern angeordnet haben. Unordnung und Durcheinander sind unbeschreiblich“, schrieb Maria Górska, Gutsherrin und Memoirenschreiberin. Die Verwaltung versagte und war außerstande, den russländischen Armeen irgendeine Hilfe zu sein. Mit ihrer Schwerfälligkeit und Ineffizienz trug sie nicht unwesentlich zur russischen Niederlage bei.

Im Sommer 1915 wurde die Warschauer Filiale der Russischen Staatsbank geschlossen, was Bankiers und Fabrikherren in Panik versetzte. Behörden begannen, ihre Akten zu evakuieren. Auch die Beamten selbst machten sich auf den Weg. Wer Rang und Namen hatte, fuhr mit dem Sonderzug, die übrigen mit Droschken und Fuhrwerken. „Es rollen in langen Reihen die Droschken mit [...] allerlei Gerümpel, obenauf der Fikus oder die Chrysanthemen im Topf“, schrieb ein Augenzeuge. Kaufleute und Handwerker brachen ebenfalls auf: „Alle russischen Läden machen einen großen Ausverkauf und schließen.“ So konnte man das ein oder andere Schnäppchen ergattern. Insgesamt verließen damals mehr als 100.000 Orthodoxe Kongresspolen, allein 30.000 Warschau. Die Polen verabschiedeten die Truppen mit ehrlichem Bedauern und hofften, das Schicksal würde sich wenden. Die Juden dagegen setzten darauf, eine kultivierte Besatzungsmacht wie die Deutschen werde sich freundlicher verhalten als die russische Obrigkeit.

Bei Kriegsausbruch waren die an die Front gehenden russländischen Regimenter von den Einwohnern in aller Regel freundlich, sogar enthusiastisch verabschiedet worden. So als ob die Menschen ganz die blutig niedergeschlagenen Aufstände, die Verbannungen, die Repressionen, die Russifizierung und die Zerschlagung von Streiks vergessen hätten. Auf einmal wurde der Kosak, die personifizierte Gewalt und Repression, zum Freund und Erlöser. „Gott gebe, dass die Kosaken siegen“, schrieb am 3. August die regierungsnahen Boulevardzeitung *Kurier Warszawski* (Warschauer Kurier). Ein Warschauer Augenzeuge äußerte sich im selben Geist: „Warschau war ganz aus dem Häuschen bei der Begrüßung der Russen [...]. Die Leute kamen mit Blumen, steckten sie den Offizieren ins Knopfloch, streuten sie über die Soldaten, steckten sie den Pferden an den Zaum oder schmückten die Kanonen damit.“

Zu Ehren der Truppen schmückten sich die Städte mit zarischen Fahnen. „Um in der polnischen Öffentlichkeit eine ruhige und freundliche, brüderliche Stimmung gegenüber der russischen Armee zu erzeugen, trug die katholische Geistlichkeit viel bei, indem sie zweimal täglich Gottesdienste für den Erfolg der russischen Waffen feierte, in Predigten und Belehrungen für die Gemeindeglieder sich um die Hebung der Moral und die Überzeugung bemühten, Gott werde der guten Sache helfen“, vermerkte ein Polizeibericht aus Warschau. Die Juden schlossen sich dem allgemeinen Verhaltenskodex an. Selbst am Schabbes waren jüdische Ladengeschäfte geöffnet, damit die ermatteten Soldaten Essen und Tabak kaufen konnten. Eine russische Reportage malte idyllische Szenen in Warschau und anderen Städten: „Zigaretten, Blumen, Andenken, heiße Siegeswünsche, Samoware auf der Straße, so als wollten polnische und russische Seele sich im herzlichen Bündnis vereinen.“ Auch die Presse der Entente war von den Loyalitätsbekundungen der polnischen Untertanen entzückt. Natürlich heißt das nicht, es hätte keine regierungsfeindlichen Gesinnungen gegeben, aber verständlicherweise konnten sich diese nicht offen äußern.

Das war ganz im Sinne der Obrigkeit, zumal bei Kriegsausbruch noch Zweifel an der Loyalität der Polen bestanden hatten. Viele Beamte fürchteten, die Nachricht werde einen Aufstand auslösen, und waren vorsorglich unter den Schutz der Armee in die größeren Städte geflohen. „Die russischen Beamten schickten ihre Frauen und Kinder fort aus dem Königreich, weil sie Angst hatten, die Polen könnten sie ermorden, und taten das Möglichste, um auch ihre Wertsachen in Sicherheit zu bringen“, schrieb am 9. September 1914 der britische Konsul in Warschau.

Solche Einschätzungen erwiesen sich als falsch. Dessen gewahr, begannen die Behörden, systematische Propaganda zu betreiben. Sie brachten Ansichtskarten mit dem Bild sich verbrüdernder Polen und Russen in Umlauf: Vor dem Hintergrund ineinander verschlungener polnischer und

russischer Fahnen zwei Soldaten, der polnische in der *konfederatka*<sup>8</sup> und der russische, wie sie mit vereinter Kraft eine Grabplatte anheben, unter der sich der polnische weiße Adler erhebt. Die suggestive Karte wurde zu einem Verkaufsschlager; die Propaganda traf demnach den richtigen Ton. So wurde noch eine zweite Karte produziert, auf der Pole und Russe, gehütet von einem Schutzengel, einen zu Boden geworfenen Deutschen in der Pickelhaube malträtieren. Die Propaganda benutzte bis zum Überdruß den Topos des unter russischer Leitung geführten Kampfes der Slawen gegen die Germanen. Es gab zahlreiche Versuche, den Schulterchluss mit der „gemeinsamen Armee“ zu propagieren. Die Propaganda betonte die gemeinsamen Ideale und Ziele: „Die Armee des Großen Russland trat als erste zur Verteidigung unseres gemeinsamen Vaterlandes an. Eure Väter, Ehemänner und Brüder vergießen ohne Rücksicht auf ihr Leben das Blut im Kampf mit den Feinden des Friedens, den Feinden einer in Jahrhunderten geschaffenen Kultur. Ihr habt dem Vaterland bereits das größte und wertvollste Opfer dargebracht, indem ihr eure Männer, Väter und Söhne zu der Großen Armee entsandt habt“, hieß es in einem Aufruf „An die Bürger von Lodz“. Ähnlich kommentierte die polnische Presse: „Im gegenwärtigen Moment verbinden sich unsere Interessen mit denen Russlands [...], wie der Kreuzritterhydra der Kopf abzureißen ist“, hieß es in einer Lodzer Zeitung. Solche Empfindungen verstärkten sich, nachdem die gewaltsamen Repressionen durch die Besatzungsmächte bekannt geworden waren. Die zarische Obrigkeit erkannte: „[...] die alte Abneigung gegen Russland und die Russen ist verschwunden. In polnischen Geschäften, Restaurants und Konditoreien wandte sich erstmals die Bedienung in russischer Sprache an die russischen Gäste [...]. Ringe, Broschen und Medaillons mit dem Emblem der polnisch-russischen Vereinigung [weiße und amarantfarbene Kettenglieder auf blauem Grund; A. Ch.] mit dem Bild der Muttergottes von Tschestochau sind in den Handel gelangt“, hieß es in einem Polizeibericht.

Dieser Gefühlsüberschwang fand sein Echo in einem Manifest vom 14. August, das die Forderungen der polnischen Parteien zu erfüllen schien. Initiatoren waren die russischen Diplomaten Grigorij Trubeckoj und Boris Nolde sowie Außenminister Sergej Sazonov, der den Entwurf im Ministerrat vorlegte. Das Kabinett reagierte überwiegend skeptisch, könne doch das Manifest bei den Polen unerwünschte Hoffnungen wecken. Schließlich wurde der Wortlaut unter der Bedingung angenommen, nicht vom Kaiser unterzeichnet zu werden. Ersatzweise unterschrieb Großfürst Nikolaj Nikolaevič, weshalb der Text als „Großfürstenmanifest“ in die Geschichte einging. Es sicherte

---

8 Polnische militärische Kopfbedeckung mit viereckigem Deckel nach dem Vorbild der traditionellen Mütze der Bauern aus der Krakauer Gegend; A.d.Ü.

zu, nach dem Sieg alle polnischen Gebiete unter dem Szepter des Zaren zu vereinigen und Polen seine nationalen Freiheiten zu gewähren: „Die Stunde der Auferstehung der polnischen Nation und ihrer brüderlichen Aussöhnung mit dem Großen Russland rückt näher. Die russischen Heere bringen euch die frohe Botschaft dieser Aussöhnung. Mögen die Grenzen verschwinden, welche die polnische Nation durchtrennten! Möge sie sich unter dem Szepter des Russischen Kaisers zu einem Ganzen verbinden! Unter diesem Szepter wird Polen wiedergeboren, frei in Glauben, Sprache und Selbstverwaltung.“ Keine Festlegung gab es hinsichtlich der zukünftigen Grenzen Polens. Zweifellos sollten die annektierten Gebiete nicht dazugehören. Fraglich blieb darüber hinaus, ob ganz Galizien dazugehören sollte oder nur sein westlicher Teil. Auch zum Herzogtum Teschen bestand keine Klarheit, ebenso wenig zur künftigen Westgrenze des Russländischen Reiches; denn diese hing vom Umfang der russländischen Gebietsgewinne auf Kosten Deutschlands ab, genauer gesagt des preußischen Teilungsgebiets.

Das Großfürstenmanifest wandte sich implizit auch an die westlichen Verbündeten, die Russland erfreut zu seiner Weitsicht gratulierten. Das Manifest bewerkstelligte also eine Imageverbesserung für Russland, indem es dessen imperiale Ziele maskierte und sich panslawischen Vorstellungen einfügte. Die Franzosen konnten zufrieden sein, weil das Manifest von Annexionen sprach, mithin eine Offensive gegen das Deutsche Reich implizierte. In diesem Sinne war es auch ein Ergebnis des französischen Drucks auf die russische Politik. Die französische Presse nannte das Manifest ein auf Zuwachs berechnetes „Taufzeugnis Polens“.

Doch in Wahrheit enthielt das Manifest keinerlei Selbstverpflichtung zur legislativen Vorbereitung des neuen staatsrechtlichen Status Polens, denn dies sollte erst nach dem Krieg in Angriff genommen werden. Der Form nach handelte es sich lediglich um eine private Meinungsäußerung des Oberbefehlshabers, der diesen Posten bereits ein Jahr darauf nicht mehr innehatte. Trotzdem handelte es sich nach sehr langer Zeit um die erste öffentliche Befürwortung einer europäischen Großmacht, zumal einer Teilungsmacht, eines vereinten und autonomen Polen, auch wenn dieses weiterhin Bestandteil Russlands bleiben sollte.

Trotz seiner Unverbindlichkeit reichte das Manifest aus, um in reaktionären Kreisen in Russland für erhebliche Unruhe zu sorgen. Am 17. August richtete das von Nikolaj Maklakow geleitete Innenministerium an die Gouverneure des „Weichsellandes“<sup>9</sup> ein geheimes Rundschreiben, das

---

9 Offizielle russische Bezeichnung des Königreichs Polen (Kongresspolens) nach dessen Umwandlung in ein Generalgouvernement nach der Niederschlagung des polnischen Januaraufstands von 1863/64; A.d.Ü.

einschärfte, die Polen genauso zu behandeln wie gehabt. Die Gouverneure sahen sich bestätigt, weil auch sie der Meinung waren, den Polen sei zu früh zu viel versprochen worden. Sie wiesen die Behörden an, das Manifest mit keinem Wort zu erwähnen. Für die Obrigkeit war jedwede Diskussion zur Zukunft Kongresspolens Tabu, und die „polnische Frage“ kam im russischen politischen Vokabular weiterhin nicht vor. Wie zuvor misstraute man den Polen trotz ihrer Loyalitätsbekundungen, unterstellte ihnen Hinterabsichten und insinuierte, im Gefühl der kulturellen Überlegenheit würden sie insgeheim die Russen verachten. Auch Kaiserin Aleksandra Fëdorovna torpedierte die Verbreitung des Manifests, weil sie befürchtete, Großfürst Nikolaj Nikolaevič wolle seine Machtposition auf Kosten des Kaisers ausbauen oder gar selbst König von Polen werden.

Die prussisch eingestellten Polen waren dagegen begeistert: „Der großartige Aufruf an die Polen, ein historischer Akt [...] elektrisierte alle durch seine Ankündigung eines neuen Tages [...]. Beim Lesen kommen den Menschen die Tränen [...]. Die großen Neuigkeiten berauschten uns wie Champagner“, schrieb am 15. August der Literaturkritiker Cezary Jellenta. Die Führungen der Nationaldemokraten und der Realisten schickten ein Telegramm: „Das Blut der Söhne Polens, vergossen gemeinsam mit dem Blut der Söhne Russlands [...] wird zur größten Bürgerschaft des neuen Lebens der beiden slawischen Nationen in Frieden und Freundschaft.“ Diese Leute glaubten, was sie glauben wollten, nämlich dass bessere Zeiten bevorstünden und ihre Träume wahr würden. Sie sahen in dem Manifest aber auch einen günstigen Ausgangspunkt, von dem aus mehr zu erreichen war. Aus Kongresspolen und den annektierten Gebieten gelangten Ergebnisbekundungen voller Danksagungen an das Hauptquartier und nach Petrograd. Das Manifest habe auf ihn „großen Eindruck gemacht. Die Tränen standen mir in den Augen. Zum ersten Mal im Leben las ich dergleichen in einer amtlichen Verlautbarung“, schrieb der Nationaldemokrat Stanisław Kozicki.

Die Nationaldemokratie unter Roman Dmowski besaß seit Jahren die unbestrittene Meinungsführerschaft in Kongresspolen. Sie hatte besonderen Rückhalt bei den polnischen Bauern und im Kleinbürgertum. Dmowski und seine Weggefährten hatten etwa seit der Jahrhundertwende einen völligen Richtungswechsel vollzogen. Noch am Ausgang des 19. Jahrhunderts hatte die Nationaldemokratische Partei (das *Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne*, davon abgeleitet das Akronym Endecja) Russland als schärfsten Gegner gesehen. Seither hatte sich jedoch das Parteiprogramm von einer antirussischen auf eine antideutsche Orientierung verlegt, sodass fortan Deutschland und die deutsche Minderheit in den polnischen Gebieten der Gegner waren. Besondere Reibungspunkte waren die Germanisierungspolitik im preußischen Teilungsgebiet und in Schlesien, wie sie mit

Unterstützung chauvinistischer Gruppierungen betrieben wurde. Nach nationaldemokratischer Auffassung verschafften deutsche kulturelle und zivilisatorische Vorsprünge dieser Politik Erfolge und schaden den polnischen Sache. Anders verhielt es sich im russländischen Teilungsgebiet, weil dort die Russifizierungspolitik weniger erfolgreich war, nicht zuletzt, weil die Polen sich dort umgekehrt einen kulturellen und zivilisatorischen Vorsprung gegenüber den Russen zuschrieben.

Roman Dmowski formulierte die neue *Endecja*-Strategie in seinem bekannten Buch *Niemcy, Rosja i kwestya polska* von 1908.<sup>10</sup> Darin erwog er die Vor- und Nachteile für die Polen im Falle eines Krieges zwischen den Teilungsmächten. Sollte Deutschland gewinnen, würde es bestenfalls aus den Russland abgenommenen Gebieten einen abhängigen polnischen Zwergstaat formen. Sollte dagegen Russland im Bund mit den westlichen Mächten den Krieg gewinnen, würde es Kongresspolen, die polnischen Teile Litauens und Belarus' sowie die preußischen und österreichischen Teilungsgebiete zu einem Staat unter zarischem Szepter zusammenschließen. Dmowski glaubte, ein solches Polen mit einer Bevölkerung von 25 Millionen würde von Petersburg weitreichende Zugeständnisse und Autonomie erhalten. Er verwies auf die Verbesserungen, die es nach der Revolution von 1905 für die Polen unter russischer Herrschaft in Kultur, Bildung und Wirtschaft gegeben habe. Diese Konzeption fand Anhänger nicht nur unter auf die russländischen Märkte angewiesenen polnischen Industriellen und Bankiers, sondern auch bei Bauern, Intelligenz, Arbeiterschaft und Kleinbürgertum. Hierbei spielte zudem das Bündnis Russlands mit Frankreich eine wichtige Rolle, weil die Frankophilie in der polnischen Gesellschaft immer noch stark verwurzelt war.

Eine ähnliche Position nahm die Partei für Realpolitik (das *Stronnictwo Polityki Realnej*) ein, genannt die „Realisten“. Dazu gehörten Konservative aus Kongresspolen, darunter viele Grundbesitzer, Aristokraten, Intelligenzler und Geistliche, die Loyalismus mit konservativen Werten verbanden und die Wiederentstehung Polens an den Erfolg Russlands knüpften. Sie unterhielten enge Kontakte in die russische Machtsphäre und machten sich die russische Staatsräson zueigen, weil sie darin die Zukunft der polnischen Sache sahen. Bei Kriegsausbruch meldeten sich viele jüngere Realisten freiwillig zu den russischen Fahnen, während realistische Honoratioren auf eigene Kosten Spitäler eröffneten. Mit gutem Beispiel ging Władysław Tyszkiewicz voran, ein sehr vermöglicher Aristokrat aus dem litauischen

---

10 „Deutschland, Russland und die polnische Frage“; das Werk ist nie ins Deutsche übersetzt worden; A.d.Ü.

Lentvaris, der in der eigenen Praxis als Zahnarzt arbeitete. Frauen und Töchter nahmen Stellen in Hospitälern und Heimen an.

Die Realisten spendeten bereitwillig für die Armee und das Rote Kreuz. Bei Kriegsausbruch richteten die loyalistischen Organisationen die traditionellen Ergebenheitsadressen „an unseren geliebten Monarchen“. In der Geschichte suchten sie nach russisch-polnischen Bündnissen; so fabulierte die polnische Presse vom gemeinsamen polnisch-litauisch-russischen Sieg in der Schlacht von Tannenberg/Grunwald 1410, indem das Smolensker Heergefolge der Rzeczpospolita zu „Russen“ umgedeutet wurde. Nachdem General Ruzskij für die Verteidigung von Warschau von Nikolaus II. den Georgsorden II. Klasse verliehen bekommen hatte, überreichten die Loyalisten ihm einen historischen polnischen Säbel (*karabela*). Bei Aristokraten und Industriellen waren russische Offiziere willkommene Gäste. Zygmunt Wielopolski, Fackelträger des Loyalismus, führte einen Warschauer Salon, in dem russische Generäle und hohe Beamte ein- und ausgingen, so etwa Anfang Dezember 1914 die Großfürsten Kiril und Boris. Auch der letzte russische Generalgouverneur Pavel Nikolaevič Engalyčev wurde von den Realisten willkommen geheißen. Engalyčev war zwar galant mit den Damen und zuvorkommend mit den Herren, dennoch konnte er kaum seine Abneigung gegen die Polen verbergen. Selbst die Realisten mussten das erkennen und nannten ihnen einen „freundlichen Salvaderer“, einen „netten Lumpen“ oder „falschen Fünfziger“, und ihre Gegner meinten, Engalyčev sei nach Warschau gekommen, um den Polen nur ja alle Illusionen zu nehmen. Trotzdem wurde Engalyčev weiter in der Hoffnung durch die Salons gereicht, er werde sich eines Tages erweichen lassen und den Polen wenigstens ein paar symbolische Zugeständnisse machen.

Die Endecja beherrschte den Polnischen Klub in der Staatsduma. Am 8. August 1914 sandte Wiktor Jaroński bei einer Dumasitzung namens des Klubs Grüße an die „brüderliche russische Nation“: „[...] wir durch Kordons voneinander getrennte Polen sollten mit Rücksicht auf unsere Gefühle und unser Wohlwollen gegenüber den Slawen eine Einheit bilden. Nicht allein die Gerechtigkeit der Sache, derer sich Russland angenommen hat, hält uns an, dies zu tun, sondern auch die politische Vernunft [...]. Möge Gott geben, dass die Slawen unter Russlands Führung die Teutonen so zurückschlagen, wie dies vor fünfhundert Jahren Polen und Litauen bei Grunwald taten. Mögen unser vergossenes Blut und die Greuel dieses für uns brudermörderischen Krieges zur Vereinigung der in drei Teile getrennten polnischen Nation führen.“ Jarońskis Rede im Geiste des Antigermanismus, des russländischen Patriotismus und des Panlawismus wurde von Vladimir Puryškevič, dem Wortführer der russischen Chauvinisten, positiv aufgenommen. Im selben Geiste äußerten sich auch andere polnische Politiker, so etwa im Staatsrat Aleksander Meysztowicz: „Die Polen werden



ihre Pflicht erfüllen und am Kampf zur Abwehr des preußischen *Drangs nach Osten* [deutsch im Original] teilnehmen, eingedenk des ruhmreichen Kampfes, in dem an der Seite der Polen und Litauer tapfer die Smolensker Regimenter kämpften.<sup>11</sup> Polnisches Blut wird für die gerechte Sache vergossen werden.“ Derartige Auftritte provozierten jedoch Proteste in den beiden anderen Teilungsgebieten, besonders in Galizien. Der irredentistische Untergrund brachte in Warschau Flugblätter in Umlauf, um seine Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

Zu den russischen Entscheidungsträgern vorzudringen, erwies sich jedoch für die Polen als schwierig, weil sich die Minister nicht die Hände binden wollten und lediglich Lippenbekenntnisse leisteten. Zumindest wurde eine polnisch-russische Kommission eingerichtet, die das Großfürstenmanifest konkretisieren sollte. Doch war sie eine Totgeburt, denn die Regierung war keineswegs bereit, Änderungen zugunsten der Polen vorzunehmen. Vielmehr traf sie die für Nationaldemokraten und Realisten schockierende Entscheidung, Ostgalizien einschließlich des Lemkengebiets Russland einzuverleiben. Während die Zeit ohne Fortschritte verstrich, mehrten sich die Irritationen. Am 21. Mai 1915 sprachen Zygmunt Wielopolski, Roman Dmowski, Jan Harusewicz, Lubomir Dymza und Ignacy Szebeko beim Ministerpräsidenten und Bildungsminister vor, um ihre nationalpolitischen Vorstellungen für Kongresspolen darzulegen, doch erreichten sie keine Zugeständnisse. Deshalb forderten die polnischen Dumaabgeordneten in einem Memorandum vom 15. August 1915, „sämtliche Ausnahmerechte und Verwaltungsverordnungen gegen die Polen, die in diesem Krieg weder Blut noch Opfer scheuen“, aufzuheben. An der russischen Polenpolitik habe sich gegenüber der Vorkriegszeit nichts geändert, was im klaren Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Großfürstenmanifests stehe. Ähnliche Ansichten formulierte der Realist Erazm Piltz im August 1916, als er sich von der Schweiz aus in einer Denkschrift an Pavel Miljukov, den einflussreichen Chef der Kadettenpartei, mit der Forderung wandte, „alle demütigenden Gesetze aufzuheben, welche die Rechte der Polen in den Westprovinzen und im Kaiserreich insgesamt einschränken.“

Die Reaktionen blieben unverbindlich und trugen nichts Neues bei, was jede Hoffnung beseitigte, Petrograd würde doch noch einlenken. Es war klar, dass die Polen auf das falsche Pferd gesetzt hatten. Sie waren Zeugen von Mittelverschwendung, hemmungsloser Korruption, Verantwortungsscheu, politischer und militärischer Inkompetenz, des Kampfes von Cliques um Einfluss, der Blamage der Armee und eines allgemeinen Defätismus. Es wurde deutlich, nicht Russland würde die Zukunft Europas bestimmen,

---

11 Das heißt in der Schlacht bei Tannenberg/Grunwald 1410; A.d.Ü.



sondern die westlichen Verbündeten. So entschieden sich die Politiker zur Übersiedlung in den Westen, um dort für die Wiedererrichtung Polens im Bündnis mit Russland zu werben. Ende November 1915 erhielten Dmowski und Maurycy Zamoyski mit Genehmigung Sazonovs russische Diplomatenvpässe und reisten ab.

Nur noch wenige Polen hatten die Hoffnung nicht völlig aufgegeben, in Russland etwas erreichen zu können. Dazu gehörte Wielopolski, der einflussreichste polnische Politiker in Petrograd. Am 10. August 1916 legte er dem Kaiser eine Denkschrift mit der Bitte vor, die Vereinigung aller polnischen Territorien auf Grundlage der „Einheit des Throns und in Person des Allrussischen Zaren und Königs von Polen“ ins Auge zu fassen. Wielopolski schlug eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik vor, jedoch gesonderte Währungen, Grenzzölle, polnische Monopole auf Tabak, Wodka, Salz und das Polnische als Amtssprache. Polen solle eine Konstitution mit eigenem Sejm, Regierung und Fiskus erhalten. Wielopolski wollte kurzum eine über die galizische hinausgehende politische Autonomie für Polen. Er hoffte, Nikolaus II. werde sich zu einem wohlwollenden Erlass durchringen, um die Polen zur Unterstützung für die in prekärer Lage befindliche Armee zu gewinnen. Doch der Kaiser schwieg, denn er hielt das Großfürstenmanifest bereits für das größtmögliche Zugeständnis an die Polen. Er hatte umso weniger Interesse daran, die polnische Frage auch nur zu berühren, als er auf einen Separatfrieden mit Deutschland hoffte. Auch die Regierung äußerte sich nicht; dabei hatte der unterdessen abgedankte Ministerpräsident Ivan Goremykin noch am 1. August 1915 Gesetze angekündigt, die den Polen die Selbstbestimmung ermöglichen sollten, sie jedoch auf die Zeit nach Kriegsende verschoben. Umso weniger war mit Unterstützung seitens der Regierung des aktiven Ministerpräsidenten Boris Stürmer zu rechnen, eines heimlichen Germanophilen, der von der Clique um Grigorij Rasputin unterstützt wurde. In Warschau hieß es, Stürmer tue viel dafür, die Polen zur Aufgabe der russischen Option und zur Umorientierung auf Deutschland zu bringen. Die Demission Sazonovs am 23. Juli 1916 war ein schlechtes Omen: Dieser hatte nicht zuletzt seinen politischen Rückhalt verloren, weil er versöhnliche Gesten gegenüber den Polen machte.

Immerhin wurden einige wenige Erleichterungen gewährt. Am 30. März 1915 trat ein neues Stadtstatut in Kongresspolen in Kraft, das natürlich nicht für das aus Kongresspolen ausgegliederte Gebiet von Chełm galt. Ein Kommentar sprach von einem „Osterei“ für die Polen. Die Lokalverwaltungen sollten fortan in polnischer wie russischer Sprache funktionieren, im Gouvernement Suwalken allerdings nur auf russisch. Die Aufsicht der Gouverneure über die Lokalverwaltungen wurde festgeschrieben. Die Regierung erwog, die polnische Sprache in der Verwaltung aufzuwerten, traf aber keine Entscheidung. Der Ministerrat gestattete am 3. März 1915

lediglich die polnische Unterrichtssprache an den Grundschulen, wozu aber keine Ausführungsbestimmungen folgten. Da kurz darauf nach Gorlice ganz Kongresspolen in die Hände der Mittelmächte fiel, waren diese Entscheidungen ohnehin überholt. Großzügigkeit bewies die Regierung nur bei der Verteilung von Orden und Auszeichnungen, die von den Polen tatsächlich gern zur Schau gestellt wurden.

Um ihre Öffentlichkeitswirkung zu verbessern, beschlossen die polnischen Parteien eine engere Zusammenarbeit. Die *Endecja* schlug vor, eine nationale Regierung auszurufen, doch die Realisten und die Liberalen, die sogenannten Fortschrittler, hielten das für keine gute Idee. Im November 1914 beriefen die Pro-Entente-Parteien das Polnische Nationalkomitee (den *Komitet Narodowy Polski*, KNP); Vorsitzender wurde Wielopolski, Vorsitzender des Exekutivkomitees Dmowski. Zum KNP gehörten 27 Personen, davon vierzehn Nationaldemokraten, sechs Realisten und einige Parteilose; die Liberalen waren nicht vertreten. Am 25. November veröffentlichte der KNP einen Aufruf mit dem zentralen Passus: „Vor der Nation steht eine einzige Aufgabe – die feindliche deutsche Macht zu zerschlagen und Polen unter dem Szepter der russischen Monarchie zu vereinen [...] jede freiwillige Hilfe von polnischer Seite für Deutschland und seine Bundesgenossen hat als Verbrechen gegen Polen zu gelten.“ Der KNP betrachtete als sein wichtigstes Ziel, ein Polen unter der Herrschaft der Romanovs zu schaffen, was gleichbedeutend damit war, auf die aus seiner Sicht irrealen Forderung eines souveränen Staates zu verzichten.

Einige Nationaldemokraten und Realisten vertraten die Auffassung, auf russländischer Seite kämpfende Polnische Legionen könnten dieser Konzeption größeres Gewicht verleihen, so eine von Wiktor Jaroński und Zygmunt Balicki entwickelte und von Bolesław Matuszewski unterstützte Idee. Doch meinten die Russen in ihrer Siegesgewissheit, auf polnische Einheiten verzichten zu können. Das Konzept wurde aussichtsreicher, als sich Oberstleutnant Witold Ostoja-Gorczyński, ein Schlachtiz aus dem Bezirk Šiauliai (Schaulen) in Samogitien (westliches Litauen), dafür einsetzte und die Unterstützung des Kommandeurs der Südwestfront Nikolaj Iudovič Ivanov und General Ruzskijs gewann. Diese sahen wie auch Stabschef Januškevič die Vorteile, die Polen im Spionage- und Diversionseinsatz haben würden. Aus demselben Grund fand die Idee die Zustimmung der Ochrana, der zarischen Geheimpolizei.

Am 9. November 1914 erhielt Ostoja-Gorczyński die Genehmigung zur Aufstellung von Freiwilligenbataillonen, die der Miliz zugeordnet sein würden. Diese Einheiten durften sich „Polnische Legionen“ (*Legiony Polskie*) nennen und auf den Schulterklappen die Kennzeichnung „L.P.“ tragen. Der KNP übernahm nicht ohne Bedenken die Schirmherrschaft. Der Warschauer Metropolit, Erzbischof Aleksander Kakowski, war entschieden dagegen, weil er dies für verfrüht hielt und meinte, polnisches Blut müsse

geschont werden. Auch die Realisten hatten Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Unternehmung. Dagegen meinte Dmowski Ende November 1914, die Endecja müsse eine Antwort auf die Propaganda der galizischen Legionen geben: „Es war ein Ausweg aus der lächerlichen Lage zu finden, in die Polen durch das Bestehen von Legionen auf Seiten des Gegners geraten war.“

Am 1. Dezember 1914 wurde Ostoja-Gorczyński Chef der Freiwilligen Polnischen Legionen, obwohl Ivanov erst am 10. Januar 1915 den förmlichen Aufstellungsbefehl erteilte. Ostoja-Gorczyński war ein unbeschriebenes Blatt; vermutlich gedachten die Russen, ihn als Marionette zu benutzen. „Ein ungehobelter Simpel, der kaum lesen und schreiben konnte“, notierte Kakowski. Auch die Warschauer Aristokratie hielt Ostoja-Gorczyński für einen „Trottel“. In der Tat konnte er keine besonderen Qualitäten vorweisen. Der eigentliche Ideengeber für die Legionen war Waldemar Tyszkiewicz, der jedoch im Hintergrund zu bleiben vorzog.

In Brest-Litovsk und Chełm, später noch an weiteren Orten wurden Rekrutierungsbüros eingerichtet. Die erste Kompanie unter Hauptmann Aleksander Maciejewski wurde in Puławy in den Gebäuden des Polytechnikums und des Land- und Forstwirtschaftlichen Instituts formiert, daher die später übliche Bezeichnung „Puławy-Legion“. Kurz darauf entstand die II. Legion, nach ihrem Formationsort auch als „Lublin-Legion“ bekannt. Am 24. Januar 1915 waren in Warschau die ersten polnischen Infanteristen in russischen Uniformen und Ulanen in roten Tschapkas zu sehen, „offenbar zum schnellen Abknallen bestimmt“, wie ein sarkastischer Kommentator meinte. „Es tut einem leid, diese Jungs anzuschauen, wie sie zur Schlachtbank ziehen oder dazu gezwungen werden, ihre Landsleute umzubringen [...]. Man kann alles aushalten, aber wenn der Gegner, auf den man schießt, die Hände hebt und mit dem Schrei ‚Jesus Maria‘ zu Boden geht, ist kaum auszudenken, dass der Mensch davon allzuviel ertragen kann“, schrieb Maria Górska. Am 7. Februar 1915 wurde das Organisationskomitee der Polnischen Freiwilligenstaffeln berufen, dessen Vorsitz der pensionierte General Edmund Świdziński übernahm. Es meldeten sich 4000 Freiwillige, doch wegen fehlender Uniformen und Waffen wurden nur 1000 angenommen. Die russländischen Behörden hatten es mit Ausrüstung und Verproviantierung der Legion nicht eilig. Die Presse durfte sie nicht einmal erwähnen, da sich die Obrigkeit keine laute Werbung wünschte und kein Aufsehen erregen wollte. Der Oberbefehlshaber weigerte sich, den Namen „Legionen“ offiziell zu machen, da es derartige Formationen in der russischen Armee nicht gebe und ihren Soldaten kein Kombattantenstatus gegeben werden könne. So wurde die I. Puławy-Legion in 739. Novaja Aleksandrija-Abteilung umbenannt (Novaja Aleksandrija war der offizielle russische Name von Puławy), die II. Lublin-Legion in die 740. Lublin-Abteilung. Die Ulanen erhielten die Namen 104. und 105. Berittene Milizkompanie.

Die Abteilungen gehörten zur russländischen Miliz, Spötter nannten sie „Legion der Weichselkosaken“. Der Gebrauch des Polnischen war in den Einheiten verboten, das „L.P.“ wurde von den Schulterklappen entfernt. Daher erklärte Świdziński seinen Rücktritt, der KNP zog seine Schirmherrschaft zurück. Zuvor hatte sich bereits Ostoja-Gorczyński distanziert.

Ihr erstes Scharmützel schlugen die polnischen Soldaten am 19. Mai 1915. Nach kurzer Zeit waren in den Einheiten nur noch wenige einsatzfähige Soldaten verblieben, weil die Verluste im Kampf gegen die Deutschen sehr hoch waren. Nach der Schlacht bei Zelwa am 10. September 1915 waren nur noch sieben Offiziere und 105 Mannschaftsdienstgrade übrig. Sie wurden von der Front abgezogen und nach Babrujsk in Belarus verlegt. Die Rekrutierung ging weiter, sodass am 24. September 1915 eine Kaderbrigade der polnischen Schützen in Stärke von vier Bataillonen formiert werden konnte, in die auch vormalige Legionäre aufgenommen wurden. Das Offizierskorps bestand aus Polen und Russen; Brigadechef war Piotr Szymanowski, doch der Befehlshaber wechselte im Laufe weniger Monate mehrmals. Kommandosprache war das Russische, die Uniformen waren russisch, trotzdem mangelte es nicht an Freiwilligen, sodass die Brigade auf 4000, zeitweise sogar auf 8000 Mann anwuchs. Im Januar 1917 wurde die Einheit in die Polnische Schützendivision umgewandelt.

Die Puławy-Legion ging nicht in den nationalen Pantheon ein. Die Umstände ihrer Aufstellung, ihre russische Prägung, die Tatsache, dass sie weder Schlachtenruhm erwarb noch Literaten in ihren Reihen hatte, die für ihren historischen Nachruhm hätten sorgen können, trugen dazu bei, dass bis heute wenig über diese Formation bekannt ist. Dazu trat die Auffassung, sie sei das Produkt einer russischen Provokation und beweise die polnische Unvernunft.

Daher ist auch das von Młcisław Butkiewicz verfasste „Lied der polnischen Freiwilligenstaffeln“ von 1915 nicht weiter bekannt, das gerade deshalb hier angeführt werden soll:

<i>Legioniści, bracia mili,</i>	Liebe Brüder Legionäre,
<i>Co za cisza tam?</i>	Wieso seid ihr so still?
<i>By nie zaznać tęsknej chwili,</i>	Damit nicht Schwermut bei euch wäre,
<i>Piosnkę dla was mam.</i>	Ich ein Lied euch dichten will.
<i>Dla tej ziemi obiecanej</i>	Unser aller Blut für dieses,
<i>Nasza wszystkich krew...</i>	Unseres gelobtes Land...
<i>Dla niej jednej, ukochanej,</i>	Für unser einziges und liebstes,
<i>Będzie i ten śpiew.</i>	Sei auch dieser Sang.

Allerdings stammen die in der Zwischenkriegszeit zur Berühmtheit gelangten *żurawiejki* aus dem Umfeld der Legionäre von Puławy und Lublin. Der Name kommt von dem russischen Wort *żurawl'* (mit der primären Bedeutung „Kranich“), womit ein zu einem Tanzspiel gesungenes Improvisationslied gemeint sein kann, oder auch von dem Titel eines populären russischen Soldatenlieds, wobei *żurawl'* eine saloppe Bezeichnung für einen Fahnenjunker in der zarischen Armee war.

Wegen der ungewissen Kriegslage in Kongresspolen, der Erfolge der Mittelmächte und der um sich greifenden Panik flohen zahlreiche Angehörige der freien Berufe, Bankiers, Gutsbesitzer und Personen des öffentlichen Lebens nach Russland; bevorzugte Zielorte waren Petrograd und Moskau, aber auch Odessa, Kiew und Char'kov (ukr. Charkiv). Die sicher übertriebene Angst vor den „germanischen Hunnen“ war allgemein; wie ein zeitgenössischer Kommentar treffend feststellte: „Die Leute verlieren einfach den Kopf.“ Zudem konnte man in der Hauptstadt zur Rettung des Besitzes oder für eine Entschädigung antichambrieren oder dem Nachwuchs eine Ausbildung an einer renommierten Einrichtung zukommen lassen. Die ersten Selbstevakuierungen geschahen im Herbst 1914, weitere im Sommer 1915 nach der Schlacht von Gorlice und kurz vor der Besetzung Warschaus durch die Mittelmächte. Die zarische Administration ermunterte dazu; wer blieb, machte sich verdächtig.

Unter den Ausreisenden waren etliche bekannte Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft. Die Salons entvölkerten sich. Wer blieb, zieh die Abreisenden der Feigheit. Auch jüdische Bankiers und Fabrikanten verließen Kongresspolen, die in Russland Filialen oder Geschäftsstellen besaßen und von dort aus ihre Geschäfte weiterzuführen gedachten. Ganze Wagenladungen von Besitztümern gingen mit in das Exil: Erbstücke, Glas, Porzellan, Kunstwerke, historische und persönliche Wertgegenstände, um es vor Besatzern und plünderungswilligen Einheimischen gleichermaßen zu schützen.

Auch in Kongresspolen und Litauen waren Parteien tätig, die Russland nicht als Verbündeten sahen und die Unabhängigkeit anstrebten. Sie hatten sich während der Revolution von 1905 dafür eingesetzt und danach an Bedeutung verloren, zumal viele ihrer Akteure nach Galizien gegangen waren. Viele Gymnasiasten und Studenten taten es ihnen gleich, wodurch die soziale Basis der Unabhängigkeitsbewegung verkümmerte. Die Irredentisten konnten im russländischen Teilungsgebiet nur in der Illegalität aktiv sein, und naturgemäß gingen nur wenige in die Konspiration. Marian Zdziechowski war Irredentist und Kritiker der Nationaldemokraten: „Ich sehe ein, dass man den Sieg Russlands für das geringere Übel halten konnte, aber ich war nicht in der Lage, den Enthusiasmus für dieses geringere Übel nachzuvollziehen [...]. Er zeugte von der unausgewogenen Agitation, die die Nationaldemokraten betrieben.“

Das irredentistische Lager wurde nach Kriegsausbruch durch Verhaftungen weiter geschwächt. Die Liste der Inhaftierten ließ erkennen, dass die zarische Polizei keine genauen Kenntnisse der Untergrundstrukturen besaß und viele willkürlich in Gewahrsam nahm. Im Mai 1915 wurde die PSL-Zeitschrift *Zaranie* (Aufbruch) verboten; 70 ihrer Provinzkorrespondenten und die Redaktionsmitglieder Irena Kosmowska und Maksymilian Malinowski wurden verhaftet und deportiert. Weitere Mitarbeiter wie die Schriftstellerin Maria Dąbrowska und der Publizist Rafał Radziwiłłowicz entgingen jedoch der Festnahme. Im Juli 1915 wurden kurz vor der endgültigen Evakuierung der Verwaltung weitere Verhaftungen vorgenommen, von denen vor allem junge Intelligenzler und Arbeiter betroffen waren, die gleichfalls nach Russland geschickt wurden.

Für die Irredentisten um Piłsudski wurde die Polnische Militärorganisation mit der Zeit zum wichtigsten politischen Instrument. Der Name ging wahrscheinlich auf einen Einfall von Oberstleutnant Tadeusz Żuliński zurück, der auf Piłsudskis Anweisung am 22. Oktober 1914 in Warschau eintraf. Er brachte die konspirative Arbeit erst richtig in Schwung. Auf sein Betreiben weiteten die Untergrundzirkel ihre Tätigkeit aus, indem sie beispielsweise antirussische Flugblätter in Umlauf brachten. Żuliński war wegen seiner Energie und seines Organisationsgeschicks, aber auch aufgrund seines Familiennamens allgemein geschätzt. Er war nämlich ein Neffe Roman Żulińskis, Mitglieds der Nationalen Regierung, der gemeinsam mit Romuald Traugutt 1864 hingerichtet worden war. Im Sommer 1915 stieß Tadeusz Żuliński zusammen mit dem Warschauer Bataillon der POW zu den Legionen. Er fiel am 29. Oktober 1915 bei einem Gefecht in Wolhynien.

Die POW unterstand einem Oberkommando unter der Leitung von Piłsudski. Diesem gehörte eine Reihe von später bekannten Militärs und Politikern an, darunter Adam Koc, Bogusław Miedziński, Waclaw Jędrzejewicz und Marian Zyndram-Kościałkowski. Im Herbst 1914 formierte sich innerhalb des Oberkommandos die fliegende Abteilung der Polnischen Streitkräfte, die für militärische Aufklärung und Diversion zuständig war. Diese Einheit sprengte Gleise und Eisenbahnbrücken, sägte Telegrafmasten ab, vernichtete Reservistenverzeichnisse und beschlagnahmte russische Valuta. Im Herbst 1915 überstieg die Zahl der POW-Mitglieder eintausend Mann und stieg weiter rasant an. Mit der Zeit bürgerte sich für die POW die Bezeichnung Untergrundarmee ein.

## 2 Die Bürgerkomitees

„Der Kriegsausbruch überraschte uns völlig. Vom ersten Augenblick des Kriegs an machten sich Mängel in der russischen Staatsmaschinerie bemerkbar“, schrieb Jan Harusewicz. Die zentralisierte russländische Verwaltung

in Kongresspolen, die keinen Rückhalt in einer autonomen Regional- und Stadtverwaltung besaß, weil eine solche nicht existierte, versagte vollständig. „Je mehr die gesellschaftliche Selbsthilfe im Königreich eingeengt wird, desto gefährlicher und strafloser grassieren alle Arten von Abschaum und Verrückten“, hieß es in einem Flugblatt. Kriminalität griff um sich, Diebstahl gehörte in den Städten zum Alltag. Daher bildeten sich Organisationen, welche mit Einverständnis der Regierung die versagende Administration zu ersetzen hatten und Aufgaben bei der Verbrechensbekämpfung und der Sozialfürsorge übernahmen. Besonders verbreitet waren die sogenannten Bürgerkomitees (*komitety obywatelskie*, KO), die sich spontan aus bürgerschaftlicher Initiative und unter Beteiligung aller Religionen und Konfessionen bildeten. „Jeder dachte und handelte unter dem Eindruck des Augenblicks [...]. Die Erfahrungen der Gegenwart werfen ein günstiges Licht auf die Fähigkeit der polnischen Gesellschaft, sich in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung selbsttätig zu organisieren“, hieß es in einem Flugblatt. Weil die russländischen Behörden die Kompetenzen dieser Institutionen nicht näher festlegten, waren Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und -mittel sehr unterschiedlich. Sie hingen vom jeweiligen Bedarf und Potential sowie davon ab, was mit den Gouverneuren ausgehandelt wurde. Zum einen gab es typische Nothilfeeinrichtungen, andere Komitees versuchten, umfassendere Kompetenzen an sich zu ziehen und faktisch Verwaltung und Ordnungskräfte zu ersetzen. Sie mochten sich auf die Erfordernisse des Augenblicks orientieren oder aber bereits für die Zukunft planen, in der Hoffnung, ihre Organisationsstrukturen in ein unabhängiges Polen zu überführen; wieder andere sahen sich als Basis einer Gesellschaft freier Bürger. Viele ihrer Funktionäre orientierten sich an Edward Abramowskis Broschüre *Zmowa powszechna przeciw rządowi* (Allgemeine Verschwörung gegen die Regierung, 1905) und sahen in den Komitees eine Alternativstruktur zur russländischen Regierung.

Alles in allem bewährten sich die Komitees, obwohl es im russländischen Teilungsgebiet kaum historische Vorbilder für zivilgesellschaftliches Engagement gab. In der Regel erfüllten sie ihre Aufgabe als Fürsorgeeinrichtungen im Krieg. Die Menschen waren zwar nicht immer mit ihren Leistungen zufrieden, dennoch erwarben sie sich eine gewisse Autorität. Vielfach korrigierten sie Fehler der Staatsverwaltung und traten überall dort in Aktion, wo diese versagte. Sie verhinderten den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Vom Bürgerkomitee Łowicz hieß es: „Als einzige und anerkannte Obrigkeit waltete es über der Stadt in Fragen der Sicherheit wie aller erdenklichen Anforderungen.“

In den Komitees saßen Angehörige sozialer Organisationen, der Zentralen Landwirtschaftsgesellschaft, des Industriellenvereins, von Kredit- und Kaufmannsgesellschaften, Handwerkszünften, Sportverbänden



und Geistliche. Nur die größeren Städte verfügten über eine ausreichende Personaldecke. Die Komitees benötigten eine behördliche Genehmigung, weswegen sich auch Behördenvertreter in den Komitees befanden. Das Bürgerkomitee von Piotrków benutzte sogar intern das Russische.

Bereits seit Ende Juli 1914 schossen die Komitees wie die sprichwörtlichen Pilze aus dem Boden. Das vermutlich erste entstand in Wołomin unweit Warschau unter dem Vorsitz von Henryk Konstanty Wojciechowski und unter Beteiligung der Schriftstellerin Zofia Nałkowska. In Dąbrowa bildete sich ein Lebensmittelkomitee, das die Funktionen eines Bürgerkomitees ausübte. Neben Gouvernements- und Bezirkskomitees entstanden bis Juni 1915 91 Stadt- und 400 Gemeindegremien, die manchmal Ableger benachbarter größerer und besser ausgestatteter Komitees waren; die Gesamtzahl betrug 554. Daraus geht hervor, dass in den meisten Städten und Gemeinden keine Komitees bestanden, wobei allerdings in den kleineren Städten um Lodz und Warschau Außenstellen gebildet wurden, die mit Mitteln der größeren Nachbarstadt Hilfsdienste leisteten. Mehr als 100.000 Bürger waren beteiligt, davon allein in Warschau 8000 und in Lodz 3000. Die Personalfuktuation war stark. Wegen der sich im Krieg stellenden Probleme und der großen Zahl der zu betreuenden Menschen waren die Abgänge mit der Zeit zahlreicher als die Zugänge. „Wir bekämpfen die Not im Rahmen unserer Möglichkeiten; Mildtätigkeit und aufopferungsvolle Arbeit wirken Wunder [...]. Aber was soll weiter werden, wenn aus den Gebern selbst Bedürftige werden?“, schrieb Maria Lubomirska im Dezember 1915.

Am 1. August 1914 entstand das Bürgerkomitee der Stadt Warschau. Der Generalgouverneur bestätigte zwei Tage später dessen Statut. Faktischer Leiter war Zdzisław Lubomirski. Ein analoges Organ entstand bald darauf in Lodz. Die Initiative hatte bereits am 1. August der Rat der Lodzer Börse ergriffen, mit Unterstützung der katholischen, evangelischen und jüdischen Gemeinde. Noch am selben Tag bildete sich der sogenannte Rat der Vierzehn unter Vorsitz des Fabrikanten Alfred Biedermann, der sich zwei Tage danach in Bürgerkomitee, am 14. August in Hauptbürgerkomitee (*Główny Komitet Obywatelski*, GKO) umbenannte. Programm, Statut und Besetzung wurden vom Gouverneur von Piotrków Edward M. Jaczewski bestätigt. Aufrufe und Aushänge waren wichtige Kommunikationsmittel. Der GKO appellierte an die Solidarität: „Bürger! Wir sind auf uns selbst angewiesen [...]. Wer mehr hat, denke an die Armen!“ Lodzer Industrielle und Politiker bemühten sich um staatliche Zuwendungen für den GKO; tatsächlich wurden zwei Millionen Rubel angewiesen.

Zur Koordinierung wurde am 10. September 1914 mit Einverständnis des Großfürsten Nikolaj Nikolaewiĉ das Zentrale Bürgerkomitee (der *Centralny Komitet Obywatelski*, CKO) mit Sitz in Warschau berufen. Dessen Kompetenzen gingen mit der Zeit über die reine Koordination weit hinaus,



bis das Organ de facto zu einer für alle internen Angelegenheiten Kongresspolens zuständigen Landesregierung geworden war. Formell führte Gouverneur Anton von Essen den Vorsitz, interessierte sich aber nicht weiter dafür. Tatsächlicher Vorsitzender war Seweryn Franciszek Świątopelk-Czetwertyński, sein Stellvertreter und Spiritus Rector des gesamten Unternehmens der unermüdliche Władysław Grabski. Der CKO hatte sieben Abteilungen, über die eine mehrköpfige Exekutivkommission wachte. Dieser gehörten bekannte kongresspolnische Politiker wie Stanisław Dzierżbicki, Andrzej Wierzbicki und Stanisław Wojciechowski an.

Der CKO und die lokalen Komitees beschafften Geldmittel nicht zuletzt über Spendenaktionen, die aber nicht den Hauptteil ihrer Budgets ausmachten, weil siebzig Prozent davon aus Regierungszuwendungen bestand; weitere siebzehn Prozent kamen vom Komitee der Großfürstin Tat'jana Nikolaevna, damals der wichtigsten Fürsorgeeinrichtung im Russländischen Reich. Weitere Beträge stammten vom Verband Russländischer Städte, vom russländischen Roten Kreuz, vom Romanovskij-Komitee und dem Komitee der Großfürstin Elizaveta Fëdorovna. Auch aus der Hauptstadt Petrograd kam Hilfe für Kongresspolen. Bei Herbstbeginn 1914 wurde dort der Spendenaufruf: „Petrograd für das Polnische Königreich“ plakatiert. Dabei stand natürlich die propagandistische Absicht im Vordergrund, an die positive Rezeption des Großfürstenmanifests anzuknüpfen. Die meisten dieser Mittel flossen zunächst an den CKO und wurden von dort aus weiterverteilt.

Die Komitees erfüllten viele gesellschaftlich nützliche Funktionen, wobei die Lebensmittelversorgung von Bedürftigen an erster Stelle stand. Sie richteten sogenannte Komiteeläden ein, in denen Lebensmittel und andere Grundbedarfsgüter unter Marktpreis verkauft wurden. Dazu wurden Verträge mit landwirtschaftlichen Produzenten abgeschlossen, insbesondere mit Adelsgütern, ferner wurden Kondensmilch aus der Schweiz, Butter aus Dänemark und Erdöl aus Rumänien importiert. Darüber hinaus betrieben die Komitees Garküchen und Esslokale. In Warschau gab es zwölf Garküchen, die täglich je 6000 warme Mahlzeiten ausgaben. Daneben bestanden siebzehn Speisenausgaben, 126 kostenlose Küchen, 217 Teeküchen, die Heißgetränke ausgaben. Die Zahlen schwankten mit der Zeit. Die Warschauer Garküchen verteilten und verkauften im Monat zwischen zwei und drei Millionen Mahlzeiten, nicht gerechnet die Arbeiterküchen. Zumindest in den großen Städten waren in den ersten Kriegsmonaten auch Arbeiterwirtschaftskomitees aktiv, die nach und nach jedoch aus Mangel an Mitteln ihre Tätigkeit einstellen mussten.

Eine weitere Aufgabe der Komitees war die Unterbringung von Bedürftigen. Der CKO richtete 108 ständige Unterkünfte für zehntausend Personen und provisorische Unterkünfte für weitere 33.000 ein, ferner 250 Kinderheime vor allem für Waisen.

Auch in der öffentlichen Sicherheit wurden die Komitees tätig. Sicherheitsfragen wurden immer dann akut, wenn Polizei und Armee abgezogen und deutsche oder österreichische Truppen noch nicht nachgerückt waren. Die von den Bürgerkomitees in solchen Augenblicken gegründeten Bürgerwehren (*straże obywatelskie*) wurden manchmal Milizen genannt. „Auf Menschen mit bösen Absichten aufpassen, Landstreicher [und] Unbekannte nicht einlassen! Für die Missetat eines Verrückten werden wir alle zur Verantwortung gezogen. Keine Verbreitung von Panik und Unruhe“, hieß es in einem Aufruf des Lodzer Komitees. Oft stellten die Feuerwehren den Stamm der Bürgermilizen. Diese ergänzten sich in ihren Aufgaben mit der russländischen Polizei. Manchmal gingen Miliz und Polizei gemeinsam Streife. In einigen Städten, wie etwa Lodz, entstand neben der Bürgermiliz auch eine von den Sozialisten eingerichtete Arbeitermiliz. Die Milizen von Stadt und Kreis Lodz waren insgesamt 12.000 Mann stark; Dienst taten Polen, Deutsche und Juden gleichermaßen: „Sehr viele meldeten sich zum Dienst. Wir spürten einen vorher unbekanntem Geist von Kameradschaft und Solidarität. Erstmals verstanden wir, das Lodz unsere Stadt ist, dass es unsere Pflicht ist, uns um sie zu kümmern und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, eine Ordnung, die wir selbst durch unseren schweren und aufopferungsvollen, nicht durch den Besatzer aufgezwungenen Dienst herstellten“, schrieb Mieczysław Hertz. Auch in Warschau gab es keinen Mangel an Freiwilligen, und die dortige Bürgerwehr bewährte sich bestens. Als sich im Juli 1915 die Besatzungstruppen der Stadt näherten, wurden weitere Freiwillige angeworben; es meldeten sich 8000 Mann, darunter etliche aus dem Sokół, von denen nur jeder Vierte angenommen werden konnte. Auch in den kleineren Städten folgten die Einwohner dem Aufruf zum Dienst in Bürgerwehr oder -miliz bereitwillig.

Unter den Wehrleuten oder Milizionären gab es allerdings auch den ein oder anderen weniger Geeigneten. Streitigkeiten zwischen Bürgerwehren und Einwohnern beeinträchtigten den Dienst. In Łowicz „verweigerten sich die Bürger immer mehr, was die Wehrleute verbitterte und auch dazu brachte, nicht mehr ihren Dienst zu tun“, vermerkte ein Bericht. Die freiwilligen Wehrleute verrichteten ihren Dienst ehrenamtlich und in Zivilkleidung, kenntlich nur durch eine farbige, meist weiß-rote Armbinde, abhängig von Funktion und Dienstart. Die Komiteeleitungen fürchteten nichts so sehr wie die Provokation der einrückenden Besatzungstruppen, deshalb ordneten sie an, Dachaufstiege zu vernageln, Dachbodenfenster zuzumauern und Böden zu verriegeln. Auch Unterhaltungen mit Soldaten waren verboten.

Ließ bereits der Abzug der Polizei ein Gefühl von Unsicherheit aufkommen, dann erst recht die Öffnung der Gefängnisse. Lediglich die gefährlichsten Straftäter wurden von den Wachmannschaften mitgenommen. Das mit dem Herrschaftswechsel eintretende Chaos war ein Nährboden für

die Kriminalität. Die Zahlen bewaffneter Raubüberfälle und Diebstähle schnellten in die Höhe. Für Kriminelle war die Situation traumhaft. „Das Halunkenproletariat nutzte die sperrangelweit offenstehenden Türen und begann mit seinen Raubzügen, sobald die Preußen die Stadt verlassen hatten“, hieß es in einem von vielen gleichlautenden Berichten. Es waren jedoch nicht nur kriminelle Banden, sondern auch Leute aus der Nachbarschaft, die unbeaufsichtigt zurückgelassene Wohnungen und Amtsstuben plünderten. Achtung vor dem Eigentum war geschwunden, moralische Hemmschwellen gesunken. Die Leute verhielten sich nach dem Motto „ist die Katze aus dem Haus, tanzen die Mäuse auf dem Tisch“;

Ein weiterer Zuständigkeitsbereich der Komitees war, ein provisorisches Justizwesen einzurichten, weil die russländischen Gerichte größtenteils evakuiert worden und die Richter abgereist waren. Daher gründeten die Komitees mit behördlicher Genehmigung sogenannte Verhandlungs- und Schlichtungskommissionen. Diese verhängten keine Urteile, versuchten aber, in zivilrechtlichen Streitfällen einen Ausgleich zu erreichen. In aller Regel erfüllten sie die in sie gesetzten, nicht allzu hohen Erwartungen. Nach dem Herrschaftswechsel in Warschau beriefen sie am 5. August 1915 ein Tribunal und ein Oberstes Gericht, das von den Deutschen wieder aufgelöst wurde. Am 11. September richtete auch Lublin ein Tribunal ein, das nur bis zum 11. November bestand.

Schließlich kümmerten sich die Komitees auch noch um die Registrierung von Kriegsschäden. Bereits in den ersten Kriegsmonaten wurde mithilfe der Dorfschulzen und Gemeindevorsteher eine Schadensschätzung vorgenommen, die jedoch nicht beendet werden konnte. Die dem Umfang nach geringsten Schäden an der Substanz von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gab es im Westen Kongresspolens; je weiter nach Osten, desto größer die Zerstörungen. Nach Schätzungen wurden 1914/15 knapp elf Prozent der gesamten Bebauung in Kongresspolen vernichtet. In den westlichen Kreisen bewegten sich die Zerstörungen zwischen 0,5 und zwei Prozent, dagegen lagen sie im Kreis Kolno bei 36 Prozent, im Kreis Ostrołęka bei 38 Prozent und in Chełm bei 41 Prozent. In der Gemeinde Kozłów Biskupi, Kreis Sochaczew, waren nicht weniger als 86,3 Prozent der Bebauung vernichtet, in der Gemeinde Wierzbica, Kreis Radom, 90,5 Prozent. Am stärksten litten die drei Gouvernements Radom, wo die Zerstörungen auf 13,3 Prozent geschätzt wurden, Lublin mit 20,5 Prozent und Łomża mit 25,8 Prozent. Die stärksten Zerstörungen in den großen Städten betrafen mit 333 Gebäuden Kalisz, mit 75 Warschau, darunter durch Angriffe deutscher Flieger und Zeppeline angerichtete Schäden sowie Lodz mit 55 und Chełm mit 43 Gebäuden.

Die Komitees ließen die Ergebnisse der Schadensaufnahme dem CKO zukommen, der die Gesamtstatistik erstellte. Der CKO ließ Pläne für den

ländlichen Wiederaufbau erarbeiten. Er schrieb einen Wettbewerb für ein Musterbauernhaus aus; die Einsendungen wurden in der Warschauer Zachęta-Galerie ausgestellt. Die preisgekrönten Entwürfe sahen eine Trennung von Wohn- und Wirtschaftsbebauung vor. Zwar sollten die Häuser immer noch in Holzbauweise und mit Stroh- oder Schindeldach erstellt werden, allerdings auf steinerner Grundmauer mit gemauertem Kamin, zwei Stuben, Holzböden und vergrößerten Fenstern. Die vorgesehenen Veränderungen fielen also eher bescheiden aus, nahmen dafür aber Rücksicht auf Mentalität und relative Mittellosigkeit der polnischen Bauern.

Im Februar 1915 erhielten Gouverneure und Kreischefs aus Petrograd die Anweisung, Kommissionen zur Aufnahme der Kriegsschäden in Stadt und Land zu berufen. Diese stützten sich im Wesentlichen auf die bereits von den Bürgerkomitees gesammelten Daten, um auf dieser Grundlage die Entschädigungsleistungen zu berechnen. Im April 1915 wurden eine staatliche Hilfseinrichtung für kriegszerstörte Landwirtschaften und der sogenannte 50-Millionen-Fonds geschaffen, obwohl eine Quote dieser Höhe niemals bereitgestellt wurde. Die Entschädigungen wurden von den unter Regierungsaufsicht stehenden landwirtschaftlichen Kreditgesellschaften und Genossenschaftsbanken ausgezahlt. In der Praxis erwies sich die Hilfseinrichtung als hochgradig bürokratisch und korrupt, sodass sie sehr ineffizient arbeitete. Bis Mitte 1915 flossen nur drei Millionen Rubel an Entschädigungen, weil die Regierung wegen des drastisch wachsenden Bedarfs des Militärs Auszahlungen in voller Höhe auf die Zeit nach Kriegsende verschob. Bemühungen um eine Erhöhung der Summe blieben vergeblich. Auch eine Spende Nikolaus' II. von einer Million Rubel, die seine persönliche Fürsorge für die Untertanen demonstrieren sollte, war nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ohnehin bevorzugte die Regierung langfristige Wiederaufbaukredite. Davon machte aber in erster Linie der Großgrundbesitz Gebrauch, sodass im März eigens eine Darlehenskasse für die kriegsbetroffene Bevölkerung geschaffen wurde, deren Zielgruppe Landbevölkerung und kleiner Landbesitz waren. Kapital war zur Genüge vorhanden, da der Ministerrat am 2. Dezember 1914 23 Millionen Rubel für die Kreditierung von Bedürftigen genehmigt hatte.

Nach der Gorlice-Schlacht waren die Behörden ganz von der Evakuierung in Anspruch genommen, sodass soziale Fragen wie die finanzielle Unterstützung Kriegsgeschädigter unerledigt blieben. Viele Betroffene ergriffen daher selbst die Initiative zum Wiederaufbau, doch hielten unsichere Zukunftsaussichten viele von größeren Investitionen ab. „Diese Unsicherheit lähmt sogar diejenigen, die noch über einige Mittel verfügen“, hielt ein Memoirensautor fest. Gleichwohl kam es vor, dass aus den Trümmern Neues entstand. „Die Menschen kehren in ihre Dörfer zurück, können aber den Platz nicht

finden, an dem einst ihr Haus stand. Sie finden mit Unkraut überwucherten Schutt, Stacheldraht, Gräber, mit Sand überschüttete Leichen oder aus dem Boden ragende Knochen vor. Die einen sind weitergefahren, die anderen haben sich in den Schützengräben eingerichtet. Andere haben sich schon eine kleine Hütte oder einen Koben zusammengezimmert. Kälte, Hunger, Not, Armut sind ihr Geschick“, schrieb Pater Józef Piekut aus Przasnysz im Juli 1917.

Die Komitees organisierten auch medizinische Hilfe. Allein der CKO richtete sechzehn Versorgungsstationen ein. Das Jüdische Komitee für Krankenhilfe bei der Alttestamentarischen Gemeinde in Warschau betrieb neun Spitäler mit 700 Betten. Die Komitees beriefen Bürgergerichte, weil die russische Justiz durch den Krieg desorganisiert war und viele Gerichte die Arbeit eingestellt hatten. Die Komitees kümmerten sich daneben um Arbeitslose und Arbeitssuchende durch die Einrichtung von Arbeitsbörsen und Werkstätten nach dem Vorbild von Kooperativen.

In den Industriestädten war es wichtig, den Kreditfluss für Unternehmer aufrechtzuerhalten. Die Evakuierung der Banken machte es schwierig, Kredite für den Ankauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lohnauszahlung zu erhalten. Daher beschlossen die Komitees die Ausgabe von Bons als einer Art Ersatzwährung, deren Emission sie teilweise selbst übernahmen. Die Unternehmer garantierten mit ihrem Vermögen die Deckung der Bons.

Doch der Bedarf überstieg bei Weitem die Möglichkeiten. Bereits im Herbst 1914 registrierte der CKO in Warschau allein 100.000 Bedürftige. Zwangsläufig kam es zu Fällen von Missbrauch, wenn es auch im Rückblick schwerfällt, die Beschwerden der Betroffenen zu überprüfen. Wahrscheinlich ließen sich in den Garküchen manchmal Personen bewirten, die Sozialhilfe bezogen, von der sie hätten anständig leben können. Eine Plage in den Freiküchen war auch der Diebstahl von Besteck und Geschirr, weshalb die Gäste schließlich verpflichtet wurden, ihr eigenes mitzubringen. Auch kam es vor, dass Immobilienbesitzer Mietbeihilfe bezogen. Ein weiteres Problem war die ungleiche Verteilung der Leistungen, in deren Genuss vor allem die Einwohner der großen Städte kamen.

Auf Geheiß der russländischen Behörden hatte der CKO sowohl die christliche als auch die jüdische Bevölkerung zu betreuen. Als im Dezember 1914 die zweite Hilfstranche für den CKO angewiesen wurde, waren davon 86 Prozent für die christliche Bevölkerung, 14 Prozent für die jüdischen Gemeinden bestimmt, was ihren Bevölkerungsanteilen in Kongresspolen entsprach. In der Auffassung, der Krieg habe die christliche Bevölkerung stärker in Mitleidenschaft gezogen, lehnten die Polen diese Aufteilung ab. Im Interesse guter Beziehungen übertrugen die jüdischen Polen im CKO für Juden vorgesehene Mittel auf das gemeinsame Budget. Das benachteiligte

die jüdische Bevölkerung, weil schließlich fast ausschließlich die polnisch-katholische Bevölkerung von den Leistungen profitierte. Missstimmigkeiten und ein angespanntes Verhältnis waren die Folge. Eine eigene Komiteesektion bestand für den Bedarf der jüdischen Bevölkerung. Darin waren jedoch hauptsächlich assimilierte Juden tätig, denen die Orthodoxen misstrauten. Die jüdischen Komiteefunktionäre konnten oder wollten beispielsweise keine koschere Speisezubereitung in den Freiküchen gewährleisten. Als der CKO im Warschauer jüdischen Viertel Kuratorien einrichtete, wurden meist Polen Kuratoren, was die Dinge nicht gerade erleichterte. Daher begannen die Juden, eigene Hilfskomitees aufzubauen, darunter solche für Gesundheitsvorsorge. Die jüdischen Gemeinden erhielten daneben auch Hilfe aus der jüdischen Diaspora, insbesondere den USA. Die jüdischen Hilfsorgane ähnelten im Programm den Bürgerkomitees. Eine selbstgestellte Aufgabe war, die Prostitution jüdischer Frauen zu bekämpfen, die im jüdischen Milieu zu einem ernsteren Problem geworden war als im christlichen; eine andere Aufgabe war die Armenfürsorge.

### 3 Verbrannte Erde

Wie sich die russländischen Soldaten gegenüber der Zivilbevölkerung verhielten, hing von der Frontlage ab. Im Sommer und Herbst 1914 war diese völlig anders als im Sommer und Herbst 1915.

1914 bemühten sich die Soldaten noch, ein ordentliches Verhalten an den Tag zu legen. Diebstahl und Raub waren ausdrücklich verboten. „Jeder Verstoß gegen die persönlichen und Besitzrechte der Polen [...] wird mit der ganzen Strenge des Kriegsrechts bestraft“, verkündete Großfürst Nikolaj Nikolaewiĉ Anfang August, während General Jakov Žilinskij einschärfte, Kontributionen nur der deutschen und keinesfalls der polnischen Bevölkerung aufzuerlegen. So wollte die Armee die Unterstützung der Bevölkerung gewinnen und die Sicherheitslage verbessern. Doch wie es bei den Polen hieß: „Erschießt die eine Hälfte der russischen Armee, und die andere wird immer noch stehlen.“ In der Tat war Diebstahl ein vom Marodeurwesen nicht zu trennendes Problem. Die Marodeure benutzten Requisitionen als Vorwand für ihre Raubzüge: „In der Etappe herrscht schreckliche Willkür“, hielt ein Kommentator fest. Dennoch war das Verhalten der russländischen Armee insgesamt sehr viel korrekter als das der Besatzungsmächte. Schließlich kämpfte sie auf eigenem Gebiet und hatte durch sinnlose Zerstörungen nichts zu gewinnen.

Auch die zivile Obrigkeit hielt sich an die Anweisung der Militärführung, die Einwohnerschaft nicht über Gebühr zu belasten. Die Eintreibung rückständiger Steuern wurde ausgesetzt, Land und Stadt mit Getreide, Mehl und Kartoffeln versorgt. Requirierte Güter wurden normalerweise bar bezahlt,

ebenso Arbeitsleistungen von Zivilisten wie Fuhr- und Spanndienste, das Ausheben von Schützengräben und die Anlage von Feldbefestigungen oder Instandsetzung von Festungen. Oft meldeten sich die Bauern von sich aus zur Arbeit, weil die Armee einen Tagessatz von zwei bis drei Rubeln zahlte, was deutlich mehr war als vor dem Krieg. Es ging die Rede, man verdiene schon wie in Amerika. Einige waren auch ganz erfreut darüber, Land von Deutschen pachten zu können, die nach Russland deportiert worden waren.

Nach der Schlacht von Gorlice war klar, dass die Armee Kongresspolen und den Westen der annektierten Gebiete mindestens zeitweise würde verlassen müssen. Doch sollten keine Ressourcen in Feindeshand geraten, weshalb alles von Wert nach Möglichkeit fortzuschaffen war. Was nicht abtransportiert werden konnte, wurde an Ort und Stelle vernichtet. Die russländische Armee betrieb die altbekannte Strategie der verbrannten Erde. Die polnische Führung war in Anbetracht der Zerstörungswut ratlos. Der *Tygodnik Ilustrowany* (Illustriertes Wochenblatt) gab im Sommer 1915 die Parole aus: „Jetzt heißt es durchhalten.“

Die russländischen Truppen nahmen Waren aus Lagern, Geschäften und Apotheken mit. Aus dem Königsschloss und dem Łazienki-Palast in Warschau entfernten sie Möbel, Teppiche und selbst Toiletteneinrichtungen. Aus Janów Podlaski transportierten sie einen Teil des berühmten Pferdegestüts ab. Viele Fabriken wurden mehr oder weniger vollständig demontiert, fertige Produkte wurden genauso wie Elektro- und Verbrennungsmotoren, Transmissionsriemen, Rohstoffe, Halbfabrikate und Belegschaften abtransportiert. Allein aus Warschau wurden 70- bis 80.000 Arbeiter fortgeschafft, davon gingen 24.000 freiwillig. Die Einrichtungen von 130 Werken wurden nach Russland gebracht, wo sie wieder montiert und für die Kriegswirtschaft in Betrieb genommen wurden. Doch vieles wurde auf dem Weg zerstört oder ging verloren. Was die Bevölkerung vor Ort verwerten konnte, machten die Soldaten zu Geld.

Nach ihrer Räumung wurden die Fabrikgebäude in die Luft gesprengt. In Warschau traf dieses Schicksal unter anderem die Firmen Gerlach und Pulst, Gebrüder Scholtze und B. Hantke, Hirszowski, Bormann & Szwede, Orthwein, Karasiński & Co., zum Teil auch Lilpop und Rudzki. Die Sprengung von Wasserleitungen, Kanalisation und Gaswerk war geplant, doch kam es nicht dazu. In der Gegend von Kielce wurden die Hochöfen von Starachowice, Stąporków und Ostrowiec Świętokrzyski gesprengt; einige Fabriken in Radom wurden demontiert. Zum Abschied steckten die Truppen Lager, Depots und Kasernen in Brand und sprengten Viadukte und Brücken. Abgesehen von diesen Zerstörungsmaßnahmen blieben die größeren Städte jedoch vom Krieg verschont, auch wenn die russische Führung im Juni 1914 noch erwogen hatte, Warschau zur Festung zu machen und bis zum Äußersten zu verteidigen. Die Kampfhandlungen berührten



dann aber die Großstädte nicht. Dagegen wurden Klein- und Landstädte in Frontnähe zerstört, weil Artilleriefire von beiden Seiten die hölzerne Bebauung leicht in Brand setzte. In den Landstädten blieben nur wenige bewohnbare Häuser zurück, sobald die Front darüber hinweggegangen war; selbst wenn Gebäude noch standen, fehlten ihnen Fenster, Türen und Möbel. „Auf einem Schutthaufen [...] [saß] eine kleine Gruppe von Juden. Merkwürdigerweise hob niemand den Kopf, als wir vorbeirrten. Niemand richtete die Augen auf uns. Der Blick erstarrt, auf einen Punkt in der Ferne fixiert. Die klauenartigen Hände um die Knie verschränkt. So saßen sie da.“ Das war der Eindruck, den der Legionär Władysław Orkan im Juli 1915 aus der Ortschaft Ożarów mitnahm. Zu den am stärksten zerstörten Orten gehörten Koźnice, Ożarów, Pilica, Wolbrom, Błonie, Sochaczew, Przasnysz und Józefów. Sie wurden durch Kampfhandlungen zerstört, dagegen war Brest-Litovsk ein Opfer der Politik der verbrannten Erde. Nach Räumung der Festung durch das Militär forderte die Obrigkeit die Zivilbevölkerung zum Verlassen der Stadt auf, um diese anschließend in Brand zu setzen. Viele Gebäude brannten nieder. Dies geschah vom 17. bis 19. August 1915. Auch die umliegenden Dörfer wurden in Brand gesteckt, Zeugen berichteten von einem Flammenmeer: „Es war eine einzige große Hölle.“

In Stadt und Land wurde überall konfisziert. Darunter fielen Gegenstände aus Stahl, Zinn, Messing und Bronze. Kirchen wurden nicht verschont, die Glocken wurden von den Türmen geholt. Leopold Staff schrieb das Gedicht „Zdjęty dzwon“ (Die abgenommene Glocke):

<i>Zdejmują z wieży</i>	Vom Turme viele Stufen
<i>Spizowy dzwon</i>	Die erzne Glocke sie taten
<i>Kędy od wieków lat</i>	Von wo seit Ewigkeiten
<i>Zawieszon, w świat</i>	Rings in die Weiten
<i>Nióśł głos pacierzy...</i>	Sie zur Andacht gerufen
<i>Dziś, patrzy on</i>	Nun verkohlte Saaten
<i>Na pół spalony płon</i>	Und glimmende Katen
<i>Na zgliszcz hat</i>	Sich ihrem Blick bereiten
[...]	[...]
<i>Na pożar, dym i rzeź</i>	Und Brände, Rauch und Mord

Noch umfangreichere Beschlagnahmen gab es auf dem flachen Land. Hier wuchs sich der Abzug der Truppen zu einem gigantischen Raubzug aus. Was für die russische Kriegswirtschaft nützlich oder auch für den Soldaten persönlich von Wert war, wurde mitgenommen. Kosaken und Fou-ragiertruppen mähten das Getreide, lasen die Jungkartoffeln, sammelten



landwirtschaftliche und häusliche Gerätschaften ein, trieben Vieh und Pferde zusammen und ließen das Wasser aus den Fischteichen ab, um Karpfen und Forellen aufzulesen. Anders als zuvor, wurde das Konfiskat meist nicht bezahlt, noch Quittungen dafür ausgestellt. Oft wurden die Leute gezwungen zu versichern, sie würden keine Entschädigung fordern. Eine Entschädigung war von den Besatzungsmächten erst recht nicht zu erlangen. Nach polnischen Berechnungen beliefen sich die nicht gezahlten Kompensationen für Requisitionsquittungen in Kongresspolen auf etwa 200 Millionen Rubel.

Die Konfiskationen betrafen gleichermaßen Bauern, Nachsassen der großen Rittergüter, Grundbesitzer und Aristokraten. Einer der größten polnischen Magnaten, Janusz Radziwiłł, verlor seine großartigen Eichenwälder auf seinen Gütern im belarussischen Olyka durch Verstaatlichung. Das Holz wurde von Bauern und Soldaten geschlagen. Um auf dem kurzen Amtsweg seinen Besitz zurückzubekommen, wandte sich Radziwiłł direkt an den Großfürsten, was auch den gewünschten Erfolg hatte: Das Eigentum wurde zurückgegeben, der Holzdiebstahl gestoppt. Darüber hinaus bekam er die Zusicherung, seine Schäden würden erstattet. Der Großfürst hielt Wort, allerdings deckte die Entschädigung nicht wirklich den Wert des abgeholzten Waldes. Andere polnische Grundbesitzer erhielten Entschädigungen für Requisitionen, die oft sogar die Kosten deckten, im Einzelfall sogar übertrafen. Das war nur dadurch möglich, dass Offiziere gegen Bestechung überhöhte Quittungen ausstellten. Es kam sogar vor, dass Landbesitzer Zahlungen für Getreide erhielten, obwohl kein einziges Pud beschlagnahmt worden war, ähnlich im Falle von Rindern und anderen Gütern. Die Grundbesitzer konnten Vieh und Getreide auf dem freien Markt verkaufen. Der Geograph Eugeniusz Romer schrieb, Schwarzmarktgeschäfte in Kombination mit Korruption seien allgemein üblich gewesen: „Bei den durch den Krieg vom Weg Gebrachten sinken auf der Jagd nach dem schnellen Groschen Ethik und Moral ganz beträchtlich.“

Am erfolgreichsten ließ sich vor Ort in Petrograd für eine Entschädigung antichambrieren. In der Regel waren Gauner und Schwarzhändler dabei am erfolgreichsten. Das leicht verdiente Geld wurde gern gemeinsam mit den russischen Wohltätern schnell wieder unter die Leute gebracht, wovon Kasinos, Restaurants und Hotels der Hauptstadt profitierten. Das alles ging auf Kosten der aufrichtigen Gutsbesitzer, die nicht über die richtigen Beziehungen verfügten und sehr viel schwerer an eine Entschädigung kamen.

Die Armee zerstörte auch auf dem Land alles, was sie nicht mitnehmen konnte, darunter Gärten und Aussaat; was übrig war, ging in Flammen auf. Ganze Siedlungen wurden niedergebrannt. Brandschatzung ging leicht von der Hand, weil die Dorfhäuser hölzern und strohgedeckt waren. „Mit der Feder lässt sich nicht beschreiben, was damals geschah. Neben, hinter und

vor mir gingen verängstigte und ausgehungerte Dorfbewohner und trieben ihr Vieh vor sich her. Die Kosaken, die an den Flanken des Regiments marschierten, zündeten Dörfer und Felder an. Ich ging inmitten eines Meers aus Feuer und Menschen, von überall her waren Jammern und Wehklagen zu hören [...]. Ich war Zeuge erschreckender Szenen“, schrieb General Józef Dowbor-Muśnicki. Es brannten die Katen, die Weiler, die Adelshöfe und Herrenhäuser. Ein Augenzeuge beschrieb, wie die Rückzugsroute von Grodzisk Mazowiecki bis Nadarzyn bei Warschau aussah: „Ein einziges Trümmerfeld erstreckt sich über mehr als zehn Werst. Die Häuser haben weder Wände noch Dach [...]. Katen, Häuser, Palais, Gutshöfe [...], alles dem Erdboden gleichgemacht oder zumindest entzweigeschlagen und verbrannt [...]. Die Straßenbäume wurden nicht verschont, die schönen Alleen mutwillig abgeholzt. [...] die in kleinen Gruppen zusammengedrückten Familien bieten einen erbärmlichen Anblick, ringsum die umgestürzten und brandgeschwärzten Kamine des zerstörten Hauses.“ Nur manchmal sahen die Soldaten von ihrem Zerstörungswerk ab, sei es weil sie die Bewohner kannten oder öfter weil sie bestochen waren. Hin und wieder griffen polnische Soldaten und Offiziere in russischen Uniformen ein.

Teilweise gingen die Zerstörungen auf Kampfhandlungen zurück, oft war aber nicht auszumachen, was Absicht war und was nicht. „Die russische Armee hinterließ auf dem Rückzug eine Spur der Verwüstung. Abgebrannte, entvölkerte Dörfer und Städte. Beginnend am Bug und weiter nach Osten bis zu den polesischen Sümpfen gibt es buchstäblich nichts mehr. Dort wütete ein Zerstörungswerk, von dem man sich schwer eine Vorstellung macht, wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Im Umkreis von vielen Werst findet sich nicht ein bewohntes Haus oder auch nur ein Mensch. Überall, wo Dörfer und Adelshöfe waren, verkohlte Trümmer, rauchender Schutt und Asche“, berichtete der Dichter und Publizist Zdzisław Dębicki. Als Janusz Radziwiłł nach Olyka zurückkehrte, fand er auf dem gesamten Besitz kein Haus mehr vor, in dem er hätte unterkommen können. So schlief er unter dem eingestürzten Dach des Sägewerks.

Nach Schätzungen wurden allein in Kongresspolen 1914/15 1,8 Millionen Wohn- und Wirtschaftsgebäude zerstört, das waren zehn Prozent des Besitzstandes. 710.000 von insgesamt 2,3 Millionen Hektar Wald wurden abgeholzt, viereinhalb Millionen Hektar Ackerland verwüstet.

Auf dem Rückzug wurden die zarischen Soldaten auch wegen ihrer Vergewaltigungen notorisch. Manche Offiziere verhängten dafür schwere Strafen, andere ermunterten förmlich dazu. In den Quellen finden sich Hinweise wie dieser: „25. Juni 1915. Ożarów [...]. Die wilde Jagd kam hier für kurze Zeit zum Stillstand. Es wurde ein von den Russen entehrtes Mädchen gefunden, das in den letzten Zügen liegt. Es gibt viele Fälle von Notzucht“, schrieb Kosma Lenczowski, ein Priester der Polnischen Legionen.

#### 4 Die *bieżeńcy*

*Beżeńcy* ist das russische Wort für Flüchtlinge, das in der polonisierten Form *bieżeńcy* in den polnischen Wortschatz übernommen und umgangssprachlich gebräuchlich wurde. Noch während des Zweiten Weltkriegs war viel von den *bieżeńcy* des Großen Kriegs die Rede. Gemeint waren 1914–1918 die Opfer russischer Aussiedlungen und Deportationen. Erstmals waren die Straßen von West nach Ost im Herbst 1914 von *bieżeńcy* bevölkert. Dies waren vor allem Evangelische mit deutsch klingenden Namen, die hinter Düna und Dnepr geschickt wurden, weil die russländische Obrigkeit sie der Spionage und Diversion verdächtigte und befürchtete, sie könnten von der feindlichen Armee rekrutiert werden. Nach der Schlacht von Gorlice ordneten die Behörden die Aussiedlung der deutschen Kolonisten aus dem Kreis Chełm an, in dem sie gut zehn Prozent der Bevölkerung stellten. Auch Polen mit deutschen Wurzeln wurden deportiert, so zum Beispiel Juliusz Bursche, Superintendent der lutherischen Kirche von Warschau.

Darüber hinaus wurden einige Zehntausend Juden aus ihren Häusern geworfen. Die entsprechenden Deportationsbefehle ergingen im August 1914, als man sie verdächtigte, mit den Mittelmächten zu sympathisieren, was nicht zuletzt auf ihre berufsbedingte Mobilität zurückging; denn jüdische Kaufleute waren dem Verdacht ausgesetzt, sie könnten auf ihren häufigen Fahrten unlautere Zwecke verfolgen. Dabei berief sich die Obrigkeit auf die deutsche Presse; diese behauptete nämlich, die Juden würden den Einmarsch der deutschen Truppen freudig begrüßen. Jeder zweideutige oder ironische Umgang von Juden mit russländischen Amtsträgern wurde jetzt als Argument gegen sie verwendet. Militärische Berichte an die Stavka versäumten selten, verdächtige Verhaltensweisen der Juden zu erwähnen, wobei sie konfuse Gerüchte und verschwörungstheoretische Stereotype aufblähten. Demnach leiteten jüdische Geheimorganisationen feindliches Feuer aus Fesselballons, gaben Truppenaufstellungen an den Feind weiter, lockten russische Einheiten in die Falle, durchtrennten Telegrafleitungen und gruben gar kilometerlange Tunnels bis zu den feindlichen Stellungen. Im russischen Stab wurden solche Absurditäten keineswegs dem Papierkorb anvertraut, sondern penibel analysiert und an den Oberbefehlshaber weitergegeben. Die russischen Militärs konnten aus ihrer antisemitischen Denkweise nicht heraus. Es kam vor, dass Juden mit den Besatzungsmächten sympathisierten, doch einem eingübten Verhaltensmuster gemäß zeigten sie keinerlei Feindseligkeit gegenüber den Autoritäten. Sie vermieden sorgfältig jede anti-russische Äußerung oder Verhaltensweise. Sie verhielten sich beflissen und dienstbereit und leisteten häufig Feindaufklärung für die russische Seite. Ihre Überlebensstrategie zeigte sich in einer beliebten Anekdote: „Man fragte sie danach, wer wohl siegen würde. Sie antworteten: ‚Selbstverständlich die

Unsrigen.‘ Das heißt wer, die Deutschen oder die Russen? ‚Wer siegt, ist der Unsrige.‘“

Im Herbst 1914 waren daneben auch polnische Flüchtlinge unterwegs, die aus Angst vor der Front flohen. „In Baranowicze [Baranoviči] traf ich auf eine große Zahl der Ärmsten mit Bündeln, sie lagen reihenweise auf und unter den Tischen und überall auf dem Boden, die Kinder weinten. Diesen Anblick werde ich nie vergessen“, schrieb Maria Małgorzata Potocka in ihren Erinnerungen über den August 1914.

Die Zwangsaussiedlungen vom Herbst 1914 reichten bei Weitem nicht an das heran, was im Sommer 1915 geschah, als Tausende *bieżeńcy* aus Kongresspolen, Litauen, Lettland, Belarus und der Ukraine die Straßen bevölkerten. „Eine einzige, chaotische Menschenmenge – primitive Menschen, von einer unaufhaltbaren Macht in die Flucht getrieben – alle Gesittung ist verfliegen, als hätte es sie nie gegeben“, notierte Laura Turczynowicz, eine Künstlerin kanadischer Herkunft aus Suwalken. Die Fluchtbewegung des Jahres 1915 erreichte ein in der Geschichte bis dahin unbekanntes Ausmaß und stürzte Tausende ins Unglück. „Verflucht sei, wer den Plan ausgeheckt hat, das Land zu verwüsten und seine Bevölkerung in alle Winde zu verstreuen [...]. Mögen die Verantwortlichen selbst ein solches Unglück erfahren auf der hoffnungslosen Wanderung, welche die Vertreibung ist“, schrieb Michał Kossakowski, Gutsbesitzer, Akteur der Nationalbewegung und Diplomat. Die Ideengeber sind nicht bekannt und sicher auch nicht mehr zu ermitteln, weil der Plan in den hitzigen Diskussionen der Stavka und des Ministerrats aufkam. Vermutlich wurde der Plan kollektiv gefasst, allerdings wäre er ohne Einverständnis des Kaisers nicht umzusetzen gewesen. Deshalb ist Nikolaus II. politisch wie moralisch für die gigantischen Aussiedlungen und ihre verheerenden Folgen verantwortlich.

Die endgültige Entscheidung fiel nach der Niederlage von Gorlice. Viele hielten das für ein Signal, dass Petrograd den Verlust Kongresspolens für endgültig hielt. Der russische Generalstabschef gab die einschlägigen Befehle. Alle Männer im Alter von 18 bis 45 waren auszusiedeln, da man befürchtete, die Mittelmächte würden sie entgegen der Haager Landkriegsordnung in ihre Armeen einziehen. Tatsächlich aber wurden faktisch alle zum Verlassen ihrer Heimatorte aufgefordert oder gezwungen, ob alt oder jung, Frau oder Kind, ganze Familien. „[Die Soldaten] treiben die verzweifelte Bevölkerung mit rücksichtsloser Brutalität vor sich her“, erinnerte sich Maria Lubomirska. Man redete den Leuten ein, die deutschen Werwölfe seien im Anmarsch, die summarisch alle bestrafen und nach Deutschland deportieren würden. Um dem Befehl Nachdruck zu verleihen, setzte die Obrigkeit physische Gewalt, Wort- und Bildpropaganda ein. Manche machten sich auch ohne direkte Zwangsanwendung auf den Weg nach Osten, doch waren dies vergleichsweise wenige.

Wer konnte, begab sich mit Fuhrwerk oder Kalesche, seltener mit der Eisenbahn auf den Weg. Eigentum wurde mitgenommen, soweit es ging. „An die Wägen sind Kälber, Kühe und Pferde gebunden, auf den Wägen stapeln sich Truhen, Bettwäsche und Kinder. Ein Zug der Hoffnungslosigkeit“, notierte Maria Lubomirska. Viele *bieżeńcy* verfügten jedoch über kein eigenes Fortbewegungsmittel. Also schleppten sie mit, soviel sie konnten. „Sie treiben Vieh, Schafe, Schweine usw. Von überallher [...] Rindergebrüll, Schafsblöken, Pferdewiehern und ein stiller Gruß an die vorbeiziehende Menschenmenge“, hielt ein Beobachter fest. Jammern und Wehklagen überall, doch manche fügten sich in ihr Schicksal: „Sie nehmen alles demütig hin, ergeben sich in Gottes Willen und murren nicht“, schrieb Jan Edward Romer. Manche hofften auch, nach dem Verlust aller Habe einen neuen Hof zugeteilt zu bekommen.

„Es waren endlose Karawanen von Fuhrwerken, beladen mit dem wenigen, was vom Besitz noch übrig war, mit Alten und Kindern, dahinter mit dem Strick angebundene Kühe, Mengen von dahinhastenden Menschen am Ende ihre Kraft, aus deren Gesicht die stumpfe Verzweiflung spricht“, lautete eine Schilderung. Die Fluchtwelle verursachte Staus auf den Wegen, besonders in Belarus, und so bildeten sich an einigen Knotenpunkten spontan Flüchtlingslager. Die *bieżeńcy* errichteten Zelte und Bretterbuden, hoben Erdhütten aus, bauten aus Holzbalken provisorische Baracken und warteten darauf, dass die Wege wieder frei wurden. In Babrujsk stauten sich 200.000 Menschen, in Kobryn dieselbe Zahl, noch einmal so viele in Vitebsk. Die Eisenbahnstrecken waren genauso überlastet. Das Streckennetz war schwach ausgebaut, die Gleise ausgeleiert, daher war die Fahrt mit dem Zug nicht unbedingt schneller oder ungefährlicher als die Reise auf der Straße. Die Strecke von Lublin nach Kiew nahm manchmal ein bis zwei Wochen in Anspruch. Die Züge warteten auf Nebengleisen die Militärtransporte ab, die natürlich Vorrang hatten. „Alle Stationen und Waggons sind mit Flüchtlingen und Aussiedlern verstopft [...] es herrschen schreckliches Gedränge und Unordnung.“

Die Armeeführung versuchte, große Ansammlungen von Flüchtlingen in Frontnähe zu verhindern, und zwang sie, nach Osten weiterzuziehen. Es gab jedoch keinerlei Plan für die Ansiedlung, weshalb Improvisation und Zufallsprinzip vorherrschten. Zofia Tyszkiewicz schrieb, die Leute hätten sich ziemlich gedanken- und planlos auf den Weg nach Osten gemacht. Für die einzelnen Flüchtlingsgruppen gab es keinen Zielort. Meist mussten sie lange auf die Erlaubnis warten, sich niederzulassen. Russland hatte ohnehin Probleme, Militär und Zivilbevölkerung zu versorgen oder den Eisenbahnverkehr vor dem Zusammenbruch zu bewahren, umso weniger war das Land dieser neuen Herausforderung gewachsen. Es gab keine Vorbereitungen zur Bewältigung der Flüchtlingswelle. Da Hilfe ausblieb, wurden

aus den Flüchtlingen „Landstreicher, Umsiedler verwandelten sich in Proletarier und landlose Tagelöhner.“ Auf dem Weg herrschte Hunger. Die belarussischen, ukrainischen und polnischen Bauern wollten den Flüchtlingen meist kein Essen verkaufen, zumal sie selbst oft nichts übrig hatten oder den *bieżeńcy* feindlich gesonnen waren. Denn die verbreitete Meinung war, die Vertriebenen müssten doch etwas gegen den Zaren getan haben und selbst an ihrem Los schuld sein. Auch zeigten sich jetzt die Folgen der russischen Propaganda: Schließlich seien die nichtrussischen Völkerschaften des Reichs schuld an den Niederlagen, die Polen, Litauer, Letten, Juden und Deutschen. Wer dennoch den Flüchtlingen etwas verkaufte, verlangte astronomische Preise, die nur die wenigsten zahlen konnten.

In den niedergebrannten Dörfern und Landstädten war ohnehin nichts mehr zu bekommen, selbst die jüdischen Kaufleute vom Ort hatten nichts mehr anzubieten. In ihrer Verzweiflung fielen die Menschen über Läden und Magazine her oder attackierten wohlhabende Bauernhäuser. Auch Adelshöfe und Herrenhäuser schienen noch eine Chance zu bieten, an etwas Essbares zu kommen. Die Gutsherren zogen es vor, nur Verwandte und Bekannte zu unterstützen, leisteten aber im Einzelfall allen Bedürftigen Hilfe. „Zahlreiche Trosse von Flüchtlingen aus der Gegend von Wierzbołów [Virbalis] und Kowno [Kaunas] zogen durch Landwarów [Lentvaris]. Sie blieben ein, zwei Tage, manchmal länger, um Kraft für den weiteren Weg in das Unbekannte zu schöpfen [...]. In der Residenz von Landwarów überließ man ihnen im Rahmen des Möglichen bequeme Nachtlager, stellte ihnen die Gebäude am Ort zur Verfügung, gab ihnen auch etwas Kräftiges zu essen. Viele Verwandte und persönlich bekannte Gutsbesitzer wurden im Palais aufgenommen“, schrieb Zofia Tyszkiewicz. Die meisten *bieżeńcy* blieben auf Selbsthilfe angewiesen, schlossen sich zu größeren Gruppen zusammen, machten sich gemeinsam auf die Suche nach Essbarem und stellten Wachen zum Schutz gegen Marodeure und Kriminelle auf.

Manchmal konnten sich Polen den Aussiedlungen entziehen. Umgekehrt verließen die Ukrainer aus dem östlichen Kongresspolen widerstandslos ihre Häuser, weil sie sich unter ihren orthodoxen Glaubensgenossen in Russland sicherer fühlten. Die Popen riefen aus Angst um Gut und Leben zur Flucht auf, und die Gemeindeglieder schlossen sich ihnen unter Fahnen und Ikonen an, wie es der Erzbischof von Chełm wünschte. Infolgedessen zogen aus konfessionell gemischten Gebieten wie Podlachien und der Gegend von Chełm die Orthodoxen fort, und das Übergewicht der Katholiken nahm zu. Auch die Anzahl der orthodoxen Kirchen ging zurück, weil einige der ursprünglich katholischen Kirchenbauten wieder von der römischen Kirche in Besitz genommen wurden. Es kam vor, dass bei der Weihe dieser Kirchen der Priester zum Gebet für die „unterdrückten Katholiken in Polen“ aufforderte, auf dass „die schismatischen Völker, die in ihrer Wildheit die

Zuversicht verlieren, mit der Macht Deiner Rechten zerschmettert“ würden, und zur Beendigung der Feier das patriotisch-religiöse Lied „Boże coś Polskę“ (Gott, der Du Polen)<sup>12</sup> anstimmten. Diese Rückgewinnung kirchlichen Eigentums durch die katholische Kirche nahm vorweg, was sich durch die gesamte Zweite Republik fortsetzen sollte.

Die Strategie der verbrannten Erde demoralisierte die Armee nur noch stärker. Mengen von Flüchtlingen gerieten zwischen die kämpfenden Truppen, brachten die militärischen Operationen durcheinander und beschleunigten den Zerfall der Armee. Auch die Zivilverwaltung war durch die Evakuierung gelähmt. Loyalität und prorussische Gesinnung schwanden dahin. „Desto mehr Häuser der Moch [d.h. der Russe] in Brand setzt und desto mehr wir davon retten, desto mehr tut sich ein Abgrund zwischen ihm und der polnischen Bevölkerung auf und verstärkt sich das Gefühl, Pole zu sein“, kommentierte ein Legionär der I. Brigade.

Die Zwangsaussiedlungen trafen die Menschen ohne Ansehen von Herkunft, Bildung, Besitz und Religion. Die Forschung hat versucht, die Aussiedlungen aus Kongresspolen in den Jahren 1914 und 1915 zu quantifizieren. Mitte Februar 1917 zählte das Komitee der Großfürstin Tat'jana 3.113.400 Personen, eine andere Quelle nennt 3.747.384. Doch wurden nicht alle registriert und gelangten an die Zielorte; daher lag die Zahl für Zwangsaussiedler und freiwillige Umsiedler zusammengenommen wohl eher bei über vier Millionen. Die Statistik erfasste nicht, wer sich in den Dörfern längs der Aussiedlungstrasse verbarg, kriminellen Banden zum Opfer fiel oder auf der Flucht verhungerte. Die Fluchtwege waren von unzähligen Gräbern gesäumt. „In jämmerlicher Not verbergen sich die verzweifelten Flüchtlinge in den Wäldern, schleppen sich über die Wege, bringen unter freiem Himmel Kinder zur Welt. Die Luft erzittert vom Brüllen des mitgetriebenen Viehs. Kinder fallen zu Boden, Säuglinge sterben an der Mutterbrust, die Alten siechen, Polen entvölkert sich“, schrieb Maria Lubomirska. Jan Edward Romer bemerkte: „Die Juden sind schrecklich verarmt, in Tränen aufgelöst und verängstigt.“

Aufgrund der schlechten hygienischen Verhältnisse lauerten überall Krankheiten, die Zusammenballung von Menschen auf engstem Raum sorgte für ihre schnelle Verbreitung. „Bereits den dritten Monat unterwegs. Wird jemand gefragt, wie lang er schon auf dem Weg ist, sagt er: ‚Weiß ich selbst nicht mehr. Ich weiß nicht, ob ich nur geträumt habe, ein Haus zu haben, oder ob ich jetzt verrückt geworden bin. Das Haus ist verbrannt, die

---

12 Das wegen seiner Bitte um Rückgabe der polnischen Unabhängigkeit und seines Gebrauchs in den polnischen Nationalaufständen von 1830 und 1863 verboten war; A.d.Ü.



Frau unterwegs gestorben, zwei Kinder mit ihr zusammen, sie liegen unter der Erde. Bloß ich und mein Pferd hier sind noch übrig.' Ein anderer erinnerte sich: ‚Not, Hunger und Kälte verursachen alle möglichen Krankheiten. Die Sterblichkeit steigt an.' Selbst die kriegserprobten Offiziere waren erschreckt von dem, was sie sahen: ‚Pferdekadaver und Leichen blockierten die Wege, ringsum waren frische Gräber, markiert mit Kreuzen aus Holzsplittern‘“, schrieb General Dowbor-Muśnicki. „Viele Menschen und Tiere starben auf dem Weg an Durchfall, Hunger und Wassermangel“, notierte ein Memoirenautor. Solche Beobachtungen finden sich in den Quellen zu Hunderten: „Reihen von Gräbern, eine ungezählte Menge verendeter Pferde und Rinder, die an Wassermangel eingegangen waren, und wie aufgeschnürt die Gespanne und die ausgemergelten und hungernden Flüchtlinge. Selbst Dante könnte diese Grässlichkeiten nicht beschreiben.“

Scharlach, Diphtherie und Pocken griffen um sich und kosteten vielen das Leben. Immer wieder brachen auch besonders gefährliche Cholera- und Typhusepidemien aus, welche die Zahl der Opfer vervielfachten. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Es fehlte an Ärzten, Spitälern, Krankenstationen, Medikamenten und nicht zuletzt am guten Willen. Die meisten Ärzte dienten an der Front. Das Rote Kreuz konnte nur sporadisch zur Stelle sein. Wie sich Michał Kossakowski erinnerte, „brauchte es Zynismus, um auf einem Haufen von Kehricht, Dung, Schmutz und Lumpen die Fahne des Roten Kreuzes zu hissen [...]. An den Hauswänden, gleich an der Tür des Operationsraumes liegen, an einen Misthaufen gekauert, wohl um daran ein wenig Wärme zu finden, in Lumpen gehüllte Körper.“ Die Cholera-kranken wurden oft nicht isoliert, wodurch sich die Ansteckung weiter verbreitete. Die Kranken hatten keine Gewähr medizinischer Versorgung. In einer Ecke lag eine ganze Familie, bedeckt „mit irgendeiner von giftigem Auswurf durchtränkten Plane. Auf einem in der morgendlichen Kälte dampfenden Misthaufen hockt ein einziger Choleraherd.“

Noch 1917 kamen weitere von Militär und Kampfhandlungen Vertriebene nach Russland. Mitte 1918 wurde die Zahl der Flüchtlinge und Zwangsaussiedler aus Kongresspolen und den annektierten Gebieten auf 3,8 bis 4,5 Millionen geschätzt. Die Angaben differierten aufgrund des Chaos nach den russischen Revolutionen stark; seit März 1917 wurden die Zählungen immer unzuverlässiger. Es gilt jedoch als einigermaßen gesichert, dass bis Februar 1917 aus Kongresspolen etwa 1,15 Millionen Personen in die Aufnahmegebiete gelangt waren. Der Anteil der Flüchtlinge war im Gouvernement Łomża mit 24,2 Prozent am höchsten, gefolgt von den Gouvernements Chełm mit 16,8, Lublin mit 14, Warschau mit 9,3, Suwalken mit 7,5 und der Stadt Warschau mit 12,8 Prozent. Noch größere Bevölkerungsanteile erreichten die Flüchtlinge aus den annektierten Gebieten.



Beispielsweise wurden aus Wilna etwa 40.000 Juden und Polen vertrieben, das heißt fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Die Deutschen erlitten die im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil größten Verluste. Aus Kongresspolen und den annektierten Gebieten gelangten 350.000 von ihnen nach Osten, das heißt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Unübersehbar handelte es sich hierbei um institutionalisierte Gewaltanwendung und eine Politik der ethnischen Säuberung, auch wenn der Zweck nicht war, die Nationalitätenverhältnisse im Grenzgebiet zu korrigieren, sondern diejenigen loszuwerden, die vielleicht mit den Truppen der Mittelmächte hätten fraternisieren können. Für die Deutschen galt das Prinzip kollektiver Verantwortung. Außerdem deportierte das Militär aus Kongresspolen und den annektierten Gebieten bis Februar 1917 etwa 500.000 Juden, 300.000 Litauer, 250.000 Letten sowie 650.000 Belarussen, Ukrainer und Ruthenen. Die Polen stellten ungefähr 1,5 Millionen Deportierte und Flüchtlinge. Dabei sind polnische Kriegsgefangene oder polnische Soldaten der russländischen Armee nicht mitgezählt, die noch in Russland garnisoniert waren. Im Herbst 1915 wurden mehr als 600.000 Polen von polnischen Hilfsorganisationen betreut.

Die Fluchtbewegung und die dadurch verursachte humanitäre Katastrophe veranlassten Akteure der polnischen Nationalbewegung wie Wielopolski und Erzbischof Kakowski, beim russischen Generalstab zu intervenieren. Auch die polnische Presse protestierte gegen die Barbarei und Zerstörungswut der russländischen Truppen. Sogar die russische Presse verwies darauf, dass Deportationen und Raubzüge nur zu Verlust von Vertrauen und Loyalität führten. Die in Petrograd akkreditierten Diplomaten der verbündeten Mächte brachten gleichfalls die verheerenden Folgen der Aussiedlungen zur Sprache. Daher gab Großfürst Nikolaj Nikolaewiĉ den Befehl, die Deportationen und Zerstörungen einzustellen, es sei denn, es bestehe eine „militärische Notwendigkeit“, und die Bezahlung oder Quittierung von Requisitionsgütern gewissenhaft auszuführen. In der Praxis änderte sich nicht viel, wobei die Kommandeure sich nunmehr auf den Befehl des Großfürsten beriefen. Quittungen wurden ungern ausgestellt und waren oft angeblich nicht zur Hand. Der CKO urteilte: „Die Einheiten der Armee gingen noch wütender daran, alles ringsum in Schutt und Asche zu legen und die Einwohner aus ihren Häusern und vor sich her zu treiben. Hier half keine Anordnung.“

Gegen Mangel an Ressourcen und gutem Willen hatte die Verwaltung wenig aufzubieten. Viele Militärs und Beamte sahen die *bieżeńcy* schlicht als illoyale Untertanen, an die keine Hilfe zu verschwenden war. Kossakowski urteilte: „Es könnte der Eindruck aufkommen, man halte Hilfe für die Vertriebenen für eine staatsfeindliche Handlung.“ Der Zerfall der staatlichen Institutionen schränkte die Möglichkeiten noch weiter ein. Ihre Aufgaben

wurden daher von Vereinen, sozialen Organisationen und Kirchengemeinden übernommen. Deren Möglichkeiten waren zwar auch begrenzt, doch retteten sie so manchem das Leben, verhalfen zur Weiterreise und erleichterten das Überdauern. Beispielsweise bestanden die landwirtschaftlichen Vereinigungen schon seit längerer Zeit und konnten umgehend darangehen, Spendenaktionen für die Flüchtlinge zu organisieren, wofür die polnische Lobby in Petrograd die Erlaubnis beschafft hatte. Diese Aktivitäten wurden in der Regel von den Behörden nicht behindert, auch wenn einzelne lokale Amtsträger dagegen waren, etwa der Kiewer Generalgouverneur Fëdor Trepov, der hinter solchen Initiativen polnischen Separatismus und Nationalismus vermutete. Erst von der polnischen Lobby in der Hauptstadt erwirkte Anweisungen zwangen ihn zur Änderung seiner Haltung.

Unter Bedingungen von Krieg, Polizeistaat und institutionellem Zerfall waren Hilfsmaßnahmen nicht leicht durchzuführen. Organisationen in Kongresspolen, den annektierten Gebieten und in Russland selbst waren beteiligt. In Moskau, Petrograd oder Odessa ansässige Polen nutzten ihr Prestige und ihre guten Beziehungen in der lokalen Gesellschaft. 1913 lebten in Russland mehr als 700.000 Polen, davon einige Zehntausend in Petersburg. Einige bekleideten als Ingenieure, Fabrikanten, Bankiers, Kaufleute, Ärzte oder Architekten angesehene Positionen in Verwaltung, Wirtschaft oder Wissenschaft. Diese Personengruppe war vermögend und verfügte über einigen gesellschaftlichen und politischen Einfluss, was sie nunmehr zur Geltung bringen konnte. Während des Krieges stießen einige der Evakuierten zu dieser Gruppe hinzu.

Eine der effektivsten Hilfsorganisationen war die Polnische Gesellschaft für Kriegsofferhilfe (das *Polskie Towarzystwo Pomocy Ofiarom Wojny*, PTPOW), die im August 1914 in Petrograd gegründet wurde. Bis Ende 1915 bildete sie 58 Filialen in Russland, 57 in den annektierten Gebieten und 56 in Kongresspolen. Mit dem Stichtatum 1. November 1916 besaß sie 247 Filialen mit 20.000 Mitarbeitern und freiwilligen Helfern. Bis zum Herbst 1916 kamen 198.175 Personen in den Genuss unterschiedlicher Formen von Unterstützung durch das PTPOW, davon 40 Prozent Kinder im Alter bis vierzehn Jahren und 33 Prozent Frauen. Hinter diesen trockenen Zahlen verbargen sich aufopferungsvolle Arbeit, Solidarität, Hilfsbereitschaft und christliche Barmherzigkeit. Finanzielle Mittel kamen von der Regierung und russischen Wohlfahrtskomitees.

Auch der CKO beteiligte sich an der Flüchtlingshilfe. Sein Vorsitzender und weitere Mitglieder siedelten 1915 nach Russland über und setzten ihre Tätigkeit von Petrograd aus unter der Bezeichnung „Zentrales Bürgerkomitee des Königreichs Polen in Russland“ fort. Zu den aktiven Mitarbeitern zählten nach wie vor Władysław Grabski, Seweryn Franciszek Światopełk-Czetweryński und Stanisław Wojciechowski. Die Flüchtlingshilfe wurde

zur Hauptaufgabe des CKO, allerdings waren Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge aus den annektierten Gebieten einschließlich des nicht zum Königreich Polen zählenden Gouvernements Chełm untersagt. Grab-ski formulierte das Credo der CKO-Politik: Hilfe sei „in einer Weise zu leisten, dass der Flüchtling Bürger seines Landes bleibt und sich nicht als Bettler unter seinesgleichen oder gar unter Fremden vorkommt, sondern als ein vom Kriegsgeschick betroffener Pole in unauflösbarer Verbindung mit seinem Heimatland, was ihn davor bewahrt, in irgendeiner Weise mit der lokalen Gesellschaft zu verwachsen und ihn in Gedanken und Bestrebungen bestärkt, so schnell wie möglich in das Vaterland zurückzukehren.“

Vom 1. August 1915 bis 1. Oktober 1916 half das Komitee 191.424 Personen mit Lebensmittellieferungen, 133.819 mit Kleidung, 142.608 bei der Unterbringung; außerdem sorgte es für medizinische Hilfsleistungen in unbekanntem Umfang. Im September 1915 standen 46 Schutzunterkünfte in Russland unter seiner Leitung; 48.435 Kinder befanden sich in Erziehungseinrichtungen des CKO. Bis Ende 1917 führte das Komitee eine Kartei mit 353.000 Personen, die Hilfsleistungen empfangen hatten. In den Folgemonaten kamen weitere Kinder und Heime hinzu, weil immer neue Wellen von Flüchtlingen eintrafen. Die Gesellschaft der durch den Krieg geschädigten Landwirte in Russland entfaltete eine weniger umfangreiche Tätigkeit; ihre Klientel waren die polnischen Grundbesitzer.

Die Kooperation zwischen den verschiedenen polnischen Hilfseinrichtungen funktionierte nicht immer reibungslos und litt an Bürokratie und Papierkrieg. Zwischen CKO und PTPOW herrschten Misstrauen und Konkurrenzdenken, was nicht zuletzt auf unvereinbare Ideologien zurückging, denn im CKO dominierte die *Endecja*, im PTPOW die Linksparteien. Der Konflikt wurde letztlich durch die Vereinbarung bereinigt, dass der CKO die Flüchtlingsbetreuung in der Provinz übernahm, das PTPOW in den Städten. 1917/18 kam es erneut zu Spannungen, weil der CKO die Rückwanderung forcieren wollte, während das PTPOW dafür warb, sich in Russland für die Revolution einzusetzen.

Besonders gut organisiert war das Polnische Komitee in Moskau. Es besaß 25 Sektionen und unterstützte die Wochenzeitschrift *Echo Polskie* (Polnisches Echo). Spiritus Rector der Einrichtung war Aleksander Lednicki, ein einflussreicher, energischer Politiker und Rechtsanwalt, der bis 1916 Abgeordneter der Kadetten gewesen und gut in der russischen Gesellschaft vernetzt war. Er hatte Rückhalt bei dem Polonophilen Evgenij Trubeckoj und in der Moskauer Intelligenz. Das Polnische Komitee war auf kulturellem Feld aktiv und präsentierte der Öffentlichkeit polnisches Theater, Malerei, Bildhauerei und Literatur.

An der Flüchtlingshilfe beteiligten sich darüber hinaus die Niederlassungen der Wohltätigkeitsgesellschaft, die Polnischen Häuser,

Berufsgenossenschaften und katholische Gemeinden. „Brüder, eilt unseren unglücklichen Brüdern zur Hilfe [...]. Helft Unterkünfte einzurichten, Heime, Schulen und dergleichen Institutionen aufzubauen, in denen die geistigen Bedürfnisse der Vertriebenen befriedigt werden“, lautete ein Aufruf von Bischof Jan Cieplak vom 26. November 1915. Der Appell blieb nicht unerhört. Über ihre seelsorgerischen Aufgaben hinaus schalteten sich geistliche und katholische Vereinigungen noch aktiver in die Fürsorge ein.

Um die Arbeit der polnischen Hilfsorganisationen besser zu koordinieren und ihre Probleme miteinander zu lösen, wurde für den 8. August 1915 eine Konferenz nach Moskau einberufen, die den „Rat der Kongresse der Polnischen Organisationen für Flüchtlingshilfe“ unter Leitung von Lednicki einrichtete, der die Unternehmung auch initiiert hatte. Der Rat verfügte über ein Monatsbudget von fünf Millionen Rubel, finanziert von der Regierung und dem Komitee der Großfürstin Tat’jana. Außerdem wurde bis 1918 aus dem schweizerischen Vevey ein Betrag von 991.697 Schweizer Franken überwiesen. Der Kongressrat richtete einen Appell an die Landsleute: „Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass die von ihrer Heimat Erde getrennte Masse untergeht, in unzählige winzige Teilchen zerfällt und sei es aus Not verdirbt, sei es in der fremden Bevölkerung und den fremden Verhältnissen aufgeht. Unsere Aufgabe: den Bedürftigen Hilfe anbieten, materielle wie geistliche, alles dafür tun, ihnen die Lebensgrundlage zu sichern, um ihre Familienbände nicht abreißen zu lassen, die Menschen nicht verkommen [...] oder verderben zu lassen.“

Alle Nationen der alten Rzeczpospolita beteiligten sich an der Flüchtlingshilfe. Am erfolgreichsten waren dabei Polen und Juden, weniger effektiv Litauer und Letten, wegen der geringen Entwicklung ihrer Intelligenzija und vermögenden Schichten am wenigsten Belarussen und Ukrainer. Mit Beginn des Exodus nach Osten wurde die Flüchtlingshilfe nach ethn nationalen Kriterien organisiert: Polen halfen Polen, Juden halfen sich gegenseitig usw. Einerseits verfestigte das die verschiedenen Partikularismen und Nationalismen, andererseits motivierte es Menschen mit wenig ausgeprägter nationaler Identität, sich zu einer Nationalität zu bekennen, um an Unterstützungsleistungen zu gelangen. Das förderte die Nationsbildung. Die Gemeinsamkeit der Erfahrung stärkte Verbindungen über Identität.

Die Flüchtlingshilfe wurde von den Russen, speziell der im Innenministerium angesiedelten Abteilung für Vertriebenenfragen überwacht. Tatsächlich war diese Überwachung jedoch ein Ding der Unmöglichkeit, und die Hilfe, die die Abteilung außerdem leisten sollte, aufgrund von Verschwendung, Desorganisation und Korruption allenfalls bescheiden zu nennen. Besser bewährten sich russische Organisationen wie das Rote Kreuz, das Russische Komitee für Flüchtlingshilfe und das Komitee der Großfürstin Tat’jana. Es wurden Wohltätigkeitskonzerte veranstaltet, etwa mit dem

berühmten Opernbassisten Fëdor Šaljapin; die Einnahmen gingen an die Kriegspferhilfe.

Die polnischen und russischen Organisationen halfen den *bieżeńcy*, sich am Niederlassungsort einzurichten und Arbeit zu finden. Die zusammen mit den demontierten Fabriken evakuierten Arbeiter kamen dort zum Einsatz, wo diese wieder aufgebaut wurden. Einige Bauern und Landarbeiter konnten auf den Gütern polnischer Grundbesitzer im östlichen Belarus und in der Ukraine untergebracht werden. Sie arbeiteten in der Landwirtschaft oder in der Lebensmittelverarbeitung, in Zuckerraffinerien, Mühlen, Tabaktrocknereien, Tischlereien oder Stärkefabriken. In der Regel verdienten sie allerdings weniger als die ortsansässigen Landarbeiter. So fühlten sie sich betrogen und ausgebeutet. Besser hatte es, wer Beschäftigung bei vermögenden sibirischen Bauern fand. Wer dagegen in den Städten unterkam, musste oft von Tagelohn leben. Werkstätten, Rüstungsbetriebe, der Eisenbahnbau etwa auf der Strecke Polack-Pskov und die Straßeninstandsetzung boten Arbeit. Nur wenige wurden zur Armee eingezogen, weil die Einberufung immer schlechter funktionierte und es an Waffen fehlte.

Das drängendste Problem war die Versorgung von Kindern, die ihre Familien verloren hatten. Dazu gab es zunächst weder Konzept noch Mittel. Viele Menschen machten sich darum verdient, Waisenheime oder Schulen und Werkstätten für die älteren Kinder einzurichten, die dort einen praktischen Beruf erlernen konnten. Einige polnische Waisen wurden in russische Heime aufgenommen, etwa solche in Verwaltung der orthodoxen Kirche, wo sie russifiziert wurden; diese Kinder kehrten nicht mehr nach Polen zurück.

Aber auch viele wohlstuierte Polen fanden in Russland Unterschlupf. In den Salons suchten sie Kontakt zu den Beamten, die über Entschädigungen und Kredite entschieden. Sie waren in den Klubs und Spielkasinos zu finden, beim Bridge, auf der Jagd, beim Ausritt, in exklusiven Restaurants, auf der Eisbahn, beim Ball, in Theater und Oper. Der Krieg konnte sie nicht schrecken, denn sie traf die Not nicht, und sie fanden stets gesellschaftlichen Anschluss. „Viele führen im Exil ein müßiggängerisches und sinnloses, aber bequemes und luxuriöses Leben [...].“ Die wohlhabenden Polen waren überwiegend in der Hauptstadt anzutreffen. Das „polnische Petrograd“ amüsierte sich und lebte gut. Nur wenige fanden sich bereit, für ihr Land und die Flüchtlinge zu arbeiten. Wie Jan Edward Romer schrieb, war das Milieu des polnischen Bürgertums und Landadels geprägt entweder durch „gedankenloses Verschwenden der letzten Mittel, passives Hinvegetieren oder die Jagd nach leichtem Gewinn.“ Für die weniger Betuchten dagegen war Petrograd kein geeignetes Pflaster, denn die Versorgungslage war schwierig, und die Inflation machte sich dort noch stärker bemerkbar als andernorts. Über die Geschäftemacher und Spekulanten erging ein noch vernichtenderes Urteil.

„Ich hatte den krassesten Anblick psychischen und moralischen Verfalls. Der nationale Stolz der Polen, der ‚Bourgeois‘, waren Materialismus und zynische Betrügerei. Sie hatten hämische Freude an ihrem betrügerischen Handel mit den dummen *Moskali*. [...] das sind kriminelle Schieber mit den unerträglichen Eigenarten der russischen Sturheit“, erinnerte sich Roman Dyboski. Diese „Bourgeois“ besaßen keine Empathie für die polnischen Flüchtlinge und geizten mit Spenden für polnische Organisationen.

Viele polnische Flüchtlinge ließen sich in den größeren Städten der Ostukraine, von Belarus und Russlands nieder. Vor Kriegsausbruch stellten die Polen in Minsk bei einer Gesamtbevölkerung von 130.000 22 Prozent, in Kiew mit seinen 450.000 Einwohnern fast 10 Prozent. In Minsk gab es 1916 35 und in Kiew 20 Prozent Polen. 1915 schrieb Zygmunt Wasilewski, wenn auch mit einer gewissen Übertreibung, Kiew mache den Eindruck „einer polnischen Stadt [...] in Cafés und Geschäften wird polnisch gesprochen.“ Im Moskau wurden im Dezember 1916 85.367 Polen gezählt. In Odessa hielten sich etwa 30.000 auf. Dagegen ging die Zahl der Polen in Charkiv ständig zurück, weil die Stadt für sie kein Fluchtziel, sondern lediglich Relais war. Die meisten Flüchtlinge langten dort im Sommer und Herbst 1915 an. Die Zahlen sind in den Statistiken zum Eisenbahnknotenpunkt Charkiv gut dokumentiert. Im Juli 1915 wurden 2565 Personen gezählt, im August 43.606, im September 233.419.

Die Bevölkerungsbewegungen führten zu mehr Dynamik in der polnischen Wirtschaft, Kultur, im Bildungswesen und Kirchenleben. Es entstanden polnische Klubs, Vereine, Schulen und Theater. In Moskau gab es eine polnische Operette und ein polnisches Theater, so auch in Kiew, wo Juliusz Osterwa die künstlerische Leitung des Theaters hatte. Weitere Theaterorganisatoren waren Arnold Szyfman und Stefan Jaracz, und der aus Tschenschow stammende Schauspieler Antoni Fertner war sehr populär. In Russland waren insgesamt vier professionelle und zahlreiche Amateurtheater aktiv. Daneben waren zahlreiche Schriftsteller wie Kornel Makuszyński, Leopold Staff und Tadeusz Miciński im russischen Exil tätig. Polnische Journalisten aus Lodz, Warschau, Lublin und Wilna schlossen sich den lokalen Journalisten an und gründeten selbst neue Titel. In Moskau erreichte die Tageszeitung *Gazeta Polska* (Polnische Zeitung) eine Auflage von mehr als 10.000 Exemplaren, daneben bestand die Wochen-, seit 1917 Tageszeitung *Głos Polski* (Polnische Stimme). In Petrograd erschien die neue Wochenschrift *Sprawa Polska* (Polnische Sache), der *Dziennik Polski* (Polnisches Tageblatt) und der populäre *Dziennik Petrogradzki* (Petrograder Tageblatt). In Wilna erschien der *Nowy Kurier* (Neuer Kleiner Kurier), in Minsk der *Mały Kurier* (Kleiner Kurier) und der *Nowy Kurier Litewski* (Neuer Litauischer Kurier). Der aus der Vorkriegszeit stammende *Dziennik*

*Kijowski* (Kiewer Tageblatt) besaß eine treue Leserschaft und erhöhte im Krieg seine Auflage stark.

Nach russischen Angaben erhielten im Jahr 1916 800.000 Polen Flüchtlingsunterstützung. Das war ein unter den schwierigen Umständen sehr beachtliches und respektables Ergebnis. Einige der Vertriebenen mussten nach kurzem Aufenthalt in der Großstadt weiterziehen; bevorzugte Ziele waren Tatarstan östlich der mittleren Wolga, der Kaukasus und Sibirien. Bis Mitte 1916 siedelten sich 200.000 Personen in Sibirien an, darunter etwa ein Viertel Polen. Einige heirateten dort und kehrten nicht in die Heimat zurück, wie auch viele andere, die sich in der neuen Umgebung akklimatisierten und russifizierten. Um dem entgegenzuwirken, gründeten polnische Organisationen ein Netz von Bibliotheken, veranstalteten Lesungen und patriotische Jahrestagsfeiern und begingen die Jubiläen polnischer Schlachtensiege. Polnische Lehrer machten sich besonders verdient, indem sie den Kampf gegen den Analphabetismus aufnahmen, auch Geistliche wirkten für die nationale Sache. Das ließ erstmals bei Polen aus unterschiedlichen Regionen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit aufkommen.

Nach den nationalen Aufständen des 19. Jahrhunderts waren viele Gegenstände von historischem Wert aus Polen nach Russland verbracht worden. Paradoxerweise ermöglichte es der Krieg, die Suche nach diesen Gegenständen aufzunehmen, die sich über beide Hauptstädte, Kasan, Tiflis und Sibirien erstreckte. Beim Polnischen Komitee in Moskau entstand eine Abteilung Polnischer Historischer Denkmäler, die Erkundungen einzog und ein Inventar aufstellte; auch Bibliotheks- und Archivrecherchen wurden durchgeführt. Die Ergebnisse wurden zur Grundlage für die Revindikationsforderungen, die Polen aufgrund des Friedensvertrags von Riga 1921 an Sowjetrussland stellte.





# VIII Königreich Polen von deutschen und österreichischen Gnaden

## 1 Okkupation

In ihrer Besatzungspolitik ließen sich Deutsche und Österreicher von der historisch erprobten Maxime „mit Zuckerbrot und Peitsche“ leiten. In den ersten Kriegswochen geizten sie nicht mit der Peitsche und zeigten sich als brutale und rücksichtslose Herren des Landes. Der negative Höhepunkt dieser Politik war die Zerstörung der grenznahen Stadt Kalisz, die unter dem Namen „Kaliniec“ von Maria Dąbrowska in ihrem Roman *Noce i dnie* (Nächte und Tage, 1932–1934) literarisch verarbeitet wurde. Am 2. August 1914 marschierte das 2. Bataillon des 155. Infanterieregiments mit 850 Mann unter Major Hans Hermann Preusker in die Stadt ein. Bei einem Schusswechsel in der Nacht vom 3. auf den 4. August wurden einige deutsche Soldaten getötet; der Kommandeur hielt dies für die Tat polnischer Zivilisten. Zur Vergeltung belegte Preusker die Stadt mit einer Kontribution von 50.000 Rubel und ließ sie zudem beschießen. Am 7. August gerieten erneut deutsche Soldaten unter Feuer; Preusker vermutete wiederum Zivilisten aus Kalisz dahinter und ließ die Zerstörung der Stadt fortsetzen. „Die Verängstigung der die ganze Nacht hindurch unter einem Geschosshagel stehenden Bevölkerung war nicht zu beschreiben. Sobald das Bombardement aufhörte, strömten die Menschen in Massen heraus, griffen nach dem, was bei der Hand war, und zerstreuten sich in alle Richtungen. Die Nachricht von der neuen Gewalttat der Preußen ließ Panik und Schrecken noch weiter um sich greifen“, schrieb am 8. August Józef Dąbrowski, ein Lehrer aus Kalisz. Mehrere Hundert Einwohner der Stadt wurden in das Deutsche Reich deportiert, 80 standrechtlich erschossen.

Insgesamt erschossen die Deutschen 250 Zivilisten. Preusker befand sich im Irrtum, denn es waren deutsche Soldaten, die versehentlich auf eigene Kameraden schossen, doch der Kommandeur zog es vor, seiner Kriegspsychose nachzugeben und das Stereotyp des Polen als Revolutionär und Insurgenten zu pflegen. Daher befahl er beim Einmarsch in Kalisz, die Bevölkerung unter scharfe Beobachtung zu stellen, weil er sie verdächtigte, bewaffnete Angriffe zu planen. Seine verbrecherischen Befehle waren eine Folge dieser Paranoia. Bei dem Zerstörungswerk fielen das Rathaus und das großartige Neorenaissancetheater von Kalisz mit seinen aus Wien beschafften Zuschauersesseln den Bränden zum Opfer. Auch Warenlager und Fabriken brannten ab. Nur Schornsteinstümpfe und im Zentrum einige wenige Häuser blieben übrig. Ein Fünftel aller Gebäude wurde zerstört. Im

Spätherbst 1915 lebten in den Ruinen des Stadtzentrums 5000 Menschen. Die übrigen waren in alle Winde verstreut oder hausten unter schrecklichen Bedingungen in den Vorstädten. Die Schäden wurden auf 25 bis 33 Millionen Goldrubel geschätzt. Im Herbst 1915 wurde ein Komitee zum Wiederaufbau der Stadt eingerichtet, in dem auch deutsche Ingenieure saßen; das neue Kalisz sollte städtebaulich an preußische Vorbilder angepasst werden.

Die Zerstörung von Kalisz machte in ganz Europa Schlagzeilen. In Deutschland brach eine antirussische und antipolnische Hysterie aus, weil die deutsche Presse Propaganda über deutsche Soldaten verbreitete, die von polnischen Zivilisten und russischen Soldaten verstümmelt und ermordet worden seien. Ähnliche Meldungen brachte auch die Presse in Galizien, was manche Polen dort veranlasste, die deutschen Taten für nachvollziehbar, ja gerechtfertigt zu halten. „Die Preußen haben Kalisz beschossen, aber man muss zugeben, dass sie kaum eine andere Wahl hatten“, schrieb der Historiker und Politiker Jan Dąbrowski. Doch wer die Vorgänge aus der Nähe erlebt hatte, wusste sehr genau, welchen schlechten Dienst die Deutschen sich selbst getan hatten. „Dieses Ereignis ist so schlimm wie eine verlorene Schlacht“, meinte Bogdan Hutten-Czapski. Wojciech Korfantys Urteil fiel noch vernichtender aus: „Das Verhalten der Preußen im Königreich Polen ist einfach schändlich. [...] Sie benehmen sich dort wie die Hunnen und die wahren Nachfahren der Vandalen.“ Die Reaktionen in Flugblättern und im politischen Kabarett waren nicht minder scharf: „Feindessöhne“, „preußische Kreuzritterbande“, „verfluchte Schwaben“, „niederträchtiges Preußentum“, „wildgewordene Preußen“, „preußisches Geschmeiß“, „verfluchte Deutsche“ usw. waren gängige Epitheta. Folgerichtig gab es nach Kalisz einen Ansturm polnischer Freiwilliger zur russländischen Armee. Die Entente betrachtete die Zerstörung der Stadt und die Repression der Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen. In der Presse der Westmächte wurde Kalisz zum Synonym für deutsche Barbarei, in einem Atemzug genannt mit dem französischen Reims und dem flandrischen Löwen. In der Sicht dieser Propaganda war der Deutsche immer schon so gewesen – brutal und skrupellos. Die Bewertungen in der ententenahen polnischen Presse fielen ähnlich aus. Für diese war Kalisz nur ein weiterer Höhepunkt einer seit Jahrzehnten betriebenen Repressionspolitik, in direkter Folge der Maulkorberlasse, der polenfressenden Nationalisten aus dem Deutschen Ostmarkenverein, der Ansiedlungskommission, des deutschsprachigen Schulunterrichts, gegen den in Wreschen im Jahre 1901 polnische Schulkinder gestreikt hatten, ein Beweis, dass von der Besatzungsmacht nichts anderes zu erwarten sei. Kalisz zog für die Einwohner Kongresspolens eine rote Linie, die sie nicht zu überschreiten bereit waren. „Nach der Brandschatzung von Kalisz schien eine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten unmöglich“, hieß es in einem Kommentar. „Schenken wir dem Olivenzweig keine Beachtung, denn der

Zweig, den uns Deutschland hinhält, ist vergiftet.“ Kalisz geriet bis Kriegsende nicht in Vergessenheit, ebenso wenig wie der Name des Verantwortlichen. Im Herbst 1914 wurde in Kinos des russländischen Teilungsgebiets ein Dokumentarfilm mit dem Titel „Die blutigen Tage von Kalisz“ gezeigt, und das Kabarett machte sich in einem Programm über „Willi und Co.“ lustig.

Auch Tschenstochau und Jasna Góra wurden zu Objekten deutscher Repressionen. Am 7. August 1914 gaben betrunkene deutsche Soldaten in der Nähe des Tschenstochauer Klosterbergs Schüsse ab und verletzten und töteten mehrere Kameraden aus der eigenen Einheit. Wie zuvor in Kalisz wurden polnische Zivilisten der Tat bezichtigt. Das deutsche Militär tötete mehre Menschen, plünderte Mietshäuser in der Nähe des Klosters und verschickte etwa 1000 Einwohner strafweise zur Zwangsarbeit ins Reich; Tschenstochau wurde eine Kontribution von 200.000 Rubeln auferlegt. Mehrere Tage lang wurden die Wälle von Jasna Góra mit deutschen Posten besetzt, was die Polen als zusätzliche Demütigung sahen. Die Vorgänge wurden in zugespitzter, apokalyptischer Form im Land weitererzählt. „Man berichtete von den preußischen Schandtaten auf Jasna Góra, von der Bespeigung unseres Heiligtums, von seiner Beraubung, von der Bombardierung der Stadt, der Ermordung ihrer schutz- und schuldlosen Einwohner usw.“, hieß es in einem Pressebericht. Auch die Zeitungen in den neutralen Staaten und der Entente schrieben ausführlich von den deutschen Exzessen; sie berichteten von der Profanation der Klosterkirche und des Bilds der Muttergottes, die tatsächlich jedoch nicht geschehen war. In der volkstümlichen Überlieferung setzte sich fest, die „preußischen Lutheraner“ hätten die Hand gegen das Kloster und das allerheiligste Marienbild, also die nationale Reliquie schlechthin erhoben.

Die Deutschen bemühten sich um Schadensbegrenzung. Am 14. August absolvierte General Remus von Woysch in Jasna Góra einen Bußbesuch und bekundete den Wunsch, eine Summe Geldes zur Ergänzung der Edelsteinkrone der Muttergottes zu stiften; unterdessen ließ Hindenburg Kohlewaggons nach Tschenstochau schicken. In den folgenden Monaten statteten Kaiser Wilhelm II. und der (katholische) sächsische König Friedrich August III. Jasna Góra Besuche ab. Letzterer soll inbrünstig vor dem Madonnenaltar gebetet haben. Auch einige Habsburger gaben sich die Ehre, darunter der Thronfolger, Erzherzog Karl. Im Reich erschien eine Propagandabroschüre, die beweisen sollte, Deutschland achte den katholischen Glauben und die polnischen Marienheiligtümer, und der Papst und die polnischen Bischöfe stünden ganz auf deutscher Seite. So wurde etwa der deutschlandfreundliche Posener Bischof Edward Likowski zitiert. Auf dem Titel trug die Broschüre die Abbildung eines betenden polnischen Dorfbewohners gleich neben einem lächelnden Wilhelm II. und einem ebensolchen Benedikt XV.

Deutsche und Österreicher waren sich sehr wohl bewusst, in einem keineswegs freundlich gesonnenen Land Krieg zu führen. Überall konnten Spione, Diversanten und Partisanen stecken, die aus dem Hinterhalt schossen. So drohten sie drakonische Strafen wie den Beschuss von Städten an. „Alle waren vom puren Schrecken befallen, in dieser Hinsicht bekamen die Deutschen also, was sie wollten, doch moralisch schaufelten sie sich das eigene Grab.“ Ein Korrespondent des *Kurier Warszawski* (Warschauer Kurier) schrieb: „An den Orten, in die sie bisher den Fuß gesetzt haben, kursieren Tausende scheußlicher Gerüchte darüber, was die Deutschen anstellen. Es lässt sich nicht überprüfen, was davon stimmt, daher verlieren selbst intelligente Menschen die Nerven und wollen fliehen, wissen aber nicht, wohin.“ Diese Politik des Terrors wurde bewusst eingesetzt, um Anordnungen durchzusetzen und die Versorgung der Armee zu gewährleisten. Städte mussten Kontributionen zahlen und Geiseln stellen; so etwa Lodz, Piotrków, Kielce und Sandomierz. Waffen wurden konfisziert, Haustiere, Fuhrwerke und Fahrzeuge registriert. Dies waren keine außergewöhnlichen Maßnahmen, sondern eine lehrbuchmäßige Besatzungspolitik, die auch von anderen Armeen der Zeit betrieben wurde. Doch die deutsche Politik zeichnete sich durch die Detailversessenheit aus, mit der sie in die öffentliche und private Sphäre eingriff, bis hin zu der Anordnung, Hunde seien des Nachts an der Kette zu halten. Die Besatzungsverwaltung verhängte eine meist auf 22 Uhr gesetzte Polizeistunde. Die Städter nannten das die „stille Nacht“, was sich bis heute im Polnischen gehalten hat. Auch wurde von Belgien bis zum östlichen Rand des Besatzungsgebiets Berliner Ortszeit eingeführt. Das erleichterte der Besatzungsmacht die Verwaltung, war aber auch ein Omen für ein deutsches Europa.

Die Besatzungsmächte wussten aber auch, dass sie der lokalen Bevölkerung wenigstens einen Grund belassen mussten zu kooperieren. Von Zepelinen abgeworfene Flugblätter dienten diesem Zweck: „Polen, es naht der Augenblick der Befreiung vom Moskauer Joch [...]. Wir kommen als Freunde zu euch. Habt Vertrauen [...]. Wir bringen euch Freiheit und Unabhängigkeit. Die östliche Barbarei soll westlicher Zivilisation Platz machen, die ihr und wir gemeinsam haben [...]. Das Wehklagen Sibiriens, das blutige Gemetzel von Praga<sup>13</sup> und die Misshandlung der unierten Kirche sprechen eine deutliche Sprache.“ Die deutsche Militärverwaltung schärfte den Soldaten ein, sie sollten sich ordnungsgemäß verhalten; Plünderung war unter Strafe gestellt. Die Österreicher trafen analoge Maßnahmen. Es kam ihnen

---

13 Gemeint sind die Atrozitäten, welche russische Truppen nach der Erstürmung der östlichen Warschauer Vorstadt Praga am Ende der Niederschlagung des Kościuszko-Aufstandes von 1794 begingen; A.d.Ü.

darauf an, deutlich zu machen, nur gegen die feindlichen Truppen, nicht gegen die Polen zu kämpfen. Sie betonten, sich an das Kriegsvölkerrecht zu halten, wie es die vierte Hager Konvention festschrieb, die Plünderungen verbot und Privateigentum schützte.

Doch hatte der Krieg seine Eigengesetzlichkeit, und selbst eine disziplinierte Armee wie die deutsche hielt sich nicht immer an die Befehle. Konfiskationen und Plünderungen kamen häufig vor. Ein deutscher General fand die Entschuldigung, es sei nicht immer möglich, erschöpfte Soldaten zurückzuhalten. Ansonsten galt der Spruch: *C'est la guerre*. Die Realität der Besatzung wich also stark von den hochtrabenden Verlautbarungen ab und befand sich in einem ständigen Widerspruch zwischen versöhnlichen Gesten und Gewaltanwendung. So hat sich im historischen Gedächtnis kein geschlossenes Bild der Besatzungszeit erhalten. Polnische Aristokraten überlieferten das Bild des kultivierten, charmanten und wohlgezogenen deutschen oder österreichischen Offiziers, zumal noch die Internationalität der europäischen Adelskaste galt, der die Offiziere der Mittelmächte angehörten. Das Bild des Kriegs wurde allerdings nicht von solchen verklärenden Erinnerungen geprägt, sondern von den Alltagserfahrungen der Zivilbevölkerung. Diese hielt Deutsche und Österreicher als rücksichtslose Besatzer in Erinnerung, die sich Ausschreitungen erlaubten, konfiszierten und die Menschen wie Abschaum behandelten. Besonders empörend waren die standrechtlichen Erschießungen. Weitere Gravamina waren die Einquartierung von Truppen, für die keine Entschädigung gezahlt wurde, die Geiselnahmen bei Angriffen auf deutsche Soldaten und die Anordnung, binnen 48 Stunden sämtliche Brieftauben zu töten; bei Verstoß drohten den Besitzern schwere Strafen. Die Mittelmächte verstanden dabei keinen Spaß. Nach Auskunft von Tadeusz Jordan setzten die Österreicher am 26. August 1914 in Opole Lubelskie den Marktplatz in Brand, plünderten Ladengeschäfte und begingen Mordtaten. Ähnlich lautende Berichte gab es zuhauf.

Propaganda war zur Imagepflege der Besatzungsmacht nicht immer sehr hilfreich, weil sich die Leute nicht von Appellen der Stadtkommandanten oder der kontrollierten Presse beeindrucken ließen. Die Flugblätter waren gelegentlich derart fehlerhaft redigiert, dass sie höchstens Gelächter auslösten; hier eine Kostprobe: „Józef meldete sich, im Krieg zu dienen. Die Augen funkelten ihm, als man ihn hieß, für seinen Kaiser zu sterben.“<sup>14</sup> Die

---

14 Im Original: „Józef zameldował się na wojnie służyć. Oczy mu błyszcząły, kiedy się nazywało za swego cesarza umrzeć.“ Die unfreiwillige Komik des Originals läßt sich in der (Rück-) Übersetzung kaum wiedergeben; A.d.Ü.

von den Ortskommandanturen herausgegebenen Flugblätter fanden offenbar keinen Redakteur, der einen solchen grotesken Effekt hätte verhindern können.

Die an russische Gangart gewohnte Zivilbevölkerung war von deutscher Disziplin und Ordnungsliebe eher irritiert. „Die preußischen Gendarmen sorgen in Radom für Ordnung und haben natürlich mit uns alle Hände voll zu tun, denn wir sind schließlich an eine solche übrigens völlig vernünftige Strenge nicht gewohnt“, schrieb ein Kommentator. Die Besatzungsmacht störte sich ihrerseits an dem rückständigen und ungebildeten Volk in Kongresspolen, dem verbreiteten Analphabetentum; die schlimmsten Vorstellungen vom barbarischen Osten schienen sich zu bestätigen. Die Haltung der Deutschen zur kongresspolnischen Bevölkerung ähnelte deshalb auch nicht ganz zufällig gewissen kolonialistischen Praktiken in Afrika und auf den pazifischen Inseln. Viele Offiziere verlangten in den Städten, man solle vor ihnen den Kopf entblößen. Wer sich dem nicht beugte, bekam einen Hieb über das Gesicht. „In Miechów geht die Intelligenzija ohne Hut auf die Straße, um die Ehrenbezeugung zu vermeiden [...] die Empörung über die k.u.k. Machthaber ist allgemein.“ Selbst die Frauen hatten sich vor dem Lametta zu verbeugen. Für die Dorfbevölkerung dagegen war das nichts Ungewöhnliches, weil sie erzogen waren, sich vor den Grundbesitzern zu verbeugen und ihnen die Hand zu küssen. Weil sich die Intelligenzija der Anordnung nicht zu beugen gedachte, galt sie den Besatzungsmächten als „verstockt“.

Der Versuch der Besatzungsmächte, sich in Kongresspolen in ein gutes Licht zu setzen und die Polen für ihre Sache zu gewinnen, schlug also weitgehend fehl, zumindest in der Anfangszeit des Kriegs, in der sich die Stimmung stark gegen die Okkupanten wendete. Der Vergleich zur russischen Armee fiel sehr zum Nachteil der Besatzungstruppen aus. Auch zwischen den deutschen und den österreichischen Truppen wurden Vergleiche ange stellt, ohne dass die Zeitgenossen zu einem eindeutigen Schluss gekommen wären. Im Allgemeinen galten die Deutschen jedoch als rücksichtslose, aber konsequente Besatzer, während die Österreicher und Ungarn als brutal und zudem noch gedankenlos beurteilt wurden. „Während des Rückzugs war jeder Aufenthalt [österreichisch-ungarischer] Truppen in einem Dorf gleichbedeutend mit einer existentiellen Katastrophe für die Einwohner. Die erschöpften und bei der schlechten Versorgung auf dem Rückzug ausgehungerten Soldaten stürzten sich mit wilder Rücksichtslosigkeit auf das, was den Bauern noch geblieben war. In einem Augenblick waren Hühner und Gänse von den Gehöften verschwunden, die letzten Kühe [...] wurden eilig requiriert, sogar die Pferde. Statt Entschädigungsquittungen bekamen die Bauern Papierwische, auf denen sich die Soldaten Scherze erlaubten von der Art ‚küss mir den A...‘, ‚der Dumme gibt, der Kluge nimmt‘, ‚auf deine

Gesundheit, polnisches Schwein' [...]. Der Bauer warf sich auf den Boden und umfasste die Räuber bei den Knien, als diese die ungedroschenen Getreidebündel zur Streu für sich und die Pferde mitnahmen“, schrieb ein Augenzeuge. Die Ungarn genossen den schlechtesten Ruf, weil sie offenbar aus Unsicherheit und Angst besonders ruchlos vorgingen. „Das Volk schickt Stoßgebete zum Himmel, auf dass Gott alsbald die russischen Soldaten schicke, die allein die in der Geschichte unerhörte Willkür der Honvéd beenden können.“ Die Rücksichtslosigkeit der Magyaren erklärte sich zum einen aus ihrer Verachtung für die Slawen, zweitens aber auch aus der Unkenntnis von Sprache und Sitten.

Auch die Deutschen in Kongresspolen, etwa die Unternehmer des Lodzer Industrieviers, waren nicht über das Verhalten der Truppen der Mittelmächte begeistert, das sich nach dem Interesse ihrer Staaten und nicht dem der ortsansässigen Deutschen richtete. Die Reichsdeutschen sahen auf ihre Lodzer Konnationalen mit Verachtung und im Gefühl kultureller Überlegenheit herab. Das änderte sich erst im Laufe der Zeit, als die Reichsdeutschen begannen, in den kongresspolnischen Deutschen Verbündete mit gemeinsamen Interessen zu sehen.

Die Selbstdarstellung der Besatzungsmächte war nicht sehr überraschend bei den Juden am erfolgreichsten; denn unter russischer Herrschaft waren sie eine diskriminierte und verfolgte Bevölkerungsgruppe gewesen, mit den von der zarischen Polizei organisierten Pogromen als Tiefpunkten dieser Politik. Dagegen kamen die Juden im Deutschen Reich und in der k.u.k. Monarchie in den Genuss einer liberalen Politik, welche die Juden zumindest rechtlich gleichstellte, selbst wenn die sozialen Realitäten anders aussehen mochten. So erblickte die kongresspolnische Judenheit in der Okkupation die Chance, Gewalt und Antisemitismus zu entkommen. Dennoch waren die Juden darauf bedacht, ihre Sympathie für die Besatzungsmächte nicht allzu offen zu bezeigen, weil sie „Papas Rückkehr“ und erneute Repressionen befürchteten.

Die Besatzungsmächte ihrerseits erwarteten von den Juden eine positive Einstellung und richteten zahlreiche Aufrufe zur Zusammenarbeit an sie: „Juden! [...] Ihr werdet die Freiheit gemeinsam mit den anderen Völkern erlangen. Wir werden eurem Glauben und euren nationalen Bestrebungen mit vollem Respekt begegnen [...]. Unsere Standarten und Fahnen bringen euch die Erlösung und Rettung aus dem jahrhundertalten dunklen Abgrund, bringen euch Zivilisation und Kultur, befreien euch von Tyrannei und Despotie [...]. Unsere Fahnen tragen den heiligen Aufruf der Tora in die Welt: ‚Verkündet allem Volk die Freiheit‘“, hieß es in einer Verlautbarung des k.u.k. Militärs. Im August 1914 warfen deutsche Flugzeuge 150.000 deutsch und jiddisch verfasste Flugblätter hinter der Front ab: „Juden Russlands. Erhebt euch! Greift zu den Waffen! [...] Helft, den Moskowiter zu



verjagen [...]. Organisiert euch! Und entsendet Vertrauensleute zu den deutschen und österreich-ungarischen Kommandeuren!“<sup>15</sup> Die deutsche Besatzungsmacht setzte besonders auf die Zionisten, weshalb sie in ihren Propagandaschriften eine Interessengemeinschaft von Zionismus und Deutschem Reich konstruierten. Darin sprangen die deutschen Zionisten bei, die ihre Aufgabe darin sahen, den Juden Ostmitteleuropas die Ziele der deutschen Politik nahezubringen. Doch die kongresspolnische Judenheit reagierte verhalten. Erst als die Mittelmächte weiter nach Russland vorstießen, gab sie unverhohlen ihrer Sympathie und Bewunderung Ausdruck, insbesondere gegenüber den Österreichern, die sie für aufgeschlossener hielt als die Deutschen.

In den Jahren 1914/15 richteten die beiden Besatzungsmächte in den besetzten Teilen des russländischen Teilungsgebiets eine provisorische Militärverwaltung ein. Die Verwaltung von Städten und Kreisen wurde Militärkommandanten übertragen, die von für den Etappendienst abgestellten Truppen unterstützt wurden und einen Zivilkommissar beigelegt bekamen. Ihre Aufgaben bestanden in der Versorgung der Fronttruppen und der Verwaltung der besetzten Gebiete. In den von Österreich verwalteten Gebieten war die Sprache der Kommandanturen Deutsch, im Publikumsverkehr mit Polen jedoch Polnisch. Die Besatzungsmacht war nicht allein in Gestalt von Militär, Gendarmerie und Polizei allgegenwärtig, es wurden auch neue Straßennamen vergeben, und auf den Bahnhöfen wurden deutsche Ortsnamen angebracht. Die Militärverwaltung interessierte sich ansonsten nicht weiter für die Zivilbevölkerung. Zur Kontrolle des Personenverkehrs wurden die russländischen Pässe für ungültig erklärt und neue eingeführt, die beim Verlassen des Zuständigkeitsbereichs der jeweiligen Militärkommandantur vorzuweisen waren. In den Städten ordneten die Deutschen an, dass sich Mieter von Wohnungen und Häusern auf dem Bahnhof einzufinden hatten, wo sie mit einer Nummer um den Hals fotografiert wurden. Der Aufbau der deutschen Militärverwaltung verlief zügiger und effizienter als der der österreichischen. Wesentliche Änderungen an den Aufgaben der Stadtmagistrate und Landgemeindeämter wurden nicht vorgenommen; sie nahmen ihre Tätigkeit oft auf Initiative von Bürgerkomitees außerhalb der Aufsicht der Militärverwaltung wieder auf. Es kam jedoch vor, dass die Besatzungsmächte einzelne städtische Amtsträger entließen und neue einsetzten.

---

15 Rückübersetzung aus dem Polnischen; A.d.Ü.



## 2 Hilfsorganisationen im In- und Ausland

Die Besatzungsmächte behielten einige Zeit die als provisorische Verwaltung fungierenden Bürgerkomitees bei. Manche hielten das für den Anfang einer Polonisierung Kongresspolens. Tatsächlich besaßen die Komitees in der frühen Phase der Besatzung großen Handlungsspielraum, weil die Aufgaben so umfangreich waren, dass die Militärverwaltung auf sich gestellt ihrer nicht Herr werden konnte. Praktisch fielen alle nichtmilitärischen Angelegenheiten in die Zuständigkeit der Komitees. Deren Leitungen waren sicher, diesen Zustand aufrechterhalten zu können, sobald ganz Kongresspolen besetzt sein würde. Dies jedenfalls war der Tenor eines in der Nacht vom 5. auf den 6. August 1915 von dem von Lubomirski geleiteten Warschauer Bürgerkomitee erlassenen Aufrufs; das Komitee übernehme „die Aufsicht über die Stadt. Das Komitee in seiner Rolle als Stadtverwaltung sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Gewährung von Sicherheit und, im Rahmen des Möglichen, für den normalen Fortgang des Lebens.“ Bürgerkomitees aus Orten östlich der Weichsel äußerten sich ähnlich. Die Aufrufe forderten zudem regelmäßig zur Aushändigung von Schusswaffen auf.

Doch für die Besatzungsmächte waren die Bürgerkomitees aus verschiedenen Gründen lediglich eine vorübergehende Notlösung, denn sie besaßen kein Vertrauen in von Bürgern gebildete und von der russländischen Regierung legitimierte Körperschaften. Zum andern wurden sie überflüssig, sobald die Besatzungsmächte ihre eigene Zivil- und Militärverwaltung aufgebaut hatten. Um die Auflösung der Komitees zu rechtfertigen, wurden Gerüchte gestreut, Komiteeangehörige hätten bei unzulänglicher Finanzkontrolle öffentliche Gelder unterschlagen. Fälle von Veruntreuungen kamen in der Tat vor, etwa in Łowicz, wo das Bürgerkomitee von einem Probst geleitet wurde, von dem ein Bericht sagte, er habe sich zum Kassenswart gemacht „und mit dem Geld ohne Belege gewirtschaftet, ohne Absprache mit den Komiteemitgliedern, so als ob er selbst das Komitee sei und sein eigenes Geld ausbe.“ In etlichen Fällen war auch die Kritik berechtigt, Komiteemitarbeiter seien nicht fachlich qualifiziert, ihre Aufgabenbereiche überschritten sich und Kompetenzen seien ungenügend abgegrenzt. Unfähigkeit oder Unwille zur Kooperation zwischen polnischen und jüdischen Komiteeangehörigen war gleichfalls ein nicht zu ignorierendes Problem. Wechselseitiges Misstrauen und Missgunst machten manchem Komitee die Arbeit unmöglich.

Die Besatzungsmächte schränkten die Kompetenzen der Komitees ein, bevor sie sie schließlich ganz auflösten. Soweit sie Finanzmittel akkumuliert hatten, wurden diese auf karitative und Fürsorgeorganisationen umverteilt. Der Lodzer GKO wurde Ende Juni 1915 aufgelöst. Am 12. September 1915 geschah dasselbe mit dem Warschauer CKO unter dem Vorwurf,

eigene politische Ambitionen zu verfolgen, die mit den Zielen der Besatzungsmächte nicht zu vereinbaren seien. Wie schon ausgeführt, verlagerte der CKO seinen Sitz nach Russland. Die Deutschen ließen allerdings das Warschauer Bürgerkomitee fortbestehen, das besonders effizient arbeitete. Daraufhin übernahm ein Netz von Gemeindeorganisationen einen Teil der Aufgaben der Bürgerkomitees, bekannt unter dem Namen „Gemeindefürsorge“. Diese eröffnete Schulen und Kinderkrippen, Heime und Lesesäle, organisierte Armen- und Teeküchen, christliche Läden, Niederlassungen des Lebensmittelgroßhandels und kümmerte sich um Arbeitsvermittlung und Krankenbetreuung. Diese Gemeindeorganisationen bestanden in den Städten, doch nur in Ausnahmefällen auf dem flachen Land. An kleinen Orten fehlten Laien, welche die Organisation hätten übernehmen können, während die Geistlichen bereits mit anderweitigen Verpflichtungen ausgelastet waren.

Auch die Verhandlungs- und Schlichtungskommissionen, die Bürgergerichte, die Ordnungswachen und Bürgermilizen wurden von den Besatzungsmächten aufgelöst; an ihre Stelle traten professionelle Stadtmilizen. In Warschau übernahm der aus einer mit den Hohenzollern verschwägerten Linie des Magnatengeschlechts stammende Franciszek Radziwiłł, genannt „Fürst Keko“, das Kommando über eine 1900 Mann starke, uniformierte und gut bezahlte Stadtmiliz, deren Bewaffnung aus Schlagstöcken und Säbeln bestand. Die Bevölkerung fasste zu dieser Polizeitruppe allerdings kein Vertrauen, sondern sah sie als Organ der Besatzungsmacht, obwohl sie dem Warschauer Magistrat unterstand. Gängige Spottnamen für die Milizionäre waren *patkarze* (Stockträger) oder *blacharze* (Blechabzeichenleute). In Lodz entstand eine analoge Formation mit etwa eintausend Angehörigen. Daneben bildeten die Besatzungsmächte eine Staatspolizei. Am 4. Februar 1915 wurde in Lodz ein Kaiserlich-Deutsches Polizeipräsidium unter Leitung eines Polizeipräsidenten eingerichtet, im August desselben Jahres ein Warschauer Polizeipräsidium. Die Chefs waren Deutsche, die einfachen Polizeibeamten Polen und gelegentlich Juden.

Auch im österreichischen Besatzungsteil Kongresspolens wurden Polizeiformationen gebildet. So wie in den deutsch besetzten Gebieten sollten diese in erster Linie für die Sicherheit der eigenen Verwaltung sorgen. Die Aufgaben der Bürgerkomitees in Lebensmittelversorgung und Arbeitsvermittlung wurden von den Stadtverwaltungen übernommen. Die Sozialhilfe wurde institutionalisiert. Doch war die Stadtverwaltung in diesem Bereich überfordert. Daher nahmen im Herbst 1915 Aktivisten aus der Gesellschaft mit der Besatzungsmacht Verhandlungen auf, um neue Hilfsinstitutionen zu gründen, wofür sie nach dreimonatigen Bemühungen im Dezember die Erlaubnis erhielten. Die Einsicht hatte sich durchgesetzt, dass ohne Unterstützung durch die Gesellschaft keine effektive Sozialhilfe möglich war.

Am 1. Januar 1916 nahm der Fürsorgehauptrat (die *Rada Główna Opiekuńcza*, RGO) unter Aufsicht der deutschen Besatzungsmacht seine Tätigkeit auf. Sein Aufgabenbereich war genau abgesteckt, sodass er eher einer herkömmlichen Fürsorgeeinrichtung als einem politischen Organ glich. Adam Ronikier, einer der Initiatoren der Fürsorgeräte, leitete den RGO-Vorstand; er wurde ein Jahr später durch den Rechtsanwalt Stanisław Staniszewski ersetzt. Eustachy Sapieha saß dem Aufsichtsrat vor. Die RGO bildete 625 Räte auf Bezirks-, Kreis-, Gemeinde- und Stadtebene. Sie leitete Internate, 45 Erwachsenenheime, 1225 Kinderheime, 173 Küchen und Speisenausgaben, 39 Teeküchen, Läden, Bäckereien und Großhandelsniederlassungen. Die Hilfseinrichtungen der RGO gaben Essen und Kleidung aus, wiesen bescheidene Finanzbeihilfen an, registrierten Kriegsschäden, unterstützten Landwirte, organisierten medizinische Hilfe und betätigten sich in der Epidemiebekämpfung.

Mitte 1916 setzte die RGO eines ihrer wichtigsten Projekte unter dem Motto „Rettet die Kinder“ in Gang, das die Betreuung notleidender Kinder zum Ziel hatte. Diese Initiative wurde im Folgejahr mit einer landesweiten Spendenaktion fortgesetzt. Bedürftige Kinder wurden zur Sommerfrische aufs Land geschickt. Die treibende Kraft hinter dieser Aktion war Stefania Sempołowska, die als selbsternannte Fürsprecherin aller galt, denen das Leben nicht wohlmeinte. Sie veröffentlichte zahlreiche Texte über Kinder, die in einer Umgebung von Gewalt, Lüge und Prostitution aufwuchsen. Dank der Anstrengungen Stefania Sempołowskas und zahlreicher Gleichgesinnter entstand 1918 an der Warschauer Czerniakowska-Straße ein Heim für eintausend Kinder.

Die RGO war auf die Unterstützung vor Ort angewiesen. Allerdings fehlte es an Freiwilligen. Am schwierigsten wurde die Lage 1918, als immer weniger Geldmittel und Freiwillige zur Verfügung standen. Auch die finanzielle Unterstützung seitens der deutschen Regierung ging zurück. Unterdessen stellte die deutsche Propaganda heraus, dass der Kaiser anlässlich seines Geburtstages für wohltätige Zwecke spendete. Doch handelte es sich um symbolische Beträge, etwa 30.000 Reichsmark für das Gouvernement Warschau, 8000 für Lodz und 4000 für Sosnowitz. Das war ein Tropfen auf den heißen Stein, und in Kongresspolen bedauerte man, dass Wilhelm nur einmal im Jahr Geburtstag hatte.

Im österreichischen Besatzungsgebiet erteilten die Behörden die Erlaubnis zur Einrichtung des Hauptfürsorgekomitees (des *Główny Komitet Ratowniczy*, GKR) am 11. November 1916. Vorsitzender war Henryk Dembiński, ein prominenter und geachteter Bürger und Mitglied des KNP, Chef der Realisten-Partei, der allerdings unerwartet im Dezember im Alter von 49 Jahren verstarb. Der GKR richtete Kreis-, Stadt- und Gemeindegremien ein übernahm die Aufsicht über sie. Bis Juni 1918 entstanden so 27

Kreis- und 495 Lokalkomitees. Tatsächlich aber bestanden viele Gemeindefunkomitees nur auf dem Papier. Im dritten und vierten Kriegsjahr waren die meisten Menschen bereits derart erschöpft, dass sich zeitlich und finanziell kaum noch jemand in der Lage sah, für das Gemeinwohl zu arbeiten. Viele Honoratioren hatten unterdessen Kongresspolen verlassen und hielten sich in Russland oder im Westen auf. Daher war es ein Problem, noch geeignete Personen für die Komiteeleitungen zu finden. Ähnlich stand es mit den lokalen Niederlassungen der RGO. Meist waren die Fürsorgekomitees überwiegend mit Gutsbesitzern, Intelligenzija und Geistlichen besetzt, gelegentlich fanden sich auch Kaufleute, Industrielle oder Handwerker. Der GKR leitete 160 Heime und 80 Armenküchen, Essenausgaben und Teeküchen, ferner Spitäler und Ambulatorien, vergab niedrigverzinsliche Kredite und versorgte Bauern mit Saatgetreide und Pferden. Doch die Hilfe erreichte nur einen geringen Anteil der Bedürftigen. Gleichwohl war die Bilanz der RGO und des GKR beachtlich. Beide mobilisierten zahlreiche gesellschaftliche Akteure, die später nahtlos in den Dienst der Zweiten Republik traten.

Die kongresspolnischen Hilfsinstitutionen konnten nur aufgrund der Unterstützung durch die deutsche und österreichische Regierung sowie die polnischen und auslandspolnischen Wohlfahrtskomitees tätig sein. Die polnischen Komitees in der Schweiz, Frankreich und den USA waren besonders aktiv. Sie bestanden aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten, Geistlichen, Politikern, Künstlern und Wissenschaftlern.

Doch nicht alle Hilfsinitiativen waren wirklich durchdacht und erfüllten ihren Zweck. Als der Pianist Ignacy Jan Paderewski im Januar 1915 in Paris eintraf, um ein Wohlfahrtskomitee zu gründen, gewann er zwar die Zustimmung der französischen Regierung, allerdings unter der Bedingung, Aleksandr Izvol'skij, den russischen Botschafter in Paris, in das Gremium aufzunehmen. Paderewski ließ sich darauf ein und gab damit das Prinzip der politischen Neutralität preis. Fortan wurde er unberechtigterweise als Russophiler geschmäht. Er reiste nach Großbritannien und schließlich in die Vereinigten Staaten, um Hilfsaktionen für Polen zu initiieren. Am 9. Januar 1915 wurde in Lausanne mit Genehmigung des Schweizer Präsidenten das Generalkomitee der Schweiz für Kriegsofferhilfe in Polen (*Comité Général de Suisse pour les Victimes de la Guerre en Pologne*) gegründet, zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Paderewski gewählt. Diese Einrichtung bewährte sich als wichtigste polnische Hilfsorganisation im Ausland. Bei ihr floss das Gros der im Ausland für Polen gesammelten Spenden zusammen. Ihre Satzung bestimmte, die Gelder „über Vermittlung der lokalen Komitees in Polen ohne Ansehen von Religion und Stand“ zu verteilen. Das Generalkomitee blieb bis zum 30. September 1919 bestehen. Vorsitzender war der Schriftsteller Henryk Sienkiewicz, der sich gleich Paderewski den Beinamen des „großen Almoseners“ erwarb. Beide verstanden, dass

nur international bekannte Persönlichkeiten in den Komitees in der Lage waren, Weltöffentlichkeit und polnische Emigration für ihre Anliegen zu interessieren. So setzten auch die Physikerin Maria Skłodowska-Curie und Władysław Mickiewicz, der Sohn des polnischen Nationaldichters, ihre Namen ein, um für die Hilfsaktion zu werben.

Sienkiewicz vertrat den Standpunkt, das Generalkomitee habe Neutralität zu wahren, um Zugang zu erhalten und seine Aufgaben wahrnehmen zu können. Der Initiator des Gremiums, Erazm Piltz, setzte sich dagegen für eine Orientierung auf die Entente ein. Doch konnte sich Sienkiewicz durchsetzen, wofür er die Unterstützung von Marie Curie fand. Als die französische Regierung Sienkiewicz einlud, einen Frontbesuch zu machen, lehnte er mit der Begründung ab, sich bei einer solchen Gelegenheit zu einer Seite bekennen und sich öffentlich mit Regierungsvertretern zeigen zu müssen. In der Praxis erwies es sich als schwierig, Neutralität zu wahren, doch insgesamt bewährte sich die offizielle Position des Generalkomitees bei der Spendenwerbung.

Sienkiewicz hatte sich nach Kriegsausbruch entschlossen, Kongresspolen zu verlassen. Anfang Oktober 1914 traf er im schweizerischen Lausanne ein, wonach er in Vevey am Genfer See ein Hotelzimmer bezog. In diesem Hotel hatte die Komiteezentrale ihren Sitz. Sienkiewicz, der international bekannte und geschätzte Autor und Literaturnobelpreisträger, fand überall offene Türen und wusste daraus Nutzen zu ziehen. Er schrieb an Politiker, Künstler und Journalisten, um das Gewissen der Welt wachzurütteln. In dem Aufruf „An die zivilisierten Nationen“ vom Februar 1915 schrieb er: „Hat mein Vaterland Polen keinen Anspruch auf eure Hilfe?“ Auch sein emotionaler Appell an die amerikanische Polonia und die US-Amerikaner um Hilfe für das verarmte und ausgehungerte Polen machte von sich reden: Dort werde ein drastischer Bevölkerungsschwund verzeichnet, weil 1916 auf einhundert Geburten 240 Sterbefälle gekommen seien. Sienkiewicz' Frau Maria und der Rechtsanwalt Antoni Osuchowski, der den Exekutivrat des Generalkomitees leitete, begleiteten seine Anstrengungen. Weitere Unterstützer waren der spätere Ministerpräsident Jan Kucharzewski, der namhafte Historiker Szymon Askenazy und der künftige Präsident Gabriel Narutowicz.

Nach Sienkiewicz' Tod am 15. November 1916 folgte ihm Paderewski als Vorsitzender des Generalkomitees nach. 1917 erteilte das State Department die Erlaubnis, Mittel aus den USA nach Vevey zu transferieren. Bis zum 6. Dezember 1916 hatte das Komitee knapp 3,8 Millionen Schweizer Franken gesammelt. Es koordinierte 174 Hilfsorganisationen in 51 Ländern. Bis zum September 1919 sammelte es fast 20 Millionen Schweizer Franken, was damals etwa vier Millionen US-Dollar entsprach; fast zwei Drittel dieses Geldes kamen aus den USA. Dies war ein beachtlicher Betrag,

doch hatte man auf eine noch stärkere Unterstützung durch die US-amerikanische Polonia gesetzt.

Bereits im Herbst 1914 schaltete sich die polnische Emigration in den Vereinigten Staaten mit einer Veranstaltung unter dem Motto „All for Poland“ in die Hilfsaktion ein. Diese wurde von dem am 12. Oktober 1914 in Chicago gegründeten *Polish Central Relief Committee* (PCRC) koordiniert. Unterstützung kam von den polnisch-katholischen Gemeinden, in denen die Priester zu Geldspenden aufriefen. Auf Empfehlung des State Department erklärte sich das PCRC für politisch neutral, obwohl es von Personen geleitet wurde, die wegen ihrer Sympathien für die Entente bekannt waren. Den Vorsitz führte zunächst Antoni Karabasz, dann Franciszek Franczak.

Paderewski, für sich genommen eine Institution, verschaffte der Polenhilfe erhebliche Dynamik. Am 7. April 1915 legte er von Liverpool Richtung Amerika ab, um eine Konzerttournee zu unternehmen. Allein 1915 gab er neunzig Konzerte, die von dem eigens eingerichteten Polnischen Konzertbüro organisiert wurden. Die Einnahmen gingen an die Hilfsorganisationen. Vor jedem Recital hielt Paderewski eine Ansprache auf polnisch und englisch zur Kultur und Geschichte Polens und rief zur Hilfe für das verheerte Land auf. Innerhalb von wenigen Jahren hielt er 340 Reden, auch auf politischen Kongressen, in Wohltätigkeitsvereinen und in Komitees. Seine Anstrengungen machten materielle Hilfe im gewährten Umfang überhaupt erst möglich. Auf seinen Antrag machte das PCRC den 15. Juli 1915, den Jahrestag der Schlacht von Tannenberg/Grunwald von 1410, zum „Tag der Arbeit für Polen“. In den von Polen bewohnten Vierteln und Gemeinden wurden Plakate ausgehängt: „Das Vaterland ruft zur Rettung“ und „Helft Polen“. Doch blieben die Ergebnisse im Verhältnis zum Aufwand dürftig.

Washington unterstützte die polnischen Propagandaanstrengungen. Am 17. Dezember 1915 wandte sich der US-Senat, tags darauf Präsident Woodrow Wilson mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Wilson bestimmte den 1. Januar 1916 zum Tag einer vom Amerikanischen Roten Kreuz durchgeführten Spendenaktion zugunsten Polens. Doch auch deren Ergebnisse fielen enttäuschend aus. Trotzdem setzte das Amerikanische Rote Kreuz seine Sammelaktionen für die Polen fort.

Besonders verdient machte sich Marcelina (Marcella) Sembrich-Kochańska, vormalige Starsopranistin der New Yorker Metropolitan Opera. In der Einsicht, die polnischen Aktivitäten müssten stärker die amerikanische Öffentlichkeit einbeziehen, gründete sie das *American-Polish Relief Committee of New York*. Sie übernahm den stellvertretenden Vorsitz, während Wilsons Amtsvorgänger William Howard Taft auf Paderewskis Bitte Ehrenvorsitzender wurde. Das Komitee platzierte Aufrufe in der *New York Times* und anderen US-Zeitungen, und Marcella Sembrich gab Konzerte, deren Einnahmen an die Organisation gingen. Sie machten den

Amerikanern verständlich, dass Polen noch sehr viel schwerer als Belgien unter dem Krieg zu leiden hatte. Ihr Komitee sammelte über 100.000 US-Dollar an Spenden und überwies diese nach Vevey.

Dennoch gelang es alles in allem nicht, bei den US-Amerikanern sonderliche Solidarität mit Polen zu wecken, und die Initiatoren der Hilfsaktionen in den USA sahen sich in ihren Erwartungen enttäuscht. Für die Amerikaner war der Krieg in Europa weit weg; sie waren weder mental noch politisch darauf eingestellt, Europa zu unterstützen. Zudem war ihnen Polen ganz unbekannt, zumal es keinen Staat dieses Namens gab und sich damit keine besonderen Assoziationen verbanden. Die Polen in den USA verfügten über keinen großen Einfluss in Politik, Wirtschaft und Medien. Selbst in der katholischen Kirche waren sie nicht prominent repräsentiert. Und schließlich waren die Polen nicht die Einzigen, die vom Krieg betroffen und auf Hilfe angewiesen waren. Eine Reihe weiterer Nationalkomitees appellierte an die Spendenbereitschaft der Amerikaner und geriet miteinander in Konkurrenz: Juden, Franzosen, Iren, Belgier, Litauer, Letten, Serben, Ukrainer, Ruthenen, Armenier und viele andere, die alle auf Verständnis und Spenden hofften und betonten, ihre Länder seien besonders schwer vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen.

Auch der „Tag der Arbeit für Polen“, der sich speziell an die US-Polonia richtete, brachte keine sonderlich beeindruckenden Resultate. Die polnische Erwerbsemigration war sozioökonomisch eher schwach und von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Im Mittel verdiente ein Arbeiter dreißig Dollar monatlich, sodass für wohlthätige Gaben wenig übrig blieb. Auch identifizierten sich nicht mehr alle mit ihrem Heimatland, weil sie sich längst als Amerikaner sahen. Wer der ersten Einwanderergeneration angehörte, hatte an die alte Heimat nicht unbedingt gute Erinnerungen. Dennoch hätten die Spendenaktionen sicherlich mehr einbringen können, wären nicht die Auseinandersetzungen zwischen Akteuren und Organisationen gewesen, die sich an den beiden gegenläufigen Orientierungen entzündeten: für oder gegen die Entente. Die Erstere überwog in den Vereinigten Staaten bei Weitem; gleichwohl gab es auch Fürsprecher der Mittelmächte und des NKN, die Mittel für die Polenhilfe und die Polnischen Legionen sammelten und dabei Hilfsaktion mit Propaganda für die Mittelmächte verbanden. Der NKN gründete in den USA sogar einen Ableger unter der Bezeichnung „Polnischer Samariter“. Die nationaldemokratisch gesonnenen Teile der US-Polonia führten mit dem PCRC heftige Auseinandersetzungen darum, die Mittel des Komitees in Vevey zu gleichen Teilen zwischen Kongresspolen und Galizien aufzuteilen. Die endgültige Vereinbarung lief auf eine Aufteilung im Verhältnis drei zu zwei zugunsten Kongresspolens hinaus. Diese internen Querelen waren nicht dazu angetan, die Spendenbereitschaft zu fördern. Die Leute hatten zudem den Verdacht, ihre Spenden könnten in



die Taschen korrupter Funktionäre fließen, der nur noch dadurch bestärkt wurde, dass sich die Akteure der Polonia gegenseitig Veruntreuung oder Mittelverschwendung vorwarfen.

Die Polen des preußischen Teilungsgebiets waren insgesamt gesehen sicherlich hilfsbereiter. Sie waren politisch wenig aktiv, dafür aber stark in der humanitären Hilfe engagiert. Am 5. Februar 1915 bildete sich in Posen auf Initiative des polnischen Nationalrats das Komitee für Hilfe im Königreich Polen (der *Komitet Niesienia Pomocy w Królestwie Polskim*). Erzbischof Edmund Dalbor wurde Ehrenvorsitzender, Ludwik Mycielski Vorsitzender, weitere Vorstandsmitglieder waren der Priester und spätere Bischof von Kattowitz Stanisław Adamski, Zygmunt Chłapowski und Olgierd Czartoryski. Die Polen des preußischen Teilungsgebiets waren gut organisiert und arbeiteten zielgerichtet und gewissenhaft. Besonders engagiert waren Geistlichkeit, polnische Presse und polnische Banken. Die Zeitungen veröffentlichten die Namen der großzügigsten Spender. Eine Posener Delegation organisierte in Kongresspolen ein ganzes Netz von Lokalkomitees, welche die Sach- und Geldspenden vor Ort verteilten. Im Jahr 1915 allein wurden fast 1,25 Millionen Reichsmark für Kongresspolen aufgebracht.

Auch im europäischen Ausland waren Organisationen und Vereine in der Polenhilfe aktiv. Paderewski rief am 29. März 1915 in der Londoner *Times* die Briten zu Spenden für Polen auf; die britischen Polenfreunde waren insgesamt sehr erfolgreich. Dem in London gegründeten *Polish Victims Relief Fund* gehörten prominente britische Politiker an, so die Premierminister Herbert Asquith und David George Lloyd, Außenminister Edward Grey und die Ersten Lords der Admiralität Winston Churchill und Arthur Balfour sowie die Schriftsteller Rudyard Kipling und John Galsworthy. Komiteesekretärin war die polonophile Laurence Alma-Tadema, Tochter des britisch-niederländischen Malers Lawrence Alma-Tadema, über die Paderewski schrieb: „Mir fehlen die Worte, um die Arbeit von Miss Alma-Tadema zu würdigen. Ich habe niemals hinreichend meiner Dankbarkeit für ihre Anstrengungen und Aufopferung Ausdruck verleihen können.“ Der Hilfsfonds sammelte einige Hunderttausend Pfund, ein Teil davon aus den Dominions. Er stellte Ende 1917 seine Tätigkeit ein. Auch in Frankreich gab es Spendenaktionen. In Paris wurde ein „Tag Polens“ veranstaltet, wogegen der russische Botschafter protestierte, weil er keine öffentliche Aufmerksamkeit für die polnische Frage wünschte.

In anderen Ländern wurden bescheidenere Summen für die humanitäre Hilfe zusammengetragen. Das Komitee für Polenhilfe in Schweden wurde in Wort und Tat von der berühmten Autorin und Literaturnobelpreisträgerin Selma Lagerlöf unterstützt. Sie veröffentlichte am 28. März 1915 in der schwedischen Presse einen Hilfsaufruf, der nicht unbeantwortet blieb. Weit zurückliegende und in Vergessenheit geratene Episoden der gemeinsamen



Geschichte wurden wieder in Erinnerung gebracht. Polnische Bücher erschienen in schwedischer Übersetzung, Beiträge zur polnischen Kultur wurden veröffentlicht. Aus anderen neutralen Ländern wie Dänemark und den Niederlanden kam dem Umfang nach fast nur symbolische Hilfe.

Auch die Rockefeller-Stiftung schloss sich den Hilfsaktionen an; den Anstoß gab die *Chicago Tribune*, indem sie Reportagen über die unhaltbare Lebenssituation in Polen brachte. Die Stiftung konnte Kondensmilch und Kakao nach Polen schicken, was der schweizerische Nestlé-Konzern vermittelte, zu dem das Generalkomitee in Vevey gute Kontakte pflegte. Diese Hilfe ging an das am 30. August 1916 gegründete Komitee zur Rettung der Kinder. Allein in Warschau erhielten mehrere Zehntausend Kinder 1917 drei Monate lang eine Dose Kondensmilch pro Woche. Diese Aktion wurde allerdings abgebrochen, nachdem auf dem Schweizer Markt die Kondensmilch ausgegangen war. 1915 wurde die Lieferung von Mehl aus den USA nach Polen geplant und vorbereitet; die Aktion kam wegen britischen Einspruchs nicht zustande. Großbritannien ließ mehrfach den Transport von Lebensmitteln auf dem von den Mittelmächten kontrollierten Gebiet mit der Begründung nicht zu, diese könnten dort vom Feind übernommen werden. Die regierungsnahen Londoner Presse insinuierte, die Rockefeller-Stiftung mache gemeinsame Sache mit dem Deutschen Reich. Aus denselben Gründen konnte auch die von Herbert Hoover gegründete *International Commission for Relief in Poland* nicht gehörig arbeiten und ihre Hilfsaktion richtig erst nach Kriegsende beginnen.

US-Wohlfahrtsorganisationen sammelten daneben Medikamente und Hygieneartikel für Polen. Diese Produkte wurden in den Vereinigten Staaten und Kanada gekauft, doch auch in diesem Fall verhinderten die Briten den Transport mit dem Hinweis, diese Waren würden in Europa von den Deutschen konfisziert. Die Polen sahen in diesen Verboten Zynismus und Eigennutz am Werk. Sienkiewicz persönlich protestierte mit dem Hinweis, bislang hätten die Mittelmächte die Auslieferung von Gütern für humanitäre Zwecke nicht verhindert; Paderewski richtete sich in dieser Sache eigens schriftlich an die Regierungschefs von Frankreich und Großbritannien. Eine Zeit lang blockierten die Briten sogar den Transfer des auf den britischen Inseln und in den Dominionen für Polen gesammelten Gelds. Auch dies sprach Paderewski in seinen Schreiben an.

Im September 1915 wurde in vielen Ländern von der katholischen Presse ein „Aufruf der polnischen Bischöfe an die Nationen der Welt“ abgedruckt. Dieser Text weckte zumindest ein gewisses Interesse für das Schicksal der polnischen Katholiken. Im Anschluss daran rief am 21. November 1915 Papst Benedikt XV. die Katholiken zur Kollekte für die bedrängten polnischen Glaubensbrüder und -schwestern auf. Diese ging mit Fürbitten für Polen und der Propagierung der polnischen Sache im Katholizismus einher.

Petro Kardinal Gasparri koordinierte die Aktion seitens der römischen Kurie; er stand in ständigem Kontakt mit dem Komitee in Vevey. Die besten Ergebnisse erbrachte die Kollekte im Deutschen Reich, dagegen nicht sonderlich viel in den US-amerikanischen Gemeinden, nämlich gut 700.000 Schweizer Franken oder 140.000 US-Dollar, weil sich die amerikanischen Bischöfe nicht um die Werbung für die Aktion kümmerten.

Juden waren in vielen Ländern stark in der humanitären Hilfe engagiert. Hier belegte die wohlorganisierte und wohlhabende jüdische Diaspora in den USA den vordersten Platz und schickte mit Einverständnis der Besatzungsmächte Barmittel und materielle Hilfe. Die Besatzungsmächte waren darin sehr entgegenkommend, in den besetzten Gebieten jüdische Wohlfahrtsmissionen aus den Vereinigten Staaten zuzulassen. Abgesehen von dieser Hilfe erhielten die Juden auch Pakete und Geld von amerikanischen Verwandten. Die jüdische Presse druckte Musterbriefe ab, wie Verwandte um Hilfe zu bitten seien. Die Besatzungspresse ihrerseits schrieb ausführlich über die Unterstützung der jüdischen Hilfsaktionen. Auch die Lodzer Deutschen organisierten ihre eigenen Hilfskomitees, die wiederum anderen Hilfsquellen anzapfen konnten als die polnischen und jüdischen Komitees und sich ausschließlich um die eigene Bevölkerungsgruppe kümmerten.

### 3 Die katholische Kirche

Die katholische Kirche Kongresspolens nahm aktiv an der Hilfsaktion teil, indem sie Priester zu den Wohlfahrtsorganisationen abstellte und die Gemeinden aufforderte, individuelle Hilfe zu koordinieren. Ein besonderes Anliegen war ihr die moralische Verfassung der Gläubigen und die Bekämpfung der fortschreitenden Demoralisierung, wobei sie relativ große Handlungsfreiheit besaß. Genau das war den Besatzungsmächten jedoch ein Dorn im Auge. Sie wollten die Kirche ihrer Kontrolle unterwerfen, stießen damit aber bei den Bischöfen auf Widerstand. Wie in Zeiten des Josephinismus und des Kulturkampfes versuchten Deutsche und Österreicher, für die Geistlichen reguläre Gehälter einzuführen, was die Bischöfe ablehnten. Diese ließen sich nur darauf ein, dass die Besatzungsmächte Entschädigungen für Kriegsschäden auszahlten, die der Kirche entstanden waren. Die Bischöfe gaben die Anweisung, Kirchengebäude nicht für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, weil die Kirche auf ihre Neutralität sehe. Andererseits verwiesen sie auf den Eid auf den russländischen Kaiser, von dem sie niemand befreien könne. Auch hielten die Bischöfe die Rückkehr der russländischen Truppen für recht wahrscheinlich. Ein Befehl des AOK vom 31. Juli 1915 an die Militärgouverneure verlangte, die Gemeindepfarrer anzuhalten, Messen für Kaiser Franz Joseph zu lesen, was diese verweigerten, womit sie sich der in den Gemeinden vorherrschenden Stimmung

fügten. In den Diözesen Kielce und Sandomierz galten die Geistlichkeit und die Bischöfe Augustyn Łosiński und Marian Józef Ryx als ausgesprochene Gegner Österreich-Ungarns.

Die Kirchenpolitik der Besatzungsmächte war nicht geeignet, die Kollaborationsbereitschaft zu fördern. Sie benutzten Kirchen als Militärspitäler und Depots, während sie den Gemeinden neue Steuern auferlegten, die Pfarrer daran hinderten, sich untereinander zu verständigen und Pilgerfahrten nach Jasna Góra unterbanden. Wegen ihrer erklärten politischen Neutralität unterstützte die Kirche allerdings auch nicht die Unabhängigkeitsbewegung, obwohl es vorkam, dass Priester anlässlich der Marienfeiertage, etwa am 3. Mai, dem polnischen Verfassungstag, Messen für Polen lasen. In ähnlichem Geist waren die Gottesdienste für die polnischen Nationalheiligen gehalten.

Benedikt XV. ernannte Achille Ratti, den künftigen Papst Pius XI., zum apostolischen Visitator für Polen und Litauen. Ratti residierte ab dem 29. Mai 1918 in Warschau und unterstützte die polnische Unabhängigkeitsbewegung diskret. Er trug zur Stärkung der kirchlichen Strukturen und zum Aufbau neuer Gemeinden bei. Als Idzi Radziszewski, letzter Rektor der Kaiserlichen Römisch-Katholischen Geistlichen Akademie in Petrograd, die Errichtung einer katholischen Universität in Lublin anregte, befürwortete Ratti das Projekt. Radziszewski gründete ein Organisationskomitee, begann eine Spendenaktion zur Finanzierung der Universität und schlug vor, Bibliotheks- und Archivbestände aus Russland nach Polen zu überführen. Auf einer Warschauer Konferenz am 27. Juli 1918 fand das Projekt die Zustimmung der Bischöfe und wurde endgültig beschlossen.

#### 4 Die Besatzungsverwaltung

Die Mittelmächte teilten Kongresspolen in zwei Besatzungszonen auf, deren vorläufige Demarkation sie bereits im Dezember 1914 verabredeten. Der westliche und am stärksten industrialisierte Teil fiel dem Deutschen Reich zu, darunter die Gebiete entlang der Eisenbahnlinie Warschau-Wien. Warschau, das Lodzer Industriegebiet und Tschenstochau befanden sich damit unter deutscher Kontrolle. Am 26. April 1915 wurde aus Tschenstochau Jasna Góra ausgegliedert und als Enklave der k.u.k. Verwaltung unterstellt, um Befürchtungen der polnischen Katholiken über eine Verwaltung ihres geistlichen Zentrums durch die evangelischen Preußen zu zerstreuen. Die Menschen waren erleichtert, als der als Polenfreund bekannte und in guter Erinnerung gehaltene Josef Klettlinger zum Kommandanten von Jasna Góra ernannt wurde. Er nahm in Tschenstochau Wohnung, von wo aus er die Enklave verwaltete. Klettlinger machte sich verdient, indem er das Kloster vor Requisitionen bewahrte und seine Restaurierung einleitete. Im

Industrieviertel von Dąbrowa übernahm Deutschland Sosnowitz und Bendzin, Österreich Dąbrowa.

Im Sommer 1915 demarkierten die Mittelmächte ihre Besatzungsgebiete endgültig. Die Demarkationslinie verlief entlang der Flüsse Pilitza und Wipper. Das deutsche Besatzungsgebiet hatte eine Fläche von 61.200 km<sup>2</sup>, das österreichische von 44.540 km<sup>2</sup>. Die alten Grenzen zwischen den Besatzungsgebieten und deutschem und österreichischen Staatsgebiet blieben bestehen. Die neue Grenze erschwerte den Einwohnern das Leben zusätzlich, denn von einer Besatzungszone in die andere zu gelangen, war aufwendig und kostspielig: Jeder Einwohner ab fünfzehn Jahren benötigte dazu einen Pass, einen Passierschein und ein Visum, selbst wenn er nur die Nachbargemeinde aufsuchen wollte; die Ausstellung der Papiere war mit Gebühren belegt.

Die Deutschen gliederten aus ihrer Besatzungszone das Gouvernement Suwalken und vier Kreise des Gouvernements Siedlce aus, die dem Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (kurz Ober Ost) zugeschlagen wurden. Die Österreicher gliederten ihrerseits ihren Anteil des Dąbrowa-Reviere sowie das Gebiet von Chełm aus; diese Gebiete unterstanden direkt dem AOK. Erst im Juni 1916 wurden die Kreise Chełm, Hrubieszów und Tomaszów in das k.u.k. Besatzungsgebiet eingegliedert.

Auf der deutschen Seite gab es zwischen Politik und Militär Auffassungsunterschiede zur Besatzungsverwaltung. Ludendorff und Hindenburg meinten, diese sollte – ähnlich wie Ober Ost, das Gebiet des Oberbefehlshabers Ost – der Armee unterstellt bleiben, um eine effiziente Ausbeutung sicherzustellen. Kanzler Bethmann Hollweg dagegen sprach sich dafür aus, eine eigene administrative Einheit unter ziviler Verwaltung zu schaffen. Er überzeugte den Kaiser, den Polen nationale Rechte zu gewähren, denn eine Deutschland freundlich gesonnene polnische Nation sei für den Aufbau eines deutschen Europa nützlich. Die Entscheidung fiel im Sommer 1915 zugunsten des Reichskanzlers, dennoch blieb die Sache in der Diskussion, weil Hindenburg und Ludendorff an Einfluss gewannen. Das erklärt, wieso die deutsche Politik in den besetzten Gebieten im Osten inkonsistent und wechselhaft blieb.

Am 24. August 1915 wurde aus dem deutschen Besatzungsgebiet das Generalgouvernement Warschau (GGW) unter Leitung von General Hans von Beseler gemacht. Er war bei Kriegsausbruch nicht mehr im aktiven Dienst gewesen und wurde nach der Mobilisierung in Belgien eingesetzt. Populär wurde er durch die Einnahme von Antwerpen, einer der größten Festungen Europas. Bethmann Hollweg favorisierte ihn als Generalgouverneur und gewann dafür die Zustimmung des Kaisers. Beseler unterstand die Verwaltung und die im Generalgouvernement stationierten deutschen Truppen. Er besaß die Vollmacht zum Erlass von Verordnungen, die auf

polnisch und deutsch veröffentlicht wurden, sowie zur Festsetzung von Gebühren und Steuern. Auch die unter Armeeaufsicht gestellten Eisenbahnen, Telegrafien und Post unterlagen seiner Zuständigkeit. Dienstlich unterstand er allein dem Kaiser, faktisch jedoch dem Reichskanzler.

Beseler kam von der Festung Modlin nach Warschau und wurde mit seiner Ernennung am 24. August 1915 faktisch zu einem provisorischen Staatsoberhaupt. Die deutsche Verwaltung arbeitete unterdessen bereits nach den vom Kaiser bestätigten Regularien. Dem Generalgouverneur unterstanden elf Militärgouverneure, 47 Landräte als Chefs der Kreisverwaltungen, zwei Polizeipräsidenten und der Chef der Geheimen Feldpolizei, die als politische Polizei und militärischer Nachrichtendienst diente. Wie Bethmann Hollweg versuchte auch er, im Dienst der deutschen Kriegsanstrengung eine Brücke zu den Polen zu bauen. Daher bezeichnete er Kongresspolen möglichst nicht als besetzt, sondern als „Freundesland“ oder „befreite Gebiete“. Im Übrigen erhielt er seine Leitlinien direkt vom Kaiser.

Die schon seit über einem Jahr im Aufbau befindliche Zivilverwaltung wurde von Beseler mit Einverständnis des Kaisers weiter ausgebaut. Am 23. August 1914 war das Verwaltungsamt für die Zivilleitung Russisch-Polens eingerichtet worden. Diese Behörde wechselte später den Namen, behielt aber dieselben Kompetenzen. Ihr Sitz war zunächst Breslau, dann Kalisz und ab September 1915 Warschau.

Die Leitungspositionen der Zivilverwaltung des GGW wurden allesamt mit Deutschen besetzt. Beseler füllte mehr als 500 Beamtenstellen, davon 55 gehobene Positionen, 350 in der Lokalverwaltung und 160 im Bürodienst. Juden waren ziemlich zahlreich in ausführenden Positionen vertreten, insbesondere in der Wirtschaftsverwaltung; viele jüdische Frauen waren als Sekretärinnen und Schreibkräfte beschäftigt.

Darüber hinaus brachte Beseler auch einige für ihre Loyalität bekannte polnische Gutsbesitzer und Aristokraten aus dem preußischen Teilungsgebiet in Verwaltungspositionen. Der einflussreichste unter ihnen war Bogdan Hutten-Czapski, der am Kaiserhof in Berlin gut angesehen war und vom Kaiser persönlich geschätzt wurde. Hutten-Czapski regte Beseler mit dem Argument zu einer dezidiert propolnischen Politik an, dass eine deutsch-nationalistische Politik im Stile des Ostmarkenvereins Berlins Interessen zuwiderlaufe. Gleichwohl galt sein Einfluss auf Beseler und dessen Umfeld als begrenzt. Doch bewährte er sich als Vermittler zwischen dem Generalgouverneur, polnischer Führungsschicht und Geistlichkeit. Weitere polnische Mitarbeiter der Zivilverwaltung stammten aus dem preußischen Teilungsgebiet und waren in Warschau als die „preußischen Polen“ bekannt. Dagegen gab es kaum Polen aus Kongresspolen selbst in der Verwaltung, weil Beseler ihre Qualifikation und Loyalität geringschätzte. Allgemein sah er die Polen als weniger befähigt als die Deutschen, weniger mit nüchternem

Verstand begabt und ohne Eignung für eine rechtsstaatliche Verwaltung. Er war kein Hakatist und kein Nationalist, aber ein Traditionalist, dem preußische Schule und deutsche Schullektüren nicht gerade ein vorteilhaftes Bild von Polen vermittelt hatten. Er war der festen Überzeugung, im Osten, in „Halbasien“, auch in Kongresspolen, wo Armut und zivilisatorischer Rückstand herrschten, müsse sich die Regierungsgewalt in deutscher Hand befinden. So könne aus Kongresspolen ein Musterland des zivilisierten Europa werden. Anders als Hindenburg und Ludendorff wollte er nicht nur der deutschen Kriegswirtschaft zuarbeiten, sondern richtete den Blick in eine Zukunft, in der ein modernisiertes Kongresspolen ein wertvolles wirtschaftliches Einflussgebiet und militärischer Verbündeter sein würde. Auch Bethmann Hollweg verfolgte die Absicht, ein nach deutscher Rezeptur zivilisiertes Kongresspolen seiner Konzeption eines deutschen Europa einzufügen. Den mustergültigen Zustand des preußischen Teilungsgebiets und die aufgeschlossene Denkweise seiner Einwohner sah er als Beweis dafür, dass dies gelingen könne.

Beseler und seine Mitarbeiter brachten fertige Modernisierungspläne mit nach Warschau, nach denen Kongresspolen dauerhaft verwestlicht werden sollte. Darin sahen sie ihre Mission und eine historische Notwendigkeit. Kongresspolen sei mit deutschem Ordnungs- und Geschäftssinn, Pünktlichkeit, Reinlichkeit und Achtung vor dem Recht auszustatten. Eine umgeformte polnische Mentalität sollte es erleichtern, den Osten des deutschen Europa zu beherrschen. Um zu diesen Zwecken auch die deutsche Kultur einzusetzen, unternahmen es Beseler und seine Beamten, deutsche Literatur und Musik stärker bekannt zu machen. Der Krieg war solchen Ideen allerdings nicht unbedingt förderlich, ebenso wenig die Machtverschiebungen in der deutschen Führung. So blieben die deutschen Modernisierungsanstrengungen in ihrer Wirkung begrenzt. Gleichwohl blickten diejenigen Polen, die im deutschen Verwaltungsapparat eine Anstellung fanden, mit Genugtuung darauf zurück, eine Schulung in Administration und Recht durchlaufen zu haben.

Von April 1915 bis Oktober 1917 stand Wolfgang von Kries der Zivilverwaltung vor. Bis zum Herbst 1917 war seinem Amt ein hochrangiger Resident des Auswärtigen Amtes beigelegt. Kries nahm seine Aufgaben gewissenhaft wahr. Er galt zwar als Hakatist, doch fügte er sich den Erwartungen Beselers und des Reichskanzlers und war auf eine Politik bedacht, welche die Polen für Deutschland gewinnen sollte. Die deutsche Verwaltung rang den Polen einige Bewunderung für ihre Schnelligkeit und Effizienz ab. „Die deutschen Behörden erfüllten ihre Aufgaben überaus korrekt. Wo vorher viele russische Beamte gewaltet hatten, war nun ein Deutscher eingesetzt, der gleichwohl die Angelegenheiten besser und schneller erledigte. [...] Die Ämter waren mit Protestanten, Juden und prodeutsch eingestellten

Polen besetzt“, lautete das Urteil Erzbischof Kakowskis. Selbst die unveröhnlichsten Passivisten mussten zugeben, dass die deutsche Verwaltung gut funktionierte. „Die Gerechtigkeit verlangt anzuerkennen, was in die Augen springt, dass in ihrer Organisation alles sehr effizient, ordentlich und pünktlich zugeht“, trug Władysław Tarczyński aus Łowicz unter dem 31. Dezember 1914 in sein Tagebuch ein.

In Wien gab es zwischen politischer und militärischer Führung keine solchen Auseinandersetzungen, sondern es wurde ein Kompromiss gefunden. Am Tag nach der Einrichtung des GGW, dem 25. August 1915, entstand das österreichische Militärgeneralgouvernement mit Sitz in Kielce, ab dem 1. Oktober 1915 in Lublin. Daher setzte sich die Bezeichnung Generalgouvernement Lublin (GGL) durch. Der Zuständigkeitsbereich des Lubliner Generalgouverneurs war enger gefasst als der seines Warschauer Amtskollegen. Er unterstand mitsamt den Behörden des GGL dem Etappenoberkommando. Die Bezirkskommandanten wurden nicht vom Generalgouverneur, sondern vom AOK ernannt. Aufgaben des GGL waren die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Versorgung der k.u.k. Truppen.

Neben der Militärverwaltung wurde ein Landeszivilkommissariat eingerichtet. Anfangs wurde dieses von Jerzy Wodzicki geleitet, einem Rat der Lemberger Statthalterschaft; seine Mitarbeiter waren fast ausschließlich Polen. Später wurde Jerzy Madeyski Chef der Zivilverwaltung, deren Zuständigkeitsbereich unterdessen umfassender geworden war. Die Mitarbeiter wurden hauptsächlich in Galizien rekrutiert und bewährten sich im Großen und Ganzen. Daneben gab es auch ortsansässige Mitarbeiter, die in der Regel keine Verwaltungserfahrung besaßen. Daher arbeitete die Zivilverwaltung des GGL weniger effizient als die des GGW. Polnische Verwaltungsbeamte aus russländischer Zeit waren großteils nach Russland evakuiert worden. Der nationaldemokratische Politiker Juliusz Zdanowski meinte, im GGL bestehe „ohne hinreichende personelle Besetzung eine Parodie von Regierung“.

Der militärische Rang des Generalgouverneurs entsprach dem eines Korpskommandeurs. Die im GGL stationierten Truppen waren insgesamt 150.000 Mann stark, darunter zwanzig Bataillone für den Grenzdienst zwischen GGL und Galizien, GGW und Ober Ost. In den militärischen Dienststellen überwogen Österreicher. Mit dem Stichtag 30. April 1916 entfielen auf über zwanzig Bezirkskommandanten vier Polen, weitere fünf waren stellvertretende Kommandanten. Bei der Gendarmerie waren noch weniger Polen anzutreffen. Im Bereich Handel und Versorgung waren von 24 Referenten allein sechzehn deutsche Juden, dagegen nur vier Polen. Der jeweilige Kommandant hatte bei der personellen Besetzung in seinem Zuständigkeitsbereich ein gewichtiges Wort mitzureden.



Der österreichische Generalgouverneur, General Erich von Diller, befürwortete den Trialismus und sah Kongresspolen als künftigen Bestandteil der Habsburgermonarchie. Er trat für die Polonisierung des Verwaltungsapparats ein und bemühte sich, die Polen zu gewinnen. Dabei bediente er sich unkonventioneller Methoden. Fast jeden Tag war er hoch zu Ross im Stadtgebiet von Lublin zu sehen, wie er mit den Bürgern über ihre Alltagsorgen sprach, er frequentierte die Cafés, wo er mit den polnischen Gästen plauderte und Bridge spielte. Er bemühte sich, die Konfiskationen und Plünderungen so stark unter Kontrolle zu bringen wie möglich, doch war seine Position zu schwach, um sich gegen das AOK durchsetzen zu können. Im April 1916 wurde er wegen seiner angeblich inkonsequenten Durchsetzung der österreichischen Kriegswirtschaftspolitik und seiner zu großen Nähe zur polnischen Zivilbevölkerung abberufen. Unterdessen hatte Wien die Option des Trialismus aufgegeben, während das AOK auf die unbeschränkte wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete setzte. Dem stand Diller offenbar im Weg.

Sein Nachfolger wurde Feldzeugmeister Karl Kuk, der nach Auffassung von Maria Lubomirska „eine erbärmliche militärische Figur“ machte. Zuvor war er Kommandant der Festung Krakau gewesen. Gehässige Stimmen behaupteten, er verdanke seine Ernennung seiner schlechten Kenntnisse des Polnischen und des Französischen. „Wie kann so jemand nur in Lublin walten? Wieder so eine österreichische Dummheit“, kommentierte Jan Hupka am 5. Mai 1916. Kuk vergraulte die Polen mit seiner wenig liebenswürdigen und respektheischenden Art. Wien war sich des wachsenden Widerstands bewusst und beschloss, das Ruder nochmals umzulenken. Dabei gab nicht zuletzt den Ausschlag, dass Beseler große Anstrengungen machte, die Polen für die preußisch-deutsche Sache zu gewinnen und Wien auszustechen. Am 12. April 1917 wurde der anschließend zum General beförderte Oberst Stanisław Szeptycki zum neuen Generalgouverneur in Lublin ernannt, einer der bekanntesten und angesehensten polnischen Offiziere und Politiker. In der Tat gelang Szeptycki eine Neuorientierung der österreichischen Polenpolitik. Er brachte Plünderungen und Unterschlagungen unter Kontrolle und setzte die Polonisierung der Verwaltung fort. Innerhalb kurzer Zeit waren die meisten zivilen und ein erheblicher Teil der militärischen Positionen mit Polen besetzt. Bei offiziellen Gelegenheiten bediente sich Szeptycki in Ansprachen an die Beamten des GGL des Polnischen, obwohl er damit gegen die Vorschriften verstieß.

## 5 Symbolpolitische Polonisierung

Mit der Stabilisierung der Ostfront leiteten die Deutschen und Österreicher eine Liberalisierung ihrer Polenpolitik ein. Das Ziel war, mit möglichst



geringem Aufwand das Vertrauen der Polen zu gewinnen, und dies war am ehestens auf symbolpolitischem Gebiet möglich.

So gestatteten die Besatzungsmächte, patriotische Feiertage zu begehen, wie sie etwa von den Bildungskommissionen der Bürgerkomitees oder von Gruppierungen der Arbeiter- oder der Unabhängigkeitsbewegung initiiert wurden. Das schürte antirussische Emotionen und ließ die Mittelmächte als Verbündete erscheinen. Beispielsweise durften die Jahrestage der Nationalaufstände von 1830/31 (29. November) und von 1863/64 (22. Januar) begangen werden. Damit war es erstmals gesetzlich erlaubt, der Aufständischen zu gedenken, auf ihren Gräbern Kerzen zu entzünden und für die Ermordeten und die Verbannten zu beten. Am 5. August 1916 gedachte die Warschauer Öffentlichkeit des Tages im Jahr 1864, als auf den Wällen der Zitadelle Romuald Traugutt und seine Mitstreiter gehängt wurden. Aus Galizien reiste eine Delegation unter Ignacy Daszyński an, wodurch die Feier eine gesamtpolnische Dimension bekam. Am 13. Juli 1916 organisierten die Unabhängigkeitsparteien und die POW eine aufwendige Feier nahe der Olszynka Grochowska<sup>16</sup>, zu deren Abschluss ein Kreuz zur Erinnerung an die Opfer des Novemberaufstands geweiht wurde. Es nahmen fast 40.000 Menschen teil. Die Aufstandsjahrestage spalteten die polnische Gesellschaft. Die Nationaldemokraten waren von ihrer Begehung wenig begeistert, weil ihrer Meinung nach keine historischen Begebenheiten gefeiert werden sollten, die für Polen in Niederlage und Repression endeten. Auch waren sie dagegen, antirussische Stimmungen zu schüren. Trotz solcher Meinungsunterschiede verliehen die patriotischen Feiern dem öffentlichen Leben eine neue Qualität und holten viele aus ihrer nationalpolitischen Indifferenz.

Diese Feiern erreichten ihren Höhepunkt am 3. Mai 1916, dem 125. Jahrestag der Konstitution von 1791. In Warschau wurde der größte Aufwand getrieben; der dortige Umzug gilt bis heute als Lehrbuchbeispiel für die Mobilisierung von Nationalgefühl. Zu den Teilnehmern gehörten anfänglich von der Idee der Jubiläumsfeier nicht begeisterte Honoratioren wie Stadtpräsident Lubomirski und Erzbischof Kakowski. Um halb acht Uhr machte sich eine Menge von 200.000 Menschen unter polnischen Nationalfahnen aus dem Botanischen Garten auf den Weg. Die Teilnehmer waren nach Alter, Religion und Konfession, Beruf und sozialem Stand bunt

---

16 Die Olszynka Grochowska (Kleiner Erlenhain bei Grochów, heute ein rechtsufriger, südlicher Stadtteil Warschaus), war Schauplatz der größten und verlustreichsten Feldschlacht des Novemberaufstands zwischen Einheiten der Armee des Königreichs Polen und der russländischen Armee am 25. Februar 1831, die mit einem Sieg der Aufständischen endete; A.d.Ü.

gemischt. Häuser und Fenster waren mit Fahnen in den Nationalfarben und Bildern der Muttergottes von Tschenstochau geschmückt. Hier und da war die Parole „Für ein unabhängiges Polen“ oder „Für ein geeintes Polen“ zu lesen. Orchester spielten im Wechsel die patriotischen und religiösen Lieder „Noch ist Polen nicht verloren“, „Gott, der du Polen“ und „Wer sich in des Herrn Obhut gibt“<sup>17</sup>. Dergleichen hatte Warschau noch nicht erlebt und sollte es so schnell auch nicht wieder erleben. Die Gesellschaft sah die Gelegenheit gekommen, ihre nationalpolitischen Bestrebungen in aller Öffentlichkeit zu demonstrieren. Der Umzug dauerte drei Stunden und war perfekt organisiert; störende Zwischenfälle blieben aus. Maria Lubomirska notierte: „unvergesslicher Tag, begeisternd“. „Diese riesige, imponierende nationale Manifestation machte großen Eindruck. Sie beeindruckte durch ihre Größe und ihren geordneten Ablauf [...]. Ungeheurer, großartiger, unvergesslicher Eindruck“, schrieb ein Warschauer Journalist.

Der 3. Mai wurde auch in anderen Städten des besetzten Polen sowie in Galizien und im Teschener Schlesien gefeiert, in bescheidenerem Ausmaß selbst in den von Russland annektierten Gebieten und im preußischen Teilungsgebiet. Besonders beeindruckend fielen die Feiern in Piotrków, Radom, Kielce, Tschenstochau und Lublin aus. In einigen Städten wie etwa Lodz fanden zeitgleich zwei voneinander getrennte Veranstaltungen statt. Die eine war diejenige der sogenannten Aktivisten, das heißt derjenigen, die mit den Besatzungsmächten zusammenarbeiteten, die andere die der sogenannten Passivisten, die gegen Kooperation waren. Zur ersteren Gruppe gehörten viele Juden, die beobachtet wurden, wie sie „ernst und geschlossen unter polnischen Fahnen auftraten“. Vielleicht war die Einschätzung doch allzu optimistisch, alle Auseinandersetzungen seien vergessen. In Warschau versuchten am selben Tag, PPS-Linke und SDKPiL eine Protestveranstaltung unter dem Motto „Marsch der Hungernden“ auf die Beine zu stellen, doch ließen sich nur wenige unter Revolutions- und Friedensparolen einreihen, zumal die Ausgabe von 50.000 kostenlosen Mahlzeiten an diesem Tag viele vorübergehend stillgestellt haben dürfte. In den Landstädten und auf dem Dorf gab es ähnliche Veranstaltungen. Allerdings war der Klerus von solchen patriotischen Aufmärschen nicht angetan, und der Bischof von Kielce, Łosiński, verbot den Priestern geradeheraus die Teilnahme mit der Begründung, die Zeit sei noch nicht gekommen, die Provinzbevölkerung für die nationale Sache zu begeistern. Außerdem hielt er die Feier für eine Idee von Juden und Sozialisten, die den Aufmarsch nutzen würden, „um für ihre gottlosen Zwecke zu sammeln“, wie er an die Priester der Diözese schrieb.

---

17 Der Text des letztgenannten Liedes ist die von dem polnischen Renaissance-dichter Jan Kochanowski geschriebene polnische Fassung des Psalm 91; A.d.Ü.

Lediglich die traditionellen Marienfeiern zum 3. Mai waren zulässig. Auch in den Folgejahren wurde der Konstitutionstag begangen, allerdings nie wieder mit demselben Aufwand; außerdem wurde er partiell von einem patriotischen zu einem religiösen Feiertag umgewidmet.

Am 15. November 1916 starb Henryk Sienkiewicz an seinem schweizerischen Wohnort Vevey. Daraufhin wurden in Polen allenthalben Feiern zum Gedenken an den „Großen Sienkiewicz“ veranstaltet. Die Trauer war allgemein, weil Sienkiewicz nicht allein als bedeutender Autor, sondern auch als Aktivist für das Gemeinwohl und die polnische Sache in Erinnerung gehalten wurde. Paderewski machte Anstrengungen, ein Begräbnis in der Gruft des Krakauer Wawel gleich neben dem Nationaldichter Adam Mickiewicz zu erwirken, erhielt dafür aber keine Genehmigung. Weder logistisch noch politisch war der Krieg dem Unterfangen förderlich.

Im Jahr 1917 jährte sich der Todestag Tadeusz Kościuszkos zum einhundertsten Mal. Aus diesem Anlass wurden in ganz Polen Gedenkfeiern abgehalten. Der Stadtrat von Lodz beschloss die Aufstellung eines Kościuszko-Denkmal; die Resolution wurde allerdings erst nach dem Krieg umgesetzt. Die Sommertheater brachten das Stück „Kościuszko bei Raclawice“<sup>18</sup>, und überall spielten die Orchester „Noch ist Polen nicht verloren“. Die Begeisterung war allgemein. Gedenkfeiern galten Kościuszkos Schlachten bei Szczekociny und Maciejowice und der Warschauer Insurrektion. In Raclawice organisierte das PSL eine große Bauerndemonstration, zu deren Abschluss eine Resolution verlesen wurde, die eine Landreform sowie die Aufhebung von Latifundien von mehr als 200 ha und von Kirchengütern der „toten Hand“ verlangte. Gleichwohl schritt die nationale Bewusstwerdung der ländlichen Bevölkerung nur langsam voran. Als der Redner Katharina II. dafür angriff, dass sie Kościuszko gefangengesetzt hatte, brachte er viele der Zuhörer damit gegen sich auf, weil für sie die russländischen Herrscher immer noch gleichsam heiligmäßige Gestalten waren, während ihnen Kościuszko als Aufrührer von zweifelhafter Gesinnung galt. Solche Reaktionen mussten die Akteure der Nationalbewegung gewahr werden lassen, wie viel nationale Erziehungsarbeit gerade bei der Landbevölkerung noch zu leisten war. 1918 wiederum fanden Feiern zur Erinnerung an die Polnischen Legionen der französischen Revolutionskriege und ihren Kommandeur Jan Henryk Dąbrowski statt; Anlass war

---

18 Ort eines Schlachtensiegs polnischer Truppen unter Kościuszko über russländische Einheiten am 4. April 1794 während der Insurrektion von 1794. Der mit Kriegssensen bewaffneten Bauernmiliz wurde ein entscheidender Anteil an diesem Sieg zugeschrieben; A.d.Ü.

der einhundertste Jahrestag von Dąbrowskis Tod. Die Veranstaltungen verfolgten unverändert dieselben nationalpolitischen Ziele.

Während des Kriegs wurden also nationale und religiös-patriotische Feiern umso häufiger und aufwendiger, je näher sich die Ereignisse auf den November 1918 zubewegten. Es lässt sich nicht näher bestimmen, inwieweit diese Feiern die nationale Stimmung im Land förderten, doch offenkundig bewirkten sie, dass viele national zuvor indifferente Menschen sich erstmals für polnische Kultur und Geschichte begeisterten.

Achtzehn Tage nach Abzug der russischen Truppen aus Warschau beschloss das dortige Bürgerkomitee die Durchsetzung der Elementarschulbildung. Diesem Beispiel folgten die Bürgerkomitees weiterer Orte. Die deutsche Besatzungsmacht hielt das für einen Schritt in die richtige Richtung. Die Besatzungsmächte ließen eine Polonisierung des Schulwesens zu, hatten dafür aber keine klare Konzeption, genauso wenig für die politische Entwicklung Kongresspolens. Nach einigem Zögern erlaubten die Deutschen im GGW, zunächst in Grund-, später auch in Mittelschulen das Polnische als Unterrichtssprache zu verwenden. Damit bestätigten sie die Beschlüsse der Bürgerkomitees, die bereits die Polonisierung der Schulen betrieben. Zugleich wurde aber auch Deutschunterricht eingeführt. Nach dem Wunsch jüdischer Familien wurde Deutsch an den jüdischen Schulen Unterrichtssprache.

Auch im GGL wurde eine Polonisierung der Schulen durchgeführt, die anfangs allerdings auf Widerstände stieß. Am 3. Oktober wies die GGL-Verwaltung an, in den höheren Klassen der Volksschulen obligatorischen Deutschunterricht einzuführen, was Massenproteste auslöste, auf die hin die Anweisung aufgehoben wurde. In den zuvor in russischer Sprache geführten allgemeinbildenden und Mittelschulen wurde das Polnische eingeführt. Die Behörden sorgten für eine Modernisierung der jüdischen religiösen Schulen (Chadarim, Singular: Cheder), indem sie den Einfluss der Rabbiner zurückdrängten. Sie gestatteten die Gründung oder eigentlich Wiederbelebung der *Polska Macierz Szkolna*, der polnischen Bildungs- und Schulorganisation, die sehr erfolgreich für die Verbreitung von Bildung arbeitete. Auch die Deutschen erlaubten in ihrem Besatzungsgebiet die Neugründung der *Macierz Szkolna*. Weil im GGL Lehrermangel herrschte, eröffneten die Österreicher Lehrerseminare nach galizischem Vorbild.

Aus Sicht der polnischen Führung war es vordringlich, in Warschau eine Universität und ein Polytechnikum zu eröffnen, eine Aufgabe, derer sich die Bildungsabteilung des Warschauer Bürgerkomitees annahm. In den Statuten der beiden Hochschulen sollte der Laizismus verankert werden, wofür sich insbesondere der zeitweilige Leiter des Bürgerkomitees Józef Mikułowski-Pomorski einsetzte, der eine hartnäckige Auseinandersetzung mit dem Klerus führte. Ein „Mensch mit ausgeprägter geistiger Kontur und

erklärter Weltanschauung, der jedoch als Vater der gegenwärtigen polnischen Freimaurerei galt, es war ein offenes Geheimnis, dass er mit Satan auf vertrautem Fuße stand“, schrieb ein offenbar wenig wohlgesonnener Zeitgenosse. Nachdem die Deutschen ihr Einverständnis für beide Hochschulen auf laizistischer Grundlage und zu Vorlesungen zur polnischen Geschichte gegeben hatten, konnten die Pläne umgesetzt werden. Beseler persönlich hielt es für unbedingt erforderlich, dem Land die für seine Weiterentwicklung nach dem Ende der deutschen Besatzung benötigte Schicht an Akademikern zu geben; gleichzeitig sah er in höherer Bildung ein Instrument der politischen Pazifizierung. Nicht minder wichtig war für die Besatzungsmacht die Außenwirkung des Schritts, der tatsächlich von den Polen sehr gut aufgenommen wurde. Es handelte sich also um einen Beitrag zu der deutschen Propagandaoffensive, die den Zweck verfolgte, prorussische Positionen zu schwächen und zudem Österreich auszustechen, das keinen vergleichbaren bildungspolitischen Erfolg vorweisen konnte.

Die feierliche Eröffnung der Hochschule und des Polytechnikums erfolgte am 15. November 1915, für die polnische Nationalbewegung zweifellos das wichtigste Ereignis jenes Herbstes, denn es erfüllte sich ein seit Jahrzehnten gehegter Traum. Zudem erhielten Frauen erstmals Zugang zum Hochschulstudium. Die Besatzungsmacht sah das als Akt ihrer zivilisatorischen Mission, zumal die Hochschulstatuten nach deutschen Vorbildern verfasst waren. Die Fakultäten besaßen Autonomie, die letzte Entscheidung lag bei einem Senat unter Leitung eines Rektors. Józef Brudziński, Referent der Sektion V (Hochschulen) in der Bildungsabteilung des Bürgerkomitees, wurde erster Rektor der Warschauer Universität, Bogdan Hutten-Czapski wurde Kurator. Beide Hochschulen wurden mit deutschen Mitteln finanziert, die Dozenten vom Chef der Zivilverwaltung berufen. Weil es in Kongresspolen keine ausreichende Anzahl renommierter Gelehrter gab, bemühten sich die Rektoren, Professoren der Universitäten Krakau und Lemberg anzuwerben. Die österreichischen Behörden verhinderten jedoch den Transfer von Wissenschaftlern aus Krakau und erlaubten ihn nur in geringer Zahl aus Lemberg. 1916 immatrikulierten sich an der Universität Warschau 1116 Hörer, am Warschauer Polytechnikum 595. Diese Zahlen stiegen in den folgenden Jahren.

Auch bei der symbol- und geschichtspolitischen Gestaltung des öffentlichen Raums zeigten sich die Besatzungsmächte entgegenkommend. Zunächst ließen sie überall die russischen Straßennamen durch deutsche ersetzen, mussten aber schnell einsehen, dass das kontraproduktiv war. Daher wurden die deutschen wiederum gegen polnische Namen ausgetauscht. Beispielsweise wurde so aus der Warschauer Novoaleksandrijskaja die Puławska-Straße, aus der Erevanskaja- die Kredytowa-Straße, aus der Berg- die Traugutt-Straße, in Piotrków wurde die Peterburgskaja- zur

Kaliska-Straße. Zu seinem hundertsten Todestag 1917 wurden Straßen nach Kościuszko benannt. In Warschau wurde die 1913 in Betrieb genommene Nikolaus-II.-Brücke in Poniatowski-Brücke umbenannt. Auch Denkmäler aus russischer Zeit durften demontiert werden, von denen allerdings einige bereits 1914 von den Russen selbst in Sicherheit gebracht worden waren. In Warschau etwa wurde das Paškevič-Denkmal vor dem Statthalterpalais entfernt sowie das Denkmal zu Ehren der polnischen Generale, die von den Novemberverschwörern von 1830 getötet worden waren, in Wilna die Denkmäler für Murav'ëv<sup>19</sup> und Katharina II., die beide nach Russland verbracht wurden. Allerdings gestatteten die Besatzungsmächte nicht, die Denkmäler der russischen Herrscher zu entfernen, denn das verstieß immer noch gegen die monarchische Etikette selbst zwischen miteinander im Krieg befindlichen Staaten. Daher blieb das Denkmal Alexanders II., des „Bauernbefreiers“, vor dem Jasna Góra-Kloster in Tschenschow noch bis Herbst 1917 stehen. Gelegentlich salutierten deutsche Offiziere auf ihrem Weg in das Kloster dem Denkmal. Eine deutsche Delegation legte gar einen Kranz mit der Aufschrift „Kaiser Alexander von Kaiser Wilhelm“ nieder. Nachdem das Denkmal mit Beselers Einverständnis schließlich doch entfernt worden war, wurde auf dem Sockel ein Madonnenbild aufgestellt, ein Geschenk Kaiser Karls I., das bis heute an diesem Ort steht.

Im Zuge der symbolpolitischen Polonisierung fasste das seit dem 21. September 1915 als Stadtverwaltung fungierende Warschauer Bürgerkomitee den Beschluss, Warschau den Titel der „Hauptstadt“ (*miasto stołeczne*) wiederzugeben, den es 1870 eingebüßt hatte. Dieser Akt hob Warschaus Bedeutung in Geschichte und Gegenwart hervor. Bereits am 8. August hatte die Stadtverwaltung das Polnische statt des Russischen als Amtssprache eingeführt. Auch Stadtnamen wurden ersetzt: Novogeorgievsk hieß wieder Modlin, Ivangorod wieder Dęblin und das im GGL gelegene Novominsk fortan Mińsk Mazowiecki. Im selben Geist fiel die Entscheidung der Besatzungsmächte, die Einwohner Kongresspolens seien fortan nicht länger „russische Untertanen“, sondern „Untertanen des Königreichs Polen“. Dies war nach ihrer Auffassung gleichbedeutend mit der Aufhebung der Eidespflichtung gegenüber dem russischen Kaiser.

Die Russen hatten in Kongresspolen keine städtische Selbstverwaltung aufgebaut. Die Deutschen und Österreicher dagegen führten sie 1916 als Bestandteil ihres neuen polenpolitischen Kurses ein. In der Tat handelte es sich um einen wichtigen Schritt zum Aufbau einer Zivilgesellschaft,

---

19 Michail Nikolaevič Murav'ëv (1796–1866), genannt „der Henker“, russischer Gouverneur von Wilna und Militär, der wesentlich zur Niederschlagung des Aufstands von 1863/64 beitrug; A.d.Ü.

allerdings behinderten lokalpolitische Ambitionen in vielen Fällen die Arbeit der Stadträte. Die Statuten sahen analog zu den deutschen Städten vor, Stadträte in Kurien zu wählen, und setzten die Amtszeiten der Stadtverordneten auf drei Jahre fest. Auch die jeweilige Zahl der Verordneten war in den Statuten vorgegeben. Beispielsweise gab es in Lodz innerhalb dieses Kurialsystems nur 48.000 Wahlberechtigte, von denen sich 32.000 in die Wahllisten eintrugen. Nur Männer besaßen das aktive und passive Wahlrecht. Die Wahlen waren geheim. Warschau erhielt als erste Stadt Statut und Wahlordination. Hier gab es sechs Kurien und 80.000 Wahlberechtigte. Nationaldemokraten, Irredentisten und jüdische Parteien verständigten sich auf die Aufteilung der Mandate in den ersten fünf Kurien. Im Ergebnis dieser Aufteilung und der Wahlen in den Kurien I bis V erhielt das Nationalkomitee 33 Mandate, das Demokratische Komitee 27, die Vereinigung der Jüdischen Wähler 15. In der Kurie VI, allgemein als „Volkskurie“ bezeichnet, entfielen von 15 Mandaten sieben auf den Nationalen Arbeiterverband (*Narodowy Związek Robotniczy*, NZR), zwei auf die PPS und jeweils eines auf PPS-L und SDKPiL.

Vor der ersten Sitzung des Warschauer Stadtrats besuchten die Stadtverordneten unter Führung von Universitätsrektor Brudziński und Stadtpräsident Lubomirski die Messe in der Johanneskathedrale und einen Gottesdienst in der Synagoge, was von den Nationalen nicht gut aufgenommen wurde. Das Statut gab dem Warschauer Stadtpräsidenten umfangreiche Befugnisse. Er ernannte den Vizepräsidenten und die höheren Beamten und besaß bei Stadtratsbeschlüssen ein Vetorecht. Lubomirski war seit Sommer 1915 Stadtpräsident; er war eigentlich ein gemäßigter Passivist, der erst kurz zuvor von den Deutschen zur Mitarbeit gewonnen worden war. Die Inauguration des Warschauer Stadtrats erfolgte am 23. Juli 1916. Er entwickelte in den ersten Monaten den Anspruch, anderen Stadträten die politische Richtung vorzugeben.

Im August 1916 erhielten die vier größten Städte des GGL, Lublin, Radom, Kielce und Piotrków, gleichfalls ihre Selbstverwaltungen. Wie im GGW, verständigten sich auch hier die polnischen und jüdischen Parteien über die Aufteilung der Stadtratssitze. In Lublin entfielen auf sechzig Stadtverordnete siebzehn Juden, in Kielce und Piotrków auf fünfzig dreizehn, in Radom waren von fünfzig zwölf Juden. In den kleineren Städten wurden die Stadtverordneten von der Besatzungsmacht ernannt; Wahlen fanden erst im Juli 1918 statt.

Auch in der Provinz wurden die lokalen jüdischen Gemeinschaften politisch aktiv. Das Motto der Zeit war, „aus dem Schatten der Synagoge zu treten“ und „zum Bürger zu werden“. Dennoch verloren die Befürworter der Assimilation an Einfluss, dagegen nahm derjenige der Zionisten und der unter anderem im Bund vertretenen Sozialisten zu. Daneben traten die



Folkisten in Erscheinung, für die die Juden ähnlich wie für die Zionisten eine politische Nation darstellten, ohne deswegen für die Auswanderung nach Palästina einzutreten. Die Orthodoxen schlossen ihre Reihen im Agudat Israel; für sie waren die Juden eine religiöse Minderheit, mithin also keine Nation im modernen Sinne. Der berühmte Rebbe von Góra Kalwaria bestärkte durch seinen Einfluss diese Position.

Auch die propolnischen Gesten der Besatzungsmächte gehörten zur Symbolpolitik der Zeit. Dazu zählten deutsche Militärorchester, die polnische patriotische Lieder wie „Noch ist Polen nicht verloren“ oder „Herr, der du Polen“ intonierten, oder deutsche Offiziere, die zu „Vivat Polen“-Rufen den Kopf entblößten. Solche Gesten waren billig zu haben, ihre positive Wirkung unbestreitbar. Die Deutschen warben geschickt um die Sympathie der Legionäre, indem sie Soldatenkantinen mit Schildern versahen: „Eintritt nur für Deutsche und Legionäre“. Die Österreicher konnten sich zu dergleichen Gesten meist nicht durchringen; sie nahmen den Wettbewerb mit Berlin um die polnische Zustimmung gar nicht erst auf. Besonders publikumswirksam war, Theaterstücke zur Aufführung zu bringen, die in russischen Zeiten verboten gewesen waren, etwa Adam Mickiewicz' „Ahnenfeier“, Juliusz Słowackis „Kordian“ oder Stanisław Wyspiańskis „Hochzeit“; gleiches galt für die Veröffentlichung von auf den Index gesetzten Büchern.

Diese symbolpolitische Polonisierung wurde gehörig in den Medien publik gemacht. Zu diesem Zweck betrieben die Deutschen per Presse, Broschüre, Flugblatt und Plakat eine von Chefzensor Georg Cleinow geleitete polnischsprachige Propaganda. Dabei kam den Zeitungen eine besondere Rolle zu, insbesondere den Titeln, die in Adam Napieralskis Pressekonzern erschienen, einem prodeutschen Politiker und Verleger aus Oberschlesien. Mit Subventionen aus Berlin gab er in Tschenstochau den *Dziennik Polski* (Polnisches Tageblatt) und in Lodz die *Godzina Polski* (Stunde Polens) heraus. Doch beide Blätter waren durch ihre platte prodeutsche Propaganda kompromittiert und hatten bei den Lesern keinen Erfolg. In Anspielung auf den Lodzer Zeitungstitel hießen fortan von der Besatzungsmacht gesponserte Zeitungen in einem unübersetzbaren Wortspiel *prasa gadzinowa* (Reptilienpresse), ein Spotname, der im kommunikativen Gedächtnis haften blieb und noch im Zweiten Weltkrieg auf die von den Deutschen gedruckten polnischsprachigen Zeitungen gemünzt wurde. Andere Pejorative für dergleichen Zeitungen waren *szmatławcy* oder *szmatły* (Revolverblätter) und *piśmidła* (Schmierpresse).

## 6 Die Polen und die Okkupation

Einerseits die russische Politik der verbrannten Erde, andererseits die polenfreundlichen Gesten der Besatzungsmächte setzten der Loyalität zur



russländischen Teilungsmacht zu. Der anfangs noch starke Glaube an die Unbesiegbarkeit Russlands schwand dahin. Ein Kommentar von 1916 lautete: „Die psychische Grundierung und Angst vor Russland, vor Vergeltung, sind besiegt und verflogen. Es brauchte einige lange Monate, bis sich bei der Allgemeinheit die feste Überzeugung durchsetzen konnte, zwischen uns und Russland stehe mehr.“ Gleichwohl hatten sich die Anschauungen der Polen noch nicht von Grund auf verändert. Viele zogen es vor, abzuwarten und keine Partei zu ergreifen. Es hieß, man fühle sich wie ein Gefängnisinsasse beim Wechsel des Wachpersonals. Dieser verbreitete Zwiespalt wird recht gut von einem zeitgenössischen Reimvers eingefangen:

*Idzie Polak biegiem Wisły,  
i tak sobie дума:  
co lepszego dla Ojczyzny,  
cholera czy dżuma?*

Ein Pole geht am Weichselrand,  
fragt sich, wer erkennt's:  
ob besser für das Vaterland,  
der Gallenfluss, die Pestilenz?

Die Losung war, bloß die schlimmste Zeit durchzustehen. Daher rührte die Meinung, die meisten Mitglieder habe die Partei der Parteilosen. Diese Haltung war nachvollziehbar, hatten die Leute doch genug zu schaffen mit den Lasten eines Kriegs, der sich immer mehr in die Länge zog, ohne dass sich irgendeine Verbesserung der Lage abzeichnete. Die große Politik interessierte nur soweit, wie sie in das Leben des einzelnen eingriff. „Überall herrscht schreckliche Apathie in öffentlichen Angelegenheiten“, notierte jemand im April 1916.

Lediglich bestimmte Milieus in den größeren Städten befassten sich mit Politik, und aus diesen kamen die Ansprechpartner für die Besatzungsmächte. Aber es war eine sehr berechtigte Auffassung, dass die polnischen Eliten mehr an Intrige als an eigentlicher Politik interessiert waren und mehr Energie darauf verschwendeten, immer wieder dieselben drittrangigen Fragen endlos zu diskutieren, als auf die Ereignisse Einfluss zu nehmen. Das am wenigsten produktive Jahr war 1915, nicht zuletzt weil die internationale Konstellation der polnischen Sache nicht dienlich war. „Ich habe den Eindruck, diejenigen verharren völlig tatenlos, die doch die polnische Politik betreiben sollten. Es ist allein von Streitereien und gegenseitigen Beschuldigungen zu hören, von Missgunst und Zwietracht“, schrieb Henryk Dembiński im November 1915.

Das polnische Parteiensystem war noch in der Entstehung, politische Grenzen fließend, ideologische Positionen unklar. Lediglich einige der wichtigeren Parteien verfügten bereits über feste Konturen; dazu zählten die Nationaldemokraten, die sozialistische Unabhängigkeitsbewegung und die revolutionären Sozialdemokraten, doch auch diese Parteien machten eine

Phase der Abspaltungen und Fusionen durch. Daneben bestand eine Anzahl von Splitterparteien, die sich unablässig weiter spalteten, neu zusammenschlossen und andauernde Konsolidierungsgespräche führten. Namen, Parteichefs, Programme, Bündnisse und Koalitionen waren in ständigem Fluss. Die sozialen und politischen Ressourcen wurden eher darauf verwendet, lokale Probleme zu bewältigen und die Gemüter zu beruhigen, als auf kontinuierliche Arbeit zur Schaffung der Grundlagen für die Eigenstaatlichkeit. In den Parteiführungen ließ man sich leichtfertig von Emotionen hinreißen oder vom ständigen Wechsel der nationalen und internationalen Lage leiten.

Die Nationaldemokratie und die Realisten verloren an Einfluss, weil sie durch die Evakuierungen ihren sozialen Rückhalt verloren. Parteiführer wie Roman Dmowski waren nach Petrograd übergesiedelt, und wer im Lande blieb, besaß nicht das nötige politische Format. Auch gingen Nationaldemokraten und Realisten allmählich die Argumente aus, denn Russland schwieg sich zu Polen aus. Die Nationaldemokraten propagierten immer noch das Credo, dass ein vereinigt Polen unter Herrschaft der Romanovs anzustreben sei. Die Unabhängigkeit hielten sie für unrealistisch, eine entsprechende Politik für eine unnötige Provokation gegenüber Russland. Die Realisten vertraten eine ähnliche Haltung; noch im Herbst 1917 leisteten sie sich die Behauptung: „Die Unabhängigkeit ist ein Blüentraum von Irren und unreifen Politikern.“

Nach den weiteren russischen Niederlagen von 1916 nahmen Endecja und Realisten eine Neuorientierung vor und suchten fortan bei den westlichen Verbündeten nach Unterstützung. Ungeachtet dessen beharrten sie in Kongresspolen auf ihrer bisherigen Position; denn die Nationaldemokraten waren nicht gewillt, die Politik der Besatzungsmächte gutzuheißen. So sahen sie Abwarten als das Gebot der Stunde, was ihnen den Beinamen „Passivisten“ eintrug. Nationaldemokraten und Realisten genossen trotz Einbußen weiterhin die Zustimmung eines bestimmten Teils der Gesellschaft. Sie besaßen immer noch gewichtige organisatorische Strukturen wie etwa die Landzirkelabteilung der Zentralen Landwirtschaftsgesellschaft (*Centralne Towarzystwo Rolnicze*, CTR), die Mehrheit in einigen Bürgerkomitees, die *Macierz Szkolna*, Berufs-, Kultur-, Bildungsinstitutionen, Feuerwehren sowie Einfluss in GKR und RGO. 1915 richteten die Realisten unter der Bezeichnung Überparteiliches Politisches Komitee (*Międzypartyjny Komitet Polityczny*, MKP) ein Verständigungs- und Koordinationsorgan ein. Das schwächste Glied im passivistischen Lager waren die Liberalen, die sich zur Polnischen Fortschrittspartei (*Polska Partia Postępowa*, Pepepe) zusammenschlossen; diese zog sich mit der Zeit den Spottnamen „Partei der progressiven Paralyse“ zu.

Für einige Nationaldemokraten und Realisten war jedoch Passivismus gleichbedeutend damit, jeden Einfluss auf den Gang der Dinge aufzugeben,

weshalb man im Dienst der polnischen Gesellschaft mit den Besatzungsmächten kooperieren müsse. Dies war die Linie der Nationalpartei (des *Stronnictwo Narodowe*), die sich 1915 als aktivistischer Flügel von der Demokratisch-Nationalen Partei (*Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe*, SDN) abgespalten hatte. Auch andere Gruppierungen ließen sich auf eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten ein und wurden daher als „Aktivisten“ bezeichnet. Diese bildeten keine homogene Gruppe, und die personelle Fluktuation der Parteien war groß. Besonders hervorzuheben sind die Germanophilen, die für eine enge Zusammenarbeit mit den Deutschen eintraten, weil sie sich vom Deutschen Reich das größte Entgegenkommen in der polnischen Frage erwarteten, und die eine geradezu obsessive Russophobie zur Schau trugen. Diese Gruppierung nahm 1916 den Namen „Klub der Polnischen Aufständischen“ (*Klub Powstańców Polskich*) an. Dieser wurde von Władysław Gizbert-Studnicki geleitet, einem begabten Redner und Polemiker. Seine Mitstreiter waren Ferdynand Radziwiłł, Adam Ronikier und Zygmunt Makowiecki. In Berlin erschienen die von Wilhelm Feldman herausgegebenen aktivistischen *Polnischen Blätter* in deutscher Sprache.

Daneben gab es in Kongresspolen eine proösterreichische Orientierung, für die der Trialismus immer noch zielführend war. Diese Richtung hatte Rückhalt im NKN, der zwar nur in Galizien und im Teschener Schlesien tätig war, dessen Führung unter Jaworski und Sikorski jedoch forderte, die Aktivitäten auf Kongresspolen auszudehnen, solange der Trialismus noch eine realistische Option war. Diese Strömung blieb ohne Erfolg, gründete aber 1915 eine Gruppierung unter der Bezeichnung Liga der Polnischen Staatlichkeit (*Liga Państwowości Polskiej*), die von Stefan Dziewulski, Gustaw Simon, Rafał Radziwiłłowicz, Ludwik Abramowicz und dem Historiker Marcei Handelsman geleitet wurde. Da Österreich-Ungarn sich polenpolitisch passiv verhielt, konnte sich die Liga nicht entfalten und verfiel gemeinsam mit dem NKN in Bedeutungslosigkeit.

Bei den Aktivisten waren die Irredentisten die am besten organisierte politische Kraft mit Józef Piłsudski als unbestrittenem Anführer, einem der charismatischsten polnischen Politiker. Von den Männern wurde er bewundert und mit Kościuszko verglichen, von den Frauen angehimmelt. „Heute fällt kaum irgendwo sein Name, schon schreien die hysterischen Tanten von der Frauenliga ‚der Führer – er lebe hoch!‘ Sie vergöttern ihn“, notierte Jan Dąbrowski am 15. November 1916. Selbst der ihm nicht wohlgesonnene Beseler bekannte, Piłsudski wirke auf seine Umgebung geradezu hypnotisierend, und als Schöpfer der Legionen sei er quasi zum Nationalheiligen aufgestiegen. Derartige Verehrung wurde anderen polnischen Politikern nicht zuteil. Für die Gläubigen war er ein Prophet, dessen Wort nicht anzuzweifeln war. Damit hatten seine Gegner zu rechnen. „Aus den Kulissen neigt

sich eine ungewöhnliche Gestalt [...] er ist jetzt zum Führer der Legion aufgestiegen, vergöttert von der ungestümen Jugend, mit Ovationen begrüßt und gar von [...] etlichen konservativen Exzellenzen empfangen“, schrieb der Nationaldemokrat A. Jankowski. Piłsudskis Gegner versuchten ihn als Poseur zu diskreditieren, als Wichtigtuer, Doktrinär, roten Demagogen und angehenden Diktator. Maria Lubomirska schrieb: „Piłsudski ist ein gefährlicher Abenteurer, er reißt die Jugend mit, ist in seinen Mitteln nicht wählerisch, vom Ehrgeiz getrieben und träumt davon, in Polen eine sozialistische Militärdiktatur aufzubauen.“

Die öffentliche Aufmerksamkeit für Piłsudski resultierte aus seinen militärischen Erfolgen als Kommandeur der I. Brigade der Polnischen Legionen. Er war jedoch nicht nur Militär, sondern intensiv darum bemüht, die Erfolge der Legionen in politischen Kredit umzumünzen. Da die russländischen Armeen sich auf dem Rückzug befanden und die Ententemächte weit weg waren, waren für ihn die Mittelmächte die natürlichen Verbündeten. Sie waren nur noch davon zu überzeugen, dass es in ihrem eigenen Interesse lag, sich die polnische Sache zu eigen zu machen. Piłsudski sah Kongresspolen als Zentrum der polnischen Nationalbewegung, als polnisches Piemont, von dem der Kampf um die Unabhängigkeit ausgehen werde. Diese Rolle kam für Galizien nicht infrage, weil die k.u.k. Monarchie das Kronland nicht aufgeben würde, aus denselben Gründen ebenso wenig das preußische Teilungsgebiet, und in den annektierten (russländischen) Gebieten waren nicht nur Polen ansässig, vielmehr waren diese dort meist sogar in der Minderheit. Piłsudski setzte darauf, Kongresspolen günstigenfalls um die Gebiete von Wilna und Grodno zu erweitern, sodass Polen weitere Territorien an sich ziehen können werde, die von Litauern, Belarussen und Ukrainern bewohnt waren. Für ihn war das eine realistische Perspektive zur Wiederherstellung der Union zwischen der polnischen Krone und dem Großfürstentum Litauen nach dem Motto der polnischen Romantiker: „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen“. Doch war Piłsudskis Analyse der Lage im Osten weit von den Realitäten entfernt, wie sich bald herausstellen sollte. Er überschätzte die Bereitschaft der Litauer, Belarussen und Ukrainer, sich auf eine politische Einheit mit Polen einzulassen. Das war ohnehin Zukunftsmusik, und für den Augenblick war Piłsudski der Meinung, man müsse mit den Deutschen über Polen sprechen, weil sie in der polnischen Frage den Ausschlag geben würden; das bedeutete nicht, den Kontakt mit Wien abubrechen. Piłsudski hielt es für zweckdienlich, zwischen den Mittelmächten Rivalität um die Unterstützung der Polen zu schüren. Deshalb verließ er im März-April 1916 zeitweilig die Wolhynienfront, um in Wien Gespräche zu führen, doch wie zuvor endeten diese völlig ergebnislos.

Den stärksten Rückhalt hatten Piłsudski und die Irredentisten in der POW als einer von den Besatzungsmächten und der polnischen Politik

unabhängigen Organisation. „Dies ist ein überaus wichtiger Trumpf, der mit jedem Tag bedeutsamer wird [...]. Alles andere, die Politik usw., ist nicht so wichtig wie die POW“, schrieb Piłsudski im Juli 1916 an Walery Sławek, den erfahrenen Verschwörer und Vertrauten; Sławek führte damals faktisch den Oberbefehl über die POW.

Die Polnische Militärorganisation entwickelte sich stetig, wenn auch nicht sonderlich schnell fort, denn die Besatzungsmächte erleichterten ihr nicht gerade die Aufgabe. Ende Juli 1915 setzte die deutsche Polizei Tadeusz Hołówka fest, einen führenden Mann der Irredentisten; er blieb neun Monate in Haft. Im November 1915 wurde Aleksandra Szczerbińska verhaftet, die wenig später die Mutter von Piłsudskis Töchtern und seine Frau werden sollte; sie saß im Pawiak, dem berüchtigten Warschauer Gefängnis ein. Im Juli 1916 zählte die POW 5057 vereidigte Mitglieder; vier Monate später waren es 7000, im Februar 1917 11.000. Die Schätzungen der Besatzungsmächte lagen sehr viel höher, wofür nicht zuletzt die einfallsreiche Propaganda der POW selbst gesorgt hatte. Diese rekrutierte sich aus anderen Bevölkerungsgruppen als die Legionen; in der POW überwogen Menschen aus den städtischen und ländlichen Unterschichten. Bauernsöhne stellten anfänglich ein Drittel ihrer Mitglieder, doch dieser Prozentsatz stieg stetig und überschritt 1917 die 50-Prozent-Marke. Die POW betrieb ein Schulungsprogramm, das am Vorbild der galizischen Schützenverbände orientiert war. Auch in den annektierten Gebieten, in Wilna und Umgebung, in Minsk, aber auch in Kiew und in Galizien besaß die POW Außenstellen. Gegen Kriegsende war die Organisation praktisch in jedem Winkel Polens präsent, selbst im preußischen Teilungsgebiet.

Nach Piłsudskis Vorstellung sollte die POW den Kern der militärischen Konspiration und des polnischen Untergrundstaats bilden, der Parallelstrukturen zu denen der Besatzungsmächte aufbaute. Ihre Mitglieder gründeten legal tätige und vom POW kontrollierte soziale und kulturelle Organisationen wie Gesangs- und Theatergruppen, Pfadfindervereine und Dorfklubs. 1916 gründeten die Irredentisten den Polnischen Militärfonds zur Finanzierung der POW.

Dagegen wurden die Polnischen Legionen nie zu einem mächtigen Instrument in der Hand der Irredentisten, denn hier hatten die Trialisten und das AOK mitzureden. Für die Trialisten waren die Legionen das wichtigste Machtinstrument, während das AOK sie nur als Bestandteil der österreichischen Landwehr sah. Piłsudski rang drei Jahre lang um die größtmögliche Selbständigkeit der Legionen. So bemühte er sich um ihre Polonisierung, die er „Legionisierung“ nannte, indem er die österreichischen Offiziere aus den Legionen entfernte. Dies gelang nur in der I. Brigade, die er selbst kommandierte, während er in den anderen beiden Brigaden seinen Einfluss nur indirekt vermittelt der ihm ideologisch nahestehenden Offiziere und

Soldaten ausbauen konnte. Trotzdem entzog sich die 1915 formierte III. Brigade weitgehend Piłsudskis Einfluss, während die II. Brigade dem Trialismus treu blieb. Unter deren Offizieren stach Józef Haller heraus, der Piłsudski nicht sonderlich schätzte und diesen nach dem Krieg allenfalls in der Rolle eines polnischen Botschafters in Paris sah. Auch Władysław Sikorski blieb dem NKN und dem Trialismus verhaftet, was ihn zu Piłsudski auf Distanz hielt.

Da die Doppelmonarchie gar nicht daran dachte, die Legionen zu polonisieren und sich für die polnische Sache einzusetzen, hielt Piłsudski es für sinnlos, den Kampf an ihrer Seite fortzusetzen. Die von Polen auf den Schlachtfeldern gebrachten Opfer sollten sich politisch auszahlen. 1915 konnte das noch die Gestalt eines polnischen Königreichs annehmen, das in Personalunion von den Habsburgern regiert wurde; daraus sollte in Zukunft dann ein Polen werden, das alle Teilungsgebiete in sich vereinte. Gegen die von Sikorski und dem NKN vertretenen Positionen begann Piłsudski im Herbst 1915, zum Boykott der Anwerbung für die Legionen aufzurufen, um die Mittelmächte zum Einlenken zu zwingen. Diese ließen sich jedoch nicht beeindrucken. Daher erklärte Piłsudski gemeinsam mit zahlreichen Offizieren und Legionären am 29. Juli 1916 seine Demission; er setzte immer noch darauf, die Mittelmächte damit zum Nachgeben zu bringen. Doch wurde seine Demission angenommen, denn offenbar war sein politischer Rückhalt noch nicht stark genug. Seine Gegner waren über die Demission hochofren und sahen das Ende seiner politischen wie seiner militärischen Laufbahn gekommen. Jaworski äußerte sich am 28. September 1916: „[...] ich verspüre große Erleichterung [...]. Ein schwerer Albdruk verfliegt. Wie viele furchtbare Augenblicke hat mir dieser Mensch verschafft – dieser Megalomane, Unruhestifter, Zerstörer, Verneiner in Gedanken und Tat. Eine merkwürdige Mischung aus Rücksichtslosigkeit, Brutalität, Vergeltungssucht mit Schwäche, Faulheit und Kleingeistigkeit. So müssen die Barbaren ausgesehen haben. Er liebt [...], was er liebt: das Vaterland, den Sozialismus, die Revolution oder sich selbst?“

Gegen alle Erwartungen stellte die Demission Piłsudski jedoch nicht ins politische Abseits, denn es war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr möglich, ihn an den Rand zu schieben. Im Gegenteil, als Zivilist besaß er größere Handlungsfreiheit. Gleichwohl verlor er nicht seinen Einfluss auf die Legionen, in denen weiterhin seine treuen Adlaten Dienst taten. Als Politiker sollte er fortan verkünden, mit keiner Partei assoziiert, sondern „Eigentum der gesamten Nation“ zu sein. Auch Walerj Sławek kehrte nicht in die Armee zurück.

Zwar kritisierte Piłsudski den NKN für seine Botmäßigkeit gegenüber Wien, doch wollte er keinen völligen Bruch, weil er ihn noch zu brauchen meinte. Er sah die wichtigsten Aufgaben der irredentistischen Bewegung

weiter in der Stärkung der POW und im Aufbau von Rückhalt in der Gesellschaft. An der Jahreswende 1916/17 gründeten die Irredentisten eine offene Vereinigung unter dem Namen „Piechur“ (Fußsoldat), die der POW eine legale Fassade insbesondere für ihre Propagandaaktivitäten verschaffen sollte. Wertvolle Unterstützung fand Piłsudski bei der Frauenliga; dies war die in Polen mitgliederstärkste Frauenorganisation; in der Auseinandersetzung mit dem NKN und Sikorski stellte sie sich auf die Seite Piłsudskis.

Unterdessen setzten die Legionen mit Erfolg ihre Einsätze fort. An der Wolhynienfront kämpften sie 1915 und 1916 erstmals in der Stärke von drei Brigaden und konsolidierten ihre militärischen Fähigkeiten. Durch ihre Erfolge in den verlustreichen Schlachten bei Kostjuchnivka im Sommer und Herbst 1915 und im Juni 1916 sicherten sie sich Anerkennung sowohl bei den Truppen der Mittelmächte als auch beim russischen Gegner. Der 1914 entstandene Mythos erhielt neue Impulse. Die Legionäre waren sehr viel effizienter als die russländischen oder die österreichisch-ungarischen Truppen. Besonderes Lob brachten ihnen 1916 ihr Einsatz in Wolhynien ein, wo sie unter schweren Verlusten stark überlegene russländische Einheiten aufhielten. Im Vergleich zu den Massenheeren der Mittelmächte waren die Legionen schwach, dennoch hatten sie wichtigen Anteil daran, die Brusilov-Offensive zu stoppen. Den Deutschen galten die Legionen als „polnische Armee“, die Legionäre als „polnische Soldaten“. Aus diesen Erfolgen versuchten NKN wie Irredentisten, Kapital zu schlagen.

Der Einfluss der Irredentisten wuchs mit der zunehmenden Befürwortung der Unabhängigkeit in der polnischen Gesellschaft, die noch unlängst aus Sicht ihrer Gegner als utopisch und politisch verderblich gegolten hatte. Den stärksten Rückhalt hatten sie zu Anfang in der PPS unter der Führung von Feliks Perl, Mieczysław Niedzialkowski und Tomasz Arciszewski, doch konnten sich die Sozialisten politisch kaum offen betätigen, weil die Polizei die Unabhängigkeitsparteien repressierte. Presse und Redaktionen wurden schikaniert, wenn sie für die Unabhängigkeit eintraten. Ein weiterer wichtiger Verbündeter war das PSL „Wyzwolenie“ (Befreiung), das am 4.–6. Dezember 1915 in Warschau durch Zusammenschluss von Volkspartei, Bauernverband und Verband des Polnischen Volkes (linke Fronde mit dem Nationalen Bauernverband – *Narodowy Związek Chłopski*, NZCh) entstand. Vorsitzender wurde Tomasz Nocznicki, Mitbegründer der PSL-Zeitschrift *Zaranie* (Anbruch) und einziger in der PSL-Führung, der wirklich vom Land stammte. Piłsudskis hatte auch im PSL seine Leute: Gustaw Daniłowski, Kazimierz Bagiński und Juliusz Poniatowski. Die Wirkung des PSL war anfangs beschränkt, was sich aber allmählich änderte. Seine Stellung war im GGL stärker als im GGW. Im Dezember 1915 verfügte das PSL über 1320 Ortsvereine, zwei Jahre darauf waren es bereits 3279; die Mitgliederzahl stieg bis November 1918 auf 18.000, womit das PSL



„Wyzwolenie“ zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft geworden war. Das PSL forderte die nationale Unabhängigkeit und setzte sich für Verbesserungen für die Landbevölkerung ein; dazu zählten Forderungen nach preiswerten Krediten für Bauern, der Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, Alphabetisierung und Landreform.

Um ihr Lager zu konsolidieren, gründeten die Irredentisten im Juli 1915 in Kielce das Hauptkomitee der Vereinigten Unabhängigkeitsorganisationen (*Zjednoczone Organizacje Niepodległościowe*, ZON), das allerdings kurz darauf in drei Fraktionen zerfiel; die stärkste davon war linksorientiert. An der Stelle des Hauptkomitees wurde am 18./19. Dezember 1915 das Zentrale Nationalkomitee (der *Centralny Komitet Narodowy*, CKN) gebildet. Dieses berief sich auf die „Roten“ während des Januaraufstands von 1863/64, was bereits die Namenwahl unterstrich. So wie im Jahre 1862 herrschte im CKN die Vorstellung, er könne sich mit der Zeit zu einer Regierung ausbilden, die alle wichtigen Strömungen der polnischen Politik repräsentiere. Den Vorsitz hatte Artur Śliwiński vom Verband der Nationalen Unabhängigkeit (*Związek Niezawisłości Narodowej*), einer der PPS nahestehenden Gruppierung. Im CKN waren vertreten PPS, PSL „Wyzwolenie“, NZR und liberale Gruppierungen wie der Verband der Unabhängigkeitsintelligenz (*Związek Inteligencji Niepodległościowej*) unter Feliks Młynarski und Karol Popiel. Der NZR verließ den CKN aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen dessen linken und zentristischen Parteien. Gegen Ende 1917 stellte der CKN seine Tätigkeit ein, weil sich die ihm zugrunde liegende politische Idee totgelaufen hatte. Für die Besatzungsmächte war er kein Ansprechpartner, und Kongresspolen eine souveräne polnische Regierung zu geben, war Wunschdenken geblieben.

1916 suchte der CKN nach einer Einigung mit der Endecja und dem Überparteilichen Verständigungskomitee, um einen Nationalrat (die *Rada Narodowa*) als neue, überwölbende politische Körperschaft einzurichten. Dies war keine neue Konzeption. Bereits im Sommer 1915 hatten die Irredentisten und die Trialisten des NKN dieselbe Idee lanciert. Die Trialisten waren in Kongresspolen schwach vertreten und setzten daher auf die Unterstützung durch die Irredentisten, doch Piłsudski hielt nichts von einer Verankerung des NKN in Warschau, weil er diesen auf Galizien beschränkt sehen wollte. Der Nationalrat sollte ausschließlich kongresspolnische Gruppierungen zusammenführen. Die Irredentisten beriefen 1915 bereits eine Organisationskommission des Nationalrats unter Vorsitz von Śliwiński. Sie versuchten ohne Erfolg, Nationaldemokraten und Realisten für die Idee zu gewinnen, der sich schließlich nur einige kleinere Gruppierungen der Intelligenz anschlossen. Die Umsetzung schlug also fehl, doch wurde die Idee damit noch nicht völlig aufgegeben, denn einhundert Vertreter polnischer Parteien in Kongresspolen belebten sie in einer Erklärung



vom 22. Februar 1916 wieder, um zu versuchen, die Interessen von CKN, MKP und der Liga der Polnischen Staatlichkeit (*Liga Państwowości Polskiej*, LPP) in Einklang zu bringen. Im Juni 1916 entstand die Überparteiliche Delegation der Parteien. Doch standen Interessengegensätze und die politischen Ambitionen einzelner Akteure dem Erfolg des Unternehmens im Weg; ein strategisches Bündnis der Parteien kam nicht zustande, selbst wenn sich alle grundsätzlich im Ziel der Unabhängigkeit einig waren. Mit der „Erklärung der Einhundert“ war ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht.

Trotz der ablehnenden Haltung des MKP wurde am 15. November 1916 der Nationalrat ins Leben gerufen. Neben dem CKN gehörten ihm vier kleinere politische Gruppierungen an, von der allenfalls die LPP einige Bedeutung hatte. Wegen der ideologischen und politischen Differenzen zwischen den Parteien war der Nationalrat schwerfällig und ineffizient und erwies sich als tote Körperschaft. Im Juli 1917 wurde er wieder aufgelöst.

Die immer schwierigere Situation der arbeitenden Bevölkerung ließen den Einfluss der Parteien aus dem linken Spektrum wie der SDKPiL und der PPS-Lewica wachsen. Sie kritisierten die Besatzungsmächte ebenso wie die polnischen „bourgeois“ Parteien, die Latifundieneigner und die Kapitalisten. An der polnischen Frage und der Unabhängigkeit waren sie nicht interessiert, sondern an sozialen Problemen und der sozialen Revolution. Sie suchten Verbündete bei den revolutionären Bewegungen in anderen Ländern, so auch bei den Bolschewiki. Die russischen Revolutionen von 1917 erweiterten ihr Betätigungsfeld. SDKPiL und PPS-Lewica organisierten Streiks, unterstützten Hungerdemonstrationen, feierten den 1. Mai, aber sie hatten außerhalb der größeren Städte keine nennenswerte Basis.

## 7 Der Akt des 5. November

Die Erfolge der Mittelmächte an der Ostfront und die Einnahme Warschaus bestärkten die Deutschen in der Überzeugung, sie würden über die politische Zukunft Kongresspolens und der annektierten Gebiete im Alleingang entscheiden, ohne Österreich einbeziehen zu müssen, ganz zu schweigen von den Polen. Daher verboten sie die Presse des NKN und der Legionen und blockierten das Ansinnen Wiens, Galizien und Kongresspolen zu vereinen. Dies war letztlich nur eine Konsequenz aus der in der deutschen Führung bestehenden Neigung zu imperialistischer Expansion. Doch gab es zur weiteren Behandlung Kongresspolens durchaus geteilte Ansichten, die sich in unterschiedlichen politischen Konzeptionen niederschlugen. Diese seien im Folgenden zusammengefasst.

1. Kongresspolen wird zu einem autonomen Staat mit eigenem Monarchen, der aber in einer engen Abhängigkeitsbeziehung zum Reich steht. Wie Gottlieb von Jagow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1915 ausführte, solle diese Anlehnung an das Reich den Polen nationale Einheit und Prosperität garantieren. Damit würde zwar der polnische Wunsch nicht erfüllt, die alte Rzeczpospolita wiederherzustellen, doch müssten die Polen einsehen, dass Deutschland seine bei den Teilungen gewonnenen Gebiete nicht wieder hergeben werde. Diese Konzeption fand die Zustimmung der polnischen Loyalisten aus dem preußischen Teilungsgebiet.
2. In den besetzten Gebieten sollten keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden, womit auch die Besatzungsverwaltung als solche beizubehalten sei. Wenn in Zukunft doch ein polnischer Kleinstaat entstehen sollte, dann quasi als deutsche Kolonie mit allenfalls lokaler Verwaltungsautonomie. Dies war die Konzeption der Hakatisten.
3. Ein polnisches Königreich entsteht als deutscher Satellitenstaat, von dem allerdings die im Westen gelegenen, wirtschaftlich am stärksten entwickelten Gebiete von Deutschland annektiert werden. Dies war eine von den deutschen Nationalisten aus dem Lodzer Industriegebiet vertretene Konzeption, wie sie in einem dem Reichskanzler vorgelegten Memorandum entwickelt wurde, das die Annexion von Lodz und der Gouvernements Plock und Kalisz forderte. Diese Konzeption wurde von der evangelisch-augsburgischen Kirche Kongresspolens nicht unterstützt.
4. Ein Königreich Polen würde durch Personalunion mit dem Königreich Sachsen, also unter Herrschaft des Hauses Wettin, fest mit dem Deutschen Reich verbunden sein.
5. Beide Militärgouvernements sind beizubehalten, zugleich jedoch ein eigenständiges Königreich auszurufen, das wirtschaftlich und militärisch mit dem Reich verbündet und ein Gebiet der deutschen zivilisatorischen und kulturellen Mission ist. Darüber hinaus sind aus von Russland abzutrennenden Gebieten weitere mit Deutschland verbündete Staatsgebilde zu schaffen.

Bereits 1914 brachte der Reichskanzler die „Befreiung der nichtrussischen Völker“ vom russischen Joch ins Spiel, aus denen eine Reihe kleinerer, wirtschaftlich vom Reich anhängiger Pufferstaaten gebildet werden solle. Bethmann Hollweg sprach in einer geheimen Denkschrift vom 9. September von einer „Liga Osteuropäischer Staaten“, die die Ostflanke des deutschen Europa bilden, während die Westflanke aus Belgien und den besetzten Gebieten im Osten Frankreichs bestehen solle. Das deutsche Europa solle eine Art von Sicherheits- und Einflusszone für das Reich darstellen. Dieser Konzeption pflichtete die Industrielobby bei, so auch Walter Rathenau, der

Architekt der deutschen Kriegswirtschaft. Auch Matthias Erzberger, Vorsitzender der katholischen Zentrumspartei, schloss sich dem an; ihm lag daran, das Reich zur Stärkung des Katholizismus mit Polen zu verbinden. Im Herbst 1914 gab er in einer Auflage von 120.000 Stück einen Kalender mit der Propagandathese von der Befreiung Polens vom „russischen Joch“ heraus. 1915 ließ sich selbst Falkenhayn dazu hinreißen, von einem „Mitteleuropäischen Staatenbund“ zu sprechen, der von Riga und Kiew bis Bessarabien reichen und im Westen Kalisz einschließen solle. Eine ähnliche Position vertrat Arthur Zimmermann, Jagows Nachfolger im Amt des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt.

Die Diskussion über ein „deutsches Europa“ erhielt durch das bekannte Buch des Pastors und Linksliberalen Friedrich Naumann „Mitteleuropa“ weiteren Auftrieb. Es erschien 1915 und wurde augenblicklich zum Bestseller, von dem bis Kriegsende 200.000 Exemplare verkauft wurden. Naumann argumentierte, ein deutsches Europa sei um einen mitteleuropäischen Kern herum aufzubauen. Neue ethnationale Staaten sollten die Hegemonie des Reiches und seine Kulturmission sicherstellen. So würden die Völker des Ostens unter deutschem Einfluss höheren Wohlstand und kulturelles Niveau erreichen, wodurch ein Bündnis mit ihnen keine Belastung, sondern vorteilhaft sein werde. Die kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaft werde den Weg zu politischer Einheit öffnen, mit anderen Worten zu einem Staatsverband des deutschen Europa. Dieses Mitteleuropa begriff Naumann als Ersatz für überseeische strategische und Rohstoffreserven, die Deutschland gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten globale Überlegenheit verschaffen sollten. Naumann fand zwar keine einhellige Zustimmung bei Politik und Militär, doch seine Thesen wurden überall diskutiert.

Die internen deutschen Diskussionen waren in Polen kaum bekannt, doch Naumanns Buch wurde auch dort in breiten Kreisen rezipiert. So erregte Aufmerksamkeit, als Wilhelm II. 1915 in Krakau äußerte, wenn die Polen vernünftig seien, erwarteten sie „große Dinge“. Es war völlig unklar, was er damit im Sinn hatte, doch löste er in Polen eine heftige Debatte aus, die der Phantasie freien Lauf ließ. Tatsächlich aber war 1915 und in der ersten Jahreshälfte 1916 die Zukunft Kongresspolens völlig offen. Noch wurde in Deutschland und zwischen Berlin und Wien darüber debattiert. Für Beseler war im Januar 1915 Kongresspolen nicht mehr als eine dem Feind abgenommene Provinz, die kriegswirtschaftlich ausgebeutet werden solle, während ihre politische Zukunft vorerst völlig zweitrangig sei.

Die Meinungen in Politik und Militär zur Zukunft Kongresspolens änderten sich nicht zuletzt unter dem Eindruck der Leistungen der Legionen. Die anfängliche Abneigung wich der Überlegung, wie die Legionen am geschicktesten für deutsche Interessen einzusetzen seien. In einem Schreiben

an Zimmermann vom 17. Juli 1916 äußerte Ludendorff seine Anerkennung für den polnischen Soldaten und sah einen polnischen Verbündeten bereits als möglichen Ersatz für die militärisch enttäuschenden Österreicher.

Eine Wende in der deutschen Polenpolitik deutete sich mit der Reichstagsrede des Kanzlers vom 5. April 1916 an, die polnische Frage sei auf den Schlachtfeldern erneut gestellt worden und die Geschichte kenne nach solchen Ereignissen keinen Status quo. Typischerweise hielt sich Bethmann Hollweg mit dieser enigmatischen Äußerung alle Optionen offen und setzte eine Unzahl von Mutmaßungen in Gang. Obwohl Deutschland ein klares militärisches und wirtschaftliches Übergewicht über Österreich-Ungarn besaß, konnte es dennoch in der polnischen Frage nicht einfach über den Bündnispartner hinweggehen. Die im März 1916 zwischen Berlin und Wien geführten Gespräche blieben noch ohne Ergebnis. Im Sommer machten die Deutschen klar, dass sie sich einen gesonderten polnischen Staat unter eigener Kuratel vorstellten, wozu Wien jedoch noch nicht bereit war. Die Deutschen hatten bereits für den 1. Juli die Ausrufung eines Königreichs Polen geplant, die aber unter diesen Voraussetzungen nicht erfolgen konnte. Weitere bilaterale Gespräche fanden am 11./12. August in Wien statt, am 16. trafen sich die beiden Außenminister. Grundsätzlich verständigten sich beide Seiten bereits auf ein Königreich Polen, doch blieben die Einzelheiten immer noch offen. Die Polen waren zu den Gesprächen nicht geladen, doch wurde einige wenige wie Hutten-Czapski und Studnicki über den Ausgang informiert. Die Aktivisten drängten bei ihren deutschen Gesprächspartnern auf eine schleunige Entscheidung, denn sie fürchteten, der günstige Moment könne vorübergehen und Russland um einen Separatfrieden ersuchen, was die polnischen Hoffnungen begraben würde; dies war für die polnischen Aktivisten das denkbar schlechteste Szenario.

Bethmann Hollweg schloss einen Separatfrieden nicht aus, war aber in erster Linie auf die realpolitischen Möglichkeiten bedacht und hielt es für wichtig, ein Königreich Polen auszurufen, das ein deutscher Satellit sein würde. Aus Warschau erhielt er Unterstützung von Beseler. In einem Brief an den Kaiser vom 23. Januar 1916 unterstrich dieser die Bedeutung Polens als Barriere gegen Russland, als natürliches Vorfeld für die drei wichtigsten Festungen in den Ostprovinzen, Thorn, Breslau und Posen. Der Kanzler und der Generalgouverneur mussten Ludendorff, Hindenburg und die Hakatisten dahingehend beruhigen, dass ein von Deutschland abhängiges Polen weder Macht noch Möglichkeiten besitzen würde, Ansprüche auf das preußische Teilungsgebiet zu erheben, und ein solcher Staat für das Reich von großem Vorteil wäre. Sie mussten schließlich noch das sehr wesentliche Argument vorbringen, die polnische Armee werde unter deutscher Führung stehen. Für die deutschen Nationalisten war das eine *Conditio sine qua non*. Bethmann Hollweg ließ auf einer geheimen Sitzung der Budgetkommission

des Reichstags vom 9. November 1916 keinen Zweifel, dass er sich Polen nicht anders denn als Vasallenstaat vorstellen konnte. Doch solche Argumente reichten den deutschen Nationalisten nicht aus, da ein Königreich Polen dem Reich nur schaden werde und die Polen in ihrer Undankbarkeit keinen eigenen Staat verdienten.

Zur Beruhigung der Hakatisten ergänzten der Reichskanzler und der Generalgouverneur, ein Königreich Polen würde die polnischen Aktivisten dazu veranlassen, aus dem preußischen Teilungsgebiet dorthin umzusiedeln. Diese Idee stammte nicht allein aus deutschen Köpfen, denn Korfanty hatte bereits im September 1914 vorgeschlagen, die Polen in ihren zukünftigen Staat umzusiedeln, der bis Minsk, Wilna und Grodno reichen solle. Korfanty verwarf diese unausgegorene Vorstellung bald darauf, aber seine deutschen und polnischen Gegner behielten sie sehr wohl in Erinnerung. Friedrich von Schwerin, Berater des Reichskanzlers in polnischen Fragen, ging noch weiter; er schlug vor, einen Teil der Polen aus dem preußischen Teilungsgebiet in das Königreich umzusiedeln, um anstatt dieser Deutsche aus Wolhynien und dem Wolgagebiet anzusiedeln. Damals war die Vorstellung eines zwangsweisen „Austausches“ einer Bevölkerung noch etwas Neues und Unerhörtes. In einer Denkschrift vom 31. Dezember 1915 gab Schwerin zu bedenken, der Krieg verschaffe Deutschland möglicherweise letztmals die Gelegenheit, nochmals seine historische Mission der Kolonisierung des Ostens aufzunehmen. Schwerins Vorschläge fanden in Berlin keine Zustimmung, weil ihre Umsetzung logistisch schwierig und zeitraubend gewesen wäre; außerdem fürchtete Berlin damals noch den Aufruhr der zivilisierten Welt. Bethmann Hollwegs und Beselers Konzepte hatten dagegen Durchsetzungschancen.

1916 kam zu den Argumenten für die Schaffung eines Königreichs Polen die wachsende Aktivität der polnischen Unabhängigkeitsbewegung hinzu. Die Besatzungsmächte hatten verständlicherweise kein Interesse daran, dass diese sich auf die Entente orientierte. Daher mahnten sie eine polnenfreundlichere Haltung an. Das blieb in der polnischen Politik nicht unbemerkt. „Die deutsche Obrigkeit hat einen merklichen Frontwechsel vollzogen. Während sie noch bis vor kurzem konsequent dafür sorgte, sich in jeden öffentlichen Bereich hineinzudrängen und die polnischen Aktivitäten in ihre eigene Organisationen einzufügen, haben diese Anstrengungen jetzt plötzlich so gut wie aufgehört“, berichtete der NKN am 2. April 1916.

Am 8. Oktober 1916 legte Beseler seine polenpolitischen Vorstellungen im preußischen Ministerrat dar. Das Königreich solle gemeinsam mit einem mitteleuropäischen Staatenbund unter deutscher Leitung im Osten zur strategischen Grenze des deutschen Europa werden; die Gewähr dafür werde neben der deutschen die polnische Armee bieten. Beseler schätzte, dass allein durch Freiwilligenwerbung im Königreich eine Armee von 200.000

Mann Friedensstärke und 800.000 Mann Kriegsstärke aufgestellt werden könne. Im Juli 1916 hatte er dem Kaiser noch weniger optimistische Schätzungen vorgelegt und von einer Armee aus sechs polnischen Divisionen mit 100.000 Mann gesprochen. Auch in einem Schreiben an Hindenburg vom 3. Oktober 1916 argumentierte er, ohne Königreich Polen werde keine Freiwilligenwerbung möglich sein, wodurch dem Reich nicht allein ein akuter Vorteil entgehe, sondern auch in Zukunft seine Sicherheit und Hegemonialstellung im Osten bedroht seien. Beseler hatte diese seine Argumente präzise auf seine deutschen Adressaten abgestimmt, war sich aber sehr bewusst darüber, dass eine polnische Freiwilligenarmee nicht so schnell aufzustellen war. In der Tat war ihm und dem Reichskanzler vorläufig wohl wichtiger, mehr Polen für die Arbeit in der deutschen Kriegswirtschaft zu gewinnen. Im Oktober 1916 bemerkte er im Gespräch mit Ludendorff, der polnische Arbeiter sei für die deutsche Kriegsanstrengung nicht minder wichtig als der polnische Soldat. Beseler versuchte, auch die polnischen Politiker in Warschau von seinen und Bethmann Hollwegs Vorstellungen zu überzeugen, womit er sogar einigen Erfolg hatte. Im Gespräch mit Adam Ronikier führte er aus, ein starkes, zufriedenes und unabhängiges Polen liege im deutschen Interesse.

Letztlich setzte sich Bethmann Hollweg mit seiner Konzeption durch, nachdem sowohl Wilhelm II. als auch Erzherzog Karl sich von dieser Position hatten überzeugen lassen, letzterer also endgültig die trialistische Option aufgegeben hatte. Bei den deutsch-österreichischen Gesprächen im Schloss von Pless fiel am 18. Oktober die Entscheidung, das Königreich Polen auszurufen, das aber weiter deutscher und österreichischer Aufsicht unterstehen sollte. Die Ausrufung sollte an Allerseelen, dem 2. November geschehen. Vorher sollten die wichtigsten polnischen Akteure nach Berlin und Wien reisen, um namens der Einwohner Kongresspolens die Mittelmächte um die Ausrufung eines polnischen Staates zu ersuchen.

Zu dieser polnischen Delegation unter Führung des Warschauer Universitätsrektors Józef Brudziński gehörten Zygmunt Chmielewski, Stanisław Dzierzbicki, Michał Łempicki, Franciszek Radziwiłł, Adam Ronikier und Samuel Dickstein. Die Piłsudski-Leute sagten ab, weil sie bei einer solchen Inszenierung nicht mitmachen wollten. Auch die Passivisten kritisierten die Unternehmung, da sie eine hinter verschlossenen Türen getroffene Entscheidung der Besatzungsmächte legitimiere, zudem zu einem Zeitpunkt, da Beseler die Arbeitspflicht einführte.

Am 28. Oktober 1916 beriet die polnische Delegation in dem Saal der Reichskanzlei, in dem der Berliner Kongress von 1878 stattgefunden hatte. Zur Begrüßung sagte Bethmann Hollweg, in diesem Saal sei der bulgarische Staat gegründet worden, jetzt sei Polen an der Reihe. Zwei Tage darauf wurden die Delegierten in Wien in einem Saal empfangen, in dem ein Teil der

Debatten des Wiener Kongresses von 1814/15 stattgefunden hatte. Es waren drei Repräsentanten der galizischen Polen hinzugestoßen. Die Delegation wurde in allen Ehren empfangen, aber mit leeren Gesten und schönen Worten abgefertigt. Die Polen versuchten Territorium und Grenzen, Regierung, Sejm und Armee des neuen Königreichs zur Sprache zu bringen, doch die Besatzungsmächte lehnten konkrete Festlegungen mit der Begründung ab, über Grenzen und politische Institutionen Polens könne nicht entschieden werden, solange der Krieg andauere. Die Besatzungsmächte wollten so viel wie möglich für sich gegen möglichst wenig Gegenleistung erreichen, hieß es bei der Opposition in Kongresspolen. Als Einziges erreichten die Delegierten, dass die Ausrufung des Königreichs von Allerseelen, ein als nicht angemessen empfundenes Datum, auf den 5. November verschoben wurde.

Die Proklamation geschah im Namen beider Kaiser, obwohl keiner von ihnen das Dokument unterzeichnet hatte. Faktisch handelte es sich um einen auf Allerhöchste Kabinettsordre erlassenen Aufruf der beiden Generalgouverneure. Die Proklamation rief das Königreich Polen eigentlich nicht aus, sondern kündigte es lediglich an. Darin heißt es, die Kaiser hätten beschlossen, „die mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen Gebiete“ „in einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung“ umzuwandeln. Ein zeitgleiches deutsches Dokument behauptete, die Ausrufung des Königreichs ändere nichts am Status Kongresspolens als Kriegsbeute. In der Tat bestanden auf ein und demselben Territorium drei unterschiedliche politische Organismen: die beiden Generalgouvernements und das vermeintlich unabhängige Königreich. Bei dieser Konstellation waren Macht- und Kompetenzkonflikte vorprogrammiert. Die Pessimisten gingen davon aus, nach einem für die Mittelmächte siegreichen Krieg werde Deutschland die Westgebiete des Königreichs annectieren; entsprechende Äußerungen finden sich in der zeitgenössischen Presse: „Bitte eine Karte des Königreichs Polen.“ – „Aber welche? Denn wir haben zwei Ausgaben, die vollständige und die gekürzte“, gab der *Dziennik Bydgoski* (Bromberger Tageblatt) ein fiktives Gespräch in einer Buchhandlung wieder.

Die Besatzungsmächte trugen Sorge, den Akt der beiden Kaiser in möglichst feierlicher und gehobener Form zu verkünden. In den Kreisstädten wurde er von den Landräten in beiden Sprachen veröffentlicht, in den Gemeinden von den Vorstehern. Die begleitende Propaganda behauptete, die verbündeten Mächte hätten den Krieg im Osten im Gedanken an Polen geführt, und die deutschen Soldaten hätten mit ihrem Blut Polen zu neuem Leben verholfen. Dafür sei von den Polen Dankbarkeit zu erwarten. Das widersprach dem offenen Eingeständnis von Beselers gegenüber der polnischen Führung, die polnische Unabhängigkeit ganz im eigenen Interesse ausgerufen zu haben, um Polen als Pufferstaat gegen Russland zu installieren.



Die zentralen Feierlichkeiten fanden in den beiden Hauptorten der Generalgouvernements Warschau und Lublin statt. Das Wetter in Warschau war für die Jahreszeit untypisch gut. Die Proklamation wurde in Anwesenheit von Beselers auf dem Königsschloss in beiden Sprachen verlesen. Bogdan Hutten-Chapski verkündete der Öffentlichkeit die polnische Fassung. Die Deutschen hatten 600 Personen zu der Feierlichkeit geladen; anwesend war auch Erzbischof Kakowski, der sich allerdings weigerte, in der Johanneskathedrale eine Dankesmesse zu zelebrieren und die Glocken läuten zu lassen. „Ein deutsches Militärorchester spielte ‚Herr, der Du Polen‘ und ‚Noch ist Polen nicht verloren‘. Uns Polen schnürte ein merkwürdiges Gefühl die Kehle zu. Wir waren Zeugen eines Akts von großer Bedeutung, der ersten Etappe zur Freiheit [...]. Es trat eine unglaubliche Stille ein. Dann erklang aus der Mitte der polnischen Gruppen der Ruf: ‚Es lebe Polen!‘ Wellen durchliefen die Menge, die Augen leuchteten vor Begeisterung, das Rufen wurde lauter und stärker und erschütterte die alten, dicken Mauern. Die Deutschen drängten sich unwillkürlich beunruhigt zusammen, im Saal herrschte grenzenlose Begeisterung“, schrieb der ganz hingerissene Stefan Krzywoszewski.

Die Feiern in Lublin fielen bescheidener aus, die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung war gering. Legionsoffiziere mit erbeuteten Säbeln bildeten die Ehrenwache. Generalgouverneur Kuk verlas den Text in deutscher, Zivilkommissar Madeyski in polnischer Fassung. „Es lebe Polen“-Rufe ertönten, ein Orchester spielte „Noch ist Polen nicht verloren“.

In beiden Städten wurden polnische Fahnen gehisst, gleichwohl ließ sich die Bevölkerung in Warschau und Lublin nicht sonderlich von der Stimmung mitreißen. Die Feiern richteten sich an die Eliten, die allgemeine Bevölkerung blieb passiv und gleichmütig. Nur wenige ließen sich von dem Enthusiasmus anstecken, fielen sich in die Arme und gratulierten sich zur Wiedergeburt Polens.

Die Passivisten ließen keinen guten Faden am Akt des 5. November. Für sie handelte es sich um eine „deutsche Unabhängigkeit“, einen „Annexionsakt“ oder „offenen Betrug“. Das Königreich werde eine Kolonie des Reiches unter preußischem Stiefel sein, nur dazu da, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu liefern. Sie hielten es für sinnlos, auf Berlin zu setzen, weil Deutschland den Krieg verlieren werde, denn sonst hätte es längst gewonnen. Auf längere Sicht war diese negativistische Haltung nur ein sicherer Weg in die politische Bedeutungslosigkeit. Das passivistische Lager konnte sich nicht stur an die eigene Position klammern, weil es damit nur die Piłsudski-Leute und die übrigen Aktivisten stärkte. Daher wurden Passivisten und Realisten, obwohl sie doch für die Entente optierten, zu „Neutralisten“, wie es zeitgenössisch hieß. Wer sich wie insbesondere Harusewicz und Szebeko aus der polnischen Politik zu dieser Zeit in Petrograd aufhielt, der verurteilte



selbstverständlich die Proklamation, kritisierte aber auch die Polenpolitik Russlands und der Entente: Die Proklamation hätte es gar nicht erst gegeben ohne die feige Politik der Ententemächte und die russische Tatenlosigkeit. Als sich die Gemüter nach einigen Wochen wieder etwas beruhigt hatten, fielen die Urteile der Passivisten bereits milder aus; nunmehr vermochten sie sogar einige Vorzüge des Aktes vom 5. November zu erkennen. Am 27. November stufte das Überparteiliche Politische Komitee diesen als politische Maßnahme ein, die auf internationaler Bühne klarmache, die polnische Frage einer Lösung zuführen zu müssen. So wurde mit Bedauern die Entscheidung der Rockefeller-Stiftung zur Kenntnis genommen, das Königreich Polen fortan nicht mehr als neutral zu sehen und daher von weiterer Hilfe für die Zivilbevölkerung Abstand zu nehmen.

Umgekehrt stufte die Aktivisten die Proklamation als großartig und international bedeutsam ein, obwohl sie natürlich einsehen mussten, dass bei dieser Konstellation das preußische Teilungsgebiet für Polen verloren sein würde. Nichtsdestoweniger zogen sie einen zurechtgestutzten polnischen Vasallenstaat einem nichtexistenten Polen vor. Die exponiertesten Germanophilen behaupteten, sie würden sich auf einen Pakt mit dem Teufel einlassen, wenn dadurch nur irgendeine Art von polnischem Staat zu erreichen wäre.

Die Mittelmächte konnten den Akt des 5. November als Erfolg verbuchen. Sie gewannen an Ansehen bei den Polen, deren Bereitschaft zur Kooperation wuchs. Das Lager der Passivisten geriet ins Schwanken. Einige wie Jan Stecki und die Lubliner Passivisten gingen zu den Aktivisten über. Weitere gaben den Passivismus zwar nicht auf, erklärten aber, „Neutralität“ und „Ernsthaftigkeit“ zu wahren, womit sie meinten, einen differenzierteren Blick auf die Politik der Besatzungsmächte zu werfen, um zu unterstützen, was Polen nütze. Die Irredentisten bewerteten den Akt positiv, weil sie diesen für einen Schritt in die richtige Richtung hielten, nämlich den Anfang des Aufbaus eines souveränen polnischen Staates. Daher befahl Piłsudski den Legionären, ihre Demission zurückzunehmen.

Die politischen Milieus in Galizien und dem Teschengebiet nahmen den Akt des 5. November überwiegend positiv auf. Der NKN begrüßte ihn, obwohl natürlich klar war, dass er die Umsetzung des nationalistischen Konzepts so gut wie unmöglich machte. In Krakau wurde eine Festsitzung des Stadtrats im Rathaus unter Teilnahme von Notabeln aus der Stadt und ganz Galizien am 8. November anberaumt. An diesem Tag hielt sich Piłsudski in der Stadt auf, wo ihn die Menschenmenge enthusiastisch begrüßte und auf den Schultern zur Wawelkathedrale trug, um ihn dort ein Tedeum hören zu lassen. Auch im Lemberger Rathaus war man in Feierstimmung. Tadeusz Fiedler, Vorsitzender des Statthalterbeirats, erklärte, die Herzen der Polen würden sich Warschau und den Legionen öffnen, die Polen einen

guten Namen erkämpft hätten. Bei ähnlichen Sitzungen überall in Galizien setzten Stadtverordnete und Bürgermeister traditionsgemäß eine Adresse an den „grauhäuptigen Monarchen“ mit einem Dank für seine „väterliche Güte“ auf. Die höchsten polnischen Würdenträger sandten Depeschen an den Kaiser, um ihn „in tiefer Dankbarkeit für den denkwürdigen Akt historischer Gerechtigkeit“ ihrer Treue zu versichern.

Auch die Loyalisten des preußischen Teilungsgebiets nahmen den Akt positiv auf und brachten ihre Dankbarkeit zum Ausdruck. Im preußischen Landtag tat dies Radziwiłł, im Herrenhaus Adam Zółtowski; Erzbischof Dalbor sandte ein Danktelegramm an den Kaiser. Allerdings kam es wegen des Widerstands der Nationaldemokraten nicht dazu, im Polnischen Theater von Posen eine Dankesbekundung zu veranstalten, noch konnten die bereits geplanten Dankgottesdienste gehalten werden. Bereits am 31. Oktober 1916 hatte Władysław Seyda im Reichstag gesagt: „Man kann nicht zur Lösung der polnischen Frage nur einen Teil des polnischen Volkes heranziehen, ohne gleichzeitig auf die anderen Teile Rücksicht zu nehmen, – gleich als ob für diese eine polnische Frage gar nicht existierte.“ Bei späteren Gelegenheiten wurde Seyda noch deutlicher, ähnlich wie Korfanty.

Bleiben noch die Reaktionen der polnischen Emigration zu protokollieren. In den Vereinigten Staaten standen die meisten Polen auf Seiten der Entente, nur eine Minderheit war für die Mittelmächte, und diese zeigten sich mit dem Akt des 5. November wohlzufrieden. Ähnlich gespalten waren die Polen in der neutralen Schweiz. Wer für die deutsch-österreichische Seite eintrat, fand sich auf dem Schloss von Rapperswil ein, um in einer Resolution seiner Freude Ausdruck zu verleihen. Dagegen meinten die Nationaldemokraten und die Realisten unter Dmowski, es könne keine Zustimmung zu einem Zwergstaat ohne die beiden anderen Teilungsgebiete geben; in einem offenen Brief vom 11. November protestierten sie scharf gegen den Akt, weshalb das Dokument als „Protestation von Lausanne“ in die Geschichte einging. Die erste Veröffentlichung des Briefs war von zwanzig Politikern unterschrieben, von denen sich sieben in Frankreich und dreizehn in der Schweiz aufhielten; zu den Unterzeichnern gehörten Maurycy Zamojski, Erazm Piltz, Waclaw Gaşiorowski und Stefan Natanson. Sienkiewicz unterschrieb nicht; er fand das Protestschreiben überzogen und nahm es sich schwer zu Herzen. In der Tat war der Text hastig redigiert und überaus emotional. Er leistete der polnischen Sache keinen guten Dienst, sondern trug dazu bei, die Spaltung in Heimat und Emigration zu vertiefen.

Beseler ging umgehend mit der ihm eigenen Energie daran, seine Vorstellung von einem gut funktionierenden polnischen Staat umzusetzen. Die Armee stand für ihn im Mittelpunkt. Auch Aktivisten und besonders Irredentisten gaben der Armee absolute Priorität. Deshalb ließ Beseler bereits am 12. November einen Aufruf zur freiwilligen Meldung zu den weiß-roten

Fahnen aushängen. Die Organisation der neuen Armee sollte ganz in deutscher Hand liegen, den Oberbefehl würde der Generalgouverneur persönlich innehaben. Nach Beselers Auffassung sollte die polnische Armee mehrere Aufgaben übernehmen: Erstens sollte sie Grundlage des Staates sein – kein Staat ohne Armee; weder Deutschland noch Polen würden in einem deutschen Europa ohne polnische Armee auskommen. Zweitens sollte sie den Beweis erbringen, dass sich Polen endgültig von Russland und der Entente ab- und den Mittelmächten zugewandt habe. Die polnische Armee würde die deutsch-polnische Waffenbrüderschaft unter Beweis stellen. Damit die polnische Armee auch uneingeschränkt einsatzfähig sei, müsse sie nach deutschem Vorbild aufgebaut werden. Schließlich solle die Armee als Schule der Nation dienen, wie es der Generalgouverneur ausdrückte.

Realistisch betrachtet würde die polnische Armee frühestens in einigen Monaten einsatzbereit sein. Es war keineswegs sicher, dass sie überhaupt im Krieg zum Einsatz kommen würde. Die Deutschen hatten nicht die Absicht, die Haager Landkriegsordnung zu verletzen, die Rekrutierung auf besetztem Gebiet verbot, daher wollten sie sich auf Freiwilligenwerbung beschränken, deren Ergebnisse quantitativ nicht sehr beeindruckend ausfallen konnten. Der Aufbau einer Freiwilligenarmee brauchte Zeit und Geld. Beides stand nicht in hinreichendem Umfang zur Verfügung. Von Beseler plante, die polnische Armee von Grund auf neu aufzubauen, und wollte dazu keineswegs auf die Legionärskader zurückgreifen, die erstens Österreich unterstanden und zweitens seiner Auffassung nach zu stark politisch involviert und schon halbwegs in Aufruhr befindlich waren. Viele Polen reagierten aufgebracht unter dem Eindruck, die Deutschen hätten den 5. November nur inszeniert, um eine polnische Armee rekrutieren zu können und die Polen schnellstmöglich auf dem Schlachtfeld verbluten zu lassen; aber das entsprach nicht ganz der Wahrheit. Es war nicht Ziel der Besatzungsmächte, in Kongresspolen möglichst viele Soldaten auszuheben; rekrutiert werden sollten eher Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft. Das zeigte sich am Fortgang der Rekrutierung. Dennoch kannten die Passivisten alsbald nur eine Interpretation für den Werbeaufruf, wie sie beispielsweise in Adolf Nowaczyńskis Versen zum Ausdruck kommt:

<i>Wtem orędzie głosi wszędzie</i>	Allenorts der Ruf erschallt
<i>Achtung Kinder! – Polska będzie,</i>	Achtung Kinder! – wird Polen bald,
<i>Więc w szeregi pospieszajcie</i>	Stracks euch in die Glieder reiht
<i>Resztę swojej krwi nam dajcie.</i>	Den letzten Tropfen Bluts uns leiht.

Aber selbst die Aktivisten hatten einen solchen Aufruf und eine solche Armee nicht erwartet. Sie machten keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung,

die Irredentisten nicht aus ihrer Ablehnung. Selbstverständlich sollte ihrer Vorstellung nach eine polnische Armee für polnische Interessen kämpfen und nicht für deutsche. Daher rief das irredentistische Lager zum Boykott der Anwerbung auf, womit es auch Erfolg hatte. Die jungen Männer hatten keine Neigung, in einer Armee zu dienen, ohne sich mit dem Zweck ihres Fronteinsatzes identifizieren zu können. Sie wollten eine polnische Regierung als Dienstherren und einen polnischen Oberbefehlshaber, der nach fast allgemeinem Verständnis zur einer sein konnte, nämlich Piłsudski. Überdies sollten die Legionen den Stamm der neuen Armee bilden, ergänzt um die Kämpfer der POW.

Von Beseler schätzte die Stimmung in der polnischen Gesellschaft völlig falsch ein, indem er davon ausging, sie würde überwiegend dankbar für die Proklamation sein. In Reaktion auf die negativen Stimmen entschloss er sich zu einigen freundlichen Gesten. Nochmals schärfte er Behörden und Offizieren ein, die Polen als Verbündete zu behandeln, ihnen höflich und respektvoll zu begegnen, ohne mit ihnen zu fraternisieren. Er verurteilte jedes grobe und beleidigende Auftreten. Am 7. August 1917 wiederholte er seinen Appell an die Beamten mit der Begründung, sie hätten ihre persönlichen Ansichten tunlichst dem Interesse des Reiches unterzuordnen, sich mit den Polen auf guten Fuß zu stellen, um diese nicht den Kriegsgegnern oder der Revolution in die Arme zu treiben. Die Polen wussten von Beselers Anstrengungen sehr wohl zu schätzen. Beseler erlaubte den Legionen eine Parade in Warschau, worauf sie lange gewartet hatten; allerdings untersagte er die Teilnahme von Soldaten der Ersten Brigade. Schaulustige tummelten sich genügend auf der Straße, doch hielt sich die Begeisterung in Grenzen. „Wir spürten plötzlich, dass das Publikum, an dem unsere tapferen Abteilungen vorbeidefilieren, keinen Enthusiasmus zeigte“, schrieb Józef Haller. Ein Legionär hielt fest: „Rufe werden laut, aber sie sind schwach und kommen nur von einem kleinen Häuflein.“ Wenn überhaupt gerufen wurde, dann: „Es lebe Piłsudski!“ oder „es lebe die Erste Brigade!“.

Die Erklärung dafür ist darin zu sehen, dass sich die Legionen in Kongresspolen keines besonderen Publikumsinteresses erfreuten, zumal sie gerade in Warschau als Formation der Besatzungsmächte wahrgenommen wurden. Noch dazu fehlten bei der Parade die Erste Brigade und ihr Kommandeur Piłsudski, und sie wurde von dem in Warschau unbeliebten Beseler abgenommen.

Die Warschauer Legionsparade belegte einmal mehr, dass die polenpolitische Initiative inzwischen bei den Deutschen lag, die konsequenter agierten als die Österreicher. Piłsudski erkannte das und suchte fortan die Verständigung mit den Deutschen. Bereits während der Kämpfe in Wolhynien hatte er beobachtet, dass die Deutschen um gute Kontakte mit den Legionsoffizieren bemüht waren, anders als die Österreicher. Daher wollte er Beseler

aufsuchen, um über die Perspektiven der neuen Armee zu sprechen. Zur Fahrt von Krakau nach Warschau brauchte er Beselers Genehmigung. Zur Sondierung der Lage schickte er Boleslaw Wienawa-Długoszowski voraus, der sich seiner Aufgabe bestens entledigte. Beseler war daran interessiert, Piłsudski für seine Zwecke einzuspannen. Innerhalb eines Jahres hatte sich dessen Lage sehr verändert. Noch im August 1915 hatten die Deutschen ihn aus Warschau hinauskomplimentiert, jetzt waren sie sehr an ihm interessiert.

Piłsudski traf am 12. Dezember 1916 in Warschau ein. Er wollte möglichst großen Eindruck machen, und seine Anhänger sorgten für den richtigen Rahmen. Am Bahnhof wurde er von einer Menschenmenge begrüßt, die vor seiner Kutsche die Pferde ausspannte, um sie selbst zu ziehen. Seine Bewunderinnen wollten ihn bei sich zu Hause empfangen. Es hieß, hätte sich in diesem Augenblick Kościuszko gezeigt, hätte er kaum größere Ovationen auslösen können. Am nächsten Tag führte Piłsudski seine Unterredung mit dem Generalgouverneur. Sie blieb ohne Ergebnis, denn die Vorstellungen waren zu disparat. Piłsudski sah Beselers Armee als Ansammlung von Condottieri und ließ keinen Zweifel daran, dazu nicht seine Hand zu leihen. Er bemerkte, ohne polnische Regierung und Kommandeur werde es keine neue Armee geben.

Doch von Beseler ließ sich davon nicht abschrecken, an die Umsetzung seiner Konzeption zu gehen. Er ordnete an, die Anwerbung durch Legionäre mit der Staatsangehörigkeit des Königreichs durchführen zu lassen. Sikorski ließ sich zur Zusammenarbeit bewegen; er übernahm die Leitung des Landesinspektorats für Aushebung. Die Irredentisten erklärten das zum Verrat und nannten Sikorski einen „Lakaien der Preußen“. Damit verschärfte sich der Konflikt zwischen Piłsudski und Sikorski noch weiter. Sikorski vertrat die Auffassung, eine Armee habe für Polen absolute Priorität; ein deutscher Armeechef sei dafür hinzunehmen. Die Passivisten beteiligten sich nicht an dieser Diskussion, weil sie die Idee grundsätzlich für verfehlt hielten. Sikorski vermochte jedoch keine Freiwilligen zu gewinnen, sodass der Aufbau der Armee gar nicht erst beginnen konnte. Aber auch eine Erweiterung der Legionen erfolgte nicht, obwohl sie am 20. September 1916 zum Polnischen Hilfskorps (den *Polski Korpus Posiłkowy*, PKP) umgewandelt worden waren. Seit dem Ende der Wolhynienkämpfe im Spätherbst 1916 hatten die Legionen an keinen Kampfhandlungen mehr teilgenommen. Die Legionäre starben nach eigener Aussage vor Langeweile, während sich die Besatzungsmächte den Kopf zerbrachen, was mit ihnen weiter anzufangen sei. Nach der Februarrevolution in Russland waren sie nicht mehr sonderlich daran interessiert, die Legionen zu erweitern, weil sie davon ausgingen, dass die Russen sich in ihrer Not gewiss auf einen Separatfrieden einlassen würden. Am 10. April 1917 trafen Deutsche und Österreicher die Entscheidung,

den PKP aufzuteilen: Die aus Galizien und dem Teschengebiet stammenden Legionäre sollten dem AOK unterstellt bleiben, diejenigen aus dem Königreich unter deutsches Kommando gestellt werden. Mit der Umsetzung hatten die Mittelmächte allerdings keine Eile.

## 8 Provisorischer Staatsrat – Regentschaftsrat – Ministerrat

Die Irredentisten hätten die Aufstellung einer polnischen Armee befürwortet, wäre diese einer polnischen Regierung unterstellt gewesen; eine solche wurde von Beseler am 13. November 1916 angekündigt. So setzten sie große Hoffnungen auf den Provisorischen Staatsrat, das erste polnische Regierungsorgan im Königreich. Der Provisorische Staatsrat wurde am 6. Dezember auf Beschluss beider Besatzungsmächte eingerichtet; mit dieser Körperschaft sollte die Fähigkeit der Polen erprobt werden, sich selbständig zu regieren und zu verwalten. Er bestand aus 25 Personen, davon fünfzehn aus dem GGW und zehn aus dem GGL. Es oblag den polnischen Aktivisten selbst, geeignete Kandidaten vorzuschlagen, um die daher sämtliche Gespräche in den politischen Salons kreisten; die Besatzungsmächte behielten sich allerdings die Bestätigung der Kandidaten vor. An der Kür beteiligten sich lediglich die Aktivisten, weil die Passivisten dem neuen Organ die Anerkennung verweigerten. Waclaw Sieroszewski charakterisierte die Unterschiede zwischen Aktivisten und Passivisten treffend; über letztere sagte er: „Einverständnis mit einer Regierung, Einverständnis mit einer polnischen Verwaltung, aber niemals Einverständnis mit einer Armee, denn das würde uns der Rache Russlands und dem Zorn der Entente aussetzen.“ Piłsudski führte Gespräche mit den Passivisten ebenso wie mit Kakowski und Lubomirski, auch dies ein Anzeichen für seinen wachsenden politischen Einfluss. Sein Mitstreiter Witold Jodko-Narkiewicz kommentierte das zutreffend und mit dem gehörigen Pathos: „[Piłsudski] hörte auf, einer Partei anzugehören, er wurde zum Besitz der ganzen Nation.“ Natürlich konnten und wollten dies nicht alle so sehen. Der auf Piłsudskis Popularität eifersüchtige Lubomirski sagte: „Er riecht immer noch nach Bandit.“

Von den 25 Angehörigen des Provisorischen Staatsrates schrieben sich etliche in die polnischen Annalen ein; ihre Namen sind bis heute in Polen allgemein bekannt. Maria Lubomirska hielt in ihren Erinnerung ihre eigene Anschauung zu diesen Männern fest; über Władysław Studnicki schrieb sie: „typischer Unruhestifter, begabter Verrückter“; über Stanisław Bukowiecki: „aufrecht, ehrlich, aber blind, weshalb er nicht ganz klar sieht“; über Stanisław Dzierzbicki: „herausragend, aber wäscht sich überhaupt nicht“; über Andrzej Maj: „ein Mensch vom Lande, äußerst vernünftig“. Piłsudski erklärte sich bereit, im Provisorischen Staatsrat mitzuarbeiten, und erhielt die Nominierung durch die Besatzungsmächte. Diese Ernennung

war von polnischen Politikern aus dem GGL und General Kuk initiiert, unterstützt wurde sie von dem österreichischen Außenminister István Baron Burián und General Tadeusz Rozwadowski. Kuk und die Polen aus dem GGL gedachten, sich Piłsudskis zu bedienen, um in der Konkurrenz mit den Deutschen und insbesondere mit Beseler um die „Seele der Polen“ zu bestehen. Piłsudski wurde Militärreferent im Exekutivreferat des Provisorischen Staatsrats, Sosnkowski sein Stellvertreter. Er gewann seine Mitarbeiter aus den Reihen der POW, die damals noch halb in der Illegalität lebten.

Lubomirski und Kakowski dagegen gehörten nicht dem Staatsrat an. Man ermunterte sie dazu, doch sie lehnten ab. Sie wollten nicht als Galionsfiguren dienen und sich nicht unter Wert verkaufen. Auch stand ihnen der Passivismus näher als der Aktivismus. Nach außen betonten sie ihre Neutralität im politischen Tagesgeschäft; daher schlugen sie sogar die Einladung zur konstituierenden Sitzung des Provisorischen Staatsrats aus.

Am 14. Januar 1917 übergaben die beiden Generalgouverneure im Säulensaal des Warschauer Königsschlusses zur Eröffnung des Provisorischen Staatsrats den Mitgliedern die Ernennungsurkunden. Der Vorgang weckte fast überall im Land freundliches Interesse; in Warschau gab es eine Beifallskundgebung. Am folgenden Tag wählte der Staatsrat Waclaw Niemojowski zum Vorsitzenden (Marschall), einen Enkel Bonawentura Niemojowskis, des liberalen Politikers aus der Zeit des kongresspolnischen Königreichs Polen 1815–1831, der an das Format des Großvaters jedoch nicht heranreichte. Der berühmte Name sei auch schon seine einzige Qualität, und auch ansonsten fiel die Kritik an ihm vernichtend aus: „Er sah aus, als hätte er die Schlacht schon vor dem Kampf verloren.“ Stellvertretender Marschall wurde Józef Mikułowski-Pomorski, der ebenso wenig in der Lage war, dem Provisorischen Staatsrats Leben einzuhauchen; zumindest war er ein fähiger Organisator. Artur Śliwiński wurde Ratssekretär. Die Sitzungen fanden im Warschauer Kronenberg-Palais statt, weil die Deutschen dem Rat einen repräsentativeren Sitz wie etwa das Krasinski-Palais oder den Statthalterpalast<sup>20</sup> verweigerten. Am 23. Januar 1917 richtete der Provisorische Staatsrat seine Referate ein, die am 30. Januar durch von Direktoren geleitete Departements ersetzt wurden. Die Absicht bestand, diese später in Ministerien umzuwandeln.

Nachdem die Leitungsfunktionen besetzt waren, erfolgte die Organisation der Büros. Die Mitarbeiter durften sich in beiden Besatzungsgebieten frei bewegen. Druckschriften durften mit dem polnischen Adler versehen werden, nicht aber mit dem litauischen Wappen, dem weißen Ritter des

---

20 Heute Präsidentenpalast auf dem Krakowskie Przedmieście; A.d.Ü.



Großfürstentums (*Pogoń*). Auch besaß der Staatsrat keine Kompetenzen für die von Polen bewohnten Kreise Litauens. Als Gebrauchssprache war das Polnische zulässig, allerdings waren öffentliche Verlautbarungen des Staatsrats nicht von der Präventivzensur befreit.

Der Staatsrat sollte sämtliche für beide Besatzungsgebiete geltenden Gesetzgebungsakte begutachten. Er konnte für die Besatzungsmächte Verordnungen entwerfen und Maßnahmen zur Beseitigung von Kriegsschäden und zum Wiederaufbau treffen. Die Besatzungsmächte erkannten den Staatsrat als Körperschaft eines im Aufbau befindlichen Staates an, dennoch sah Beseler ihn lediglich als Hilfs- und Beratungsorgan, eher als einen Fassadenschmuck seines eigenen Machtbereichs als einen Ersatz für eine unabhängige Regierung. Deshalb war er bemüht, die Kompetenzen des Staatsrats auf nachrangige Angelegenheiten zu beschränken. Er hielt die polnischen Führungsschichten noch nicht reif für selbständiges Regieren, zumal es dem Königreich an Fachleuten mangelte. In dem Maße, wie die Polen Personal ausbilden würden, könne man ihnen mehr Regierungsverantwortung übertragen. Dies sei aber nicht vor Kriegsende zu erwarten. Piłsudski sah dagegen die Rolle des Provisorischen Staatsrates als eine vorläufige Nationalregierung. Als solche müsse der Staatsrat baldmöglichst die volle Zuständigkeit für Königreich und Armee übernehmen. Versuche in dieser Richtung mussten zur Konfrontation mit Beseler führen. Auch die zu seiner Überwachung bestellten Kommissare der Besatzungsmächte beschnitten die Selbständigkeit des Staatsrats. Der aus Bayern stammende Kommissar Hugo von Lerchenfeld lernte eigens polnisch, um den Beratungen des Staatsrats folgen zu können; angeblich war er der einzige deutsche Beamte in Kongresspolen, der dies tat.

Das Verhältnis zwischen Staatsrat und den Besatzungsverwaltungen war von Beginn an von Auseinandersetzungen geprägt. De facto war der Staatsrat so schwach, dass er kaum etwas erreichen konnte, zumal er kaum über couragierte, talentierte und entschlossene Persönlichkeiten verfügte. Viel Zeit wurde auf Sitzungen vertan, bei denen man mit großem Bombast über nebensächliche Themen verhandelte. Die Deutschen bezogen den Staatsrat gar nicht erst in ihre Entscheidungen ein, und wenn sie einmal eine Stellungnahme erbat, ignorierten sie diese anschließend. „Der Staatsrat kann sich zu nichts entschließen, weiß nicht, wohin [...]. Ich habe mich von seiner Hilflosigkeit überzeugen können [...]. Mein Eindruck von diesen Herren könnte nicht schlechter sein. Sie sind kaum in der Lage, mal etwas Kluges und Mutiges hervorzubringen, zumal Wien und Berlin untereinander über uns streiten und sich gegenseitig behindern“, schrieb der Legionär Zygmunt Zieliński am 28. Januar 1917 an seine Frau.

Die Februarrevolution in Russland, die Erklärung der neuen Regierung in Petrograd zu Polen und der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten



veränderten die Sicht auf die polnische Frage und ließen die Positionen radikaler werden, wie etwa zwei Ansprachen Piłsudskis vor dem Staatsrat belegen. Am 31. Mai 1917 erklärte er: „Die polnische Nation hat sich nicht mit der österreichisch-deutschen Methode abfinden können, Polen ohne die Polen zu schaffen. Diese Politik ist bankrott.“ Und am 1. Juni 1917 wurde er in einer zeittypischen Wortwahl noch deutlicher, wie sie von den Besatzungsmächten kaum ignoriert werden konnte: „Der ungeheure Rassenunterschied zwischen Deutschen und Polen zeigt sich unablässig und wird sich immer zeigen, wenn sie anfangen, uns mit deutschen Methoden zu beherrschen. Diese widerwärtige Sauce, die wir nicht schlucken können, besteht darin, Polen als Kolonie zu behandeln, als unterworfenen Land, das alles schlucken muss, was es vorgesetzt bekommt.“

In Erkenntnis der Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen gingen die Irredentisten im Staatsrat in die Opposition. Am 2. Juli 1917 legten Piłsudski, Śliwiński und Błażej Stolarski ihre Funktionen nieder. Piłsudski wurde durch Ludwik Górski ersetzt, Hauptmann Marian Kukiel wurde Referent der Militärkommission. Der Austritt der wichtigsten Irredentisten kündigte den Zerfall des aktivistischen Lagers an. Auch die POW-Leute beehrten auf und riefen zum Widerstand gegen die Besatzung auf. Der Wechsel der fortan immer öfter Unabhängigkeitslinke genannten Irredentisten in die Opposition hätte eine Chance zur Zusammenarbeit mit den Passivisten eröffnen können, doch ideologische, politische und Herkommensunterschiede standen dem im Wege.

Als die Besatzungsmächte von den Legionären aus dem Königreich verlangten, den Eid auf beide Kaiser und die Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Mittelmächte abzulegen, vertiefte das den Bruch im aktivistischen Lager noch weiter. Formell war es der Staatsrat, der die Eidesleistung verlangte. Die österreichischen Untertanen in den Legionen hatten kein Problem damit, doch insgesamt gab es keine einheitliche Haltung. Piłsudskis Soldaten riefen mit der Begründung zum Boykott auf, nur einer polnischen Regierung den Eid leisten zu können, andere wie Marian Żegota-Januszajtis, Włodzimierz Ostoja-Zagórski, Sikorski und Haller rieten dazu. Zur Überraschung der Besatzungsmächte verweigerte sich eine deutliche Mehrheit. Nur in der Zweiten Brigade, die von den genannten Offizieren kontrolliert wurde, folgten die meisten aus Kongresspolen stammenden Soldaten dem Befehl.

Die Besatzungsmächte erklärten die Eidesverweigerung zur Meuterei und ordneten die Entwaffnung und Internierung der Legionäre an. Die Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere wurden in das Lager Szczypiorno bei Kalisz verbracht, die Offiziere nach Beniaminów bei Warschau. Österreichische Staatsangehörige wurden in galizische Militärlager geschickt, um dort einer Reedukation unterzogen zu werden, weil sich viele mit den

Eidesverweigerern solidarisiert hatten. Die dem AOK unterstellten Formationen der Legionen bzw. des PKP waren nicht sehr mannschaftsstark und zählten an der Jahreswende 1917/18 etwa 7000 Mann.

Für die Besatzungsmächte war die Eidesverweigerung ein bequemer Vorwand zur Repression der Irredentisten. Am 19. Juli wurde Piłsudskis Waffengefährte Bolesław Wieniawa-Długoszowski verhaftet, zum Gemeinen degradiert und in seinem Dienstbuch als politisch Verdächtiger eingetragen. Nach der Entlassung wurde er zum Dienst als Militärarzt in der k.u.k. Armee geschickt. Edward Rydz-Śmigły, Andrzej Galica, Mieczysław Norwid-Neugebauer und Bolesław Roja wurden aus der Armee entlassen. Oberst Zieliński schrieb an seine Frau: „Wir machen eine schwere Zeit wie seit Kriegsbeginn nicht durch.“

In der Sonntagnacht vom 22. auf den 23. Juli wurde Piłsudski unter dem fadenscheinigen Vorwand verhaftet, er habe einen falschen Pass und plane, zu den Russen überzulaufen. Zuerst wurde er in ein Gefängnis in Danzig gebracht, anschließend saß er in der Festung Wesel ein. Deren Kommandant protestierte gegen die Inhaftierung des Gefangenen ohne Gerichtsverhandlung über die zulässige Frist hinaus. Schließlich wurde Piłsudski in die Festung Magdeburg gebracht. Dort standen ihm drei Zimmer in einem einstöckigen Haus zur Verfügung. Er spielte Schach und legte Patienen, war weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten und erhielt nur die Lokalzeitung. Er durfte allerdings unter Aufsicht mit Polen korrespondieren, und seine wichtigste Adressatin war Aleksandra Szczerbińska, die am 7. Februar 1918 von ihrer gemeinsamen Tochter Wanda entbunden wurde. Piłsudski erfuhr die frohe Neuigkeit erst drei Wochen später. Am ersten Jahrestag seiner Inhaftierung bat er in einem Schreiben an Lubomirski, „sich darum zu bemühen, was selbst einem Schwerverbrecher nicht verweigert wird, um einen Prozess. [...] Mir ist ganz egal, vor was für einem Gericht er stattfindet, einem polnischen, österreichischen oder deutschen; Zivil-, Militär- oder Feldgericht. Damit ich endlich erfahre, was ich verbochen habe, sodass ich schon seit einem Jahr an niemanden auch nur ein Wort richten kann. Sollen doch meine schweren Vergehen endlich einmal vor Gericht vorgebracht werden und auf mein schuldiges Haupt die schwersten Urteile ergehen, aber eben im Rahmen des Gesetzes.“ Verständlicherweise fand ein solcher Prozess niemals statt. Auch Sosnkowski wurde interniert und bald darauf zusammen mit Piłsudski in Magdeburg untergebracht. Als besonderen Gunsterweis erhielt Sosnkowski kurzen Ausgang aus der Festung.

Piłsudskis Verhaftung machte Sensation, schließlich hatte er seit 1914 auf Seiten der Mittelmächte gekämpft und sich zu ihrem wichtigsten polnischen Partner gemacht. Die Österreicher waren gegen die Internierung, weil sie ganz zutreffend annahmen, dies würde seinen Mythos nur noch weiter aufbauen und die Polen gegen die Besatzungsmächte aufbringen. In

seiner Verbissenheit wollte sich jedoch Beseler eines Konkurrenten um den Oberbefehl über die polnische Armee entledigen. Auch Hutten-Czapski kritisierte Piłsudskis Internierung, und die polnische Fraktion im Wiener Reichsrat legte auf Initiative des PSL „Piast“ Protest ein. „Seine Popularität wird wieder wachsen – als Märtyrer. Solange er in Deutschland interniert ist, verschleißt er sich nicht in Polen [...]. Nach dem Krieg wird er nach Polen zurückkehren, als Held, Märtyrer und im ganzen Land populärste Persönlichkeit“, sah der konservative galizische Politiker Jan Antoni Hupka in einem Brief vom 27. Juli 1917 voraus. Piłsudskis Popularität wuchs in der Tat; sein Name wurde bekannter, seine Anerkennung größer. Die Leute demonstrierten für seine Freilassung: „Gebt Polen Piłsudski zurück!“ Seine Gegner schätzten die Stimmung in der Gesellschaft völlig verkehrt ein: „In Warschau alles ruhig. Selbst bei den Linken ist Erleichterung zu spüren. Einige von ihnen meinen, nach der Entfernung Piłsudskis könne man endlich mit der richtigen Arbeit für Polen und den polnischen Demokratismus [sic] beginnen“, hoffte Sikorski.

Piłsudski hatte die Deutschen seit Langem gezielt provoziert. Er sah seine Verhaftung nicht als Rückschlag, sondern im Gegenteil als Befreiung aus einer prekären Lage. Es soll geäußert haben: „Wenn sie mich gefangensetzen, wird das kein Nachteil sein.“ Im Sommer 1917 war ihm klar, dass die Mittelmächte den Krieg nicht gewinnen würden, weil die vereinigten Kräfte des Britischen Weltreichs, Frankreichs und der Vereinigten Staaten weit überlegen waren. Daher war es aus polnischer Sicht unvernünftig, den Kampf auf Seiten der Mittelmächte fortzusetzen; denn dann würden die Polen bei Kriegsende auf der Verliererseite stehen.

Piłsudskis Verhaftung heizte die Stimmung im Königreich nur noch weiter an und gab seinem Personenkult weiteren Auftrieb. Wer mit den Besatzungsmächten sympathisierte, geriet ins Abseits, während die irredentistische Bewegung in die Grundsatzopposition ging. Sie bedeutete auch das Aus für die Legionen, was Piłsudski positiv sah, weil sie ohnehin auf der falschen Seite kämpften. Allerdings störte das auch Beseler nicht weiter, denn dieser war seit dem 10. April 1917 damit befasst, die Polnische Wehrmacht (*Polska Siła Zbrojna*, PSZ) aufzubauen. Die Anwerbung geschah auf freiwilliger Basis, doch im Mai 1917 löste Beseler den ineffektiven Werbungsapparat auf. Befehlshaber und Ausbilder der PSZ waren Deutsche, auch Uniform und Ausrüstung ähnelten dem Reichsheer. Im Juli und August wurden diejenigen Staatsangehörigen des Königreichs in die PSZ aufgenommen, die den Eid abgelegt hatten. Sie hatten sich jedoch gänzlich von ihrer Legionsvergangenheit loszusagen und dem deutschen Militärapparat einzufügen. Damit konnten sich viele nicht abfinden; so war die Desertionsrate hoch, und im September 1917 zählte die PSZ nur 101 Offiziere und 1125 Soldaten. Für die Deutschen war das eine schwere Schlappe. Anstelle einer

Armee von 200.000 Mann hatten sie gerade einmal ein Bataillon aufgestellt. Ohne polnische Regierung und Befehlshaber, ohne Piłsudski würde es keine deutsch-polnische Armee geben. Im November 1917 vereinbarten die Besatzungsmächte in Wien, dass sie bis Kriegsende kein polnisches Kriegsministerium zulassen und auch keine besonderen Anstrengungen zur Anwerbung polnischer Freiwilliger mehr unternehmen würden. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Russischen Revolution hatten die Besatzungsmächte also binnen eines Jahres in der Frage der polnischen Armee eine Kehrtwende vollzogen.

Die Eidverweigerungskrise beschleunigte das traurige Ende des Provisorischen Staatsrats. Am 25. September 1917 traten seine Mitglieder zurück. Es blieb nur die sogenannte Übergangskommission, daneben waren noch eine Zeit lang die Departements tätig. Der Staatsrat habe „die Erwartungen der Gesellschaft enttäuscht, denn die Besatzungsmächte berücksichtigten seine Forderungen nicht, ja sie behandelten sie mit Geringschätzung. Daher wäre sein Fortbestand nachteilig. Gebraucht werden ein Regent und eine Regierung“, fasste Niemojowski zusammen. In der Tat war der Provisorische Staatsrat nicht viel mehr als die Attrappe einer Regierung gewesen. Er konnte die Beschlüsse der Besatzungsmächte nur abnicken und bildete für diese eine Fassade, hinter der sie die rücksichtslose Ausbeutung des Königreichs betrieben. Doch auch wenn er wenig Konkretes bewirkte, legte er doch die Grundlagen für den polnischen Staat. Er entwarf künftige Gesetze, veranstaltete Fortbildungskurse für Beamte und arbeitete an einem Verfassungsentwurf.

Eidverweigerungskrise und Rücktritt des Staatsrates führten vor Augen, dass die Politik der Besatzungsmächte an ihre Grenzen gestoßen war, mit symbolischen Gesten die Polen für sich zu gewinnen. Der durch Inkompetenz und Machtlosigkeit kompromittierte Staatsrat ließ die Kritik an der Besatzungspolitik der Mittelmächte wachsen, deren Aktien bei den Polen ins Bodenlose stürzten. Beseler sah ein, dass er neue Wege finden musste, um polnische Politiker zur Mitarbeit zu gewinnen und das passivistische Lager zu schwächen. Allerdings gab es in Berlin auch Stimmen, die wegen Inkompetenz und Undankbarkeit der Polen forderten, den Akt des 5. November zurückzunehmen und zur alten Besatzungspolitik zurückzukehren. Doch setzte sich die Meinung durch, das Königreich Polen beizubehalten, weil es einen Brückenkopf für die deutsche Expansion in den Osten darstelle und, wie Beseler meinte, auch einen Schutzwall gegen die aus Russland kommenden revolutionären Ideen.

Deshalb kamen Berlin und Wien auf den Gedanken zurück, Regenten zu berufen, welche die Regierungsgeschäfte bis zur Wahl eines Königs ausüben sollten. Am 30. Juli 1917 wurde die Einrichtung einer dreiköpfigen Regentschaft beschlossen. Formal hatte die Übergangskommission am 3. Juli

einen entsprechenden Antrag gestellt; sie hatte auch ein Statut erarbeitet, das großspurig Konstitution genannt wurde, und am 26. Juli Lubomirski, Kakowski und Niemojowski als Regenten vorgeschlagen. Die Besatzungsmächte lehnten diesen Vorschlag jedoch ab, weil sie die drei Genannten nicht für deutschfreundlich genug hielten.

Damit begann die Suche nach geeigneten Persönlichkeiten von politischem und gesellschaftlichem Format. Die polnischen Parteien waren der Auffassung, dass wegen der Würde des Amts sowohl Aktivisten als auch Passivisten mitentscheiden sollten. Die Suche beschäftigte die Warschauer Salons über Wochen und brachte manchen Diskutanten zur Weißglut. Allgemeiner Konsens war schließlich, man solle zur Kandidatur der bereits Vorgeschlagenen zurückkehren. Kakowski war der am wenigsten strittige Kandidat, doch er sagte mit der Begründung ab, Politik sei nicht Aufgabe eines Kirchenmannes, außerdem wolle er sich nicht als Strohmann für die Besatzungspolitik hergeben. Lubomirski hatte den Passivismus aufgegeben und sich dadurch bei der *Endecja* unbeliebt gemacht. Niemojowski wiederum wurde von etlichen Parteien und auch von Lubomirski abgelehnt. So wurde er von der Liste gestrichen und unter Protest der Nationaldemokraten Józef Ostrowski zum Kandidaten gemacht; die *Endecja* schlug an seiner Stelle Witold Czartoryski vor. Dieser fand wiederum nicht die Zustimmung der Besatzungsmächte, die ihrerseits Franciszek Ksawery Drucki-Lubecki, Michał Łempicki und Adam Ronikier ins Gespräch brachten. Doch diese drei lösten noch stärkere Proteste aus.

Schließlich wurde die Regentschaft von Lubomirski, Ostrowski und Kakowski gebildet; letzterer hatte nach gutem Zureden letztlich seinen Widerstand aufgegeben. Alle drei hatten bei Kriegsbeginn im antideutschen Lager gestanden, und Kakowski hatte noch 1916 als Passivist gegolten. Schließlich nahm er 1917 vom Passivismus in der Einsicht Abstand, sich doch aktiv für Polen einsetzen zu wollen. Lubomirski erhielt von seiner Frau Maria die Erlaubnis zur Kandidatur, Kakowski von Papst Benedikt XV. Von den drei Regenten konnte Lubomirski die größten politischen Meriten vorweisen. Henryk Dembiński schrieb über ihn, er besitze „große Zivilcourage, ein großer Mann von einnehmendem Wesen und Verhalten.“ Er hatte im Bürgerkomitee und als Stadtpräsident von Warschau eine Funktion beibehalten, die er aufgeben musste. „Energisch, ungestüm, mit ausgezeichneter Haltung, die zusammen mit seinem gesellschaftlichen Schlibf anziehend wirkte und ihm Sympathien gewann. Als gemäßigter Konservativer schwankte er zwischen Nationaldemokraten und Realisten. Ein nobler und rechtschaffener Mensch, ein rechtschaffener Pole“, hieß es von ihm in den Salons. Seine Schwäche waren die Karten, und die Schandmäuler fügten hinzu, auch seine allzu große Neigung, auf die Meinung seiner ehrgeizigen Frau zu hören. Lubomirski wollte nicht die Rolle aufgeben,

die er sich selbst zudedacht hatte, nämlich ein neutraler Mittler zwischen Aktivisten und Passivisten zu sein, weshalb er nach außen weder für die Mittelmächte noch die Entente war. Ostrowski war in der Politik eher ein unbeschriebenes Blatt und spielte im Regentschaftsrat eine geringere Rolle, erfreute sich aber des größten Vertrauens bei den Besatzungsmächten. Er besaß über 20.000 Morgen Land, was ihn zu einem der vermögendsten Großgrundbesitzer des Königreichs machte, galt aber trotzdem als Geizhals. Gleichwohl verschaffte ihm seine persönliche Ehrlichkeit ein tadelloses Ansehen.

Trotz aller Anstrengungen erfreuten sich die Regenten jedoch keiner ungeteilten Wertschätzung. Sie standen unter Aufsicht der öffentlichen Meinung, und vor allem die Passivisten sahen ihnen auf die Finger. Schließlich hatten die Besatzungsmächte sie ernannt, also fraßen sie aus deren Napf, war die allgemeine Ansicht. Charakter und Politik verhalfen den Regenten alsbald zu Spitznamen; in Anspielung auf die *regimentarze* (d.h. Heerführer) von 1648, die gegen Bohdan Chmel'nyč'kyjs Kosaken und Tataren die schmachliche Niederlage von Pyljavka erlitten, erhielt Kakowski den Beinamen *łacina* (Latein), Ostrowski *pierzyna* (Federbett) und Lubomirski *dziecina* (Kindskopf). Weil er seine Ansichten gewechselt hatte, hieß Kakowski auch *Jego Zmienność* (Seine Wechselhaftigkeit) und Ostrowski, der bereits 67 war, kränkelte und bei Sitzungen gern einmal einschlief, *Jego Senność* (Seine Schläfrigkeit). Daher auch das geflügelte Wort: „Einer schlief, der andere spielte, der dritte betete.“ Illegale Flugblätter bespöttelten die Regenten in Karikaturen und Worten, eine Unterschrift lautete „die drei Kohlköpfe“. Auch die offizielle Anrede *Wasza Dostożność* (Euer Würden) veranlasste einiges an Scherzen, etwa, es entfalle nur eine Ehefrau auf die drei Würdenträger.

Der Dichter Jan Kasproicz schrieb:

<i>Niech lud się z radości posika,</i>	Das Volk voll Stolz und Freud' die feisten
<i>Niech pycha się nadmie jak miech,</i>	Backen bläh', die Hosen seih',
<i>Jednego miał ongiś królika,</i>	Konnt' einst sich ein Kaninchen <sup>21</sup> leisten,
<i>A dzisiaj ma królów aż trzech,</i>	Und itzo Könige gleich drei,
<i>Jeden spał, jeden grał, a trzeci nazywał się Kakowski.</i>	Einer schlief, einer zockt', der dritte hieß Kakowski.

---

21 Unübersetzbares Wortspiel aus *król* (König) sowie *królik* (kleiner König, Kaninchen); A.d.Ü.

Ein Zivilkabinett diente als Hilfsorgan des Regentschaftsrats. Sein Chef und zugleich Generalsekretär des Regentschaftsrats war der Prälat Zygmunt Chełmicki, eine graue Eminenz und einflussreiche Persönlichkeit, genannt der Überregent. Auf Fotografien zeigte er sich gern neben den drei Regenten.

Das von den beiden Generalgouverneuren Szeptycki und Beseler unterschriebene Patent vom 12. September 1917 kündigte die Berufung des Regentschaftsrats an. Drei Tage darauf wurde im Warschauer Königsschloss das Reskript der beiden Kaiser zum Regentschaftsrat verlesen, das diesen zur „höchsten Gewalt im Königreich Polen“ erklärte. Das Reskript legte ferner fest, dass die Regenten die Mitglieder des Staatsrats berufen und die Regierungsgeschäfte über einen von ihnen ernannten Präsidenten (Premier) des Ministerrats führen. Sie würden den Sejm einberufen und dessen Gesetze gegenzeichnen; dies geschah jedoch bis zum Ende der Besatzungszeit nicht. Der Regentschaftsrat durfte selbst Gesetze, Verordnungen und Reskripte erlassen, die nach Gegenzeichnung durch den Präsidenten des Ministerrats Gesetzeskraft erlangten. Die Generalgouverneure besaßen ein Vetorecht zu allen Beschlüssen und Verordnungen des Regentschaftsrats. Dieser durfte weder internationale Abkommen schließen noch das Land nach außen vertreten. Insgesamt waren seine Kompetenzen also nicht sehr umfassend. Sofern sich die Regenten in Warschau aufhielten, waren sie täglich nur von zehn bis zwölf Uhr in ihrem Dienstsitz im Königsschloss anzutreffen. Besprechungen und zeremonielle Anlässe nahmen sehr viel mehr Zeit in Anspruch.

Der Regentschaftsrat änderte an den Verhältnissen unter der Besatzungsherrschaft nichts. Wie zuvor, koexistierten polnische Staatsstrukturen mit den Besatzungsbehörden, und auch die Generalgouverneure waren befugt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen; dem sollte zwar eine Anhörung des Staatsrats vorausgehen, ein solcher bestand zu dem Zeitpunkt aber noch nicht. Die Besatzungsmächte legitimierten den Regentschaftsrat, sodass seine Stellung außerordentlich schwach war. Die Passivisten betrachteten ihn als Einrichtung der Besatzungsmächte. In einem Akt der Selbstrechtfertigung erklärte der Regentschaftsrat am 13. Februar 1918, fortan „das Recht zur Ausübung der höchsten Staatsmacht vom Willen der Nation“ ableiten zu wollen.

Gleichwohl war die Einrichtung des Regentschaftsrats nach dem Provisorischen Staatsrat der zweite wichtige Schritt auf dem Weg zum polnischen Staat. Beide Organe repräsentierten eine unvollkommene, partielle Staatlichkeit, doch war gerade der Regentschaftsrat ein Instrument, mit dem die Souveränität erreicht werden konnte. Viele Rechtshistoriker und Staatsrechtler sind der Ansicht, dass bereits die Berufung der Regenten de jure den Aufbau eines souveränen polnischen Staates markierte. Allerdings sind



in Anbetracht der Entscheidungsvollmachten der Besatzungsmächte daran starke Zweifel angebracht.

Der Regentschaftsrat stärkte die Bedeutung des Königreichs im Verhältnis zu anderen polnischen Gebieten. Umgekehrt verlor Galizien weiter an Einfluss, und der NKN hielt die Entstehung des Regentschaftsrats für den geeigneten Augenblick, um sich selbst aus der Politik zu verabschieden. Die zwei Jahre zuvor gehegte Idee, den NKN zur gesamt-polnischen Einrichtung zu machen, hatte sich mit der veränderten Lage und der Aufgabe der trialistischen Konzeption als unreal erwiesen. Der NKN überlies seine Aktiva dem Regentschaftsrat, so die informellen polnischen Auslandsvertretungen, die in einigen europäischen Ländern tätig waren. Die Krakauer Konservativen begannen, das Komitee zu unterstützen, weil NKN und Regentschaftsrat beide dem aktivistischen Lager angehörten.

Am 27. Oktober 1917 begaben sich die Regenten um Viertel nach zehn Uhr in offenen Wagen zum Königsschloss, um sich in ihre Ämter einführen zu lassen. Am Eingang nahm sie von Hutten-Czapski in Empfang. Auf dem Ehrenhof waren zwei Schwadronen polnischer Ulanen aufgezogen, am Uhrturm wehte die polnische Fahne, und die zahlreich erschienenen Schauspielern skandierten Vivatrufe auf Polen.

Aufgabe der Regenten war es, die Regierungsgeschäfte bis zur Wahl und Krönung eines Königs zu führen. Bereits 1915 waren in Berlin, Wien und Warschau in den Salons Kandidaten für den polnischen Thron gehandelt worden. Unter den genannten Namen befand sich Prinz Joachim von Preußen, Sohn Wilhelms II., der angeblich schon fleißig polnisch lernte, was sich aber als leeres Gerede erwies. Nach Einrichtung des Regentschaftsrats war naheliegend, dass Berlin und Wien untereinander einen polnischen König ausmachen würden. Dies war aber alles andere als einfach.

Die polnischen Salons waren selbstverständlich nicht offiziell in die Suche nach einem Thronprätendenten einbezogen, aber dies war in mehr als einer Saison das heftigst diskutierte Thema. Im Kandidatenkarussell kamen ständig neue Namen auf, bekannte und weniger bekannte. Darunter befanden sich Hans Heinrich XV., Fürst von Pless, Herr von Pless und Fürstenstein aus dem Hause Hochberg; seine Anhänger behaupteten, dieses Geschlecht sei um sieben Ecken herum mit den Piasten verwandt. Doch der Fürst war nicht an einer Kandidatur interessiert, genauso wenig wie der sächsische König Friedrich August III., während die in den Salons herumschwirrenden Gerüchte über seine angebliche Bereitschaft nichts mit der Realität zu tun hatten. Bei weiteren Kandidaten ist nicht ganz klar, inwieweit sie an der polnischen Krone Interesse hatten: Leopold Prinz von Bayern, ein Schwiegersohn Kaiser Franz Josephs I., der angeblich ebenfalls mit den Piasten verwandt war; der greise Ludwig III., König von Bayern; oder etwa auch Friedrich Christian, Markgraf von Meissen und Sohn des



sächsischen Königs; schließlich noch Wilhelm Karl von Urach, Graf von Württemberg, der später als Mendog II. für den litauischen Thron kandidierte. 1918 kam die Kandidatur von Wilhelms II. Sohn August Wilhelm ins Gespräch, stieß aber auf wenig Begeisterung, weil seine Homosexualität ein offenes Geheimnis war. Auch der österreichische Kaiser Karl I. interessierte sich ernsthaft für die polnische Krone, aber diese Variante war nicht nach dem Geschmack von Berlin. Trotzdem mutmaßte selbst die deutsche Presse, Karl werde sich an seinem Geburtstag, dem 4. November 1917, zum polnischen König erklären. Dann waren da noch die eher exotischen Kandidaten wie Kyrill, Sohn des Zaren von Bulgarien aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha; eine in Bulgarien, nicht aber in Polen bekannte Tatsache. Zum Kreis der Favoriten gehörten 1918 noch weitere vermeintliche Piastenabkömmlinge wie Zdzisław Lubomirski oder Janusz Radziwiłł, Herr von Nieborów und Olyka. Selbst Józef Piłsudski wurde genannt. In den Salons ging in vollem Ernst die Verschwörungstheorie um, die Mittelmächte hätten sich bereits mit der Entente zum König von Polen verständigt, und zwar solle es ein Prinz aus dem italienischen Geschlecht Aosta werden, vielleicht aber auch ein Windsor oder auch Großfürstin Tat'jana aus dem Hause Romanov.

Der am häufigsten genannte Name war jedoch Erzherzog Karl Stephan aus Żywiec, geboren 1860. Er verstand sich selbst als Pole und war über seine Töchter mit polnischen Magnatenfamilien verschwägert; eine war mit einem Radziwiłł, die andere mit einem Czartoryski verheiratet. Im April 1917 empfahl Karl I. dem deutschen Kaiser offiziell Karl Stephans Kandidatur; doch Wilhelm II. war dagegen, obwohl er das ein Jahr zuvor noch anders gesehen hatte und damit die Meinung gestützt hatte, Karl Stephan sei ein von Berlin lancierter Kandidat. Diese Kandidatur wurde auch von den polnischen Eliten in Galizien und Kongresspolen unterstützt, wo er bereits Karl Stephan II. genannt wurde. Für eine Propagandakampagne in Kongresspolen wurde sein Porträt auf einer Ansichtskarte mit der Aufschrift in Umlauf gebracht: „Es lebe der König von Polen, Stephan II., Urenkel Kaiser Leopolds II. und Nachfahre der Piasten“, und im Juni 1917 ließ das Militärdepartement des NKN über die Anwerbebüros den Legionen eine Broschüre mit seinem Porträt zukommen, die mit einem Vivat auf den „polnischen König Stephan“ endete.

Karl Stephan war durchaus an der Königswürde interessiert, jedoch unter Vorbehalt. Seine erste Bedingung war, von Beseler müsse das Amt des Generalgouverneurs niederlegen. „Meine Güter verstehe ich anscheinend gut zu verwalten, den Staat würde ich vermutlich auch gut zu verwalten verstehen, aber ich verstehe es keineswegs, General Beselers Untergebener zu sein“, soll er gesagt haben. Beseler blieb auf seinem Posten, aber Wien und Berlin erreichten im August 1918 eine Vereinbarung, bei der sich die

Deutschen mit Karl Stephan einverstanden erklärten. Doch fehlten Zeit und Entschlusskraft, die Entscheidung im Herbst 1918 noch umzusetzen. Noch im Oktober informierten die polnischen Konservativen aus Galizien Karl I., der in Wien schon seine Koffer packte, der Sejm in Warschau werde ihn zum König ausrufen. Offensichtlich hatten die galizischen Konservativen längst den Kontakt zur Realität verloren.

Das Königreich Polen besaß in Beseler de facto einen König. Er wohnte im Belvedere, machte sich aber praktisch jeden Tag auf dem Schloss zu schaffen. Er ließ sich bei jeder Gelegenheit auf wahrhaft königliche Art durch die Stadt kutschieren, wobei er gewöhnlich in einer offenen, von vier weißen Pferden gezogenen Kalesche saß; davor ritt eine Eskorte aus Kürassieren in Galauniformen, dahinter eine zweite mit farbigen Lanzenwimpeln. Bei seiner Ankunft am Schloss wurden Fanfaren geblasen und Trommeln gerührt.

Die Regenten versuchten, Polens Selbständigkeit allmählich zu erweitern, die polnische Verwaltung auszubauen, eine der polnischen Regierung unterstellte Armee aufzubauen, die Besatzungsmächte zur Demarkation der Grenzen zu bewegen, die die Gebiete um Grodno und Wilna einschließen würden. Doch konnten sie nicht viel davon durchsetzen. Die Besatzungsmächte ließen die Regenten jederzeit wissen, wem sie ihre Stellung verdankten. Als Ostrowski im Frühherbst 1918 einen Dienstwagen beantragte, erhielt er eine brüske Absage. Lubomirskis Antrag auf zwei Autoreifen wurde in der gleichen unhöflichen Weise abgeschlagen. Diese Geschichte wurde in Warschau laut; die Österreicher teilten ihm daraufhin demonstrativ einen kompletten Reifensatz zu.

Die Regenten konnten nicht einmal den Präsidenten des Ministerrats aussuchen, denn auch darüber entschieden die Besatzungsmächte. Die Deutschen schlugen erst Mikułowski-Pomorski, dann Drucki-Lubecki vor, die Österreicher Adam Tarnowski, einen in Wien geschätzten Diplomaten und Politiker. Das fand wiederum nicht die Zustimmung der Deutschen, weil Tarnowski österreichischer Staatsangehöriger war. Auch die Regenten waren gegen Tarnowski. So blockierten sich die Besatzungsmächte gegenseitig und konnten keinen ihrer Kandidaten durchsetzen, bis schließlich ein Kompromisskandidat gefunden war, nämlich Jan Kucharzewski, ein 42-jähriger Jurist und Politiker, der unlängst aus der Schweiz zurückgekehrt war und im Zivilkabinett des Regentschaftsrates als Referendar diente. Er war weitgehend unbekannt. Die Warschauer Salons taufte ihn in „Kuchcikowski“<sup>22</sup> um, weil seine Kompetenzen so beschränkt waren. Er selbst gab zu, dass eine Regierung nur dem Namen nach bestehe.

---

22 Abgeleitet von *kuchcik*, Küchenjunge, zugleich Wortspiel mit dem Namen Kucharzewski von *kucharz*, Koch; A.d.Ü.

Am 26. November 1917 berief der Regenschaftsrat Kucharzewski förmlich zum Präsidenten des Ministerrats, am 7. Dezember wurde das erste polnische Kabinett aus acht Ministern gebildet. Nur zwei davon hatten konkrete Aufgaben zu erfüllen, die übrigen waren eher mit Zukunftsentwürfen befasst. Die Besatzungsmächte teilten der Regierung Kommissare zu, um sie diskret zu überwachen. Kucharzewski plante die Aufstellung einer polnischen Armee von 150.000 Mann durch Einberufung von drei oder vier Jahrgängen; Bedingung war, dass die polnische Regierung die volle Kontrolle über die Armee haben würde. Die Deutschen gaben keine Zustimmung zu einer Wehrpflichtarmee, weil eine solche von der Entente und den Neutralen als Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht gesehen worden wäre; außerdem sahen sie sich nicht länger auf eine polnische Armee im Kampf gegen Russland angewiesen, mit dem soeben Friedensverhandlungen eingeleitet worden waren. Am 3. Januar 1918 erließ der Regenschaftsrat ein Dekret über die provisorische Organisation der Regierungsorgane im Königreich Polen.

Nach der Demission der Regierung Kucharzewski wurde am 4. April 1918 eine neue Regierung gebildet, bis zum 23. Oktober geleitet von dem Juristen Jan Kanty Steczkowski. Trotz Widerständen seitens der Besatzungsmächte gelang es ihm, die Verwaltung weiter auszubauen und zu polonisieren. Die Regierung ließ sich dabei von dem Prinzip leiten, dass Beamte mit Publikumsverkehr die polnische Sprache beherrschen mussten. Auch die als „polnische Emanzipationsorgane“ gesehenen Schulen und Gerichte wurden nach dem Dafürhalten der Regierung verstärkt mit polnischem Personal ausgestattet.

Am 6. April 1917 hatte der Provisorische Staatsrat bereits seine Zuständigkeit im Gerichts- und Schulwesen eingefordert, doch hatten die Besatzungsmächte das abgelehnt. Am 1. September gelangte die Gerichtsbarkeit schließlich in die Kompetenz des Justizdepartements des Staatsrats, das nach der Regierungsbildung in das Justizministerium umgewandelt wurde. Das Königreich wurde in Gerichtsbezirke aufgeteilt, Gehälter von Richtern und Staatsanwälten festgelegt, Fortbildungskurse veranstaltet, neue Gerichtsdrucke eingeführt. Es wurde ein Oberstes Gericht mit Sitz im Palast der Rzeczpospolita in Warschau berufen, mit Stanisław Pomian-Srzednicki als erstem Präsidenten, einem herausragenden Juristen. Es wurden zwei Appellationsgerichte gebildet, sechzehn Bezirks- und 446 Friedensgerichte. Stanisław Bukowiecki war der Spiritus Rector beim Aufbau des polnischen Gerichtswesens. Dieses war nicht völlig souverän, weil sich die Besatzungsmächte die Überprüfung der Urteile vorbehielten, einschließlich der Bestätigung von Todesurteilen und des Gnadenrechts. Die Königlich-Polnischen Gerichte, wie sie hießen, sprachen Recht namens der Polnischen Krone. Das Justizwesen hatte das Problem, dass es zu wenige qualifizierte Juristen

gab, weil zu russländischen Zeiten, abgesehen von den Gemeindegerichten, fast alle Gerichte mit Russen besetzt gewesen waren. Noch dazu waren die wenigen polnischen Richter 1915 evakuiert worden.

Das Ministerium für Konfessionen und Öffentliche Bildung übernahm am 1. Oktober 1917 das Schulwesen im GGW, am 1. November im GGL. Die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht hatte wegen des verbreiteten Analphabetismus Priorität. Volksschulunterricht wurde obligatorisch, allerdings konnte diese Bestimmung aufgrund von Geld-, Lehrer- und Gebäudemangel nicht umgesetzt werden. Schulstruktur, Curricula und Status der Lehrer waren in GGW und GGL unterschiedlich. Im GGL wurde das galizische System samt Personal übernommen. Dort belief sich die Gesamtzahl auf 3279 Volksschulen: 3265 mit polnischer, 14 mit deutscher Unterrichtssprache, Ukrainisch wurde nirgends als Unterrichtssprache benutzt.

In beiden Besatzungsgebieten waren 86 Prozent aller Schulen Zwergschulen mit je einem Klassenraum und Lehrer. Meist unterrichtete dieser Lehrer vier Jahrgänge parallel. Für die Kosten kamen Staat, Kreis und Gemeinde auf, ein Schulgeld wurde nicht erhoben. Lehrerausbildung und -bezahlung waren schlecht. Wenn im Winter die Schulen nicht beheizt und beleuchtet waren, fiel der Unterricht aus. Diese jämmerlichen Zustände konnten nicht viele für den Lehrerberuf begeistern; daher hatten 39 Prozent aller Lehrer keinerlei einschlägige Qualifikation.

#### Elementarschulen im Königreich Polen

	Schulen	Lehrer	Schüler
Januar 1914	5 855	8 969	306 096
Dezember 1917	8 883	12 276	721 590
Dezember 1918	10 356	14 293	868 750

Auch wenn die Zahlen von Schulen, Schülern und Lehrern stiegen, lagen sie noch weit unter dem Bedarf. Auch nicht hilfreich waren die allgemeine Kriegsarmut, der Mangel an Schuhen für die Kinder und der Widerstand gegen die Schulpflicht auf dem Lande. Viele Eltern sahen die Schulen geradezu als Unglück an, weil sie ihre Kinder als Arbeitskräfte auf dem Hof brauchten. Auch die polnische Unterrichtssprache verbesserte das nicht, im Gegenteil waren viele Eltern der Meinung, der Unterricht solle eher auf Russisch als auf Polnisch durchgeführt werden, denn die polnische Schule war für sie die Schule der Grundherren. Im Ergebnis besuchten im Schuljahr 1917/18 ganze 37,7 Prozent der schulpflichtigen Kinder die Elementarschulen. Um die Schulpflicht durchzusetzen, hätten mehr als 25.000 Lehrer eingestellt und mindestens 70 Lehrerseminare geschaffen werden müssen, aber davon kam nur die Hälfte zustande.

Die Zahl der Mittelschulen stieg, vor allem in Warschau, wo 30 Prozent aller Schulen diesen Typs im Königreich angesiedelt waren, der 30 Prozent des Lehrpersonals beschäftigte. Im November 1918 gab es 400 Mittelschulen, davon waren 380 Privatschulen. Es überwogen die allgemeinbildenden Mittelschulen, nur wenige waren berufsbildende Schulen. Die Lehrer besaßen nur zu 13 Prozent eine akademische Ausbildung. Um diesem Zustand abzuhelfen, wurden Fortbildungskurse veranstaltet und das Staatliche Pädagogische Institut errichtet. So wurden mit erheblichen Schwierigkeiten die Grundlagen für das polnische Bildungssystem geschaffen, mit einem Unterrichtsprogramm in polnischer Sprache und Kultur, Geschichte und Geographie.

Vor dem 1. Oktober 1917 erteilten die Besatzungsmächte keine Erlaubnis, in den öffentlichen jüdischen Schulen das Jiddische als Unterrichtssprache zu verwenden, daher bedienten sich diese Schulen meist des Deutschen. Nur in den Religionsschulen bestimmten die Juden selbst die Unterrichtssprache. Nach den vorläufigen Vorschriften vom 1. Oktober war vorgesehen, für jüdische Kinder gesonderte Schulen mit polnischer Unterrichtssprache einzurichten.

Die Universitäten erlebten eine Phase dynamischen Wachstums. Im akademischen Jahr 1917/18 waren an der Warschauer Universität mehr als 1800 Studierende immatrikuliert, Ende 1918 bereits 3000, davon zwei Drittel Christen und ein Drittel Juden. Am Warschauer Polytechnikum studierten im akademischen Jahr 1917/18 1185 Personen, Ende 1918 mehr als 2000. Daneben nahmen mehrere Privatuniversitäten den Lehrbetrieb auf, so die Höhere Handelsschule, die Freie Polnische Universität, die Höhere Landwirtschaftsschule, nach der Verstaatlichung umbenannt zu Hauptschule für Landwirtschaft, ferner die Schule der Schönen Künste.

Neben dem Justiz- und dem Bildungsministerium konnten auch die übrigen Ministerien einige Erfolge vorweisen. Sie entwarfen Gesetze in Vorbereitung auf die Eigenstaatlichkeit, richteten zentrale Behörden ein, veranstalteten Fortbildungen für Beamte und legten Register möglicher Verwaltungsmitarbeiter an. Das Innenministerium rief im Frühjahr 1918 als halboffizielle Lokalorgane in einigen Dutzend Städten die sogenannten Ministerialkorrespondenten ins Leben, eine Art Vertrauensleute; im Juli richtete es das Hauptamt für Statistik (*Główny Urząd Statystyczny*, GUS) ein. Das Landwirtschaftsministerium erarbeitete ein Programm zur Flurbereinigung und begann mit seiner Umsetzung. Das Industrie- und Handelsministerium erarbeitete ein detailliertes Programm zum Wiederaufbau und Ausbau des Eisenbahnnetzes. Das Gesundheitsministerium stellte Kreisärzte ein, schuf einen Veterinärdienst, eine Kontrolle der Maße und Gewichte und eine Industrieinspektion. Wenn auch zögerlich, überließen die Besatzungsmächte für sie selbst weniger wichtige Angelegenheiten

den polnischen Behörden. Das von Janusz Radziwiłł geleitete Politische Departement schuf Grundlagen für den polnischen diplomatischen Dienst. Es organisierte Kurse zu Diplomatie und Konsularwesen und erwirkte die Freilassung polnischer Kriegsgefangener in der Türkei und Bulgarien. Die Regierung kontrollierte die polnischen Pressebüros im Ausland, die es selbst gründete oder vom NKN übernahm, und behandelte diese als Keimzellen diplomatischer Einrichtungen. Solche Büros bestanden im Deutschen Reich, im Osmanischen Reich, in Bulgarien, Großbritannien, Frankreich, Russland, Italien, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und in Brasilien.

Die Verwaltungskader wurden nach und nach auf die polnische Staatsräson eingeschworen. In einem Dekret vom März 1918 schrieb der Regentschaftsrat die Eidesformel vor, die angehende Minister, Richter und Beamte zu sprechen hatten: „Ich schwöre bei dem Allmächtigen Gott und der Heiligen Dreifaltigkeit, dem Vaterland und der Polnischen Nation, in dem mir anvertrauten Amt [...] die Begründung der Freiheit, Unabhängigkeit und Macht meines Vaterlandes anzustreben.“

Die Regierung arbeitete daran, wie die polnische Ostgrenze aussehen solle, während sie sich nicht zur künftigen Westgrenze äußern durfte. Die Grenze sei in Wolhynien an den Fluss Stochid anzulehnen, in Polesien bis zur Mündung des Pripjat zu führen, in Belarus entlang der Beresina, im Norden entlang der Düna, in Litauen zwischen Kowno und Wilna. Die von Litauern bewohnten Kreise von Suwalken nördlich von Sejny sollten an Litauen fallen. Die Besatzungsmächte nahmen die Grenzfrage gar nicht erst in Angriff und sprachen höchstens vage von möglichen Gebieterweiterungen östlich der kongresspolnischen Grenzen. Auch zeigten sie kein Interesse, ihre Zuständigkeiten für Wirtschaft und Infrastruktur beschneiden zu lassen. Selbst in Bagatellangelegenheiten mussten Minister und Beamte die Zustimmung der Besatzungsmächte erwirken, sodass sie sich mit Nebensächlichkeiten aufrieben. Etwaige bescheidene Zugeständnisse rührten aus der Einsicht, dass ein in das deutsche Europa integriertes Polen effizient verwaltet sein müsse. Ein solches Staatswesen konnte nicht von jetzt auf gleich geschaffen werden. Aus deutscher Sicht verfügten die Polen als Volk der Dichter und Träumer weder über eine klare Staatsvorstellung noch über geeignete Politiker und Beamte, während die aus Galizien importierten eher zweitklassig seien.

Trotz solcher Hindernisse schritt der Staatsaufbau voran. Am 6. Februar 1918 veröffentlichte der *Monitor Polski* das Gesetz über den Staatsrat, der nach Regentschafts- und Ministerrat die dritte politische Institution des Königreichs Polen wurde. Er fungierte als eine Art Parlamentsersatz und entwarf und beschloss Gesetze mit Blick auf die weitere Entwicklung. Mitglied konnten nur Männer im Alter ab dreißig Jahren sein, die einwandfrei

polnisch lesen und schreiben konnten. Er bestand aus 110 Mitgliedern, von denen 55 über eine Kurienwahl bestimmt und 43 vom Regentschaftsrat ernannt wurden; die übrigen waren Virilisten, das heißt, sie gehörten dem Staatsrat aufgrund ihrer Funktion an. Von den 55 Gewählten waren 34 Passivisten, vor allem Nationaldemokraten. Die Endecja hatte also ihre Position gestärkt, was auf die schwierige Versorgungslage, den sinkenden Lebensstandard und die Tatsache zurückging, dass die Entente einen selbständigen polnischen Staat befürwortete. Zu den Virilisten gehörten sechs Bischöfe, zwei Superintendenten der evangelischen Kirche, der rangälteste Rabbiner von Warschau, der Präsident des Obersten Gerichtshofs und zwei Hochschulrektoren. Die Wahlen waren am 27. Februar, der Staatsrat konstituierte sich aber erst am 22. Juni 1918. Diese Verzögerung war auf die Nachwirkungen des Friedensvertrags von Brest-Litovsk zurückzuführen.

Die Regenten eröffneten, vertagten und schlossen die Sitzungen des Staatsrats. Dieser konnte Gesetze nur in Anwesenheit der mit dem Veto-recht ausgestatteten Kommissare der Besatzungsmächte beschließen. Im Laufe einiger Monate verabschiedete der Staatsrat mehrere Gesetze und das Verwaltungsbudget. Er hatte das alleinige Recht, Kredite zu beschließen. Im Oktober 1918 löste der Regentschaftsrat den Staatsrat auf, um die Berufung eines Sejm im unabhängigen Polen einzuleiten. „Leider ist die ganze Arbeit des Staatsrats vom Gutdünken der Deutschen abhängig, die sich darum gar nicht kümmern und keine wirkliche Arbeit zulassen [...]. Ein einziger deutscher Feldwebel hat in Polen mehr Macht als unsere ganze Hohe Kammer mit allen Ministern zusammengenommen“, meinte ein Kommentator nicht ganz zu Unrecht.

## 9 Heimkehr

Die Februarrevolution und die Bildung der Provisorischen Regierung in Petrograd ermöglichten die Rückkehr tausender Evakuierter und Deportierter. Die mit der Flüchtlingshilfe befassten Organisationen kümmerten sich jetzt um den Heimtransport; damit wurden die Hilfsmaßnahmen erneut ethn-national getrennt organisiert. Am 15. Juli 1917 gestattete die Provisorische Regierung Staatsangehörigen des Königreichs Polen die Rückreise, wozu aber zusätzlich die Genehmigung der Besatzungsmächte benötigt wurde. Eine Rückkehr über das neutrale Schweden war möglich, hatte allerdings einen russischen Pass mit schwedischem Visum zur Voraussetzung. Die anfallenden russischen und schwedischen Gebühren konnten oder wollten sich jedoch nur die wenigsten leisten.

Zur Vorbereitung der Remigration richteten die polnischen Organisationen in Petrograd am 6. Dezember 1917 ein Hauptkomitee für die Heimkehr ein. Die Leitung hatte zunächst Aleksander Lednicki, der kurz darauf



abgelöst wurde. Die Rückkehr sollte erfolgen können, sobald die Waffen an der Ostfront schwiegen. Dieser Moment trat mit dem Friedensschluss von Brest ein. Der Andrang der Rückkehrwilligen war sehr stark, befeuert von Heimweh, Hunger und den anarchischen Zuständen in Russland. Der Aufenthalt in dem von Krieg und Revolution zerrissenen Land war gefährlich, mancher Flüchtling geriet zwischen die Fronten von Bolschewiki und Weißgardisten. Viele machten sich auf eigene Faust auf den Weg. „Man fuhr ohne Dokumente und Passierscheine, ohne Wegzehrung oder vielleicht nur mit einem Korb trockenen Zwiebacks. Die Leute drängten sich in überfüllte Güterzüge und auf offene Waggonen“, schrieb ein Augenzeuge. Allein bei Minsk und Babrujsk zogen 350.000 Menschen durch, weitere Tausende befanden sich in anderen Regionen unter fatalen Umständen in hastig errichteten Camps. In der Kälte brachen bei Mangel an sauberem Wasser und Nahrung Epidemien aus; die Wege der Rückkehrer waren von frischen Gräbern gesäumt.

Die Tage verstrichen, doch noch immer gaben die Besatzungsmächte keine Erlaubnis zur Rückkehr, weil die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen seien. Daher versuchten besonders Verzweifelte die illegale Rückkehr. Einige schafften es, wohlbehalten anzukommen, andere landeten in Lager oder Gefängnis, die Übrigen warteten diszipliniert auf das Ende der Unterhandlungen, welche die seit dem 1. Februar 1918 bestehende Remigrationsabteilung für Flüchtlinge in Russland beim Warschauer Außenministerium mit den Besatzungsmächten führte, damit diese nicht mit den Kosten der Rückwanderung belastet würden. Österreicher und Deutsche suchten die sogenannte „wilde Remigration“ zu verhindern, um sich gegen die „bolschewistische Infizierung“ zu schützen. Für die Versorgung mit Nahrung und Medikamenten sollten die polnischen Behörden sorgen und die Kosten decken. Nachdem die Polen diese Bedingungen akzeptiert hatten, war der Weg frei für das Abkommen vom 17. April 1918, das eine kontrollierte Rückwanderung regelte. Die Besatzungsmächte hatten es mit der Umsetzung jedoch immer noch nicht eilig. Sie begrenzten die Zahl der Rückkehrer und öffneten nur zwei Grenzübergänge zwischen ihren Besatzungszonen, Sowjetrußland und der Ukrainischen Volksrepublik. Diese Übergänge wurde zudem wiederholt tage- oder wochenweise geschlossen, wenn der Andrang zu groß wurde. In diesen Fällen durfte nur passieren, wer als nützlich für die Kriegswirtschaft galt. Der Vertrag von Brest-Litovsk gestattete auch die Rückkehr von Kriegsgefangenen. Tatsächlich schafften es von diesen aber nur wenige in das Königreich, weil die Besatzungsmächte unterstellten, sie seien von den Bolschewiki indoktriniert worden.

Die Flüchtlingszüge wurden von den Besatzungsmächten nach Religion und Nationalität organisiert, sodass es getrennte Transporte für Polen, Juden, Deutsche, Litauer und Ukrainer gab. Die Züge fuhren meist von

Minsk ab, von wo seit Mai 1918 sieben Transporte mit je 700 Personen pro Woche kamen. Die Remigranten mussten eine ärztliche Untersuchungsbescheinigung vorweisen, die sie vor der Quarantäne bewahrte. Pro Person fielen fünfzig Mark für den Transport an; Mittellose konnte eine Preisermäßigung beantragen. Unter günstigen Umständen dauerte die Fahrt von Minsk nach Warschau 36 Stunden. Dzierzbicki schrieb am 18. Mai: „Die Rückkehr der Flüchtlinge aus Russland nimmt immer mehr zu [...]. Polnische Regierungsvertreter haben sich mit Genehmigung der Besatzungsmächte [...] an die Grenzübergänge begeben und sind befugt, Passierscheine auszugeben und über das gesamte Rückkehrereigentum zu verfügen.“

Über Rücktransporte nach Belarus und Litauen entschieden die Deutschen allein, denn dort gab es keine Einrichtungen als Ansprechpartner. Viele Flüchtlinge harrten in Lagern auf Gebieten aus, die von den Besatzungsmächten oder von der Ukrainischen Volksrepublik kontrolliert wurden. Obwohl sich diese Camps häufig nicht allzu weit von ihren Heimatorten entfernt befanden, zog sich die Rückkehr oft über Wochen hin, weil die Besatzungsmächte Rückkehrgenehmigungen nur mit großer Vorsicht ausgaben. Wer schließlich zurückkehren durfte, konnte von Glück sprechen im Vergleich zu denen, die sich weiter auf sowjetrussisch kontrolliertem Gebiet befanden und in grenznahen Lagern auf ihre Chance warteten. „Seit einigen Wochen oder sogar Monaten verbringen die armen Wanderer die Nächte unter freiem Himmel. Es ist bewölkt, regnerisch und kalt, ihr Zustand ist bedauernswert.“ Manche versuchten, die Grenze illegal zu überqueren. Das fiel an der russisch-österreichischen Grenze leichter als an der strenger bewachten Grenze zwischen Sowjetrussland und dem Deutschen Reich. Um nach Litauen oder Belarus zu gelangen, begaben sich die Flüchtlinge zuerst in das GGL, um sich von bezahlten Schleusern über den Bug bringen zu lassen. Dieser Menschenschmuggel wurde schwieriger, nachdem die k.u.k. Armee im August 1918 begonnen hatte, den Flusslauf enger zu überwachen.

Die Österreicher richteten bei ihrer Besatzungsverwaltung in Lublin ein Emigrationsbüro mit zahlreichen polnischen Mitarbeitern ein. Das Büro eröffnete Vertretungen in Kovel, Minsk, Odessa und Kiew und stellte den Kontakt mit polnischen Einrichtungen in Russland her, die Auskunft über Anzahl und Verteilung der Flüchtlinge geben konnten. Wenn Rückkehrer österreichisches Besatzungsgebiet erreichten, wurden sie gründlich untersucht und in Lagern isoliert; diese Quarantäne dauerte zwei bis drei Wochen, gelegentlich länger.

Wer nicht auf illegalem Weg zurückkehren konnte oder wollte, musste oft monatelang auf die Genehmigung der sowjetischen Behörden warten, für die das Flüchtlingsproblem keine Dringlichkeit hatte. Erst im Sommer 1918 entstand ein Zentralausschuss für Kriegsgefangene und Vertriebene. Auch waren die sowjetischen Behörden gar nicht an ihrer Rückkehr interessiert,

weil sie die Männer gern in die Rote Armee rekrutiert hätten. Der Rat der Volkskommissare (*Sovnarkom*) betrachtete die Einwohner Kongresspolens und der annektierten Gebiete als russische Staatsangehörige und erließ am 27. Juli 1918 ein Dekret, das ihnen die Rechte und Pflichten von Angehörigen der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik zuerkannte, wozu auch die Wehrpflicht gehörte. Daher mussten sich die Flüchtlinge um Entlassung aus der russischen Staatsangehörigkeit bemühen. Dies war jedoch weder leicht noch billig. Die Antragsteller ersuchten häufig in Moskau akkreditierte Botschaften um Hilfe. Lednicki nahm in Absprache mit dem Regenschaftsrat über Vermittlung der deutschen Botschaft Kontakt mit den Bolschewiki auf. An diese Zeit bewahrte er keine guten Erinnerungen: „Diesen Auftrag auszuführen, bedeutete eine nicht abreißende Folge von Plagen, Gefahren, Schikanen durch die Sowjets und Hindernisse, die mir die deutsche Botschaft in den Weg legte.“ Die sowjetischen Behörden sahen nämlich den Regenschaftsrat als deutsches Besatzungsorgan, nicht als polnische Einrichtung. Nach Erledigung aller bürokratischen Formalitäten waren 25 Rubel zu entrichten; dies war der Preis für die Unterschrift des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten.

Die Presse im Königreich und den annektierten Gebieten brachte beinahe täglich Berichte über die Rückkehr bekannter Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Auch polnische Soldaten der zarischen Armee kamen zurück sowie Kriegsgefangene aus der deutschen oder österreichischen Armee. Gelegentlich wurden die vormaligen zarischen Soldaten wie Kriegsgefangene von den deutschen Behörden zur Zwangsarbeit weiter ins Reich verschickt; sie durften nicht einmal ihren Arbeitslohn nach Hause senden.

Die Rückkehrwilligen mussten ihr persönliches Habe einschließlich der Wertsachen in Russland zurücklassen. Fabrikanten bekamen ihre im Jahr 1915 demontierten und nach Russland transportierten Maschinen nicht zurück; dasselbe galt für Rohstoffe und Waren; denn alles wurde von den Bolschewiki zu Staatseigentum erklärt.

Russischer Bürgerkrieg, der Terror der Kriegsparteien und die Aussicht auf ein freies Polen veranlassten auch solche Polen zur Remigration, die bereits vor dem Krieg in Russland gelebt und gearbeitet hatten; darunter waren etwa die Enkel der Verbannten nach dem Januaraufstand. Dazu gehörten Baumwollplantagen-, Fabrik- oder Bergwerksbesitzer aus Zentralasien, Ingenieure, Ärzte, Eisenbahner, Wissenschaftler, Erdölarbeiter aus Baku, Beamte, Arbeiter, Kaufleute und Handwerker aus Russland, dem Kuban, dem Kaukasus, Sibirien und dem Fernen Osten. Einige reisten über Murmansk und Archangel'sk, andere über Georgien und das Schwarze Meer, über Persien und die Türkei, noch andere über Chabarovsk und

Vladivostok, durch die Mandschurei, China und den Suezkanal. Häufig waren sie auf die Hilfe polnischer Institutionen angewiesen.

Bereits im Herbst 1915 war in der Handelsbank ein Rückkehrerfonds eingerichtet worden. Die meisten Spenden gingen 1918 ein, als die Rückkehr konkret wurde. Beteiligt waren Einrichtungen im Land wie in den Grenzgebieten, auch in den sogenannten fernen Grenzgebieten wie in Kiew, wo bereits gleich nach der Gründung der Ukrainischen Volksrepublik Mitte März 1918 das Polnische Zentralkomitee für die Rückkehr aus der Ukraine gegründet wurde. Dieses kümmerte sich um die Ausstellung von Passierscheinen und die Bereitstellung von Zügen an den Flüchtlingsbahnhöfen. Die Effizienz der polnischen Hilfseinrichtungen in Russland litt nach der Machtergreifung der Bolschewiki, weil sich die Behörden einmischten oder gegenseitig blockierten. Die Rückkehrer sahen die Einrichtungen kritisch; aus ihrer Sicht hatte sich zum Beispiel der CKO in ein Organ verwandelt, das willkürlich und gewaltsam verfuhr.

Nach konservativen Schätzungen konnten bis Ende 1918 1,5 Millionen Menschen zurückkehren, Polen, Juden, Ukrainer, Litauer, Letten und Belarussen zusammengenommen, die meisten in die annektierten Gebiete, eine geringere Zahl in das Königreich Polen. Nach Daten der Remigrationsabteilung des Innenministeriums in Warschau waren bis Ende Oktober 64.250 Flüchtlinge in das GGL zurückgekehrt, 225.981 in das GGW. Die Gesamtzahl der Rückkehrer war sicher sehr viel höher, weil einige nicht über Vermittlung der Abteilung reisten, andere illegal kamen und nicht registriert wurden.

Die Rückkehrer fanden nicht überall freudige Aufnahme, wofür es verschiedene Gründe gab. Manche sahen in ihnen Agenten der Revolution. Andere fürchteten, Sicherheit und Sozialmoral könnten sich weiter verschlechtern. Wer sich Besitz von Flüchtlingen angeeignet hatte, musste diesen zurückgeben; in etlichen Fällen kam es zu schweren Konflikten zwischen den rechtmäßigen Eigentümern und den neuen Insassen von Immobilien und Landwirtschaften. Auch der polnisch-deutsche und der polnisch-jüdische Antagonismus wurden weiter angeheizt. Die ohnehin schon knappe Lebensmittelversorgung wurde noch schwieriger, das Schwarzmarktgeschäft blühte. Gemäß einer Verordnung der Warschauer Stadtverwaltung vom Sommer 1918 mussten sich Rückkehrer eine Wohnung zuteilen lassen, wozu der Nachweis erforderlich war, selbst für Unterhalt und Wohnungsmiete aufkommen zu können. Rückkehrer und Dagebliebene bildeten zwei voneinander geschiedene Gruppen mit gegenläufigen Interessen. Seit Herbst 1917 trafen überdies im Königreich zarentreue Russen auf der Flucht vor den Bolschewiki ein; auch sie kauften Wohnungen und Lebensmittel und ließen die Inflation weiter ansteigen.

## 10 Wirtschaft

„Die beiden Mittelmächte zerstören mit der einen Hand regelmäßig, was sie mit der anderen aufzubauen versuchen“, meinte Piłsudski. Dabei war es doch ganz anders angekündigt. Am 1. August 1915 hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg im Reichstag erklärt, die besetzten polnischen Gebiete gerecht verwalten, die Kriegsschäden beseitigen und die von Russland hinterlassenen Probleme beheben zu wollen. Beseler hatte gar verkündet, in Kongresspolen Wohlstand einziehen zu lassen. Die Österreicher hatten nicht minder wolkige Erklärungen für ihr Besatzungsgebiet abgegeben. Die Besatzungspraxis sah jedoch ganz anders aus. Beide Okkupanten unterzogen ihre Gebiete systematischer Ausbeutung, wobei sich Methoden und Zwecke unterschieden, weil sie sich nicht auf eine abgestimmte Politik einigen konnten. Der allgemeinste Zweck war, die Besatzungstruppen sich selbst aus dem Gebiet versorgen zu lassen, die eigene Industrie mit Rohstoffen und Halbfabrikaten aus Kongresspolen zu versorgen und die Ernährungsprobleme im Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie zu lindern. Falkenhayn ließ im April 1915 keinerlei Zweifel an den wirklichen Absichten der deutschen Wirtschaftspolitik: Zugunsten der deutschen Kriegsanstrengung und der Versorgung der Heimatfront solle eine rücksichtslose Besatzungspolitik betrieben werden, die das Leben eines einzigen Deutschen über die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes stelle. Der deutsche Okkupant verhielt sich mithin wie eine Kolonialmacht. Auf österreichischer Seite gab es keine so eindeutige und brutale Ausformulierung der wirtschaftlichen Ziele, doch auch hier stand die Ausbeutung aller Gewerbebranchen Kongresspolens im Vordergrund.

Kennzeichen dieser Besatzungspolitik war ein pedantisches Besteuerungssystem. Einige Steuern waren recht merkwürdig und für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar, zum Beispiel die Hundesteuer; die landläufige Erklärung dafür war, man werde wohl in Kürze die Hunde essen müssen. Man erzählte sich, die Besitzer würden bald die Brunnen besteuern, und dann werde auf jeden geschöpften Eimer Wasser eine Gebühr erhoben. Im GGW wurden außer dem Alkoholmonopol noch solche auf Tabak, Salz, Papier, Zucker, Getreide und Seife eingeführt, die Prozentsätze zudem merklich erhöht. Im GGL wurden die Steuern erhöht und Monopole auf Zucker, Petroleum und Salz eingeführt.

Die Industrie wurde besonders rücksichtslos ausgebeutet. Die Besatzungsmächte ließen ganze Fabrikausstattungen konfiszieren, um sie ins Reich zu bringen und konkurrierende Gewerbebranchen in Kongresspolen auszuschalten. Auf diese Weise wurden die Lodzer Textilindustrie sowie die Metall- und Maschinenindustrie von Warschau praktisch liquidiert. Deutsche Einsatzgruppen nahmen mit, was für die deutsche Kriegswirtschaft

von Interesse war, der Rest wurde vernichtet. Sie zerschlugen Maschinen mit Vorschlaghämmer; der Schrott wurde abtransportiert. Bodenplatten wurden herausgerissen, der Putz von den Wänden geschlagen, um an die Elektroleitungen zu kommen. „Die Demontage von Fabrikeinrichtungen und Maschinen [...] hatte Züge eines boshaften Zerstörungswerks“, kommentierte ein Mitarbeiter der Warschauer Firma Lilpop. Von der auf 88 Gebäude verteilten chemischen Fabrik in Łowicz blieben drei übrig. Die Kupfergießerei und -walze bei Głowno wurden zerstört. Hochöfen erloschen. Die Bankhütte musste ihren Betrieb einstellen. Nur Bernard Hantkes Hütte in Tschenstochau erlebte das Kriegsende in etwas besserem Zustand, doch mit verändertem Produktionsprofil und gesenkter Produktion. Nur die Steinkohlenzechen des Dąbrowa-Reviere und die Zinkbergwerke von Olkusz arbeiteten mit voller Kraft. Im österreichischen Besatzungsgebiet wurden Demontagen und Fabrikschließungen nicht so brachial vorgenommen, doch war dort die Industrie auch wesentlich weniger entwickelt als im GGW; es überwogen kleinere Betriebe mit veralteter Technik. Im Übrigen war ein Teil davon auch bereits von russländischen Truppen 1915 zerstört worden. Im Vergleich zu 1913 waren im GGL 1916 noch 61 Prozent der Industriebetriebe mit 28,5 Prozent der Belegschaften tätig.

Die Liquidierung der Industrie im GGW verlief in mehreren Phasen. Im Dezember 1914 befahl die Oberste Heeresleitung, in den besetzten Gebieten einen „freiwilligen Ankauf“ durchzuführen, was in Wahrheit die Massenkonfiskation von Rohstoffvorräten in den Fabriken bedeutete. Damit verstieß die Besatzungsmacht gegen die Haager Landkriegsordnung, die Privateigentum eigentlich schützte. Für den Bedarf der deutschen Industrie wurden Wolle, Baumwolle, Hanf, Leinen, Metalle, Häute, Schmierstoffe und Mineralöle beschlagnahmt. Bis Juni 1918 wurden allein aus Lodz 12.161 Tonnen Baumwolle, 9476 Tonnen Wolle, 250 Tonnen Wollgarn und 5851 Tonnen Lumpen abtransportiert. Im Herbst 1915 wurde die Liste des Konfiskats um Eisen, Seide und Gummi erweitert, im Herbst 1916 um Maschinen und Fabrikausstattungen, Werkzeug- und Drehmaschinen, Motoren, Elektromaschinen und -einrichtungen sowie Dampfmaschinen. Allein im Lodzer Bezirk wurden 791 Elektromotoren konfisziert. Die requirierten Güter wurden im Wert möglichst niedrig eingestuft; die Fabrikanten erhielten oftmals nicht einmal einen symbolischen Betrag zur Entschädigung, weil die Requisitionen auf militärischem Dienstweg stattfanden. Industrielle erhielten die Auskunft, Entschädigungen würden nach dem Krieg gezahlt oder stünden ihnen nicht zu. Oft wurden nicht einmal Quittungen für das Konfiskat ausgegeben. Die Lodzer Fabrikanten etwa erhielten keine Entschädigung für Güter im Wert von über 300 Millionen Goldrubeln. Einschließlich der sogenannten indirekten Verluste lagen die Schätzungen bei 500 Millionen Goldrubeln. Dazu zählten requirierte Güter

und Rohstoffe, verlorene Wertpapiere und in Banken deponierte Kapitalien. Später gestand Kries ein, es seien manchmal Grenzen überschritten und unangemessene Methoden angewandt worden.

Die zudem ihrer immer schwerer erhältlichen Energie und Brennstoffe beraubten Fabriken stellten den Betrieb ein. Oft blieben nur leere Maschinenhallen und Schornsteinstümpfe. Ende 1916 arbeiteten im Vergleich zu 1913 nur noch knapp 22 Prozent der Arbeiter im GGW. Nur wer für den lokalen Markt oder die deutsche Armee produzierte, konnte bestehen. So erging es Handwerk und Kleingewerbe nicht schlecht, weil sie technisch nicht auf der Höhe und daher für die Besatzer uninteressant waren. Am schlechtesten war es für das kleine Baugewerbe. Es gab noch Aufträge für Instandsetzungen und militärische Zwecke, doch dies war ein Tropfen auf den heißen Stein. So erreichte die Arbeitslosigkeit in Lodz und im Dąbrowa-Revier vierzig Prozent, in Warschau lag sie bei über dreißig Prozent. Die Industriellenverbände protestierten gegen die deutsche Politik mit dem Argument, die Fabrikanten würden nach Kriegsende nicht mehr in der Lage sein, die Produktion wieder aufzunehmen, sodass die Entindustrialisierung zum Dauerzustand werde. Um ihre Firmen zu retten, sprachen die Industriellen in Berlin vor, wo sie jedoch lauter Absagen erhielten und die Behörden jede weitere Intervention unterbanden. Trotzdem gelang es einigen wenigen Industriellen, zumindest eine Teilentschädigung zu erhalten.

Die Deutschen waren sehr darauf bedacht, den maximalen Nutzen aus der kongresspolnischen Wirtschaft zu ziehen. Alle Güter und Rohstoffe wurden gezählt und registriert. Das Besatzungsgebiet wurde mit einer Lawine von Verordnungen, Ge- und Verboten überzogen. Das ausufernde Formularwesen war selbst für Gebildete ein Problem und für Analphabeten ein unüberwindliches Hindernis. „Jedes neugeborene Kalb, jedes Hühnerküken, jedes Stück Vieh, jede Gans, jedes Pfund Butter wurden gezählt und gewogen.“ So wussten die Deutschen genau, über welche Reserven das Königreich verfügte. Bereits im November 1914 wunderten sich die Leute, dass die Deutschen „in Sachen Wirtschaft alles rigorosen Vorschriften unterworfen haben. Vom ersten Augenblick an funktionierte die Staatsmaschinerie mit erstaunlicher Zuverlässigkeit. Sie legten Liefernormen für die Armee und Zuteilungen für die Bevölkerung fest.“ Die Besatzungsmacht richtete Kriegsaktiengesellschaften ein, so die Zentrale für Kriegsrohstoffe, die Gesellschaft für Güterausfuhr nach Deutschland, die Gesellschaft für Nutzung von Alteisen; diese vereinfachten die Exploitation. Sie besaßen das Monopol zur Konfiszierung der jeweiligen Güter, die sie an deutsche Industrieunternehmen und Großhändler weiterverkauften, letztere wiederum an die Verbraucher in Deutschland. „Die deutschen Requisitionen übersteigen jedes Maß“, hielt Maria Lubomirska im Februar 1917 fest.



Die Österreicher führten ihre Requisitionen auf ähnliche Weise, wenn auch in geringerem Umfang durch. In beiden Besatzungsgebieten lieferten Kirchenglocken und Orgelpfeifen begehrte Metalle. Die vorgewarnten Gemeindeglieder kamen zusammen, um ihre Glocken Tag und Nacht zu bewachen. Obwohl sie Repressalien riskierten, holten sie sie manchmal auch vom Turm, um sie in einer Scheune oder im Wald zu verstecken. Es kam vor, dass k.u.k. Gendarmen angegriffen und misshandelt wurden. Nur Jasna Góra blieb von Requisitionen verschont.

Die „Glockenaktion“ verschlechterte noch weiter das Image des *Ostryjak*, wie der österreichische Besatzer beim einfachen Stadt- und Landvolk hieß. Gängige Schimpf- und Spottnamen für die Angehörigen des k.u.k. Militärs oder die österreichischen Zivilbeamten waren *głodomorcy* (Hungerleider), *dziady* (Großväter), *żebraki* (Bettler), *dziadochy* (Tattergreise). Für solche Beleidigungen verhängte die Besatzungsmacht Strafen, daher kam das Wort *wszarze* (verlauste Kerle) in Gebrauch, weil es nicht verboten war. Auch der Ausdruck *austriackie gadanie* (österreichisches Geschwätz) für unsinniges oder dummes Gerede war untersagt.

Historische Denkmäler wurden nicht verschont, etwa die Adelspalais, von denen die kupfernen Dachplatten heruntergerissen und aus denen die Türklinken mitgenommen wurden. In manchen Fällen gelang es, über gute Beziehungen oder ein Schmiergeld das Schlimmste zu verhindern. So konnte Edward Krasieński namens des Komitees für Denkmalpflege das bei Lublin gelegene Schloss Kozłówka der Magnatenfamilie Zamoyski und den Palast von Wilanów retten.

In den Gemeinden richteten die Besatzungsverwaltungen Sammelpunkte für gebrauchte Rohstoffe ein, mit anderen Worten für Konfiskat. Die Gemeindeverwaltungen und -vorsteher hatten diese Stellen unter Aufsicht vorzubereiten. Landsturmmänner waren ständig unwillkommene Gäste in den Katen, wo sie Kupfertöpfe, Türklinken, Elektrokabel, Stacheldraht, Schmiedeeisengitter, Lumpen, Körbe und Felle inspizierten und beschlagnahmten. In der Satirezeitschrift *Mucha* (Die Fliege) erschien eine Karikatur mit der Unterschrift: „Was macht, wer durch die Tür will? – Er greift ins Leere.“ Bei Gelegenheit ließen manche auch Dinge in die eigenen Taschen wandern: „[...] bei den Requisitionen stehlen die Gendarmen dreist, nehmen aus Truhen und Kästen verschiedenste Gegenstände“, berichtete im Juli 1918 der *Polak*. In den großen Städten riss man die Gehwege auf, um an die kupfernen Elektrokabel zu gelangen. Zu Weihnachten 1916 erschien das humoristische Gedicht:

*W dzień Bożego Narodzenia*  
*Radość wszelkiego stworzenia.*

Am Tage der Geburt des Herrn,  
Freude wird man uns beschern.

<i>Nasi zbawcy się radują</i>	Unsre Retter sich delectieren,
<i>Wszystko w Polsce rekwirują.</i>	Was all's in Pol'n sie requirieren.
<i>Kury, jajka, masło, kasze,</i>	Hühner, Eier, Butter, Breie,
<i>Drzewo, nafta, zboże nasze.</i>	Brennholz, Öle, Haferkleie.
<i>Biorą żwawo...!</i>	Munter fort mit...!

Auf dem Land setzten die Besatzungsmächte ihre Wirtschaftspolitik durch scharfe Kontrolle von Produktion und Distribution besonders konsequent um. „Die Daumenschrauben wurden gnadenlos angezogen. Wir wurden zum Getreidespeicher für den Sieger“, notierte jemand 1915. Der Überschuss in der Schweine- und Rinderzucht wurde nach Österreich und Deutschland geschickt. Als im Jahr 1918 die Lieferungen aus der Ukraine ausblieben, verlangten die Besatzer noch höhere Abgaben. Am 27. April und 5. August 1918 veranlasste die GGW-Verwaltung, 100.000 Stück Hornvieh und 50.000 Schweine ins Reich auszuführen. Bis Kriegsende waren es 112.276 Rinder und 21.375 Schweine. Um den Fleischmarkt zu kontrollieren, wurde seit Juni 1916 im GGW jeder Kuh und Ziege sowie jedem Schaf, Schwein und Pferd ein eigener Pass ausgestellt; nur mit einem solchen konnte das Tier vom Wohnort des Besitzers entfernt werden. Diese Politik spiegelte sich in manchem zeitgenössischen Spottlied wider: „Noch ist Polen nicht verloren, doch verlorengehen muss es, und was der Moskal nicht erpresste, dem gibt der Preuße jetzt den Reste.“ Im Herbst 1918 lehrte mancher Volksschullehrer kämpferische Verse, die den Gemütszustand der geplagten Bevölkerung wiedergeben:

<i>Wisła płynie</i>	Die Weichsel fließt
<i>Rozłożył się Prusak świnia na polskiej krainie</i>	Hat sich der Schweinepreuß in Polen breitgemacht
<i>Poczekaj ty Prusaku, ty pogańska duszo</i>	Wart nur, du Preuße, du Heidenseele
<i>Bo my chcemy jeszcze dzisiaj wywieszyć Prusaków.</i>	Denn heute noch wollen wir die Preußen zum Trocknen raushängen.

Zum andern machten sich die Besatzungsmächte zum Anliegen, den Getreide- und Kartoffelabsatz zu kontrollieren, um die Überschüsse abschöpfen zu können. Bis Kriegsende führten die Deutschen 12,3 Millionen Zentner Brotgetreide und 5,5 Millionen Zentner Kartoffeln aus dem GGW aus. Den Bauern war verboten, Lebensmittel aus ihrem Heimatort fortzuschaffen oder über eine begrenzte Menge hinaus an die Tiere zu

verfüttern. Beispielsweise ordnete die k.u.k. Verwaltung im September 1915 an, dass einem Pferd maximal ein Kilo Getreide gegeben werden durfte; der Rest des Futters musste aus Ersatzstoffen bestehen. Das war leichter zu verordnen als durchzusetzen, zumal die Bauern dergleichen als verrückte Einmischung der Obrigkeit ansahen. Es ist nicht festzustellen, wie viele Lebensmittel requiriert wurden; der Anteil war jedenfalls beträchtlich. Am 27. April 1915 befahl Hindenburg, in den besetzten Gebieten Gerste, Weizen, Roggen und Getreidevorräte zu beschlagnahmen. Die Bauern durften für den Eigenbedarf bis zur nächsten Ernte nur fünf Kilo Getreide pro Kopf behalten. Trotzdem gingen die Requisitionen oft noch über diese ohnehin restriktiven Vorschriften hinaus. Infolgedessen fehlte es an Saatgetreide, sodass beispielsweise im Kreis Olkusz 1915 nur ein gutes Drittel des Ackerlandes bestellt werden konnte.

Es war nicht Absicht der Besatzungsmächte, entgegen den eigenen Interessen die Landwirtschaft zugrunde zu richten oder die Bevölkerung auszuhungern. Deshalb trafen sie Anstalten, die Erträge durch Modernisierung und Verbesserungen im Anbau zu erhöhen. Aus Deutschland, Österreich und neutralen Ländern wurden landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge importiert, der Ankauf von Saatgetreide wurde erleichtert, Militärpferde für die Feldarbeit ausgeliehen, Veterinäre zur Bekämpfung von Tierkrankheiten eingesetzt. Die großen Landgüter erhielten zu günstigen Bedingungen Zuchtstiere und Zuchtrinder. Man pries den Nährwert von Obst und Gemüse an und propagierte den Anbau; ferner sollten die Bauern Brachland unter den Pflug nehmen und neu eingeführte Ziegen- und Kaninchenrassen züchten. Schlachtung, Fleischmärkte und Aasbeseitigung wurden sanitätsdienstlich überwacht. Eine wichtige Rolle spielten landwirtschaftliche Vereinigungen wie der im Juli 1916 in Warschau gegründete Gutsbesitzerverband, der Hilfe für die von ihren Eigentümern verlassenen Güter organisierte, Finanzierungsberatung betrieb, Kredite vermittelte, zur Modernisierung von Gütern riet, was aber wegen des Kapitalmangels sehr schwierig war, und Landwirtschaftskurse veranstaltete.

Auch die Wälder wurden ausgebeutet. Normalerweise geschah der Holzeinschlag nach Plan. „Die polnischen und litauischen Wälder sind vernichtet“, wettete Korfanty 1918. Paradebeispiel waren die Kurpiowska-Wildnis, die ein Viertel ihres Baumbestands verlor, und der östlich der kongresspolnischen Grenze gelegene Białowieża-Urwald. Dort richteten die Deutschen die Militärforstverwaltung Białowies ein, die für den Schwund des Baumbestands sorgte. In den Jahren 1915 bis 1917 wurden 4,5 Millionen Meter Holz eingeschlagen; für den Abtransport wurde eigens eine Schmalspurbahn gebaut. Hajnówka und Białowieża waren typische Fälle einer kolonialistischen Form nicht nachhaltiger Forstbewirtschaftung. Doch auch die Ortsansässigen hatten an dem Waldfrevel Anteil. Sie ließen

sich Genehmigungen für Holzentnahme ausstellen, schlugen dann aber ein Vielfaches ein, weil es keine wirksamen Kontrollen gab. Auch der Wildtierbestand litt, weil wegen des Fleischmangels im großen Stil gejagt wurde. Dafür sind die Wisente des Białowieża-Urwalds ein eindruckliches Beispiel. Bei Kriegsausbruch wurden 700 Tiere gezählt, bei Kriegsende war die Herde auf ein Dutzend zusammengeschmolzen. Die Deutschen hatten den Abschuss begonnen, Wilderer aus der Gegend fortgesetzt.

Die polnischen Behörden, so auch das im Dezember 1917 gebildete Ministerium für Landwirtschaft und Krondomänen, versuchten ohne Erfolg, der Misswirtschaft der Besatzungsmächte einen Riegel vorzuschieben. Diese setzten ihre ausbeuterische Wirtschaftspolitik praktisch bis Kriegsende fort, und während dieser Dauer konnten weder der Provisorische Staatsrat noch die polnische Regierung darauf Einfluss nehmen. Der einzige vorweisbare Erfolg des Wirtschaftsdepartements des Provisorischen Staatsrats war zu verhindern, dass die von den Deutschen geplante Beschlagnahme von Metallen in Stärke- und Syrupfabriken ausgeführt wurde.

Wegen des passiven, gelegentlich auch aktiven Widerstands der Landbevölkerung blieben die Requisitionen hinter den Erwartungen zurück. Daher führten die Besatzungsmächte Lieferkontingente ein, bei denen Menge, Qualität und Preis vorab festgesetzt wurden. Die Bauern erklärten sich die Kontingentierung damit, dass die Deutschen ihrer Requisitionsrazzien überdrüssig geworden seien. Kleinbauern wurden von der Kontingentlieferung verschont, was die Besatzungsbehörden propagandistisch als kluge Sozialpolitik ausgaben. Etwaige Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten durften über Gemeindekooperativen oder an kontrollierten Verkaufsstellen verkauft werden; die dort erzielten Preise lagen etwa dreißig Prozent über den Kontingentpreisen. Der Kontingentierung ging eine Registrierung voraus. Ignacy Daszyński schrieb dazu: „Für den Raub wurden Statistiken erstellt, um jedes Huhn zu erfassen, das dem hungrigen Preußentum Eier zu liefern hatte.“

Die Kontingentierung erfüllte ihre Aufgabe bestens, dem Land das Maximum an Lieferungen abzupressen. Die Rechnung hatten die Bauern zu bezahlen. „Im Jahr 1916 begannen die Requisitionen und die Kontingente, die ich abzugeben gezwungen war, weil nichts vor der Requisition sicher war. [...] der Krieg ruinierte meinen Hof“, schrieb ein Bauer aus dem Landkreis Radom. Die kontingentierten Produkte wurden vom Okkupanten zudem zu weit unter Marktwert liegenden Preisen aufgekauft. 1917 zahlten die Deutschen für einen Scheffel Kontingentgetreide zehn Mark, während er auf dem sogenannten Schmugglermarkt fünfzig Mark kostete. Für ein Ferkel, das auf dem freien Markt 200 Mark kostete, zahlten die Deutschen zwanzig. Die Österreicher legten ähnliche Kontingentpreise fest. Die Kontingentierung war eine Art von Konfiszierung. Wenn ein Bauer sein

Kontingent nicht termingerecht lieferte, wurde ihm eine Strafgebühr auferlegt, und wenn auch das nicht half, rückte das Militär an.

Diese Praxis führte verständlicherweise zu Protest und Widerstand. Daher vereinbarten im Juli 1917 polnische Politik und Großgrundbesitzer mit den GGL-Behörden die Gründung eines Landeswirtschaftsrates (der *Krajowa Rada Gospodarcza*, KRG), der über drei Zentralen ein staatliches Agrarprogramm umsetzen sollte. Im Vorstand der KRG saßen Gutsbesitzer und Vertreter der Intelligenz. Die Bauern im GGL profitierten von der Einrichtung, denn die Kontingente wurden reduziert, sodass höhere Überschüsse für den polnischen Markt blieben. Die Preise sanken, die Versorgungslage verbesserte sich, der Verkauf auf dem freien Markt wurde entweder von den Bauern selbst, von jüdischen Händlern oder auch eigens gebildeten Verbänden, Gemeindegremien oder Genossenschaften betrieben. Auf Betreiben Szczeptyckis wurden die Lebensmittelausfuhren nach Österreich eingestellt, die Bauern konnten ihre Überschüsse auf den städtischen Märkten verkaufen. Auch zuvor war die Lebensmittelausfuhr aus dem GGL nicht sehr umfangreich gewesen; Gründe dafür waren der Widerstand der Bauern, die geringe Effizienz der k.u.k. Verwaltung und das schlecht ausgebaute Eisenbahnnetz.

Die Maßnahmen der KRG widersprachen allerdings den Interessen der Armee. Daher kehrte die GGL-Verwaltung 1918 zur Einziehung von Kontingenten durch Militär und Gendarmerie zurück. Auch das Verbot des Transports von Schlachtvieh wurde nunmehr streng durchgesetzt. Im Sommer 1918 jedoch nahm Wien eine als „Getreidediplomatie“ bezeichnete erneute Wende in der Agrarpolitik vor, um die Polen für sich zu gewinnen. Die Österreicher erhöhten die Einkaufspreise beträchtlich. Für einen Zentner Getreide gaben sie jetzt 120 Kronen, während der Marktpreis bislang bei neunzig Kronen gelegen hatte. Infolgedessen erlebte das GGL einen Zustrom von Bargeld, Geld deutschen Ursprungs wohlgerne, das sich Österreich vom Deutschen Reich geliehen hatte. „Wenn ich die damaligen Verhältnisse mit denen unter der deutschen Besatzung vergleiche, will mir scheinen, dass das Leben im ‚österreichischen‘ Radom geradezu eine Kriegsidylle war“, schrieb eine Einwohnerin der Stadt im Rückblick.

Für die Besatzungsmächte waren vor allem die Arbeitskräfte von Interesse. Viele unbeschäftigte Arbeiter wurden bei Straßenbau und -instandsetzung, Ausheben von Schützengräben, Errichtung von militärischen Befestigungen, Kasernen und ähnlichen Arbeiten eingesetzt. Wer solche Arbeitseinsätze verweigerte, verlor seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Daher ließen sich die meisten auf die Bedingungen ein, die zumindest am Beginn der Besatzungszeit gar nicht unvorteilhaft waren. Mit der Zeit drückten die Besatzungsmächte die Löhne, was aber die Bewerber nicht abschreckte. An der Jahreswende 1916/17 waren allein beim Wegebau

im Königreich 45.500 Personen beschäftigt, bei Gleisarbeiten waren die Zahlen noch höher.

Die Anwerbung von kongresspolnischen Arbeitern für die deutsche Landwirtschaft und Industrie hatte eine lange Vorgeschichte. Das setzte sich während des Kriegs fort, um deutsche Arbeiter für den Frontdienst freistellen zu können. Es gab zunächst genügend Freiwillige, die weiter von den für sie attraktiven Bedingungen von Saisonarbeit und Erwerbsmigration profitieren wollten. Doch die Bedingungen verschlechterten sich rasch, denn Land- und Industriearbeiter verdienten wenig, ihre Arbeitsbedingungen waren schlecht und ihre Freizügigkeit wurde eingeschränkt. Die Arbeitertransporte nach Deutschland fanden unter Bewachung statt und hinterließen einen unguuten Beigeschmack. Bis März 1916 wurden 100–120.000 Personen angeworben, darunter Arbeitslose und Juden. Die Arbeitsbedingungen verbesserten sich 1917, als den Angeworbenen eine Sozialversicherung zugestanden wurde und zumindest einige wenige Heimaturlaub bekamen. Andererseits nahm der Bedarf der deutschen Wirtschaft immer weiter zu.

Da die Anwerbung von Freiwilligen keine genügenden Ergebnisse brachte, wurde im GGW ein Arbeitszwang für Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren eingeführt. Rechtsgrundlage war eine Verordnung Beselers vom 4. Oktober 1916 mit der Ankündigung, „Arbeitsscheu“ bekämpfen zu wollen. Zu diesem Zweck wurden in den Städten Razzien veranstaltet. Als aber die deutsche Verwaltung von der Stadt Warschau ein Register der Arbeitslosen verlangte, um diese ins Reich zu deportieren, erteilte Warschau zweimal eine Absage. Es war mithin möglich, sich erfolgreich der Besatzungspolitik zu widersetzen. Die Stadtverwaltung von Wilna protestierte gegen die Arbeitspflicht, die Besatzungsmacht führte die entsprechenden Vorschriften trotzdem ein. In Reaktion darauf forderte die Stadtverwaltung die Bevölkerung auf, Anordnungen der Besatzungsmacht zu boykottieren, womit sie auch einigen Erfolg hatte. Von Oktober 1916 bis zum 30. Juli 1918 gelangten über die Vermittlung der Arbeitsämter 118.412 Personen in das Deutsche Reich, davon mehr als zehn Prozent Juden. Insgesamt wurden entweder freiwillig oder zwangsweise 220–240.000 Menschen für die Arbeit im Reich gewonnen.

Wer bei einer Razzia aufgegriffen worden war, wurde häufig in eines der Arbeitsbataillone gesteckt, die im Frontgebiet eingesetzt wurden. Diese Arbeiter wurden beinahe wie Kriegsgefangene behandelt, Flucht wurde bestraft wie Desertion. Die Arbeiter versuchten, sich zur Wehr zu setzen; so kam es zu physischen Auseinandersetzungen, die manchmal tödlich endeten. Da die Arbeitsbataillone auf allgemeinen Widerstand stießen, zumal auch Halbwüchsige von 15 oder 16 Jahren eingezogen wurden, wurden sie am 19. Juli 1917 wieder aufgelöst. Dabei spielten die Nachrichten von der

Russischen Revolution gewiss eine Rolle. Gebot der Stunde war, die Menschen fügsamer zu machen. Die Deutschen sollten im Zweiten Weltkrieg auf das System der Arbeitsbataillone zurückkommen.

Eine zeitgenössische Parodie auf das Kampflied der Polnischen Legionen von 1797 und die zukünftige Nationalhymne lautete:

<i>Jeszcze Polska nie zginęła,</i>	Noch ist Polen nicht verloren,
<i>Póki Niemiec z nami.</i>	Wenn der Deutsche zu uns hält.
<i>Bo nas jeszcze nie wywieźli</i>	Denn noch sind wir nicht deportiert
<i>Razem z kartoflami!</i>	Als wie vom Kartoffelfeld!
<i>Marsz, marsz Polacy</i>	Marsch, marsch, ihr Polen,
<i>Do Niemiec, do pracy,</i>	Uns ins Deutsche Reich sie holen,
<i>Za przewodem Beselera</i>	Unter Beselers Befehlen,
<i>Weźmie nas cholera.</i>	Soll uns doch der Teufel stehlen.

Die österreichische Besatzungsmacht führte bereits 1915 eine Arbeitspflicht in zivilen Arbeitsabteilungen ein. Die Durchsetzung ging häufig unter Gewaltanwendung vonstatten. Razzien wurden gezielt selbst auf Kirchgänger angesetzt. „Ständig greifen österreichische Gendarmen die Leute auf der Straße auf, besonders am Abend, manchmal auch in der Nacht, zerren sie aus den Betten oder holen sie vom Arbeitsplatz weg“, erinnerte sich Pater Józef Paweł Rokoszny. Da Bezahlung und Arbeitsbedingungen eher abschreckend waren, versuchten viele wegzulaufen. Der Widerstand aus der Gesellschaft bewirkte die Auflösung der Arbeitsabteilungen. In Lublin wurde stattdessen das Zentrale Arbeitsvermittlungsammt eingerichtet, das ein Netz von Filialen aufbaute. Das Amt warb Arbeitskräfte unter zivilen Bedingungen an. Bis Kriegsende wurden 20.000 Personen zur Arbeit in der Habsburgermonarchie gewonnen, weitere 50.000 zur Arbeit im GGL. Außerdem wurden von den Behörden in der Erntezeit und zur Kartoffellese Landarbeiter zwangsweise in Arbeitsbrigaden eingezogen.

Die Besatzungsmächte führten eine neue Währung ein, während sie andererseits keine polnische Staatsbank oder eigene polnische Währung erlaubten. Gegen den Einspruch der polnischen Politik und Industrie beschlossen sie dagegen am 9. Dezember 1916 die Einrichtung der Polnischen Landeskreditkasse (*Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa*, PKKP) als emittierender Instanz. Am 26. April 1917 zog die PKKP den Rubel als Zahlungsmittel aus dem Verkehr und führte die Polnische Mark ein. Zu Propagandazwecken wurde auf der Vorderseite der Münze ein bekrönter polnischer Renaissanceadler angebracht, auf der Rückseite auf polnisch die Aufschrift: Königreich Polen. Der Wechselkurs betrug ein Rubel zu 2,16 Polnischer Mark. Auf jeder Banknote war der Eintrag: „Das Deutsche Reich übernimmt die



Verantwortung zur Auszahlung von Noten der Polnischen Landesbank in Deutschen Reichsmark nach Nennwert“.

Die Deutschen mussten die neue Währung unbedingt zum Erfolg machen, zumal die PKKP der Reichsbank unterstand und von Deutschen geleitet wurde. Die Banknoten trugen die Unterschrift des Chefs der Zivilverwaltung, was einen faden Beigeschmack hatte, weil es ständig an die tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande erinnerte. Die Besatzungsmächte erwarteten sich von der neuen Währungspolitik verschiedene Vorteile. Zum einen sollte die an die Reichsmark gekoppelte Polnische Mark die politische und ökonomische Stabilität des Königreichs Polen garantieren. Zum anderen wurden der Gold- und Silberrubel aus dem Umlauf genommen, um die Edelmetallrücklagen des Reichs zu erhöhen. Drittens wurde der Umlauf der Reichsmark eingeschränkt. Vor der Emission der neuen Währung waren auf Beselers Anordnung sogenannte Pfennige des Königreichs Polen aus Eisen und Zink in Umlauf gebracht worden, die in der Münze von Stuttgart geprägt wurden. Eine Mark hatte einhundert Pfennige.

Trotz dieser Bemühungen gelang es der Polnischen Mark nur langsam, sich gegen den Rubel und weitere im Umlauf befindliche Währungen durchzusetzen. Die Leute sahen die Mark als Produkt der antipolnischen Besatzungspolitik und nannten sie *rzyszki*<sup>23</sup>, und der polnische Münzadler galt als im Krieg abgemagerte Gans. „Die Leute wollen die Polnische Mark einfach nicht, und im ganzen Ort ist sie nicht zu sehen“, lautete ein Kommentar vom Frühjahr 1917. Erst nach dem bolschewistischen Umsturz brach das Vertrauen in den Rubel ein, während die Mark an Prestige gewann, zumal die Besatzungsverwaltung den Rubel lochen ließ und so vom Markt entfernte. Dagegen emittierte die Besatzung in Litauen und Belarus eiserne Kopeken und Rubelbanknoten, um das Metallgeld vom Markt zu nehmen. Außer Mark und Rubel waren noch sogenannte starke Währungen wie der US-Dollar und der Schweizer Franken im Umlauf, obwohl der Handel mit Devisen und Gold verboten war.

Auch Ersatzwährungen wurden eingesetzt. Die ersten wurden kurz nach Kriegsbeginn von Fabrikanten, Stadtverwaltungen, Gutsbesitzern und jüdischen Gemeinden in Umlauf gebracht. Der größte Teil wurde von Magistraten emittiert, um laufende Kosten zu decken. Der Emittent versicherte auf der Surrogatwährung, sie gegen gültige Währung umzutauschen. Die in Surrogaten ausgezahlten Arbeitslöhne konnten nur in bestimmten Geschäften eingesetzt werden. Surrogate in Jetonform wurden aus Papier, Eisen, Zinn, Aluminium, Leder, Stoff, Knöpfen und sogar aus Porzellan

---

23 Unübersetzbares Wortspiel aus *Rzesza Niemiecka* (Deutsches Reich); *rzyszki* ist der Plural des Diminutivs, also etwa „Reichlein“; A.d.Ü.

angefertigt. Die Staatsbehörden schritten nicht ein, weil die Surrogate keine Edelmetalle enthielten. Manchmal druckten die Emittenten als zusätzliche Einnahmequelle auf den Surrogaten Geschäftswerbung ab.

Der Großhandel wurde von der Besatzungsverwaltung kontrolliert, wobei Monopole errichtet, Waren reglementiert, bestimmte Ein- und Ausfuhrverbote verhängt und neue Zölle eingeführt wurden. Im Monopolhandel waren vorwiegend Juden beschäftigt, was sie zum Sündenbock für alle Erschwernisse werden ließ, welche die Handelspolitik unter der Okkupation mit sich brachte. Gegen neu von der Besatzungsverwaltung eingeführte Abgaben protestierte der Provisorische Staatsrat wie üblich erfolglos. Auch auf diesem Gebiet betrieben die Besatzungsmächte eine Politik der vollendeten Tatsachen.



# IX Letzte Entscheidungen

## 1 Ober Ost

Bei der Sommeroffensive von 1915 nahmen die Mittelmächte ausgedehnte Gebiete östlich von Ostpreußen und Kongresspolen ein. Im Herbst kamen noch die westlichen Teile von Polesien, Litauen und das westliche Lettland bis zur Düna hinzu. Am 4. November 1915 richteten die Deutschen eine neue Verwaltungseinheit ein, das Gebiet des Oberbefehlshabers der gesamten Deutschen Streitkräfte im Osten, kurz Ober Ost. Treibende Kraft hinter dieser Entscheidung war Erich Ludendorff, der „ungekrönte König von Ober Ost“.

Ober Ost bestand anfangs aus sechs Verwaltungsbezirken, nämlich Litauen (das vormalige Gouvernement Kowno), Wilna, Grodno (der Nordteil des vormaligen Gouvernements Grodno), Białystok (West- und Südteil des vormaligen Gouvernements Grodno), Suwalken und Kurland. Die Bezirke wurden mit der Zeit territorial neu organisiert, sodass es 1917 nur noch drei gab: Litauen, Białystok-Grodno und Kurland; 1918 wurde auch noch Białystok-Grodno an Litauen angeschlossen. In Ober Ost waren 4,5 Millionen Polen, Litauer, Letten, Belarussen und Juden ansässig. Im August 1916 richteten die beiden Besatzungsmächte einen gemeinsamen Oberbefehl im Osten ein, was die Verwaltung und Ausbeutung der besetzten Gebiete erleichterte. Nach Ludendorff waren die Interessen der besetzten Gebiete stets denen der deutschen Armee unterzuordnen.

Ober Ost wurde von militärischen Befehlshabern geleitet, denen deutsche Beamte beigelegt waren; daneben konnten auch Bürgerkomitees und Hilfsorganisationen tätig sein. Die Amtssprache war Deutsch. Bei Verstößen gegen Anordnungen der Militärbehörden galt das deutsche Strafrecht. Die Zivilbevölkerung war der Jurisdiktion von Militärgerichten unterstellt, bürgerliche Rechte und Freiheiten waren eingeschränkt. Öffentliche Versammlungen waren untersagt, Zeitungsredaktionen wurden geschlossen, politische Vereine aufgelöst oder ihre Tätigkeit ausgesetzt. Im Vergleich mit Kongresspolen waren die Rechte und Freiheiten deutlich stärker beschnitten, die Pflichten umfassender. Erst seit 1916 begann sich das allmählich zu ändern. Die Deutschen gestatten das Erscheinen einiger Zeitungen und die Bildung von polnischen, litauischen, belarussischen, lettischen und jüdischen Vereinen. Im Vergleich mit der russländischen Herrschaft gab es aber immer noch weniger Freiheiten und Zeitungen. Die Besatzungsmacht führte keine Schulpflicht ein. Eltern und Lokalbehörden entschieden über die Unterrichtssprache an den Grundschulen, Deutschunterricht war aber obligatorisch. An den jüdischen Schulen wurde auf deutsch unterrichtet.

In überwiegend von Polen bewohnten Regionen wurden polnische Schulen eingerichtet, doch am schnellsten stieg die Anzahl der litauischen Schulen. Die Litauer bewiesen große Entschlossenheit und Energie beim Aufbau eines eigenen Schulwesens einschließlich Gymnasien und berufsbildender Schulen, wobei sie in den katholischen Gemeinden Rückhalt hatten. Im Mai 1916 wurden die Grundschulen wegen eines Ausbruchs von Typhus und Ruhr geschlossen; nachdem die Epidemien unter Kontrolle gebracht waren, nahmen sie den Unterricht wieder auf.

Der Besatzungsverwaltung war es vor allem um die ökonomische Ausbeutung der besetzten Gebiete zu tun. Die Besatzungsherrschaft in Ober Ost war rücksichtsloser als in Kongresspolen. Kontributionen, Requisitionen, Abgaben für die Armee, nicht zuletzt auch der Einsatz zur Zwangsarbeit fielen umfassender und einschneidender aus. Allein bei Straßenbau und -instandsetzung waren Ende 1916 über 24.000 Arbeiter im Einsatz. Ludendorff verkündete im Herbst 1916, Deutschland könne sich bei der Ausbeutung der Besatzungsgebiete nicht an internationales Recht halten. Beim Einsatz von Zwangsarbeit machte er keinen Hehl daraus, an kolonialistische Praktiken anzuknüpfen. Die Besatzungsmacht selbst gab zu, dass in Litauen Zustände wie in den Kolonien herrschten. „Die Deutschen greifen bei jeder Gelegenheit die Arbeitsfähigen auf, bringen sie in das Gefängnis in Wilna-Antokol, dort wird dann die ‚lebende Ware‘ für den Export gemustert. Irgendwelche Leute aus Deutschland [...] betasten die Muskeln, schauen sich das Gebiss an“, schrieb Ferdynand Ruzszyc am 17. Juni 1916.

Die Besatzungsmacht beschlagnahmte Lebensmittel, Vieh und Pferde. Es kam vor, dass einem ganzen Dorf kein einziges arbeitsfähiges Pferd blieb. 1917 konnten keine Beerdigungen mehr in traditioneller Weise durchgeführt werden, weil die Gespanne für die Leichenwagen requiriert worden waren. „In Wilna herrscht Hunger. Allgemeiner Hass“, beschrieb jemand die Reaktion der Einwohner. Bei fortschreitender Demoralisierung und Korruption wurde die Besatzungsherrschaft erst gegen Kriegsende milder. Glücklicherweise ließen die Besatzer die Industrie unangetastet und schafften die Rohstoffe nicht fort. Sie achteten auf Sauberkeit und Hygiene, und wenn sie ein Adelspalais betraten, traten sie sich die Schuhe ab, was den Ortsansässigen besonders auffiel, weil es von ihren eigenen Gewohnheiten abwich.

Der Akt des 5. November weckte Hoffnungen bei den Nationalbewegungen der Litauer, Letten, Ukrainer und Belarussen. Deren Akteure setzten darauf, dass in einem deutschen Europa Platz für ihren jeweiligen Nationalstaat sein werde, und sie versuchten die Besatzungsmacht für ihre nationalpolitischen und territorialen Interessen zu gewinnen. Die Litauer sahen die Grenzen ihres Staates bis zu den belarussischen Orten Lida und Ašmjany, bis Białystok und Łomża und im Norden bis zur Düna. Die Ambitionen der Belarussen reichten von Łomża im Westen bis Smolensk im Osten. Litauer,

Belarussen, Letten und Ukrainer hielten einen Staatsverband mit Russland oder dem Deutschen Reich für möglich, keinesfalls aber mit Polen, weil sie ausschlossen, mit den Polen zusammen in einem Staat zu leben. „Es kann keinen Verband mit Polen geben. Wenn Litauer unter polnische Herrschaft geraten, wird die Leibeigenschaft zurückkehren“, behauptete einer der litauischen Aktivisten. Denn diese beurteilten die Union der polnischen Krone mit dem Großfürstentum Litauen sehr kritisch; schließlich hatte diese die Polonisierung des litauischen Adels nach sich gezogen. So wollten sie genauso wenig wie die nationalen Akteure der Belarussen und der Ukrainer eine Wiederauflage der alten „Rzeczpospolita der Herren“. Damit waren nationale Konflikte vorprogrammiert, weil zwei oder sogar drei Nationen um ein und dasselbe Territorium für ihren Staat konkurrierten. Selbst in den katholischen Gemeinden kam es zum Streit darüber, in welcher Sprache gepredigt, gesungen und gebeichtet werden sollte.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand Wilna, die größte und symbolträchtigste Stadt des Gebiets. Polen, Litauer und Belarussen sahen sich dort gleichermaßen als legitime Herren. Die Litauer brachten das historische Argument, Wilna sei die Hauptstadt ihres Großfürstentums gewesen. Im September 1917 schrieb die Tageszeitung *Lietuvos aidas* (Litauisches Echo): „Wilna – das sind für uns die Augen, die über ganz Litauen, unserem Vaterland leuchten.“ Außerdem waren sie der Auffassung, in Litauen seien ausschließlich Litauer beheimatet, nur dass einige eben litauisch, die anderen polnisch oder belarussisch sprächen. So hielten sie Versammlungen von „nichtlitauischsprachigen Litauern“ ab. Umgekehrt beriefen sich die Polen auf die Ergebnisse der von den Deutschen am 14. Dezember 1916 in Wilna durchgeführten Volkszählung, wonach Polen 53,67 und Juden 41,45 Prozent der Bevölkerung stellten; in der christlichen Bevölkerung allein bildeten die Polen 97 Prozent, die Litauer ganze zwei Prozent. Die Belarussen unterstrichen die Bedeutung Wilnas für ihre Kultur und erinnerten daran, dass einst das Russische bzw. Belarussische Amtssprache in Litauen und Umgangssprache des litauischen Adels gewesen waren. Unter Berufung auf ihre ethnonationale Argumentation wandten sich die Polen im April 1917 an den Provisorischen Staatsrat in Warschau: „Auf dem Grund der Realität stehend, in der tiefen Überzeugung, dass unser Land sich nur mit Polen vereint günstig entwickeln kann, wenden wir uns an den Hohen Rat mit der innigen und nachdrücklichen Bitte, so rasch wie möglich Schritte einzuleiten, es an das Königreich Polen anzuschließen.“ Das im Spätsommer 1915 gebildete Polnische Komitee in Wilna bemühte sich, mit seinen eigenen Ideen zur Vereinigung mit dem Königreich in Berlin vorstellig zu werden. Am 14. Dezember 1917 bestimmte es eine dreiköpfige Delegation, die jedoch von den deutschen Militärbehörden nicht die Reiseerlaubnis nach Berlin erhielt. Die Polen in Litauen wurden aus Warschau unterstützt. In einem

Schreiben an die Reichskanzlei betonte die polnische Regierung, Wilna sei „die Wiege der polnischen Kultur und des polnischen Lebens im Osten“.

Die Litauer und Belarussen widersetzten sich selbstverständlich diesen polnischen Initiativen und zählten nicht zu Unrecht auf die Unterstützung der Deutschen. Denn diese hatten kein Interesse an einem starken Polen nach dem Krieg, weil ein solches unternehmen könnte, Posen, Danzig und Oberschlesien zu gewinnen. Also unterstützten sie die litauischen und belarussischen Institutionen, in denen sie ein Gegengewicht gegen die wirtschaftlich und kulturell dominierenden Polen sahen. 1917/18 ließen sie die Gründung belarussischer Institutionen und Vereine zu, darunter des Belarussischen Rates.

Auf einer Wilnaer Konferenz vom 18. bis 23. September 1917 beriefen 214 litauische Nationalaktivisten den Litauischen Staatsrat (*Lietuvos Taryba*) unter Vorsitz von Antanas Smetona. Am 16. Februar 1918 rief der Rat Litauens Unabhängigkeit aus, was von den Deutschen am 23. März anerkannt wurde. Damit war der von den Polen anvisierte polnisch-litauische Staat nicht mehr im Gespräch. Der Litauische Staatsrat sandte an Wilhelm II. ein Telegramm mit der Zusicherung der „tiefsten und unvergänglichen Dankbarkeit“ für die „dem seit Jahrhunderten leidenden litauischen Volk“ gewährte Freiheit und die Anerkennung der Unabhängigkeit. In dieselbe symbolpolitische Richtung ging eine deutsche Verordnung vom 21. Mai 1918, die den deutschen und polnischen Straßennamen in Wilna litauische hinzufügte. Die litauischen Aktien standen demnach gut in Berlin, während die polnischen an Wert verloren, doch noch hatte Deutschland sich nicht zu den litauischen Staatsgrenzen geäußert. Um die Polen nicht gegen sich aufzubringen, war auch über die Zugehörigkeit von Wilna noch nicht entschieden. Litauen sollte eine konstitutionelle Erbmonarchie werden. Die Litauer wünschten sich Wilhelm, Grafen von Württemberg und Herzog von Urach, als Herrscher; er sollte den Namen Mendog II. tragen. Dieser erklärte sich einverstanden, doch bevorzugte Berlin einen Abkömmling des Hauses Wettin. Die Frage wurde bis Kriegsende nicht mehr entschieden. Am 27. Oktober 1918 erklärte sich der Litauische Staatsrat zum höchsten Exekutivorgan des litauischen Staats und Wilna zur Hauptstadt, und am 11. November wurde eine Regierung unter Augustinas Voldemaras gebildet.

Die belarussische Nationalbewegung entwickelte sich weniger dynamisch als die litauische. Sie war stark auf Minsk konzentriert, hielt aber auch Versammlungen im Belarussischen Klub von Wilna ab. Am 9. März 1918 machte das Exekutivkomitee des Rats des Ersten Allbelarussischen Kongresses seine zweite Deklaration öffentlich: „[...] nach dreieinhalb Jahrhunderten der Unfreiheit erklärt die belarussische Nation der Welt: Die Nation lebt und wird leben.“ Am 25. März rief das Exekutivkomitee eine Belarussische Volksrepublik aus und umriss deren Grenzen. Die Deutschen



erkannten diesen Staat nicht an und erschwerten die Bildung belarussischer Institutionen in der Meinung, diese würden nur die Versorgung der deutschen Armee erschweren. Trotzdem entstanden einige bescheidene Einrichtungen der neuen Volksrepublik. Die Deutschen änderten allmählich ihre Haltung und ließen eine Regierung unter der Bezeichnung Belarussisches Volkssekretariat zu. Die belarussische Nationalbewegung verfügte jedoch weder über allgemeinen Rückhalt in der Bevölkerung noch über starke soziopolitische Eliten, sodass das belarussische Staatsgebilde keine lokalen Strukturen aufbauen konnte und rasch als bloße „Papierrepublik“ galt. Die Belarussische Volksrepublik wurde lediglich von der Ukrainischen Volksrepublik anerkannt. Die linken Radikalen sammelten sich um Jazép Varonka, die Gemäßigten um Roman Skirmunt, einen aus Belarus stammenden polnischen Aristokraten.

Die Polen in Litauen waren über die deutsche Politik und die litauischen und belarussischen Aktivitäten ernstlich beunruhigt. So versuchten sie, ihre Nationalbewegung stärker zu mobilisieren und griffen dazu auf Geschichte, Nationalhelden und die Jahrestage der Aufstände zurück. Begräbnisse von um die polnische Kultur verdienten Persönlichkeiten waren willkommene Anlässe, um ihre Anliegen vor großer Öffentlichkeit zu propagieren. Am 24. August 1917 wurde Marian Węśławski, langjähriger Stadtpräsident von Wilna, unter großer Publikumsbeteiligung zu Grabe getragen; es sollen 15.000 Trauergäste anwesend gewesen sein. Die Litauer reagierten am 9. September mit ihrer ersten genehmigten öffentlichen Versammlung in Wilna; es kamen gut einhundert Personen aus den führenden Schichten. Auch an späteren Veranstaltungen dieser Art nahm vorwiegend nur der engere Kreis der nationalpolitischen Akteure teil. Trotz behördlichen Verbots feierten die Polen in Litauen und Belarus mit großem Aufwand am 3. Mai 1918 ihren Verfassungstag; am lebhaftesten war die Beteiligung in Wilna, Grodno, Minsk und Kowno. Am 20. Oktober 1918 zogen in Wilna mehr als 20.000 Polen mit weiß-roten Fahnen auf die Straße und sangen patriotische Lieder, um für den Anschluss der Stadt an ein unabhängiges Polen zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstößen mit der deutschen Polizei und Gendarmerie, es gab Verletzte. Am 26. Oktober verbot der deutsche Stadtkommandant öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen.

Im Sommer und Herbst 1918 machten sich auch in Litauen und Belarus die Ausläufer der bolschewistischen Revolution immer deutlicher bemerkbar. In verschiedenen Milieus wurde der Umsturz nach sowjetrussischem Vorbild geplant. Revolutionäre Ideen fanden auch in der deutschen und der österreich-ungarischen Armee Anklang. Am 10. November 1918 konstituierte sich in Wilna ein deutscher Soldatenrat und verkündete, die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen. Die erst seit Kurzem bestehende und noch schwache polnische Selbstverteidigung hatte dagegen kein Mittel. Nach

dem Abzug der Deutschen übernahmen die Bolschewiki die Herrschaft in der Stadt. Damit erhob im Osten zumindest vorübergehend noch eine vierte Kraft Anspruch auf Stadt und Region.

## 2 Brest-Litovsk

Im Spätherbst 1917 begannen die Friedensverhandlungen zwischen den Bolschewiki und den Mittelmächten. Weil keine Einigung erzielt wurde, ließen die Mittelmächte ihre Truppen weiter nach Osten vorrücken. Die bolschewistischen Armeen zogen sich ungeordnet zurück. Im Februar 1918 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Kucharzewski-Regierung und der Regentschaftsrat versuchten, für Polen einen Platz am Verhandlungstisch zu erwirken. Im Dezember fuhr Kucharzewski nach Berlin und Wien, konnte aber nichts erreichen. Trotzdem machten sich auch die Regenten auf den Weg und sprachen am 7. Januar in Berlin vor, am 10. in Wien. Außer der polnischen Beteiligung in Brest-Litovsk thematisierten sie den Anschluss Polnisch-Litauens an das Königreich, das heißt der Gouvernements Wilna und Grodno. Beide Kaiser beehrten die Polen mit einer Audienz und versicherten sie ihres Wohlwollens. Die Gespräche verliefen in freundlicher Atmosphäre und waren von dem üblichen rituellen Gepränge begleitet, während die Regenten nicht müde wurden, ihre Loyalität zu bekunden. An Wilhelm II. gewandt, sagte Lubomirski: „In der würdigen Person Eurer Kaiserlichen Majestät sehen und grüßen wir einen Verfechter der weltbeherrschenden Prinzipien, die allen Schichten der polnischen Gesellschaft Glück und Segen bringen sollen.“ Dieser Worterguss war so fruchtlos wie der ganze Besuch. Selbst die Fahrt von Wien nach Warschau im Sonderzug mit kaiserlichem Speisewagen konnte die gedrückte Stimmung nicht heben. Bei der Rückkehr nach Warschau wurden die Regenten von Demonstranten mit feindseligen Parolen empfangen.

Deutschland und Österreich-Ungarn lehnten also die Beteiligung der Polen an den Friedensgesprächen in Brest-Litovsk ab. Auch die von Lev Trockij vertretene sowjetrussische Seite war dagegen; Trockij meinte, die polnischen Kommunisten wie Karl Radek und Stanisław Bobiński würden schon dafür sorgen, dass polnische Interessen nicht zu kurz kämen. Letztlich erwies sich aber dieser polnische Misserfolg als politisch vorteilhaft; denn wäre das Königreich Polen Verbündeter der Mittelmächte gewesen, hätte es bei Kriegsende auf der Verliererseite gestanden. Darin waren sich Passivisten und Irredentisten ausnahmsweise einmal einig.

Aus Brest-Litovsk gelangten beunruhigende Nachrichten nach Polen und lösten dort einigen Protest aus. Am 26. Januar 1918 erklärte der passivistische Überparteiliche Verband bei einer Versammlung in Warschau: „1. Es ist der unbeugsame Wille der Polnischen Nation, ein vereintes Polen als

unabhängigen Staat wiederentstehen zu lassen [...]. Mit einem natürlichen [...] Zugang zum Meer. 2. Die polnische Frage ist eine internationale Frage. Wir protestieren daher gegen Versuche, die polnische Frage als innere Angelegenheit der Teilungsstaaten zu behandeln, wie auch gegen offene oder versteckte Gebietsteilungen in der Form, Polen in ‚Einflussphären‘ aufzuteilen. Wir protestieren schließlich dagegen, über uns ohne uns zu entscheiden.“ Im Februar führte ein unangemeldeter Besuch Trockijs in Warschau zu weiterer Beunruhigung, machte aber auch Sensation. Der Besuch kam im Auto in Begleitung deutscher Offiziere; Trockij nutzte die Gelegenheit für Einkäufe. Am 3. März 1918 wurde der Separatfrieden zwischen Sowjetrußland und den Mittelmächten geschlossen. Er ließ die russische Westgrenze vom Rigaischen Meerbusen südwärts verlaufen, womit Litauen, Belarus und Kurland westlich davon lagen.

Vor Vertragsabschluss verständigten sich die Mittelmächte mit einer Delegation der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, die nach Brest eingeladen worden war. Dieser neue Staat mit der Hauptstadt Kiew war am 22. Januar 1918 ausgerufen worden; tatsächlich war er ökonomisch und militärisch von den Mittelmächten abhängig. Als Gegenleistung für die Anerkennung versprach Kiew, bis Ende Juni eine Million Tonnen Getreide sowie große Mengen an Zucker, Schlachtvieh und Tabak zu liefern. Ein entsprechendes Abkommen wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar geschlossen. Die Mittelmächte sahen darin eine Chance, ihre Versorgungslage wesentlich zu verbessern. Die Entente erkannte den neuen Staat nicht an.

Das Abkommen legte auch die Grenzen der Ukrainischen Volksrepublik fest. Im Westen sollten sie zwischen Weichsel und Bug verlaufen. Das Gebiet von Chełm einschließlich Zamość sowie Podlachien fielen der Ukraine zu. Diese Entscheidung verstieß gegen die Haager Konvention, die Grenzänderungen während des Kriegs verbot. Die der Volksrepublik zwischen Bug und Weichsel zuerkannten Gebiete waren von 800.000 Menschen bewohnt, davon zwei Drittel Polen, die übrigen Ukrainer und Juden. In keinem Kreis stellten die Ukrainer die Mehrheit dar. In Spenderlaune gestanden die Mittelmächte der Volksrepublik mehr zu, als Rußland 1912 zuerkannt hatte. Für die Polen des Chełmer Gebiets und Podlachiens war es das heilige Land, in dem das Gedächtnis an die Märtyrer der Kirchenunion<sup>24</sup> gepflegt wurde.

---

24 Gemeint sind diejenigen Angehörigen der 1596 durch die Union von Brest gebildeten unierten griechisch-katholischen Kirche in Polen-Litauen, die nach dem Anschluss ihrer Wohngebiete an Rußland nach 1648 bzw. den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert und der Zwangsauflösung ihrer Kirche konfessioneller Verfolgung ausgesetzt waren und zum Übertritt zur Orthodoxie gezwungen wurden; A.d.Ü.

In einem Geheimabkommen versprachen die Mittelmächte zudem, spätestens bis zum 31. Juli 1918 einen Entwurf für ein ukrainisches Kronland in Ostgalizien mit Lemberg und Przemyśl vorzulegen. Bei den Unterhandlungen mit Kiew wurde nicht ausgeschlossen, dass auch die Bukowina und die zu Ungarn gehörige Karpatenukraine zu dem neuen Kronland gehören würden. Diese Vereinbarungen gerieten an die Öffentlichkeit und wurden erst vom Pariser *Matin*, im Anschluss an diesen auch vom Krakauer *Czas* abgedruckt.

Der Friedensvertrag von Brest-Litovsk war ein wichtiger Baustein eines deutschen Europa mit der Ukraine als Ostflanke. Diese hatte für ihre erheblichen territorialen Erwerbungen jedoch einen hohen Preis in Form von Getreide zu zahlen. Der Vertrag von Brest ging daher auch als „Brotfrieden“ in die Geschichtsbücher ein. „Armes Polen – seine Provinzen werden gegen Mehlkörbe eingehandelt“, kommentierte der italienische Premier Vittorio Orlando im Gespräch mit Konstantyn Skirmunt.

Die Ukrainer veranstalteten Freudenmanifestationen in Lemberg und anderen galizischen Städten. In den ostgalizischen Städten begannen ukrainische Stadtverordnete, sich der ukrainischen Sprache zu bedienen, um ihre historischen Gebietsansprüche zu demonstrieren. Jevhen Petruševyč berief eine Versammlung ukrainischer Aktivisten aus Galizien und der Bukowina im Saal des Lemberger Musikinstituts ein. Diese forderte die k.u.k. Regierung zur Errichtung des neuen Kronlandes auf. Das Unternehmen wurde von der griechisch-katholischen Geistlichkeit unterstützt. In Wien richteten die Ukrainer ein Büro zur Nationalen Verteidigung der Ukrainer ein und forderten Regierung und Reichsrat zur raschen Ratifizierung eines Vertrags auf. Im Reichsrat agitierte dafür Kost Levyc'kyj, im Herrenhaus Erzbischof Andrej Šeptyc'kyj. Polen, Ungarn und Rumänen protestierten scharf, weil die Ukrainer die gesamte Bukowina einschließlich ihrer rumänischen Teile forderten.

Die Polen fassten den Vertrag von Brest-Litovsk als neue Teilung Polens auf. Zur Überraschung der Besatzungsmächte lösten die Bestimmungen eine in ihrer Dimension präzedenzlose Reaktion aus. Das Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern verschlechterte sich. Die Polen hielten die Ukrainer noch nicht reif für eine eigene Staatsbildung, für geschichtslos und bar starker Eliten, nur durch die Mittelmächte unversehens mit ihnen auf eine Stufe gestellt, was sie als schwere Demütigung empfanden. Nach Brest war ein Kompromiss zwischen den beiden Nationalbewegungen praktisch nicht mehr möglich, weil beide dieselben Territorien beanspruchten.

Durch die von Brest ausgelöste Empörung „wurden sich alle in Polen einig“, schrieb Pater Dominik Ścisakała aus Dęblin. Im Bezirk Hrubieszów gab es Proteste in 97 Dörfern. An den Eingangstüren von Häusern und Bauernkaten im Gebiet von Chełm und in Podlachien hing die Notiz: „Hier

wohnen Polen“. „Die Sache von Brest hat wenigstens für kurze Zeit alle zusammengebracht, wie nie zuvor und nie seither – Nationaldemokraten, Sozialisten und Volksparteiler, Arbeiter, Bauern, Bürger, die ganze Intelligenz“, hieß es. Im ganzen Land fanden Demonstrationen und Massenkundgebungen statt, die meisten im GGL, in Galizien und im Teschengebiet, in geringerer Zahl im GGW, hier vor allem in den Städten, weil die Deutschen wie im preußischen Teilungsgebiet dafür sorgten, dass sich die Protestbewegung nicht ausbreiten konnte.

„Auf einen Schlag waren alle Fäden getrennt, die zwischen der Bevölkerung und der österreichischen Regierung geknüpft waren; selbst die Gelasensten waren von Ärger und blinder Wut ergriffen. Es fiel der Beschluss, die Besatzungsmächte zu boykottieren“, schrieb Jerzy Jampolski, ein Beamter aus Lublin. Am 18. Februar riefen die Führer der polnischen Nationalbewegung in Galizien den Generalstreik aus. Fabriken, Behörden, Schulen, selbst die unter militärischer Aufsicht stehende Eisenbahn kamen zum Stillstand, Zeitungen erschienen mit leeren Seiten anstelle zensierter Artikel und mit schwarzem Trauerrahmen. Galizien war gelähmt. In vielen Städten bildeten sich Selbstschutzkomitees. In Krakau wurde bei einer Massenkundgebung mit 80.000 Teilnehmern eine Resolution unter dem Titel „Eid auf dem Krakauer Marktplatz“<sup>25</sup> angenommen, die den Kampf auf das Äußerste gegen Brest ankündigte. Das deutsche Konsulat wurde verwüstet. In Lemberg demonstrierten einige Zehntausend. Auch die Juden beteiligten sich. Deutsche Fahnen und österreichische Adler wurden heruntergerissen und in den Staub getreten. Ähnliche Szenen spielten sich in vielen Städten ab. Es wurde skandiert: „Fort mit dem Regentschaftsrat!“; „Fort mit den Habsburgern!“; „Es lebe Piłsudki!“ In Tarnów wurde das Denkmal der k.u.k. Armee beim Sokół-Gebäude zerstört.

Auch die polnischen Loyalisten wurden zu Angriffszielen der Proteste. Da es zu Übergriffen gegen sie kam, wurden zu ihrem Schutz vor ihren Häusern bewaffnete Posten aufgestellt. Die loyalistische Politik war offenkundig am Ende. Die Loyalisten selbst heizten die Stimmung zusätzlich an, in dem sie behaupteten, die Proteste gegen den geliebten Kaiser würde nur den Bolschewiki und Anarchisten den Weg bereiten.

Oppositionspolitiker und manche Beamte schickten ihre Orden und Auszeichnungen nach Wien zurück, und wer besonders deutlich sein wollte, hängte sie zum Entzücken der Menge einem Hund um den Hals oder band sie einem Schwein an den Ringelschwanz. Das Ansehen von Staat und

---

25 Anspielung auf den von Tadeusz Kościuszko am 24. März 1794 auf dem Krakauer Marktplatz geleisteten Eid, bis zur Befreiung Polens von den Teilungsmächten zu kämpfen; A.d.Ü.

Dynastie lag am Boden. „Die Stadt war wie erstorben. Ohne Befehl und Zureden hielt sich die gesamte Bevölkerung von der Arbeit fern“, wurde am 12. Februar 1918 in Lublin notiert. Porträts beider Kaiser wurden verbrannt. Generalgouverneur Stanislaw Szeptycki und Zivilverwaltungschef Jerzy Madeyski legten aus Protest ihre Ämter nieder; viele Beamte taten es ihnen gleich. Die Warschauer Hochschulen setzten für drei Tage die Lehrveranstaltungen aus. Die jüdischen Studierenden solidarisierten sich mit den polnischen, was in der Stadt enthusiastisch aufgenommen wurde. In Galizien und dem GGL kam es zu Angriffen auf Militärposten; Gendarmen wurden auf offener Straße entwaffnet. Im GGL kamen bei Zusammenstößen einige Dutzend Menschen ums Leben, mehrere Hundert wurden verletzt. Demonstranten wurden in ein Lager bei Dęblin verbracht. An deutschen und österreichischen Ämtern wurden die Scheiben eingeschlagen und Kaiserporträts zerstört. In Bahnhofswartesälen und an Ankündigungstafeln hängten Unbekannte Bilder des gekreuzigten Christus mit den beiden Sündern auf, welche die Gesichtszüge Wilhelms II. und Karls I. trugen. Auf einen Aufruf des PSL hin verweigerten die Bauern die Abgaben. In Galizien kamen Kultur und Unterhaltung zum Stillstand. Theater und Kleinkunsth Bühnen wurden geschlossen, Vorstellungen, Konzerte und Festveranstaltungen abgesagt. Wie es ein Beschluss des Verbands der Volksschullehrer in Krakau vom 16. Februar verlangte, wurde an vielen Schulen der Unterricht eingestellt, und es war die Regel, die Teilnahme am Deutschunterricht zu verweigern.

Die Besatzungsmächte gingen entschlossen gegen alle Formen von Widerstand vor. Die Gefängnisse waren mit polnischen Patrioten überfüllt, die aber nach kurzer Zeit wieder entlassen wurden. Die deutsche und österreichische Zensur verbot Kommentare zum Thema Brester Frieden, einige Zeitungen erhielten Erscheinungsverbot, zum Beispiel der populäre *Ilustrowany Kurier Codzienny* (Illustrierter Tageskurier).

Unter Umgehung der Zensur gab der Regenschaftsrat in Warschau eine Protestnote heraus, die unter anderem in den Warschauer Tageszeitungen abgedruckt wurde. Die Regenten brandmarkten den Brester Vertrag und riefen zu einem eintägigen Proteststreik auf. Sie zogen ernsthaft in Erwägung zurückzutreten, was die Regierung Kucharzewski auch tatsächlich tat. „Österreich hat uns verkauft“, war die Meinung des Ministerpräsidenten, weil das Königreich nicht allein die Gebiete östlich von Memel und Bug nicht erhielt, sondern darüber hinaus auch noch einige verlor. Das erklärte die schwere Enttäuschung. Solche Gesten von Regenschaftsrat und Regierung konnten aber nicht verhindern, dass sie selbst im Mittelpunkt einer Kritik standen, die ihnen ihre loyalistische Politik vorwarf. Die Kritik kam von den Passivisten, noch stärker von den Irredentisten und am schärfsten von SDKPiL und PPS-L. Von der Regierung Kucharzewski hieß es bei den

Revolutionären, sie bestehe aus einer „Bande von Verlierern“, während der Deutsche ihnen „am hellichten Tag ins Gesicht spuckte und sie mit dem Stiefel trat. [...] so wie man eben mit Lakaien umgeht.“

Auch der Rat der Stadt Warschau hatte für den Vertrag kein gutes Wort übrig. Beseler bestrafte die Stadt mit einer Kontribution von 250.000 Mark „für die Vorfälle vom 14. Februar, für die die Einwohner verantwortlich waren, und für die Aufsässigkeit gegen die Obrigkeit.“ Auf Antrag von Stadtpräsident Piotr Drzewiecki bekundete der Stadtrat jedoch, keinen Grund zu sehen, die Kontribution zu zahlen oder auch nur auf Beselers Auslassungen zu reagieren.

Die Auflehnung gegen die bestehende Ordnung erreichte schließlich auch den Reichsrat in Wien. Die polnischen Abgeordneten überboten sich gegenseitig in ihrer Kritik. Am deutlichsten wurden Nationaldemokraten, Sozialisten und PSL. Solche Worte waren zuvor im Reichsrat völlig unerhört gewesen. Głąbiński drohte, wer urteile, „die Polen mit Füßen treten und demütigen zu können, dem sei eins in Erinnerung gerufen: Auf den Aufruhr folgt der Untergang.“ Am 20. Februar bezeichnete der Abgeordnete Jan Goetz-Okocimski den Vertrag als „aus dem Geist des deutschen Imperialismus und kraftloser Heuchelei der alten österreichischen Diplomatie geboren.“ Daszyński's Kommentar dagegen ist bis heute die in allen Geschichtsbüchern zitierte Zusammenfassung der polnischen Reaktion: „[...] in Zukunft dürfen die Angelegenheiten der Nation nicht mit den Interessen der Dynastie verbunden werden. [...] am 9. Februar 1918 erlosch der Stern der Habsburger am polnischen Firmament.“ Außenminister Ottokar Czernin, hauptverantwortlich für den Vertrag von Brest-Litovsk, zog als „Oberschurke“ und „Oberlügner“ (Zdzisław Tarnowski) die meiste Kritik auf sich.

Die Österreicher sahen das ganz anders und bereiteten Czernin in Wien einen Empfang als Mann der Stunde, denn in der Fantasie sahen sie die Läden bereits mit allen seit Langem entbehrten Mangelwaren gefüllt. Auch der Kaiser war von Czernins Erfolg entzückt und überhäufte ihn mit neuen Titeln und Ehrungen, und im Stefansdom wurde für den Außenminister ein Tedeum gesungen. Die Österreicher hatten keinerlei Verständnis für die polnischen Reaktionen, und österreichische wie deutsche Presse ließen sich über „polnische Unersättlichkeit“, „polnische Undankbarkeit“ und „polnische Blüenträume“ aus. Die Wiener Presse kommentierte, dass polnische Abgeordnete ihre Orden zurückgaben, sei hysterisch und beweise mangelnde Selbstbeherrschung. Immer noch versuchten die Loyalisten, die polnischen Reaktionen zu rechtfertigen und den Ton zu mäßigen, um es sich nicht endgültig mit Kaiser, Hof und Regierung zu verderben. Diese Haltung wurde vielleicht am besten von Jaworski zum Ausdruck gebracht: „Wozu



haben wir so viel gearbeitet und gelitten über dreieinhalb Jahre? Nichts davon ist geblieben.“

Selbst im preußischen Teilungsgebiet wurden nach Brest trotz aller Gegenmaßnahmen Berlins Reaktionen laut. Seyda und Korfanty fanden namens der polnischen Fraktion im Reichstag deutliche Worte. Seyda verlas die Protestnote des Regentschaftsrates, deren Publikation aber von der Zensur unterdrückt wurde. In den Städten wurden antideutsche Flugblätter verteilt, und über Nacht tauchten in den Stadtzentren plötzlich Plakate auf, die den Kaiser in wenig vorteilhaften Bildern und Worten zeigten.

Die in der Bukowina dislozierten Legionäre der Zweiten Brigade protestierten besonders verzweifelt und lautstark. Sie beschlossen, einen Schlag gegen die österreichischen Truppen auszuführen, in Richtung Ukraine vorzustößen und sich dort mit den polnischen Korps zu vereinen. „Nachdem sie erst kurz zuvor den Eid abgelegt und den Mittelmächten ihr Vertrauen bezeugt hatten, mussten sie reagieren. [...] umso tiefer musste jetzt ihre Erbitterung sein, umso größer ihre Enttäuschung, umso heftiger ihre Reaktion“, schrieb Waclaw Lipiński. Die von starken Ehrbegriffen geprägten Legionäre erkannten, dass die k.u.k. Monarchie einen Treuebruch begangen hatte, sodass sie sich ihrerseits nicht mehr an ihren Eid gebunden fühlten. Sie gerieten in Aufruhr. Der energische Haller übernahm die Befehlsgewalt und rückte in die Waffenstillstandszone zwischen Österreichern und Russen vor. Bei Ridkivci kam es zum Zusammenprall mit österreichischen Truppen. 1500 polnischen Soldaten gelang der Durchbruch durch die österreichischen Linien. Die Übrigen solidarisierten sich mit Haller, doch konnten sie sich nicht an die Hauptkräfte der Zweiten Brigade anschließen, weil sie sich zu weit weg befanden. Sie wurden von k.u.k. Truppen eingeschlossen, entwaffnet und verhaftet. Darunter war Sikorski.

Haller marschierte dem Zweiten Polnischen Korps in der Ukraine entgegen, vereinigte sich mit diesem und übernahm den Oberbefehl. Daraufhin bewegte er sich mit 6000 Mann weiter in östlicher Richtung. Er plante, die Brücke von Kaniv über den Dnepr zu benutzen, doch stellte sich heraus, dass diese beschädigt war. In derselben Zeit versuchte er erfolglos, den Regentschaftsrat dazu zu bringen, das Kommando über das Zweite Korps zu übernehmen. Am 6. Mai verlangte der deutsche Generalfeldmarschall Hermann von Eichhorn von Haller, die Waffen innerhalb von drei Stunden niederzulegen, Haller jedoch weigerte sich. Die bei Kaniv befindlichen deutschen Einheiten brachten gegen das Zweite Korps vierzehn Bataillone und Artillerie in Stellung, weitere Tausende befanden sich in Reserve. Hallers taktische Führung war gut, aber die Munition ging aus, und er musste sich geschlagen geben. Die deutschen Verluste waren sehr viel höher als die polnischen. 1500 bis 2000 Polen konnten sich durchschlagen und marschierten in Richtung Kuban und Kaukasus. Haller dagegen täuschte seine eigene Beisetzung

vor und konnte in Verkleidung und unter dem Pseudonym Mazowiecki nach Moskau entkommen, von wo aus er mit einem französischen Sanitätszug nach Murmansk fuhr. Er erreichte auf dem Seeweg Frankreich, wo er zu weiteren Ehren gelangte. Die Schlacht von Kaniv wurde auch im Westen bekannt, die Presse in den Ententestaaten und den neutralen Ländern schrieb über Haller. Dmowski und die übrigen Pro-Entente-Politiker waren begeistert, denn schließlich stand Haller mit seiner Person dafür, gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen und die eigene Option bei den Polen durchzusetzen. Kaniv machte Haller zum neben Piłsudski berühmtesten polnischen Heerführer. Er war der Einzige, der gegen alle drei Teilungsmächte gekämpft hatte, sein Korps das Einzige im Osten, das sich zu kapitulieren geweigert und weitergekämpft hatte.

Bei den Polen stieß Hallers Entscheidung überwiegend auf Zustimmung. Er wurde für sie zum Helden. Nur für die Loyalisten handelte es sich um eine „dumme Geste“, ein „Verbrechen und eine Dummheit“; sie nannten den General einen „billigen Volkshelden“. Auch die Aktivisten im Königreich Polen waren nicht erbaut. „Haller verzweifelte und eigenmächtige Tat [...] ist die bedauernde Insubordination eines Abenteurers“, fasste Maria Lubomirska zusammen. Kaiser Karl I. bezeichnete die Legionäre als widerspenstige Bande, und das AOK beschloss die Auflösung der Legionen. Obwohl der Kaiser die Auflösung nicht förmlich bestätigte, war ihre Geschichte damit beendet; ohnehin gab es keine Freiwilligen mehr.

Unterdessen begann in Sighetu Marmăției (Marmaroschiget, Königreich Ungarn, heute Nordrumänien an der Grenze zur Ukraine) ein Prozess gegen 116 Legionäre. 123 Zeugen wurden gehört. Die Verhandlungen waren öffentlich, Verhandlungssprache war Deutsch. Für den k.u.k. Ankläger war die Sache eindeutig. Für ihn hatten sich die Legionäre der Rebellion und Fahnenflucht schuldig gemacht, daher konnte nur die Todesstrafe verhängt werden. Doch aus rechtlicher Sicht war der Sachverhalt nicht so klar, denn, wie Chefverteidiger Herman Lieberman ausführte, unterstanden die Legionen bzw. der PKP dem Regentschaftsrat, nicht dem AOK, waren also eine polnische Armee und kein österreichischer Verband. Der Prozess zog sich in die Länge und wurde zu einem weiteren Anlass für antiösterreichische Proteste. Die Solidarität mit den Legionären war allgemein, sie galten als Märtyrer der nationalen Sache. Schließlich ließ der Kaiser den Prozess am 28. September 1918 in „Anerkennung der Verdienste“ der polnischen Nation und ihrer „unverbrüchlichen Treue“ einstellen.

Die Proteste bewirkten einen Kurswechsel der Wiener Politik. Politische und militärische Führung begannen zu begreifen, dass sie einen Fehler gemacht hatten. Sie mussten einsehen, dass im Gebiet von Chełm und in Podlachien die Polen die Bevölkerungsmehrheit bildeten, während sie das zuvor verneint hatten. Die Ungarn spielten bei diesem Kurswechsel

eine ausschlaggebende Rolle, weil sie über die ausgreifenden ukrainischen Gebietsansprüche beunruhigt waren. So änderte sich die Wiener Politik allmählich zugunsten der Polen, wenn auch zögerlich und inkonsequent. Doch musste Wien einsehen, dass es sich die Sympathien der Polen verscherzt hatte, ohne diejenigen der Ukrainer gewonnen zu haben.

Im Sommer 1918 begann Wien, zu den Ukrainern auf Distanz zu gehen und die erneute Annäherung an die polnischen Loyalisten zu suchen. Diese ließen sich darauf ein und versuchten, zur Tagesordnung überzugehen, als sei nichts geschehen. Als der Staatsrat am 7. Juli 1918 über den Haushalt abstimmte, blieben die meisten polnischen Abgeordneten fern; so konnten ein provisorischer Haushalt und die Kriegskredite passieren. Die polnische Geste wurde von Kaiser und Regierung anerkannt. Karl I. machte noch am selben Tag den polnischen Abgeordneten das Versprechen, eine Teilung Galiziens nicht mehr in Erwägung zu ziehen und sich gegen die Übernahme des Chełm-Gebiets und Podlachiens durch die Ukrainer zu verwenden. Am 24. Juli teilte die Wiener Regierung dem ukrainischen Staatsoberhaupt, Hetman Pawlo Skoropads'kyj die Kursänderung mit, wogegen dessen Botschafter V'jačeslav Lypyns'kyj vergeblich protestierte.

Die k.u.k. Regierung verlangte vom Hetmanat die Rückgabe des Dokuments mit den einschlägigen Verpflichtungen; Kiew kam dem nach.

Diese Schlacht hatten die Ukrainer verloren, zumal sie mit ihren Gebietsansprüchen zu viele gleichzeitig gegen sich aufgebracht hatten – Polen, Ungarn und Rumänen. Der ukrainische Staat litt an seiner institutionellen Schwäche und an inneren Kämpfen, weshalb er seinen Lieferungsverpflichtungen größtenteils nicht nachkommen konnte. Statt der zugesicherten Million Tonnen Getreides erhielten die Mittelmächte kaum 100.000. Daher betonte der neue und letzte Lubliner Generalgouverneur, der Kroat Anton Lipošćak, in Übereinstimmung mit seinen Anweisungen aus Wien im Gespräch mit den Polen, Brest sei bereits vergessen. Er hinderte die Ukrainische Volksrepublik daran, Einrichtungen im Chełmer Gebiet aufzubauen, und unierte Priester aus Galizien, bei den Orthodoxen für die griechisch-unierte Kirche zu agitieren. Die Verwaltung behandelte das Chełmer Gebiet fortan als Bestandteil des GGL und des Königreichs Polen, und Lipošćak unterhielt gute Beziehungen zu den örtlichen Polen und zum Regentschaftsrat, während er seinen Direktiven entsprechend die Polonisierung des Verwaltungsapparates im GGL fortsetzte. Dagegen betrachtete das Deutsche Reich die umstrittenen Gebiete weiterhin als ukrainisch.

Brest lastete schwer auf den deutschen und österreichischen Interessen in Polen. Die Mittelmächte hatten ihre Glaubwürdigkeit bei den Polen eingebüßt, um die sie seit Kriegsbeginn geworben hatten. Brest trug endgültig die polnisch-österreichische Option zu Grabe und untergrub das prodeutsche Lager. Brest öffnete den Naiven die Augen und brachte die tatsächlichen

Absichten der Mittelmächte zum Vorschein. Nur noch wenige verblieben bei den deutschen und österreichischen Standarten, so die konservativen Loyalisten, die kaum einen anderen Ausweg sahen. „Uns wird der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Entente zieht in Polen alle auf ihre Seite“, sagte Jaworski am 11. Februar 1918 voraus. In der Tat wurden Unabhängigkeitsbewegung und Pro-Entente-Kräfte stärker. Im Königreich und im preußischen Teilungsgebiet setzten die allermeisten auf die Ententemächte, ebenso ein wachsender Teil des politischen Milieus in Galizien. Sozialisten, Liberale, Nationaldemokraten und Volksparteiler waren sich darin einig. In Reaktion darauf versuchte Wien noch ein letztes Mal, den Trialismus ins Spiel zu bringen. Der neue Außenminister Stephan (István) von Burián führte noch am 24. September 1918 dazu Gespräche mit einer deutschen Delegation. Der neue Reichskanzler Max von Baden war der Idee nicht abgeneigt. Buriáns Konzeption sah das Königreich allerdings nicht gemeinsam mit Galizien als dritten Pfeiler der Monarchie, sondern Österreich nur lose angegliedert. „Wenn wir kühlen Kopf bewahren, sind wir einer österreichisch-polnischen Lösung näher“, schrieb Jaworski am 29. September 1918. Doch einen Monat darauf lag die Doppelmonarchie in den letzten Zügen.

Brest war ein Katalysator der polnischen Nationsbildung. Wer sich im Alltag des Polnischen bediente, wurde nunmehr mit größerer Wahrscheinlichkeit zum national bewussten und politisch aktiven Polen. Selbst die Bauern begannen, über die Wiederentstehung Polens zu debattieren.

### 3 Die Grenzlandpogrome

Die Februarrevolution destabilisierte die Gesellschaft in Russland und den Ostgebieten der alten Rzeczpospolita. Der neuen republikanischen Regierung fehlte es an Kraft und manchmal auch an Willen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Bauern erhoben sich gegen Gutsherren. Bolschewiki und Sozialrevolutionäre agitierten für direkte Aktion. In der Ukraine, Belarus und manchenorts auch in Litauen bildeten sich auf dem Lande Guts-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatenkomitees, die bewaffnete Abteilungen aufstellten. Um den Bauern entgegenzukommen, erfüllte die neue Regierung in Petrograd zumindest einige Forderungen. Es begann ganz harmlos: Zunächst einmal durften die Bauern das Fallholz in den Herrenwäldern sammeln. Die legten das so aus: Wenn sie schon einmal das Fallholz sammeln durften, dann konnten sie auch kranke Bäume schlagen, und wenn sie das schon einmal durften, konnten sie auch gesunde Bäume schlagen, denn die würden auch bald krank sein. Also schlugen sie ungehemmt Holz ein. Manchmal gab es viel zu viele gefällte Bäume, also blieben sie einfach liegen. Das Chaos regierte. Die Popen heizten die Stimmung

noch weiter an, indem sie zur Bestrafung der Herren, der „Blutsauger“ und der *ljachi*<sup>26</sup> antrieben. Das ließ die Begehrlichkeiten nur weiter wachsen. Wenn eine Gemeinde den Herrenwald einschlug, wollte die nächste nicht das Nachsehen haben und tat es ihr gleich. Nachher kamen das Vieh, die Fischteiche und das Getreide auf dem Herrenland an die Reihe, die Gerätschaften, Pferde und die Tiere auf dem Gutshof. Da war es doch sinnvoller, gleich das gesamte Herrenland zu übernehmen. Die revolutionären Versammlungen beschlossen, auf eigene Faust den Gutsbesitz zu übernehmen. Dann konnte man aber die Herren selbst auch gleich aus ihren Palais werfen und die Ausstattung enteignen. Den Herren überließ man höchstens eine Gesindekate, eine Kuh, ein Ferkel und eine Parzelle mit Getreide oder Kartoffeln zum Überleben. Höfe und Herrenhäuser wurden geplündert. „Es klafften die Fenster, aus denen die Rahmen herausgerissen waren. Die Kamine wurden mit Äxten eingeschlagen: Man suchte nach versteckten Wertgegenständen. Die Kassetten an den Decken wurden zerhackt: Man schlug die bronzenen Schrauben heraus. Im Salon steht die große, dicke Palisandersäule wie ein vom Blitz zerschlagener Baumstamm [...]. Über den Park sind Seiten aus den Bibliotheksbüchern verstreut. Welche Arbeit – so fleißig dreitausend Bände in kleine Stücke zu zerreißen; man hatte nach Wertsachen gesucht“, schrieb Melchior Wańkowič in Erinnerung an den Gutshof der Familie im belarussischen Kaljužyca.

Seine Familie überlebte, doch andere Familien kamen bei der Schatzsuche nicht davon, besonders in der Ukraine. Wer keine Wertgegenstände hatte oder das Versteck nicht preisgeben wollte, wurde ermordet. Am Anfang wurden Frauen und Kindern noch von den Bauern verschont. Besonders aktiv waren die Banden in der Ukraine und im Süden und Osten von Belarus. Sie wurden von beurlaubten Soldaten oder häufiger von Deserteuren angeführt, die mit Gewalt und Tod auf vertrautem Fuße lebten. Sie behaupteten, zu nehmen, was die Revolution brauche. Manchmal verbargen die Rädelsführer ihr Gesicht hinter schwarzen Mützen. Sie hetzten die Bauern auf, die Gutsbesitzerfamilien zu töten und ihre Häuser zu zerstören, weil es keine Herren mehr geben dürfe und die Macht jetzt bei den Bauern liege. Häufig schloss sich das Hofgesinde den Pogromen an, um auch etwas von der Beute abzubekommen. Die Überlebenden waren für ihr Leben traumatisiert; manche wurden an ihren Erlebnissen irre. Junge Menschen ergrauten über Nacht. In etlichen Bezirken wurden die meisten Herrenhäuser zerstört, in anderen nur einzelne. Die schlimmsten Zerstörungen gab es in der östlichen und mittleren Ukraine, die wenigsten in der Westukraine und im Westen und Norden von Belarus.

---

26 Ostslawisches Pejorativum für die Polen; A.d.Ü.

Die berüchtigste Gewalttat geschah am 1. November 1917, als der 85-jährige Fürst Roman Sanguszko in Slavuta, einige Dutzend Kilometer östlich von Olyka gelegen, ermordet wurde. Die Täter waren Soldaten des 264. Reserveinfanterieregiments, die eigentlich die Familie Sanguszko und ihr Gut bewachen sollten. Sanguszko wurde mit militärischen Ehren in der Familiengruft beigesetzt. Der Adel aus der Umgebung kam, darunter die Potockis und die Radziwiłłs, die sich von einer gut bezahlten Kosakeneskorte begleiten ließen. Nach der Bestattung wollten die Sanguszkos nicht mehr die weitere Entwicklung abwarten und zogen mit ihrer wertvollsten Habe nach Gumniska bei Tarnów. Auch das berühmte Arabergestüt wurde dorthin evakuiert. Mit Glück entkam Fürst Janusz Radziwiłł aus Olyka, der gemeinsam mit seiner Familie in Abwesenheit von dem Revolutionskomitee des Arbeiter- und Soldatenrats im wolphynischen Rivne zum Tode verurteilt wurde. Die Zerstörung des Potocki-Palastes in Pečera am Südlichen Bug Ende Dezember 1917 wurde notorisch. „Ich strich mit der Hand über die Wände und die wenigen verbliebenen Möbel, wonach ich mich, ohne mich noch von irgendjemandem zu verabschieden und indem ich so tat, als käme ich gleich wieder zurück, in den Schlitten setzte. Noch einmal blickte ich zum Haus zurück, diesem Friedhof der Erinnerungen. Vor der Eingangstreppe stand eine Handvoll Getreuer, und der alte Nikifor wischte sich mit der Hand die Tränen von den Augen“, erinnerte sich Janina Zofia Potocka an ihre letzten Augenblicke auf dem Gut.

Mancher Aristokrat verkleidete sich auf der Flucht als Bauer, denn feine Kleidung hätte auf den von den Banden kontrollierten Wegen den sicheren Tod bedeutet. Manchmal versteckten loyale Bauern die Herren unter Lebensgefahr in ihren Hütten. Bis zum Eintreffen der Truppen der Mittelmächte litten viele Gutshöfe, aber die meisten Grundbesitzerfamilien und Angehörigen der Intelligenz konnten entkommen. Meistens suchten sie in den größeren Städten Zuflucht. Am sichersten war Odessa, weil man bei nahender Gefahr noch auf dem Schiff entkommen konnte. Weniger sicher war Kiew, weil die Stadt mehrfach den Besitzer wechselte; Gleiches galt für Żytomyr. Wer auf seinem Gut blieb, riskierte sein Leben. Zudem schreckten die bewaffneten Banden nicht vor Zugüberfällen zurück, zerrten die Bessergekleideten heraus, beraubten sie und brachten sie manchmal um. Ebenfalls kamen Angriffe bewaffneter Banden auf die Landstädte vor, wo die Juden zu Opfern von Pogromen wurden. Denn die Juden galten stereotypisch als Spekulanten und bekamen die Schuld an Inflation und Versorgungsproblemen zugeschrieben. Auch Popen und Verwaltung verhielten sich den Juden gegenüber feindselig. Die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik tat nichts, um die Judenpogrome zu verhindern.

Der Krieg hatte Soldaten und Zivilisten gleichermaßen demoralisiert. Die Allgegenwart von Gewalt und Tod senkte die moralischen

Hemmschwellen, und das Töten im Krieg gewöhnte die bäuerlichen Soldaten an den Gewaltexzess. Bei der Rückkehr in die Heimat waren die Soldaten zu jeder Gewalttat bereit. Nichts und niemand konnte sie noch aufhalten, der Alkohol aus den Kellern und den Destillen der Gutshöfe tat das Seinige. Die Banden wüteten, bis kein Stein mehr auf dem anderen geblieben war. Sie nahmen die Herrenhäuser so gründlich auseinander, dass selbst von den Grundmauern nichts blieb, sie fällten die Obstbäume, damit nichts mehr an die Gutsherren erinnerte, sie schütteten die Hofteiche zu, sie schändeten die Gräber auf den Friedhöfen, um jede materielle Erinnerung an die verhassten Herren zu tilgen. Was in den Augen der Bauern und der Banden keinen Wert hatte, wurde zerstört. Wertvolle Kunstwerke gingen in Flammen auf, ganze Porzellansammlungen wurden zerschlagen, Flügel im Dorfteich versenkt, der Deckel manchmal noch als Haustür weiterverwendet.

Der Frage ist nachzugehen, wie es dazu kommen konnte. Raublust, Habgier und Demoralisierung durch den Krieg reichen zur Erklärung nicht aus. Die polnischen, russischen und deutschen Gutshöfe in der Ukraine und Belarus waren von dem bäuerlichen Umland sozial scharf getrennt. Gutshof und Dorf führten ein manchmal antagonistisches Eigenleben. Es gab keine Einrichtungen wie im preußischen Teilungsgebiet und in Litauen, in denen Landadel, Intelligenz, Geistliche und Dorfbewohner gemeinsam für das Allgemeinwohl wirkten. Im preußischen Teilungsgebiet gab es zwischen Gutshof und Dorf viele Übereinstimmungen bei Konfession und Kultur, die polnischen Landwirte betrieben ihre Höfe auf hohem Niveau. Dies sorgte für ein größeres Maß an Gemeinschaftlichkeit. Dagegen vertiefte das gesellschaftspolitische System Russlands die Klassenunterschiede und begünstigte keinen gewaltfreien Ausgleich. Der Staatsapparat setzte auf polizeiliche Überwachung, Gewalt und Nagajka. Als der Zar stürzte, fühlten sich die Bauern nicht mehr an die Gesetze gebunden. Sie meinten, sich endlich nehmen zu können, was ihnen zustand, und ihre Vorstellung von Gerechtigkeit verwirklichen zu können. Als Mob waren sie furchtbar. Einzeln blieben sie furchtsam und zogen immer noch den Hut vor den Herren.

Die Kluft zwischen Gutshof und Dorf wurde von Sprache, Sitte, Kultur und Religion weiter vertieft. Die Bauern waren orthodox, die polnischen Gutsherren katholisch, doch dieser Unterschied war nicht der eigentliche Grund für den Gewaltausbruch, vor dem schließlich auch die orthodoxen russischen Gutsbesitzer nicht sicher waren. In der Umgebung von Żytomyr, Proskuriv und Kamenetz-Podolsk kamen umgekehrt auch Angriffe polnisch-katholischer Bauern auf die Gutshöfe vor. Das angespannte Verhältnis zwischen Gutshof, Gesinde und Dorf in der Ukraine und Belarus ging auf die starken Unterschiede in der Lebensweise zurück.



Die Lebensbedingungen der Landarbeiter waren bedrückend, sie bekamen Hungerlöhne, die Verachtung der „Wohlgeborenen“ gegenüber dem Dorfgesindel konnte den Hass auf den Gutshof nur noch mehr. Der Krieg ließ die Ressentiments anwachsen, denn die Preise für die Waren des Gutshofs stiegen. Das Brennholz kostete nicht mehr zehn, sondern fünfzig Rubel für den Festmeter. Die Gutsherren nutzten die Lage, um ihre Einnahmen zu mehr. Nach der Februarrevolution erzwangen die Gemeindeversammlungen, den Preis wieder auf zehn oder gar auf sechs Rubel zu senken.

Ein besonders wirksames Motiv der Gewalt war der Landhunger, der den Bolschewiki ein Einfallstor für ihre Agitation gegen die Gutsherren bot. Die Bauern hatten immer schon gehofft, das Herrenland würde ihnen eines Tages zufallen. Im historischen Gedächtnis haftete noch immer, wie die verhassten *ljachi* während der Kosakenaufstände ermordet worden waren, im Januaraufstand 1863/64 und während der Revolution von 1905. Das historische Gedächtnis leitete die Verhaltensweise an. Wie einst erfuhr der Bauer auch im Großen Krieg und im alltäglichen Umgang mit dem Gutshof Gewalt. So drehte er jetzt den Spieß um. Ohne die bolschewistischen Agitatoren wäre das Ausmaß des Gewaltausbruchs sicher geringer gewesen. Die Bolschewiki setzten geschickt die Angst vor der Rückkehr der Herren, ja der Leibeigenschaft ein. Sie sagten, die Herren seien wie die Baumstämme im Wald; um sie loszuwerden, müsse man die Axt einsetzen. Was die Bauern auch taten.

Zunächst ließen sich die Gutsherren vom Ausbruch der Anarchie und Gewalt überrumpeln. Die polnische Presse rief zum Widerstand auf, etwa der vielgelesene *Dziennik Kijowski* (Kiewer Tageblatt), der in einer eigenen Rubrik laufend über die Pogrome berichtete. Ein Artikel illustrierte unter dem Titel „Apokalypse im Osten“, was sich im Land abspielte. Erst nach einer Zeit, erinnerte sich ein Gutsbesitzer in seinen Memoiren, sei die Gesellschaft aufgeschreckt und habe begonnen, Widerstand zu leisten. Manche verwandelten ihre Höfe in Festungen, andere warben Pächter, Forstaufseher, Kleinadel und polnische Intelligenz für Selbstschutzabteilungen an. Meist waren diese jedoch schwach und wurden rasch von den Bolschewiki zerschlagen. Manche gingen selbst ohne jede Rücksicht vor. Wer von Rebellen gefangen wurde, hatte keine Gnade zu erwarten. „In den Dörfern haben wir alles und jeden in Brand gesteckt, wir ließen beim geringsten Verdacht alles in Flammen aufgehen. Ich habe eigenhändig ein Beispiel gesetzt“, erinnerte sich einer der Grundbesitzer aus den Grenzgebieten. „Jetzt ist überall in den Dörfern lautes Klagen zu hören. Strafexpeditionen der Ulanen säbeln die Bauern nieder“, schrieb Melchior Wańkowicz in seinen *Szczenięce lata* (Flegeljahre, 1934). Doch die Einheiten des Selbstschutzes und der Mittelmächte konnten die revolutionäre Gewalt nur vorübergehend eindämmen.

## 4 Die Polen in Russland und die polnischen Korps im Osten

Die Februarrevolution erweiterte die bürgerlichen Freiheiten in Russland und bot seinen Nationen neue politische Spielräume. Auch die Polen nutzten dies, etwa wenn sie sich bei den Lokalwahlen vom März 1917 in den noch zu Russland gehörenden Landesteilen von Litauen, Belarus und der Ukraine erfolgreich um zahlreiche Mandate bewarben. In derselben Zeit wurden auch die Flüchtlinge und Emigranten aktiv. In den Ostgebieten der alten Rzeczpospolita und in Russland stieg die Anzahl polnischer Publikationen, polnischsprachiger Grund- und weiterführender Schulen, die *Macierz Szkolna* war tätig, die Zahl der Landwirtschaftsgenossenschaften, Kultureinrichtungen, Bildungsorganisationen und Vereine wuchs. Auch die polnische Geistlichkeit engagierte sich nationalpolitisch und machte ihre Gemeinden zu Propagandaforen. Im Herbst 1917 gab es im Osten der alten Rzeczpospolita und in Russland 199 polnische Vereine und Organisationen mit zwischen 20.000 und 25.000 Mitgliedern. Dreißig neue Zeitungen und Zeitschriften erschienen. Im März 1917 fand in Kiew eine Demonstration für die Unabhängigkeit mit einigen Zehntausend Polen statt, die patriotische Lieder sangen und weiß-rote Fahnen trugen. Im Dezember 1917 fand in Kiew ein Kongress der polnischen Pfadfinder statt, die 150 Trupps mit 5133 männlichen und 2717 weiblichen Mitgliedern repräsentierten.

Das polnische Bildungswesen entwickelte sich dynamisch. In Kiew wurden die Polnischen Handelskurse und die Allgemeinen Universitätsvorlesungen auf den Weg gebracht. Im März 1917 wurden dort die Höheren Polnischen Wissenschaftskurse eröffnet und im folgenden Herbst in das Polnische Universitätskollegium umgewandelt. Dies war eine hochschulartige Einrichtung, an der Absolventen weiterführender Schulen studierten. Das Studium dauerte drei Jahre, die Zahl der Studierenden lag bei über 700, die Mehrheit Frauen aus der Ukraine. Wegen des Kriegs und der Oktoberrevolution ließen sich die Pläne nicht verwirklichen, das Kollegium zur Volluniversität auszubauen. In den drei ukrainischen Gouvernements, die einst zur alten Rzeczpospolita gehört hatten, wurden 31 weiterführende Schulen gegründet, die berufsbildenden Schulen nicht gerechnet, sowie zwei in Odessa. Polnische Schulen dieser Stufe bestanden auch in Belarus, Litauen und in den beiden Hauptstädten Moskau und Petrograd. Die polnische *Macierz Szkolna* und andere Organisationen leiteten mehr als 600 Volksschulen und 700 Kinderheime. Dies war zumal in Kriegszeiten eine außerordentliche organisatorische und finanzielle Leistung.

Eine Folge der Abdankung Nikolaus' II. war, dass das staatsrechtliche Verhältnis zwischen dem Königreich Polen und Russland nicht mehr bestand und diese Veränderung juristisch nachvollzogen werden musste. Mit Verordnung vom 28. März 1917 berief die Provisorische Regierung eine

Liquidierungskommission, die im Winterpalast residierte und von Aleksander Lednicki geleitet wurde, einem hervorragenden Kenner der russischen Verhältnisse. Sie hatte die Aufgabe, die in Russland befindlichen kongresspolnischen Einrichtungen aufzulösen, vormals zarische Immobilien an die Regierung des Königreichs Polen zu übergeben, polnische Kulturgüter zu restituieren und Flüchtlinge und Kriegsgefangene zu betreuen.

Anfänglich hatte die Kommission 26 Mitglieder, je zur Hälfte Polen und Russen; darunter waren prominente Politiker wie Władysław Grabski, Jerzy Zdziechowski und Seweryn Światopełk-Czetwertyński. Lednicki suchte die Unterstützung des Provisorischen Staatsrats und verkündete deshalb seinen Übergang in das aktivistische Lager, was einige Sensation machte. Er wollte die Kommission in eine offizielle diplomatische Vertretung umwandeln, doch ließ sich die Idee nicht realisieren. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde die Kommission aufgelöst, und für Polen war fortan das am 1. Dezember 1917 vom Sovnarkom eingerichtete Kommissariat für polnische Angelegenheiten zuständig. Lednicki blieb in Moskau und setzte unverändert auf die Zusammenwirkung mit dem Regentschaftsrat, der ihn am 6. April 1918 zum Bevollmächtigten ernannte. Er befasste sich vor allem mit der Remigration der Polen aus Russland und dem Schutz ihres Eigentums, zu dem auch historisch wertvolle Sammlungen gehörten. Er suchte die Unterstützung der Vertretungen des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns in Moskau. Deswegen wurde er von der *Endecja* angegriffen.

Die revolutionäre Stimmung in Russland machte auch vor den Polen in der russländischen Armee nicht Halt. Sie brachten die Idee auf, polnische Einheiten zum Kampf gegen die Mittelmächte zu bilden. Während die einen eine selbständige polnische Armee befürworteten, wollten die anderen der russländischen Armee zugeordnete polnische Regimenter. Die Provisorische Regierung in Petrograd war jedoch gegen nationale Einheiten, weil sie den Zusammenhalt der Armee hätten gefährden können. Da jedoch die Armee immer stärker von den Bolschewiki unterwandert wurde, erkannte sie die Chance, nationale Einheiten als Barrieren gegen diese Agitation einzusetzen. Auch die westlichen Ententemächte sprachen sich in der Hoffnung für nationale Einheiten aus, mit diesen die östliche Front halten zu können. So erhielten schließlich Tschechen, Slowaken, Polen und Serben ihre je eigenen Einheiten.

Im Juni 1917 organisierten polnische Militärs und Politiker einen Kongress von Delegierten polnischer Armee-Einheiten und ziviler Organisationen. Nach intensiven Debatten beschloss der Kongress die Bildung einer polnischen Armee. Zu diesem Zweck wurde das Oberste Polnische Militärkomitee gebildet (der *Naczelnny Polski Komitet Wojskowy*, *Naczpol*). Dieser wurde geleitet von dem energischen Fähnrich (später Leutnant) Władysław Raczkiwicz, der wegen seines niedrigen Dienstgrads allerdings nicht das

Vertrauen der höheren Offiziere besaß. Piłsudski wurde in Abwesenheit zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses gewählt, was Beseler prompt gegen ihn verwendete. Naczpól war durch die Konflikte zwischen Endecja und der Piłsudski-Linken in einer prekären Lage. Die Piłsudski-Leute fürchteten, eine polnische Armee könne zum Instrument der Nationaldemokraten werden. Schließlich wurde als Kompromiss beschlossen, polnische Korps zu bilden. Weitere Auseinandersetzungen und widerstreitende Ziele der Militärs ließen die Organisation jedoch nur langsam voranschreiten. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde es für Naczpól noch schwieriger, sodass das Komitee sich am 30. Januar 1918 auflöste, um seine Vollmachten an eine neue Körperschaft unter dem Namen Oberster Rat der Polnischen Wehrmacht (*Rada Naczelna Polskiej Siły Zbrojnej*) zu übertragen. Wegen mangelnder Handlungsmöglichkeiten löste sich aber auch dieses Organ bald danach auf.

Längst vor der Bildung polnischer Korps kämpften an der Front polnische Einheiten wie zum Beispiel die 1. Division der Polnischen Schützen und das 2. Ulanenregiment, das selbständig operierte, obwohl es formell der Division angehörte. Beide Formationen bewährten sich im Juli 1917 bei der sogenannten Freiheitsoffensive des Chefs der Provisorischen Regierung Aleksandr Kerenskij. Darüber hinaus schützten sie immer wieder die Zivilbevölkerung vor russischen Marodeuren. Sie desertierten nicht wie die von den Bolschewiki unterwanderten Einheiten, die nur noch debattierten, Offiziere beschimpften und Zivilisten misshandelten. Am 24. Juli 1917 kommandierte Oberst Bolesław Mościcki sein 1. Ulanenregiment bei der erfolgreichen Attacke auf bayerische Einheiten bei Krychivci in der Nähe von Stanislaw; das Regiment nahm daher den Namen Krechowce-Ulanen (nach dem polnischen Namen des Ortes) an. „Sagen Sie, Herr Bürgermeister, diesen Ulanen, die meine Bayern angegriffen haben, dass ich von meinen Untergebenen den Bericht bekommen habe, dass die Attacke der Ulanen mit großer Bravour und Ritterlichkeit ausgeführt wurde. Sagen Sie, dies ist unsere Meinung von ihrer Tapferkeit“, soll der deutsche General Litzmann dem Bürgermeister von Stanislaw gesagt haben. „Immer die ersten, immer bekannt, das sind die Krechowce-Ulanen“, lautete die *żurawiejka*<sup>27</sup> des Regiments. In Mościckis Regiment dienten begabte Offiziere und spätere Generäle wie Władysław Anders, Zygmunt Podhorski und Sergiusz Zahorski.

Zur Bildung weiterer polnischer Formationen war das Einverständnis der Provisorischen Regierung notwendig, das Naczpól im Sommer 1917

---

27 Eine *żurawiejka* war ein von den polnischen Kavallerieregimentern in der Zweiten Republik als Regimentstradition gebrauchtes Lied; A.d.Ü.

erlangte. So konnte die Aufstellung von Korps in Belarus und der Ukraine angegangen werden. Die polnischen Soldaten erhielten Ausrüstungen aus dem Bestand russischer Divisionen, die den weiteren Kriegsdienst verweigert hatten. Nach Polen gelangten übertriebene, manchmal auch frei erfundene Nachrichten von gewaltigen polnischen Einheiten im Osten; so standen angeblich in Russland mehrere Hunderttausend polnische Soldaten unter Waffen. Dies war Tagesgespräch in allen drei Teilungsgebieten. Auch abseits der polnischen Nationalbewegung begannen sich die Leute für das Thema zu interessieren. Die Passivisten meinten zu wissen, die polnischen Korps würden Schulter an Schulter mit der republikanischen Armee die Mittelmächte schlagen und als Befreier in Polen einmarschieren.

Als jedoch die Provisorische Regierung nach dem bolschewistischen Umsturz Geschichte geworden war, wurden Formierung und Unterhalt der polnischen Korps schwieriger. Auf den weiten Steppen des Ostens formierten sich die „roten“ Einheiten der Bolschewiki, die „weißen“ der Zarentreuen, und dann gab es noch die „schwarzen“ der Anarchisten und die „grünen“ der Bauern. Die unübersichtliche Lage wurde vervollständigt durch bewaffnete Banden, die von selbsternannten Atamanen und Warlords geführt wurden. Die Ukrainische Volksrepublik verfügte über ihre eigenen Streitkräfte. Neben den polnischen Korps bestand noch das tschechoslowakische.

Im rumänischen Iași (Jassy) gab es eine Mission der Entente, die daran interessiert war, die polnischen Korps an der rumänischen Front einzusetzen. Ihrerseits rückten von Westen die Truppen der Mittelmächte vor. In dieser verwickelten Lage musste die Führung der polnischen Korps entscheiden, wer nun Verbündeter und wer Gegner war, wie mit gefährlichen Nachbarn umzugehen und in welche Richtung zu marschieren sei, ost-, süd- oder vielleicht doch westwärts. Zuerst sondierte das Kommando die Chancen, mit den Bolschewiki zu einem *modus vivendi* zu kommen, da diese formell das Oberkommando von der republikanischen Kerenskij-Armee übernommen hatten. Der Sozialist und Pilsudski-Mann, Tadeusz Hołowko, verhandelte dazu im März 1918 mit Lenin und Trockij, doch er erhielt keine Zusage der Neutralität. Im folgenden Monat führte Major Walerian Czuma Gespräche mit Trockij und schlug die Neutralisierung der polnischen Truppen vor, doch Trockij verwies ihn an Stanisław Bobiński vom sowjetischen Kommissariat für polnische Angelegenheiten. Dieser erklärte, die Sowjets würden keine national gesonderten Einheiten auf eigenem Territorium akzeptieren und hätten außerdem kein Vertrauen zu polnischen nationalistischen Organisationen. Bobiński und Trockij schlugen den Polen vor, in die Rote Armee einzutreten, was der polnischen Führung selbstverständlich fernlag. Die Korps hätten den Kampf mit den Truppen der Mittelmächte bei völlig ungleichen Kräften gar nicht erst aufnehmen können, wollten aber auch nicht deren Verbündeter sein, denn dazu hätten sie eine politische Kehrtwende

vollziehen müssen. Daher nahm die Führung Gespräche mit den Deutschen zur Neutralisierung der polnischen Einheiten auf, die aber ebenso wenig zu einem Ergebnis führten. Denn die Deutschen schlugen ihrerseits den Polen vor, sich ihrem Kommando zu unterstellen, was die Polen ablehnten.

Das I. Korps war das mannschaftsstärkste. Im Juli 1917 wurde Józef Dowbor-Muśnicki, Absolvent der Generalstabsakademie, das Kommando angetragen; er war bisher Kommandeur des 38. Armeekorps der russländischen Armee. Der russische General Anton Denikin charakterisierte ihn folgendermaßen: „Stark, energisch, entschieden, unerschrocken im Kampf gegen die Demoralisierung und den Bolschewismus in der russischen Armee. Er schaffte es, in kurzer Zeit neue Einheiten aufzustellen, die vielleicht auch nicht völlig zuverlässig waren, sich aber jedenfalls sehr positiv von den russischen Truppen unterschieden – Disziplin ohne Massenversammlungen, Komitees und Kommissare.“ Am 8. August gab Oberkommandeur Lavr Kornilov den Befehl zu Dowbors Ernennung und gestattete die Aufstellung eines Korps, das aus drei Schützendivisionen, einem Kavallerieregiment, drei Artilleriebrigaden und Reserveregimentern bestehen und 68.000 Mann umfassen sollte. Nach drei Monaten Anwerbung zählte es jedoch im November 1917 nur 15.000 Soldaten, weil einige bereits ausgebildete polnische Einheiten den Kriegsdienst verweigerten. Darunter war das von den Bolschewiki beherrschte Reserveregiment der 1. Polnischen Schützendivision in Belgorod, aus dem später das Revolutionäre Rote Warschauer Regiment wurde. Auch die Polen, die noch unlängst in der republikanischen Armee gedient hatten, ließen sich nicht für das Korps anwerben. Die meisten Freiwilligen gewann dieses unter den Flüchtlingen in Belarus und der Ukraine, die sich davon eine raschere Rückkehr nach Polen erhofften, ebenso wie der ortsansässige Landadel und Angehörige der Intelligenz, die von den Bauern und Bolschewiki bedroht waren. Für sie war das I. Korps ein Asyl; um ihren von Eigeninteresse geleiteten Erwartungen Nachdruck zu verleihen, stifteten sie mehrere Millionen Rubel für das Korps, auf dass dieses „die bedrohten Orte der Kultur und des Polentums in den Grenzgebieten“ verteidige.

In der Tat ließ Dowbor die Zerstörung der Güter nicht zu; manchmal zwang er die Bauern, das Land an seine Besitzer zurückzugeben. Das provozierte jedoch die Kritik der Sozialisten und Demokraten. Besonders heftige Kritik trugen sich die Kavallerieeinheiten ein, weil sie bevorzugt zu Strafexpeditionen eingesetzt wurden. Der General erwiderte, sein Korps sei keine Einheit für Strafexpeditionen, er habe keine Landgüter verteidigt, aber auch Raub und Gewalttaten nicht zugelassen. Am 27. Februar 1918 erteilte er einen Befehl, der von sich reden machte: „Ab dem Augenblick der Ausgabe dieses Befehls ist die mir anvertraute Truppe eine Armee des polnischen Staates und völlig unabhängig von der russischen Regierung.“ Zu diesem Zeitpunkt

befand sich das I. Korps in der Gegend des belarussischen Babrujsk und zog Verstärkungen an sich. Am 20. Februar nahm es zur Freude der ortsansässigen Polen Minsk ein und erbeutete eine große Menge militärischer Ausrüstung, doch schon am nächsten Tag marschierten die Deutschen ein und forderten die Polen zum Verlassen der Stadt auf. Diesen blieb keine andere Wahl, als sich wieder nach Babrujsk zurückzuziehen. Vom Osten drohten die Bolschewiki, vom Westen her rückten die Deutschen an. Den Kampf an zwei Fronten aufzunehmen, wäre eine Wahnsinnstat gewesen. Die Bolschewiki sahen das I. Korps als eine Einheit der „Herren“, ein Bündnis mit ihnen war also ausgeschlossen. Seit Wochen schon kam es immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen bolschewistischen und polnischen Einheiten, die sich manchmal zu regulären Gefechten auswuchsen. Die Bolschewiki erklärten ihre Bereitschaft, die Kämpfe unter der Bedingung einzustellen, ihnen Dowbor-Muśnicki und die höheren Offiziere auszuliefern, die sie vor ein Revolutionsgericht zu stellen beabsichtigten. Doch die Soldaten hielten zu ihren Kommandeuren und bewährten sich im Kampf. „Die Lage des Korps hat sich gebessert – jetzt hängen wir überwiegend die Bolschewiki, nicht sie uns, aber wir haben Augenblicke durchgemacht, in denen uns die völlige Vernichtung drohte“, schrieb der General.

Bei anhaltenden Kämpfen mit den Bolschewiki suchte der Kommandeur des I. Korps eine Verständigung mit den Deutschen. Er bot unter der Bedingung seine Hilfe an, das Korps als verbündete Armee anzuerkennen. Doch die Deutschen waren auf polnische Unterstützung nicht angewiesen, zumal die Friedensverhandlungen mit den Bolschewiki schon fortgeschritten waren. Also entschied Dowbor-Muśnicki im Februar, sich mit dem Regentschaftsrat zu verständigen, um die Verlegung seiner Truppe nach Polen zu ermöglichen. Er sandte Oberst Mościcki nach Warschau, dieser aber wurde auf der Fahrt von aufrührerischen Bauern umstellt und nahm sich am 18. Februar das Leben, um nicht in ihre Hände zu fallen. Dowbor unternahm es ein weiteres Mal, sich mit dem Regentschaftsrat zu einigen; dieser erkannte schließlich das Korps als polnische Truppe an und gab damit seinem Kommandeur freie Hand. Die Einheiten legten den Eid auf den Rat ab. Auch der Oberste Rat der Polnischen Wehrmacht erkannte den Regentschaftsrat als übergeordnetes Organ an. Wie sich jedoch zeigen sollte, entschieden nicht die Regenten, sondern die Besatzungsmächte.

Eine Vereinbarung vom 26. Februar 1918 wies dem Korps das Beresina-Tal in der Umgebung von Mahiljou, Źlobin und Asipovičy mit Babrujsk im Zentrum an, während die Deutschen neutral bleiben würden. Das Korps war über 32 Gemeinden verteilt, die als „Republik Babrujsk“ bezeichnet wurden. Auf diesem Gebiet entstanden in kurzer Zeit eine polnische Verwaltung mit eigenem Fiskus und polnischen Schulen samt Gymnasium. Selbst die Einführung einer eigenen Währung wurde erwogen. Dowbor



glaubte, für die Deutschen unentbehrlich zu sein, doch diese verweigerten dem Korps den Transport in das Königreich. Dowbor nutzte die Zeit, um seine Truppe auszubilden, die Bewaffnung zu ergänzen, Kościuszko und den 3. Mai zu feiern und gegen die Spannungen einzuschreiten, die zwischen „herrschaftlich“ oder eher „bäuerlich“ geprägten Einheiten bestanden. Bei Babrujsk trafen Verstärkungen aus der Ukraine und anderen Teilen von Belarus ein. Am 2. März meldeten sich nach einem 400-km-Marsch die 3. Schützendivision unter General Władysław Iwaszkiewicz und eine Eskadron des Rittmeisters Konstanty Plisowski aus Odessa, die 1400 km zurückgelegt hatte und auf dem Weg gegen Bolschewiki und den Frost hatte kämpfen müssen. Besonders kampftüchtig waren die 900 Mann starken Abteilungen des 2. Ulanenregiments unter Rittmeister Mikołaj Waraszkiewicz aus Antoniny bei Starokostjantiniv. Dank dieser Verstärkungen zählte das I. Korps am 10. April 1918 19.238 Mann, einen Monat darauf 23.561 Mann, davon 2272 Offiziere und 125 Ärzte. Damit kam ein Offizier auf zehn Mann; wer kein eigenes Kommando bekam, diente als einfacher Soldat in der sogenannten Ritterlegion. Die Kampfkraft des Korps war ausgezeichnet, zumal Dowbor besonders auf die Qualität seiner Soldaten achtete.

Dowbor sorgte dafür, die Uniformierung nach polnischen Vorlieben zu vereinheitlichen; denn sein Korps bestand aus drei Schützendivisionen sowie Artillerie- und Kavallerieabteilungen mit russischen Waffen und Uniformen. Die Knöpfe waren mit dem polnischen Adler geprägt, die Vorstöße amarantrot; statt der russischen Mütze wurde die *maciejówka* mit einem amarantenen Band wie bei den Legionären getragen; die Kavalleristen hatten einen weißen Adler am Tschako.

Keine Division erreichte den vollständigen Mannschaftsbestand, dennoch war das I. Korps die stärkste polnische Einheit im Osten. Allzu optimistisch hatte man weit höhere Mannschaftsstärken erwartet, zumal in der russländischen Armee schätzungsweise 350–750.000 polnische Soldaten und 20.000 Offiziere dienten, darunter 119 Generäle. Doch die Revolution war der Anwerbung nicht günstig. Viele Soldaten hatten sich von den Bolschewiki agitieren lassen. Von den übrigen waren nur wenige bereit, für Polen zu kämpfen. Die meisten waren des Kriegs überdrüssig und dachten nur noch daran, schnellstmöglich nach Hause zu kommen.

Nach Brest-Litovsk verloren die Deutschen jedes Interesse an einem selbständigen polnischen Korps und forderten seine Auflösung. Auch der weitere Ausbau einer polnischen Armee im Königreich war für sie nicht länger relevant. Im November 1917 äußerte ein deutscher Offizier, eine polnische Armee könne der deutschen bei erster Gelegenheit den Dolch in den Rücken stoßen. Am 20. März schlugen die Deutschen vor, jeden Monat 1000 Mann des Korps zu demobilisieren, was der Kommandeur jedoch ablehnte, indem er die Absprache mit dem Regentschaftsrat vorschob. Am

21. Mai forderten die Deutschen die Auflösung des I. Korps und die Schließung der Anwerbbestellen. Die Soldaten sollten an ihre Wohnorte geschickt, die Waffen den Deutschen übergeben werden, die auch die Pferde aufkaufen wollten. Für den Fall einer erneuten Weigerung drohten sie mit der zwangsweisen Entwaffnung. Die Deutschen zogen rings um Babrujsk Truppen zusammen. Dowbor-Muśnicki standen 12.000 einsatzfähige Soldaten und sechzig Geschütze zur Verfügung, den Deutschen drei Korps und 186 Geschütze.

Anfangs erwog Dowbor, sich ostwärts auf das andere Dneprufer durchzuschlagen, aber dieser Plan hatte keinerlei Erfolgsaussichten. Daher entschloss sich der General zur Kapitulation. Die POW- und Piłsudski-Leute unter den Offizieren waren dagegen; ihre Sprecher waren der gerade erst eingetroffene Oberstleutnant Przemysław Barthel de Weydenthal, Hauptmann Leopold Lis-Kula und der künftige Autor Melchior Wańkowicz. Sie stellten Dowbor-Muśnicki um zwei Uhr nachts unter Arrest, konnten aber das Kommando nicht an sich reißen, weil seine Offiziere sich geschlossen hinter den Kommandeur stellten. Auch sie glaubten nicht an eine Chance im Kampf gegen die Deutschen. Übrigens galt dasselbe für die Putschisten. Sie handelten jedoch in der Überzeugung, der Welt durch den aussichtslosen Kampf ein Beispiel für „polnische Haltung“ geben zu müssen. Am 22. Mai verkündete Dowbor-Muśnicki auf dem Kasernenplatz die Auflösung des I. Korps. Die Waffen wurden an die Deutschen übergeben. Lediglich die Piloten des viermotorigen russischen Bombers „Il’ja Murovec“ leisteten dem Befehl keine Folge, doch kamen sie nicht weit, weil ihr Flugzeug abstürzte. Der Abtransport des Korps nach Westen wurde von dem vormaligen deutschen Generalstabschef Falkenhayn überwacht. Er geschah in 35 Transporten, der letzte ging am 8. Juli ab. Viele Veteranen des Korps schlossen sich der POW an, andere traten in die Polnische Wehrmacht ein.

Den übrigen polnischen Korps im Osten erging es ähnlich. Am 12. Dezember 1917 unterzeichneten Nacpól und General Eugeniusz de Henning-Michaelis als Chefinspektor der PSZ ein Abkommen, das ersteren mit der Formierung zweier Korps beauftragte: eines in der Gegend von Luč’k und Kamenetz-Podolsk, ein zweites in der Umgebung von Chişinău und Odessa. Der Aufbau der Einheiten verlief langsam, abgesehen von den Regimentskapellen, weil es nicht an Musikern mangelte. Die Konflikte der polnischen Generäle untereinander sowie mit der Ukrainischen Volksrepublik machten die Sache nicht einfacher. Wir erinnern uns, dass die Geschichte von Hallers II. Korps bei Kaniv endete.

Der Stab des III. Korps unter Michaelis erwog verschiedene Optionen, wer als Verbündeter infrage komme. Unterdessen stand die Formation zur Verteidigung der polnischen Landgüter in der Ukraine bereit. Damit ähnelte diese Einheit eher einem Expeditionskorps als einer regulären

Heeresabteilung. Sie pazifizierte Dörfer und verteidigte Adelshöfe und Herrenhäuser. „Unser Soldat wurde geschickt, das tollwütige Bauerntum in die Schranken zu weisen, und in kurzer Zeit wurde er in den Dörfern der Umgebung notorisch und flößte dem bolschewisierten Landvolk Angst und Schrecken ein. Damit setzte er allen Übergriffen ein Ende“, schrieb Radosław Dzierżykraj-Stokalski. Zdzisław Grocholski, Chef des Komitees zur Bekämpfung der Anarchie, war einer der führenden Köpfe hinter dieser Ausrichtung auf polizeiliche Aufgaben. Die Sozialisten lehnten solche Einsätze ab, etwa Tadeusz Hołówko, der Ende Februar bei einem Aufenthalt im Potocki-Palais in Antoniny de Hennig-Michaelis zu überzeugen versuchte, die Strafexpeditionen gegen die Bauern einzustellen und sich mit dem II. Korps zu verständigen. Die widerstreitenden Standpunkte ließen jedoch keine Einigung zu.

Da er keine Chance sah, sich auf das andere Dneprufer durchzuschlagen, begab sich Michaelis am 7. März 1918 zu Gesprächen mit den Ukrainern nach Kiew. Er verlieh sich selbst den Titel eines Obersten Befehlshabers der Polnischen Streitkräfte in der Ukraine. Am 2. April handelte er aus, unter Wahrung der Neutralität weiter aktiv bleiben zu können. In derselben Zeit wurde sein Posten als Kommandeur des III. Korps vom Regentschaftsrat an General Aleksander Osiński übertragen. Am 9. April zwangen die Deutschen die Ukrainer, ihre Zusage an Michaelis wieder zurückzunehmen. Dessen Situation wurde noch schwieriger, weil die POW-Leute ihn nicht akzeptierten. In seiner Abwesenheit schmolz sein ursprünglich 3000 Mann starkes Korps in hartnäckigen Kämpfen mit den Bolschewiki und den Bauernbanden weiter zusammen. Ein Teil der Einheit löste sich einfach in Nichts auf. Am 18. April wurde das Korps von zahlenmäßig überlegenen Bauernbanden eingekesselt und nur durch das Eingreifen von k.u.k. Truppen vor der Vernichtung bewahrt. Ein Überrest des III. Korps in Gestalt einer leichten Kavalleriedivision von 2000 Mann unter Führung von Oberst Juliusz Rommel blieb weiter aktiv. Anfang April wurde diese Truppe von dem XXV. Korps der k.u.k. Armee eingekreist und zur Kapitulation gezwungen. Die Österreicher entwaffneten sie und brachten sie in mehreren Transporten nach Polen.

Das IV. Korps, das Hauptmann Stanisław Skrzyński bei Odessa aufstellen sollte, kam gar nicht erst zustande, denn dieser brachte gerade einmal gut 1000 Mann zusammen, von denen sich ein Teil dem II. Korps anschloss. Außerdem bestanden eine Polnische Legion in Finnland und eine selbständige Brigade im Kaukasus. Insgesamt zählten die weit verstreuten polnischen Einheiten gut 40.000 Mann, doch sie konnten nicht als geschlossene polnische Armee in Erscheinung treten. Denn auch sie blieben vom Chaos der Revolution nicht verschont. Ihre Koordination war nahezu unmöglich, zumal sich ständig änderte, wer als Gegner anzusehen sei und

wer die Befehlsgewalt innehatte. So befanden sich die polnischen Truppen oft in der undankbaren Rolle der Verhandlungsmasse. Außer Dowbor-Muśnicki gab es kaum charismatische Führungspersönlichkeiten, dafür aber ständige Streitereien im Offizierskorps; beides trug zu Demoralisierung und Massendesertion bei.

Dies bedeutete aber immer noch nicht das Ende für die polnischen Anstrengungen, im Osten einen militärischen Verband aufzubauen. Am 15. Juli 1918 berief ein Kongress polnischer Militärkomitees im westsibirischen Omsk das Polnische Kriegskomitee im östlichen Russland und Sibirien, das begann, polnische Abteilungen für den Kampf gegen die Mittelmächte zusammenzuziehen. Nach Absprache mit den Militärmissionen der Entente übernahm Major Walerian Czuma den Befehl. Zusammengefasst zur 5. Division der Polnischen Schützen, sollte es diesen Einheiten jedoch nicht beschieden sein, gegen die Mittelmächte anzutreten, vielmehr kämpften sie gegen die Bolschewiki, und das nicht immer sehr glücklich. Im September 1918 zog das 1. Kościuszko-Schützenregiment mit 1000 Mann unter Oberst Jan Skorobohaty-Jakubowski gegen die Bolschewiki an die Front. Außerdem wurden sogenannte Polnische Legionen in Ufa, Samara und Irkuck aufgestellt. Ab Juni 1918 wurde längs der Wolga und auf dem Kuban die 4. Division der Polnischen Schützen formiert; Kommandeur war Oberst Franciszek Zieliński, doch sie kam nicht über eine Kadereinheit hinaus.

Nach Brest-Litovsk gestatteten die Mittelmächte den Grundbesitzern die Rückkehr auf ihre Güter. Die polnischen Eigner waren des Lobes voll für die neuen Herren. Die wieder zur Vernunft gebrachten Bauern gaben Land, Vieh, Gerätschaften zurück und verbeugten sich erneut tief vor den Herrschaften. „Ihre Unterwürfigkeit ist feindselig und voller Ranküne“, lautete ein Kommentar. Unter dem Schutz des deutschen Militärs rekonstituierten sich bis Oktober 1918 250 polnische Organisationen und Vereine. Doch bald schon war das deutsche Militär nicht mehr sonderlich wirksam, weil im Sommer 1918 immer mehr deutsche Truppen an die Westfront verlegt wurden. Zurück blieben schwächere Einheiten, die zudem von den Bolschewiki agitiert wurden. Statt die Banden zu bekämpfen, schlossen sie sich ihnen gelegentlich an. „Ihr [d.h. der Deutschen] Misserfolg ist unser Misserfolg. Ihr Rückzug aus der Ukraine ist das Signal zur Abschlichtung der Polen“, kommentierte Maria Lubomirska im August 1918 die sich verschlechternde Sicherheitslage. Auch die k.u.k. Kontingente in der Südukraine wurden ausgedünnt, da Einheiten an die italienische Front verlegt wurden. So gerieten nach und nach die Ost- und Zentralukraine, in geringerem Grad auch Belarus, unter die Kontrolle von Banden und Bolschewiki. Diese waren oft alkoholisiert, demoralisiert und skrupellos, Gewalttaten an der Tagesordnung. Vorher verschonte Güter und Herrenhäuser wurden jetzt

zerstört, geplündert und gebrandschatzt, das Gutsland aufgeteilt. Anschließend zogen die Banden gegen Städte und Shtetls, wo sie Katholiken und Juden angriffen. „Die Banden kommen und spüren ihre Herren in den Häusern auf. [...] Lach nur, ist doch lustig! [...] Du kannst dich nirgends verstecken. Sie bringen alle um [...]. Ziehen ihnen die Haut ab“, hieß es über Kamenetz-Podolsk im Herbst 1918.

Nach der Niederschlagung der polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert verhinderte die zarische Regierung die nationale Entwicklung der Polen, hinderte sie aber nicht daran, ihren Geschäften nachzugehen und ihr eigenes Leben zu führen. Die Februarrevolution und der bolschewistische Umsturz änderten das völlig. Die deutschen und österreichischen Besatzungstruppen hielten 1918 den Untergang der alten Welt nur für kurze Zeit auf. Im Spätherbst 1918 spielten sich in den Weiten der Ukraine und des südlichen Belarus erneut ein „Mit Feuer und Schwert“<sup>28</sup> ab. Dies bedeutete das endgültige Ende der alten Grenzlandkultur. Im Gefolge der Verheerungen zogen sich die lateinische Zivilisation und die polnische Kultur um mehrere Hundert Kilometer nach Westen zurück. Im Verlauf von kaum einem Jahr wurden das kulturelle Erbe der alten Rzeczpospolita völlig vernichtet.

## 5 Widerstand

1918 mehrte sich der Widerstand gegen wirtschaftliche Ausbeutung, Armut und kriegsbedingte Restriktionen. Die Überzeugung setzte sich durch, die westlichen Alliierten würden den Krieg gewinnen und ein freies Polen wäre möglich. Doch dazu mussten die Polen selbst aktiv werden und Widerstand gegen die Besatzungsmächte leisten. Neben gezielten Aktionen des polnischen Untergrunds gab es zahlreiche spontane Einzelereignisse. Dazu zählten ungeplante Arbeiterstreiks, bei denen es um den Erhalt von Arbeitsplätzen oder auch nur anständige Behandlung ging. Solche Streiks nahmen an Zahl und Umfang von Monat zu Monat in allen Teilungsgebieten zu.

Typischerweise wurden Streiks mit Hungerdemonstrationen verbunden; beides ging oft mit Plünderungen einher. Manchmal griff die Bevölkerung Bauern an, wenn sie Lebensmittelfuhren in die Stadt brachten. Immer wieder kam es zu tödlichen Zwischenfällen. „Hungerdemonstrationen in Lemberg [...]. Eine Menge aus Frauen und Halbwüchsigen, mit Steinen und Knüppeln bewaffnet, schlug am Rathaus sämtliche Scheiben mit dem Ruf ein: ‚Gebt uns Brot oder gebt uns unsere Männer und Väter zurück!‘ Es fehlt am Notwendigsten: Brot, Zucker, Salz, sogar Kartoffeln. Die Menschen stehen

---

28 Titel des 1884 erschienenen Romans von Henryk Sienkiewicz, der während des Kosakenaufstands unter Bohdan Chmel'nyč'kyj in der Ukraine 1648–1651 spielt; A.d.Ü.

stundenlang vor den Ladentüren Schlange, um ihre Ration auf Lebensmittelkarten zu erhalten“, trug Maria Kasproiczowa am 27. Oktober 1916 in ihr Tagebuch ein. „Die Zivilbevölkerung stand gegen den Krieg und seine Belastungen auf; die Parolen waren: ‚Es lebe die Revolution‘, ‚Fort mit dem Okkupanten‘, ‚Fort mit dem Krieg‘, ‚Wir wollen Brot‘, ‚Fort mit Kuk und Beseler‘, ‚Fort mit den alten Männern‘.“ Diese Parolen lassen erkennen, wie sich die Protestbewegung immer stärker politisierte.

Die Streiks verstärkten sich 1918. Im preußischen Teilungsgebiet wurden sie von polnischen und deutschen Gewerkschaftern und von Aktivisten der Nationalbewegung organisiert, im vormaligen russländischen Teilungsgebiet von den Linksparteien, den im Untergrund tätigen Gewerkschaften und den nationalen Arbeiterorganisationen, in Galizien und im Teschengebiet von den Ortsgruppen der PPSD und der Gewerkschaften. Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, veranstalteten Gewerkschafter und Sozialisten Demonstrationen, die regelmäßig von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Jede Arbeiterpartei hielt zudem ihre eigenen Versammlungen ab.

Auch die Ignorierung von Anordnungen griff immer stärker um sich. Während man vortäuschte, ihnen nachzukommen, tat man sein Möglichstes, sie zu unterlaufen. Die Parteien und die POW befürworteten diese Form von Widerstand. „Der polnische Bauer hat das Recht, den österreichischen Getreideanordnungen passiven Widerstand entgegenzusetzen, um sich selbst und seine Familie ernähren und seinen Landsleuten in den Städten helfen zu können“, ließ die galizische *Endecja* verlauten. Das Organ des PSL „*Wyzwolenie*“, der *Polak*, rief zu entschlossenen Aktionen auf; in der Nummer 9 vom Juli 1918 hieß es: „Es den Deutschen auf jedem Schritt schwermachen, nichts ungezwungen ausführen. Sollen sie für alles Soldaten schicken müssen, und wir werden ja sehen, ob sie ihre Befehle ausführen. Im eigenen Interesse dürfen wir also nicht freiwillig Getreide liefern, requiriertes Eigentum abgeben, Vieh registrieren lassen, Steuern [...] zahlen, Fuhrdienste für die Deutschen leisten. Wenn die Deutschen ins Dorf kommen und sich gesetzlos verhalten, soll sich die Gemeinde versammeln, sie werden sofort den Rückzug antreten, sobald sie unsere Stärke spüren.“ Zum passiven Widerstand gehörte, Lebensmittel zu horten und zu verstecken oder mit den Tieren in den Wald zu fliehen. Regelmäßig wurde das Verbot umgangen, Schlachtvieh außerhalb staatlicher Kontrolle zu mästen und zu schlachten. Die POW instruierte, wie Lebensmittel zu verstecken und so zu sichern seien, dass sie nicht verdarben, und wie Glocken versteckt werden konnten.

Je mehr sich der Krieg dem Ende näherte, desto häufiger war eine zum Äußersten getriebene Bevölkerung bereit, auch aktiven Widerstand zu leisten, etwa die Lieferung von Kontingenten zu verweigern, Dreschmaschinen zu sabotieren und Schober oder Sägewerke niederzubrennen. Der aktive Widerstand im Königreich und in Galizien wird von zahlreichen Polizei-

Gendarmerie- und Armeeinsätzen belegt. Manchmal endeten Überfälle auf Polizisten und Gendarmen tödlich. Meist handelte es sich um spontane Aktionen, gelegentlich standen dahinter aber auch Agitatoren des PSL. Die Vorgänge belegten keineswegs ein entwickeltes nationalpolitisches Bewusstsein der Landbevölkerung, noch waren sie besonders typisch. Denn in der Mehrheit passten sich die Bauern eher an die Kriegsbedingungen an und ließen sich nicht unbedingt von nationalpolitischen Manifestationen und patriotischen Aktionen in Begeisterung versetzen. Viele Bauern hielten loyal zu ihren Monarchen und bekundeten offen, nicht von den Polen beherrscht werden zu wollen. Mancher setzte Polen mit Gutsherrschaft, Gewalt oder gar der Rückkehr der Leibeigenschaft gleich.<sup>29</sup> Viele Bauern konnten oder wollten sich das Leben in einem freien Polen nicht vorstellen. Als nach der Ausrufung des Königreichs in den Dörfern polnische Adler und Fahnen auftauchten, kam es gar nicht selten vor, dass die Bauern protestierten oder sogar die Flucht ergriffen.

Natürlich gab es auch im russländischen und österreichischen Teilungsgebiet auf dem Lande aktive polnische Patrioten, doch gaben sie nicht den Ton an. Daher versuchten die Irredentisten die Netzwerke des PSL zu nutzen, um die Bauern ideologisch zu erreichen. Doch eine Änderung der politischen Mentalität bedurfte langwieriger Arbeit, selbst wenn die patriotischen Enklaven in der polnischsprachigen Bauernschaft mit näherrückendem Kriegsende zunahmen. Im preußischen Teilungsgebiet war die Landbevölkerung am ausgeprägtesten national bewusst, denn dort bekannten sich praktisch alle Polnischsprachigen zum Polentum; nicht ganz schlecht stand es auch in Galizien. „Früher sahen die Landleute in der Errichtung Polens für sich nur Nachteile, jetzt sprechen sie davon, was sie für den Wiederaufbau Polens tun können“, kommentierte die galizische Intelligenz. Die katholischen Geistlichen waren bei der nationalpolitischen Agitation besonders aktiv und riefen zum Widerstand gegen die Besatzungsmächte auf. „Haltet zusammen, scheut kein Opfer, spart kein Mittel, um unser Vaterland wieder aufzubauen, und seid sicher, dass wir unser Ziel erreichen werden. Glaubt nicht, dass mit dem Wiederaufbau des polnischen Staats die Leibeigenschaft zurückkehren wird. Das behaupten unsere Feinde, um uns in die Irre zu führen“, wandte sich Pater Mieczysław Lisiński im Mai 1918 an die galizischen Bauern. Diese aktive Haltung war im kongresspolnischen Klerus sehr viel weniger verbreitet. Auch die nationale Bewusstwerdung des Landvolks schritt dort langsamer voran, selbst wenn es Fortschritte gab. Den

---

29 Da die Leibeigenschaft im russländischen Teilungsgebiet erst nach dem Aufstand von 1863/64 aufgehoben worden war, befand sie sich zu dieser Zeit noch im kommunikativen Gedächtnis der ältesten lebenden Generationen; A.d.Ü.



schwersten Stand hatte die polnische Nationsbildung bei den Katholiken in den entlegenen *kresy* der annektierten Gebiete, die von den nationalpolnischen Kulturzentren weit entfernt waren und in enger Nachbarschaft mit anderen Ethnien, Konfessionen und Kulturen lebten.

Die Demonstrationen für die Unabhängigkeit forderten regelmäßig auch die Freilassung Piłsudskis. Seine Internierung hatte den Widerstand zusätzlich motiviert und wachsen lassen. Im Königreich und den annektierten Gebieten war zudem eine Untergrundpresse aktiv. 1917/18 erschienen im Königreich etwa einhundert Untergrundzeitschriften, die meisten davon in Warschau, von denen einige eine Auflage von mehreren Tausend erreichten. Auch in Wilna, Grodno, Minsk und Kiew erschienen solche Zeitschriften. Selbst in Galizien und im preußischen Teilungsgebiet erschienen die ersten illegalen Blätter, die sich explizit für die Unabhängigkeit aussprachen.

Zur Resistenz gehörten Karikaturen, satirische Lieder, Witze und Ausfälle. „Was für eine Wohnung haben die Deutschen gemietet? – Im Osten zwei Zimmer, Speisekammer in Polen, und im Westen wird die Wäsche geklopft<sup>30</sup>“, war ein in Warschau umlaufender Scherz. Im Königreich und in Galizien war die „Lithanei“ an Wilhelm II. populär: „Dank dir für das Abholzen und die Ausfuhr unserer großartigen Wälder nach Preußen – unser künftiges Vaterland – weniger Wälder, mehr Ackerland, du wünschst uns reich zu machen.“ Spott über die Obrigkeit lag in der Stimmung der Zeit; so lautete das „Besatzungscredo“: „Ich glaube an Wilhelm den Vater und Beseler, den Warschauer, seinen eingeborenen Sohn, empfangen aus Mangel an russischer Munition, geboren aus Requirierung. Ich glaube an die Niedertracht des deutschen [sic!] Reiches und den Zwangsverkehr mit ihm, unsere Bedrückung, den Verkauf an die Ukrainer, das Ende vor Hunger, Amen.“

Die Besatzungsmächte versuchten, präventiv gegen die Konspiration vorzugehen. Wer im Verdacht stand, dem Untergrund anzugehören, wurde inhaftiert oder interniert. Opfer dieser Politik waren vor allem Irredentisten, aber auch Nationaldemokraten wie Władysław Grabski, der im Juni 1918 ohne Genehmigung nach Warschau kam und Propaganda zu betreiben begann, verhaftet und in die Festung Modlin gebracht wurde, in der er bis Mitte Oktober einsaß.

Die Konspiratoren wussten eine umgehende Antwort auf allzu eifrige Polizisten, Gendarmen, Geheimagenten und Denunzianten. So mancher wurde Opfer eines Anschlags, wie sie etwa von der PPS ausgeführt wurden, die damit ihre in der Revolution von 1905 eingeübten Praktiken wiederbelebte.

---

30 Unübersetzbares Wortspiel mit „mają pranie“ – „haben sie die Wäsche“, aber auch: „beziehen sie Prügel“; A.d.Ü.

Die Sozialisten richteten eine „Kampfbereitschaft“ (das *Pogotowie Bojowe*, PB) ein – offiziell Arbeiterselbstschutz genannt –, der am Ende der Besetzung 1500 gut ausgebildete und bewaffnete Kämpfer zählte. Das PB wurde von Tomasz Arciszewski, Tadeusz Szturm de Sztrem und Stabschef Józef Korczak geführt. Im Herbst 1918 ermordete es in Warschau Żychliński, einen Kommissar der deutschen Geheimpolizei, im Warschauer Stadtteil Praga einen deutschen Polizisten, in Lublin Terlecki, einen Kommissar der österreich-ungarischen Geheimpolizei. Die notorischste Aktion war die Ermordung von Erich von Schultze, Kommissar der deutschen Feldpolizei und Chef des Nachrichtendienstes in Warschau, am 1. Oktober 1918 vor seinem Haus auf der Smolna-Straße. Die Deutschen schrieben eine Belohnung von 10.000 Mark für Hinweise auf die Täter aus. Im selben Monat war ein Attentat auf Beseler geplant. Das PB führte auch die schon traditionellen Enteignungsaktionen durch, bei denen für den Besatzer gedachte Geldbeträge konfisziert wurden. Der Preis für diese Betätigung war hoch, denn so manches PB-Mitglied wurde gefasst und hingerichtet. Am 29. Juli 1918 wurde im Graben der Warschauer Zitadelle Aleksander Stahl erschossen, der bei einem Anschlag auf einen Warschauer Provokateur verhaftet worden war.

Es gab große personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen PB und POW, in der sich der Widerstand konzentrierte. Es erwies sich als schwerer Fehler, im Dezember 1916 die POW teilweise aus dem Untergrund treten zu lassen, weil das der Polizei erleichterte, sie zu unterwandern. Doch waren zu diesem Zeitpunkt die Irredentisten überzeugt, die Besatzungsmächte würden in der polnischen Frage nachgeben und die Legionen und die POW zu Keimzellen des polnischen Staates werden lassen. Im Frühjahr 1917 führte die POW ihre Schulungen offen in Anwesenheit deutscher Instrukturen durch. Tatsächlich aber waren die Besatzungsmächte zu keinerlei Zugeständnissen bereit; daher ging die POW im Juni 1917 erneut in den Untergrund; am 6. August kündigte sie dem Provisorischen Staatsrat den Gehorsam auf. Im GGL konnte die POW sich vergleichsweise frei betätigen, weil sie von Szeptycki toleriert wurde, teils um die Deutschen zu ärgern, teils in der Überzeugung, sie würde im künftigen Polen noch von Nutzen sein. Dagegen wurde sie im GGW konsequent repressiert. Michał Sokolnicki schrieb von einer „Orgie der Haussuchungen und Verhaftungen“. Die deutsche Polizei wollte die POW und ihren politischen Arm zerschlagen und verhaftete daher PPS- und PSL-Mitglieder. Die Deutschen wollten keinen Staat im Staate zulassen, umso weniger einen Untergrundstaat. Auch die k.u.k. Polizei ging unter Aufsicht des neuen Generalgouverneurs gegen die POW vor und verhaftete am 1. Juli 1918 27 führende POW-Leute.

Dennoch gelang es der POW, eine vollständige Untergrundadministration aufzubauen. Aufgrund der prekären Lage in Warschau zog das

Oberkommando 1917 auf den Krakauer Wawel, was sich als gute Entscheidung erwies. Adolf Szyszko-Bohusz, ein mit Arbeiten am Wawel beauftragter Warschauer Architekt, stellte die Räume zur Verfügung. Daneben wurde die Privatwohnung der Helena Radlińska an der Floriańska-Straße zum zweiten wichtigen konspirativen Treffpunkt der POW-Führung. Edward Rydz-Śmigły wurde als rangältester noch in Freiheit befindlicher Legionsoffizier Oberkommandeur der POW. Nach der Eidverweigerung durfte er die Legionärsuniform nicht mehr tragen; er simulierte eine Krankheit und konnte so seine Tätigkeit fortsetzen. Stabschef war Major Julian Stachiewicz. In Warschau bestand das von Adam Koc geleitete Oberkommando Nr. 1 weiter.

Die günstigen Bedingungen in Krakau ermöglichten es, die POW-Filialen in Galizien und dem Teschengebiet auszubauen, auch wenn sie weniger aktiv waren als im Königreich, weil sich die Personalreserven der Unabhängigkeitsbewegung erschöpft hatten und es schwieriger wurde, neue Freiwillige zu rekrutieren. In Krakau entstand das Oberkommando Nr. 2. Der organisatorische Aufbau in Litauen, der Ukraine und Belarus verlief günstig. Die POW richtete ihr Oberkommando Nr. 3 in Kiew unter Leitung von Hauptmann Leopold Lis-Kula ein. Im Oktober 1918 wurde zudem noch das Oberkommando Nr. 4 in Lublin unter Major Stanisław Burhardt-Bukacki gegründet. Ende Oktober erreichte die POW eine Stärke von 30.000 Mann, davon allein 20.000 im Königreich Polen.

Über polnische Eisenbahner und reisende Offiziere konnte sich die POW auf dem Laufenden halten. Auch gelang es, im preußischen Teilungsgebiet POW-Zellen aufzubauen, wodurch diese endgültig zu einer gesamtpolnischen Einrichtung wurde. Ihre Aktivitäten hätten noch größeren Umfang annehmen können, wäre nicht der Geldmangel gewesen. Trotzdem war die POW fest in der Gesellschaft verankert; sie hatte Verbindungen zu Pfadfinderorganisationen, Feuerwehren, Amateuorchestern und -chören, Stadtmilizen und zur PSZ. Sie beschattete die Besatzungsverwaltung, und die Aufklärung der POW war hier besonders effizient. Auch auf dem Land gewann die POW immer stärkeren Rückhalt. Im Frühjahr 1917 stammten 36 Prozent ihrer Mitglieder aus Bauernfamilien, Ende 1918 war es bereits die Mehrheit. Die POW knüpfte zudem Kontakte mit polnischen Offizieren der Besatzungsmächte, die sich auf polnischem Gebiet befanden. Zu den sogenannten polnischen Regimentern wurden Delegierte entsandt, um konspirative Netzwerke aufzubauen. In Galizien arbeitete die POW mit der Organisation „Wolność“ (Freiheit) zusammen, deren Mitglieder vereidigte Offiziere waren und Pläne erarbeiteten, in der Schlussphase des Kriegs die Kontrolle über die polnischen Regimenter an sich zu bringen, um diese zu einer polnischen Armee zu erklären.

Die sogenannten fliegenden Einheiten der POW waren mit Diversion beauftragt; sie unternahm Raubzüge, unterbrachen Fernsprechverbindungen, stürzten Telegrafmasten und begingen Anschläge auf Spitzel und Gendarmen. Der 16. Oktober wurde in Anspielung auf die Revolution von 1905 als „blutiger Mittwoch“ bekannt. An diesem Tag griff die POW deutsche Polizeiposten und Wohnungen von Spitzeln an. Dabei ließ sie ein Flugblatt zurück: „Fort mit den Teilungsmächten, es lebe Kommandeur Piłsudski!“ Unter der Leitung von Stankiewicz plante die POW überdies Piłsudskis Befreiung aus der Festung Magdeburg. Dazu kam es nicht mehr, weil die Deutschen Piłsudski vorher entließen. Die POW zerstörte ferner Eisenbahnverbindungen und Viadukte Richtung Deutschland und Österreich. Allein in der Ukraine sprengten ihre Kämpfer 1918 mehr als zwanzig Eisenbahnbrücken, um die Verlegung von Truppen an die Westfront zu erschweren.

Politisch-ideologisch richtete sich die POW an den Irredentisten aus. Um die Kontrolle über die verzweigten Organisationen in Politik, Gesellschaft und Militär zu gewinnen, richteten diese einen Geheimstab ein, eine Art kollektiver Führung, der naturgemäß nur wenige Politiker und Militärs angehörten und als „Konvent“ oder „Konvent A“ bezeichnet wurde. Darin leitete Jędrzej Moraczewski die politischen Angelegenheiten, Rydz-Śmigły die militärischen. Was den Irredentisten jedoch fehlte, war eine Persönlichkeit mit wirklichen Ideen und Führungsqualitäten. „Es war nicht gut. [...] Der Kommandeur<sup>31</sup> war nicht nur ein militärischer Anführer, sondern entwickelte auch politische Ideen und setzte sie um. Es gab ein Vakuum. Niemand von uns wusste, was der Kommandeur als Nächstes im Sinne hatte. Niemand von uns war so sehr in die Einzelheiten seiner politischen Arbeit eingeweiht, um diese Arbeit aufnehmen und fortsetzen zu können“, kommentierte Rydz-Śmigły rückblickend. Am 27. August 1917 führte das irredentistische Organ *Rząd i Wojsko* (Regierung und Armee) aus: „[...] wir gehen in eine unbekannt Zukunft [...].“ Trotz solcher Zweifel gedachte der Konvent, das politische Spiel im Interesse der polnischen Sache mehrgleisig fortzusetzen. Seine Haltung zu Regentschaftsrat und polnischer Regierung war mehrdeutig; einige Beschlüsse lobte er, andere kritisierte er.

Der Untergrund hatte seinen Schwerpunkt im Königreich, doch nach Brest wurden auch in Galizien und im Teschengebiet Unternehmungen gegen die Teilungsmächte eingeleitet. In Schulen und Fabriken entwickelte sich der Untergrund spontan. An Krakauer und Lemberger Gymnasien und Universitäten bildeten sich patriotische Organisationen. Diese verteilten Flugblätter und hängten Plakate zur Verhöhnung der Wiener Regierung

---

31 D.h. Piłsudski; A.d.Ü.

und mit Aufrufen zum Widerstand aus. Bei den Festgottesdiensten zum Geburtstag des Kaisers oder seiner Gattin sangen die Gymnasiasten statt der Kaiserhymne „Noch ist Polen nicht verloren“. Wappen und Kaiserporträts verschwanden aus der Öffentlichkeit. Es wurde Mode, an Alleen und in Stadtparks Kaiserporträts mit einem Strick um den Hals aufzuhängen. Noch wenige Monate zuvor wäre dergleichen unvorstellbar gewesen; die Zeichen für den Verfall der Autorität von Herrscherhaus und Regierung waren unübersehbar. Junge Juden identifizierten sich in der Regel nicht mit der polnischen Nationalbewegung, was die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen vermehrte.

## 6 Die polnische Frage

In den beiden ersten Jahren des Kriegs wurde die polnische Frage in der europäischen Politik nur sporadisch diskutiert, und die Ergebnisse wurden nicht öffentlich. Denn weder die Mittelmächte noch Russland und seine westlichen Verbündeten waren daran interessiert. „Der Zustand der polnischen Frage ist jämmerlich“, meinte Ignacy Daszyński 1915. Die Mittelmächte brachen im Herbst 1916 als erste ihr Schweigen. Der Akt des 5. November ließ die polnische Frage zum internationalen Thema werden, weil er ankündigte, das Königreich Polen zum Teil des deutschen Europa zu machen. Die Mittelmächte bemühten sich darzulegen, sie hätten mit dem Akt weder das internationale Recht noch die Haager Konvention gebrochen, weil sie lediglich zu den Vereinbarungen des Wiener Kongresses von 1815 zurückgekehrt seien, der Polen als unabhängigen, wenn auch nicht souveränen Staat ins Leben gerufen habe. In Vorwegnahme der alliierten Proteste erinnerten sie daran, die Eingliederung des Königreichs Polen in das Russländische Reich habe eine Verletzung der Bestimmungen des Wiener Kongresses und des internationalen Rechts dargestellt und sei gegen die Proteste Großbritanniens und Frankreichs vollzogen worden.

Diese Darlegungen änderten jedoch nichts an den Protesten der Ententemächte, die darauf beharrten, das besetzte Kongresspolen sei ein integraler Bestandteil des Russländischen Reichs. Sie beriefen sich auf die Haager Landkriegsordnung und das Völkerrecht, das während eines noch andauernden Kriegs die Demarkation neuer Grenzen und Schaffung neuer Staaten verbot. Doch war sich die Entente auch klar, es nicht allein bei Protesten belassen zu können. Sie musste Russland dazu bringen, wenigstens symbolpolitisches Entgegenkommen zu zeigen, um ein Gegengewicht gegen den Akt des 5. November zu schaffen und den Mittelmächten nicht die Handlungshoheit in der polnischen Frage zu überlassen.

Gedrängt von ihren Verbündeten im Westen und auf polnische Bemühungen hin äußerte sich schließlich auch die russische Führung. Am

2. Dezember 1916 erklärte Ministerpräsident Aleksandr Trepov in der Staatsduma, die schon immer polnischen Gebiete außerhalb der Grenzen Russlands würden wiedergewonnen, und ganz Polen werde „in seinen ethnographischen Grenzen frei in unverbrüchlicher Verbindung mit Russland“ sein. Aber schon kurz darauf war Trepov nicht länger Ministerpräsident. Am 25. Dezember präzisierte Nikolaus II. in einem Armeebefehl die russischen Kriegsziele und nannte darunter die Schaffung eines freien Polen aus den drei Teilungsgebieten. Doch waren dies verspätete Gesten, dazu bestimmt, in Polen die Gemüter zu beruhigen, ohne Glaubwürdigkeit, weil sich im Spätherbst 1916 die russländischen Armeen weit im Osten befanden und nichts dafür sprach, dass sie je wieder nach Polen würden vorstoßen können. Umgekehrt wurden diese propolnischen Äußerungen in Russland von nationalistischen Kreisen kritisch aufgenommen. Dmowski legte im Februar 1917 dem russischen Botschafter in Paris Aleksandr Izvol'skij ein an Nikolaus' Ankündigungen anknüpfendes Memorandum vor, auf das er keine Antwort erhielt.

Infolge der Februarrevolution änderte sich die Lage in Russland kurz darauf grundlegend. Die Romanovdynastie wich einer republikanischen Regierung, die ankündigte, das Verhältnis zu den nichtrussischen Nationalitäten des Reichs, die immerhin die Hälfte seiner Bevölkerung bildeten, auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Diese Haltung passte zu dem sich allmählich in Europa und den Vereinigten Staaten durchsetzenden Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker. An den ersten Tagen der Februarrevolution hieß der von Menschewiki und Sozialrevolutionären geführte Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Resolution gut, die von zwei aus Polen kommenden Mitgliedern des jüdischen Bund aufgesetzt worden war, Wiktor Alter und Henryk Ehrlich. Die in der Minderheit befindlichen Bolschewiki lehnten die Resolution ab. Darin fand sich die Formulierung: „Die russische Demokratie steht auf dem Standpunkt der Anerkennung der nationalen und politischen Selbstbestimmung der Völker und proklamiert, dass Polen in staatlicher und internationaler Hinsicht das Recht auf völlige Unabhängigkeit hat.“ Der Petrograder Sowjet stellte formell zwar kein Regierungsorgan dar, dennoch besaß er einiges politisches Gewicht, zumal solange Kerenskij die Regierung führte und sich Regierung und Sowjets auf Sozialrevolutionäre und Menschewiki stützten.

Die Macht wurde von der Provisorischen Regierung unter Georgij L'vov ausgeübt, der in der polnischen Frage nicht so couragiert agierte wie der Petrograder Sowjet. Allerdings konnte ihn Lednicki, ein Freund von Außenminister Pavel Miljukov, dazu bewegen, öffentlich zu versichern, da nun die russische Nation ihr Joch abgeworfen habe, werde sie auch „der polnischen Brudernation das volle Recht zugestehen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden“, auch wenn der neue Staat mit Russland „durch ein

freies Militärbündnis“ verbunden bleiben sollte. Dies war jedoch nur eine Absichtserklärung. Die endgültige Entscheidung über Polen, sein Verhältnis zu Russland und seine Grenzen sollte die russische Konstituante treffen, die sich jedoch vor der bolschewistischen Machtübernahme nicht mehr versammeln konnte. Es ist kaum zu entscheiden, wieweit die polnische Selbstbestimmung gereicht und welche Gebiete das Land umfasst hätte. Sicherlich wäre Polen vom Osten her beschnitten worden, hätte dagegen im Westen mehr Land erhalten, wäre aber jedenfalls militärisch und politisch von Russland abhängig gewesen.

Gleichwohl weckte die Haltung der republikanischen Regierung Hoffnungen, weil Russland sich als erste Teilungsmacht zum Recht der Polen auf einen eigenen Nationalstaat äußerte. Hatte der Akt des 5. November die Internationalisierung der polnischen Frage eingeleitet, so beschleunigte die Februarrevolution diesen Vorgang. Das bot auch den westlichen Alliierten größere Handlungsfreiheit. Russland blieb natürlich ein wichtiger Alliiertes. Daher bezogen die westlichen Alliierten eine vorsichtige Position in Bezug auf Polen und andere Nationen des russländischen Gebiets und blieben in ständigem Kontakt mit Petrograd.

Nach den Erklärungen der republikanischen Regierung in Petrograd versuchten Dmowski und andere Paris und London zu überzeugen, diese mit eigenen Absichtserklärungen zu unterstützen. Doch die Ententemächte blieben weiter vorsichtig. Die Briten äußerten sich gar nicht, weil sie Polen im europäischen Nachkriegssystem für entbehrlich hielten. Sie gingen davon aus, dass sich mit einem polnischen Staat die deutschen Expansionsgelüste nach Westen richten würden, die russischen nach Osten. Damit wäre der Westen weiter durch Deutschland bedroht, während es für das Empire in Asien verstärkte Konkurrenz gäbe. Außenminister Arthur Balfour legte die Beweggründe der Briten in einem Memorandum vom 4. Oktober 1916 dar. In einer zweiten, an die US-Amerikaner gerichteten Denkschrift vom 17. April 1917 führte er aus, ein freies Polen werde die russische Waffenhilfe beeinträchtigen. Die Franzosen dachten in eine ähnliche Richtung; die mitteleuropäischen Nationen sollten sich mit politischer Autonomie im Rahmen der bisherigen Staatsgebilde zufriedengeben. Sie sahen keinen völligen Zerfall Österreich-Ungarns vor, denn auch dies hielten sie für ihren eigenen Interessen abträglich. Deshalb sprach Ministerpräsident Aristide Briand am 3. November 1916 lediglich vom Recht der Nationen auf „völlige Autonomie“ innerhalb der Imperien. Die Entente setzte sich demnach für die Beibehaltung der bisherigen europäischen Ordnung ein, in der die Großmächte weiterhin bestimmend sein würden. Sie blickten skeptisch auf die Entstehung von Staaten der kleineren, seinerzeit von Bismarck als „Pygmäen Europas“ verächtlich gemachten und untereinander zerstrittenen Nationen im Osten des Kontinents.



Aber die Argumente für die Rückkehr zum Status quo ante in Mitteleuropa wurden irrelevant infolge der Revolution in Russland und des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten, die andere Vorstellungen von Nachkriegseuropa vertraten. Die Senatsrede des US-Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 gab seine Grundlinien vor. Zu Polen sagte er, es müsse „unabhängig, vereint und selbständig“ sein. Dies war eine uneindeutige Erklärung, die zudem mit seiner Konzeption eines Friedens „ohne Sieger, Kontributionen und Annexionen“ kollidierte, dennoch reagierten die Polen enthusiastisch. Der Warschauer Stadtrat sandte eine Dankadresse nach Washington, und im Königreich wurden proamerikanische Demonstrationen abgehalten. Das US-Konsulat in Warschau erreichten Tausende Depeschen mit Danksagungen für Wilson und die amerikanische Nation. Die Deutschen griffen nicht dagegen ein, um die zu diesem Zeitpunkt noch neutralen USA nicht zu provozieren.

Die aus Russland und den USA kommenden Signale motivierten Dmowski und andere zu erneuten Anstrengungen. Dmowski spürte, dass die Gelegenheit günstig war. Trotz seiner negativen Erfahrungen vermehrte er seine Bemühungen, die Ententemächte dazu zu bringen, für ein von Grund auf verändertes Europa einzutreten und eine gemeinsame Erklärung zu Polen abzugeben. Im Juli 1917 sandte er an mehrere Hundert europäische Politiker und Publizisten die Denkschrift „Mittel- und osteuropäische Fragen“, um zu belegen, dass Polen für das europäische Machtgleichgewicht wesentlich sei. Um ein Stabilitätsfaktor zu sein, müsse Polen stark sein, es müsse daher Pommern einschließlich Danzigs besitzen sowie die Kontrolle über Königsberg und das umgebende Gebiet haben, aus dem eine von Polen abhängige autonome Republik gebildet werden könne. In einem Schreiben an Balfour führte Dmowski aus, ein starkes Polen werde die Leerstelle nach der zu erwartenden Niederlage Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches und dem Zerfall des alten Russlands füllen.

Auch Ignacy Jan Paderewski spielte in dieser Zeit eine wesentliche Rolle in der polnischen Unabhängigkeitsbewegung. Als Künstler von Weltruf war er der wirksamste Fürsprecher eines unabhängigen Polen. „Sie sind ein Mensch einer ganz anderen Kategorie als wir alle. Wir sind politische Arbeiter, wir stehen vielleicht in der ersten Reihe, aber doch immer in der Reihe [...]. Sie besitzen in Polen und im Ausland eine Ausnahmeposition, Sie sind einzigartig“, schrieb Dmowski am 2. September 1917 an Paderewski. Dieser war sich seines Wertes für die polnische Sache sehr bewusst, aber als Individualist legte er großen Wert darauf, sich nicht vereinnahmen zu lassen. Aufgrund seiner Stellung hatte er Zugang zu den Führungsetagen des Westens. Von diesen erwartete er sich Beifall und Zustimmung. Er wurde allerdings mehr als einmal enttäuscht, wenn sein Charme und seine Verbindungen ihre Wirkung verfehlten.

Wilson verband mit Paderewski eine persönliche Freundschaft. Paderewski konzertierte gelegentlich im Weißen Haus, spielte für den Präsidenten Chopins Masurken, erzählte ihm von polnischer Kultur, Mickiewicz und Sienkiewicz, spendete aber auch beträchtliche Geldsummen für seinen Wahlkampf. Das war gut investiertes Geld, denn Wilson gewann. Wie in der US-Politik üblich, erwartete sich Paderewski eine angemessene Gegenleistung. Es ging ihm nicht um sich selbst, sondern darum, Wilson für Polen zu interessieren.

Wie es sich für einen Idealisten gehörte, erstrebte Wilson eine auf moralischen Fundamenten aufbauende Nachkriegsordnung; eines davon war das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich der Gründung eines eigenen Nationalstaates. Er glaubte, dies sei ohne Erschütterungen und Konflikte zu verwirklichen. Seine Senatsrede vom Januar 1917 fasste seine Überzeugungen einer moralisch angeleiteten Politik zusammen. Diese seine Weltsicht legte er dem Kongress in erweiterter und vertiefter Form in Gestalt seiner vierzehn Punkte umfassenden Kriegsziele vor, welche die Beendigung des Kriegs nach US-amerikanischen Bedingungen anleiten sollten. Die Mittelmächte hatten sie als Voraussetzung für einen Waffenstillstand zu akzeptieren.

Eine in der sogenannten Inquiry Group zusammengefasste Anzahl von Experten arbeitete an der von den USA anzustrebenden europäischen und globalen Nachkriegsordnung. Die Group schlug Anfang 1918 vor, Polen einen Platz innerhalb entweder eines föderativen Russlands oder der k.u.k. Monarchie zuzuweisen. Wilson ging darüber hinaus, möglicherweise unter dem Einfluss Paderewskis und der US-Polonia; dies zeigt Punkt 13 seiner Kongressrede vom 8. Januar 1918: „Es ist ein unabhängiger polnischer Staat zu schaffen, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfasst, dem der freie und ungefährdete Zugang zum Meer zu sichern ist und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territorialer Bestand durch einen internationalen Vertrag zu sichern sind.“ In der US-Konzeption der europäischen Nachkriegsordnung hatte ein unabhängiges Polen mithin seinen festen Platz. Allerdings blieb der Zugang zum Meer ein strittiger Punkt. Das State Department verstand darunter die Internationalisierung der Weichsel, die Polen dagegen den Anschluss Pommerns und Danzigs an Polen. Auch die Grenzfrage blieb offen. Es war jedoch kaum zu erwarten, dass die Mächte bereit waren, sich noch vor Kriegsende in diesen Fragen festzulegen. Nur privat schlugen US-Diplomaten vor, im Osten solle Polen bis zu Bug und Memel (Niemen) reichen, während sie auf die südlichen Grenzen nicht eingingen, weil sie die k.u.k. Monarchie immer noch als Faktor der europäischen Ordnung sahen. Aus demselben Grund ließ Wilson die Unabhängigkeit von Tschechen, Slowaken und Südslawen unerwähnt.

Weil also das Territorium Polens in der US-Politik eine offene Frage blieb, reiste Dmowski im Sommer 1918 in die USA, um für seine Vorstellung der deutsch-polnischen Grenze zu werben. Er führte Gespräche mit Wilson, Außenminister Robert Lansing und Wilsons Berater Edward House. Dmowski ließ sich von den Amerikanern von ihrer Vorstellung einer europäischen Nachkriegsordnung überzeugen, ebenso wie von einer neuen, über den Frieden wachenden Institution, die den Namen Völkerbund tragen sollte. Wilson schlug die Neutralisierung des Unterlaufs der Weichsel vor und meinte, Polen könne mit unbegrenztem Zugang zum Danziger Hafen gut funktionieren. Dmowski hielt das nicht für eine gute Idee: „Herr Präsident, das ist so, als ob Sie sagten: Ihr werdet völlige Freiheit zu atmen haben, aber die Deutschen werden euch die Hand an die Kehle legen.“

Wegen ihrer finanziellen und ökonomischen Übermacht fiel die Stimme der Vereinigten Staaten bei den westlichen Alliierten ins Gewicht, beeinflusste also auch ihre Haltung in der polnischen Frage. In Anbetracht der bolschewistischen Revolution und des möglichen Zerfalls von Österreich-Ungarn waren sie gezwungen, über neue Grenzen und eine neue politische Ordnung in Europa nachzudenken. Beim Thema der polnischen Grenzen waren die Nachbarnationen, die Tschechen, Ukrainer, Belarussen und Litauer zu berücksichtigen. Daher zeigten sie sich in öffentlichen Äußerungen äußerst zurückhaltend. Mittel- und Osteuropa sollten so gestaltet werden, dass die Machtbalance gewahrt und Russlands Interessen nicht übergangen würden.

Auch die Juden machten ihre Vorstellungen von einer europäischen Nachkriegsordnung über ihre Institutionen und ihre Presse in Europa und den Vereinigten Staaten publik. Sie forderten von den Alliierten, ihre national-kulturelle Autonomie in Ländern wie Polen und Rumänien zu garantieren, in denen sie große Bevölkerungsminderheiten stellten. Die Juden würden demnach über eigene Verwaltung, Gerichte, Schulen und Ordnungsdienste verfügen, und das Jiddische sollte jeweils die zweite offizielle Staatssprache sein. Die Juden waren der Ansicht, die Alliierten sollten Polen und anderen Ländern Mitteleuropas nicht die Unabhängigkeit versprechen, solange die Polen und anderen Nationen ihnen keine umfassenden Rechte zugestanden hatten, die sie gegen Diskriminierung schützen würden.

Überflüssig anzumerken, dass sich dadurch die Spannungen zwischen Juden und Polen verschärften. Es beunruhigte manchen in Polen, sich einen Vielvölkerstaat vom Fluss Prosna im Westen bis zur Ostsee und zum Schwarzen Meer vorzustellen, wie er etwa von dem Deutschen Komitee zur Befreiung der russischen Juden (gegründet im September 1914 in Berlin) vertretenen deutschen Juden gefordert wurde. Sie behaupteten, von deutschen Dynastien geführte multiethnische Staaten hätten innerhalb des deutschen Europa ihren guten Sinn. So könnten sechs Millionen Juden

Rechtsgleichheit und Einfluss auf Politik und Wirtschaft erlangen. Diese Konzeption wurde allmählich gleichgesetzt mit dem, was bereits vor dem Krieg von Włodzimierz Żabotyński und anderen lanciert worden war, nämlich aus Kongresspolen und den Nachbargebieten im Osten einen neuen polnisch-jüdischen Staat zu formen, der Judeo-Polonia heißen sollte. Solche Ideen wurden von den sogenannten territorialen Zionisten vertreten, die es nicht für möglich und notwendig hielten, überall dort mit jüdischer Beteiligung Staaten zu bilden, wo es eine große jüdische Diaspora gab. Martin Buber gehörte zu den Verfechtern dieser Konzeption.

In diesen Diskussionen waren die US-amerikanischen Juden besonders aktiv, die zahlreich, gut organisiert und einflussreich waren. Sie machten es der polnischen Unabhängigkeitsbewegung in den USA mit der Behauptung schwer, die Polen zerstörten in Pogromen Kultur und materielles Erbe der Juden und seien schlimmer als die für ihren Antisemitismus berüchtigten Russen. Jüdische Publizisten interpretierten, verzerrten und übertrieben die Tatsachen in der Hoffnung, Unterstützung für ihre Konzeptionen und materielle Hilfe für die jüdische Bevölkerung zu gewinnen. Dass nationaldemokratische Politiker wie Dmowski, die für ihren Antisemitismus bekannt waren, polnische Propaganda im Westen betrieben, mobilisierte sie zusätzlich. Selbst Paderewski wurde der Vorwurf gemacht, vor dem Krieg antisemitische Zeitungen in Kongresspolen finanziell unterstützt zu haben. Besonders aktiv war der aus Polen stammende Lewis Namier (geboren als Ludwik Bernstein Niemirowski), ein Zionist und persönlicher Feind Dmowskis, damals britischer Politiker und Regierungsberater. Er empfahl äußerste Vorsicht in der polnischen Frage, da man den Polen nicht trauen könne. Im September 1918 gelang es Paderewski, mit jüdischen Repräsentanten in den USA Gespräche zu führen und die Spannungen, wenn auch nicht auf Dauer, etwas zu entschärfen.

Polen und Polonophile im Westen hatten seit Kriegsbeginn versucht, öffentliches Interesse für die polnische Frage zu wecken. Sie gründeten zahlreiche Freundschaftsgesellschaften und veröffentlichten Hunderte einschlägiger Publikationen. Die meisten dieser Vereine waren in Frankreich und der Schweiz tätig. Kaum zu überschätzen waren die Verdienste der Zentralen Polnischen Agentur in Lausanne, genannt Lausanner Agentur, gegründet im September 1915 von pro-Entente-Politikern wie Erazm Piltz und Marian Seyda. Sie stellte sich die Aufgabe, durch verschiedene Publikationsformen für die polnische Sache zu werben. So erschien insbesondere im November 1916 in der Schweiz die *Petite encyclopédie polonaise* in einer Auflage von 2000 Exemplaren. Weil die Publikation mit dem Akt des 5. November zusammenfiel, war ihr das Leserinteresse sicher. Die Idee zur Veröffentlichung eines enzyklopädischen Handbuchs über Polen hatte Piltz bereits im November 1914 aufgebracht. In Freiburg (Schweiz) wurde außerdem die

Publikation der sogenannten großen Polenenzyklopädie begonnen, jedoch nie abgeschlossen. Ebenfalls große Verdienste um die polnische Sache erwarb sich in der Schweiz die von Jan Kucharzewski geleitete Gesellschaft „La Pologne et la guerre“ sowie das Zentrale Pressebüro, das den NKN und die Legionen propagierte. Diese und weitere Unternehmungen machten die polnische Frage in weiteren Kreisen bekannt, insbesondere nach dem Akt des 5. November und der Februarrevolution.

Auch die US-Polonia war politisch besonders aktiv. In der in den USA erscheinenden polnischsprachigen Presse fand dieses Gedicht Verbreitung:

<i>Długo spała Polska święta, długo polski orzeł spał, lecz się ocknął i pamięta, że on kiedyś wolność miał.</i>	Lang das heil'ge Polen schlief, lange schlief der weiße Aar, erwacht, er in Erinnerung rief, dass er einst in Freiheit war.
--	--

Die bedeutendste Rolle spielte jedoch das Polnische Nationalkomitee (der *Komitet Narodowy Polski*, KNP), das nominell am 15. August 1917 in Lausanne, tatsächlich jedoch in Paris gegründet wurde. Vorsitzender war Dmowski. Dem Komitee gehörten unter anderem Maurycy Zamoyski, Marian Seyda, Konstanty Skirmunt und Erazm Piltz an, das Sekretariat wurde von Jan Emanuel Rozwadowski geleitet. Auf Bitten Dmowskis und Zamoyskis trat am 7. September auch Paderewski bei. Es handelte sich also um Pro-Entente-Politiker, die aus dem russischen und dem preußischen Teilungsgebiet stammten und sich im Westen aufhielten. Der KNP pflegte ständigen Kontakt zur Polonia in den USA und Kanada.

Die Alliierten erkannten den KNP als offizielles polnisches Repräsentationsorgan an. Das französische Außenministerium erhielt eine Note der Provisorischen Regierung in Petrograd, dass auch sie den KNP als offizielle polnische Vertretung bei den alliierten Regierungen anerkenne. Das bewegte Paris endgültig dazu, sich für die Polen auszusprechen. Noch vor Bildung des Komitees fand in Paris am 5. Juli 1917 mit behördlicher Genehmigung eine große propolnische Demonstration statt, die von Stéphen Pichon geleitet wurde, ehemaligem Außenminister und Senator. Pichon bezeichnete die Wiedergründung Polens als eines der französischen Kriegsziele und gewann dafür das Einverständnis von Alexandre Ribot, in Personalunion Ministerpräsident und Außenminister. Der KNP ließ sich von dieser und weiteren propolnischen Demonstrationen und Erklärungen beflügeln. Er gründete in den Hauptstädten der alliierten Staaten und in einigen neutralen Ländern Niederlassungen. 1918 erkannten die Alliierten dem KNP Konsularrechte wie die Passausgabe zu, obwohl ein polnischer Staat noch gar nicht bestand.

Dmowski nutzte seine persönliche Bekanntschaft mit vielen Politikern im Westen besonders aktiv. „Ich muss festhalten, dass ich überall, wohin mich auch mein Weg in England und Schottland führte, von London bis Edinburgh, auf Spuren von Roman Dmowskis Lesetour traf, dessen Persönlichkeit und lebhaftige Redeweise dort Eindruck machte, wo ein gedruckter Aufruf kein Echo auslöste“, schrieb Roman Dyboski Jahre später. 1917 wohnte Dmowski gemeinsam mit Zamoyski und Stanisław Kozicki in einem von Zamoyski angemieteten Haus in London, das zur Zentrale der polnischen Propagandakampagne in Großbritannien wurde. Nachdem Dmowski nach Paris zurückgekehrt war, übernahm Władysław Sobański, mit dem Kozicki zusammenarbeitete, die Leitung der KNP-Mission in London. Der Autor Gilbert Keith Chesterton engagierte sich stark für die polnische Sache. Auch der berühmte, englisch schreibende, unter dem Namen Józef Korzeniowski in Polen geborene Autor Joseph Conrad unterstützte die Sache, wenn auch in bescheidenerem Maße. 1916 richtete er eine Note an das Foreign Office, um für den Gedanken zu werben, Polen unter britischem und französischem Protektorat zu errichten. Grey entgegnete, dies sei völlig ausgeschlossen, weil Russland seinen Einfluss in Polen niemals mit den Westmächten teilen werde. Durch diese Ablehnung ernüchert und auch aus gesundheitlichen Gründen war Conrad in der Folgezeit wenig aktiv.

Zamoyski war der Financier des KNP, doch hatten sich seine Mittel nach kurzer Zeit erschöpft. So verpfändete er den Erbschmuck seiner Familie. Der kurz zuvor nach Paris übergesiedelte Mikołaj Potocki wies fünf Millionen Francs an. Doch auch das war zu wenig, um die Arbeit des KNP fortsetzen zu können. Dank der Unterstützung des französischen und des britischen Außenministeriums erhielt der KNP jedoch Kredite, die nach dem Krieg von der polnischen Regierung rückzahlbar waren.

Der KNP bemühte sich um eine Einladung zu der für Ende November/Anfang Dezember 1917 anberaumten alliierten Konferenz. Die Briten lehnten dies jedoch ab. Dennoch verabschiedete die Konferenz eine wichtige Erklärung: „Die Schaffung eines unabhängigen und unteilbaren Polen unter seine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichernden Bedingungen bildet eine Voraussetzung für einen dauerhaften und gerechten Frieden in Europa.“ Dies war die erste Erklärung dieser Art, die allerdings ansonsten vage und unverbindlich blieb. Denn die Briten blieben in der polnischen Frage zurückhaltend, weil sie diese weiterhin mit der russischen Frage verbanden und sich überdies den Weg zu Verhandlungen mit den Mittelmächten nicht verbauen wollten; außerdem glaubten sie, ein polnischer Staat würde Russland gegen die westliche Kultur isolieren.

Der KNP ruhte sich nicht auf seinen Lorbeeren aus, sondern verfolgte seine Ziele mit französischem Rückenwind umso entschlossener. Frankreich unterstützte Polen schon aus dem Grund, um sich gegen ein bolschewisiertes

Russland abzusichern. Den Polen gelang es, auch die Briten allmählich von ihrer Blockadehaltung abzubringen, zumal diese auch nicht ganz gleichgültig gegenüber der amerikanischen Position bleiben konnten. Eine Ansprache Lloyd Georges vor Gewerkschaftern vom Januar 1918 deutete diesen Kurswechsel an: „Wir sind der Auffassung, [...] dass ein unabhängiges Polen, das alle polnischstämmigen Bevölkerungen umfasst, die ihm angehören wollen, eine unbedingte Notwendigkeit für die Stabilität der Verhältnisse in Westeuropa ist.“ Balfour ging in seinen Äußerungen noch weiter, indem er ankündigte, dass die dem Deutschen Reich angehörenden polnischen Gebiete an die Rzeczpospolita übergehen würden.

Während einer Konferenz der drei Regierungschefs in Versailles verabschiedeten die Alliierten am 5. Juni 1918 ihre bis dato wichtigste Deklaration; diese verkündete ein vereintes und unabhängiges Polen als eines der alliierten Kriegsziele: „Die Schaffung eines vereinten und unabhängigen Polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer bildet eine Bedingung für einen dauerhaften und gerechten Frieden und die Herrschaft des Rechts in Europa.“ Daneben kündigten diese und weitere öffentliche Erklärungen die Entstehung auch anderer Staaten auf Kosten Deutschlands, Russlands und anstelle von Österreich-Ungarn an. Die Alliierten hatten sich also in der Zwischenzeit darauf eingestellt, die europäische Ordnung völlig umzugestalten.

Die Versailler Erklärung vom Juni 1918 war eine völkerrechtlich verbindliche Festlegung der Alliierten. Die Regierung des Königreichs Polen unter Jan K. Steczkowski wandte sich auf deutschen und österreichischen Druck hin dagegen. Er verkündete, die polnische Regierung werde „unverzüglich die Realisierung der nationalen Hauptforderungen in Zusammenarbeit mit den Mittelmächten anstreben.“ Dies war eine ganz unglücklich gewählte Formulierung, gegen die die Passivisten protestierten, die aber zum Glück nicht viel Schaden anrichtete.

Seit der Versailler Erklärung bestand Gewissheit, dass sich die Alliierten für ein unabhängiges Polen innerhalb der europäischen Nachkriegsordnung einsetzen würden. Das wurde weiter durch die Teilnahme polnischer Truppen an der Parade zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli 1918 unterstrichen, ebenso wie dadurch, dass die polnische Fahne neben denen der alliierten Mächte aufgezogen wurde. Die Grenzen des neuen Staats blieben damit immer noch offen.

## 7 Die Haller-Armee

Während die Diplomatie für den KNP im Vordergrund stand, befasste sich dieser überdies mit der Betreuung der Polen in den alliierten und neutralen Staaten und der Aufstellung einer polnischen Armee, die an der Seite der



Entente kämpfen sollte. Im März 1917 brachte Paderewski bei einem Jamboree der polnischen Pfadfinder den Gedanken auf, in den USA eine polnische Tadeusz-Kościuszko-Armee<sup>32</sup> zu bilden. Er nahm an, seinen Enthusiasmus für das Unternehmen auf die Polonia übertragen zu können, sodass sich in kürzester Zeit 100.000 Freiwillige melden würden. Doch stieß die Idee auf den Widerstand des Komitees für Nationale Verteidigung (*Komitet Obrony Narodowej*, KON), das sie in einer Erklärung vom 1. Mai 1917 als „unglücklichen und lächerlichen Gedanken eines Künstlers“ bezeichnete, der keine Ahnung von Staatsdingen habe. Ohnehin stimmten die Amerikaner einer solchen polnischen Armee nicht zu und betonten, jeder US-Bürger könne schließlich in die US-Armee eintreten. Washington hielt generell die Aufstellung von Streitkräften nach nationalen Kriterien nicht für eine gute Idee, zumal auch andere ethnische Gruppen in den USA ähnliche Forderungen hätten stellen können.

Eine analoge Konzeption wurde im Sommer 1917 in der Botschaft der Russischen Republik in Paris entwickelt. Denn da schon in Russland gesonderte polnische Korps aufgestellt werden sollten, müsse auch im Westen eine polnische Armee gebildet werden. Die Polen waren nicht gerade davon angetan, dass die Idee von einer Teilungsmacht aufgebracht wurde. Auch hatten sie Zweifel, dass sich bei der zahlenmäßig schwachen französischen Polonia genügend Freiwillige finden würden. Doch setzte sich schließlich Dmowski mit der Auffassung durch, Polen werde durch eine solche Armee beim Friedenskongress als Verbündeter auftreten können. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung führten zum Erfolg. Die Franzosen setzten dabei vor allem auf das politische Potential einer polnischen Armee als Verbündeter der Entente. Auch sahen sie Polen nach dem Krieg bereits als engen Bündnispartner. Am 4. Juni 1917 gab Präsident Raymond Poincaré sein Einverständnis. Zunächst wurde eine Französisch-Polnische Militärmission als Organ der französischen Regierung gebildet. Diese wurde von dem pensionierten General Louis Archinard geleitet, einem Veteranen des Kolonialdienstes, der nicht umsonst der „morsche General“ genannt wurde, weil es ihm an Energie und Findigkeit fehlte. Daher wurde er durch den energischen Oberstleutnant Makiejewski ersetzt, was jedoch den KNP in Unruhe versetzte, weil dieser Verbindungen in die russische Botschaft hatte und sogar das Gerücht ging, er leite den russischen Spionagedienst.

Die Französisch-Polnische Militärmission ging zunächst daran, das 1. Polnische Schützenregiment unter Oberst Julian Jasiński aufzustellen.

---

32 Diese Namengebung war daher naheliegend, weil Kościuszko George Washingtons Adjutant während des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs gewesen war und die US-Ehrenbürgerschaft besaß; A.d.Ü.

Doch aus Mangel an Freiwilligen verlief die Rekrutierung schleppend. Nur 1400 Soldaten wurden von der französischen an die polnische Armee abgegeben, dazu kam eine geringe Anzahl von Freiwilligen aus der französischen und britischen Polonia. Auch fehlte es an Offizieren. Von den ersten fünfzehn Offizieren des Regiments waren nur drei Polen, die übrigen Franzosen.

Den Polen wurde klar, dass ohne Beteiligung der amerikanischen Polonia keine polnische Armee zustandekommen würde. Daher entsandte die Militärmission eine Delegation unter Leitung des populären Schriftstellers Waclaw Gąsiorowski in die USA, um ihre Ziele zu propagieren. Die Reaktionen der Polonia waren gemischt; manche lehnten es ab, einer Söldnerarmee in französischen Diensten beizutreten. Dennoch mangelte es nicht an Freiwilligen, doch wegen der ablehnenden Haltung Washingtons konnte keine offene Anwerbung stattfinden. So begaben sich die Freiwilligen nach Kanada. Anfang November 1917 hielten sich 3000 Freiwillige in dem kanadischen Ort Niagara-on-the-Lake auf. Weitere Meldewillige warteten die Entscheidung der US-Behörden ab.

Auch die Anwerbung von Freiwilligen in weiteren Staaten erwies sich als schwierig. Bis die Regierungen die Erlaubnis erteilten, dauerte es Monate. Die Entente sah in einer polnischen Armee mehr Nach- als Vorteile. In einigen Fällen wurde die Erlaubnis zu Anwerbung erst wenige Wochen vor Kriegsende erteilt.

Die amerikanische Erlaubnis kam am 6. Oktober 1917, bezog sich aber nur auf Freiwillige, die nicht zuvor in die US-Armee eingezogen worden waren. Paris gewährte die Mittel für die Ausbildung, die Kosten der Ausrüstung deckten die Amerikaner. Die Freiwilligen erhielten einen der französischen Armee angepassten Sold. Für Etappendienst wurden vierzehn Dollar im Monat gezahlt, für Frontdienst zwanzig. Außerdem erhielt jeder eine Ration Tabak und Wein. Für die Anwerbung wurden Aufrufe, patriotische Lieder und Gedichte eingesetzt, etwa das folgende:

<i>Wraz, wraz,</i>	Ran, ran,
<i>Wszyscy wraz,</i>	Miteinander ran,
<i>Gdy wolności przydzie czas</i>	Die Freiheit ist jetzt dran,
<i>Amerikę rzucim,</i>	Aus Amerika wir hin
<i>I do Polski wrócim.</i>	Nach Polen wollen ziehn.

Paderewski wandte sich mit einem eindringlichen Aufruf zur freiwilligen Meldung an die Polonia: „Zieht in die Welt, sie davon zu überzeugen, dass der amerikanische Pole ein würdiger Erbe des Ruhms der polnischen Waffen ist.“ Dieser Aufruf wurde von den Kanzeln verlesen. Überall in den Städten tauchten Werbeplakate auf: „Zu den Waffen, ihr Polen! Gegen den

Deutschen, was Leben in sich hat!“ Auf die Pfadfindergruppen gestützt, wurden territoriale Werbebüros eingerichtet. Am 26. Dezember 1917 trafen auf der aus New York kommenden „Niagara“ in Bordeaux die ersten Freiwilligen ein. „Die Stadt war mit polnischen Fahnen geschmückt, und polnische Trompeter begannen, ‚Noch ist Polen nicht verloren‘ zu spielen, worauf die Landsleute aus den USA vom Schiff her mit ‚Gott, der du Polen...‘ antworteten. Die Rührung ließ uns die Tränen in die Augen steigen“, erinnerte sich einer der Freiwilligen.

Bis Ende 1918 gelangten aus den USA über 22.000 Mann zur Polnischen Armee, die ohne diese Freiwilligen nicht zustande gekommen wäre. Die Optimisten, die mit 100.000 Mann gerechnet hatten, waren trotzdem bitter enttäuscht. Die geringere Zahl erklärte sich zum einen dadurch, dass viele Angehörige der Polonia in die US-Armee eintraten, um nach dem Krieg sicher in die USA zurückkehren zu können; denn nicht alle vertrauten auf die in einem Gesetz vom 9. Mai 1918 gegebene Rückkehrgarantie. Des Weiteren waren die Bedingungen in den amerikanischen Ausbildungslagern bedeutend besser als in den polnischen. Ferner eilte den als Ausbilder dienenden Offizieren der französischen Fremdenlegion ein schlechter Ruf voraus, denn sie behandelten die Freiwilligen wie Söldner, was Fälle von Fahnenflucht nach sich zog. Dann war auch die finanzielle Unterstützung seitens der Polonia zur Betrübnis der polnischen Führung nicht sehr großzügig. Die Polen „gaben unverändert wenig [...] die Emigration verhielt sich insgesamt kalt, gleichgültig, sogar ablehnend. Bei etwa 1,8 Millionen Dollar auf vier Millionen Polen kommen zwölf Cent pro Kopf über einen Zeitraum von vier Jahren“, resümierte Paderewski. Des Weiteren identifizierten sich nicht mehr alle in den USA lebenden Polen mit der alten Heimat. Dann gab es noch die Gegenpropaganda der Anhänger der Mittelmächte und der Polnischen Legionen, die die Werbeaktion zu unterwandern suchten.

Eine weitere Möglichkeit, Freiwillige zu gewinnen, boten die Kriegsgefangenenlager, in denen sich viele Polen befanden. Deren Anwerbung war jedoch durch das Kriegsölkerrecht erschwert. Erst nachdem sich die Alliierten für ein unabhängiges Polen ausgesprochen hatten, konnte Werbung unter den Kriegsgefangenen betrieben werden. Als Erste gaben Ende 1917 die Franzosen die Erlaubnis. Die Briten und besonders die Italiener waren lange dagegen, weil sie fürchteten, die Deutschen würden das an ihren jeweiligen Kriegsgefangenen vergelten. Erst am 29. September 1918 erteilte die Regierung Orlando die Erlaubnis zur Rekrutierung in den italienischen Lagern, in denen 60.000 polnische Kriegsgefangene waren. So wurde Italien zum zweitwichtigsten Rekrutierungsland nach den USA. Auf Antrag Skirmunts übernahm Major Leon Radziwiłł, ein französischer Staatsangehöriger, die Organisation der polnischen Truppen in Italien. Mit französischer

Hilfe stellte er bei Neapel das Jan-Henryk-Dąbrowski-Regiment<sup>33</sup> und weitere Einheiten auf, die nach Frankreich verlegt wurden.

Weitere 250 Freiwillige erreichten die polnische Armee aus Kanada, einige Dutzend aus China, weitere aus russischen Einheiten in Saloniki sowie 300 aus Brasilien, dessen Regierung die Überfahrt nach Europa monatelang verzögerte, weil sie angeblich bei der Ernte gebraucht wurden. Auch Deserteure der Mittelmächte meldeten sich zur Polnischen Armee. Darunter war Leutnant Jan Ludyga-Laskowski aus Schlesien, der aus der deutschen Armee desertiert war. Diese verurteilte ihn in Abwesenheit zum Tode, das Haus seiner Eltern in Beuthen-Roßberg wurde beschlagnahmt.

Dmowski war unzufrieden mit dem Stand der Polnischen Armee im Juni 1917. Er versuchte auszuhandeln, dass die Armee von allen Alliierten als Verbündeter anerkannt wurde, was auch geschah. Ein mit Zustimmung von Ministerpräsident Georges Clemenceau geschlossenes neues Abkommen vom 28. September 1918 erkannte Polen als verbündete Macht an, die polnische Armee als unabhängige Streitkraft, als eine „einzige selbständige, verbündete und kriegführende Armee“. Das Abkommen war von erheblicher politischer Bedeutung. „Es erhöhte Polen zu einem unabhängigen Staat“, kommentierte Marian Seyda. Der KNP übernahm das Oberkommando; er besaß das Recht, Offiziere bis zum Obersten zu ernennen. Der Polnischen Armee gehörten Einheiten in Frankreich, Italien und Russland an.

Zur Freude des KNP hielt sich General Haller nach seiner Flucht aus dem bolschewistischen Russland seit dem 13. Juli 1918 in Paris auf. Damit konnte der Oberbefehl über die polnische Armee endlich in würdige Hände gelegt werden. „Haller ist uns vom Himmel geschickt“, sagte Dmowski, weil es ansonsten im Westen keinen polnischen Offizier diesen Rangs und Renommées gab. Am 4. Oktober wurde Haller zum Oberbefehlshaber ernannt, allerdings übte er sein Kommando in der Praxis nur über Einheiten in der Etappe aus, weil die Franzosen sich den Befehl über die Fronteinheiten vorbehielten. Zugleich wurde Haller zum Generalleutnant befördert, entsprechend einem Divisionsgeneral. Ihm fiel die Aufgabe zu, die Armee zu organisieren und auszubilden. Am 17. August war er dem KNP beigetreten, legte seine Mitgliedschaft aber mit der Ernennung zum Oberbefehlshaber pro forma nieder, um parteipolitische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Gleichwohl leitete er die Militärabteilung des KNP und wohnte dessen Sitzungen als Gast bei. Es kam in Gebrauch, die polnische Armee „Haller-Armee“ oder auch „Blaue Armee“ zu nennen, nach ihren Uniformen, die in der Grundfarbe (*bleu horizon*) denen der französischen Armee glichen.

---

33 Als Gründer der unter Bonaparte dienenden Polnischen Legionen in Italien war auch Dąbrowski ein historisch naheliegender Namenspatron; A.d.Ü.

Sie hatte eigene polnische Abzeichen, Symbole und Fahnen, die viereckige Mütze (*rogatywka*), darauf den weißen Adler auf amaranthrotem Grund, ebenso auf dem Helm, der Mütze und den Knöpfen.

<i>Nam nie straszne Karole, Wilhelmy,</i>	Uns schrecken Karls und Wilhelms nicht,
<i>Choć za rzezią wyprawiają rzeź,</i>	Selbst wenn sie vor Blutgier toben,
<i>Ludu polski sztandar</i>	Volk der Polen, die Fahne weiß und
<i>biało-czerwony,</i>	rot,
<i>Ludu polski swój sztandar w górę</i>	Volk der Polen, eure Fahne hoch
<i>wznieść.</i>	nach oben.

Dies war das Lied der Polnischen Armee, das nach der Melodie der Marseillaise gesungen wurde.

Das 1. Polnische Schützenregiment sah sich in der Tradition der sogenannten Bayonner Legion, das heißt einer polnischen Kompanie der Fremdenlegion, die vom Herbst 1914 bis Juni 1915 gekämpft hatte. Von dieser Einheit erhielt das Regiment eine mit 34 Kugellöchern durchsiebte Fahne mit dem (kronenlosen) Adler nach einem Entwurf von Xawery Dunikowski. Am 10. Januar 1918 war die Formierung des Regiments beendet, und es wurde an die Front geschickt. Es kämpfte mit Bravour unter anderem bei Reims, anschließend bei Saint-Hilaire-le-Grand. Es wurde der 1. Polnischen Schützendivision zugeordnet, die am 22. Juni 1918 vereidigt wurde und ihre Fahne erhielt. Im August zählte sie über 10.000 Mann, womit sie immer noch einige tausend Mann weniger hatte als eine etatmäßige französische Division. 65 Prozent der Mannschaften kamen aus den USA, zehn Prozent waren vormalige Kriegsgefangene und Deserteure der deutschen Armee, weitere zehn Prozent Freiwillige aus der französischen und russischen Armee, nochmals 15 Prozent Freiwillige aus anderen Ländern. In der Folgezeit stieg der Anteil der Soldaten aus den Vereinigten Staaten weiter.

Ende Oktober 1918 war der Aufbau der Division immer noch nicht ganz abgeschlossen, trotzdem wurde sie an die Front geschickt. Am 14. November sollte sie an der großen Offensive der Alliierten teilnehmen, doch am 11. November wurde der Waffenstillstand geschlossen, sodass sie in ihren Ausgangsstellungen verblieb. Bei Kriegsende verfügte Haller über mehr als 17.000 Soldaten und 430 Offiziere, von denen knapp 14.000 aus den Vereinigten Staaten kamen. Nach dem 11. November stieg die Stärke der Polnischen Armee rasch an, weil weitere Freiwillige aus den USA und Italien eintrafen.



# X Alltag im Krieg

## 1 Demographische Veränderungen

Der Krieg verursachte bei allen beteiligten Staaten Einbrüche in der demographischen Statistik. Auch Polen war davon betroffen. Die Zahl der Eheschließungen und die Geburtenrate sanken, umgekehrt stieg die Sterblichkeit, sodass der Bevölkerungszuwachs einbrach. Für das Jahr 1913 zeigt die Statistik in Kongresspolen einen Zuwachs von 150.268 Personen, für 1914 123.271. 1915 gab es einen starken Einbruch, nämlich einen Rückgang von 5172, 1916 wieder einen Gewinn von 26.850, 1917 einen Rückgang von 2376, 1918 sogar einen Rückgang um 32.821 Personen.

In der zweitgrößten Stadt Kongresspolens, Lodz, lag die Geburtenrate bereits 1915 nur noch bei der Hälfte des Vorjahres. 1918 betrug die Geburtenrate nur noch 11,6 ‰, die Sterblichkeit dagegen 1917 35,6 ‰. Andere Städte wie Warschau waren von ähnlichen demographischen Einbrüchen betroffen. Die schlechtesten Daten stammen von 1917, als sich die negativen Entwicklungen kumulierten.

### Bevölkerungsentwicklung von Warschau 1914–1918

Jahr	Gesamt (in Tsd.)	Eheschließungen (in ‰)	Geburten (in ‰)	Sterbefälle (in ‰)	Zuwachs (in ‰)
1914	884,5	6,8	24,9	18,6	6,3
1915	788,3	4,6	20,2	25,8	– 5,6
1916	780,7	3,9	19,0	24,5	– 5,5
1917	837,2	3,9	17,8	44,3	– 26,5
1918	758,4	5,8	14,1	31,7	– 17,6

Quelle: Edward Strzelecki: *Ludność Warszawy* [Die Bevölkerung Warschaus] (1918–1939), in: *Warszawa II Rzeczypospolitej* [Warschau in der Zweiten Republik] (1918–1939), Bd. I, H. 1, Warszawa 1968, S. 10f.

In Krakau und Lemberg verhielt es sich nur wenig besser. Demographisch war 1915 für Lemberg das schlimmste Jahr, als die Stadt in Frontnähe geriet, besetzt und zurückerobert wurde. Die Sterblichkeitsrate stieg auf 32,23 ‰. In den folgenden Jahren pendelte sie sich bei 22–24 ‰ ein. Auch die Säuglingssterblichkeit stieg und war 1915 am höchsten, denn es starben 311 von 1000 Neugeborenen. In diesem Unglücksjahr starben in Lemberg 3059 Menschen mehr, als geboren wurden. Die Zahl der katholischen



Eheschließungen sank, die der jüdischen stieg, auch deshalb, weil viele Juden ihre schon lang bestehenden Beziehungen legalisierten.

Die Besatzungsmächte erweiterten in vielen Fällen das Stadtgebiet, wodurch diese Städte neue Investitionen tätigen konnten. Neue Einwohner ließen sich gern in den neuen Vorstädten nieder, um in den Genuss der städtischen Infrastrukturen wie Wasserversorgung und Elektrizität zu kommen. Das Lodzer Stadtgebiet wuchs von 38,1 auf 58,7 km<sup>2</sup>, unter anderem durch die Eingemeindung von Bałuty und Widzew; das Gebiet von Warschau von 32,73 auf 113,48 km<sup>2</sup>. Trotzdem kam es zu einer Deurbanisierung von einem solchen Ausmaß, dass bei Kriegsende auch innerhalb des erweiterten Stadtgebiets weniger Menschen lebten als vor dem Krieg. Bis Ende 1917 verlor Lodz 43 Prozent seiner Einwohner. Das benachbarte Pabianice hatte 1914 57.300 Einwohner, 1917 nur noch etwa 30.000; Przemysł hatte 1913 62.000, 1918 nur noch etwa 30.000 Einwohner; Tschenstochau 1913 94.200, 1918 nur noch 76.600 Einwohner. In derselben Zeit erhielten zusätzliche Orte Stadtrechte, nämlich Otwock, Pruszków, Żyrardów, Dąbrowa und Grodzisk.

Der Niedergang der Städte machte sich im preußischen Teilungsgebiet deutlich weniger bemerkbar als in Kongresspolen, in den annektierten Gebieten und in Galizien. Aber auch dort ging die Stadtbevölkerung zurück.

Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern geriet durch den Krieg aus dem Gleichgewicht; denn Ende 1918 gab es wie in allen kriegführenden Ländern viel mehr Frauen als Männer. In Lodz kamen 1918 auf 130 Frauen nur 100 Männer. Im russländischen und österreichischen Teilungsgebiet änderten sich auch die Bevölkerungsanteile der Konfessionen und Nationalitäten. In den kongresspolnischen Städten ging die Zahl der Evangelischen und Orthodoxen zurück, in geringerem Maße auch die der Katholiken, dagegen stieg diejenige der Juden. Einige Katholiken verließen die Städte, um bei Verwandten auf dem Land unterzukommen. Die jüdische Bevölkerung zog umgekehrt aus den zerstörten Landstädten und Schtetls in die größeren Städte. Es gab aber noch einen weiteren Grund für bevölkerungstatistische Verschiebungen. Die jüdische Bevölkerung erhielt mehr materielle Unterstützung von ihren Glaubensgenossen aus den Vereinigten Staaten, wodurch sich bei ihr der Geburtenrückgang weniger bemerkbar machte als bei den Katholiken. 1914 wurden in Warschau 15.189 Christen und 6588 Juden geboren, 1918 waren es 5340 Christen und 5647 Juden. 1914 starben 11.738 Christen und 4559 Juden, 1918 15.767 beziehungsweise 8710. Am 1. Januar 1917 waren in Warschau 387.063 Angehörige der römisch-katholischen Konfession und 329.535 Juden ansässig. In Lodz stellten 1914 die Katholiken etwa die Hälfte der Einwohnerschaft, die Juden etwas mehr als zwanzig Prozent. 1918 war der Anteil der Katholiken etwas gesunken, derjenige der Juden dagegen auf fast vierzig Prozent gestiegen, der Anteil der

Evangelischen war von etwa 25 auf zehn Prozent gefallen. In Lublin hatten die Juden 1914 einen Anteil von 49 Prozent der Bevölkerung, 1915 von 54,6 Prozent, nach den Eingemeindungen 1916 nur noch von 44 Prozent.

Auch die Erwerbsstatistik veränderte sich. Der Anteil städtischer Dienstleister stieg, derjenige der in der Industrie Beschäftigten sank. In Kongresspolen und Galizien stieg die ländliche Erwerbslosigkeit, weil die Arbeitslosen aus den Städten bei ihren Familien auf dem Lande unterkamen. In den Zeitungen wimmelte es von Stellengesuchen; darunter waren Anzeigen wie diese: „Mittelloser Künstler bittet um Kleidung und Schuhe, die er unbedingt zur Aufnahme einer Arbeit braucht.“

## 2 Gesundheit und Hygiene

Epidemien gehörten zu den schwersten Problemen der Zeit. Die durch Kriegsbedingungen und Mangelversorgung verursachte Schwächung machte den Organismus anfälliger für Fleckfieber und Bauchtyphus, Ruhr, Diphtherie, Cholera und Pocken. Der Typhus galt wegen der Häufigkeit seines Auftretens und der Zahl der Todesopfer als die gefährlichste Infektion. Die Armeeführungen befürchteten daher nicht ohne Grund auch eine Schwächung der Truppen. Die meisten Erkrankungen und Todesfälle gab es in den jüdischen Stadtvierteln. Vom 1. Januar bis 1. Juli 1915 erkrankten in Warschau an Flecktyphus 508 Christen und 2144 Juden; in Lublin entfielen in den Jahren 1915/16 bei 1960 Flecktyphuserkrankungen 79 Prozent auf Juden. Die Sterblichkeit betrug 7,4 Prozent. Beim Bauchtyphus war die Sterblichkeit mit 10,9 Prozent noch höher, beim Scharlach lag sie sogar bei 16,4 Prozent.

Der Typhus wird von Bakterien der Salmonellengattung hervorgerufen, übertragen wird er unter anderem durch Lausbefall. Deshalb wurde Typhusprophylaxe mit Lausbekämpfung gleichgesetzt. Diese war sehr schwierig, weil die Läuse von Bettwäsche und Kleidung leicht auf den Menschen übergehen. So wurde angeordnet, Kleidung, Bettwäsche und Bodenbeläge gründlich zu reinigen, Weißwäsche zu kochen und die Haare mit Petroleum zu spülen. Sanitätskontrollen erwiesen, dass Lausbefall in den dicht bewohnten jüdischen Vierteln häufiger vorkam als in den christlichen. Eine Rolle spielte wohl, dass die orthodoxen Gemeinden und Rabbiner gegen die Isolierung von Kranken auftraten. Das alles prägte in Deutschland und Österreich das Stereotyp vom „schmutzigen und verlausten Ostjuden“ als Krankheitsträger. Der Typhus galt fortan als „jüdische Krankheit“, die in den jüdischen Gemeinschaften endemisch sei. Der deutsche Arzt Gottfried Frey legte in seinen Publikationen dar, es bestünden Unterschiede zwischen jüdischen und christlichen Läusen, wobei erstere aggressiver und gefährlicher seien. Im Deutschen Reich ausbrechende Epidemien wurden Juden

zugeschrieben. Deutsche und österreichische Autoren vertraten die Auffassung, Handel, Prostitution und Juden hätten vieles gemeinsam, daher wurde es Juden aus den polnischen Gebieten 1917 untersagt, eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Sie wurden auch von der Zwangsarbeit im GGW befreit.

Um die Lausverbreitung zu bekämpfen, wurden aus dem Deutschen Reich achtzehn Entlausungseinrichtungen nach Kongresspolen gebracht, deren Kapazität für 45.000 Personen pro Tag reichte. Ohne Amtshilfe durch Polizei und Gendarmerie wäre der Erfolg des Unternehmens begrenzt geblieben. Vom 1. Juli 1916 bis zum 1. Oktober 1918 entlausen die Deutschen 3,25 Millionen Personen und über 480.000 Wohnungen. Bei Antritt einer Zugfahrt musste der Passagier eine „Entlausungskarte“ vorweisen. Ohne diese wurde niemand, ungeachtet Vermögen und Herkunft, in den Waggon gelassen. „Pedantisch wurden erfolgreich ansteckende Krankheiten bekämpft [...]. Ich selbst besaß wundersamerweise eine solche Karte, die mir von Amts wegen geschickt worden war“, schrieb der Warschauer Erzbischof Aleksander Kakowski. Rudolf Weigl, ein Lodzer Pole österreichischer Herkunft, konnte mittels einer Laus unter Laborbedingungen den Typhuserreger isolieren. Das war die Voraussetzung für die weltweit erste Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Fleckfieber. Als prophylaktische Maßnahmen ließen die Behörden und karitativen Einrichtungen Kranke in Quarantäne bringen und mit Kalk oder Formalin Infektionsherde desinfizieren. Die Österreicher und die Behörden des preußischen Teilungsgebiets trafen ähnliche Maßnahmen. In den Besatzungsgebieten waren Straßen und Bürgersteige zu reinigen, Schmutz und Müll aus dem öffentlichen Raum zu entfernen; Privatwohnungen, Treppenhäuser und Höfe von Mietshäusern sollten sauber gehalten werden; in den Städten wurden Beete und begrünte Plätze angelegt, Sträucher und Bäume gepflanzt.

Die Bürgerkomitees wie insbesondere der Warschauer CKO wurden ebenfalls in der Krankheitsbekämpfung aktiv. Der CKO gab Broschüren zur Gesundheitsvorsorge heraus, darunter Titel wie „Wie sich verhalten bei ansteckenden Krankheiten?“, „Eine Plauderei über das Trinken und die Trunksucht“, „Was ist die Schwindsucht und wie schützt man sich davor?“, „Eine Plauderei über die drei Typhusarten“, „Wie schützt man sich vor Blindheit und Augenkrankheiten?“, „Über Pest und pestilenzialische Luft“, „Volksbäder“. Die Broschüren erschienen jeweils nur in wenigen tausend Exemplaren, weil sie für Organisationen, Bürgervereine und Lokalverwaltungen gedacht waren. Sie wurden zwar in Kongresspolen gedruckt, fanden aber auch in Galizien und im Teschener Schlesien Verbreitung.

Analphabetismus, Unbildung und hartnäckiger Aberglaube erschwerten, ja verhinderten in vielen Fällen die Gesundheitsprophylaxe. Die Leute hörten eher auf die Quacksalber als auf die Ärzte. Nach den Ratschlägen der

Wunderheiler war die Ruhr mit auf Zetteln geschriebenen Beschwörungsformeln zu heilen, die man dem Kranken auf den Bauch legte. Bei hohem Fieber wurde ein Gemisch aus Urin und saurem Wasser empfohlen; Typhus- kranke waren mit einem schmutzigen, stinkenden Tischtuch zu bedecken; bei Husten wurde ein Trunk vom Bodensatz einer Gießkanne verabreicht, weil sich dort angeblich Heilkräfte entfalteten. In jüdischen Familien wurde empfohlen, einen schwerkranken Säugling beim Kopf zu halten und mit den Beinchen gegen die Tür zu stoßen. In jüdischen und christlichen Haushalten war es gleichermaßen Sitte, während einer Epidemie an die Tür zu schreiben: „Der Typhus ist schon vorüber“; „Die Pocken sind vorbei“; „Ich bin gegangen und komme nicht mehr wieder“. Als letztes Mittel blieb das Gebet. Bei Ausbrüchen von Seuchen füllten sich Kirchen und Synagogen, was natürlich zur Verbreitung der Epidemie beitrug. Rabbiner und Priester flehten Gott um die Linderung seines Zorns und die Rücknahme der Plage an. Die Menschen nahmen geweihtes Wasser, um damit ihre Kranken einzureiben und eine Wunderheilung zu bewirken; in den jüdischen Familien galt das Wasser von einer Totenwäsche als wundertätig.

1914 bestanden in Kongresspolen und den annektierten Gebieten weder öffentlicher Gesundheitsdienst noch Krankenversicherungspflicht; somit hing die medizinische Versorgung ganz von den Mitteln des Einzelnen und den Möglichkeiten sozialer Einrichtungen ab. Die Spitäler waren von den Anforderungen im Krieg völlig überfordert. Der CKO richtete daher für die Bedürftigen kostenlose ärztliche Sprechstunden ein. Davon machten bis Ende 1914 mehr als 10.000 Menschen Gebrauch. In manchen Fällen ließ sich die tiefsitzende Abneigung gegen ärztliche Hilfe überwinden. Während des ersten Kriegsjahrs machten 15–20 Prozent der Warschauer und etwa 2,5 Prozent der Einwohner des Warschauer Gouvernements vom kostenlosen Gesundheitsdienst Gebrauch, der größtenteils staatlich finanziert war. Nach der Einnahme Kongresspolens führten die Besatzungsmächte einen staatlichen Gesundheitsdienst ein, zu dem Spitäler, Ambulanzen sowie sogenannte fliegende Abteilungen mit Ärzten und Sanitätern gehörten. Die Ausstattung der Krankenhäuser ließ allerdings viel zu wünschen übrig; viele glichen eher Sterbehäusern und Leichenhallen. Überall fehlten Ärzte, das preußische Teilungsgebiet nicht ausgenommen, weil sie zum Militärdienst eingezogen worden waren. Am rückständigsten war das Gesundheitswesen im ländlichen Kongresspolen und in Galizien; dort gab es überwiegend nur Ambulanzen, in denen Sanitäter, seltener auch Krankenschwestern tätig waren.

Die gesundheitspolitischen Maßnahmen der Besatzungsmächte in Kongresspolen und den annektierten Gebieten waren nicht immer durchgreifend. Häufig wurde der Kriegswirtschaft der Vorzug vor den Bedürfnissen der Bevölkerung gegeben. In Warschau beispielsweise wurden die Autoreifen

des Rettungsdienstes eingezogen, und er bekam kein Benzin für seine Fahrzeuge zugeteilt. Zur Verwendung in der Rüstungsproduktion wurden Wasserleitungen und Leitungen in städtischen Bädern demontiert, wodurch sich die hygienischen Verhältnisse weiter verschlechterten. Ein weiteres Problem bei der Rettung von Menschenleben war das wenig entwickelte, von den Besatzungsmächten überwachte kongresspolnische Telefonnetz, das von Zivilisten nur in Sonderfällen genutzt werden durfte.

Zur Eindämmung von ansteckenden Krankheiten ließen die Stadtbehörden nach Aufforderung durch die Besatzungsmächte öffentliche Bedürfnisanstalten bauen, doch blieben sie bis Ende 1918 gering an Zahl. Übrigens änderte sich daran auch nach Gewinnung der Unabhängigkeit nicht viel. Nach wie vor erledigten die Menschen ihr Geschäft in dunklen Hauseingängen oder Hinterhöfen. Zum Schutz gegen Infektionen wurden Badeanstalten und städtische Bäder eingerichtet, die jedoch keinen großen Zuspruch fanden. Jeder Prophylaxe standen mangelnde gesundheitliche Aufklärung und Indifferenz gegenüber Schmutz im öffentlichen Raum entgegen. Die Leute wollten sich keiner Badepflicht fügen; es galt das Motto „häufiges Waschen verkürzt das Leben“. In Serock bei Legionowo gab es einen regelrechten Aufruhr gegen die ärztliche Anordnung, Entlausungsbäder zu nehmen. Das galt als Schikane, und der Apotheker lief Gefahr, gelyncht zu werden, weil er im Verdacht stand, an der Einrichtung eines Quarantänehauses beteiligt gewesen zu sein.

Zur Gesundheitsprophylaxe kontrollierten städtische Beamte und Angehörige der Bürgerkomitees Marktplätze, Ladengeschäfte, Magazine und Warenlager. Doch waren die Komitees nicht befugt, Sanktionen zu verhängen, sodass die Kontrollen kaum den gewünschten Erfolg hatten. Ähnliche Maßnahmen wurden auch in Galizien und im preußischen Teilungsgebiet getroffen. Sie waren dort effektiver, weil sie sich auf langjährige gesundheitspolizeiliche Erfahrungen stützen konnten. Soziale Organisationen veranstalteten Vorträge zur Bekämpfung von Krankheitserregern und Kurse zur praktischen Hygiene. Auch organisierten sie Sanitätskolonnen aus Fahrzeugen mit Pumpen und Fässern zum Abtransport von Fäkalien. Solche Kolonnen säuberten in Kongresspolen und Galizien Brunnen, leiteten die Aushebung von Fäkalgruben an und bohrten artesische Brunnen. Wegen begrenzter Geldmittel erreichten diese Maßnahmen jedoch nur einen bescheidenen Umfang.

Nach der Rückeroberung Galiziens ergriffen auch die Österreicher gesundheitspolizeiliche Vorkehrungen. Dabei bewiesen sie einiges Engagement, obwohl es ihnen nicht vorrangig um die Gesunderhaltung der Zivilbevölkerung, sondern um die der Armee ging. Die Sanitätsdienste wurden mit Kalk und Karbol zur Desinfektion von Häusern und Brunnen ausgestattet. Wer eine Quarantäne durchlaufen hatte, bekam eine entsprechende

Bescheinigung. Die Behörden propagierten und praktizierten Impfungen. Impfstoffe und Seren wurden unter anderem im Betrieb von Odo Bujwid in Krakau hergestellt, vor allem gegen Pocken und Bauchtyphus. Soldaten wurden im großen Maßstab geimpft. Trotz Sanktionen versuchten Zivilisten, den Impfungen zu entgehen. Da half auch nicht die Warnung, dass die Sterblichkeit bei Pocken bei bis zu einem Fünftel der Erkrankten lag.

Auch in Kongresspolen widersetzte sich die Zivilbevölkerung den Impfungen. Während die russländischen Behörden im Militär Zwangsimpfungen einsetzten, wurden daher von August 1914 bis August 1915 von den 1.000.000 Einwohnern des Gouvernements Warschau nur 61.552 gegen die Pocken geimpft. Die Besatzungsmächte waren hierin erfolgreicher. Beispielsweise wurden in Warschau 1915 23.000 Menschen geimpft, 1916 bereits 150.000, was die Anzahl der Erkrankungen und Todesfälle sinken ließ. In Warschau gab es damals 1000 Pockeninfektionen, 1916 nur noch 300. Die Ruhr war besonders gefährlich. Am 5. September 1917 starb während einer in Krakau grassierenden Epidemie der Direktor der Physikalischen Abteilung der Jagiellonenuniversität, Marian Smoluchowski, ein genialer Wissenschaftler und für den Nobelpreis gehandelter Hoffnungsträger der polnischen Physik. In etwa derselben Zeit hielt die Ruhr auch in Kongresspolen tödliche Ernte.

Infolge des Kriegs verbreitete sich auch die Tuberkulose, damals noch genannt Schwindsucht, eine Krankheit der Armut, des Hungers und der Kälte. Die meisten Fälle gab es in Kongresspolen und in den annektierten Gebieten. Die Zahlen waren alarmierend: „Die Schwindsucht dezimiert die Arbeiter!“ 1917 bekamen in Lodz 30 Prozent aller Kinder nur eine Mahlzeit am Tag. Nach ärztlicher Meinung war das ein wesentlicher Grund für die Verbreitung der Tuberkulose. Es gab daneben direkte Hungererkrankungen bei Kindern, bezeugt durch Hungerödeme. So griff die Tuberkulose rasch um sich, besonders in Familien, die in feuchten und ungeheizten Souterrainwohnungen hausten. Die Anzahl der Tuberkulose-Toten lag 1917/18 um ein Mehrfaches über derjenigen von 1913. Die Zahl der Sterbefälle durch Tuberkulose und Lungenerkrankungen lag fünf- bis achtmal höher als bei ansteckenden Krankheiten. In Warschau starben 1917 8158 Menschen, das waren 97,4 auf 10.000 Einwohner. Auch im preußischen Teilungsgebiet stieg die Zahl der Schwindsüchtigen. Anders als ansteckende Krankheiten wie die Cholera beflügelte die Tuberkulose nicht so stark die Vorstellungskraft der Menschen. Dasselbe galt für Kreislauf- und Tumorerkrankungen, die nach allgemeiner Ansicht nicht so gefährlich waren wie die ansteckenden Krankheiten.

Zu den gefährlichsten Epidemien zählte die Cholera, bei der die Sterblichkeit bei bis zu 70 Prozent lag. Von den wiederholten Ausbrüchen waren Zivilbevölkerung und Militär gleichermaßen betroffen. Trotzdem wurde

vielfach selbst gegen einfache sanitäre Vorkehrungen verstoßen. „Sanitäre Verhältnisse schrecklich. Es ist nie eine Desinfektion durchgeführt worden, nichtmals in Gebäuden und Räumen, in denen Choleraerkrankte gestorben sind“, hieß es im Oktober 1914 aus der Ortschaft Zagórze bei Sanok. Solche Fälle gab es zu Hunderten. Auch die Bestattung der Verstorbenen wurde nicht sachgemäß vorgenommen. So konnten sich die Krankheiten weiter verbreiten. Die Behörden gingen dazu über, Kranke zu isolieren und Tote in karbolgetränkten Tüchern zu bestatten, um Krankheitsherde einzuzugrenzen und zu liquidieren. Schutzvorkehrungen wurden intensiv propagiert, wie Ordnung und Sauberkeit zu wahren, kein rohes Obst zu genießen, Wasser abzukochen, Getränken Pfefferminze zuzugeben oder Hinterhöfe von menschlichen Ausscheidungen frei zu halten. Einige speziell an Arme und Hungernde gerichtete Ratschläge waren eher geeignet, Irritationen auszulösen: Man möge sich doch warm anziehen und gut ernähren, sich häufig waschen, in der Nacht gut schlafen und sich vor Arbeitsüberlastung hüten. Flugblätter schärfen ein, die Cholera möge keine Sauberkeit und Hygiene. Die beste Prophylaxe bestand in der Impfung. Diese verursachte zwar eine Schwellung am Arm und Fieber, beides verging jedoch nach ein oder zwei Tagen. Während 1915 in Warschau noch sechzehn Fälle von Cholera registriert wurden, trat die Krankheit bereits 1916 überhaupt nicht mehr auf.

Wie während eines jeden Krieges verbreiteten sich auch die Geschlechtskrankheiten. Die Deutschen fanden besonders energische und unkonventionelle Gegenmaßnahmen, ohne sonderlich auf die Moralvorstellungen der katholischen und jüdischen Bevölkerung zu achten. „Wir haben die allgemeine Empörung der Warschauer in Erinnerung, als [...] an Straßenecken, Haustoren und in Hotelzimmern Plakate, Ankündigungen und Empfehlungen zur Vorbeugung gegen die abscheuliche Krankheit geklebt wurden, deren Name zuvor nichtmals öffentlich genannt worden war! Es bedurfte der Anstrengung der zivilen Behörden, sogar der höheren Geistlichkeit, um diese peinlichen, geradezu zynischen Aushänge wieder aus dem öffentlichen Raum zu entfernen“, schrieb Aleksander Kraushar über die deutschen Drucke, welche die Sache beim Namen nannten. Die Deutschen hatten ein Tabu verletzt, doch ließen sie in ihren Bemühungen nicht nach und beauftragten die Polizei mit Gegenmaßnahmen. Deutsche und polnische Ärzte wurden mit der Aufgabe betraut, eine sogenannte Sittenwacht einzurichten; diese konnte auch polizeiliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Trotz solcher Anstrengungen machte die Bevölkerung die Besatzungsmacht für die Verbreitung von Prostitution und Geschlechtskrankheiten verantwortlich: „Von dieser Plage wimmelt es nur so auf den Straßen, die Öffentlichkeit ist entrüstet, das ist der preußischen Moralität zu verdanken.“

Tatsächlich war die Prostitution eine wichtige Ursache für die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten. Allein in Warschau wurde die Zahl der



Prostituierten auf drei- bis viertausend geschätzt. Die Besatzungsbehörden begannen, Bordelle zu überwachen und Ausweise für Prostituierte einzuführen. Die polizeilich registrierten Frauen mussten sich Zwangsuntersuchungen unterziehen. Auch versuchten die Behörden, einschlägige Häuser in den jüdischen Vierteln zu kontrollieren, da der Prozentsatz von Prostituierten dort höher als bei den Polen war. Das rührte unter anderem daher, dass sich Bordelle meist in jüdischem Besitz befanden. Sittenpolizeiliche Mittel reichten jedoch kaum aus, weil Prostitution und Geschlechtskrankheiten soziale Ursachen hatten. Selbst verheiratete Frauen und Mütter wurden durch Not und Hunger in die Prostitution getrieben. „Wo man auch hinblickt – überall diese erbärmlichen Szenen zwischen Soldaten und Frauen. Ein äußerst scham- und zuchtloses Leben. [...] diese Schamlosigkeit ist an jeder Hausecke zu sehen. Beide Geschlechter gehen miteinander hemmungslos und höchst primitiv um, ohne Maß und Scham. Die Frauen kommen sogar bis hierher in die Frontstellungen“, hieß es in einem Bericht aus Ostgalizien. Oder in einem Bericht aus Kongresspolen: „Mit wehem Herzen sieht man, wie sich junge Mädchen im Alter von fünfzehn-sechzehn Jahren und Ehefrauen und Mütter bis zu sechzig Jahren dem Lotterleben hingeben.“ Bei der allgemeinen Senkung moralischer Standards waren solche Verhaltensweisen sicher häufiger anzutreffen als vor dem Krieg, zumal sich Bekanntschaften leichter machen ließen. Die Aktivisten der Polnischen Gesellschaft für die Bekämpfung von Unzucht und Ansteckungskrankheiten verstanden die Schwere des Problems sehr wohl, aber auch ihre Maßnahmen hatten nur begrenzten Erfolg. Auch in Galizien wurde versucht, die Prostitution einzuhegen, um die Ansteckungen unter Kontrolle zu bringen, doch ohne Erfolg. Die Zivilorganisationen machten die Militärbehörden für die Verbreitung der Prostitution verantwortlich und schlugen Alarm. Mancher Soldat setzte sich absichtlich einer Ansteckung aus, um dem Fronteinsatz zu entgehen. Offenbar waren sie sich meist nicht im Klaren darüber, dass die Syphilis noch nicht heilbar war.

Bei der Bekämpfung von Ansteckungskrankheiten spielte auch das schon vorgestellte Fürstbischöfliche Komitee des Krakauer Bischofs Sapieha eine Rolle. „Krankheitsherde vernichten und Widerstandsfähigkeit gegen Ansteckungen stärken. Das sind die einzigen Mittel gegen die Infektionen“, schrieb Michał Siedlecki, Professor an der Jagiellonenuniversität. Sapiehas Komitee richtete Sanitätskolonnen in Gestalt von zwölf mobilen Spitälern zur Bekämpfung der Krankheitsherde ein. Das erste nahm am 22. August in Galizien seine Tätigkeit auf. In den Kolonnen dienten Medizinstudenten und Krankenschwestern; sie fuhren über die Dörfer, um die Leute zu bewegen, ihre Kranken zu übergeben. Doch waren sie wenig erfolgreich, weil ihnen viel Misstrauen entgegenschlug. Die mobilen Spitäler säuberten Brunnen, desinfizierten Wohnungen und betrieben gesundheitliche Aufklärung.

Außerdem eröffnete das Fürstbischöfliche Komitee stationäre Behandlungseinrichtungen für Tuberkulose in Zakopane sowie in Witkowice bei Krakau für Menschen, die am Trachom litten, an der sogenannten ägyptischen Augenzündung.

1916 wandte sich die galizische Statthalterschaft an die Universitäten Krakau und Lemberg mit der Bitte, eine Massenimpfung gegen die Pocken durchzuführen. Die Universitäten bildeten daraufhin Studenten und Studentinnen der Medizin und anderer Fachrichtungen in eigens organisierten Kursen aus. Am 31. Januar 1916 richtete der Krakauer Universitätsrektor Kostanecki einen Aufruf an die Studierenden: „Unser Land wird von einer schrecklichen Pockenepidemie heimgesucht. [...] tausende Menschen sterben oder bleiben für das Leben gezeichnet. Helft [...] namens der Vaterlandsliebe, namens der Liebe zu unserem Volk.“ Am 18. Februar 1916 wurden acht- bis zehnköpfige Gruppen Studierender entsandt. Die Gesamtzahl der Teilnehmer war 300; sie waren in 35 Bezirken tätig und impften bis zum 28. März 1916 mehr als 1,5 Millionen Menschen. Gendarmerie und Polizei mussten unterstützend tätig werden, weil viele Einwohner die Impfungen für eine tödliche Gefahr hielten.

### 3 Speiseplan und Versorgung

Die Lebensmittelversorgung blieb während des Kriegs ein konstantes Problem. Die polnischen Gebiete unterschieden sich darin nicht von anderen europäischen Ländern. Die Versorgungsengpässe verschärften sich mit der Zeit, weil die Erträge der Landwirtschaft durch die Einziehung der Männer, die Requirierung von Pferden und durch Verwüstungen im Frontgebiet sanken. Tierfutter wurde knapp, die von der Armee eingezogenen Tiere hatten Priorität vor Arbeitstieren in der Landwirtschaft. Auch Landwirtschaftsgeräte und Kunstdünger waren immer schwerer zu bekommen.

Die Probleme der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln waren in allen drei Teilungsgebieten gleich schwerwiegend, nur bei genauerem Besehen gab es Unterschiede. Die Aufteilung Kongresspolens in GGW und GGL zerschlug ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und verschärfte die Versorgungsprobleme. Kriegshandlungen führten zu weiteren akuten Verschlechterungen. Vergleiche zwischen der Versorgung unter russischer Herrschaft und unter der Besatzung, wie sie Menschen allenthalben anstellten, fielen zugunsten der ersteren aus.

<i>Za cesarza Mikołaja była kielbasa i jaja</i>	Unter Kaiser Nikolausen gab es Wurst und Ei zu schmausen
<i>A za cesarza Franciszka nie ma co włożyć do pyska</i>	Dagegen unter Kaiser Franzen gibt es nichts mehr in den Pansen

war ein im GGL umlaufender Spruch.

Die Versorgungslage war selbst in Galizien bei Kriegsausbruch nicht dramatisch, im preußischen Teilungsgebiet ganz erträglich. Doch sie verschlechterte sich mit der Zeit immer mehr. „Von meiner Frau kommen traurige Nachrichten, dass im Haus Not und Armut herrschen, sie kann den Kindern nichts Gescheites zum Essen geben, Lebensmittel sind schrecklich teuer, man kann überhaupt keine bekommen usw.“, notierte der zum Reichsheer eingezogene Czesław Bagorski im Spätsommer 1916. In Bromberg war bei Kriegsende ein Reimvers im Umlauf, der die Stimmung gut widerspiegelte:

*Za króla Sasa popuszczaliśmy pasa,* In des Sachsenkönigs<sup>34</sup> Zeiten  
konnten wir den Gürtel weiten,  
*a za Wilusia tylko się siusia.* doch in Willis Tagen ist nur noch  
Wasser abzuschlagen.

Die Teilungs- und Besatzungsmächte machten den Staat zu einem wichtigen Akteur bei der Versorgung, indem sie die Produktion und Distribution von Lebensmitteln kontrollierten. Selbst private Haushalte wurden gründlich und ohne viel Federlesens nach gehorteten Lebensmitteln durchsucht. Bereits ganz am Anfang des Kriegs hängten die Behörden in Galizien, im Teschener Gebiet und im preußischen Teilungsgebiet Warenlisten mit festen Maximalpreisen aus. Später wurden Lebensmittelkarten eingeführt. Praktisch bedeutete dies die Einschränkung und schließlich Aussetzung des freien Handels. Warenkarten wurden in allen polnischen Gebieten eingeführt; die Liste der nicht mehr frei erhältlichen Waren verlängerte sich ständig. Beispielsweise wurden in Warschau ab Ende September 1915 Karten für Brot ausgegeben; Juden erhielten eigens Karten für Matze. Der besonders spürbare Mangel an Mehl schlug sich in volkstümlichen Verwünschungen wie „dass dir doch das Mehl ausgehe“, „dass du nie wieder Mehl zu Gesicht bekommst“ oder „auf dass dir das Mehl muffig werde“ nieder.

Die Kartenrationen wurden ständig kleiner. Während 1915 im preußischen Teilungsgebiet die Wochenration Brot noch vier Kilogramm betrug, sank sie 1916 auf zwei, schließlich 1917 auf 1,2 Kilo. In Warschau wurden Brotkarten zu 160 Gramm pro Person und Tag ausgegeben, im Deutschen Reich zu 225 Gramm, während hier vor dem Krieg im Schnitt 720 Gramm täglich verbraucht worden waren. Nach und nach wurden weitere Produkte im Kartensystem erfasst, darunter Öl, Fett, Zucker und Tabak.

---

34 Gemeint ist die Herrschaft der sächsischen Kurfürsten als Könige von Polen August II. (1697–1733) und August III. (1734–1763); A.d.Ü.

In den beiden letzten Kriegsjahren war die Lebensmittelrationierung offenbar überall in den Teilungsgebieten sehr ähnlich. Auf eine Person kamen nur noch etwa 1000 Kalorien. Zum Vergleich: die tägliche Ration betrug 1917 in Breslau 1132 Kalorien, in München 1750, in Warschau lag sie 1918 bei 891 Kalorien. Die offiziellen Angaben bieten nur einen Orientierungswert, weil der tatsächliche Kaloriengehalt von der Qualität der Produkte abhing.

Besonders gravierend war der Mangel an Grundnahrungsmitteln wie Brot, Graupen und Kartoffeln. Besonders in den Städten bildeten sich überall vor den Lebensmittelläden Schlangen. Bereits 1916 galt die Versorgungslage als katastrophal. Praktisch jeder Stadtrat schätzte die lokale Situation schlimmer als überall sonst ein, doch tatsächlich war sie allorts ähnlich schlimm. „Die Schlangen überall erschreckend. Die Menschen wissen, wer sich verspätet, bekommt nichts mehr von dem, wozu ihn seine Karten berechtigen“, hieß es im Dezember 1916 aus Krakau. Ähnlich die Lage in Warschau. „Zitternd vor Kälte stehen die Menschen Schlange, manchmal stehen sie um vier in der Frühe auf, um an ein bisschen Essen für Mann und Kinder zu kommen [...]. Ganze Familien verschwenden ihre Zeit mit dieser Schlangesteheri, sie verabreden sich, einander abzuwechseln, weil sich in der vom Hunger geschwächten Bevölkerung niemand so lang auf den Beinen halten kann“, schrieb Józef Zawadzki, Leiter des Warschauer Rettungsdienstes.

In den beiden folgenden Jahren war es noch schlimmer; die Schlangen vor Bäckereien und Milchläden waren bis zu drei Kilometer lang. Im Laden stritten sich die Leute um Brot „mit unbeschreiblichem Gezänk und Geheul. Wer sich vordrängen und noch Ware bekommen kann, hat Glück. Es kommt häufig vor, dass jemand in Ohnmacht fällt“, meldete der Bericht eines galizischen Stadtrats. Wenn das Brot ausging, kam es zu blutigen Schlägereien. Im Januar 1917 standen „vor den Bäckerläden in Lodz tags und nachts lange Schlangen verfrorener, hungriger und abgerissener Menschen, und die Lebensmittelläden waren geschlossen [...]. Ein unbegreifliches Elend sprang einem aus jedem Winkel, aus jedem Gesicht an. Die deutschen Soldaten, wohlgekleidet und -genährt, stechen bei der allgemeinen Not unserer Zivilbevölkerung deutlich heraus.“ Nicht anders sah es im folgenden Jahr in Bromberg aus: „Bei starkem Frost und schrecklichem Sturmwind standen Frauen mit Kindern an der Hand, Kinder und ältere Menschen und warteten stundenlang, bis sie an der Reihe waren“, schrieb der *Dziennik Bydgoski* (Bromberger Tageblatt). Ähnliche Szenen spielten sich im Juni 1916 in Warschau ab: „Der Hunger breitet sich aus [...]. Die Kartoffeln werden in der Nacht in die Stadt gebracht, denn sonst würde die Menge sie augenblicklich von den Fuhrwerken rauben.“

Die Menschen griffen zu verzweifelten Mitteln. Lebensmittelkarten wurden gestohlen oder gefälscht, Verstorbene nicht den Behörden gemeldet, um für sie weiter Karten zu beziehen. Tatsächlich garantierte aber eine Lebensmittelkarte

nicht, die Ware auch wirklich zu bekommen. In Lemberg machten sich manche über die Zustände lustig: „Wie soll man ein Butterbrot machen, wenn es weder Fett noch Brot gibt? Man legt eine Fettkarte zwischen zwei Brotkarten.“ Dieser Witz sollte in volkspolnischen Zeiten fröhliche Urständ feiern.

Auch Betrügereien der Ladenbesitzer und Großhändler waren an den Versorgungsproblemen nicht ganz unschuldig. Die Lebensmittelhändler wollten mit den Karten ein Zusatzgeschäft machen, indem sie zum Beispiel Milch als Sahne ausgaben oder die Preise von unregulierten Lebensmitteln in die Höhe trieben. Ein so leicht zu umgehendes Kartensystem stürzte den Markt unweigerlich ins Chaos. Die *Gazeta Bydgoska* (Bromberger Zeitung) brachte im Januar 1918 diese Anekdote:

- Haben Sie, gnädige Frau, zu den Feiertagen eine Fleischmalzeit gehabt?
- Gewiss doch, wir hatten Geflügel.
- Truthahn oder Gans?
- Nein, Hähnchen.
- Da bin ich aber neugierig, wie viel es wohl gekostet haben mag?
- Vierzig Pfennig.
- Aber gnädige Frau, Sie belieben zu scherzen, wo gab es das?
- Gegen Karten im Fleischladen.
- Aber dort verkauft man gegen Bons doch nur Eier zu einem solchen Preis.
- Deshalb habe ich ja auch ein Ei gekauft, in dem bereits ein Hähnchen war.

Die Versorgungsprobleme brachte die traditionelle Geschlechterrollenverteilung in den Familien ins Wanken. Wer eigentlich für die Ernährung der Familie zuständig war, musste unter dem Zwang der Umstände seine Verantwortung ganz oder teilweise an andere Familienmitglieder abtreten. „Ein Eindruck vom heutigen Familienleben: Die Mutter läuft auf der Suche nach Gemüse und Kartoffeln durch die ganze Stadt, ein Kind steht den halben Tag vor dem Laden nach Kaffee oder Zucker an, das zweite vor dem Milchladen, das dritte vor der Bäckerei, der Vater ist im Krieg, der Bruder gefallen, der Schwiegersohn verwundet, der Schwager in Gefangenschaft“, schrieb am 15. Oktober 1916 Klemens Bąkowski aus Krakau. Das dürfte damals in jeder beliebigen Stadt so oder ähnlich vorgekommen sein.

Damit die Zivilbevölkerung überhaupt noch über die Runden kam, führten die deutschen Behörden vielfach Ersatzprodukte ein, im Polnischen damals geläufig unter der Bezeichnung *oszwabki*<sup>35</sup>. Diese wurden entweder fabrikmäßig oder in Heimarbeit hergestellt. Manche davon waren gesundheitsschädlich, ja geradezu lebensgefährlich. Unter dem Druck der Bürgervereine brachte die Presse Listen der verunreinigten oder gefährlichen

---

35 Abgeleitet von *oszwabiać* (betrügen), dies wiederum hergeleitet von *szwab* (Schwabe), pejorativ für Deutscher; A.d.Ü.

Ersatzstoffe. Der Ersatz schlechthin war das sogenannte „Kriegsbrot“, das aus Gersten-, Roggen- oder Kartoffelmehl bestand sowie aus gemahlener Eichel, Sägespänen und Rüben oder gar Gips, Kalk und Sand. Vielfach war dieses Kriegsbrot nicht essbar, weil sich darin Glassplitter, Zigarettensummel oder auch Nägel fanden. Das schwere und klumpige Brot ruinierte die Verdauung, „brannte und lag im Magen wie ein Stein“, erinnerte sich ein Einwohner von Hohensalza. Zur Vermeidung von Komplikationen rieten Ärzte, dieses Brot nicht mit Wasser zu verzehren. Bei Kriegsende hatte das im preußischen Teilungsgebiet angebotene Brot nur noch einen Mehanteil von 17 Prozent, das Kartoffelmehl nicht gerechnet. Die Bäcker verdienten allerdings gut daran, und zwar nicht nur im preußischen Teilungsgebiet, weil sie mehr Ersatzstoffe in das Brot buken als zulässig, während das eingesparte Mehl zu schmackhaftem Brot für den Schwarzmarkt verbacken wurde. Selbst die Austräger und das Aufsichtspersonal verdienten daran, indem sie Teile des Mehls für sich abzweigten. Deshalb wurden die Bäckereien ständig kontrolliert, aber auch die Kontrolleure ließen sich leicht bestechen. Das Brot wurde meist ohne Butter oder Schmalz genossen, weil diese nur noch auf dem Schwarzmarkt erhältlich waren. Ersatzweise bestrich man das Brot mit Marmelade aus Futter- oder Speiserüben.

Besonders im preußischen Teilungsgebiet wurde diese Marmelade zum Kennzeichen des Kriegsalltags und ging in die zeitgenössische Literatur und Volksdichtung ein, so etwa in das Posener „Lied von der Marmelade“:

<i>Stało się wczoraj w obiadową godzinę</i>	Gestern geschah zur Mittagszeit
<i>Słuchajcie ludzie ową nowinę</i>	Leute, so höret die Neuigkeit
<i>Przy Starym Rynku widać gromadę</i>	Beim Altmarkt Gerauf unter Leuten
<i>Biją się ludzie o marmoladę</i>	Um Marmelade zu erbeuten
<i>I tutaj każdy używa rady</i>	Und kein Mittel ist zu schlecht
<i>By można się docisnąć i dostać marmolady.</i>	Solang's nur Marmelade brächt.

Die Versorgung war also im Schnitt sehr viel schlechter als vor dem Krieg. Allerdings hing es von Zeitpunkt, Ort und Vermögen ab, wie es im Einzelfall in einem Haushalt zuging; Verallgemeinerungen sind unzulässig. Auf dem Land war die Versorgungslage in den einzelnen Teilungsgebieten und in Abhängigkeit vom jeweiligen Hof durchaus unterschiedlich. Im Allgemeinen konnten Familien auf dem Lande durch die eigene Produktion die Kriegsjahre besser überstehen. Daher kehrten Industriearbeiter nach dem Verlust ihrer Arbeit bereitwillig zu ihren Familien auf das Land zurück.

Die Obrigkeit riet zum Rückgriff auf Naturprodukte: „Wegen des gegenwärtigen Mangels an Lebensmitteln ist es für die Ernährung der Bevölkerung ungemein wichtig, bis zur kommenden Ernte möglichst alle Nahrungsmittel heranzuziehen, die uns die Pflanzenwelt zur Verfügung stellt. Es sei in Erinnerung gerufen, dass junger Klee [...] ein hervorragendes und nährendes Gemüse in der Art von Spinat ist, dessen Genuss der Gesundheit in keiner Weise schadet und keinerlei schädliche Nachwirkungen hat“, hieß es in einem Rundschreiben des k.u.k. Landeswirtschaftsamts vom 15. Mai 1917. Die Obrigkeit pries Krähenfleisch als geschmacklich auf einer Höhe mit Taubenbraten an und riet, es mit einer Beilage aus Hopfen und Brennnessel zu servieren. Eine weitere Empfehlung war, Tee aus getrockneten Brombeerblättern zu brühen. Eine kulinarische Innovation der Zeit waren Schneckenkonserven; öffnete man sie, entwich ihnen „mit großem Druck ein übelriechendes Gas“. Wojciech Paliwodas schlesische Großmutter erinnerte sich: „Wenn sie schon Schulkindern auftragen, Brennnesseln und Obstkerne zu sammeln, dann muss es sehr schlecht stehen.“ Pferde und Vieh waren mit Quecken, Moos und Flechten zu füttern, den Tieren eigentlich schwer bekömmliche Kastanien zu sammeln und dem Futter beizumischen. Daneben wurde aus Kastanien Stärke gewonnen.

Die Ersatzstoffe und Naturprodukte stellten den Speiseplan auf den Kopf. Die traditionelle Küche wich einer Kriegsküche, in deren Genuss allerdings nicht alle gleichermaßen und zur selben Zeit kamen. „Getrockneter Fisch, der vierzig Stunden eingelegt wurde, um ihn genießbar zu machen; schwammartiger, weißlicher Klops aus Kuheuter; Möhrenkuchen; Apfelfriegeltee“, so beschrieb die satirische Presse ein typisches Kriegsmenü des polnischen Durchschnittshaushalts.

In den Teilungs- und Besatzungsgebieten wurden Broschüren und Flugblätter zur Ernährung und zum sparsamen Umgang mit Lebensmitteln in Umlauf gebracht. Mediziner bemühten sich um kriegsgemäße Ernährungsstandards. In Deutschland erschienen zahlreiche „Kriegskochbücher“, die darüber belehrten, wie Fleisch-, Suppen- und Gemüsereste zu verwenden seien, um nichts zu vergeuden. Darin enthalten waren neue Rezepte für Brot oder Kuchen aus Ersatzprodukten. In Galizien wurde das Ostereiermalen verboten, um keine Eier zu verschwenden. Kleingärten, Ziegen- und Kaninchenzucht wurden angepriesen. In preußischen Schulen stand Kleintierzucht auf dem Stundenplan. In Handel und Gastronomie waren fleischlose Tage verordnet; aus Mangel an Fleisch und Räucherwaren wurden manche Gaststätten gleich ganz geschlossen. 1917 waren im preußischen Teilungsgebiet zwei Tage in der Woche fleischlos, 1918 schon ganze Wochen. Auch in Galizien und Kongresspolen wurden fleischlose Tage eingeführt. Außer dem traditionellen Freitag waren dies meist der Montag oder Mittwoch.



Kommunale Behörden wie die Versorgungskommissionen kauften auf dem Land Agrarprodukte auf, um sie in städtischen Läden zu verkaufen. Eine Behelfsmaßnahme war der Erwerb von lebenden Rindern und Schweinen, die in den Parks und auf städtischen Weiden gehalten wurden. Post- und Bahnarbeiter gründeten Lebensmittelgenossenschaften, die Produktion und Verteilung unter den Mitgliedern organisierten. Einige Städte erlangten von der Statthalterschaft die Erlaubnis, Lebensmittel zu Schwarzmarktpreisen auf- und zu den offiziellen Preisen weiterzuverkaufen. Diese Praxis stand selbstverständlich im Widerspruch zur Bekämpfung des Schwarzhandels. Arbeitgeber gaben ihren Belegschaften zusätzliche Lebensmitteldeputate und sorgten für eine Verbesserung des Arbeitsschutzes; das galt aber überwiegend nur für staatliche Einrichtungen und größere Fabriken. Aleksandra Szczerbińska, die 1917 in einer Gemüsetrocknerei im Warschauer Stadtteil Praga arbeitete, kam nicht in den Genuss derartiger Wohltaten: „Das Essen war jämmerlich: Suppe, Brei und ein elendes Brot, das sich kaum herunterwürgen ließ. Ich aß in Kantinen, weil ich kein Brennmaterial hatte, um zuhause zu kochen. Butter oder anderes Fett war um keinen Preis zu bekommen. Mehl hatten die Läden auch nicht.“

Die Lebensmittelversorgung war in den Familien wichtigster Gesprächsgegenstand. „Von Politik kein Wort [...], jeder denkt nur daran, im Winter nicht Hungers zu sterben“, hieß es in einem Bericht aus Opoczno vom Oktober 1915. In der Folgezeit richtete sich der Hunger auf Dauer in den polnischen Gebieten ein, immer mehr Menschen verhungerten. „Über Warschaus Straßen schleppen sich gekrümmte Gestalten, blass, gelb, mit tief eingefallenen Augen, erbarmungswürdige Gestalten, denn sie leiden wirklich Hunger“, schrieb die Presse. Besonders Hunger und Elend der Kinder waren dramatisch. Selbst bei diesen gab es aus lauter Verzweiflung Fälle von Suizid. „Tägliche Selbstmorde aus Not. Das Hungerelend bei den Kindern nimmt zu“, berichtete der Politiker und Ökonom Stanisław Karpiński. Ähnlich notierte Maria Górska im März 1916: „[...] täglich bringen sie Dutzende von Hunger Aufgeblähte und Bewusstlose in die Spitäler; und was erst in den Souterrains und auf den Dachböden vor sich geht.“ Im preußischen Teilungsgebiet gab es zwar ähnliche Probleme, doch kam es dort dank strenger staatlicher Maßnahmen zumindest zu keinen Todesfällen durch Hunger. Ärzte behaupteten sogar, das Hungern komme dem Organismus zugute, weil es den Körper von schädlichem Fett befreie. Manche Angehörige der schreibenden Zunft verfielen auf originelle Ideen zum Stillen des Hungers. Der *Dziennik Poznański* (Posener Tageblatt) schrieb 1917, das Hungergefühl lasse sich eine Zeit lang durch „starke seelische Eindrücke, gehobene Stimmung und angeregte geistige Arbeit“ unterdrücken.

## 4 Heizung und Beleuchtung

Die Brennstoffknappheit setzte bereits bei Kriegsbeginn ein, als das zur Versorgung Kongresspolens benötigte Dąbrowa-Revier von den Deutschen besetzt wurde, während für Galizien das Erdölrevier von Boryslav durch weitgehende Zerstörung ausfiel. Weil alle von einer kurzen Kriegsdauer ausgegangen waren, hatten die kriegführenden Mächte keine großen Vorräte angelegt. Auch im preußischen Teilungsgebiet wurde die Brennstoffversorgung der Bevölkerung in den folgenden Kriegsjahren immer schwieriger, obwohl die schlesischen Steinkohlebergwerke in Betrieb blieben. Bei den Behörden gingen immer mehr Beschwerden über Kohlemangel ein. Die Lage war in Kongresspolen am schlimmsten. Der Kohleverbrauch hatte dort 1913 bei 256 kg pro Person gelegen, 1918 betrug er 46 kg. Die Preise für Kohle und Kohlegrus schossen in die Höhe, ebenso diejenigen für Brennholz. Die Armee wurde bevorzugt versorgt, während die Kohle- und Erdölproduktion durch Zerstörungen und Einberufung eines Teils der Bergleute zurückging. Auch die Verkehrsverbindungen waren nicht mehr zuverlässig. Die Eisenbahnen konnten nicht mehr für zivile Zwecke genutzt werden, weil sie von Militärtransporten in Beschlag genommen waren. Soweit noch Kohlevorräte vorhanden waren, konnten sie oft nicht mehr über weite Entfernungen transportiert werden. Über kurze Entfernungen übernahmen Fuhrwerke die Aufgabe.

Weil nicht geheizt werden konnte und auch nicht ausreichend Winterkleidung zur Verfügung stand, erkrankten die Menschen leicht. Aus reinem Selbsterhaltungstrieb begannen die Leute in den Städten, des Nachts Bretter aus den Zäunen zu brechen oder Parkbäume umzusägen. „Mehr und mehr Zaunholz verschwindet, um Feuer zu machen. Aus den zerschossenen Häusern werden die Bauhölzer geholt“, hielt ein Tagebuch fest. Wenn es besonders schwierig wurde, fingen die Leute an, ihr Möbel zu verheizen. Da keine Kohle mehr zu bekommen war, kaufte man Grus oder Briketts zu überhöhten Preisen. In der Nachbarschaft von Mooren wurde auch mit Torf geheizt. In der Wohnung wurde höchstens eine Stube beheizt, was von den Behörden angeraten wurde. Im Speiseplan wurden warm zuzubereitende Gerichte eingespart.

Im preußischen Teilungsgebiet wurden den Winter über etliche Ämter, Theater und Schulen geschlossen sowie Schulklassen zusammengelegt. Zur Einsparung von Elektrizität und Gas wurde die Sommerzeit eingeführt, die zudem einen längeren Arbeitstag ermöglichen sollte. Ähnliche Maßnahmen wurden auch in den anderen Teilungsgebieten getroffen. „Die Kälte ist schrecklich, statt des Frühlings schaut der Frost zu den Fenstern herein [...]. Die Menschen plagen sich sehr. Im Büro gibt es keinen Koks, also wird nicht geheizt; die Temperatur beträgt fünf Grad, wir sitzen in Mantel

und Handschuhen da, durchgefroren bis auf die Knochen“, schrieb Janina Gajewska aus Warschau.

Auf dem Land waren die Probleme nicht so schwerwiegend wie in der Stadt, weil abgesehen vom preußischen Teilungsgebiet die Bauern fast ausschließlich mit Holz heizten. Sie schlugen immer mehr Holz in den Staatsforsten oder Herrenwäldern ein, auch wenn dafür schwere Strafen drohten. Sie fällten Gemeindehaine und Alleebäume und sammelten Reisig. Dies hatten schon Generationen von Bauern so gehalten, sodass es nicht als moralisch anstößig galt; die Erfahrungen gingen viele Generationen zurück, wie die Herrenwälder ungestraft zu nutzen waren. Große Probleme mit dem Heizmaterial traten dagegen in den Wirtschaften der Großgrundbesitzer und bei den Großbauern im preußischen Teilungsgebiet auf; diese hatten die Heizung längst auf Kohle oder Öl umgestellt. Den Gutsbesitzern fehlten darüber hinaus die Pferde, um das Holz aus den Wäldern zu holen.

Ein weiteres Problem war der Mangel an Beleuchtungsmitteln, denn aus Austeritätsgründen oder wegen Brennstoffmangels arbeiteten die städtischen Gas- und Stromwerke nicht mehr mit voller Kapazität. Darüber hinaus fehlte es an Lampenöl und Talgkerzen. Ab 1915 war es in Kongresspolen verboten, Grablichter zu Allerheiligen und Allerseelen zu entzünden, und in Galizien durfte 1916 nur noch eine Kerze pro Person und Woche erworben werden, im Sommer ein, im Winter zwei Liter Petroleum pro Person und Woche. Auch zu diesem Zweck wurden Ersatzstoffe erprobt, zum Beispiel Fettkerzen. Selbst die Stadtbehörden hatten Probleme, ihre Beleuchtung zu unterhalten. Es wurde zur Regel, dass öffentliche Beleuchtungen nachts ausblieben oder nur noch in bestimmten zentralen Straßen zu bestimmten Stunden brannten. „An den Abenden ist es dunkel, weil es kein Lampenpetroleum gibt; die Wohnungsfenster bleiben schwarz“, hieß es in einem Bericht.

Jeweils von Herbstanfang bis zum Frühling blieb die Kälte das bestimmende Thema des Kriegs. „Ach, wie ist es doch abgrundtief traurig. Ich sitze im Pelz da und zittere, eine einzige Kerze für 25 Kopeken gibt mir Licht“, trug die Schriftstellerin Zofia Nałkowska unter dem 11. Oktober 1915 in ihr Tagebuch ein. Auch der Mangel an warmer Kleidung machte sich bemerkbar. Was aus der Vorkriegszeit übrig war, verschliss sich nach und nach, neue Kleidung war in den Läden nicht zu kaufen, ganz zu schweigen von Winterschuhen. Konfektionskleidung, warme Unterwäsche und Schuhe wurden nur noch in Kleinstmengen hergestellt, sodass sie selbst auf dem Schwarzmarkt kaum noch und nur zu astronomischen Preisen zu bekommen waren. Wegen des Ledermangels wurden Holzschuhe produziert. Für Schuhmacher wurden Kurse veranstaltet, wie aus Ersatzstoffen Sohlen zu fertigen seien. Die Behörden ließen in der Presse inserieren, wie Wäsche gut

und preiswert ohne Seife zu waschen sei, weil es auch davon viel zu wenig gab; die Folgen für Hygiene und Gesundheit sind nachvollziehbar.

## 5 Schwarzmarkt

Da die Versorgung durch den Staat versagte, blieb immer noch der freie Handel, sprich der Schwarzmarkt. Woher stammte, was auf dem Schwarzmarkt verkauft wurde, war nicht immer ganz klar. Auf dem Schwarzmarkt war praktisch so gut wie alles zu kaufen, sogar Kolonialwaren, nur eben zu entsprechend hohen Preisen. Weil die im Kartensystem zugeteilte Warenmenge niemals ausreichte, lag offiziell der Handel darnieder, während er inoffiziell erst richtig aufblühte. Während die legal erzielten Umsätze im Krieg auf drei Viertel bis zwei Drittel der Vorkriegszeit sanken, stiegen die auf dem Schwarzmarkt; der Handel verlagerte sich also in erheblichem Maße auf die Markt- und Tauschplätze. Während des Kriegs stiegen die offiziellen Höchstpreise für Lebensmittel in Galizien und Kongresspolen um 300 bis 500 Prozent, die auf dem Schwarzmarkt dagegen um 1000 bis 2000 Prozent. Auch im preußischen Teilungsgebiet gab es Preisanstiege, die jedoch geringer ausfielen. Gleichwohl blühte auch dort der Schwarzhandel. Spekulation wurde auch in den Geschäften und selbst in Kaufhäusern betrieben. Eines der größten Kaufhäuser von Graudenz war vom 10. April bis 16. Juli 1918 geschlossen, weil es im Mittelpunkt einer strafrechtlichen Untersuchung stand. Als es wiedereröffnete, wurde es von einer solchen Menge von Kunden belagert, dass die Polizei zum Schutz des Personals einschreiten musste. Obwohl die preußischen Strafkammern für Spekulation hohe Strafen zwischen 2000 und 12.000 Reichsmark verhängten, blühte der Wucherhandel immer weiter.

Ein Teil der Waren war, was den Bauern nach Abgabe der Kontributionen übrig blieb, ein anderer Teil wurde von vornherein illegal produziert, beispielsweise Schweinefleisch. Angehörige der Militärintendanturen verkauften Lebensmittel an Händler. Gegen Kriegsende wurde es zur verbreiteten Unsitte, Lebensmittel aus Militärmagazinen zu entfernen, die angeblich verdorben oder aufgebraucht waren. Auch Kleidung und Wäsche, Heizmaterial, Viehfutter, Schuhe und Ledergürtel aus Militärbeständen gelangten auf den Schwarzmarkt. Eine weitere Bezugsquelle war der illegale Import, sprich der Schmuggel aus dem Ausland.

Die Spekulanten selbst legten die Preise auf dem Schwarzmarkt fest; sie wurden von ganzen Heerscharen von Schiebern (poln. *paskarze*) unterstützt. Die Spekulanten trieben die Preise in die Höhe, indem sie Gerüchte von eigens dazu angeheuerten Leuten verbreiten ließen. Ging erst das Gerücht um, eine begehrte Ware werde in Kürze ausgehen, gerieten die Leute in Panik, und die Preise stiegen; ähnlich funktionierten Gerüchte

über bevorstehende Niederlagen. Solche Gerüchte liefen überall um. Ende 1916 verbreitete sich im preußischen Teilungsgebiet das von Spekulanten gestreute Gerücht, die Behörden würden die Zigarren konfiszieren, was die Preise auf das Doppelte steigen ließ. Auch an Währungskursdifferenzen und Schwarzverkauf von Valuta wurde gut verdient. „Es herrschte Armut – jetzt herrscht Not; es gab eine Teuerung – jetzt werden die Preise offenbar von Teufeln festgesetzt“, notierte der Publizist und Schriftsteller Cezary Jellenta.

Die Teilungs- und Besatzungsmächte führten einen langen und vergeblichen Kampf gegen die Spekulation. Wer sich erwischen ließ, wurde verhaftet und bestraft. Für den sogenannten Lebensmittelwucher wurden harte Strafen verhängt, ebenso für das illegale Horten von Waren und ihren Verkauf abseits des legalen Marktes. Außerhalb des preußischen Teilungsgebiets betätigten sich insbesondere die Juden als Spekulanten und Schieber; von den Verhafteten waren je nach Ort und Region 80 bis 90 Prozent Juden.<sup>36</sup> Auch wenn Razzien gegen Spekulanten unternommen und ihre Waren konfisziert wurden, blieben sie meist ungestraft. Schwarzhandel und Spekulation nahmen derartige Ausmaße an, dass die Behörden dagegen kein Mittel mehr wussten. Indem sich der Krieg in die Länge zog und die Probleme des offiziellen Marktes wuchsen, wurden Spekulanten und Käufer füreinander immer unentbehrlicher; letztere wurden zu Mitwissern und -tätern. Konstante Verschärfungen der Strafen und wiederholte Strafandrohungen zeigten nur die Hilflosigkeit des Staates. Gegen Kriegsende wurde für das Horten und den illegalen Verkauf von Lebensmitteln sowie Spekulation im Deutschen Reich die Todesstrafe angedroht; dennoch waren immer noch genügend Menschen bereit, das Risiko einzugehen, weil die Verlockung exorbitanter Gewinne einfach zu groß war.

Auch die Genossenschaften sollten ein Mittel im Kampf gegen die Spekulation sein, doch wegen geringer Alphabetisierung, Armut, Marasmus und allgemeinen Misstrauens wurde in Galizien und Kongresspolen nicht viel in dieser Richtung erreicht. Gleichwohl gelang es, an einigen Orten Genossenschaften zu organisieren, was dann besonders publik gemacht wurde. Im Dezember 1915 verkündete der Arbeitergenossenschaftsverein von Pabianice „Związkowiec“ (Genossenschaftler): „Unser Verein entstand zum Kampf gegen den Lebensmittelwucher, gegen die größte Plage unserer Zeit, die weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung ins Elend stürzt.“ Die Genossenschaftsläden boten bessere Ware zu niedrigeren Preisen und waren

---

36 Was natürlich noch nicht einen entsprechenden Anteil von Juden am Schwarzhandel belegt, sondern nur eine entsprechende Befangenheit der die Razzien durchführenden Polizeibeamten; A.d.Ü.

Schulen solidarischen Verhaltens und guter Organisation. Einige dieser Initiativen überdauerten bis in die Zeit der Unabhängigkeit.

Der neureiche Spekulant und Kriegsgewinnler wurde zum Inbegriff des sozialen und moralischen Verfalls. Er war ein beliebtes Thema des Feuilletons, des Kabarett und der Satire. Er wurde verflucht und war verhasst. Und doch hätte ohne ihn kaum jemand die schweren Zeiten überstehen können. Der Herbst 1918 galt als Blütezeit des Schiebertums. Damals wurde der Schieber zum Gegenstand satirischer Texte wie etwa des Gedichts „Sen paskarza“ (Der Traum des Schiebers):

<i>Raz się paskarzowi śniło</i>	Einmal träumte es dem Schieber –
<i>Bardzo miło, że się kurz zamienił w</i>	Ach wie nett – Staub in Mehl
<i>mąkę,</i>	verwandelt,
<i>A podwórze jego w łąkę</i>	Beim Hinterhof es sich um eine
	Wiese handelt,
<i>A na łące w tej kąkole</i>	Und auf der Wiese in diesem Kraut
<i>Na żyto w stodole.</i>	Ist schon der Roggen angebaut.
<i>Kamienie zamieniły się w buraki,</i>	Zu Rüben wurden Steine,
<i>Piasek znowu w cukier biały,</i>	Weißer Zucker aus dem Sand,
<i>Pchły się zamieniły w raki,</i>	Aus Flöhen wurden Krebse kleine,
<i>A z karalucha,</i>	Und aus der Kakerlake gar,
<i>Co duży był jak mucha,</i>	Die groß wie eine Fliege war,
<i>Stał się cielak mały.</i>	Ein kleines Kälbchen wohl entstand.
<i>Meble zmieniły się w żrebaki</i>	Aus den Möbeln junge Rosse,
<i>A lampa w powóz – jako taki!</i>	Aus der Lampe die Karosse!
<i>Gdy paskarz tak sobie jedzie,</i>	Wie der Schieber seines Weges fährt,
<i>Ocknął się ze snu – obraz ginie!</i>	Wacht er auf – das Bild verflogen!
<i>I paskarz zamienił się w świnię.</i>	Und der Schieber ward zum Schwein
	im Koben.

Ohne den Schmuggel über Staatsgrenzen hätten dem Schwarzmarkt wesentliche Handelswaren gefehlt. Der Schmuggel war für viele die letzte Ausflucht vor den ständigen Zumutungen der Besatzungsmacht. Während des Kriegs wurde er zu einem regelrechten und weitverzweigten Gewerbe. Es bildeten sich durchorganisierte, spezialisierte kriminelle Banden. „Die Schmuggler decken sich hier ein“, schrieb Maria Dąbrowska über die Kaliszzer Gegend. Der Schmuggel aus dem GGL und Ober Ost in das GGW blühte, weil dort höhere Preise zu erzielen waren. Aus demselben Grund wurden Waren aus Galizien nach Böhmen oder Österreich verbracht, was

die Versorgungslage in Galizien noch weiter verschlechterte. Den Schmugglern wurde es leicht gemacht, weil die Grenzen durchlässig und Beamte bestechlich waren. Selbst die Polizei und Gendarmerie ließen sich korrumpieren. Beamte verhinderten den Schmuggel nicht, weil sie sich selbst an Mangelwaren schadlos hielten, die sie paketweise an die Familie schickten.

Der umfangreichste Schmuggel geschah vom Dorf in die Stadt. Die Ware wurde auf Fuhrwerken und Fahrrädern bewegt. Die Eisenbahn war dazu eher ungeeignet, weil es viel Lauferei und Geld brauchte, um einen Fahrschein zu bekommen. Getreide wurde zur Sicherheit nur korbweise geschmuggelt und mit Hausmühlen gemahlen. Gegen Kriegsende ging die größte Gefahr für die Schmuggler nicht mehr von den Justizbehörden aus, sondern von Banditen, die Schmuggler beraubten. Die Gewalt auf den Wegen nahm solche Ausmaße an, dass im GGW eine Kommission zur Bekämpfung des Bandenunwesens eingerichtet wurde; denn dieses erschwerte der Verwaltung die Arbeit und gab überdies die Besatzungsmacht der Lächerlichkeit preis.

Der Schwarzmarkt erleichterte nur dem das Leben, der sich die überhöhten Preise leisten konnte. Für die Mehrheit der Stadtbewohner verschlechterte sich die Lebensqualität beträchtlich. Auch viele Angehörige der akademischen Berufe konnten sich den Schwarzmarkt nicht leisten, noch dazu waren sie auf den täglichen Überlebenskampf meist am schlechtesten vorbereitet. „Abgesehen vom Kriegsgeschehen, drehen sich die Gespräche fast ständig um Vorräte und Möglichkeiten, an etwas Essbares zu gelangen. Die seriösesten Leute sind sich für solche Gespräche nicht zu schade, und auf der Straße ist so manche Professorengattin zu sehen, wie sie einen Leiterwagen hinter sich herzieht, oder ein Herr Professor, der eine Milchkanne schleppt“, hieß es im Herbst 1914 aus Krakau. Selbst in den Hotelgaststätten sank der Kaloriengehalt der Mahlzeiten.

Nicht alle erlitten einen Einbruch ihres Lebensstandards. Eine durchaus beträchtliche Minderheit verdiente am Krieg. Es profitierten die Gerissenen und die Rücksichtslosen. Der Spekulant war die Personifizierung der vom Krieg hervorgebrachten Chancen und Pathologien. „Banausenhafte Schieber wurden an die Oberfläche geschwemmt, die dadurch auffielen, dass sie inmitten der Not ein Leben in Saus und Braus führten“, schrieb der Warschauer Marian Kurman. Diebe verdienten am Krieg, Angehörige der Halbwelt, Inhaber von Staatsmonopolen, Kaufleute und manche Bauern und Gutsbesitzer. Im Karneval ließ sich in Warschau gut erkennen, wer zu den Neureichen gehörte. „Die Hauptstadt tanzte“, war eine gängige Beobachtung. Die Salons belebten sich. Die Zeitungen berichteten über sich anbahnende Verlöbnisse und Ehen. Manches Pressorgan brachte seinen Widerwillen angesichts des falschen Flitters und der Zurschaustellung von Reichtum im Kontrast zu Armut und Verzweiflung zum Ausdruck. „Es gibt viele, die der Krieg gemästet hat. Solche Orgien, wie sie sich in der



Silvesternacht abgespielt haben, sind wahnwitzig und lasterhaft. Über die Köpfe Flaschen schleudern, Frauen mit Servietten bewerfen, den Begleiterinnen die Pantoffelchen ausziehen, um sie jemanden an einem Tisch weit weg auf den Teller zu werfen, das Konfetti mit vollen Händen werfen und schließlich noch mit dem Revolver Vivat schießen“, schrieb der *Kurier Warszawski* (Warschauer Kurier) am 2. Januar 1918 über das wenig gesellschaftsfähige Verhalten der Nouveaux Riches. Ähnliche Szenen spielten sich in Lublin ab, wo sich die alten Eliten und die Parvenüs gemeinsam amüsierten, als ob sie dem Krieg ein Schnippchen schlagen wollten. „Das Gesellschaftsleben blühte auf. Lublin – hier wurden die größten Schlager der Saison gespielt. Weder vorher noch nachher gab es ein Leben wie unter der österreichischen Besatzung. Das Leben lief auf vollen Touren, die Leute hatten ihren Spaß und ließen es sich gut gehen“, lautete eine Notiz von 1917. Zum Leidwesen der Honoratioren war es in der Provinz nicht anders. „Frühstück mit Wein, Porter, Sliwowitz, gebratenem Schinken und Konfitüren, dazu kalter Imbiss. So als ob kein Krieg wäre“, notierte Pater Józef Rokoszny 1916.

Kriegsgewinnler kauften auf Ausstellungen ganze Sammlungen an Kunstwerken, Fayencen und Kristallen zusammen. Landgüter und Wälder wechselten den Besitzer. Die Nouveaux Riches waren oft gesehene Gäste in den teuren Restaurants und Cafés, die an Zahl tatsächlich noch zunahmen und denen die Besucher nicht ausgingen. Kinos und Theater waren in Betrieb, es liefen die neusten Erfolgsfilme. „Das arme, hungrige, in Streikchaos versinkende Warschau liebt die Oper, das Große Theater, Gounods ‚Romeo und Julia‘“, meldete die Warschauer Presse am 20. Januar 1918. Ludwik Solski kam 1917 nach Warschau, übernahm das Polnische Theater und fand ein begeistertes Publikum. Pola Negri trat mit einer lebenden Schlange auf und machte Sensation. Die Inszenierung von Moniuszkos Oper „Halka“ im Großen Theater erfreute sich anhaltender Beliebtheit. In den hauptstädtischen und Provinztheatern standen „Betlejem Polskie“ (Das polnische Bethlehem) von Lucjan Rydel und „Judas z Kariothu“ (Judas Iskariot) von Karol Hubert Rostworowski regelmäßig auf dem Spielplan. Die Presse hielt dem Theaterpublikum seine Vergnügungssucht in schweren Zeiten vor; daher wurden Theater- und Opernaufführungen gern mit karitativen Zwecken verbunden. Auch Tanz- und Karnevalsveranstaltungen, Feste und Bälle wurden gern auf diese Weise bemäntelt, weil es so von der Öffentlichkeit erwartet wurde.

Das vermögende und gebildete Publikum fühlte sich mehr noch zu aller Art Okkultismus und Spiritismus hingezogen. Offenbar förderten Krieg und unsichere Zukunft solche Neigungen. Die prominentesten Wahrsagerinnen und Wahrsager erfreuten sich der Akzeptanz der besseren Gesellschaft und konnten nicht über Klientenmangel klagen.

Ein Blick in die Klein- und Werbeanzeigen lehrt, dass es einen Markt für Luxusartikel gab und das Interesse für Kosmetik, Parfum, Schmuck und Körperpflege gegenüber der Vorkriegszeit nicht nachgelassen hatte. „Die ideale Büste, zu erreichen einzig durch das vielfach erfolgreich erprobte Präparat Hyperin. Sichtbarer Erfolg bereits nach vierzehn Tagen“, lautete eine Reklame von 1918. Mithin ließen sich nicht alle in gleicher Weise von den Sorgen des Alltags bedrücken. Doch mussten selbst Bankiers und Aristokraten Einkommensverluste hinnehmen und sich mit Problemen befassen, die ihnen zuvor ganz unbekannt gewesen waren. In den besseren Kreisen haftete zur Schau gestelltem Reichtum ein Hautgout an, wenn ringsum alles im Elend versank. Daher galt Selbstbeschränkung als besondere Tugend. Nur die Parvenüs ließen sich von solchen Bedenken nicht am Genuss ihres Wohlstands hindern.

## 6 Demoralisierung

Der Krieg untergrub traditionelle soziokulturelle Normen und Beziehungen. „Das Böse nimmt solche Ausmaße an, dass sich Menschen ernsthaft Gedanken über die Zukunft der Gesellschaft zu machen beginnen“, schrieb der *Czas* (Die Zeit) 1916. Moralische Hemmschwellen sanken, allenthalben machten sich soziale Verfallserscheinungen bemerkbar. Ehen und Familien zerfielen. Die Autorität der älteren Generation galt nicht mehr. Sexuelle Aktivität von Jugendlichen und außereheliche Affären nahmen zu. Während 1912 in kongresspolnischen Landgemeinden auf einhundert Geburten 1,7 nicht eheliche Kinder gekommen waren, waren es 1916 bereits 2,6 und 1918 2,8; in den Städten lagen die Vergleichszahlen bei 4,6 im Jahr 1912 sowie 6,0 im Jahr 1918. Auch der Alkohol- und Tabakkonsum von Jugendlichen stieg. Einige Städte verboten, Alkohol und Tabak an Jugendliche zu verkaufen. Schulunterricht galt nicht mehr unbedingt als obligatorisch, wochenlanges Schwänzen war verbreitet. Die Schulaufsicht versagte völlig. 1917 wurden in Galizien Strafen für das Blaumachen eingeführt, die aber praktisch kaum anwendbar waren. Zusätzlich wurden strenge Strafen für deviantes Verhalten von Schülern angekündigt.

Mütter mussten eine Arbeit aufnehmen und konnten sich nicht mehr um ihre Kinder kümmern, während die Väter an der Front waren und ohnehin keinen Einfluss auf die Erziehung mehr hatten. Solche Kinder waren also sich selbst überlassen oder wurden von den Großeltern betreut, die aber nicht über die elterliche Autorität verfügten. So blieben die Kinder auf sich gestellt. Die älteren Kinder vermittelten den jüngeren ihre sehr eigenen Vorstellungen von Gesetz und Moral. „Die junge Generation übt sich im Kartenspiel oder im Anknüpfen von Liebschaften“, klagte ein galizischer

Mittelschullehrer. „Die Familie ist keine Erziehungsinstanz mehr“, schrieb die *Gazeta Gdańska* (Danziger Zeitung) 1918.

Zwangsläufig stieg bei den Jugendlichen die Kriminalität; Ladendiebstähle und Raubüberfälle waren an der Tagesordnung. Dabei wollten die Kinder meist nur der Familie den Lebensunterhalt sichern. In den Großstadtvororten grassierten Jugendbanden, die am hellichten Tag Passanten überfielen oder Läden ausraubten. Im Vergleich zur Vorkriegszeit stieg die Jugendkriminalität um 30 bis 50 Prozent. Davon war auch das preußische Teilungsgebiet betroffen, das sich in der Vorkriegszeit noch durch die niedrigsten Kriminalitätsraten ausgezeichnet hatte. Auch dort war Privateigentum nicht länger heilig. Der Staat schien mit seinen Konfiskationen dafür selbst das Vorbild zu liefern. Infolgedessen stieg die Zahl der Einbrüche und Diebstähle. „[Wir leben in] Zeiten ungezügelter Sitten und Moral, bei enorm häufigen Diebstählen, in völliger Scham- und Skrupellosigkeit, wenn das Proletariat aus den Wohnungen von Flüchtlingen alles mitnimmt, ohne das als Diebstahl anzusehen. Väter und Mütter stehlen gemeinsam mit ihren Kindern. [...] alle bleiben völlig gleichgültig, was nichts anderes ist, als das Böse zu tolerieren“, kommentierte ein Tagebuch für Kongresspolen. Zeitungen, Erinnerungen von Zeitzeugen und Berichte sind voller solcher Beobachtungen; sie belegen das Ausmaß der durch den Krieg hervorgerufenen oder zumindest verschärften sozialen Probleme.

Philanthropische Betätigung fand keineswegs allgemeine Zustimmung, denn mancher hielt sie für fehlgeleitet und meinte, sie fördere nur die allgemeine Demoralisierung. Beispielsweise unterstütze kostenlose Essenausgabe nur Faulenzerei und Missbrauch. Darüber hinaus würden Leute das Essen gar nicht brauchen, sondern es an die Schweine verfüttern. Solche keineswegs vereinzelt Meinungen bewirkten, dass karitative Hilfe oft nur noch gegen Teilbezahlung oder Arbeitsleistungen gewährt wurde.

Die wachsende Menge der Bettler schockierte irgendwann niemanden mehr, selbst wenn viele davon noch Kinder waren. „Auf der [...] Hauptstraße von Lodz ist viel Not anzutreffen. Eine große Anzahl kleiner, ausgemergelter Kinder verkauft Zeitungen, Streichhölzer und Zigaretten oder bettelt“, notierte Jan Hupka im März 1915. Halbwüchsige konnten zumindest dann noch schockieren, wenn sie als Bordellanreißer die Männer auf der Straße ansprachen und von der Polizei verjagt wurden. Die Bordelle waren polizeilicher und hygienepolizeilicher Kontrolle unterworfen, doch der Kampf gegen die Unzucht war aussichtslos, weil er gegen eine wohlorganisierte Armee von Zuhältern zu führen war. Ein neues, wenn auch sporadisches Phänomen waren an Frauen gerichtete Zeitungsanzeigen für intime Kontakte: „Ich empfehle mich Frauen, deren Männer krank, verweist oder im Krieg sind. Jungen Frauen ist völlige Folgenlosigkeit garantiert. Eine Postkarte reicht aus – ich komme ins Haus. Eigenes System. Viele

schriftliche Danksagungen.“ Die Presse kommentierte, ein „lüsterner Bursche“ biete hier seine Dienste „nicht ausreichend liebkosten Ehefrauen und Strohwitwen“ an.

„Die Leute übertrieben es damit, vorzusorgen und möglichst große Vorräte anzulegen, sie fanden es nicht würdelos, einander zu belügen und zu betrügen. Im Umgang der Menschen miteinander war etwas in Unordnung geraten; sie waren von Gier besessen, die sich durch Misstrauen verschlimmerte, und die Gesellschaft machte einen traurigen Eindruck, so als ob sie von Freund und Feind gefangengehalten sei“, schrieb Łucja Honowska, geborene Dunin-Borkowska. Auch das Dorf blieb von dieser Entwicklung nicht verschont, von PSL-Politikern wie Wincenty Witos nicht unbemerkt. Einer seiner Parteigenossen, Franciszek Magryś aus Galizien, schrieb 1917: „Die Jugend benimmt sich zusehends unanständig, zeigt Anzeichen der Verwilderung und des Schwindens von Scham und Moral.“

## 7 Kommunikation und Verkehr

Auch sich über die Entfernung miteinander zu verständigen, wurde im Krieg schwieriger. Außerhalb der Großstädte bestand noch kein Telefonnetz. In den kleineren Städten gab es vereinzelt Telefonapparate, auf dem Land kamen sie jedoch allenfalls im preußischen Teilungsgebiet vor. Die bestehenden Netze wurden während des Kriegs nicht erweitert und waren für den Gebrauch des Militärs reserviert. Die Fernsprechzentrale von Warschau diente von Oktober 1915 bis November 1918 ausschließlich den Besatzungsarmeen. Diese kontrollierten Post und Telegrafen und wurden auch bei Postsendungen bevorzugt bedient. Nur wer gute Beziehungen hatte, konnte noch eine Mitteilung über Unfall, Krankheit oder Tod per Telegramm machen. Auch die zahlreichen schwer überwindlichen Grenzen und die Zerstörung oder militärische Nutzung der Eisenbahnen erschwerten die Kommunikation. Die Gleise mussten ständig repariert werden, weil sie durch Überlastung ausleierte und Unfälle verursachten. Eines der schwersten Eisenbahnunglücke ereignete sich am 3. November 1914 bei Charsznica im südlichen Kongresspolen; dabei kamen 41 deutsche Soldaten um.

Das Militär widmete den Straßen besondere Aufmerksamkeit, denn schwere Artillerie war über unbefestigte Wege nur mit Schwierigkeiten zu bewegen. Schwere Fuhrwerke neigten ebenfalls dazu, bis zur Achse einzusinken oder sich in Schlaglöchern festzufahren. „Der Morast auf der Chaussee ist nicht zu überwinden. Die Wege sind schrecklich und grundlos bei uns, die Sümpfe am Dunajec, in denen Mensch und Pferd bis über die Knie versinken. Am schlimmsten war es mit den Munitionswagen, denn selbst sechs Pferde brachten sie nicht mehr vorwärts“, hieß es im November 1914 aus Galizien. Daher schritten die Mittelmächte zur Reparatur und

Modernisierung der Fahrwege. Schrittweise, wenn auch nur auf ausgewählten Abschnitten wurden Feldwege durch befestigte Straßen ersetzt. In Polen wurden Knüppeldämme zur Überwindung von Sümpfen angelegt. Auf einer Länge von vierzig Kilometern wurde Stamm an Stamm auf Pfosten gelegt. Auch in den Städten wurden die Straßen gepflastert, Schlaglöcher mit Schotter und Sand verfüllt, Gehwege gebaut und Bordsteine verlegt. In Kongresspolen nahm man hölzerne Fahrbahnbeläge auf, weil sie wenig zweckmäßig und zudem ein Nistherd für Krankheitserreger waren. Das geschah zur Freude von Fuhrleuten, die schwere Lasten zu transportieren hatten, und von Fahrern der noch sehr stoßempfindlichen Kraftfahrzeuge. Diese hatten häufige Pannen, erlitten Achsbrüche oder fuhren in die Gräben. Schwere Autounfälle kamen auch damals schon vor. Auch mangelhafte Beleuchtung in den Städten war für viele Unfälle verantwortlich.

Darüber hinaus bauten die kriegführenden Mächte neue Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien und planten die Regulierung einiger Abschnitte der Weichsel. Schmalspurbahnen bewährten sich besonders in der Militärlogistik. Im Dezember 1914 nahmen die Russen eine Eisenbahnlinie von Lublin nach Rozwadów in Betrieb, die Deutschen eine von Rawa Rus'ka nach Rejowiec und eine weitere von Ostrowiec nach Sandomierz. In den Folgejahren entstand eine Eisenbahnlinie von Kowno nach Riga; 1917 erhielt Żytomierz eine Bahnverbindung mit Berdyčiv und Korosten'. Die Besatzungsmächte bauten die russische Breitspur auf Normalweite um, eine Arbeit, die bis Kriegsende fast abgeschlossen war. Außerdem führten sie in den Zügen je zwei Klassen für Militär und Zivilisten ein.

Bei allen Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen blieb die Eisenbahn für die Zivilbevölkerung ein unzulängliches und schwer zu nutzendes Beförderungsmittel. Die ausgeleierten Schienen und abgenutzten Bahneinrichtungen verlangsamten den Bahntransport. Bei Kriegsende kam es vor, dass wegen Mangels an Lokomotiven Waggons von Pferden gezogen werden mussten. Das Verbindungsnetz wurde löchriger, die Züge kursierten seltener, weil es an rollendem Material fehlte und das vorhandene vom Militär in Beschlag genommen war. Selbst auf den Hauptlinien standen der Zivilbevölkerung nur noch ein oder zwei Züge am Tag zur Verfügung. Wer Zug fahren wollte, musste sich in Geduld wappnen, denn die Fahrtzeiten verlängerten sich um das Mehrfache. Im September 1914 dauerte die Fahrt von Chyryv nach Teschen 36 Stunden, im Oktober 1914 von Teschen nach Zagórze bei Sanok 48 Stunden. 1915 verlängerten sich die Fahrtzeiten noch mehr. Die Fahrt von Nałęczów zum benachbarten Lublin dauerte zehn Stunden, von Kielce in das unweit gelegene Miechów sechs Stunden, von Trzebinia nach Piotrków zwölf Stunden, ähnlich von Warschau nach Skiernewice. Die Situation besserte sich auch im nächsten Jahr nicht. Die Fahrt von Lodz nach Warschau nahm sechs bis acht Stunden in Anspruch, von

Lublin nach Krakau sechzehn Stunden, von Kovel' in Wolhynien bis Krakau 42 Stunden. Am schlimmsten war es während der Kämpfe von 1915, als man von Warschau bis Lemberg drei Nächte und zwei Tage unterwegs war und vom wolhynischen Zdol'buniv nach Lemberg 23 Stunden. Nachdem sich die Front stabilisiert hatte, ging die Fahrt etwas schneller. Es kursierten Express- und Kurierzüge zur Beförderung wichtiger Persönlichkeiten; die Fahrtzeiten waren deutlich kürzer, beispielsweise zehn Stunden von Wien bis Krakau. Im Januar 1918 legten die Regenten die Strecke Warschau-Berlin in fünfzehn Stunden zurück.

Wer in Kongresspolen, den annektierten Gebieten oder Galizien lebte, musste für den Erwerb einer Bahnfahrkarte ein Personaldokument mit Bild, einen kostenpflichtigen Passierschein mit der Erlaubnis zum Erwerb eines Tickets sowie eine Entlassungskarte vorlegen. Wenn der Zweck der Reise ein längerer Familienaufenthalt oder eine Kur war, musste am Zielort eine Aufenthaltserlaubnis erlangt werden. Eine Zeit lang bestand zwischen GGW und GGL Visapflicht. Die Kosten des Passierscheins und des Visums und die Schwierigkeiten, letzteres ausgestellt zu bekommen, brachten viele ganz vom Bahnfahren ab, und genau das war der Zweck der Prozedur. Auch die Fahrkartenpreise waren prohibitiv, weil sie mit einer eigens eingeführten Steuer belastet waren. Zudem war der Zugschaffner zu bezahlen, damit er dem Passagier einen Sitzplatz anwies. In den Bahnhofshotels wurden Sitzplätze verkauft. Für die Eisenbahnfahrt galt überdies zeitweise das Verbot, Proviant mitzunehmen, was das Reisen nicht gerade erleichterte, weil an den Bahnhofskiosken oder -gaststätten kaum etwas zu bekommen war. Die Waggons waren auch in der kalten Jahreszeit unbeheizt, abgesehen von den Kurierzügen. Die überlangen Grenzkontrollen auch zwischen GGL und GGW sowie zwischen GGW und Ober Ost bildeten zusätzliche Erschwernisse. Die Zollbehörden nahmen ihre Aufgabe höchst pedantisch wahr; Passagiere hatten regelmäßig ihr Gepäck auszupacken. Peinliche und sich ständig ändernde Vorschriften sollten Schmugglern das Handwerk legen, aber sie machten allen Passagieren das Reisen zur Qual. Nach Ankunft am Zielort hatte sich der Reisende bei der Polizeikommandantur zu melden, um seine Dokumente prüfen zu lassen, anschließend musste er sich zur Polizeidirektion begeben, um sich anzumelden. Diese Prozeduren kosteten weitere Stunden.

Das Reisen innerhalb eines Staatsgebiets war zunächst noch weniger beschwerlich. Zugreisen in Russland fand 1914 mancher noch zu loben – „hervorragende und geräumige russische Waggons, die kaum schwankten und in denen man bequem schlafen konnte“, befand Maria Małgorzata Potocka. Mit Fortdauer des Kriegs wurde jedoch auch das Reisen ohne Grenzübergang zu einem unberechenbaren Glücksspiel. Häufige und unvorhersehbare Umstiege waren an der Tagesordnung. „Ich fahre nach Lublin,

habe aber keine Ahnung, wann ich ankommen und wann zurückkommen werde“, trug Juliusz Zdanowski am 24. Juni 1916 in sein Tagebuch ein. „Zugreisen verlangen zur Zeit ungeheure Anstrengung und endlose Geduld. Das mit Mühe erlangte Abteil wird an jeder größeren Station wie eine Festung berannt, die Reisetruhen sind ständig in Gefahr, Gedränge, Geschiebe, Hunger. Das Zugrestaurant ist einfach nicht zu erreichen und die Billets auf der Fahrt nur mit Gewalt zu bekommen“, schrieb am 29. August 1915 Maria Lubomirska; im Juni 1918 notierte sie: „Die Reise ist eine Qual, und der Diebstahl eine immer mehr ausgeübte Kunst.“ Besonders 1918 schwanden die Sicherheitsstandards. Die Fahrgäste wurden regelmäßig bestohlen. Auch Überfälle kamen vor, bei denen Passagiere aus dem Zug geworfen wurden.

## 8 Mobilisierung der Frauen in Arbeitswelt und Politik

Vor Kriegsausbruch war die liberale Frauenbewegung auf einige wenige Städte beschränkt: Warschau, Krakau, Lemberg und Teschen. In den übrigen Städten war sie nur wenig aktiv. Ähnlich verhielt es sich im preußischen Teilungsgebiet. Während des Kriegs wurde die Frauenbewegung aktiver. Feministinnen traten in die Politik ein und spielten in politischen Zirkeln eine Rolle, auch wenn die Parteien weiterhin von Männern dominiert blieben. Die polnischen Feministinnen verlangten im Einklang mit den Frauenrechtlerinnen der Teilungsmächte die rechtliche und politische Gleichstellung von Frauen, hatten aber keinen Erfolg, weil diese Forderungen in den kriegführenden Staaten keine politische Priorität besaßen. Erst die Revolutionen von 1917 und 1918 brachten die Frauenbewegung voran. Im Frühjahr 1917 wurden Frauen in Russland politisch gleichgestellt, im Herbst 1918 in Deutschland. Der Krieg erleichterte darüber hinaus den Frauen, eine Laufbahn in der Wissenschaft einzuschlagen und Bildung zu erwerben. An beiden galizischen Universitäten stieg der Anteil der Studentinnen; an der Warschauer Universität stellten sie im akademischen Jahr 1917/18 elf Prozent der Studierenden dar. Diese Entwicklung ging natürlich auch darauf zurück, dass viele Männer im Krieg waren.

Die politisch aktiven Frauen organisierten sich in Verbänden wie der Frauenliga. Eine ihrer Forderungen war, die von Männern oktroyierte Frauenmode abzulehnen, wie sie vom Korsett versinnbildlicht wurde. Innerhalb Europas war der Kampf der Frauen gegen das Korsett gerade in den polnischen Gebieten besonders erfolgreich. Auch ansonsten änderte sich die Frauenmode während des Kriegs, zumindest in den größeren Städten. Frauen trugen Kleider, Röcke und Haare kürzer; bei den Fabrikarbeiterinnen entsprach das den Bestimmungen. Nicht zuletzt der Stoffmangel sorgte für kürzere Kleidung. Im Sommer trugen Frauen plötzlich Sandalen an



bloßen Füßen, um die schwer zu bekommenden Strümpfe zu schonen. In den größeren Städten und Kurorten wie Zakopane, Szczawnica, Truskawec' und Krynica flanierten unter der müßiggängerischen Jugend die fortschrittlichen Fräulein über die Promenaden; man nannte sie wegen ihrer ostentativen Aufmachung und ihres Tabakgebrauchs „Warschauer Affen“. Das war natürlich nur eine Enklave des neuen Stils, denn in Anpassung an die Kriegslage kleideten sich die Frauen im Allgemeinen bescheidener und unauffälliger und vermieden auch im Sommer tief ausgeschnittene und durchsichtige Kleidung. Damit passten sie sich an die Erwartungen der Gesellschaft an. Denn allzu elegante und teure Kleidung war nicht gern gesehen. „In Warschau besteht heute die Mode, sich nicht modisch anzuziehen“, hielt jemand in seinen Erinnerungen fest.

Die politisch bewussten Frauen spielten auch in der Unabhängigkeitsbewegung eine Rolle. Bereits Ende Juli 1914 übernahmen sie Aufgaben in der Arbeitswelt. „Wir Frauen spürten irgendwie instinktiv, dass es keine Zeit war zuzuwarten, bis sie uns aufriefen, keine Zeit, sich nach einer Stelle im eigenen Fachgebiet umzusehen, sondern eine Arbeit zu suchen und das zu tun, was im Moment am dringlichsten war. Also arbeiteten wir im Militärfonds beim Sortieren und Verpacken von Propagandabroschüren und brachten sie an die Grenzorte des Kongresskönigreichs“, erinnerte sich Stefania Kudelska, im Juli 1914 Mitglied des „Strzelec“ (Schütze). In der POW bewährten sich Frauen in einer eigens für sie eingerichteten Abteilung. Sie machten sich besonders bei der Verbreitung von Propagandaschriften nützlich; sie brachten illegale Druckschriften aus Galizien nach Kongresspolen und weiter nach Osten, womit sie an die Vorkriegstradition der sozialistischen Konspiration anknüpften, als die sogenannten *dromaderki*<sup>37</sup> für die Verbreitung von Untergrundschriften sorgten. „Dem ganzen Schwarm von Spitzeln und moskowitzischen Provokateuren zu entgehen, von denen es damals in Warschau nur so wimmelte, war nicht einfach [...]. Selbst das finstigste Spionenauge konnte in diesen jungen Frauen kaum gefährliche Verschwörerinnen erkennen [...] wir gelangten an Orte, die für einen Mann nicht erreichbar waren, ohne Verdacht zu erregen [...]. Selbst Massensituationen auf der Straße blieben erfolglos, weil die Kolporteurinnen solche Geschicklichkeit im Verstecken der Untergrundschriften entwickelten, dass sie bei diesen gefährlichen Aktionen heil davorkamen“, schrieb Anna Krysińska. Die Frauen der POW beteiligten sich auch an der Beobachtung gegnerischer Truppen. In Schulungskursen bekamen sie Organisation, Uniformierung und Ausrüstung der russländischen Armee beigebracht, damit sie fehlerfreie Beobachtungen mitteilen konnten.

---

37 Wörtlich: Dromedarstuten; A.d.Ü.

Frauen waren als Freiwillige in Einrichtungen des Roten Kreuzes in allen Teilungsgebieten ebenso vertreten wie in Spitälern und Ambulanzen der Polnischen Legionen. Sie assistierten bei Operationen und überwandten aus Notwendigkeit ihre innere Scham.

Auch die Stellung der Frau in der Familie änderte sich durch den Krieg. Die traditionelle Geschlechterrolle in einer patriarchalen Gesellschaft hatte bislang zumindest die bürgerliche Frau auf Haus, Kindererziehung und Küche verwiesen. Diese Welt wurde durch die Mobilisierung der Männer, ihren Tod oder ihre Verkrüppelung aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Frauen hatten gar keine andere Wahl, als die Männer zu ersetzen, ein europaweites Phänomen. Sie mussten im Interesse der Familie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, weil die Unterstützung, die sie als Kriegerfrauen oder -mütter erhielten, für den Unterhalt nicht ausreichte. Vor allem im preußischen Teilungsgebiet ersetzten sie die Männer in der Industrie, während in den beiden anderen Teilungsgebieten wegen der Zerstörung von Produktionsstätten Frauen als zusätzliche Arbeitskräfte nicht so sehr gebraucht wurden, weil bereits die verbliebenen Männer keine Arbeit mehr fanden. Dafür stieg in Kongresspolen und Galizien die Anzahl der Frauen im Dienstleistungssektor stark an; dort arbeiteten sie etwa als Straßenbahnfahrerinnen und Schaffnerinnen, was Sensation machte; sie arbeiteten als Kellnerinnen in Restaurants und Cafés, was eher negativ aufgefasst wurde, weil dort zuvor ausschließlich Männer bedient hatten. Eigener Geldverdienst und die damit gewonnene Selbständigkeit führten bei den Frauen zu größerem Selbstbewusstsein. Auf dem Lande mussten die Frauen wegen des Männermangels pflügen, säen, ernten, ausmisten, einspannen (soweit es noch Pferde auf dem Hof gab). Ohne die Arbeit der Frauen hätten die Familien nicht überdauern können. Manchmal halfen demobilisierte Nachbarn, Alte und Kinder oder zur Feldarbeit abgestellte Soldaten; letztere gelegentlich im Austausch für sexuelle Gefälligkeiten. Trotzdem ließ sich nicht mehr soviel Ackerfläche bestellen wie vor dem Krieg, was ein Grund für das viele Brachland und den Hunger war.

Frauen überhäuften Ämter, karitative Einrichtungen und Zeitungsredaktionen mit Eingaben zu vermissten Angehörigen. Manchmal griffen sie zur Feder, um einen Brief an die Lokalredaktion zu schreiben, eine Kriegschronik anzulegen oder zu einer Spendenaktion aufzurufen. Sie setzten sich mit dem Ruf „Gebt uns Brot und unsere lieben Männer zurück!“ an die Spitze von Friedensdemonstrationen. In Kongresspolen griffen Frauen Gendarmen an, um ihre in die Arbeitsbataillone eingezogenen Männer und Söhne herauszuholen. Die Not ihrer Familien ließ sie wütender und entschlossener werden. In den letzten Kriegsmonaten berichtete die Presse von revolutionären „Frauenbanden“, die durch die Stadt zogen, Schaufenster einschlugen und besser gekleidete Frauen in die Gasse stießen. Dieses Phänomen war

kein rein polnisches, sondern ein gesamteuropäisches. Frauen widersetzten sich beherzt und manchmal mit Erfolg der Konfiszierung von Kirchenglocken und Orgelpfeifen. Mit Flegeln, Zaunlatten und Mistgabeln bewaffnet, bezogen sie Stellung vor den Kirchen, um die Gendarmen nicht durchzulassen. Der politisch aktivierte Teil der Frauen lässt sich nicht genauer quantifizieren. Manche Frauen änderten allerdings an der ihnen traditionell zugewiesenen Rolle nicht das Geringste.

Das patriarchale Familienmodell war so dominant, dass die meisten Frauen nach dem Krieg direkt wieder zu ihrer früheren Rolle zurückkehrten. Für sie war der Krieg nur eine vorübergehende Episode gewesen, ein Abenteuer ohne dauernde Errungenschaft. Gleichwohl war der Keim der Veränderung gesät und ließ hier und da dauerhafte soziale Veränderungen sprießen. So war es nur konsequent, dass die Frauen im unabhängigen Polen das Wahlrecht erhielten.

## XI Polnisches Finale

Unter dem 13. Oktober 1918 notierte Maria Dąbrowska: „Wir leben wie im Märchen, im wunderbarsten Märchen. Mir scheint, wir sind nicht groß genug, um uns angemessen glücklich zu fühlen. Wir sind nicht gut genug, um würdig zu sein. Die rebellischen Erhebungen sandten ein nicht misszuverstehendes Signal, und auf einen jeden übertrug sich trotz Krieg, Not und Armut eine freudige und gelöste Stimmung. Alle erwarteten, es komme das Morgen, das alles zum Besseren wenden würde.“ Tatsächlich führten die Erfolge der alliierten Armeen im Westen und die für Polen abgegebenen Erklärungen der westlichen Mächte zu einer merklichen Belebung der polnischen Politik. Die Niederlage der Mittelmächte war ausgemacht. Die Gesellschaft war von einer gehobenen Stimmung ergriffen. Es herrschte die allgemeine Überzeugung, ein freies Polen werde für ein besseres Leben sorgen.

Wer politisch aktiv war, verband seine Hoffnungen mit den nationalen und für die Unabhängigkeit eintretenden Parteien. Die Loyalisten versanken in der Bedeutungslosigkeit. Im Herbst 1918 ging der Polnische Klub im Reichstag zu scharfer Opposition über. Der Klubvorsitzende Władysław Seyda kritisierte in deutlichen Worten Beselers kolonialistische Politik im GGW und verkündete am 5. Oktober, das preußische Teilungsgebiet werde sich Polen anschließen. Am 25. Oktober berief sich Wojciech Korfanty im Reichstag auf Wilsons 13. Punkt, um das preußische Teilungsgebiet samt Küste bis zur Halbinsel Hela und die polnischen Kreise Ober- und Mittelschlesiens sowie Ostpreußens für Polen zu fordern. Er gab zu, Danzig sei ethnisch deutsch, doch wenn die Friedenskonferenz die Stadt Polen zuerkenne, werde sie im Innern politisch autonom sein. Er kündigte zudem an, die polnischen Abgeordneten würden sich als Staatsangehörige Polens nicht mehr an der deutschen Legislative beteiligen. Am 10. November konstituierte sich das Überparteiliche Zentrale Bürgerkomitee in Posen unter Pater Adamski und Korfanty als Oberster Volksrat (*Naczelna Rada Ludowa*) und verkündete, zur Übernahme der polnischen Gebiete des Deutschen Reiches bereit zu sein. Über die Staatszugehörigkeit des preußischen Teilungsgebiets entschied jedoch erst der großpolnische Aufstand, dessen Ergebnis später in Paris von den Siegermächten bestätigt wurde.

Auch im Teschener Schlesien wurde die polnische Politik aktiv. Es war klar, dass die Tage der k.u.k. Monarchie gezählt waren und ihre Nationen eigene Staaten aufbauen würden. Daher strebten die Polen an, die polnischen Teile des Herzogtums Teschen an die Rzeczpospolita anzuschließen. Dies war jedoch nicht so einfach, weil die Bevölkerung aus Polen, Tschechen

und Deutschen zusammengesetzt war, die einander ausschließende nationalpolitische Aspirationen hatten. Nach der österreichischen Volkszählung von 1910 stellen die Polen 57, die Tschechen 27 und die Deutschen und deutschsprachigen Juden 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei Kriegsende erklärten die Deutschen von Teschen und Bielsko (Bielitz) ihre Zugehörigkeit zum sogenannten Sudetenland; gemeinsam mit den Sudetendeutschen wünschten sie, dieses Gebiet dem Deutschen Reich anzuschließen. Die Tschechen verlangten ihrerseits die Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei.

Im Herbst 1918 bildeten Deutsche, Tschechen und Polen zur Vorbereitung der Machtübernahme auf dem umstrittenen Gebiet je eigene staatliche Strukturen. Der Einrichtung polnischer Behörden ging eine Versammlung von 20.000 Menschen in Orlová voraus. Am 19. Oktober 1918 gründeten polnische Sozialisten, Evangelische und Katholiken den Nationalrat des Herzogtums Tschechen unter Leitung der Reichsratsabgeordneten Tadeusz Reger, Jan Michejda und Józef Londzin. Der Rat berief am 27. Oktober eine Versammlung nach Teschen ein, an der 40 bis 50.000 Personen teilnahmen. In der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober erklärte sich der Rat zu einer polnischen Regierungsbehörde und war damit die erste polnische Institution, die ihre Zugehörigkeit zu einem Staat erklärte, den es noch gar nicht gab. Sechzig Gemeindevorsteher leisteten dem Rat den Treueeid. In der folgenden Nacht wurde nach Entwaffnung der österreichischen Posten die weißrote Fahne auf dem Teschener Piastenturm aufgezogen; dasselbe geschah an Amtsgebäuden, Postämtern und Bahnhöfen des Herzogtums Teschen. Bielsko blieb davon ausgenommen, wo die Fahnen deutscher Organisationen und des Sudetenlands auftauchten, ebenso der Bezirk Friedland, in dem tschechische Fahnen aufgezogen wurden. Am 5. November verständigten sich der Nationalrat und sein tschechisches Pendant, der Nationalausschuss (*Národní Výbor*), auf eine provisorische Grenzziehung, die den ethnischen Grenzen entsprechen sollte: zwei Drittel des Herzogtums mit Teschen, Fryštát, Stonava, Karviná, Jablunkov und Třinec sollten Polen zufallen, das übrige Drittel der Tschechoslowakei.

Südöstlich des Herzogtums Teschen befanden sich die Zips und Orava, beide der ungarischen Stephanskronen zugehörige Regionen, die von polnischen und slowakischen Bergbewohnern, den Goralen (poln. *górale*, slowak. *gorali*) bewohnt waren. Der *Tygodnik Podhalański* (Wochenblatt des Podhale) und Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung von Zakopane traten für die polnischen Goralen ein. Ein Kongress der Zips und Orava in Zakopane vom Juli 1917 hatte sich für den Anschluss dieser Regionen an Polen ausgesprochen. Im Herbst 1918 gab es mehrere Veranstaltungen, die daran anknüpften. Der Priester Ferdynand Machay war der Führer der polnischen Nationalbewegung in der Zips und in Orava. Die endgültigen

Grenzen von Teschener Gebiet, Orava und Zips wurden im Juli 1920 von den Siegermächten festgelegt.

Was jedoch den Ausschlag für die Gestaltung Polens gab, war die galizische Politik. Im Herbst 1918 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den polnischen Parteien zu. Die Konservativen hatten das Nachsehen. Mit ihrer Loyalität gegenüber dem Monarchen standen sie auf verlorenem Posten, die sie dennoch selbst dann nicht aufgaben, als der Kaiser bereits ins Exil aufbrach. Noch am 18. Oktober waren die Konservativen zur Audienz bei Karl I. und schwadronierten weiter von der österreichisch-polnischen Lösung. Der Sieg der Entente war eine beunruhigende Perspektive, wie auch die wachsende Bedeutung der Vereinigten Staaten. Doch war den Konservativen klar, dass der Fall der Monarchie und die Entstehung eines republikanischen Polen ihrem Einfluss ein Ende setzen würde. Umso entschlossener traten sie für die alten Privilegien und die privilegierte Stellung Galiziens im Rahmen der Monarchie ein.

Unterdessen stand für die anderen polnischen Parteien die Unabhängigkeit ganz im Zentrum. Sozialisten und PSL-er wollten den Wiederaufbau des Staats mit sozialen Verbesserungen für Bauern und Arbeiter verbinden. Daszyński zeichnete sich ganz besonders durch eine immer radikaler werdende Rhetorik aus: „Die Polen sind schändlich betrogen worden. Statt eines wirklichen Staates gab man ihnen [...] einen Zwergstaat [...]. Doch wehe den Unterdrückern, die selbst aus dem eigenen Land werden fliehen müssen“, verkündete er im Reichsrat.

Auf Initiative von Sozialisten, Volksparteilern und Nationaldemokraten beriefen am 28. Oktober im Krakauer Hotel Saski sechzig Reichsratsabgeordnete die Polnische Liquidierungskommission (*Polska Komisja Likwidacyjna*, PKL). Dieser schlossen sich schließlich auch Konservative an, um sich nicht weiter zu isolieren und wenigstens einigen Einfluss auf die laufenden Ereignisse nehmen zu können. Die PKL erklärte, die polnischen Gebiete der österreich-ungarischen Monarchie gehörten dieser bereits nicht mehr an. Daher habe die Kommission die Regierungsgewalt in Galizien und im Teschener Gebiet zu übernehmen und für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Wie sich erwies, war erstere Aufgabe leicht, die zweite dafür umso schwieriger. Die PKL betrachtete sich als Übergangsorgan und wollte sich selbst weder zur Regierung machen, noch die Hauptstadt von Warschau nach Krakau verlegen. Sie sah vielmehr ihre Aufgabe darin, alle politischen, rechtlichen und administrativen Beziehungen zu Wien zu kappen, oder wie es Daszyński ausdrückte, die „Trümmer der Herrschaft Österreichs wegzuräumen“. Die Konservativen wollten „das Land in guter Ordnung und ohne Erschütterungen in den polnischen Staat überführen“. Im Selbstverständnis der PKL erfüllte sie den Willen der Nation, auch wenn sie dafür kein ausdrückliches Mandat besaß.

Die PKL wählte ein von Witos und Londzin geleitetes Präsidium, dessen Zusammensetzung sich aber wie die PKL selbst immer wieder änderte. Sitz des Präsidiums und zahlreicher Abteilungen der PKL war seit dem 5. November das Krakauer Krzysztofor-Palais. Die PKL richtete eigene Organe in der Provinz ein, darunter Bürger- und Landwehren sowie eine Polnische Militärkommandantur unter Oberstleutnant Bolesław Roja, einem vormaligen Legionär, der vom Regentschaftsrat zum Brigadegeneral ernannt worden war. Roja begann mit dem Aufbau einer polnischen Armee und errichtete unter anderem das 4. und 5. Legionsregiment neu.

Die gemäßigten Mitglieder der PKL fürchteten, die Radikalen könnten die Initiative an sich reißen, und setzten sich für eine geordnete, mit den k.u.k. Instanzen ausgehandelte Machtübergabe ein. Sie waren gegen die gewaltsame Entwaffnung der k.u.k. Truppen. Die polnischen Untergrundorganisationen und insbesondere die POW vertraten den gegenteiligen Standpunkt; letzteren schlossen sich unter anderem die Pfadfinderverbände, die Eisenbahner und die Soldaten der Untergrundorganisation „Wolność“ (Freiheit) an, die in den in Galizien stationierten „polnischen“ Regimentern Dienst taten. Sie wollten unbedingt die Kontrolle über die bei der Kapitulation der k.u.k. Truppen niedergelegten Waffen erlangen und sahen die Einrichtung der PKL als Signal, augenblicklich zu handeln.

Die Verschwörer begannen ohne Absprache gleichzeitig mit der Entwaffnung der österreich-ungarischen Truppen in Tarnów und Krakau. Die Aktion war vom nebeligen und regnerischen Herbstwetter begünstigt. Am 30. Oktober nahm Leutnant Antoni Stawarz um 21 Uhr mit einer kleinen Abteilung und der Unterstützung der Eisenbahner den Bahnhof von Płaszów in Besitz, der bereits seit einigen Jahren administrativ zu Krakau gehörte. Dieser war die erste befreite Einrichtung in Polen. Am nächsten Tag entwaffneten Stawarz und seine Leute die symbolträchtige Wache auf dem Krakauer Hauptmarkt. Die *maciejówka* mit der polnischen Kokarde auf dem Kopf besetzten sie anschließend weitere Punkte, von denen aus hätte Widerstand geleistet werden können; dabei teilten sie den österreichischen Soldaten mit, überall siege die polnische Revolution und ganz Galizien sei bereits befreit. Um der k.u.k. Führung die Verständigung zu erschweren, wurden Telefon- und Telegrafenkabel gekappt.

Die Österreicher dachten gar nicht an Widerstand, weil der Krieg verloren und die Habsburgermonarchie am Ende war. Daher übergaben sie bereitwillig ihre Waffen und Ausrüstung und baten nur um freies Geleit nach Hause. Damit waren die Polen einverstanden, achteten aber peinlich darauf, dass Ausrüstung und Vorräte in den Magazinen blieben. Auch die polnischen Soldaten der k.u.k. Armee lieferten ihre Waffen ab und gingen nach Hause. Nur wenige wollten in der polnischen Armee weiterdienen. Diese waren daran zu erkennen, dass sie die k.u.k. Kokarde durch die



polnische ersetzen. Von der Jugend unterstützt, entfernten die polnischen Soldaten Porträts Karls I. und den Habsburgeradler aus den Amtsgebäuden und hängten polnische Adler und Fahnen auf; Porträts Franz Josephs I. blieben dagegen vielfach hängen.

Der Sieg der nationalen Revolution wäre nicht möglich gewesen, wenn sich die k.u.k. Monarchie und ihre Armee nicht bereits in völliger Auflösung befunden hätten. Denn unter normalen Umständen hätten nicht einige hundert polnische Soldaten die 12.000 Mann starke Krakauer Garnison entwaffnen können. Doch die Kriegsmüdigkeit war so groß, dass das k.u.k. Haus „bei Berührung wie Staub [...] zusammenfiel“, wie es Stawarz ausdrückte. Manche Soldaten warteten gar nicht erst auf ihre Entwaffnung, sondern konfiszierten einen Zug, um Galizien zu verlassen und so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Auch die Beamten aus anderen Reichsteilen verließen ihre Posten bereitwillig, verlangten allerdings noch das Gehalt für die letzten Monate, das ihnen Wien schuldig geblieben war. Es konnte dank Krediten polnischer Banken tatsächlich ausgezahlt werden.

In derselben Nacht vom 30. auf den 31. Oktober entwaffneten auch in Tarnów die Verschwörer das österreichische Militär und nahmen die Stadt in Besitz. An dieser Aktion waren vor allem das 20. k.u.k. Infanterieregiment und die POW beteiligt. In den frühen Morgenstunden war Tarnów frei; Stadtkommandant wurde der armenischstämmige Pole Kajetan Amirowicz. Die Aktion war durch Bürgermeister Tadeusz Tertil und den Stadtrat unterstützt worden. Bis heute besteht zwischen Krakau und Tarnów in der Frage Rivalität, welche der beiden Städte nun tatsächlich als Erste befreit war. Um den Ehrentitel der ersten befreiten Stadt bewirbt sich außerdem noch Teschen. In Wahrheit war noch vor Krakau und Tarnów in Zakopane die Macht von den Góralen übernommen worden; allerdings besaß Zakopane zu diesem Zeitpunkt noch keinen Stadtstatus.

In den nächsten Tagen wiederholten sich ähnliche Ereignisse in fast allen Städten und Kreisen. Die Machtübernahme geschah überall ohne Blutvergießen. Die PKL wurde vom Ablauf der Ereignisse überrascht und musste als höchste polnische Instanz für die Einrichtung von Verwaltung und Polizei sorgen, um Chaos, Plünderungen, Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung und dem Abtransport von Nahrungsvorräten und militärischem Material vorzubeugen. Nicht das k.u.k. Militär war das schwerste Problem, sondern die Bevölkerung, die an Raub und Selbstjustiz gehindert werden musste. Ein noch gefährlicherer Gegner waren Banden von Kriminellen und Deserteuren. Die von Roja aufgestellte polnische Armee hatte daher in erster Linie polizeiliche Aufgaben zu versehen. Während die k.u.k. Verwaltung zusammengebrochen war, befand sich die polnische erst noch im Aufbau. Zwar währte dieses Interregnum nicht allzu lange, bereitete der PKL aber erhebliche und manchmal nicht zu bewältigende Schwierigkeiten.

Besonders schwerwiegend waren Angriffe auf jüdische Geschäfte und Werkstätten, die unter Rufen wie „Fort mit den Juden!“ oder „Schlag den Juden!“ abliefen.

Polens Zukunft entschied sich jedoch weniger in Galizien als vielmehr in Kongresspolen. Der Regentschaftsrat begrüßte die Bildung der PKL, die sie einzuspannen trachtete, um die eigenen Kompetenzen auf Galizien und das Teschener Schlesien auszuweiten. Daher entsandte der Regentschaftsrat am 31. Oktober den konservativen Politiker Witold Czartoryski nach Krakau. Doch die PKL lehnte eine Machtübergabe an und Unterordnung unter den Rat ab. Witos und Daszyński legten Czartoryski nahe, nach Warschau zurückzukehren und den Regenten zu Geduld zu raten. Doch viele lokale und regionale Organe in Galizien befanden, sich einer zentralen polnischen Regierung fügen zu müssen, und der Regentschaftsrat war die einzige Körperschaft, die diesen Titel für sich in Anspruch nehmen konnte. „Der Gemeinderat von [...] versichert den Regentschaftsrat bei Proklamation eines aus allen drei Teilungsgebieten Vereinten und Unabhängigen Polen seiner Loyalität und Unterstützung. Der Rat von [...] stellt ihm Leben und Besitz zur Verfügung und versichert und gelobt Gehorsam zum Wohl des geliebten Vaterlandes“, heißt es in einer von vielen ähnlich lautenden Erklärungen der Gemeinde-, Stadt- und Bezirksräte des westlichen Galizien. Staatliche Ämter verabschiedeten ähnliche Beschlüsse. Dahinter standen patriotische Einstellungen, sicherlich aber auch pragmatische Zwecke, etwa, sich ein regelmäßiges Gehalt zu sichern. Auch die galizischen Universitäten erkannten den Regentschaftsrat als Regierung an und erklärten in einem Schreiben an Minister Antoni Ponikowski, polnische und nicht mehr k.u.k. Universitäten zu sein.

Ganz anders verliefen die Ereignisse in Lemberg und überhaupt in Ostgalizien. Die POW und anderen Unabhängigkeitsorganisationen waren dort zwar schwach, vermochten aber immerhin die Entwaffnung des k.u.k. Militärs und die Übernahme der Stadt zu planen. Politiker und Stadträte widersetzten sich jedoch einer bewaffneten Machtübernahme und befürworteten Verhandlungen mit dem Statthalter und dem Garnisonskommandanten. Am 29. Oktober informierte die PKL den Ministerpräsidenten in Wien in einer Note, Galizien gehöre zu Polen. Gleichzeitig telegraphierte sie dem galizischen Statthalter, am 30. Oktober würden Aleksander Skarbek und Zygmunt Lasocki als Delegierte der PKL in Lemberg eintreffen, um die friedliche Übergabe der Stadt und Ostgaliziens auszuhandeln. Der Lemberger Stadtrat schloss sich dieser Initiative an; die Absicht war, bei einer für den 1. November vom stellvertretenden Stadtpräsidenten Stahl anberaumten Sitzung die Zugehörigkeit der Stadt zu Polen auszurufen. Daran sollten polnische Offiziere der Garnison teilnehmen. Skarbek und Lasocki

trafen jedoch nie in Lemberg ein, und auch die Stadtratssitzung fiel aus, weil die Ukrainer den polnischen Aktionen zuvorkamen.

Die Vorbereitungen dazu hatten schon etliche Monate andauert, nachdem die Ukrainer die Hoffnung aufgegeben hatten, Kaiser Karl werde ihre nationalen Aspirationen unterstützen. Der Ukrainische Nationalrat die (*Ukrains'ka nacional'na rada*, UNR) in Lemberg, bestehend aus mehreren Dutzend Politikern und drei griechisch-katholischen Bischöfen, debattierte am 18. Oktober, wie die Macht in Ostgalizien, im Lemkengebiet und in der Bukowina zu übernehmen sei; am nächsten Tag wurde bei einer Massenkundgebung in Lemberg ein Ukrainischer Staat ausgerufen, wobei offenblieb, ob dieser weiter im Verbund mit der k.u.k. Monarchie bleiben sollte. Der San sollte die Grenze zwischen Polen und der Ukraine bilden. Ein geheimes Militärkommissariat wurde eingerichtet, das Ostgalizien in Bezirke aufteilte, Kontakt mit mehrheitlich ukrainischen Regimentern herstellte und Vorbereitungen für eine bewaffnete Machtübernahme traf. Am Vortag hatte das Militärkommissariat Studenten des griechisch-katholischen Priesterseminars als Kurier des Ukrainischen Nationalrats ausgeschiedt, um dem ukrainischen Untergrund in Ostgalizien den Aufruf zum bewaffneten Aufstand zu übermitteln. „So gut wie niemand hielt damals einen Aufstand der Ukrainer für eine reale Möglichkeit“, erinnerte sich Leutnant Aleksander Kron. Selbstverständlich bestand der Verdacht, die Ukrainer könnten versuchen, die Macht an sich zu reißen, doch wurden solche Befürchtungen bagatellisiert und beiseitegeschoben. Die Lemberger Polen fielen hier ihren eigenen Vorurteilen gegenüber den Ukrainern zum Opfer; denn sie sahen diese als arme, zivilisatorisch und kulturell rückständige Nationalität, unfähig zu koordinierter Aktionen und zur Bildung eines eigenen Staates. Daher hatten sie kein Gespür für die drohende Gefahr und wogen sich in falscher Sicherheit. Auch die Warschauer und Krakauer Führungen nahmen die Gefahr nicht wahr.

Die Ereignisse an Allerheiligen (1. November) sollten die Polen aus dem seligen Schlaf reißen. Wer sich an diesem nebeltrüben Morgen zum Gottesdienst und auf die Friedhöfe begab, wurde unangenehm von blau-gelben Fahnen überrascht, von bewaffneten ukrainischen Posten und Plakaten mit der Verlautbarung, die Stadt sei nach sechshundertjähriger polnischer Herrschaft endlich befreit und nach dem Willen der Nation sei ein unabhängiger Ukrainischer Staat gebildet worden. Mancher Lemberger nahm das immer noch als „ruthenische Alberei“ auf die leichte Schulter, andere machten sich Selbstvorwürfe der Art: „Wir haben uns überrumpeln lassen wie der betrunkene Zagłoba<sup>38</sup> im Schweinekoben“, wieder andere bezichtigten die k.u.k. Obrigkeit, gemeinsame Sache mit den Ukrainern gemacht zu haben.

---

38 Der gutmütige und patriotische, aber dem Trunk zuneigende Schlachtiz Jan Onufry Zagłoba ist eine Figur aus Henryk Sienkiewicz' historischer

Tatsächlich war es vorgekommen, dass k.u.k. Soldaten die ukrainische Sache unterstützten, doch gab das nicht den Ausschlag für deren Erfolg. Die ukrainische Übernahme Lembergs war nicht von Wien aus angeleitet, wo man viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt war. Die am Ort garnisonierten Offiziere der Doppelmonarchie bewahrten überwiegend Neutralität; es gab nur wenige Sympathisanten der einen oder anderen Seite. Daher sind für jede Haltung Belege zu finden. Am 28. Oktober rief das Tschechoslowakische Nationalkomitee den tschechoslowakischen Staat aus, und am folgenden Tag verkündeten auch die Südslawen die Unabhängigkeit ihres Staats der Serben, Kroaten und Slowenen. Am selben Tag bat Kaiser Karl um Waffenstillstand.

Die ukrainischen Verschwörer begannen unter dem Kommando von Sotnik (Hauptmann der Sič-Schützen) Dmytro Vitovs'kyj um zwei Uhr nachts mit der Übernahme Lembergs. Die überrumpelten polnischen Soldaten der k.u.k. Armee leisteten keinen Widerstand und wurden interniert, die übrigen – Tschechen, Deutsche und Ungarn – entwaffnet und auf den Bahnhof verbracht. Der Statthalter wurde in Kenntnis gesetzt, die UNR habe die Macht in Ostgalizien und Lemberg übernommen. Er weigerte sich, das anzuerkennen, übergab aber die Amtsgeschäfte an seinen ukrainischen Stellvertreter, der seine Kompetenzen seinerseits an die UNR abtrat. Für die Ukrainer war dies gleichbedeutend mit der Legitimierung ihrer Machtübernahme durch die k.u.k. Verwaltung. Am 1. November internierten sie den Kommandanten der Lemberger Garnison, General Rudolf Pfeffer, der am 3. November militärische Kommandogewalt und Bestände förmlich an die UNR übergab.

Die Ukrainer befanden sich jedoch in der Annahme im Irrtum, die polnische Bevölkerung würde keinen Widerstand leisten und die neue Obrigkeit einfach hinnehmen. Vielmehr griffen die Polen zu den Waffen und eröffneten den Kampf gegen die ukrainischen Einheiten in der Stadt. Bereits am 1. November traten vormalige Legionäre unter dem Befehl von Hauptmann Mieczysław Boruta-Spiechowicz in den Kampf, unterstützt von einem Häuflein Schüler der Sienkiewicz-Schule; dem schlossen sich im Haus der Technik kasernierte Leute der POW und bewaffnete Studenten aus dem Akademischen Haus an. Das vorrangig aus Nationaldemokraten bestehende Polnische Nationalkomitee unter Tadeusz Cieński und Ernest Adam rief zum Kampf um Lemberg und Galizien auf und übertrug den Befehl über die polnischen Einheiten in Lemberg an Hauptmann Mączyński.

---

Romantrilogie zum polnischen 17. Jahrhundert; der Ausspruch bezieht sich auf eine Episode aus dem Roman *Ogniem i mieczem* (Mit Feuer und Schwert, 1884); A.d.Ü.

Linke Lemberger Gruppierungen waren zum Teil gegen den Kampf gegen die Ukrainer, weil sie noch für die Konzeption eines gemeinsamen Föderativstaats eintraten. Ohne Unterstützung durch die Bevölkerungsmehrheit und geschulte Verwaltungskader befanden sich die ukrainischen Soldaten eher in der Lage eines Besatzers als eines Herren der Stadt. Am 3. November schloss sich ihnen die Legion der Ukrainischen Sič-Schützen an, die bis in den ukrainischen Teil der Stadt vordrang. Die Juden erklärten sich neutral; die Polen behaupteten trotzdem, sie hätten Verrat begangen und würden auf Seiten der UNR stehen. Solche Behauptungen sollten weiter kursieren und die Spannungen zwischen Polen und Juden anheizen.

Größtenteils ging in Ostgalizien die Macht an von der UNR ernannte Kommissare und Kommandanten über. Die Wehren in den polnischen Dörfern wurden entwaffnet. Die Polen konnten nur den westlichen Saum Ostgaliziens unter Kontrolle bringen: Jarosław, Brzozów, Sanok und für kurze Zeit Sambir sowie Javoriv. Vom 2. November an kontrollierten sie das Revier von Boryslav, mussten sich aber am 8./9. November von dort nach Westen zurückziehen. Am 4. November besetzten die Ukrainer Przemyśl, wobei General Puchalski und Oberst Sikorski interniert wurden, die im Auftrag des Regentschaftsrats die polnische Armee organisieren sollten. Erst die Ankunft von 500 Soldaten unter dem Lemberger Major Julian Stachiewicz brachte die Stadt am 11. November unter polnische Herrschaft. Nachdem er an der Spanischen Grippe erkrankt war, wurde Stachiewicz durch einen anderen Lemberger ersetzt, Major Michał Karaszewicz-Tokarzewski, und reiste nach Lemberg ab. In dem Augenblick, da unsere Geschichte endet, kam der Krieg in Ostgalizien erst richtig in Gang. Er sollte noch viele Monate dauern.

Die Niederlagen der Mittelmächte im Sommer 1918 zeigten, dass sie keine Siegesaussicht mehr besaßen. Die Folge war, dass der Regentschaftsrat seine Anerkennung verlor. Ein revolutionärer Akt vom 7. Oktober, die sogenannte „Botschaft an das Volk“, sollte seine Autorität wieder festigen; ohne Rücksprache mit Berlin und Wien kündigte der Regentschaftsrat an, sein Ziel sei ein unabhängiges und vereintes Polen mit Zugang zum Meer. Nie zuvor hatten sich die Regenten so weit aus dem Fenster gelehnt. Die Polen nahmen das Dokument positiv, ja enthusiastisch auf. „Seit gestern mittag veränderte Warschau sein Antlitz [...]. Die Straßen belebten sich, auf den Plätzen wimmelte die Menge [...]. Ein feierlicher Augenblick, die Stunde des großen Wunders: Der in drei Teile zerschnittene nationale Organismus wächst zu einem Körper zusammen [...]. Die Geschichte gibt uns zurück, was sie uns genommen hat. Sie erstattet uns unser nationales Eigentum zurück! Und uns fehlen vor Freude die Worte“, schrieb der *Kurier Poranny* (Morgenkurier).

Was jahrelang nicht möglich erschienen war, wurde über Nacht möglich. Am 12. Oktober verkündete der Regentschaftsrat per Verordnung die Übernahme der Kommandogewalt über die Polnische Wehrmacht. Beseler widersetzte sich dem nicht sehr lang; am 21. Oktober verzichtete er auf das eigene Kommando und übergab es den Regenten. Damit war die Geschichte der Polnischen Wehrmacht beendet, aus der nunmehr eine polnische Armee gebildet wurde, die allerdings noch auf die Versorgung durch die Deutschen angewiesen blieb; die Soldaten hießen bei den Einwohnern Kongresspolens weiterhin *beselerzczy* (Beseler-Leute). Beselers Position war auch innerhalb der deutschen Führung immer prekärer. Die nationalistische Rechte kritisierte ihn für seine polenfreundliche Haltung.

Aufgrund der Botschaft des Regentschaftsrats wurde am 26. Oktober ein Ministerium für Militärangelegenheiten eingerichtet, womit der Aufbau einer polnischen Armee unter eigener Führung eingeleitet war. In Abwesenheit wurde ausgerechnet Piłsudski zum Minister ernannt. Die deutsche Presse kommentierte sarkastisch, der polnische Minister für Militärangelegenheiten sitze in Haft. Am nächsten Tag führten die Regenten die allgemeine Wehrpflicht ein und ernannten General Rozwadowski zum Generalstabschef. Ab diesem Zeitpunkt wurden die bislang wenig zahlreichen polnischen Formationen in raschem Tempo ausgebaut. Am 7. November setzte die Warschauer Universität ihre Lehrveranstaltungen aus, damit sich die Studenten zur Armee melden konnten. Auch die Handwerksverbände richteten entsprechende Aufrufe an ihre Mitglieder sowie die Freien Pfandfindervereine Berek Joselewicz<sup>39</sup>. Am 12. Oktober hatte die polnische Armee 5164 Mann, davon 352 Offiziere, am 2. November 9233, am 10. November 9610. Sie verfügte über deutsche Mäusergewehre und Maschinengewehre 08, 7,7 cm-Kanonen sowie einen kleinen Vorrat an Munition. Ihre Uniformen glichen in Schnitt und Farbe den deutschen, aber als Kopfbedeckung hatten sie die *maciejówka*. Helme wurden nur zur Parade getragen.

Der Staatsrat beschloss, sich voraussichtlich der Einberufung eines Sejm aufzulösen. Niemand fragte noch Beseler nach der Meinung. Sein Schreiben an den Regentschaftsrat vom 8. November, mit dem er die Macht im Königreich Polen übergab, blieb ohne Reaktion. Er nutzte am 12. November seine letzte Chance, Warschau ohne Komplikationen zu verlassen.

---

39 Berek Joselewicz (Dov Ber, ca. 1764–1809) war ein polnisch-jüdischer Kaufmann und Offizier der polnischen Armee; er kämpfte unter Kościuszko in der Insurrektion von 1794, unter Dąbrowski als Offizier der Polnischen Legionen in Italien und Deutschland und fiel am 5. Mai 1809 in der Schlacht bei Kock gegen die Österreicher; A.d.Ü.

Die Botschaft vom 7. Oktober setzte Energien frei. Das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten wuchs erheblich. Am 23. Oktober erfolgte die Bildung einer neuen Regierung unter Józef Świeżyński. Als erstes brachte er die Passivisten zusammen und nahm Kontakt mit dem KNP auf. Er beabsichtigte, eine gesamtpolnische Regierung zu bilden und holte dazu Leute aus Galizien wie Stanisław Głąbiński, der Chef des am 26. Oktober eingerichteten Außenministeriums wurde. Głąbiński setzte Janusz Radziwiłłs Politik fort, in rascher Folge inoffizielle polnische Auslandseinrichtungen und Pressebüros in diplomatische Vertretungen umzuwandeln. Świeżyński trug eines der Ministerien auch einem preußischen Polen an, dem die Deutschen jedoch die Ausreise verweigerten. Ebensowenig waren die linken Unabhängigkeitsparteien, also PPS und PSL „Wyzwolenie“, im Kabinett vertreten, weil sie dieses als „Regierung der Reaktionäre“ sahen. Ohne Wissen der Regenten veröffentlichte Świeżyński am 3. November einen Aufruf zur Bildung einer nationalen Regierung bis zur Konstituierung eines Verfassunggebenden Sejm. Die Regenten erklärten dies zum Staatsstreich und verkündeten Świeżyńskis Entlassung.

Am 29. Oktober ernannten die Regenten Juliusz Zdanowski zum Kommissar für das GGL, der am 5. November im Großen Saal des Lubliner Radziwiłł-Palais die Macht vom k.u.k. Gouverneur übernahm; die Beamenschaft stellte sich ihm zur Verfügung und legte den Eid auf Polen ab. Damit war die Besatzungsherrschaft im GGL beendet, auch wenn die Entwaffnung der letzten k.u.k. Abteilungen noch bis zum 10. November andauerte. Im Osten des Lubliner Gebiets kam es stellenweise zu Konfrontationen mit den Ukrainern. Am 4. November übergab der k.u.k. Kommandant von Jasna Góra den Polen die Kontrolle über das Kloster, auf dessen Turm fortan die weiß-rote Fahne wehte.

Nach Świeżyńskis Entlassung war der Regentschaftsrat nicht mehr in der Lage, eine neue Regierung zu bilden. Der Zustand gespannter Erwartung teilte sich auch der Bevölkerung mit; dort radikalisierten sich die Forderungen von Stunde zu Stunde. Die Auseinandersetzungen gingen bereits um die zukünftige soziopolitische Gestalt Polens, während im Osten die Bolschewiki mächtiger wurden und in Deutschland, Österreich und Ungarn Revolutionen ausbrachen. „Die Revolution schließt uns von Osten und Westen her ein – zwischen zwei Feuer geraten, werden wir da nicht verbrennen?“, fragte sich Maria Lubomirska am 31. Oktober.

In dieser revolutionären Stimmung gab es meist sehr chaotische Versuche, nach bolschewistischem Muster Arbeiter- und Soldatenräte sowie Komitees auf den Landgütern zu bilden. Ein erster Rat entstand in Dąbrowa, ein zweiter in Sosnowitz. Diese von SDKPiL und PPS-Lewica beherrschten Räte erhoben radikale Forderungen nach Sozialreformen, darunter Übernahme der Fabriken durch das Proletariat und Aufteilung des Großgrundbesitzes.



Sie setzten ihre Hoffnungen darauf, dass die Rote Armee in Polen einmarschieren, die polnischen Bolschewiki die Macht übernehmen und eine Räterepublik errichten würden. Die breiteste Unterstützung erhielten die Räte von den Arbeitern in den größeren Städten des russländischen Teilungsgebiets. In den übrigen Teilungsgebieten war der Rückhalt der Räte minimal. Gleichwohl machten sich die Radikalen auch in Galizien bemerkbar, etwa in Tarnobrzeg, wo am 6. November unter Pater Eugeniusz Okoń und Tomasz Dąbal eine Volksrepublik ausgerufen wurde. Dem war eine Massenkundgebung mit 30.000 Bauern vorausgegangen. „Die Weltrevolution brennt mit heller Flamme, die alte Welt stürzt zusammen, vor uns zeichnen sich die Umriss der neuen Ordnung ab [...]. Die nächste Etappe der Revolution wird die Regierung der Diktatur des Proletariats in Deutschland wie in Polen ins Leben rufen“, schrieb Julian Marchlewski in der *Trybuna* (Tribüne), dem Organ der SDKPiL. Doch war die polnische revolutionäre Bewegung im Vergleich zu anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa schwach, weil sie kaum Rückhalt in der Gesellschaft besaß.

Die bolschewistisch ausgerichteten Parteien bildeten also keine große Gefahr – zumindest vorläufig nicht – für die polnische Unabhängigkeitsbewegung. Bedeutsamere Gegner hatten die Irredentisten immer noch in den Monarchisten und der konservativen Rechten, die den Rückhalt der Regentschaft bildeten. Die Führer der Unabhängigkeitsbewegung hielten daher die Zeit des Handelns für gekommen, um Meinungsführerschaft und Macht nicht den Konservativen zu überlassen. Das Organ der PPS, der *Robotnik* (Arbeiter), schrieb, der Fortbestand des Regentschaftsrats sei „eine Schande und Absurdität“. In der Nacht vom 6. auf den 7. November nahm die POW Lublin in Besitz. Am 6. November entsandte Rydz-Śmigły seinen Adjutanten nach Krakau, um Daszyński abzuholen, der einer neuen Volksregierung vorsitzen sollte. Dieser traf am 7. November ein. Die linken Flügel von PPS und PSL Wyzwolenie beriefen in Lublin eine eigene Provisorische Regierung der Volksrepublik Polen. Sie nahm Sitz im Lubomirski-Palais, zuvor Amtssitz des k.u.k. Generalgouverneurs. „Die Welt der Reaktion und des Vergleichs soll untergehen“; „Die Stunde der Völker hat geschlagen“; „Fort mit der Unfreiheit“ waren Parolen auf den bei dieser Gelegenheit verbreiteten Flugblättern. Die Provisorische Regierung kündigte ein republikanisches Staatswesen und zahlreiche Sozialreformen an. Zu den Ministern der Daszyński-Regierung gehörten Stanisław Thugutt, Tomasz Arciszewski, Jędrzej Moraczewski und Edward Rydz-Śmigły, der zum General befördert und zum Kriegsminister gemacht wurde. Die Provisorische Regierung plante, den vom Regentschaftsrat ernannten Stabschef Rozwadowski festzunehmen und nach Lublin zu bringen, doch fanden sich keine Freiwilligen dafür. Außerhalb der „Lubliner Republik“ wurde die Daszyński-Regierung praktisch nicht anerkannt, und selbst in Lublin war

die Zahl ihrer Unterstützer begrenzt. Während die Daszyński-Regierung es kaum schaffte, in der Stadt ihre eigenen Büros zu organisieren, blieb das Umland weitgehend unter der Kontrolle der POW.

Der wahre Gegner der Daszyński-Regierung bestand nicht in der monarchistischen Rechten, sondern in der Nationaldemokratie, die über starken Rückhalt in der Gesellschaft verfügte. Die Nationaldemokraten sahen die Provisorische Regierung als „usurpatorisch, spalterisch, arrogant, geschaffen von einem Dutzend Demagogen und Agitatoren“. Ihr Vorwurf an PPS und PSL Wyzwolenie lautete, die „dunklen und hungrigen Massen“ aufzuhetzen und „radikalen Terror“ zu verbreiten. Zu Anfang erlangte die Lubliner Regierung bedingte Unterstützung durch das PSL Piast, doch Witos erklärte bei einer Sitzung, nachdem er deren wahre Ausrichtung erkannt hatte, er müsse kurz austreten, um einige Stunden später in Krakau aus dem Zug zu steigen. Der Regentschaftsrat erklärte die Einrichtung der Daszyński-Regierung zur Rebellion und plante, drei Bataillone zur ihrer Absetzung zu entsenden, konnte das aber nicht mehr umsetzen. Die Macht lag praktisch auf der Straße. Die Lubliner Regierung hatte keine Unterstützung in der Bevölkerung, die des Regentschaftsrats schwand dahin. Auch der Handlungsspielraum der PKL fiel eher bescheiden aus. Während sich alles in rasendem Tempo veränderte und im Chaos versank, war es unmöglich, die weitere Entwicklung vorauszusehen.

In dieser Lage warteten alle auf den großen Retter, nämlich Piłsudski. Mit dieser lebenden Legende konnte niemand konkurrieren. Schon viele Wochen waren Gerüchte im Umlauf, seine Rückkehr stehe unmittelbar bevor. Das war allerdings ein frommer Wunsch; Beseler gehörte zu denen, die fürchteten, die Ankunft des Kommandeurs würde augenblicklich einen von der POW angeführten Aufstand gegen die Deutschen ausbrechen lassen. Am 16. Oktober schien an Piłsudskis Rückkehr endgültig kein Zweifel mehr zu bestehen. „Vor dem Wiener Bahnhof wartete die Menge auf die Ankunft von Brigadegeneral Piłsudski [...]. Man führte Bilder des Brigadiers mit. Vor dem Schloss wurden Hochrufe auf Piłsudski und andere Parolen laut“, hieß es in einem Bericht. Die Deutschen wiegelten ab, es handle sich lediglich um völlig haltlose Gerüchte. „Ich fuhr mit der Straßenbahn zurück und sah auf der Marszałkowska, nahe dem Wiener Bahnhof, eine riesige Menge auf die Ankunft Piłsudskis warten, und in der Straßenbahn wurde von nichts anderem gesprochen“, trug Maria Dąbrowska unter dem 16. Oktober in ihr Tagebuch ein.

Piłsudski wurde schließlich am 9. November aus der Magdeburger Festungshaft entlassen. Zuvor hatten die Deutschen noch versucht, ihm das Zugeständnis abzupressen, als polnischer Staatschef nichts wegen des preußischen Teilungsgebiets zu unternehmen. Das hatte er abgelehnt. Die Deutschen hatten in Wahrheit keine andere Wahl, als ihn freizulassen, denn

in Berlin herrschte bereits Revolution, und es wurde befürchtet, die Revolutionäre könnten die Festung Magdeburg angreifen. Harry Graf Kessler, der damals die Unterhandlungen mit Piłsudski führte, sprach sich für eine umgehende Evakuierung aus; Kessler steckte ihn und Sosnkowski schließlich in den Salonwagen, der beide von Berlin nach Warschau brachte. Am 10. November traf der Zug um halb acht Uhr auf dem Hauptbahnhof in Warschau ein. Es war Sonntag früh, und Piłsudski wurde nur von wenigen in Empfang genommen, darunter Adam Koc, Warschauer POW-Kommandeur, sowie dem Regenten Lubomirski, der ihn zu sich in seine Villa auf der Frascate-Straße einlud. Um halb drei am Nachmittag übertrug ihm der Regentschaftsrat die Befehlsgewalt über die Armee, um halb fünf fand sich Piłsudski im erzbischöflichen Palais ein. „Piłsudski trifft um fünf vor zwölf in Polen ein! Auf dass er es schaffen möge, [...] das Schiff durch die Riffe in den Hafen zu steuern“, kommentierte Maria Lubomirska, Ehefrau des Regenten. Die PKL erkannte Piłsudskis Autorität an. Die Provisorische Regierung in Lublin tat dem gleich und stellte sich ihm zur Verfügung. Nur die polnischen Institutionen des preußischen Teilungsgebiets sperrten sich dagegen und anerkannten den KNP als eigentliche Machtinstanz, der auch für die verbündeten Mächte das polnische Repräsentationsorgan war.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1918 begann die Entwaffnung der deutschen Truppen im GGW, nachdem sie den *beselerzczy* bereits am Vortag einige militärische Objekte, Kasernen und Wachen übergeben hatten. In Warschau und vielen weiteren Städten wurden die Garnisonen von Soldatenräten geleitet, in denen vorwiegend Landsturmsoldaten saßen, die so rasch wie möglich nach Hause wollten. Jetzt waren sie zu überzeugen, Waffen, Ausrüstung und Militärdepots zu übergeben, als Gegenleistung gegen freien Abzug. Noch am 10. November baten Deputierte des deutschen Soldatenrates Piłsudski um ein Gespräch, der sich trotz Erschöpfung darauf einließ, Verhandlungen aufzunehmen. Tags darauf wurden diese im Namen Piłsudskis von Ignacy Boerner fortgesetzt. Dieser überzeugte die Deutschen, sie würden unbehelligt nach Hause kommen, müssten an der Grenze aber die Waffen abliefern. Die in Warschau ausgehandelte Vereinbarung verhinderte ein Blutvergießen, allerdings kam es gelegentlich in anderen Städten zu Schusswechseln und Todesopfern. Die POW übernahm die Hauptaufgabe bei der Entwaffnung. Ihre Zeit war gekommen. Darauf hatte sie sich seit Jahren vorbereitet; trotzdem waren ihre Kommandeure vom Tempo der Vorgänge überrascht. Die Lage war allerdings in jeder Garnison anders.

Polen begann den Staatsaufbau und den Kampf um politische Ordnung und Grenzen, was sich als sehr viel schwieriger erwies als die Erlangung der Unabhängigkeit an und für sich. Der 11. November war ein grauer, nebliger und kalter Tag. In Warschau waren „Volksmengen auf der Straße. Normaler Straßenbahnbetrieb [...] inmitten von dem allen entsteht Polen.

Und niemand sieht, wie schön es ist. Niemand bemerkt es inmitten dieses Tumults“, schrieb Maria Dąbrowska. Mit der Zeit nahm dieser Tag andere Farben an und wurde heller und schöner. Er wurde zum symbolischen, sakralisierten und mythologisierten Tag. Er wurde mit der Zeit mit Piłsudski und der Wiedergeburt Polens assoziiert.

Seit dem 11. November 1918 war Piłsudski nicht mehr aus der Geschichte Polens wegzudenken. Der Große Krieg hatte seinem Leben eine völlig neue Richtung gegeben. Seine Erfolge wären nicht möglich gewesen, wenn er sie nicht vor Kriegsausbruch sorgsam vorbereitet hätte. Bis zum August 1914 war er lediglich einer kleinen Gruppe galizischer Irredentisten bekannt gewesen. Als Berufsrevolutionär und Sozialist wurde er ständig von den Spitzeln der k.u.k. Polizei und des Nachrichtendienstes verfolgt. Auch die galizische Presse war gegen ihn. Es kam vor, dass sein Name wie im Polizeibericht als „Józef P.“ abgekürzt wurde; damit war er als verdächtiger Mensch und Krimineller abgestempelt. In Lemberg und Krakau galt er in der besseren Gesellschaft als Nihilist, Verschwörer und Gottloser. Man nannte ihn einen gefährlichen Moskowiter; denn es sei nicht auszuschließen, dass er mit der zarischen Ochrana zusammenarbeite und seine antirussischen Ansichten nur der Tarnung seiner wahren Aufgaben diene.

Der Untergrund war über Jahre Piłsudskis natürliches Ambiente. Es trafen sich mit ihm fast ausschließlich politisch und ideologisch Gleichgesinnte und linke Intellektuelle. Wäre es nicht zum Krieg gekommen oder wäre dieser rasch zu Ende gegangen, wäre er nicht zum polnischen Nationalhelden aufgestiegen. Seinen Platz in der Geschichte verdankt er der Wiederentstehung der Rzeczpospolita. Vielen anderen Politikern bot der Große Krieg ähnliche Chancen; sie wussten sie jedoch nicht annähernd so gut zu nutzen. Als einziger ging Piłsudski in den nationalen Pantheon ein. Seine engsten Freunde konnten und wollten nicht mit ihm in Wettbewerb treten, sondern schrieben ihm alle Verdienste zu. Es siegte ein souveränes, republikanisches Polen, wie es sich die Irredentisten und Schützen bereits vor dem Krieg vorgestellt hatten. So konnte Piłsudski der Sieger sein, der mit Geist und Verstand seine Landsleute zum Erfolg führte. Vor dem Krieg hatte er das Kapital zusammengetragen, das er während des Kriegs investierte. Die Beschleunigung der Geschichte durch den Krieg ging nicht allein auf ihn zurück, doch er hatte daran großen Anteil.



# Glossar

**Aktivisten.** Angehörige der polnischen Unabhängigkeitsbewegung des russländischen Teilungsgebiets, die nach dessen Okkupation durch Deutschland und Österreich-Ungarn bereit waren, mit den Besatzungsmächten in der Hoffnung zu kooperieren, die polnische Unabhängigkeit wiederherzustellen.

**Annektierte/inkorporierte Gebiete.** Das auf dem Wiener Kongress 1815 gebildete, mit dem Russländischen Kaiserreich in Personalunion verbundene Königreich Polen („Kongresspolen“) umfasste nicht alle Gebiete im Nordosten der alten Republik Polen, die durch die drei Teilungen des 18. Jahrhunderts bzw. die neuen Teilungsvereinbarungen auf dem Kongress an Russland fielen; die östlich der kongresspolnischen Grenze gelegenen alten polnischen Gebiete blieben von Russland annektiert und wurden als russländische Gouvernements verwaltet; nach der Besetzung durch deutsche Truppen wurden sie Bestandteil des Militärverwaltungsgebiets Ober Ost.

**Deutscher Ostmarkenverein.** 1894 in Posen gegründete, deutsch-nationalistische Organisation, deren Zweck die Förderung der deutschen Ansiedlung und Wirtschaft im preußischen Teilungsgebiet und die Zurückdrängung der polnischen Nationalbewegung war. Nach den Vereinsgründern Ferdinand von Hansemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann war der Ostmarkenverein auch als „HKT“, seine Mitglieder als „Hakatisten“ bekannt.

**Endecja.** Landläufige Bezeichnung nach den Initialen der von Roman Dmowski begründeten Nationalen Demokratie (*Narodowa Demokracja*), einer polnisch-nationalistischen, antideutsch und antisemitisch geprägten Partei, die die polnische Unabhängigkeit durch Anlehnung an Russland zurückzugewinnen hoffte.

**Galizien.** Historische Region im Süden der polnischen Adelsrepublik, die heute über die Republik Polen (Westgalizien, auch als Klempolen bezeichnet, darin die alte polnische Haupt- und Krönungsstadt Krakau) und die Ukraine (Ostgalizien, ukr. Haličyna) verteilt ist. Mit der ersten Teilung Polens von 1772 wurde das Gebiet als Kronland Galizien und Lodomerien Bestandteil der Habsburgermonarchie. Es erlangte 1867/1873 im Zuge des galizischen Ausgleichs politische Autonomie mit eigener Verwaltung, Schulwesen, Landtag und polnischer Amtssprache. Sitz des Landesparlaments und der Regierung unter einem Statthalter war Lemberg (poln. Lwów, ukr. L'viv).

**Großpolen.** Historische Region im Westen der alten Adelsrepublik mit Posen (poln. Poznań) als Metropole. Der größte Teil des Gebiets war als Großherzogtum Posen nach 1815 Bestandteil des preußischen Teilungsgebiets.

**Kongresspolen.** Landläufige Bezeichnung des auf dem Wiener Kongress 1814/15 aus Teilen des russländischen Teilungsgebiets gebildeten Königreichs Polen, das zunächst über eigene Verfassung, Regierung und Armee verfügte. Konstitutionell-monarchisches Oberhaupt war in Personalunion der russländische Kaiser. Die politische und administrative Autonomie wurde nach der Niederschlagung der polnischen Aufstände von 1830/31 und 1863/64 schrittweise aufgehoben, das Königreich schließlich in ein russisches Generalgouvernement („Weichselland“) umgewandelt. In der vorliegenden Übersetzung wird die Bezeichnung „Kongresspolen“ durchgehend verwendet, um eine Verwechslung mit dem im November 1916 ausgerufenen Königreich Polen („Regentschaftskönigreich“) zu vermeiden.

**Königlich Preußische Ansiedlungskommission in den Provinzen Westpreußen und Posen.** 1886 gebildete Einrichtung mit Sitz in Posen. Zweck war der Aufkauf von verschuldeten polnischen Adelsgütern zur Ansiedlung deutscher Siedler als Kern der gegen die polnische Nationalbewegung gerichteten bevölkerungs- und nationalpolitischen Maßnahmen der preußischen Regierung in den Ostprovinzen.

**Passivisten.** Diejenigen Angehörigen der polnischen Nationalbewegung, die nach der Besetzung Kongresspolens durch die Mittelmächte jede Kooperation mit der Besatzungsverwaltung verweigerten. Dazu zählten in erster Linie konservative russländische Loyalisten und Angehörige der *Endecja*.

**Podolaken.** Gruppe polnischer Konservativer aus dem ostgalizischen Podolien, die nach der Besetzung des Gebiets durch russländische Truppen weiterhin eine loyale habsburgisch-reichspatriotische Gesinnung vertraten.

**Polnischer Klub.** Poln. *Koło Polskie* war parteiübergreifend die Bezeichnung jeweils für die Gruppe der polnischen Abgeordneten im Berliner Reichstag wie im Wiener Reichsrat.

**Realisten.** Gruppe polnischer Konservativer, die auch nach der Besetzung Kongresspolens durch die Mittelmächte ihre russländische Loyalität aufrechterhielten. Ihr politisches Organ wurde die Partei *Realer Politik* (das *Stronnictwo Polityki Realnej*).

**Regentschaftsrat.** Die Besatzungsmächte setzten am 18. September 1917 einen dreiköpfigen Regentschaftsrat ein, bestehend aus dem Warschauer Erzbischof Aleksander Kardinal Kakowski, Zdzisław Fürst Lubomirski und Józef Ostrowski. Er übte formal anstelle des noch nicht benannten



Monarchen die exekutive Gewalt aus, war tatsächlich aber bei allen wesentlichen Entscheidungen von der Besatzungsverwaltung abhängig. Am 11. November 1918 trat der Regentschaftsrat sämtliche exekutiven Vollmachten an Józef Piłsudski ab.

**Sokół.** Poln. „Falke“, Sammelbezeichnung für die seit den 1860er Jahren in Galizien, seit den 1880er Jahren auch im preußischen Teilungsgebiet tätige, patriotisch-nationalistisch geprägte polnische Turnerbewegung.

**Trialisten.** Gruppe derjenigen reichspatriotischen galizischen Konservativen, die die Umwandlung der habsburgischen Doppelmonarchie in eine trialistische Monarchie anstrebten, in der ein Königreich Polen mit dem österreichischen und dem ungarischen Reichsteil gleichgestellt sein sollte.



# Literaturverzeichnis

- Achmatowicz, Aleksander: *Polityka Rosji w kwestii polskiej w pierwszym roku Wielkiej Wojny* [Die Politik Russlands in der polnischen Frage im ersten Jahr des Großen Kriegs] 1914–1915, Warszawa 2003
- Bachturina, Aleksandra Jur'evna: *Polityka Rossijskiej Imperii v Vostočnoj Galicii v gody Pervoj mirovoj wojny* [Die Politik des Russländischen Reiches in Ostgalizien während des Ersten Weltkriegs], Moskva 2000
- Baczkowski, Michał/Ruszała, Kamil Hg.: *Doświadczenia żołnierskie Wielkiej Wojny. Studia i szkice dziejów frontu wschodniego I wojny światowej* [Erfahrungen von Soldaten des Großen Kriegs. Untersuchungen und Skizzen zur Geschichte der Ostfront des Ersten Weltkriegs], Kraków 2016
- Baczkowski, Michał/Ruszała, Kamil Hg.: *Front wschodni I wojny światowej. Studia z dziejów militarnych i polityczno-społecznych* [Die Ostfront im Ersten Weltkrieg. Untersuchungen zur Militär-, Politik- und Gesellschaftsgeschichte], Kraków 2013
- Bagiński, Henryk: *Wojsko Polskie na wschodzie* [Die Polnische Armee im Osten] 1914–1920, Warszawa 1921
- Bator, Juliusz: *Wojna galicyjska. Działania armii austro-węgierskiej na froncie północnym (galicyjskim) w latach* [Der galizische Krieg. Die Operationen der österreich-ungarischen Armee an der nördlichen (galizischen) Front in den Jahren] 1914–1915, Kraków 2005
- Bednarz, Piotr: *Dylematy neutralnych. Szwajcarska opinia publiczna wobec kwestii polskiej* [Die Dilemmata der Neutralen. Die schweizerische öffentliche Meinung zur polnischen Frage] 1914–1918, Kraków 2005
- Bednarz, Piotr: *Edmond Privat i jego działalność na rzecz Polski w czasie pierwszej wojny światowej* [E. P. und sein Einsatz für Polen während des Ersten Weltkriegs], Lublin 2003
- Borodziej, Włodzimierz/Górny, Maciej: *Nasza wojna* [Unser Krieg]. Bde. 1–2, Warszawa 2014–2018; dt. Ausgabe: *Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923*. Bde. 1–2, Darmstadt 2018
- Buława, Edward: *Egzamin wobec Polski. Ślązacy cieszyńscy w czynie legionowym w latach I wojny światowej* [Polnische Bewährung. Die Teschener Schlesier in den Legionen während des Ersten Weltkriegs], Cieszyn 1998
- Cabaj, Jarosław: *Społeczeństwo guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej* [Die Gesellschaft des Gouvernements Chełm unter deutscher und österreichischer Besatzung während des Ersten Weltkriegs], Siedlce 2006

- Chwalba, Andrzej: *1914–1918. An Anatomy of Global Conflict*, Kraków 2014
- Chwalba, Andrzej: *Józef Piłsudski historyk wojskowości* [J. P. als Militärhistoriker], Kraków 1993
- Chwalba, Andrzej: *Legiony Polskie* [Die Polnischen Legionen] 1914–1918, Kraków 2018
- Chwalba, Andrzej: *Samobójstwo Europy. Wielka Wojna* [Der Selbstmord Europas. Der Große Krieg] 1914–1918, Kraków 2014
- Cimek, Henryk: *Walka ludowców o Polskę, jej granice i ustrój w latach* [Der Kampf der Volksparteiler um Polen, seine Grenzen und Verfassung in den Jahren] 1914–1922, Rzeszów 2008
- Cisek, Janusz/Stepan, Kamil: *Lista strat Legionów Polskich* [Verlustliste der Polnischen Legionen] 1914–1918, Kraków 2006
- Cisek, Marek u.a.: *Legenda Legionów. Opowieść o Legionach oraz ludziach Józefa Piłsudskiego* [Die Legende der Legionen. Erzählung von den Legionen und Leuten des J. P.], Warszawa 2008
- Conze, Werner: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln, Graz 1958
- Cygan, Wiktor Krzysztof: *Słownik biograficzny oficerów Legionów Polskich* [Biographisches Wörterbuch der Offiziere der Polnischen Legionen]. Bde. 1–2, Warszawa 1992–1998
- Czerep, Stanisław: *Bitwa pod Łuckiem. Walne starcie zbrojne kampanii 1916 roku na wschodnim teatrze wydarzeń militarnych pierwszej wojny światowej (4 czerwca – 10 lipca)* [Die Schlacht von Luc'k. Die Entscheidungsschlacht des Feldzugs von 1916 auf dem östlichen Kriegsschauplatz des Ersten Weltkriegs (4. Juni bis 10. Juli)], Białystok 2003
- Czerep, Stanisław: *II Brygada Legionów Polskich* [Die Zweite Brigade der Polnischen Legionen], Warszawa 1991
- Czerep, Stanisław: *Operacje wołyńskie ofensywy Brusilowa 4 czerwca – 10 sierpnia 1916* [Die wolhynischen Operationen der Brusilovoffensive 4. Juni bis 10. August 1916], Białystok 1999
- Diemjaniuk, Bożena: *Bieżeńcy* [Die Flüchtlinge], Łomża 2006
- Di Nardo, Richard L.: *Breakthrough. The Gorlice-Tarnow Campaign, 1915*, Santa Barbara Cal. u.a. 2010
- Dowling, Timothy C.: *The Brusilov Offensive*, Bloomington 2008
- Drozdowski, Marian Marek: *Warszawa w latach* [Warschau in den Jahren] 1914–1939, Warszawa 1990
- Duda, Oktawian: *Cmentarze I wojny światowej w Galicji Zachodniej 1914–1918. World War I cemeteries in Western Galicia*, Warszawa 1995

- Dufurat, Joanna: *Kobiety w kręgu lewicy niepodległościowej. Od Ligi Kobiet Pogotowia Wojennego do Ochotniczej Legii Kobiet* [Frauen im Umfeld der linken Unabhängigkeitsbewegung. Von der Frauenliga für die Kriegsbereitschaft bis zur Freiwilligen Frauenlegion] (1908–1918/1919), Toruń 2001
- Dunin-Wąsowicz, Krzysztof: *Francuska opinia publiczna wobec sprawy polskiej i Polaków w latach* [Die französische öffentliche Meinung [Die französische öffentliche Meinung zur polnischen Frage und den Polen in den Jahren] 1895–1914, Warszawa 1999
- Dunin-Wąsowicz, Krzysztof: *Warszawa w czasie pierwszej wojny światowej* [Warschau im Ersten Weltkrieg], Warschau 1974
- Florkowska-Frančić, Halina: *Między Lozanną, Fryburgiem i Vevey. Z dziejów polskich organizacji w Szwajcarii w latach* [Zwischen Lausanne, Freiburg und Vevey. Aus der Geschichte der polnischen Organisationen in der Schweiz in den Jahren] 1914–1917, Kraków 1997; dt. Ausgabe: „*Die Freiheit ist eine grosse Sache*“. *Aktivitäten polnischer Patrioten in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs*, Basel 2014
- Forstner, Franz: *Przemyśl. Österreich-Ungarns bedeutendste Festung*, Wien 1987; poln. Ausgabe: *Twierdza Przemyśl* [Festung Przemyśl], Warszawa 2000
- Friszke, Andrzej: *O kształt Niepodległej* [Um die Form der unabhängigen Republik], Warszawa 1989
- Galántai, József: *Hungary in the First World War*, rev. v. Mark Goodman, Budapest 1989
- Gatrell, Peter: *A Whole Empire Walking. Refugees in Russia During World War I*, Bloomington Ind. 1999
- Gaul, Jerzy: *Działalność wywiadowczo-informacyjna obozu niepodległościowego w latach* [Die Informations- und nachrichtendienstliche Tätigkeit des Unabhängigkeitslagers in den Jahren] 1914–1918, Warszawa 2001
- Gaul, Jerzy: *Kancelaria Generalnego Gubernatorstwa Wojskowego w Lublinie* [Die Kanzlei des Militärgeneralgouvernements in Lublin] 1915–1918, Warszawa 1998
- Giza, Jerzy: *Organizacja „Wolność“ 1918. Polska konspiracja niepodległościowa w cesarsko-królewskiej armii podczas I wojny światowej i losy jej bohaterów* [Die Organisation „Freiheit“ 1918. Die polnische Unabhängigkeitsbewegung im Untergrund in der kaiserlich-königlichen Armee im Ersten Weltkrieg und was aus ihren Helden wurde], Kraków 2011
- Górski, Artur: *Podolacy. Obóz polityczny i jego liderzy* [Die Podolaken. Das politische Lager und seine Führer], Warszawa 2013

- Grinberg, Daniel/Snopko, Jan/Zackiewicz, Grzegorz Hg.: *Lata Wielkiej Wojny. Dojrzewanie do niepodległości* [Die Jahre des Großen Kriegs. Das Heranreifen zur Unabhängigkeit] 1914–1918, Białystok 2007
- Grinberg, Daniel/Snopko, Jan/Zackiewicz, Grzegorz Hg.: *Rok 1918 w Europie Środkowo-Wschodniej* [Das Jahr 1918 in Ostmitteleuropa], Białystok 2010
- Grysińska-Jarmuła, Katarzyna: *Hrabia Bogdan Hutten-Czapski (1851–1937). Żołnierz, polityk i dyplomata* [B. Graf H.-Cz. Soldat, Politiker und Diplomat], Toruń 2011
- Hapanowicz, Piotr: *Generał Zygmunt Zieliński (1858–1925). Szkic do portretu* [General Z. Z. Eine Porträtskizze], Kraków 2012
- Holzer, Jerzy/Molenda, Jan: *Polska w pierwszej wojnie światowej* [Polen im Ersten Weltkrieg], 1963, 3. Aufl. 1973
- Hubiak, Piotr: *Belina i jego ułani* [B. und seine Ulanen], Kraków 2003
- Jankowski, Stanisław M.: *Dziewczęta w maciejówkach* [Mädchen mit Militärmützen], Warszawa 2012
- Jasiński, Zenon/Rędziński, Kazimierz: *Polscy uchodźcy i polskie szkoły w Czechach i na Morawach w czasie I wojny światowej* [Polnische Flüchtlinge und polnische Schulen in Böhmen und Mähren während des Ersten Weltkriegs], Opole 1995
- Jędrzejewicz, Wacław: *Józef Piłsudski 1867–1935. Życiorys* [Eine Lebensbeschreibung], Londyn 1982
- Juśko, Edmund: *Szkolnictwo polskie na terenie Galicji w dobie Wielkiej Wojny* [Das polnische Schulwesen in Galizien während des Großen Kriegs], Tarnów, Łapczyca 2016
- Kaczmarek, Ryszard: *Polacy w armii kajzera na frontach pierwszej wojny światowej* [Die Polen in der Armee des Kaisers an den Fronten des Ersten Weltkriegs], Kraków 2014
- Kargol, Tomasz: *Odbudowa Galicji ze zniszczeń wojennych w latach 1914–1918*, Kraków 2012
- Kawalec, Krzysztof: *Roman Dmowski*, Warszawa 2009
- Klimecki, Michał: *Gorlice 1915*, Warszawa 1991
- Klimecki, Michał: *Łowczówek 1914*, Warszawa 1993
- Klimecki, Michał: *Polskie formacje zbrojne w I wojnie światowej. W osiemdziesiątą rocznicę wybuchu I wojny światowej* [Die polnischen bewaffneten Formationen im Ersten Weltkrieg. Zum achtzigsten Jahrestag des Ausbruch des Ersten Weltkriegs], Warszawa 1994
- Klimecki, Michał/Filipow, Krzysztof: *Legiony Polskie. Dzieje bojowe i organizacyjne* [Die Polnischen Legionen. Organisations- und Feldzugsgeschichte], Warszawa 2014

- Klimecki, Michał/Klimczak, Władysław: *Legiony Polskie* [Die Polnischen Legionen], Warszawa 1990
- Knebel, Jerzy: *Rząd pruski wobec sprawy polskiej w latach* [Die preußische Regierung und die polnische Frage in den Jahren] 1914–1918, Poznań 1963
- Kobyłarczyk, Katarzyna: *Wielki wybuch* [Die große Explosion] 1914–1918, Kraków 2014
- Kochanowski, Jerzy: *Zapomniany prezydent... Życie i działalność Ignacego Boernera* [Der vergessene Präsident... Leben und Tätigkeit I. Boerners] 1875–1933, Warszawa 1993
- Kołodziejczyk, Ryszard Hg.: *Spółczesność polskie w dobie I wojny światowej i wojny polsko-bolszewickiej 1920 roku* [Die polnische Gesellschaft während des Ersten Weltkriegs und des Polnisch-Sowjetischen Kriegs von 1920], Kielce 2001
- Konefał, Jan: *Jastków 1915. Historia i pamięć* [Geschichte und Erinnerung], Lublin 2003
- Korzeniowski, Mariusz: *Na wygnanym szlaku... Działalność Centralnego Komitetu Obywatelskiego Królestwa Polskiego na Białorusi w latach* [Auf Flüchtlingswegen ... Die Tätigkeit des Zentralen Bürgerkomitees des Königreichs Polen in Belarus in den Jahren] 1915–1918, Lublin 2001
- Korzeniowski, Mariusz: *Za Złotą Bramą. Działalność społeczno-kulturalna Polaków w Kijowie w latach* [Hinter dem Goldenen Tor. Die soziale und kulturelle Tätigkeit der Polen in Kiew in den Jahren] 1905–1920, Lublin 2009
- Korzeniowski, Mariusz/Mądzik, Marek/Tarasiuk, Dariusz: *Tułaczy los. Uchodźcy polscy w imperium rosyjskim w latach pierwszej wojny światowej* [Wanderschicksal. Die polnischen Flüchtlinge im Russländischen Reich während des Ersten Weltkriegs], Lublin 2007
- Kosiński, Paweł: *Prusy Zachodnie 1914, Pomorze 1920. Ludność regionu wobec przemian politycznych okresu I wojny światowej* [Westpreußen 1914, Pommern 1920. Die Bevölkerung der Region und die politischen Veränderungen der Zeit des Ersten Weltkriegs], Warszawa 2002
- Kotowski, Robert/Michalska-Bracha, Lidia/Przeniosło, Małgorzata Hg.: *O wojnę powszechną za wolność ludów... I wojna światowa na ziemiach polskich – aspekty społeczne, polityczne i militarne. Studia i materiały* [Für den allgemeinen Krieg um die Freiheit der Völker... Der Erste Weltkrieg in den polnischen Gebieten – soziale, politische und militärische Aspekte. Untersuchungen und Materialien], Kielce 2014
- Kowalski, Robert: *Małopolska i Podhale w latach wielkiej wojny 1914–1918. Materiały z ogólnopolskiej konferencji naukowej zorganizowanej z okazji 90. rocznicy wybuchu I wojny światowej, Nowy Targ, 27–29 sierpnia 2004 r.* [Kleinpolen und Podhale während des Ersten Weltkriegs]



- 1914–1918. Materialien einer gesamtpolnischen wissenschaftlichen Konferenz aus Anlass des 90. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, Nowy Targ, 27.–29. August 2004], Teile 1–2, Nowy Targ 2005–2009
- Kraków w czasie I wojny światowej. Materiały sesji naukowej z okazji Dni Krakowa w roku* [Krakau während des Ersten Weltkriegs. Beiträge zu einer wissenschaftlichen Konferenz anlässlich der Tage Krakaus im Jahr] 1988, Kraków 1990
- Kramarz, Henryka: *Samorząd Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w życiu miasta* [Die Lokalverwaltung von Lemberg während des Ersten Weltkriegs und ihre Rolle im Leben der Stadt], Kraków 1994
- Lewandowski, Jan: *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką* [Das Königreich Polen unter österreichischer Besatzung] 1914–1918, Warszawa 1980
- Lewandowski, Jan: *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier* [Das Königreich Polen und Österreich-Ungarn] 1914–1918, Warszawa, Łódź 1986
- Liulevicius, Vejas Gabriel: *War land on the Eastern Front. Culture, national identity and German occupation in World War I*, Cambridge 2001; dt. Ausgabe: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002
- Łossowski, Piotr: *Zerwane pęta. Usunięcie okupantów z ziem polskich w listopadzie 1918 roku* [Gesprengte Fesseln. Die Entfernung der Besatzer aus den polnischen Gebieten im November 1918], Warszawa 1986
- Machnik, Jan/Rojek, Wojciech Hg.: *Stan świadomości narodowej Polaków w przededniu niepodległości. Materiały z posiedzenia naukowego zorganizowanego z okazji 90-lecia odzyskania niepodległości w 1918 roku* [Der Zustand des nationalen Bewusstseins der Polen am Vorabend der Unabhängigkeit. Beiträge zu einer wissenschaftlichen Sitzung anlässlich des 90. Jahrestags der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit 1918], Kraków 2010
- Mądzik, Marek: *Polskie Towarzystwo Pomocy Ofiarom Wojny w Rosji w latach I wojny światowej* [Die Polnische Gesellschaft für Kriegsopferhilfe in Russland während des Ersten Weltkriegs], Lublin 2011
- Majchrowski, Jacek: *Pierwsza Kompania Kadrowa. Portret oddziału* [Die Erste Kaderkompanie. Porträt einer Einheit], Kraków 2002
- Mędrzecki, Włodzimierz: *Niemiecka interwencja militarna na Ukrainie w 1918 roku* [Die deutsche militärische Intervention in der Ukraine 1918], Warszawa 2000
- Mich, Włodzimierz: *Jan Stecki (1871–1954). Portret polityka ziemiańskiego* [Porträt eines Politikers aus dem Landadel], Lublin 1990

- Mikietyński, Piotr: *Generał Stanisław hrabia Szeptycki. Między Habsburgami a Rzeczpospolitą (okres 1867–1918)* [General S. Graf Sz. Zwischen Habsburgern und Rzeczpospolita (Zeitraum 1867–1918)], Kraków 1999
- Milewska, Waława/Nowak, Janusz Tadeusz/Zientara-Malewska, Maria: *Legiony Polskie 1914–1918. Zarys historii militarnej i politycznej* [Die Polnischen Legionen 1914–1918. Abriss der militärischen und politischen Geschichte], Kraków 1998
- Miodowski, Adam: *Wychodźcze ugrupowania demokratyczne wobec idei polskiego wojska w Rosji w latach* [Demokratische Flüchtlingsgruppierungen und die Idee einer polnischen Armee in Russland in den Jahren] *1917–1918*, Białystok 2002
- Miodowski, Adam: *Związki Wojskowych Polaków w Rosji* [Soldatenverbände der Polen in Russland] *1917–1918*, Białystok 2004
- Moczulski, Leszek: *Przerwane powstanie polskie* [Der unterbrochene polnische Aufstand] *1914*, Warszawa 2010
- Molenda, Jan: *Chłopi, naród, niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przededniu odrodzenia Polski* [Bauern, Nation, Unabhängigkeit. Die Herausbildung nationaler und bürgerlicher Haltungen der Bauern in Galizien und im Königreich Polen am Vorabend der Wiedergeburt Polens], Warszawa 1999
- Molenda, Jan: *Piłsudzczyca a narodowi demokraci* [Die Piłsudski-Leute und die Nationaldemokraten] *1908–1918*, Warszawa 1980
- Mrocza, Ludwik: *Spór o Galicję Wschodnią* [Der Streit um Ostgalizien] *1914–1923*, Kraków 1998
- Nałęcz, Tomasz: *Irredenta polska* [Die polnische Irredenta], Warszawa 1992
- Nałęcz, Tomasz: *Polska Organizacja Wojskowa* [Die Polnische Militärorganisation] *1914–1918*, Wrocław 1984
- Naumann, Friedrich: *Mitteleuropa*, Berlin 1915
- Neander, Joachim: *The German Corpse Factory. The Master Hoax of British Propaganda in the First World War*, Saarbrücken 2013
- Neiberg, Michael S./Jordan, David: *The Eastern Front 1914–1920. From Tannenberg to the Russo-Polish War*, London 2008
- Nowak, Janusz Tadeusz: *Szlak bojowy Legionów Polskich. Wydanie pamiątkowe z okazji 100. rocznicy wymarszu I Kompanii Kadrowej* [Die Feldzüge der Polnischen Legionen. Gedächtnisausgabe anlässlich des 100. Jahrestags des Ausmarsches der Ersten Kaderkompanie] *1914–2014*, Kraków 2014

- Oettingen, Urszula: *Czarkowy – na drodze do niepodległości* [Cz. – auf dem Weg zur Unabhängigkeit]. Bd. 1: *Bój 16 – 24 września 1914 r.* [Die Kämpfe vom 16. bis 24. September 1914], Kielce 2002
- Orman, Piotr/Orman, Krzysztof: *Wielka Wojna na Jurze. Przebieg wydarzeń i cmentarze wojenne I wojny światowej między Krakowem a Częstochową* [Der Große Krieg im Jura. Ereignisverlauf und Soldatenfriedhöfe des Ersten Weltkriegs zwischen Krakau und Tschenschostchau], Kraków 2008
- Pająk, Jerzy Z.: *O rząd i armię. Centralny Komitet Narodowy* [Um Regierung und Armee. Das Zentrale Nationalkomitee] (1915–1917), Kielce 2003
- Pająk, Jerzy Z.: *Od autonomii do niepodległości. Kształtowanie się postaw politycznych i narodowych społeczeństwa Galicji w warunkach Wielkiej Wojny* [Von Autonomie zu Unabhängigkeit. Die Bildung der politischen und nationalen Einstellungen der Gesellschaft Galiziens unter den Bedingungen des Großen Kriegs] 1914–1918, Kielce 2012
- Pajewski, Janusz: *Odbudowa państwa Polskiego* [Der Wiederaufbau des polnischen Staates] 1914–1918, Warszawa 1980
- Pajewski, Janusz: *Pierwsza wojna światowa* [Der Erste Weltkrieg] 1914–1918, Warszawa 1991
- Piątkowski, Wiesław: *Idee agrarne ugrupowań politycznych w Królestwie Polskim w latach* [Landwirtschaftliche Konzeptionen politischer Gruppierungen im Königreich Polen in den Jahren] 1892–1918, Łódź 1992
- Płygawko, Danuta: *Polonia Devastata. Polonia i Amerykanie z pomocą dla Polski* [Die Polonia, die Amerikaner und die Polenhilfe] (1914–1918), Poznań 2003
- Płygawko, Danuta: *Sienkiewicz w Szwajcarii. Z dziejów akcji ratunkowej dla Polski w czasie pierwszej wojny światowej* [S. in der Schweiz. Aus der Geschichte der Hilfsaktion für Polen während des Ersten Weltkriegs], Poznań 1986
- Ponarski, Zenowiusz: *Wokół sprawy polskiej na Wschodzie* [Um die polnische Frage im Osten], Toruń 2003
- Prymaka-Oniszk, Aneta: *Bieżeństwo 1915. Zapomniani uchodźcy* [Die Fluchtbewegung 1915. Die vergessenen Flüchtlinge], Wołowiec 2016
- Przeniosło, Marek: *Chłopi Królestwa Polskiego w latach* [Die Bauern des Königreichs Polen in den Jahren] 1914–1918, Kielce 2003
- Przeniosło, Marek: *Polska Komisja Likwidacyjna* [Die Polnische Liquidierungskommission] 1918–1919, Kielce 2010

- Przeniosło, Marek: *Pomoc dzieciom w działalności Rady Głównej Opiekuńczej w latach* [Die Kinderhilfe in der Tätigkeit des Fürsorgehauptrats in den Jahren] 1915–1921, Kielce 2017
- Pudłocki, Tomasz/Więch, Arkadiusz Stanisław Hg.: *Prowincja galicyjska wokół I wojny światowej. Konteksty – porównania – przykłady* [Die galizische Provinz um den Ersten Weltkrieg. Kontexte – Vergleiche – Beispiele], Przemysł 2014
- Rojek, Wojciech/Kastory, Andrzej Hg.: *Sprawa Polska podczas Wielkiej Wojny* [Die polnische Frage während des Großen Kriegs] 1914–1919, Kraków 2016
- Rozmus, Jacek: *Żołnierskie narracje o wojnie światowej 1914–1918. Strzelcy, legioniści, Polacy w armii austro-węgierskiej* [Berichte von Soldaten über den Weltkrieg 1914–1918. Schützen, Legionäre, Polen in der österreich-ungarischen Armee], Kraków 2013
- Rydel, Jan: *W służbie cesarza i króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier w latach* [Im Dienst von Kaiser und König. Generäle und Admiräle polnischer Nationalität in den bewaffneten Streitkräften Österreich-Ungarns in den Jahren] 1868–1918, Kraków 2001
- Samuś, Paweł: *Walery Sławek. Droga do niepodległej Polski* [Der Weg zum unabhängigen Polen], Płock 2002
- Schramm, Tomasz/Skubisz, Paweł Hg.: *Jak Polacy przeżywali wojny światowe? Materiały z XIX Powszechnego Zjazdu Historyków w Szczecinie, 2014* [Wie überlebten die Polen die Weltkriege? Beiträge zum 19. Allgemeinen Historikerkongress in Stettin 2014], Szczecin 2016
- Serwatka, Tomasz: *Józef Piłsudski a Niemcy* [J. P. und Deutschland], Wrocław 1997
- Sibora, Janusz: *Dyplomacja polska w I wojnie światowej* [Die polnische Diplomatie im Ersten Weltkrieg], Warszawa 2013
- Sierakowska, Katarzyna: *Śmierć – wygnanie – głód w dokumentach osobistych. Ziemie polskie w latach Wielkiej Wojny* [Tod – Vertreibung – Hunger in persönlichen Dokumenten. Die polnischen Gebiete in den Jahren des Großen Kriegs] 1914–1918, Warszawa 2015
- Śladkowski, Wiesław Hg.: *Polonia i odbudowa państwa polskiego w 1918 roku* [Die Polonia und der Wiederaufbau des polnischen Staates im Jahr 1918], Lublin 1991
- Smoliński, Aleksander Hg.: *Mało znana wielka wojna. Studia i szkice z dziejów I wojny światowej* [Der wenig bekannte große Krieg. Untersuchungen und Skizzen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs], Oświęcim 2014

- Sondhaus, Lawrence: *Franz Conrad von Hötzendorf. Architect of the Apocalypse*, Boston, Leiden, Köln 2000; dt. Ausgabe: *Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse*, Wien u.a. 2003
- Stawiszyńska, Aneta: *Łódź w latach I wojny światowej* [Lodz während des Ersten Weltkriegs], Oświęcim 2016
- Stempin, Arkadiusz: *Próba „moralnego podboju“ Polski przez Cesarstwo Niemieckie w latach I wojny światowej* [Der Versuch der „moralischen Unterwerfung“ Polens durch das Kaiserreich Deutschland während des Ersten Weltkriegs], Warszawa 2014
- Suleja, Włodzimierz: *Józef Piłsudski*, Wrocław u.a. 1995, Neuaufl. Warszawa 2010
- Suleja, Włodzimierz: *Kosynierzy i strzelcy* [Sensenleute und Schützen], Wrocław 1997
- Świątek, Adam/Zięba, Andrzej A. Hg.: *Monarchia, wojna, człowiek. Codzienne i niecodzienne życie mieszkańców Galicji w czasie pierwszej wojny światowej* [Monarchie, Krieg, Mensch. Alltägliches und nichtalltägliches Leben der Einwohner von Galizien im Ersten Weltkrieg], Kraków 2014
- Szczeptański, Jacek: *Landszturm w Generalnym Gubernatorstwie Warszawskim 1915–1918. Formacja głębokich rezerw* [Der Landsturm im Generalgouvernement Warschau 1915–1918. Eine Formation rückwärtiger Reserven], Warszawa 2012
- Szczupak, Adam: *Greckokatolicka diecezja przemyska w latach I wojny światowej* [Die griechisch-katholische Diözese Przemyśl während des Ersten Weltkriegs], Kraków 2015
- Urbankowski, Bohdan: *Józef Piłsudski. Marzyciel i strateg* [Träumer und Stratege], Bde. 1–2, Warszawa 1997
- Von Hagen, Mark: *War in a European Borderland. Occupation Plans in Galicia and Ukraine 1914–1918*, Seattle 2007
- Wagner, Anton: *Der Erste Weltkrieg. Ein Blick zurück*, Wien 1968, 2. Aufl. 1981
- Wapiński, Roman: *Władysław Sikorski*, Warszawa 1978
- Wątor, Adam: *Narodowa Demokracja w Galicji do 1918 roku* [Die Nationaldemokratie in Galizien bis 1918], Szczecin 2002
- Wędrowski, Jacek R.: *Stany Zjednoczone a odrodzenie Polski. Polityka Stanów Zjednoczonych wobec sprawy polskiej i Polski w latach* [Die Vereinigten Staaten und die Wiedergeburt Polens. Die Politik der Vereinigten Staaten zur polnischen Frage und Polen in den Jahren] 1916–1919, Wrocław u.a. 1980
- Westerhoff, Christian: *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918*, Paderborn u.a. 2012

- Wereszycki, Henryk: *Koniec sojuszu trzech cesarzy* [Das Ende des Bündnisses der drei Kaiser], Warszawa 1977
- Więckowska, Elżbieta: *Komitet Sapieżyński [sic] w walce z chorobami zakaźnymi* [Das Sapieżyński-Komitee im Kampf gegen ansteckende Krankheiten] 1914–1918, Wrocław 1997
- Wieliczka-Szarek, Joanna: *Żołnierze niepodległości* [Soldaten der Unabhängigkeit] 1914–1918, Kraków 2013
- Winnicki, Zdzisław Julian: *Rada Regencyjna Królestwa Polskiego i jej organy* [Der Regenschaftsrat des Königreichs Polen und seine Organe] 1917–1918, Wrocław 1991
- Wojciechowski, Mieczysław Hg.: *Spoleczeństwo polskie na ziemiach pod panowaniem pruskim w okresie I wojny światowej (1914–1918). Zbiór studiów* [Die polnische Gesellschaft in den Gebieten unter preußischer Herrschaft während des Ersten Weltkriegs (1914–1918). Eine Sammlung von Untersuchungen], Toruń 1996
- Wołos, Mariusz: *Przerwana droga do Niepodległej* [Der unterbrochene Weg zum unabhängigen Polen]. *Kazimierz Piątek „Herwin“ (1886–1915)*, Warszawa 2016
- Woźniak, Mieczysław-Arkadiusz: *Kalisz 1914. Pogrom miasta* [Pogrom einer Stadt], Kalisz 1995
- Wróbel, Wiesław: *Troska biskupa Adama Sapiehy o wysiedlonych i uchodźców w latach* [Die Fürsorge des Bischofs Adam Sapieha für Ausgesiedelte und Flüchtlinge in den Jahren] 1914–1916, Kraków 1999
- Wrzosek, Mieczysław: *Polski czyn zbrojny podczas pierwszej wojny światowej* [Der polnische bewaffnete Kampf während des Ersten Weltkriegs] 1914–1918, Warszawa 1990
- Wysocki, Wiesław Jan/Cygan, Wiktor Krzysztof/Kasprzyk, Jan Józef: *Legiony Polskie* [Die Polnischen Legionen] 1914–1918, Warszawa 2014
- Żak, Andrzej Czesław: *Rokitna* [(Das Gefecht bei) Rokytne] 1915, Warszawa 1994
- Zamojska, Dorota: *Akademicy i urzędnicy. Kształtowanie ustroju państwowych szkół wyższych w Polsce* [Akademiker und Beamte. Die Bildung der Struktur der staatlichen Hochschulen in Polen] 1915–1920, Warszawa 1991
- Zamoyski, Jan: *Powrót na mapę. Polski Komitet Narodowy w Paryżu* [Rückkehr auf die Landkarte. Das Polnische Nationalkomitee in Paris] 1914–1919, Londyn 1984, Neuausg. Warszawa 1991
- Zieliński, Konrad: *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej* [Die polnisch-jüdischen Beziehungen im Königreich Polen während des Ersten Weltkriegs], Lublin 2005
- Zieliński, Konrad: *Żydzi Lubelszczyzny* [Die Juden der Region Lublin] 1914–1918, Lublin 1999





# Personenverzeichnis

## A

Abramowicz, Ludwik 249  
Abramowski, Edward 189  
Adam, Ernest 394  
Adamski, Stanisław 89, 230  
Adler, Victor 74  
Aleksandra Fëdorovna, Kaiserin  
von Russland 179  
Alekseev, Michail 67  
Alexander II., Kaiser von  
Russland 156  
Alma-Tadema, Laurence 230  
Alma-Tadema, Lawrence 230  
Alter, Wiktor 340  
Amiowicz, Kajetan 391  
Anders, Władysław 324  
Andrássy, Gyula 168  
Angerman, Klaudiusz 144  
An-Ski, Salomon (Šlomo Zajnvel  
Rapoport) 84  
Antek, Maurer 33  
Aosta, ital. Geschlecht 279  
Archinard, Louis 349  
Arciszewski, Tomasz 253,  
336, 398  
Arz von Straußenburg, Arthur 57  
Asquith, Herbert 230  
Askenazy, Szymon 227  
Auffenberg von Komarow,  
Moritz 38  
August Wilhelm, Prinz von  
Preußen 279

## B

Baczkowski, Michał 24  
Baden, Max von 317  
Bagiński, Kazimierz 253  
Bagorski, Czesław 365  
Bąkowski, Klemens 78, 139, 367  
Balfour, Arthur 230, 341,  
342, 348

Balicki, Zygmunt 184  
Bandrowski, Jerzy 72  
Bandurski, Władysław 114  
Barthel de Weydenthal,  
Przemysław 329  
Bator, Bolesław 103  
Belina-Prązmowski,  
Władysław 153  
Benedikt XV., Papst (Giacomo  
della Chiesa) 140, 217, 231,  
233, 275  
Berchtold, Leopold 159, 168  
Beseler, Hans von 66, 234, 235,  
258, 261, 262, 265–268, 279  
Bethmann Hollweg, Theobald  
von 62, 169, 234–236, 256,  
258–260, 290  
Biedermann, Alfred 190  
Bielski, Juliusz 137  
Bilczewski, Józef 97, 101, 108,  
119, 126, 127, 141  
Biliński, Leon 74, 122, 127, 131,  
142, 160, 168, 169, 173  
Bismarck, Otto von 341  
Bobiński, Stanisław 30, 325  
Bobrinskij, Georgij 99–101,  
103, 107  
Bobrowski, Emil 157  
Bobrzyński, Michał 99, 131, 142,  
160, 166, 169, 172, 173  
Boerner, Ignacy 148, 158, 400  
Böhm-Ermolli, Eduard von 40,  
45, 55, 56, 61  
Bojko, Jakub 143  
Boris, Großfürst 181  
Boroewić von Bojna, Svetozar 39  
Borowska, Maria Eustachia 79  
Boruta-Spiechowicz, Mieczysław  
Ludwik 394  
Brejski, Jan 89  
Briand, Aristide 341

- Brudermann, Rudolf von 37–39, 42  
 Brudziński, Józef 243, 245, 260  
 Brusilov, Aleksej 37, 39, 47, 55,  
   56, 61, 65, 68, 121, 133, 253  
 Bruski, Jan Jacek 12  
 Buber, Martin 345  
 Budënnij, Semën 44  
 Bujwid, Odo 361  
 Bukowiecki, Stanisław 268, 281  
 Burhardt-Bukacki,  
   Stanisław 337, 145  
 Burián, István 168, 269, 317  
 Bursche, Juliusz 201  
 Butkiewicz, Mścisław 186
- C**
- Cegielski, Stefan 91  
 Celichowski, Zygmunt 87  
 Chełmicki, Zygmunt 277  
 Chesterton, Gilbert Keith 347  
 Chłapowski, Zygmunt 230  
 Chmel'nyč'kyj, Bohdan 6,  
   276, 332  
 Chmielewski, Zygmunt 260  
 Chołodecki, Józef Białynia 115  
 Chopin, Frédéric 343  
 Churchill, Winston Leonard  
   Spencer 230  
 Chwalba, Andrzej 7, 9  
 Cieński, Tadeusz 133, 143, 160,  
   164, 165, 394  
 Cieplak, Jan 210  
 Clam-Martinic, Heinrich 171  
 Cleinow, Georg 246  
 Clemenceau, Georges 352  
 Colard, Hermann von 131, 132  
 Conrad von Hötzendorf,  
   Franz 37, 38  
 Conrad von Hötzendorf,  
   Herbert 41  
 Conrad, Joseph (Józef  
   Korzeniowski) 41, 42, 45, 47,  
   51, 53, 57, 58, 60, 130, 131,  
   153, 347
- Cywiński, Jan Stanisław 78  
 Czartoryski, Olgierd 86, 230  
 Czartoryski, Witold 143, 275,  
   279, 392  
 Czekalski, Tadeusz 12  
 Czernin, Ottokar von 170, 313  
 Czuma, Walerian 235, 331
- D**
- D'Abernon, Edgar Vincent, 1st  
   Viscount 7  
 Dąbal, Tomasz 398  
 Dąbrowska, Maria 188, 215, 375,  
   387, 399, 401  
 Dąbrowski, Jan 78, 216, 249  
 Dąbrowski, Jan Henryk 88, 241,  
   242, 352, 396  
 Dąbrowski, Józef 215  
 Dalbor, Edmund 86, 230, 264  
 Danilov, Jurij 36  
 Daniłowski, Gustaw 253  
 Dankl von Kraśnik,  
   Viktor 37, 38  
 Dante Alighieri 206  
 Daszyński, Ignacy 11, 77, 144,  
   157, 158, 164, 172, 173, 239,  
   296, 313, 339, 389, 392, 395,  
   398, 399  
 Dębicki, Zdzisław 200  
 Decykevyč, Volodymyr 132  
 Dembiński, Henryk 77, 225,  
   247, 275  
 Denikin, Anton 326  
 Diamand, Herman 74  
 Diamand, Jakub Izaak 107  
 Dickstein, Samuel 260  
 Diller, Erich von 132, 238  
 Dimitriev, Radko 45, 47, 57, 60  
 Dittner, Fanny 128  
 Długosz, Władysław 128,  
   136, 144  
 Dmowski, Roman 144, 179, 180,  
   182–185, 248, 264, 315, 340–  
   342, 344–347, 349, 352

Dowbor-Muśnicki, Józef 45, 62,  
200, 206, 326, 327, 329, 331  
Drucki-Lubecki, Franciszek  
Ksawery 86, 275, 280  
Drzewiecki, Piotr 313  
Dunikowski, Xawery 353  
Dunin-Wąsowicz, Zbigniew 166  
Dyboski, Roman 212, 347  
Dymsza, Lubomir 182  
Dzieduszycki, Familie 133  
Dzierzbicki, Stanisław 191, 260,  
268, 287  
Dzierżkraj-Morawski,  
Zdzisław 160  
Dzierżkraj-Stokalski,  
Radosław 330  
Dziewulski, Stefan 249

## E

Ehrlich, Henryk 340  
Eichhorn, Hermann von 36, 314  
Elizaveta Fëdorovna,  
Großfürstin 191  
Engalyčev, Pavel 181  
Erzberger, Matthias 87, 257  
Essen, Anton von 191  
Everth, Aleksej 38, 41  
Evlogij, Erzbischof (Vasilij  
Georgievskij) 105, 106

## F

Falkenhayn, Erich von 42, 56, 60,  
257, 290, 329  
Farmborough, Florence 107  
Feldman, Wilhelm 249  
Fertner, Antoni 212  
Fiedler, Tadeusz 263  
Flizak, Sebastian 26  
Flug, Vasilij 36  
Franczak, Franciszek 228  
Franz Ferdinand von Österreich-  
Este, Erzherzog 21  
Franz Joseph I., Kaiser von  
Österreich 21, 81, 170

Frey, Gottfried 357  
Friedrich von Österreich-Teschen,  
Erzherzog 38, 58, 61, 125, 130,  
140, 163  
Friedrich August III., König von  
Sachsen 217, 278  
Friedrich Christian, Markgraf von  
Meißen 278

## G

Gajewska, Janina 372  
Galica, Andrzej 272  
Gall, Rudolf 124  
Gallwitz, Max von 3  
Galsworthy, John 230  
Gąsiorowski, Waclaw 350, 264  
Gasparri, Petro 232  
Gayczak, Stanisław 54  
Georgi, Friedrich von 149  
German, Ludomir 123  
Gizbert-Studnicki, Władysław 249  
Głębiński, Stanisław 173,  
313, 397  
Goetz-Okocimski, Jan 313  
Gogol', Nikolaj 101  
Goldmann, Bernard 124  
Gołuchowski, Agenor Maria 131,  
143, 160  
Goremykin, Ivan 183  
Górska, Maria 175, 185, 370  
Górski, Ludwik 271, 365  
Gounod, Charles 377  
Graba-Łącki, Waclaw 153  
Grabski, Stanisław 23, 102, 103,  
107, 208, 209  
Grabski, Władysław 23, 191,  
323, 335  
Grey, Edward 49, 230, 347  
Grocholski, Zdzisław 330  
Gumilëv, Nikolaj 44

## H

Haber, Fritz 63  
Habsburg, Haus 95

- Haller, Józef 165, 252, 266, 271, 314, 315, 352, 353  
Haller, Stanisław 46  
Handelsman, Marcelli 249  
Hans Heinrich XV., Fürst von Pless 278  
Hantke, Bernard 197, 291  
Harusewicz, Jan 182, 188, 262  
Hausner, Bernard 98  
Henning Michaelis, Eugeniusz de 62, 329  
Hertz, Mieczysław 192  
Herwin-Piątek, Kazimierz Jan 149  
Hindenburg, Paul von 35-37, 42, 43, 56, 60, 66, 67, 217, 234, 236, 258, 260, 295  
Hirsch, Maurice de (Moritz Freiherr von Hirsch auf Gereuth) 124  
Hochberg, Daisy, Fürstin von Pless (Mary Theresa Olivia) 278  
Hoffmann, Max 42  
Hohenzollern, Haus 224  
Hołówko, Tadeusz 325, 330  
Honowska, Łucja (geb. Dunin-Borkowska) 380  
Hoover, Herbert 231  
House, Edward 344  
Hupka, Jan Antoni 379, 166, 238, 273  
Hutten-Czapski, Bogdan 216, 235, 243, 258, 273, 278  
Huyn, Karl Georg 132
- I**  
Ivanov, Nikolaj 37, 57, 184, 185  
Iwaskiewicz, Władysław 328  
Izvol'skij, Aleksandr 340
- J**  
Jaczewski, Edward M. 190  
Jagow, Gottlieb von 256, 257  
Jampolski, Jerzy 311  
Jankowski, A. 250
- Januškevič, Nikolaj 101, 184  
Jaracz, Stefan 212  
Jaroński, Wiktor 181, 184  
Jasiński, Julian 349  
Jasiński, Zygmunt 114, 120  
Jaworowski, Rajmund 147  
Jaworski, Władysław Leopold 11, 142, 159, 160, 162-164, 166, 169, 172, 249, 252, 313, 317  
Jędrzejewicz, Waclaw 188  
Jellenta, Cezary 179, 374  
Joachim, Prinz von Preußen 278  
Jodko-Narkiewicz, Witold 268  
Johannes II. Kasimir, König von Polen 165, 179  
Jordan, Tadeusz 219  
Joselewicz, Berek (Dov Ber) 396  
Joseph Ferdinand von Österreich-Toskana, Erzherzog 41, 57, 68, 125, 127
- K**  
Kakowski, Aleksander 71, 184, 185, 207, 237, 239, 262, 268, 269, 275, 276, 358, 404  
Kania, Jakub 84  
Karabasz, Antoni 228  
Karaszewicz-Tokarzewski, Michał 395  
Karl I., Kaiser von Österreich 127, 170, 173, 279, 280, 315, 316, 389  
Karl Stephan von Österreich, Erzherzog 279, 280  
Karpiński, Stanisław 370  
Kasprowicz, Jan 276  
Kasprowiczowa, Maria 333  
Kasprzycki, Tadeusz 148, 149  
Kasprzyk, Ludwik 119  
Kasznica, Stanisław 142  
Katharina II., Kaiserin von Russland 241, 244  
Kawczak, Stanisław 41  
Kędzior, Andrzej 123  
Kerenskij, Aleksandr 69, 324, 325, 340

- Kessler, Harry 400  
 Kijowski, Władysław 97, 105,  
 213, 321  
 Kipling, Rudyard 230  
 Kiril, Großfürst 181  
 Kirkor-Kiedroniowa, Zofia 23  
 Klettlinger, Josef 233  
 Koc, Adam 188, 337, 400  
 Kochanowski, Jan 12, 240  
 Koraszewska, Franciszka 75  
 Koraszewski, Bronisław 75  
 Körber, Ernst von 170  
 Korczak, Józef 336  
 Korda, Ignaz von 147  
 Korfanty, Wojciech 87, 216, 259,  
 264, 295, 314, 387  
 Kornilov, Lavr 326  
 Korytowski, Witold 75, 114, 130,  
 140, 151, 161, 165  
 Kościuszko, Tadeusz 5, 88, 153,  
 218, 241, 244, 249, 267, 311,  
 328, 331, 349, 396  
 Kosmowska, Irena 188  
 Kossakowski, Michał 202,  
 206, 207  
 Kostanecki, Kazimierz 115,  
 116, 364  
 Kot, Stanisław 170  
 Kövess von Kövessháza,  
 Hermann 37, 39  
 Kozicki, Stanisław 179, 347  
 Koźmian, Stanisław 71, 166, 171  
 Krasicki, August 25, 27, 154  
 Krasiński, Edward 269, 293  
 Kraushar, Aleksander 362  
 Kries, Wolfgang von 236, 292  
 Kron, Aleksander 393  
 Krysińska, Anna 384  
 Krzczunowicz, Kornel 133  
 Krzywoszewski, Stefan 262  
 Kucharzewski, Jan 227, 280, 281,  
 308, 312, 346  
 Kudelska, Janina 49  
 Kudelska, Stefania 384  
 Kuk, Karl 238, 262, 269, 333  
 Kukiel, Marian 271  
 Kulerski, Wiktor 86, 87  
 Kummant, Michał 63  
 Kummer von Falkenfeld,  
 Heinrich 37  
 Kurman, Marian 376  
 Kusmanek von Burgneustädten,  
 Hermann 50–53  
 Kwilecki, Franciszek 86, 87  
 Kyrill, Prinz von Bulgarien 279
- L**  
 L'vov, Georgij 13, 340  
 Lagerlöf, Selma 230  
 Łajming, Anna (geb.  
 Trzebiatowska) 93  
 Lanckorońska, Karolina 123  
 Łańcucki, Stanisław 111  
 Lansing, Robert 344  
 Lasocki, Zygmunt 74, 116, 119,  
 123, 392  
 Latinik, Franciszek 57, 58  
 Łazarski, Bolesław Franciszek 126  
 Łazarski, Stanisław 173  
 Lečickij, Platon 42, 47, 55, 61  
 Lednicki, Aleksander 209, 210,  
 285, 288, 323, 340  
 Łempicki, Michał 260, 275  
 Lenczowski, Kosma (Karol  
 Marceli) 200  
 Lenin, Vladimir (V.  
 Ul'janov) 74, 325  
 Leo, Juliusz 33, 115, 142, 160  
 Leopold II., Kaiser des Heiligen  
 Römischen Reiches 279  
 Leopold, Prinz von Bayern 62,  
 65, 278  
 Lerchenfeld, Hugo von 270  
 Lermontov, Michail 101  
 Letofsky, Wojciech 127, 128  
 Levyc'kyj, Kost 310  
 Lieberman, Herman 315  
 Likowski, Edward 86, 217  
 Linsingen, Alexander  
 von 55, 60, 65

- Lipiński, Wacław 314  
 Lipošćak, Anton 316  
 Lisiński, Mieczysław 334  
 Lis-Kula, Leopold 337  
 Litzmann, Karl 44, 324  
 Llyod, George David 230  
 Łodyński, Marian 59  
 Loewenstein, Natan 124  
 Londzin, Józef 141, 388, 390  
 Longchamp de Berier,  
   Bogusław 100  
 Longchamp de Berier,  
   Roman 39, 107  
 Łosiński, Augustyn 156, 233, 240  
 Lubomirska, Maria 27, 63, 72,  
   76, 81, 190, 202, 202, 205, 238,  
   240, 250, 268, 292, 315, 331,  
   383, 397, 400  
 Lubomirski, Andrzej 143  
 Lubomirski, Familie 398  
 Lubomirski, Stanisław 27  
 Lubomirski, Zdzisław 190, 223,  
   239, 245, 268, 269, 272, 275,  
   276, 279, 308, 398, 400, 404  
 Ludendorff, Erich 35, 37, 43,  
   56, 74, 234, 236, 258, 260,  
   303, 304  
 Ludwig III., König von  
   Bayern 278  
 Ludyga-Laskowski, Jan 352  
 Lypyns'kyj, V'jačeslav 316
- M**
- Machay, Ferdinand 388  
 Maciejewski, Aleksander 185  
 Mackensen, August von 43, 44,  
   57, 58, 60, 65  
 Mączyński, Czesław 394  
 Madeyski, Jerzy 237, 262, 312  
 Magryś, Franciszek 380  
 Maj, Andrzej 268  
 Makiejewski, Oberstleutnant 349  
 Maklakov, Nikolaj 178  
 Makowiecki, Zygmunt 249  
 Makuszyński, Kornel 212  
 Malinowski, Maksymilian 188  
 Małłek, Karol 26  
 Marchlewski, Julian Baltazar 398  
 Matejko, Jan 78  
 Matuszewski, Bolesław 184  
 Mehoffer, Józef 166  
 Mendog II., König von Litauen  
   (Wilhelm Karl Florestan von  
   Urach) 279, 306  
 Meysztowicz, Aleksander 181  
 Michejda, Jan 388  
 Miciński, Tadeusz 212  
 Mickiewicz, Adam 241, 246, 343  
 Mickiewicz, Władysław 227  
 Miedziński, Bogusław 188  
 Mikietyński, Piotr 12  
 Mikułowski-Pomorski, Józef 242,  
   269, 280  
 Miljukov, Pavel 105, 182, 340  
 Młynarski, Feliks 145, 254  
 Molnár, Ferenc 58  
 Moltke, Helmuth von 37  
 Moniuszko, Stanisław 100, 377  
 Moraczewski, Jędrzej 338, 398  
 Mościcki, Bolesław 324, 327  
 Murav'ëv, Michail 244  
 Mycielski, Ludwik 230
- N**
- Nagy, Gyula 47  
 Nałęcz, Tomasz 12, 381  
 Nałkowska, Zofia 190, 372  
 Namier, Lewis (Ludwik Bernstein  
   Niemirowski) 345  
 Napieralski, Adam 86, 87, 246  
 Narutowicz, Gabriel 227  
 Natanson, Stefan 264  
 Naumann, Friedrich 257  
 Negri, Pola (Barbara Apolonia  
   Chalupec) 377  
 Neumann, Józef 115  
 Niedziałkowski, Mieczysław 253  
 Niemojowski, Bonawentura 269,  
   274, 275  
 Niemojowski, Wacław 269

- Nikifor (Krynicki, eigentlich Epifaniusz Drowniak) 319
- Nikolaj Nikolaewič, Großfürst 46, 51, 56, 60, 67, 101, 105, 177, 179, 190, 196, 207
- Nikolaus II., Kaiser von Russland 21, 67, 74, 81, 95, 99, 100, 102, 106, 181, 183, 194, 202, 244, 322, 340
- Nocznicki, Tomasz 253
- Nolde, Boris 177
- Norwid-Neugebauer, Mieczysław 145, 272
- Novikov, Aleksandr 154
- Nowaczyński, Adolf 265
- Nowak, Jan 148, 162
- Nowak, Julian 115, 116
- O**
- Okoń, Eugeniusz 398
- Omiljanowicz, Kazimierz 92
- Orkan, Władysław 198
- Orlando, Vittorio 310, 351
- Osiński, Aleksander 330
- Oster-Ostrowski, Tadeusz 149
- Osterwa, Juliusz 212
- Ostoja-Gorczyński, Witold 184-186
- Ostoja-Zagórski, Włodzimierz 271
- Ostrowski, Józef 275, 276, 280, 404
- Osuchowski, Antoni 227
- P**
- Paderewski, Ignacy Jan 226-228, 230, 231, 241, 342, 343, 345, 346, 349-351
- Pająkówna, Krakauerin 112
- Paliwoda, Wojciech 369
- Paskevič, Ivan 164, 244
- Pawlikowski, Jan Gwalbert 103
- Perl, Feliks 253
- Peter I., König von Serbien 113
- Petruševyč, Jevhen 152, 310
- Pfeffer, Rudolf 394
- Pflanzer-Baltin, Karl 55, 61
- Piasten, Dynastie 278, 279, 388
- Pichon, Stéphen 346
- Piekut, Józef 195
- Piłsudska, Wanda 272
- Piłsudski, Józef 8, 12, 37, 47, 72, 145-148, 150, 154-159, 162, 163, 166, 188, 249-254, 260, 262, 263, 266-274, 279, 290, 315, 324, 325, 329, 338, 396, 399-401
- Piltz, Erazm 182, 227, 264, 345, 346
- Piniński, Leon 126
- Pius XI., Papst (Achille Ratti) 233
- Plehwe, Pavel von 37, 38, 40, 41, 44, 45
- Plisowski, Konstanty 328
- Podhorski, Zygmunt 324
- Poincaré, Raymond 349
- Pomian-Dziembowski, Zygmunt 86
- Pomian-Srzednicki, Stanisław 281
- Poniatowski, Józef 244
- Poniatowski, Juliusz 253
- Ponikowski, Antoni 392
- Poniński, Leon 102, 143
- Popiel, Karol 254
- Potocka, Janina Zofia 319
- Potocka, Maria Małgorzata (geb. Radziwiłł) 76, 202, 382
- Potocki, Familie 319, 330
- Potocki, Józef Mikołaj 102
- Potocki, Konstanty 76
- Potocki, Mikołaj 347
- Preusker, Hans Hermann 215
- Prittwitz, Maximilian von 35
- Przeniosło, Marek 12
- Przerwa-Tetmajer, Włodzimierz 144, 148
- Puchalski, Stanisław 41, 395
- Puryškevič, Vladimir 181



- Puškin, Aleksandr 101  
 Pusłowski, Emanuel  
     Władysław 111  
 Pusłowski, Franciszek Xawery 75
- R**
- Rąb, Jan 124  
 Raczkiewicz, Władysław 323  
 Raczyński, Familie 141  
 Radek, Karl (Karol  
     Sobelsohn) 308  
 Radlińska, Helena 337  
 Radziszewski, Idzi 233  
 Radziwiłł, Familie 76, 199, 279,  
     319, 397  
 Radziwiłł, Ferdynand 86, 90, 249  
 Radziwiłł, Franciszek 224,  
     260, 264  
 Radziwiłł, Janusz 199, 200, 279,  
     284, 319, 397  
 Radziwiłł, Leon 351  
 Radziwiłłowicz, Rafał 188, 249  
 Rakowski, Jan 136, 269  
 Rasputin, Grigorij 183  
 Rathenau, Walther 256  
 Ratti, Achille (siehe auch Pius  
     XI.) 233  
 Rawita-Gawroński,  
     Franciszek 112  
 Reger, Tadeusz 144, 388  
 Rennenkampff, Paul von 13,  
     35–37, 44, 45  
 Rey, Mikołaj 144  
 Ribot, Alexandre 246  
 Riml, Franz 127  
 Roja, Bolesław 272, 390, 391  
 Rokoszný, Józef Paweł 299, 377  
 Romančuk, Julian 152  
 Romanov, Dynastie 68, 184, 248,  
     279, 340  
 Romer, Eugeniusz 199  
 Romer, Jan Edward 72, 203,  
     205, 211  
 Römeris, Mikolas 23, 66
- Rommel, Juliusz 330  
 Ronikier, Adam 225, 249,  
     260, 275  
 Rostworowski, Jan 101  
 Rostworowski, Karol  
     Hubert 166, 377  
 Roth von Limanowa-Łapanów,  
     Josef 47  
 Rozwadowski, Jan  
     Emanuel 346, 398  
 Rozwadowski, Tadeusz  
     Jordan 41, 127, 131, 269, 396  
 Rubinstein, Artur 146  
 Ruszczyc, Ferdynand 304  
 Rutowski, Tadeusz 98, 100, 103,  
     107, 115, 128  
 Ruzskij, Nikolaj 36, 37, 181  
 Rybak, Józef 147, 148  
 Rydel, Lucjan 377  
 Rydz-Śmigły, Edward 149, 272,  
     337, 338, 398  
 Ryx, Marian Józef 233  
 Rzepecki, Karol 90
- S**
- Sachsen-Coburg-Gotha,  
     Haus 279  
 Šaljapin, Fëdor 211  
 Saltza, Anton von 37, 38  
 Samsonov, Aleksandr 35, 36, 38  
 Sandovyyč, Antoni 110  
 Sandovyyč, Maksym 110  
 Sandovyyč, Petr 110  
 Sanguszko, Familie 319  
 Sanguszko, Roman 319  
 Sapieha, Adam Stefan 23, 118,  
     119, 123, 139, 140, 141, 173, 363  
 Sapieha, Eustachy 225  
 Sapieha, Familie 71, 104  
 Sapieha, Leon 82  
 Sapieha, Matylda (Matylda  
     Sapieżyna) 23, 71, 96, 104, 113,  
     132, 140, 165  
 Sapieha, Paweł 141

- Sazonov, Sergej 101, 177, 183  
 Ščerbačev, Dmitrij 50, 61  
 Scheidemann, Sergej 43, 44  
 Schleicher, Filip 107  
 Schultze, Erich von 336  
 Schwerin, Friedrich von 259  
 Ściskała, Dominik 310  
 Seeckt, Hans von 57, 58  
 Seidler von Feuchtenegg,  
   Ernst 132  
 Selivanov, Andrej 51  
 Sembrich-Kochańska, Marcelina  
   (Marcella Sembrich) 228  
 Sempołowska, Stefania 225  
 Šeptyc'kyj, Andrej (Andrzej  
   Szeptycki) 13, 103, 104, 310  
 Šeptyc'kyj, Stanislav 151  
 Serafińska, Stanisława 78  
 Šeremetev, Sergej 98  
 Seyda, Marian 89, 345, 346, 352  
 Seyda, Władysław 89, 90, 264,  
   314, 387  
 Siedlecki, Michał 363  
 Sienkiewicz, Maria (geb.  
   Babska) 227  
 Sienkiewicz, Henryk 226, 227,  
   231, 241, 264, 332, 343, 393  
 Sieroszewski, Waclaw 147, 268  
 Sikoń, Stanisław 26, 134  
 Sikorski, Władysław 160, 249,  
   252, 253, 267, 271, 273,  
   314, 395  
 Simon, Gustaw 249  
 Skarbek, Aleksander 143,  
   164, 392  
 Skarbek, Fryderyk 165  
 Skirmunt, Konstanty 99, 310,  
   346, 351  
 Skirmunt, Roman 307  
 Skłodowska-Curie, Maria (Marie  
   Curie) 227  
 Skorobohaty-Jakubowski, Jan 331  
 Skoropads'kyj, Pavlo 316  
 Skrzyński, Stanisław 330  
 Sławek, Józef 147  
 Sławek, Walery 157, 158,  
   251, 252  
 Śliwiński, Artur 157, 254,  
   269, 271  
 Słowacki, Juliusz 246  
 Smetona, Antanas 306  
 Smirnov, Vladimir 62  
 Smoluchowski, Marian 361  
 Sobański, Władysław 347  
 Sokolnicki, Michał 72, 155, 158,  
   160, 336  
 Solski, Ludwik 377  
 Sophie, Herzogin von Hohenberg  
   (geb. Gräfin Chotek) 21  
 Sosnkowski, Kazimierz 145, 149,  
   269, 272, 400  
 Średniawski, Andrzej 144  
 Srokowski, Konstanty 160  
 Stachiewicz, Julian 337, 395  
 Staff, Leopold 198, 212  
 Stahl, Aleksander 336, 392  
 Stahl, Leonard 107  
 Staniszewski, Stanisław 225  
 Stawarz, Antoni 390, 391  
 Stecki, Jan 263  
 Steczkowski, Jan Kanty 281, 348  
 Stolarski, Błażej 271  
 Strzelecki, Edward 145, 355  
 Studnicki, Władysław 268  
 Stürgkh, Karl 127, 131, 152, 170  
 Stürmer, Boris 183  
 Suchomlinov, Vladimir 67  
 Światopełk-Czetwertyński,  
   Seweryn Franciszek 191, 323  
 Świdziński, Edmund 185, 186  
 Świeżawski, Ludwik 103  
 Świeżyński, Józef 397  
 Szczerbińska, Aleksandra 147,  
   251, 272, 370  
 Szebeko, Ignacy 182, 262  
 Szturm de Sztrem, Tadeusz 336  
 Szura, Gustaw 141  
 Szyfman, Arnold 212

Szymanowski, Piotr 186  
 Szyszko-Bohusz, Adolf 337

## T

Taft, William Howard 228  
 Tarczyński, Władysław 237  
 Tarnowski, Adam 280  
 Tarnowski, Familie 139  
 Tarnowski, Zdzisław 313  
 Tat'jana Nikolaevna,  
 Großfürstin 104, 191  
 Teodorowicz, Józef 126, 127, 141  
 Terlecki, Kommissar der  
 Geheimpolizei 336  
 Tertil, Tadeusz 126, 391  
 Thugutt, Stanisław 398  
 Tisza, István 168  
 Tokarz, Waław 145  
 Traugutt, Romuald 188, 239  
 Trepov, Aleksandr 340  
 Trepov, Fëdor 101, 208  
 Trockij, Lev (Lev Bronštejn) 308,  
 309, 325  
 Trubeckoj, Evgenij 209  
 Trubeckoj, Grigorij 177  
 Turczynowicz, Laura 202  
 Turgenev, Ivan 101  
 Twardowski, Julian 122  
 Tyszkiewicz, Familie 76  
 Tyszkiewicz, Waldemar 185  
 Tyszkiewicz, Władysław 180  
 Tyszkiewicz, Zofia 76, 203, 204

## U

Urach, Wilhelm Karl von (siehe  
 auch Mendog II.) 279, 306

## V

Varonka, Jazep 307  
 Vernyhora 78, 172  
 Vít, Jan 52  
 Vitovs'kyj, Dmytro 394  
 Voldemaras, Augustinas 306

## W

Wańkowicz, Melchior 318, 321,  
 329  
 Waraszkievicz, Mikołaj 328  
 Wasilewski, Leon 156  
 Wasilewski, Zygmunt 103, 212  
 Weigl, Rudolf 358  
 Węśławski, Marian 307  
 Wettin, Haus 256, 306  
 Wielopolski, Zygmunt 181–  
 184, 207  
 Wienawa-Długoszowski,  
 Bolesław 267  
 Wierzbicki, Andrzej 191  
 Wierzejewski, Wincenty 90  
 Wilhelm Franz von Habsburg-  
 Lothringen, Erzherzog 152  
 Wilhelm II., deutscher Kaiser 217  
 Wilson, Thomas Woodrow 228,  
 342–344, 387  
 Windsor, Haus 279  
 Witos, Wincenty 27, 119, 126,  
 143, 144, 172, 173, 380, 390,  
 392, 399  
 Wodzicki, Jerzy 237  
 Wojciechowski, Henryk  
 Konstanty 190  
 Wojciechowski, Stanisław 191, 208  
 Woysch, Remus von 37, 44, 217  
 Wyspiański, Stanisław 246

## Z

Żabotyński, Włodzimierz 345  
 Zagłoba, Jan Onufry 393  
 Zahorski, Sergiusz 324  
 Zaleski, Karol 60  
 Zamorski, Jan 165  
 Zamoyski, Familie 293  
 Zamoyski, Maurycy 183, 264,  
 346, 347  
 Zaruski, Mariusz 149  
 Zawadzki, Józef 366  
 Zawiszanka, Zofia 153

- Zdanowski, Juliusz 237, 383, 397  
Zdziechowski, Jerzy 323  
Zdziechowski, Marian 29, 187  
Żegota-Januszajtis,  
Marian 145, 271  
Zelinskij, Nikolaj 63  
Zieliński, Franciszek 331  
Zieliński, Zygmunt 11, 270, 272  
Žilinskij, Jakov 37, 196  
Zimmermann, Arthur 257, 258  
Żółtowski, Adam 86, 87, 264  
Żuliński, Roman 188  
Żuliński, Tadeusz 188  
Żychliński, Józef 86  
Żychliński, Kommissar der  
Geheimpolizei 336  
Zyndram-Kościałkowski,  
Marian 188



# Verzeichnis geographischer Namen

NB. Bei der Übersetzung wurden bei den größeren Orten die 1914–1918 in Deutschland und Österreich üblichen Namensformen verwendet, die im Verzeichnis alphabetisch erscheinen; zur Orientierung sind ggf. die heutigen landessprachlichen Namensformen zugefügt. Bei den im kyrillischen Alphabet geschriebenen Ortsnamen wird die bibliographische Transliteration verwendet.

## A

Afrika 220  
Allenstein (poln. Olsztyn) 35, 92, 93  
Anielin 162  
Antoniny 102, 328, 330  
Antwerpen 49, 234  
Archangel'sk 288  
Asipovičy 327  
Ašmjany 304  
Auschwitz (poln. Oświęcim) 117

## B

Babrujsk 186, 203, 286, 327–329  
Baku 288  
Baranoviči 64, 202  
Bardejov 55  
Belarus 69, 99, 180, 186, 202–204, 207, 211, 212, 284, 287, 289, 300, 307, 309, 317, 318, 320, 322, 325, 326, 328, 331, 332, 337  
Belgien 21, 54, 81, 218, 229, 234, 256  
Belgorod 326  
Bendzin (poln. Będzin) 234  
Beniaminów 271  
Berdyčiv 381  
Beresina (russ. Berezina, belaruss. Bjarézina) 284, 327  
Berlin 43, 46, 57, 73, 80, 85, 87–89, 152, 167, 168, 218, 235, 246, 249, 257–260, 262, 270,

274, 278, 279, 292, 305, 306, 308, 314, 344, 382, 395, 400  
Beskiden 55  
Bessarabien 257  
Beuthen-Roßberg (poln. Bytom-Rozbark) 352  
Biała 114  
Białowieża-Urwald (poln. Puszcza Białowieska) 295, 296  
Bielitz (Bielsko) 388  
Bieszczady 55  
Błonie (Masowien) 65, 146, 198  
Bober 66  
Bochnia 135  
Böhmen 121–123, 375  
Bolimów 62, 63  
Bordeaux 351  
Borowo 41  
Boryslav 135, 371, 395  
Bosnien-Herzegowina 110  
Brasilien 284, 352  
Breslau (poln. Wrocław) 88, 94, 235, 258, 366  
Brest-Litovsk (belaruss. Brėst) 65, 69, 185, 198, 285, 286, 308–311, 313, 315, 328, 331  
Brodnica 92  
Brody 68, 134  
Bromberg (poln. Bydgoszcz) 91, 94, 365–367  
Brzeziny 44  
Brzozów 395  
Budapest 22, 46, 48, 80, 165, 168

Bug 37–40, 200, 287, 309,  
312, 343  
Bukowina 55, 67, 68, 95, 98, 99,  
106, 118, 120, 121, 126, 127, 130,  
143, 151–153, 165, 310, 314, 393  
Bzura 62, 65

## C

Chabarovsk 288  
Chabówka 47  
Char'kov (ukr. Charkiv) 187  
Charsznica 380  
Chęciny 154  
Chełm 105, 183, 185, 193, 201,  
204, 206, 209, 234, 309, 310,  
315, 316  
Chicago 228, 231  
China 289, 352  
Chişinău 329  
Chotzen (tsch. Chocern) 118, 123  
Chust (ung. Huszt) 165  
Chyryv 45, 101, 381  
Cisleithanien 24, 168, 170  
Čortkiv 107  
Czernowitz (ukr.  
Černivci) 68, 99

## D

Dąbrowa 154, 190, 234, 356,  
397  
Dąbrowa-Revier 234, 291,  
292, 371  
Dänemark 118, 191, 231, 284  
Danzig (poln. Gdańsk) 78, 85, 91,  
92, 272, 306, 387  
Dębica 134  
Dęblin 42, 43, 65, 244, 310, 312  
Dnepr 150, 152, 201, 314  
Dnestr 56, 60, 61  
Dobra 146  
Dubno 65  
Dukla 47, 60, 110  
Duklapass 55  
Düna 201, 284, 303, 304  
Dunajec 41, 45, 380  
Dzikowiec 139

## E

Elbing (poln. Elbląg) 85  
Ermland 30, 32, 85

## F

Ferner Osten 61, 62, 257, 259,  
325  
Feste Boyen (bei Lötzen, poln.  
Giżycko) 35  
Festung Modlin 66, 235, 335  
Festung Osowiec 66  
Festung Wesel 272  
Frankreich 8, 21, 22, 54, 140,  
180, 226, 230, 231, 264, 284,  
315, 345, 347, 352  
Freiburg im Breisgau 146  
Freiburg im Üechtland 345  
Friedland (tsch. Frýdlant) 388  
Fryštát 388

## G

Galizien 26, 27, 30–34, 39–43,  
45–49, 55, 56, 60, 61, 64, 67, 74,  
75, 77, 79, 80, 83, 90, 95, 96,  
98–100, 102–106, 108–114, 116,  
118–124, 126–128, 130, 132–  
148, 150–152, 154–158, 160,  
162, 164, 166–168, 170–172,  
178, 182, 187, 216, 229, 237,  
239, 240, 249–251, 254, 255,  
263, 264, 268, 278–280, 284,  
310–312, 316, 317, 333–335, 337,  
338, 356–360, 363, 365, 369,  
371–376, 378, 380, 382, 384,  
385, 389, 390–392, 397, 398  
Genfer See 227  
Georgien 288  
Głowno 291  
Gmund 126  
Gnesen (poln. Gniezno) 86  
Goldap (poln. Goldap) 35  
Góra Kalwaria 246  
Gorlice 57–61, 96, 97, 103–106,  
110, 113, 125, 134, 136, 184,  
187, 194, 197, 201, 202  
Goszyce 153

- Graudenz (poln. Grudziądz) 88, 373  
 Graz 120, 126  
 Grodno (belaruss. Hrodna) 64, 144, 166, 250, 259, 280, 303, 307, 308, 335  
 Grodzisk Mazowiecki (bis 1928 Grodzisk) 200  
 Grójec 43, 65  
 Großbritannien 21, 226, 231, 257, 284, 347  
 Großpolen 25, 30, 32, 34, 75, 85, 90, 93  
 Grybów 111  
 Gumbinnen (russ. Gusev) 35  
 Gumniska 319
- H**
- Hajnówka 295  
 Halyč 98, 99  
 Hela 387  
 Herculaneum 54  
 Hohensalza (poln. Inowrocław) 368  
 Hrubieszów 234, 310  
 Husjatyn 134
- I**
- Iași (Jassy) 325  
 Inselbeskiden 164  
 Irkuck 331  
 Italien 8, 21, 71, 74, 81, 284, 351–353, 396  
 Ivangorod (siehe Dęblin) 244
- J**
- Jabłoniec 47  
 Jablunkov 388  
 Janów Podlaski 197  
 Japan 8  
 Jaroslavyči 38  
 Jarosław 24, 60, 106, 108, 117, 395  
 Jasło 51, 60  
 Jasna Góra 156, 217, 233, 244, 293, 397  
 Jastków 162
- Javoriv 395  
 Jaworzno 138  
 Jędrzejów 154, 158  
 Jordanów 47  
 Józefów 198
- K**
- Kalisz 215–217, 235, 256, 257, 271  
 Kaljužyca 318  
 Kaluš 134  
 Kamenetz-Podolsk (ukr. Kam'janec'-Podil's'kyj) 38, 320, 329, 332  
 Kanada 152, 231, 346, 350, 352  
 Kaniv 314, 315, 329  
 Karpaten 49, 54, 55, 64, 120, 165  
 Karpatenvorland 117, 139  
 Karpatenukraine 49, 55, 95, 152, 153  
 Karviná 388  
 Kasan (russ. Kazan') 213  
 Kaschau (slowak. Košice)  
 Kattowitz (poln. Katowice) 230  
 Kaukasus 60, 213, 288, 314, 330  
 Kielce 12, 154–156, 158, 163, 197, 233, 237, 240, 245, 254, 381  
 Kiew (ukr. Kyïv) 103, 107, 146, 150, 152, 187, 203, 212, 251, 257, 287, 289, 309, 310, 316, 319, 322, 330, 335, 337  
 Klempolen 24, 171  
 Klimontów 162  
 Kobryn 203  
 Kock 396  
 Kolno 193  
 Komarów (heute Komarów-Osada) 37–39  
 Konary 162  
 Königsberg (russ. Kaliningrad) 80, 92, 342  
 Königshütte (poln. Królewska Huta, seit 1934 Teil von Chorzów) 91  
 Kórnik 87



- Korosten' 381  
 Kostjuchnivka 253  
 Kovel' 67, 287, 382  
 Kowno (lit. Kaunas) 13, 35, 64,  
     66, 204, 284, 303, 307, 381  
 Kozenice 23, 198  
 Kozłów Biskupi 193  
 Krakau (poln. Kraków) 24, 28,  
     33, 41, 45–48, 51, 52, 54, 78,  
     80, 99, 103, 112, 114–118, 124,  
     136, 137, 139–149, 153, 156,  
     161, 163, 171, 172, 238, 243,  
     257, 267, 278, 310–312, 337,  
     355, 361, 363, 364, 366, 367,  
     376, 382, 383, 389–393, 398,  
     399, 401, 403  
 Krakau-Błonia 148  
 Krakau-Krowdrza 33  
 Krakau-Tschenstochauer  
     Jura 46, 162  
 Krasiczyn 134  
 Kraśnik 37–39  
 Kronstadt (russ. Kronštadt) 80  
 Krosno 110, 135  
 Krychivci 324  
 Krynica (heute  
     Krynica-Zdrój) 384  
 Krzeszowice 149  
 Krzywopłoty 162  
 Kuban 288, 314, 331  
 Kurland 66, 303, 309  
 Kurpiowska-Wildnis 295  
 Kursk 104  
 Kutno 44
- L**
- Łańcut 98  
 Łapanów 47  
 Łaski 164  
 Lausanne 152, 226, 227, 264,  
     345, 346  
 Legionowo 360  
 Leibnitz 119  
 Lemberg (ukr. L'viv) 13, 24, 33,  
     39–41, 45, 61, 71, 75, 78, 98–  
     100, 102, 103, 105, 107–110,  
     113–115, 117, 125, 127, 128,  
     131, 134, 136, 137, 140–146,  
     151, 153, 163, 164, 243, 310,  
     311, 332, 355, 364, 367, 382,  
     383, 392–395, 401  
 Lentvaris 76, 181, 204  
 Lettland 202, 303  
 Leżajsk 98  
 Libau (lett. Liepāja) 81  
 Lida 304  
 Limanowa 45, 47, 48  
 Lisko (seit 1931 Lesko) 134  
 Litauen 6, 34, 46, 61, 74, 108,  
     181, 184, 187, 202, 233, 250,  
     284, 287, 300, 303–307, 309,  
     317, 320, 322, 337  
 Liverpool 228  
 Löbau (poln. Lubawa) 92  
 Lodz (poln. Łódź) 37, 42–45,  
     144, 168, 175, 177, 190–193,  
     212, 224, 225, 240, 241, 245,  
     246, 256, 291, 292, 355, 356,  
     361, 366, 379, 381  
 Lodz-Bałuty 356  
 Lodz-Widzew 356  
 Łomża 193, 206, 304  
 Lötzen (poln. Giżycko) 35  
 Łowczówek 162  
 Löwen (ndl. Leuven) 216  
 Łowicz 189, 192, 223, 237, 291  
 Lublin 37–39, 41, 65, 81, 105,  
     108, 132, 147, 185, 187, 193,  
     203, 206, 212, 233, 237, 238,  
     240, 245, 262, 287, 293, 299,  
     311, 312, 336, 337, 357, 377,  
     381, 382, 398, 400  
 Luc'k 65, 68, 329  
 Łupków-Pass 55  
 Lüttich (frz. Liège) 146  
 Lyck (poln. Elk) 92
- M**
- Maciejowice 241  
 Magdeburg 272, 338, 399, 400  
 Mahiljou 227  
 Mähren 121

Makivka 151  
 Mandschurei 289  
 Marggrabowa (Oletzko, poln. Olecko) 35  
 Marienburg (poln. Malbork) 35  
 Marne 60, 61, 76  
 Masuren 24, 26, 32, 36, 85, 88, 93, 94  
 Memel (Fluss) 312, 343  
 Metz 146, 218  
 Michałowice 148  
 Miechów 153, 154, 157, 220, 381  
 Minsk 212, 244, 251, 259, 286, 287, 306, 307, 327, 335  
 Mińsk Mazowiecki 244  
 Mitteleuropa 168, 257, 342, 344  
 Mittelschlesien 387  
 Modlin 66, 235, 244, 335  
 Molotkiv 165  
 Moskau (russ. Moskva) 5, 187, 208–210, 212, 213, 288, 315, 322, 323  
 Mszana Dolna 47, 164  
 Murmansk 288, 315  
 Muszyna 110

## N

Nadarzyn 200  
 Nadvirna 165  
 Nałęczów 381  
 Narew 65  
 Narwa (estn. Narva) 69  
 New York 228, 351  
 Niagara-on-the-Lake 350  
 Nida (Fluss) 41, 162  
 Nieborów 279  
 Niederlande 231, 284  
 Niederösterreich 118, 126  
 Niederschlesien 85, 90, 91  
 Nikolsburg (tsch. Mikulov) 124  
 Nižnij Novgorod 104, 107  
 Njasviž 76  
 Novogeorgievsk (siehe Modlin) 244  
 Novominsk (siehe Mińsk Mazowiecki) 244

Nowy Sącz 24, 26, 41, 43, 45, 48

## O

Oberschlesien 30, 75, 85, 86, 246, 306  
 Oberungarn (siehe Slowakei) 55, 165  
 Odessa 187, 208, 212, 287, 319, 322, 328–330  
 Olkusz 135, 291, 295  
 Olyka 199, 200, 279, 319  
 Omsk 331  
 Opoczno 370  
 Opole Lubelskie 219  
 Oppeln (poln. Opole) 84  
 Orava 388, 389  
 Orlová 388  
 Osterode (poln. Ostróda) 35  
 Ostkarpaten 48, 55, 60, 67, 151  
 Ostpreußen 21, 22, 34–36, 43, 61, 79, 92–94, 136, 303, 387  
 Ostrołęka 193  
 Ostrowiec Świętokrzyski 197  
 Otwock 356  
 Ożarów 198, 200

## P

Pabianice 356, 374  
 Pannonische Tiefebene 54, 68  
 Paris 22, 76, 146, 226, 230, 252, 310, 340, 341, 346, 347, 349, 350, 352, 387  
 Pečera 319  
 Persien 288  
 Petrograd (siehe auch St. Petersburg) 69, 98, 179, 182, 183, 187, 191, 194, 199, 202, 207, 208, 211, 212, 233, 248, 262, 270, 285, 317, 322, 323, 340, 341, 346  
 Piemont 250  
 Pilica (Stadt) 198  
 Pilitza (poln. Pilica) (Fluss) 234  
 Piotrków 62, 190, 218, 240, 243, 245, 381  
 Płaszów 390

- Pless (poln. Pszczyna) 260, 278  
 Podhale 145, 149, 165, 388  
 Podlachien 38, 204, 309, 310,  
   315, 316  
 Podolien 38, 108  
 Polack 211  
 Polesien 284, 303, 381  
 Pommerellen 85  
 Pommern 30, 32, 34, 75, 79, 90,  
   342, 343  
 Pompeji 54  
 Poronin 74  
 Posen (poln. Poznań) 21, 43, 44,  
   64, 78, 86, 88–91, 94, 217, 230,  
   258, 264, 306, 368, 387  
 Potorycja-Zaričja 133  
 Prag (tsch. Praha) 121, 146  
 Pripjat 68, 284  
 Proskuriv 320  
 Prosna 344  
 Pruszków 356  
 Pruth 61  
 Przasnysz 61, 62, 195, 198  
 Przemyśl 37, 41, 45, 46, 49, 51–  
   55, 61, 99, 106, 108, 110–112,  
   115, 117, 118, 310, 356, 395  
 Przeworsk 98  
 Pskov 69, 211  
 Ptaszkowa 96  
 Puławy 185–187  
 Pułtusk 65  
 Pustki-Anhöhe 59  
 Pyljavka 276
- R**
- Rabka (heute Rabka-Zdrój) 117,  
   164  
 Raclawice 146, 241  
 Radom 193, 197, 220, 240, 245,  
   296, 297  
 Rapperswil 264  
 Rava-Rus'ka 40  
 Rawka 62, 63, 65  
 Reims 216, 353  
 Rejowiec 281
- Ridkivci 314  
 Riga (lett. Rīga) 67, 213, 257, 381  
 Rivne 65, 319  
 Rom (ital. Roma) 140  
 Rózan 65  
 Rozwadów 381  
 Ruhrgebiet 89  
 Rzeszów 105, 138
- S**
- Saint-Hilaire-le-Grand 353  
 Saloniki 352  
 Samara 331  
 Sambir 128, 395  
 Samogitien 66, 184  
 San 40–42, 45, 50, 60, 152, 393  
 Sandomierz 81, 218, 233, 381  
 Sanok 51, 55, 362, 381, 395  
 Sarajevo 21, 71, 146  
 Schlesien 23, 30, 32, 43, 46,  
   48, 85, 88, 93, 141, 142, 144,  
   165, 168, 179, 240, 249, 352,  
   358, 392  
 Schloss Fürstenstein (poln. Zamek  
   Książ) 278  
 Schneidemühl (poln. Piła) 91  
 Schwarzes Meer 5, 288, 344  
 Schweden 6, 74, 91, 230,  
   284, 285  
 Schweiz 74, 89, 140, 165, 182,  
   191, 226, 264, 280, 345, 346  
 Sejny 36, 284  
 Serbien 21, 42, 72, 113,  
   119, 129  
 Serock 360  
 Šiauliai 184  
 Sibirien 213, 288, 331  
 Sič 150, 394, 395  
 Siedlce 64, 234  
 Siedliska 104, 141  
 Sighetu Marmației 315  
 Skierniewice 381  
 Slavuta 319  
 Sławków 154  
 Słomniki 154

- Slowakei (siehe auch  
Oberungarn) 55, 57  
Smolensk 5, 304  
Sochaczew 61, 62, 193, 198  
Somme 60  
Sosnowitz (poln. Sosnowiec) 146,  
225, 234, 397  
Śrem 32  
St. Petersburg (russ. Sankt-  
Peterburg; siehe auch  
Petrograd) 146  
Stanislaw (ukr. Stanislaviv; heute  
Ivano-Frankivs'k) 68, 124,  
131, 324  
Stąporków 197  
Stara Gadka 44  
Starachowice 197  
Starokostjantiniv 328  
Stawisko 96  
Steiermark 119  
Stochid 67, 68, 284  
Stockholm 107  
Stonava 388  
Stróža bei Dobra 146  
Styr 61, 67  
Sudetenland 388  
Südlicher Bug 319  
Suezkanal 289  
Suwalken (poln. Suwałki) 36, 175,  
183, 202, 206, 234, 284, 303  
Szczawnica 384  
Szczekociny 241  
Szczucin 163  
Szczypiorno 271
- T**  
Talerhof 126  
Tannenberg (poln. Stębark) 35,  
36, 181, 182, 228  
Tarnobrzeg 134  
Tarnopol (ukr. Ternopil') 61, 99,  
102, 134  
Tarnów 24, 40, 47, 57, 58, 60,  
97, 99, 102, 105, 117, 125, 126,  
134, 162, 311, 319, 390, 391
- Tatarstan 213  
Tęgorze 96  
Teschen (poln. Cieszyn, tsch.  
Těšín) 45, 51, 68, 71, 83, 141,  
143, 144, 160, 171, 178, 381,  
383, 387, 388, 391  
Teschener Schlesien,  
Teschengebiet 23, 30, 32, 141,  
142, 165, 168, 240, 249, 358,  
387, 392  
Thorn (poln. Toruń) 44, 258  
Tiflis (georg. Tbilisi) 213  
Tomaszów 234  
Transleithanien 122  
Třinec 388  
Truskavec' 384  
Trzebinia 381  
Tschechoslowakei 388  
Tschenstochau (poln.  
Częstochowa) 33, 43, 141, 156,  
177, 212, 217, 233, 240, 244,  
246, 291, 356  
Tula 101  
Turka 45  
Türkei 284, 288  
Tyczyn 138
- U**  
Ufa 331  
Ukraine 7, 69, 129, 150–152,  
202, 211, 289, 294, 309,  
310, 314, 315, 317, 318, 320,  
322, 325, 326, 328–332, 337,  
338, 393  
USA 140, 152, 172, 196, 226,  
227, 229, 231, 232, 342–346,  
349–351, 353  
Užok-Pass 55
- V**  
Verdun 49, 60  
Vevey 210, 227, 229, 231, 232, 241  
Virbalis  
Vitebsk (belaruss. Vicebsk) 203  
Vladivostok 289

## W

Wagna 119

Warschau (poln. Warszawa) 12,  
23, 29, 42, 43, 65, 66, 71, 72,  
76, 78, 80, 101, 103, 144,  
146, 147, 154, 156–159, 166,  
168, 175, 176, 181–183, 185,  
188, 190–193, 195, 197, 200,  
201, 206, 212, 224, 225, 231,  
233–236, 239, 240, 242–245,  
253, 254, 258, 260, 262, 263,  
266, 267, 269, 271, 273, 275,  
277, 278, 280, 281, 283, 285,  
287, 289, 290, 292, 295, 298,  
305, 308, 309, 312, 313, 327,  
335–337, 342, 355–357, 359,  
361, 362, 365, 366, 372, 376,  
377, 380–384, 389, 392, 395,  
396, 400

Warschau-Praga 66, 218,  
336, 370

Washington 228, 342, 349

Weichsel 22, 36, 37, 40, 43, 46,  
65, 66, 172, 175, 223, 294, 309,  
343, 344

Wieliczka 47, 135

Wien 22, 46, 48, 51, 74, 80,  
83, 95, 103, 114, 115, 116,  
120, 121–124, 127, 130, 131,  
136, 137, 140, 141, 144–146,  
150–153, 159–161, 163–171,  
173, 215, 233, 237, 238, 250,  
252, 257, 258, 260, 270, 274,  
278–280, 297, 308, 310, 311,  
313, 316, 317, 382, 389, 391,  
392, 394, 395

Wierzbica 193

Wilna (lit. Vilnius) 13, 29, 35, 64,  
66, 78, 144, 147, 166, 207, 212,

244, 250, 251, 259, 280, 284,  
298, 303, 304–308, 335

Wilna-Antokol (lit.

Vilnius-Antakalnis) 304

Wipper (poln. Wieprza) 234

Wisłok 60

Wisłoka 60

Witkowiec 364

Włocławek 43

Wola Szydłowiecka 62

Wolbrom 198

Wolga (russ. Volga) 213, 331

Wolhynien 37, 38, 61, 108, 153,  
188, 253, 259, 266, 284, 382

Wołomin 190

Wreschen (poln. Września) 216

## Y

Ypern 61, 62

## Z

Zagórze (bei Sanok) 362

Zakopane 117, 145, 364, 384,  
388, 391

Zamość 41, 309

Zbruč 37, 39, 61

Zdol'buniv 382

Zelwa 186

Zentralasien 288

Zimna Woda 115

Zips 388, 389

Žlobin 327

Złoty Potok 141

Zoločiv 38

Žovka 134

Zürich 146

Żyrardów 356

Żytomyr 319, 320

Żywiec 152, 279

**Geschichte – Erinnerung – Politik**  
**Studies in History, Memory and Politics**

Herausgegeben von Anna Wolff-Powęska & Piotr Forecki

- Bd./Vol. 1 Machteld Venken: Straddling the Iron Curtain? Immigrants, Immigrant Organisations, War Memories. 2011.
- Bd./Vol. 2 Anna Wolff-Powęska / Piotr Forecki: Der Holocaust in der polnischen Erinnerungskultur. 2012.
- Bd./Vol. 3 Marta Grzechnik: Regional Histories and Historical Regions. The Concept of the Baltic Sea Region in Polish and Swedish Historiographies. 2012.
- Bd./Vol. 4 Lutz Niethammer: Memory and History. Essays in Contemporary History. 2012.
- Bd./Vol. 5 Piotr Forecki: Reconstructing Memory. The Holocaust in Polish Public Debates. 2013.
- Bd./Vol. 6 Marek Słoń (ed.): Historical Atlas of Poland in the 2nd Half of the 16th Century. Voivodeships of Cracow, Sandomierz, Lublin, Sieradz, Łęczyca, Rawa, Płock and Mazovia. Volume 1-4. Translated by Agata Staszewska, Editorial Assistance Martha Brożyna. 2014.
- Bd./Vol. 7 Maciej Janowski: Birth of the Intelligentsia 1750-1831. A History of the Polish Intelligentsia – Part 1. Edited by Jerzy Jedlicki. Translated by Tristan Korecki. 2014.
- Bd./Vol. 8 Jerzy Jedlicki: The Vicious Circle 1832-1864. A History of the Polish Intelligentsia – Part 2. Edited by Jerzy Jedlicki. Translated by Tristan Korecki. 2014.
- Bd./Vol. 9 Magdalena Micińska: At the Crossroads 1865-1918. A History of the Polish Intelligentsia – Part 3. Edited by Jerzy Jedlicki. Translated by Tristan Korecki. 2014.
- Bd./Vol. 10 Anna Wolff-Powęska: Memory as Burden and Liberation. Germans and their Nazi Past (1945-2010). Translated by Marta Skowrońska. 2015.
- Bd./Vol. 11 Tomasz Szarota: On the Threshold of the Holocaust. Anti-Jewish Riots and Pogroms in Occupied Europe. Warsaw – Paris – The Hague – Amsterdam – Antwerp – Kaunas. Translated by Tristan Korecki. 2015.
- Bd./Vol. 12 Anna Wolff-Powęska / Piotr Forecki (eds.): World War II and Two Occupations. Dilemmas of Polish Memory. Translated by Marta Skowrońska and Blanka Zahorjanova. 2016.
- Bd./Vol. 13 Elżbieta Katarzyna Dzikowska / Agata Handley / Piotr Zawilski (eds.): The Great War. Insights and Perspectives. 2016.
- Bd./Vol. 14 Jerzy Jedlicki: A Degenerate World. Translated by Tristan Korecki. Edited by Elena Rozbicka. 2016.
- Bd./Vol. 15 Mirosław Matyja: Zwischen Krieg und Hoffnung. Internierung der 2. polnischen Infanterieschützen-Division in der Schweiz 1940-45. 2016.
- Bd./Vol. 16 Adam Leszczyński: Leap into Modernity – Political Economy of Growth on the Periphery, 1943-1980. 2017.
- Bd./Vol. 17 Antoine Marès / Wojciech Prażuch / Inga Kawka (eds.): Les exilés polonais en France et la réorganisation pacifique de l'Europe (1940-1989). 2017.

- Bd./Vol. 18 Dominika Gortych / Guido Hinterkeuser / Łukasz Skoczylas: Erinnerungsimplantate – Der (Wieder-)Aufbau der Schlösser in Posen und Berlin im interdisziplinären Vergleich. Unter Mitwirkung von Karsten Holste. 2017.
- Bd./Vol. 19 Elżbieta Katarzyna Dzikowska / Agata G. Handley / Piotr Zawilski (eds.): Beyond the Trenches – The Social and Cultural Impact of the Great War. 2017. Second Edition 2019.
- Bd./Vol. 20 Marcin Zaremba: Communism – Legitimacy – Nationalism. Nationalist Legitimization of the Communist Regime in Poland. 2019.
- Bd./Vol. 21 Klaus Bachmann: Genocidal Empires. German Colonialism in Africa and the Third Reich. Edited by Barbara Kurowska. 2018.
- Bd./Vol. 22 Krzysztof Trybuś / Michael Düring / Maciej Junkiert (Hrsg.): Polen und Deutsche in Europa. Polacy i Niemcy w Europie. Beiträge zur internationalen Konferenz, 16. und 17. November 2015, Poznań. Tom podsumowujący międzynarodową konferencję, 16 i 17 listopada 2015, Poznań. 2018.
- Bd./Vol. 23 Monika Jaglarz / Katarzyna Jaśtal (Hrsg.): Bestände der ehemaligen Preussischen Staatsbibliothek zu Berlin in der Jagiellonen-Bibliothek. Forschungsstand und -perspektiven. 2018.
- Bd./Vol. 24 Zuzanna Bogumił / Małgorzata Głowacka-Grajper: Milieux de mémoire in Late Modernity. Local Community, Religion and Historical Politics. 2019.
- Bd./Vol. 25 Bruno Kamiński: Fear Management. Foreign Threats in the Post-War Polish Propaganda. The Influence and the Reception of the Communist Media (1944-1956). 2019.
- Bd./Vol. 26 Anna Wylegała: Displaced Memories. Remembering and Forgetting in Post-War Poland and Ukraine. 2019.
- Bd./Vol. 27 Iwona Zamkowska: Religious Liberty in the Educational System of the United States. From the 1980s to the Present. 2019.
- Bd./Vol. 28 Sylwia Bykowska: The Rehabilitation and Ethnic Vetting of the Polish Population in the Voivodship of Gdańsk after World War II. 2019.
- Bd./Vol. 29 Aleksander Łupienko: Order in the Streets. The Political History of Warsaw's Public Space in the First Half of the 19th Century. 2019.
- Bd./Vol. 30 Josef Vladár / Egon Wiedermann (eds.): The World behind the World. Intercultural Processes in the Prehistory of European Civilization. 2020.
- Bd./Vol. 31 Krzysztof Brzechczyn: Historical Distinctiveness of Central Europe. A Study from Philosophy of History. 2020.
- Bd./Vol. 32 Jacek Surzyn: Return to the Promised Land. The Birth and Philosophical Foundations of Zionism. 2020.
- Bd./Vol. 33 Ryszard Kaczmarek: Poles in Kaiser's Army. On the Front of the First World War. 2020.
- Bd./Vol. 34 Tomasz Wiślicz: Earning Heavenly Salvation. Peasant Religion in Lesser Poland. Mid-Sixteenth to Eighteenth Centuries. 2020.
- Bd./Vol. 35 Zbigniew Tucholski: Polish State Railways as a Mode of Transport for Troops of the Warsaw Pact. Technology in Service of a Doctrine. Translated by Marek Ciesielski. 2020.
- Bd./Vol. 36 Paweł Kras: The System of the Inquisition in Medieval Europe. Translated from Polish by Magdalena Panz-Sochacka. 2020.

- Bd./Vol. 37 Maria Pasztor / Dariusz Jarosz: Increase Supply, Reduce Demand and Punish Severely. Translated by Alex Shannon. 2020.
- Bd./Vol. 38 Tomasz Pawelec: History and the Unconscious: The Theoretical Assumptions and Research Practices of Psychohistory. Translated by Alex Shannon. 2020.
- Bd./Vol. 39 Andrzej Chwalba: The People of Poland at War: 1914-1918. 2021.
- Bd./Vol. 40 Damian K. Markowski: Lwów or L'viv? Two Uprisings in 1918. 2021.
- Bd./Vol. 41 Igor Kąkolewski: Melancholy of Power: Perception of Tyranny in European Political Culture of the 16th Century. Translated by Thomas Anessi. 2021.
- Bd./Vol. 42 Cezary Taracha: Spies and Diplomats. Spanish Intelligence Service in the Eighteenth Century. 2021.
- Bd./Vol. 43 Andrzej Chwalba: Der Krieg der anderen. Die Polen und der Erste Weltkrieg 1914–1918. Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann. 2021.
- Bd./Vol. 44 Damian K. Markowski: Zwei Aufstände. Die Schlacht um Lemberg 1918. Aus dem Polnischen von Markus Krzoska. 2021.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)



